



AGOMWBW-Rundbrief Nr. 810



vom 17. Februar 2022

**Ein gemeinsamer Rundbrief von AG Ostmitteleuropa (AGOM) e. V.
Berlin und Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin
Herausgegeben von Reinhard M. W. Hanke (V.i.S.d.P.)**

Auflage: Verteiler von über 2.000 Konten

www.ostmitteleuropa.de

www.westpreussen-berlin.de

Anschrift der Redaktion: agom.westpreussen.berlin@gmail.com

Landsmannschaft Westpreußen e. V., Brandenburgische Straße 24 – Steglitz, 12167 Berlin

Ruf: 030-257 97 533 (Büro), Fax-Nr.: auf Anfrage

Postbank Berlin: IBAN DE26 1001 0010 0001 1991 01 BIC PBNKDEFF, LM Westpreußen

Inhaltsverzeichnis

Seiten I - XVII

Editorial

Seite 0 -1

EDITORIAL: Nicht immer zum Vorteil: Welt im Wandel allewege!

**Dr. Jürgen Martens, Königswinter: Westpreußisches Landesmuseum -
die Würfel sind gefallen...??? Seiten 0-2 – 0-3**

**Die Fortsetzung: Der Stand der Dinge um das Westpreußische
Landesmuseum am 03.01.2022 Seiten 0-3 – 0-12**

Briefe und Leserbriefe

Seiten 0-13 – 0-15

01) Einbahnstraße Borstellstraße

Brief an das Straßenverkehrsamt von Berlin Steglitz-Zehlendorf

- Antwort weiterhin Fehlanzeige! –

Pfarrer Steffen Reiche, Kirchengemeinde Berlin-Nikolassee

Seiten 1 - 12

Hinweise

STEFFEN REICHE PRÄSENTIERT: „POLITISCHE BIOGRAFIEN“
Geschichten über Siege und Niederlagen im 20. Jahrhundert

Gottesdienst – Letzter Sonntag nach Epiphania 06.02.2022

Aufruf zur Unterstützung

Seiten 13 - 17

- 1) Finanzielle Unterstützung der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin
- 2) Paten für Jahrbuch Weichsel-Warthe 2022 gesucht
- 3) BdV: „Ewige Flamme“ in Berlin-Charlottenburg braucht Ihre Unterstützung
- 4) Aufruf des Leibniz-Instituts für Länderkunde: Heimatzeitschriften erbeten!

„Zum Wohle des deutschen Volkes...“, Grundgesetz, Artikel 64 und 56

Seite 16

Du musst denken

Seite 17

A. a) Leitgedanken

Seite 18

„Verletze niemanden, vielmehr hilf allen, soweit du kannst.“ *Arthur Schopenhauer*

Was wir heute tun, entscheidet darüber, wie die Welt von Morgen aussieht!

Marie von Ebner-Eschenbach (1830-1916)

„Heimat gestalten und nicht nur verwalten!“ *LW Berlin*

A. b) Forderungen und Grundsätze

Seite 19

Diese Themen finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

<http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Forderungen-Grundsätze.pdf>

- 1) Rettet die kulturelle Vielfalt – rettet den Sonabend! „Rote Karte“ für die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG)
- 2) Der Begriff „Vandalismus“ ist zu brandmarken!

A. c) Mitteilungen

Seiten 20 - 27

- 01) Spielball zwischen Deutschland und Polen? Die Polonia in Deutschland und die deutsche Minderheit in Polen.
[Online-Debatte am Dienstag, dem 22.02.2022, 14:00 Uhr](#)
- 02) Gegen die deutsche Sprache. Polen reduziert Unterrichtszeit und benachteiligt Minderheit. Von Gerhard Gnauck, Warschau
- 03) „Wir dürfen nicht sprachlos bleiben“
- 04) Einladung zur Agnes-Miegel-Tagung am 05. März 2022
- 05) Alexander Blechinger: Mozart. Der vielseitige Alleskönner

A. da) Berichte

Seiten 28 - 33

- 01) Linksextremisten schänden Mahnmal für Bombentote
- 02) Linksextremisten zerstören Denkmal in Dresden:
Auch Trauer formt eine Nation. Von Fabian Schmidt-Ahmad
- 03) Hessen geht mit gutem Beispiel voran.
Das Bundesland hat den Auftrag zur Einrichtung eines Lehrstuhls zur Erforschung des Themas Vertriebene und Aussiedler erteilt.
Manuela Rosenthal-Kappi
- 04) Glocke zurück nach Radoschau / Radoszow in Schlesien
- 05) Sorben diskutieren über Änderung ihrer Hymne: Frauen in den Text

A. db) Berichte von Fachtagungen

Seiten 34 - 40

- 01) Deutscher Herbst 1991. Das vereinigte Deutschland, der 3. Oktober 1991 und die Herausforderung rechter Gewalt

A. ea) Dokumentationen, Projekte, Diskussionen

Seiten 41 - 53

- 01) Schreiben für den A. E. Johann-Preis 2022
– Einsendeschluss 31. März 2022
- 02) Nordrhein-Westfalen stellt weitere Fördermittel für Digitalisierungsprojekt der Kulturstiftung bereit. Neue Projektphase ab 03.02.2022
- 03) Das östliche Europa: Räume, Grenzen, Projektionen.
Veranstalter Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung
– Institut der Leibniz-Gemeinschaft
- 04) Heimat-DDR? Veranstalter H-und-G (Bürgerkomitee 15. Januar e. V.)
- 05) Arbeitskreis der Lehrerinnen und Lehrer bei der Gemeinsamen Deutsch-Polnischen Schulbuchkommission der Historiker und Geographen

- 06)** Niedersächsische Landesbeauftragte für Heimatvertriebene, Spätaussiedler und Spätaussiedler, Editha Westmann MdL, prämiiert erneut Leistungen junger Menschen

A. eb) Dokumentationen, Projekte, Diskussionen: Veränderung der Geschichtslandschaft durch Umbenennung von Straßen S. 54 – 59

- 01)** B.Z. meldet: Rober-Rössle-Straße wird umbenannt

A. f) Ehrungen, Gedenken, Nachrufe Seite 60

SUCHMELDUNG

- 01)** Wer kannte diese Person bzw. dessen Angehörige oder sonstige Details?
Hans Korsiska, geb. 20.02.1921 in *Skrzeczoń*, das ist ein Stadtteil von Oderberg / Bohumin im Kreis Freistadt / Karvina-Fryštát, Mähren, heute Tschechien. Gestorben 26.12.1943

A. g) Fördermöglichkeiten Seite 61

Diese Themen finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

- 01)** Preise & Stipendien des Deutschen Kulturforums östliches Europa e. V. und weiterer Einrichtungen
02) Förderpreise und Förderstipendium der Copernicus-Vereinigung für Geschichte und Landeskunde Westpreußens e. V.
03) Bund der Vertriebenen: Beratungsstellen für Finanzielle Förderungen und Heimatsammlungen nehmen Tätigkeit auf

<http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Foerdermoeglichkeiten.pdf>

A. h) Beiträge zur geschichtlichen und geographischen Landeskunde

Seiten 62 - 81

- 01)** Warum Niederschlesien nicht in den Namen des Freistaates Sachsen aufgenommen wurde
- 02)** Braunkohlentagebau Tüschau / poln. Turów bei Reichenau poln. Bogatynia:
„**Junge Freiheit**“ **meldet:**
Die Polen baggern ungehindert weiter. Energiepolitik: Prag und Warschau haben für 45 Millionen Euro einen Kompromiß zum Braunkohlentagebau Turów östlich der Neiße gefunden.
- 03)** Im Riesengebirge herrschte Wind von Orkanstärke“
- 04)** Am Beispiel Zittau – wie Corona das kulturelle Leben zum Erlahmen brachte

A. i) Plattform des Arbeitskreises für ostdeutsche Landsmannschaften u.ä. (Historisches Ostdeutschland und östliches Mitteleuropa)

Seiten 82– 87

- 01)** Westpreußischer Gesprächskreis, Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin:
13.02.2022: Die „Weißenhöher Himmelfahrt“ – eine erfolgreiche Tagung in Westpreußen. Mit Ute Breitsprecher, Reinhard M.W. Hanke und weiteren Teilnehmern aus den letzten Jahren
24.04.2022: Lesung aus der neuen Buchveröffentlichung von Hans-Jürgen Kämpfert: „Naturwissenschaft am Unterlauf der Weichsel. Einrichtungen und Persönlichkeiten“ - eine Veröffentlichung der Copernicus-Vereinigung für Geschichte und Landeskunde Westpreußens. Mit Ute Breitsprecher und Reinhard M. W. Hanke
- 02)** 20.02.2022: „Julianes Flucht von Westpreußen nach Berlin“. Ein Programm mit Musik von westpreußischen und Berliner Komponisten wie Theo Mackeben, Walter Kollo und anderen.
Als „Juliane“: Annette Ruprecht, Gesang und Klavier
- 03)** Vortragsveranstaltungen des Westpreußischen Bildungswerkes
(Termine bislang nicht bestätigt)
10.01.2022: Die altnordische Edda - literarisches Werk und Quelle für die altnordische Mythologie. (Mit Medien).
Referent Dr. phil. Berthold F o r s s m a n , Berlin
07.02.2022: Danzigs Weg zur Metropole der frühen Neuzeit. (Mit Medien).
Referent Prof. Dr. Bernhart J ä h n i g , Berlin
07.03.2022: Neumärkische Schicksale – Flucht und Vertreibung

begannen vor mehr als 75 Jahren.

Referent Jörg L ü d e r i t z, Frankfurt (Oder)

- 04) Tagesfahrten, Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin
- 05) Landsmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien e.V. Berlin-Brandenburg vervollständigt Vorstand durch Briefwahl und wählt Anfang Oktober 2021 erneut, aber: der neue Vorsitzende Thomas Ruschin (AfD) ist mittlerweile zurückgetreten....

**A. J) Plattform des Arbeitskreises für landsmannschaftliche ostdeutsche
Heimatkreise (Historisches Ostdeutschland und östl. Mitteleuropa
Seiten 88 – 89**

- 01) Heimatkreis Wirsitz: Bericht zur 30. Weißenhöher Himmelfahrt, 24. bis 31. Juli 2021, in Vorbereitung
- 02) Programm der "31. Weißenhöher Himmelfahrt, 21. bis 28. Mai 2022, in Vorbereitung
- 03) 12.03.2022: Heimatgruppe Grenzmark / Heimatkreis Schneidemühl

B. a) Vortragsveranstaltungen **Seiten 90 – 106**

- 01) AGOM-Vortragsveranstaltungen - 1. Vierteljahr 2022
- 02) Vortragsveranstaltungen des Westpreußischen Bildungswerks
- 03) 26.02.2022, DeutKultForÖstlEur, LitForum Brecht-Haus Berlin: Wohin ich immer gehe. Lesung mit Nadine Schneider
- 04) 17.02.2022 und 17.03.2022: Bunzlauer Heimatgut in Haus Schlesien in Königswinter - Führungen
- 05) 05.05.2022, Gerhart-Hauptmann-Museum Erkner: „Hans Fallada und sein „Lämmchen“ – Von Licht und Schatten einer großen Liebe. Lesung zum 75. Todestag von Hans Fallada
- 06) 22.02.2022, Literaturhaus Berlin: Markus Gasser »Die Verschwörung der Krähen«. Es moderiert Daniel Kehlmann. Buchpremiere
- 07) 10.03.2022, Literaturhaus Berlin: »Was denkt das Denkmal? Eine Anthologie zur Denkmalkultur«. Mit Astrid Böger, Heinz Ickstadt und Julia Lange.
- 08) 24.03.2022, Literaturhaus Berlin: Uta von Arnim »Das Institut in Riga«. Es moderiert die Autorin und Journalistin Dorothee Nolte.
- 09) 22.02.2022, Literarisches Colloquium Berlin: Zwischen allen Stühlen. Gesprächspartner: Christian Dunker, Jens Bisky
Moderation: Katharina Teutsch
- 10) 11.03.2022, UTP Berlin: Mathematisches epidemiologisches Modell am Beispiel Coronavirus-Pandemii. Mit Dr. Rafał Mostowy,
Institution: Zentrum für Biotechnologie, Jagiellonen Universität Krakau

- 11)** 14.03.2022, Evangelische Akademie in Berlin: Zwischen Grenzenlosigkeit und Selbstbegrenzung. Frag doch mal: Online-Dialoge zu aktuellen Glaubensfragen. Europäische Bibeldialoge
- 12)** 07.03.2022, Katholische Akademie in Berlin: 2 – Das Wunderjahr der Worte. Mit Dr. Norbert Hummelt, Berlin, und Prof. Dr. Michael Braun

- 13)** 22.02.2022, TopogrTerrors: Freizeit und Freiraum? Der Schein der Normalität unter deutscher Besatzung. Vortrag: Prof. Dr. Nicholas Stargardt, Oxford. Moderation: Prof. Dr. Tatjana Tönsmeier, Wuppertal

B. b) Vorlesungsreihen, Podiumsdiskussionen, Seminare u.ä.

Seiten 107 – 197

- 01)** 18.02. - 18.02.2022, Universität Köln: Dominikanerstudien
- 02)** 23.02.2022, Veranstalter Stiftung Humboldt Forum im Berliner Schloss: Ein Objekt, viele Fragen - Die Schlossplane: Illusion und Argument
- 03)** 22.03.2022 – 23.03.2022, Leibniz-Institut für Medienforschung, Hans-Bredow-Institut, Hamburg / Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa: „Der Osten im Westen“. Deutschsprachige Autoren aus dem östlichen Europa im Rundfunk nach 1945
- 04)** Fachtagung zur Literatur der Wolgadeutschen, 24. bis 26. März 2022. Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen
- 05)** 31.03.2022, Veranstalter Deutsches Historisches Museum Berlin, gefördert durch Dr. Christiane und Dr. Nicolaus Weickart: Europa und Deutschland 1939–45. Gewalt im Museum
- 06)** 31.03. 2022 - 01.04.2022, Kommission für kirchliche Zeitgeschichte der Evangelischen Kirche von Westfalen, in Landeskirchenamt der Evangelischen Kirche von Westfalen, Gefördert durch Evangelische Kirche von Westfalen, Bielefeld: Modell Volkskirche – Ein Jahrhundert im Wandel Strukturen, Praxis, Perspektiven
- 07)** 31.03. - 01.04.2022, Deutsches Historisches Institut Warschau: Das „Bibliomigratorische“ im deutsch-polnischen Kontext seit dem Zweiten Weltkrieg
- 08)** 06.04 – 08.04.2021, Zentralinstitut für Kunstgeschichte München, Kunsthalle der Hypo-Kulturstiftung München, Universität der Künste in Posen/Poznań, Deutsch-Polnische Gesellschaft München, Deutsches Polen-Institut in Darmstadt, Veranstaltungsort Zentralinstitut für Kunstgeschichte München: Un/Sichtbarkeit. Die polnische Kunst(geschichte) und Deutschland
- 09)** 08.04.2022 – 10.04.2022, Schwabenakademie Irsee / Zentralinstitut für Kunstgeschichte: Aspekte deutscher Gartenkunst der Frühen Neuzeit (ca. 1550 bis 1640)

- 10)** 28.04.2022 - 29.04.2022, Dr. Christa Birkel (HHU Düsseldorf), Dr. Antoine Lazzari (Université du Luxembourg), Hanna Schäfer, M.A. (Universität Trier), in Universität Trier: Von Lüttich bis Straßburg. Neue Forschungen zur deutsch-französischen Grenzregion im Hoch- und Spätmittelalter (11.-16. Jahrhundert)
- 11)** 28.04.2022 - 29.04.2022, Chair for East and Southeast European History (LMU, Munich), Institute of International Studies (Charles University, Prague), Munich Graduate School for East and Southeast European Studies, Junge Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde Regionalgruppe München, LMU in Munich: On Borders and Boundaries
- 12)** 11.05.2022 – 13.05.2022, Veranstalter Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf: „Fließende Räume“ – Der Fluss als Generator räumlicher Dynamiken
- 13)** 12. - 13.05.2022, Veranstalter Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Institut für Kunstgeschichte (Dr. Marina Beck), Online: Geschmacksbildung im Zeitalter der Nationenbildung. Das Museum als Ort der (ästhetischen) Erziehung und Volksbildung
- 14)** 19.05.2022 - 20.05.2022, Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung (IRS) (Historische Forschungsstelle), Ausrichter Historische Forschungsstelle, Erkner: 17. Werkstattgespräch zur Bau- und Planungsgeschichte der DDR
- 15)** 19.05.2022 – 21.05.2022, Veranstalter Internationales Zentrum für interdisziplinäre Studien der Universität Szczecin in Kulice: Stand und Perspektiven der Geschichtsschreibung über den Ostseeraum
- 16)** 20.05.2022 - 22.05.2022, Veranstalter Gesellschaft für Technikgeschichte (GTG) u. KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora, in KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora: Technik im Nationalsozialismus. Jahrestagung der Gesellschaft für Technikgeschichte
- 17)** 26.05.2022 - 27.05.2022, Institute of History at the University of Szczecin / Department of International Relations at Andrzej Frycz Modrzewski Krakow University / Institute of History and Archival Studies at the Pedagogical University in Krakow, Veranstaltungsort University of Szczecin and online (hybrid) International Conference "Central and Eastern Europe in the International Politics of the 20th and 21st Centuries"
- 18)** 09.06.2022 - 10.06.2022, Krzysztof-Kluk-Landwirtschaftsmuseum in Ciechanów; Kulturbüro des Marschallamtes der Woiwodschaft Podlachien in Białystok; Nikolaus-Kopernikus-Universität Toruń: Institut für Geschichte und Archivkunde, Institut für Militärgeschichte; Hauptvorstand der Polnischen Historischen Gesellschaft; Hauptarchiv für alte Akten Warschau; Institut für Geschichte Litauens in Vilnius; Nikolaus-Kopernikus-Universität Toruń: Polnische Historische Mission an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg, Ciechanowiec (Woiwodschaft Podlachien, Polen):

Veränderungen im sozialen und wirtschaftlichen Leben der Landbevölkerung in Polen und in den Nachbarländern in der Zwischenkriegszeit

- 19) 29.06.2022 – 01.07.2022, Institute of History, Jagiellonian University; ZRC SAZU, Milko Kos Historical Institute (Institute of History, Jagiellonian University), in Krakau:
Humans in Motion: War Crisis and Refugees in Europe 1914–1923
- 20) 30.06.2022 - 03.07.2022, Veranstalter Marco Besl und Simone Oelke, in der Abtei Niederaltaich: Politische Kulturen Osteuropas und das orthodoxe Christentum
- 21) 01.07.2022 - 03.07.2022, Veranstalter Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde (DGO), Forschungsstelle Osteuropa (FSO) an der Universität Bremen, Center für Governance und Kultur in Europa an der Universität St. Gallen, Imre Kertész Kolleg, Lehrstuhl für Osteuropäische Geschichte und Institut für Kaukasiologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, in Friedrich-Schiller-Universität Jena, in Jena:
29. Tagung Junger Osteuropa-Experten
- 22) 07.07. - 09.07.2022, Interdisziplinäres Forschungszentrum Ostseeraum (IFZO), Universität Greifswald: IFZO-Konferenz „Ostsee im Austausch. Transformationen zwischen Konflikt und Kooperation“
- 23) 08.09.2022 - 10.09.2022, Veranstalter Tallinn City Archives, Tallinn – Academia Baltica, Lübeck – Aue-Stiftung, Helsinki – Nordeuropa-Institut, Humboldt Universität zu Berlin – International Center for Interdisciplinary Studies, Uniwersytet Szczeciński, Szczecin (Tallinn City Archives):
Das Ende des Großen Nordischen Kriegs 1721 – eine Wende im Ostseeraum, aber wohin?
- 24) 16.09.2022 - 17.09.2022, Veranstalter Internationales Zentrum für interdisziplinäre Studien der Universität Szczecin in Kulice, Polen:
Deutschland, Polen und die Ostsee nach dem Zweiten Weltkrieg
- 25) **19.09.2022 - 20.09.2022**, Veranstalter Polnische Historische Mission an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg (Nikolaus-Kopernikus-Universität Thorn / Toruń) – Dr. Renata Skowrońska, Haus des Deutschen Ostens (HDO) in München – Prof. Dr. Andreas Otto Weber, Nikolaus-Kopernikus-Universität Toruń, Institut für Geschichte und Archivkunde, Lehrstuhl für Geschichte der skandinavischen Länder sowie Mittel- und Osteuropas – Prof. Dr. Andrzej Radzimiński, Julius-Maximilians-Universität Würzburg, Philosophische Fakultät, Lehrstuhl für Fränkische Landesgeschichte – Prof. Dr. Helmut Flachenecker, Dr. Lina Schröder, Universität Potsdam, Historische Institut, Professor für Allgemeine Geschichte der Frühen Neuzeit – Prof. Dr. Matthias Asche. Die Tagung wird in Verbindung mit dem Kolleg „Mittelalter und Frühe Neuzeit“ veranstaltet: "Jeder hat das Recht, jedes Land, einschließlich seines eigenen, zu verlassen [...]"
- 26) 21.09.2022 – 24.09.2022, Veranstalter Verband der deutschen Slavistik (Ruhr-Universität Bochum): Slavistiktag 2022

- 27)** 23.09.2022 – 25.09.2022, in Zitadelle Jülich, Deutsche Gesellschaft für Festungsforschung: Die Festung im Ernstfall: Belagerungen in Theorie und Praxis
- 28)** 23.09.2022 - 25.09.2022, Veranstalter Studiengang Grund- und Vorschulpädagogik in deutscher Sprache an der Lucian-Blaga-Universität Hermannstadt/ Sibiu: Kultur - Sprache - Bildung. Tradition und Transition im deutschsprachigen Bildungswesen in Siebenbürgen
- 29)** 28.09.2022 - 01.10.2022, Nationalmuseum Stettin /Muzeum Narodowe w Szczecinie (Arbeitskreis deutscher und polnischer Kunsthistoriker und Denkmalpfleger), Ausrichter Arbeitskreis deutscher und polnischer Kunsthistoriker und Denkmalpfleger, Veranstaltungsort Nationalmuseum Stettin /Muzeum Narodowe w Szczecinie: Das Museum in Mitteleuropa als Ort von Spannungen, als Konfliktfeld und Dialograum. Dinge – Akteure – Räume
- 30)** 28.09. - 01.10.2022, Kommission für Geschichte und Kultur der Deutschen in Südosteuropa e. V., Tübingen, Mathias Beer; Leopold-Franzens-Universität Innsbruck, Kurt Scharr; Institut für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas an der LMU München, Florian Kühner-Wielach; Forschungsinstitut für Geisteswissenschaften Hermannstadt, Rumänische Akademie der Wissenschaften, Rudolf Gräf; in Kooperation mit der Babeş-Bolyai-Universität Klausenburg und der Lucian-Blaga-Universität Hermannstadt, in Sibiu / Hermannstadt: Zwischen Bollwerk und Brücke? Der habsburgische Südosten Europas – Kultur-Raum-Konzepte seit dem 18. Jahrhundert
- 31)** 04.10.2022 - 05.10.2022, Veranstalter AK Politik und Religion (DVPW) (Bildungszentrum Kloster Banz), Ausrichter Bildungszentrum Kloster Banz: Religion und Politik in Europa und der Europäischen Union: Immer noch das "Christliche Abendland"?
- 32)** 14.10.2022 - 16.10.2022, Veranstalter International Center for Interdisciplinary Studies of the University of Szczecin in Kulice, gefördert durch Implemented under the Interreg V A Programme of Cooperation Mecklenburg-Vorpommern / Brandenburg / Poland within the scope of the goal "European Territorial Cooperation" of the European Regional Development Fund (ERDF), project number – INT198: Symbolic Border Posts - Ideological Reinforcement of Frontiers in Europe
- 33)** 19.10.2022 – 22.10.2022, Jagellonen-Universität Krakau, Pädagogische Universität Krakau: War and Diversity Beyond the Battlefield: Cultural Encounters in the Polish Lands 1914–1923
- 34)** 03.11.2022 - 04.11.2022, Hochschule für Bildende Künste Dresden (Forschungsprojekt "Kunst am Bau"). Ausrichter Forschungsprojekt "Kunst am Bau". Veranstaltungsort Güntzstraße 34 in Dresden: "Wandbilder Entstehung – Überlieferung – Erhaltung" Tagung des Forschungsprojektes "Kunst am Bau"

- 35)** 17.11. - 18.11.2022, Historische Kommission zu Berlin / Hiko 21: HiKo_21 – Nachwuchsforum zur Preußischen Geschichte – 2022
- 36)** 17.11.2022 - 18.11.2022, Veranstalter Institut für Zeitgeschichte, Universität Innsbruck: Freiheit und Sicherheit. Die KSZE und das Ende des Kalten Krieges (1986–1989)
- 37)** 24.11.2022 - 26.11.2022, Veranstalter International Center for Interdisciplinary Studies of the University of Szczecin in Kulice, Poland, Veranstaltungsort International Center for Interdisciplinary Studies of the University of Szczecin in Kulice, Poland, gefördert durch Interreg V A Programme of Cooperation Mecklenburg-Vorpommern / Brandenburg / Poland within the scope of the goal “European Territorial Cooperation” of the European Regional Development Fund (ERDF). Project Number – INT198: Perceptions of the multicultural heritage of the Baltic borderlands in the 19th and 20th centuries
- 38)** 03.12.2022, Staatliches Kreisarchiv in Eger und die Stadt Eger / Cheb (Mag. Karel Halla): Internationale Tagung im Rahmen des 700- jährigen Jubiläums der Verpfändung der Stadt und des Landes Eger
- 39)** 06.12.2022, Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung – Institut der Leibniz-Gemeinschaft, Marburg /Lahn: Zwischen Himmelreich und Soljanka – Esskulturen im östlichen Europa
- 40)** 19.02.2023 – 17.09.2023, Nikolaus-Kopernikus-Universität Toruń, Ermland-Masuren-Universität Olsztyn, Jagiellonen-Universität Kraków, Tadeusz-Manteuffel-Institut für Geschichte der Polnische Akademie der Wissenschaften: Nikolaus-Kopernikus-Weltkongress anlässlich des 550. Geburtstags des großen Astronomen
- 41)** 15.03.2023, Veranstalter Higher School of Economics, Moscow; German Historical Institute Moscow: Languages and Professions in the “Long” Eighteenth-Century Russia

C. a) Ausstellungen usw. in Berlin und Umland	Seiten 198 – 213

- 01)** Kommunale Galerie Wilmersdorf:
- 02)** Programme der Museen von Berlin Tempelhof-Schöneberg
- 03)** Wir waren Nachbarn. Biografien jüdischer Zeitzeugen. Dauerausstellung im Rathaus Berlin-Schöneberg
- 04)** 25.01.2022 – 08.04.2022, Ausstellung „Postsowjetische Lebenswelten“ in der Volkshochschule Tempelhof-Schöneberg.
- 05)** 03.11.2021 bis 20.03.2022, Tempelhof-Museum: „Unser Leben“ — Berlin als Zufluchtsstadt für jüdische Displaced Persons nach 1945. Sonderausstellung
- 06)** 27.11.2021 - 18.04.2022, Topographie des Terrors, Sonderausstellung: Der kalte Blick.Letzte Bilder jüdischer Familien aus dem Ghetto von Tarnów

07) Brandenburg-Preußen Museum, Wustrau: Winterschließzeit

C. b) Ausstellungen usw. außerhalb des Raumes von Berlin S. 214 – 234

- 01)** 28.10.2021 – 20.02.2022, Westpreußischen Landesmuseum, Warendorf:
Ausstellung »Romantik in Preußen zwischen Königsberg, Marienburg,
Berlin und Köln«
- 02)** 16.10.2021 - 18.04.2022, Ostpreußisches Landesmuseum, Lüneburg:
Des Alltags schöne Seiten – Grafik der 1950er Jahre von Gerhard Matzat
und Ute Brinckmann-Schmolling
- 03)** 20.11.2021 - 27.02.2022, Ostpreußisches Landesmuseum, Lüneburg:
Den Dingen das Beiläufige nehmen - Expressionistische Maler aus
Ostpreußen
- 04)** Schlesisches Landesmuseum: altehrwürdig und einst auf Weltniveau
Es wird als Enzyklopädie Schlesiens oder auch als imaginäres Tor nach
Schlesien bezeichnet: das „Schlesische Landesmuseum“ in Troppau /
Opava.
- 04)** Einblicke ins Depot des Sudetendeutschen Museums
- 05)** Museum für Russlanddeutsche Kulturgeschichte in Detmold
- 06)** 11.12.2021 bis 25.09.2022, Stiftung Haus der Geschichte der Bundes-
Republik Deutschland, Bonn: Ausstellung „Heimat. Eine Suche“

E. a) Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt Seiten 235– 246

A. Besprechungen (Seiten 235 - 246)

- 01)** Vertriebene in SBZ und DDR. Herausgegeben von Hartmut Koschyk und
Vincent Regente im Auftrag der Deutschen Gesellschaft e. V. (11 SW-
Fotos, davon 10 Fotos im Text).
Berlin: be:bra Wissenschaft Verlag (2021). 223 Seiten.
ISBN 978-3-95410-274-2. € 24,00, E-Book € 18,99.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin

B. Besprechungen in Arbeit (Seite 246 - 247)

- 01)** Handbuch Landesgeschichte. (43 Abb., darunter einige mehrfarbige
Abb.). Hrsg. von Werner Freitag, Michael Kißener, Christine Reinle
und Sabine Ullmann.
(Berlin) De Gruyter Oldenbourg. (2018). XII, 706 Seiten. = de Gruyter
Reference.
Gebunden ISBN 978-3-11-035411-9. € 99,95.
Rezensent: Prof. Dr. Grischa Vercamer, Berlin/Chemnitz

- 02) Das Museum der Zukunft. 43 neue Beiträge zur Diskussion über die Zukunft des Museums. Hrsg. von Schnittpunkt und Joachim Baur. (mit mehrfarb. und SW-Abb.). (Bielefeld) transcript (2020). 313 Seiten. ISBN 978-3-8376-5270-3. € 29,00.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin
- 03) Peter Bahl: Belastung und Bereicherung. Vertriebenenintegration in Brandenburg ab 1945. (Berlin) Berliner Wissenschaftsverlag (2020). XVII, 1.718 Seiten. = Bibliothek der brandenburgischen und preußischen Geschichte. Im Auftrag des Brandenburgischen Hauptarchivs und der Historischen Kommission zu Berlin herausgegeben von Mario Glauert und Michael Wildt. Band 17. ISBN Print 978-3-8305-5016-7. € 125,00. ISBN E-Book 978-3-8305-4186-8. Freier Zugang. € 0,00.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin
- 04) „Zustände und Gebräuche“ in Königsberg und Berlin im frühen 19. Jahrhundert. Aus den Aufzeichnungen des Königsberger Regierungsrats Karl Heinrich Bartsch. (23 Abb., davon zwei mehrfarbige). Herausgegeben, illustriert und mit einem Vorwort versehen von Gerhard E. Feurle. (Norderstedt: Book on Demand 2021). 313 Seiten. ISBN 978-3-7334-9372-5. € 29,99 (gebunden), € 12,99 (E-Book).
Rezensent: Dr. Lothar Mundt, Berlin
- 05) Konrad Badenheuer: Die Sudetendeutschen. Eine Volksgruppe in Europa. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. (mit einer Vielzahl von SW- und mehrfarbigen Abbildungen). (London, Berlin) Verlag Inspiration Un Limited (2021). 144 Seiten. ISBN 978-3-9451127-339. € 19,90.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin

C. Zur Besprechung in der Redaktion eingegangen (S. 247 – 250)

- 01) Ziko van Dijk: Wikis und die Wikipedia verstehen. Eine Einführung. (13 Abb., 18 Tab.). (Bielefeld) [transcript] (2021). 338 Seiten. ISBN 978-3-8376-5645-9. € 35,00. E-Book (EPUB) Open Access PDF-ISBN 978-3-8394-5694-3. € 38,99?
- 02) Herma Kennel: Als die Comics laufen lernten. Der Trickfilmpionier Wolfgang Kaskeline zwischen Werbekunst und Propaganda. (zahlreich SW-Abb. im Text, 10 Farbfotos auf 8 Farbtafeln im Anhang) (Berlin) be:bra Verlag (2020). 240 Seiten. ISBN 978-3-89809-176-2. Euro 24,00.

- 03)** Steffen Reiche: Tief träumen und hellwach sein. Politiker und Pfarrer mit Leidenschaft. Ein autobiografischer Essay. (22 SW-Fotos im Text). (Bonn) Dietz (2020). 261 Seiten. ISBN 978-3-8012-0461-7. € 24,00.
- 04)** Manfred Kittel: Stiefkinder des Wirtschaftswunders? Die deutschen Ostvertriebenen und die Politik des Lastenausgleichs (1952 bis 1975). (Düsseldorf) Droste Verlag 2020. 671 Seiten.
= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Band 182. ISBN 978-3-7700-5349-0. € 68,00.
- 05)** Handbuch qualitative und visuelle Methoden der Raumforschung. (zahlreiche Abbildungen, Tabellen).
Hg. von Anna Juliane Heinrich, Séverine Marguin, Angela Million, Jörg Stollmann.
Bielefeld: Transcript Verlag (2021). 464 Seiten. = utb. Band 5582.
Print-ISBN 978-3-8252-5582-4. € 29,90.
PDF-ISBN 978-3-8385-5582-9.
- 06)** Judith Heß: Europäisierung des Gedenkens? Der Erste Weltkrieg in Deutschen und britischen Ausstellungen. (15 SW-Abbildungen). (Bielefeld) transcript (2021). 356 Seiten.
Print-ISBN 978-3-8376-5619-0. € 60,00.
PDF-ISBN 978-3-8394-5619-4. € 59,99.
- 07)** Nicht nur Bauhaus. Netzwerke der Moderne in Mitteleuropa / Not just Bauhaus. Networks of Modernity in Central Europe. Herausgegeben von Beate Störtekuhl und Rafał Makala. (mit zahlreichen schwarz-Weißen und mehrfarbigen Abb.). (Berlin / Boston) de Gruyter/Oldenbourg (2020). 400 Seiten.
= Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. Band 77. ISBN 978-3-11-065876-7. € 59, 59.
- 08)** Christofer Herrmann / Kazimierz Pospieszny / Ernst Gierlich (Hrsg.): Spiegel der Fürstenmacht. Residenzbauten in Ostmitteleuropa im Spätmittelalter – Typen, Strukturen, Ausschmückung. (zahlreiche Farbfotos, zahlreiche mehrfarbige und einfarbige Abb.). (Bonn) Kulturstiftung der Vertriebenen (1921). 289 Seiten. ISBN 978-3-88557-243.5. € 24,90.

- 09)** Preußenland. Jahrbuch der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung und der Copernicus-Vereinigung für Geschichte und Landeskunde Westpreußens. Mitteilungen aus dem Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz.12 (2021). (mit 6 Abb.). (Osnabrück) fibre (2021). 160 Seiten. ISSN 0032. ISBN 978-3-944870-77-9. € 29,80.
- 10)** Hans-Jürgen Kämpfert: Naturwissenschaft am Unterlauf der Weichsel. Einrichtungen und Persönlichkeiten. (zahlreiche Abb., Stadtplan Danzigs von 1822 auf den Umschlaginnenseiten vorn, Landkarte Westpreußen auf den Umschlaginnenseiten hinten). Münster / Westfalen: Nicolaus-Copernicus-Verlag 2020. XI, 396 Seiten. = Quellen und Darstellungen zur Geschichte Westpreußens. Nr. 42. ISBN 978-3-924238-58-2. € 40,00.
- 11)** Christhardt Henschel (Hg.): Ostpreußens Kriegsbeute. Der Regierungsbezirk Zichenau 1939 – 1945. (19 SW-Abbildungen im Text). (Osnabrück) fibre (2021). 416 Seiten. = Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau.42. ISBN 978-3-944870-75-5. € 58,00
- 12)** Arno Mentzel-Reuters und Stefan Samerski (Hg.). Castrum sanctae Mariae: Die Marienburg als Burg, Residenz und Museum. (mit 102 Abb.). Göttingen: V & R Unipress 2019. 505 Seiten. = Vestigia Prussica. Forschungen zur Ost- und Westpreußischen Landesgeschichte. Band 1. ISBN 978-3-8471-0883-2. € 59.99.
- 13)** Reinhard Olt: Im Karpatenbogen. Ungarn und die Diaspora der Magyaren – Reportagen und Analysen. (mit mehrfarbigen Fotos). Budapest: Freunde von Ungarn Stiftung 2020. 232 Seiten. ISBN 978-615-81674-0-6.
- 14)** Matthias Barelkowski und Christoph Schutte (Hg.): Neuer Staat, neue Identität? Deutsch-polnisch-jüdische Biografien in Polen nach 1918. (5 Abb.). (Osnabrück) fibre (2021). 347 Seiten. = Polonica-Germanica. Schriften der Kommission für die Geschichte der Deutschen in Polen e. V. 12. ISBN 978-3-944870-74-8. € 39,80.

- 15)** Jörn Pekrul: Die ehemalige Reichsstraße 1 – eine europäische Handelsroute. Gewidmet das West- und Ostpreußen und ihren Nachkommen. Eine Publikation der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Landesgruppe Bayern e. V. (mit zahlreichen mehrfarbigen Abbildungen).
[Augsburg] 2021. 79 Seiten.
Sonderausgabe 2021 Preußen-Kurier. Heimatnachrichten für Ost- und Westpreußen in Bayern.
[Gegen Spende von mindestens € 7,00 + Versandkosten].
- 16)** Bernhard Jähnig: Zum Innenleben des Deutschen Ordens in Preußen. Ergänzte Beiträge zum 80. Geburtstag in Auswahl (mit 28 Abb., Karten und Tafeln).
Münster/Westf.: Nicolaus-Copernicus-Verlag 2021. – XX, 412 Seiten.
= Quellen und Darstellungen zur Geschichte Westpreußens. Nr. 45.
ISBN 978-3-924238-60-5.- *Preis kann zurzeit nicht angegeben werden!*
- 17)** Rudi Zülch: Ein Leben auf Reisen. Der Schriftsteller A. E. Johann.
Herausgegeben von der A.E. Johann-Gesellschaft e. V. (mit zahlreichen zum Teil mehrfarbigen Abbildungen).
Gifhorn/Oerrel: Calluna-Verlag 2021. 335 Seiten.
ISBN 978-3-944946-17-7. € 24,90.
- 18)** Wolfram Euler und Konrad Badenheuer:
Sprache und Herkunft der Germanen. Rekonstruktion des Frühgermanischen vor der Ersten Lautverschiebung
(1 mehrfarbige Karte). 2., überarbeitete Auflage.
Berlin / London: Verlag Inspiration UN Limited 2021. 271 Seiten.
ISBN 978-3-945127-278. € 89.00.
- 19)** WOLFRAM EULER: Das Westgermanische von der Herausbildung im 3. bis zur Aufgliederung im 7. Jahrhundert. Analyse und Rekonstruktion.
(vier Abbildungen). London / Berlin: Verlag Inspiration Un Limited 2013.
244 Seiten. ISBN 978-3-9812110-7-8. € 49,00.

E. b) Zeitschriftenschau

Seiten 251 - 265

- 01)** Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 70 (2021), 4
Designing the New East. Architecture, Spatial, and Urban Planning in Poland under German Occupation, 1939–1945
- 02)** Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 68 (2020), 3-4
Vernichtungskrieg, Besatzung und juristische Aufarbeitung: Opferperspektiven
- 03)** Polin. Studies in Polish Jewry 34 (2022)
Jewish Self-Government in Eastern Europe

Teile II Inhaltverzeichnis zu den Seiten

A I - A IV nach Seite 265

Politische Themen Seiten A 1 – A 189/A 194

Redaktionsschluss für diesen AWR-Nr. 810 vom 17.02.2022:
15.02.2022, 12:00 Uhr

Der nächste Rundbrief Nr. 811 erscheint voraussichtlich, am 03.03.2022.
Redaktionsschluss für AWR-811: 01.03.2022, 12:00 Uhr

EDITORIAL: Nicht immer zum Vorteil: Welt im Wandel allewege!

Liebe Leser,

am 07. Januar 2022 trat unser bisheriger Administrator für unsere Leitseiten von seinen Aufgaben zurück. Zwar wurde der AWR „AGOMWBW-Rundbrief-Nr. 807 vom 06.01.2022“ noch (allein) als rollende Fassung ins Netz gestellt, aber die übrigen Dienste konnten nicht mehr umgesetzt werden. Unsere Seiten im weltweiten Netz werden seither nicht mehr gepflegt. Der AWR hängen wir als pdf-Datei an die gewohnten Rundschreiben an, dazu kam auch das vierteljährlich erscheinende „Mitteilungsblatt der Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin“.

Mit dieser „Notlösung“ müssen wir vorerst (?) leben. Vielleicht müssen wir jedoch aus Kostengründen in Zukunft gänzlich auf die Leitseiten verzichten. Das wäre schade, denn es wurden ja nicht nur AWR und MB auf die Leitseiten gesetzt, sondern gesondert auch die Veranstaltungshinweise, Rezensionen, Themen ... Die Leitseiten sind überdies weltweit für jedermann zugänglich, unserer Verteiler ist zwar mit nunmehr über 2.000 Konten recht umfangreich, aber ein voller Ersatz kann dieser Verteiler nicht sein. Wir sind daher auch auf unsere Leser angewiesen: Mögen Sie Hinweise auf unsere Arbeit weiterleiten. Übrigens haben wir von Privatleuten Angebote für die weitere Bearbeitung der Leitseiten erhalten. Unsere „Zentralverbände“ haben sich nicht geäußert.

Ein langjähriger Empfänger hat uns freundlich für unsere Arbeit gedankt. Er hätte den anhängenden AWR von vorn bis hinten durchgesehen und wäre über die immense Arbeit und die Zusammenstellungen höchst beeindruckt, das heißt wohl andererseits: Bisher hat unser Empfänger nie die Zeit gefunden, den AWR durchzusehen. Können wir das als Hinweis aufnehmen, dass ein angehängter AWR leichter zugänglich ist als die Verknüpfung mit den Leitseiten? Wohl kaum!

Nun noch Hinweise zum vorliegenden AWR-Nr. 810: Wir bringen eine Vielzahl von Berichten zu verschiedensten Themen unseres Bereichs, und wir kündigen auch wieder eigene und „Fremd“-Veranstaltungen an, mit der Bitte, sich wegen der „Pandemie“ bei Teilnahmewunsch mit dem jeweiligen Veranstalter in Verbindung zu setzen. Die Veranstaltungsbedingungen ändern sich laufend. Wir weisen auch hin auf die bereits im AWR-Nr. 809 v. 03.02.2022 erstmals erschienene Rezension, die wir hier im AWR-Nr. 810 auf den Seiten 235 bis 246 erneut abdrucken:

Vertriebene in SBZ und DDR. Herausgegeben von Hartmut Koschyk und Vincent Regente im Auftrag der Deutschen Gesellschaft e. V. (11 SW-Fotos, davon 10 Fotos im Text). Berlin: be:bra Wissenschaft Verlag (2021). 223 Seiten. ISBN 978-3-95410-274-2. € 24,00, E-Book € 18,99.

Weitere Rezensionen sind in Arbeit! Wir tun, was wir können!

Alles Gute wünscht Ihnen Ihr Reinhard M. W. Hanke

Westpreußisches Landesmuseum – die Würfel sind gefallen...???

Von Dr. Jürgen Martens, Königswinter

Am 24. August 2021 bestimmte die Kulturstiftung Westpreußen (KSW) den Nachfolger für den langjährigen Leiter des Westpreußischen Landesmuseums – Dr. Lothar Hyss. Abgesehen davon, daß die KSW es leider nicht für nötig befunden hat, Lothar Hyss in einer würdigen Form zu verabschieden, hat sie sich in einem intransparenten und durchaus anfechtbaren Verfahren für eine Bewerberin entschieden, die diverse Anforderungen der vorausgegangenen Ausschreibung nicht erfüllt.

PD Dr. Gisela Parak, die neue Leiterin des Westpreußischen Landesmuseums werden soll, hat Kultur- und Kunstgeschichte studiert. Da ihr Forschungsschwerpunkt in der Fotogeschichte liegt, wird sie im Bereich der westpreußischen Kultur- und Landesgeschichte wohl Neuland betreten. Sie wird es wahrscheinlich – trotz ihrer in anderen Fachgebieten ausgewiesenen Kompetenz - schwer haben, die Erwartungen zu erfüllen, die ein Landesmuseum, das eine bedeutende historische ostdeutsche Provinz repräsentiert, an seine Leitung stellt, zumal in diesem Fall die sprachliche Kompetenz fehlt, die eine in die Zukunft gerichtete und weiter führende Kooperation mit polnischen Museen an der unteren Weichsel ermöglicht.

Von einer Intransparenz des Auswahlverfahrens läßt sich insofern sprechen, weil der Stiftungsrat, dem nach § 7, Abs. 2 f die Einstellung und Entlassung des Museumsleiters obliegt, in der Auswahlkommission Personen beteiligte, die dem Rat nicht angehören. Ein derartiges Verfahren sieht die geltende Satzung nicht vor.

Nur wenige Personen haben sich für die Leitung des Westpreußischen Landesmuseums beworben. Nach welchen Kriterien der Stiftungsrat dann aus den vorliegenden Bewerbungen die Kandidaten zur Vorstellung einlud bzw. nicht einlud, bleibt unerfindlich.

Ein Bewerber konnte sich bei dem Vorstellungsgespräch des Eindrucks nicht erwehren, als sei die Auswahl unter den Bewerbern bereits im Voraus getroffen worden. Und eine andere höchst kompetente, aber nicht zur Vorstellung gebetene Kandidatin schrieb dem Verfasser u. a., sie habe bis dato (28.09.2021) keine Rückmeldung von dem Vorsitzenden der Auswahlkommission erhalten, daß ihre Bewerbung unberücksichtigt geblieben sei. Zudem führte sie aus, es hätte die Auswahlkommission *nur einige Online-Gespräche gekostet, damit alle Bewerber/Innen den Eindruck hätten, seriös behandelt zu werden*. Resignierend stelle sich ihr die Frage, ob [es] sich denn

wirklich lohnen wird, weiter den Kopf mit unseriösen Menschen [gemeint ist die Auswahlkommission] zu belasten? Für sie sei es jedoch eine große Genugtuung, gemeinsam mit weiteren Mitgliedern der Kulturgemeinschaft „Borussia“ in Allenstein (1990 gegründet; die „Borussia“ dokumentiert u. a. die vollständige und unverfälschte lokale Geschichte, zu der die Schicksale von Polen und Deutschen, Juden und Litauern, Ukrainern und Weißrussen sowie aller weiteren ethnischen Gruppen und Individuen gehören, die im Laufe der Jahrhunderte einvernehmlich und mitunter auch in tragische Konflikte verwickelt in Ostpreußen gelebt haben) am 7. Oktober den Hauptpreis des Georg-Dehio-Kulturpreises 2021 im Deutschen Kulturforum östliches Europa in Potsdam zu empfangen. Hervorzuheben ist die Begründung der siebenköpfigen Jury: Sie sprach den Hauptpreis der Kulturgemeinschaft Borussia zu für ihr über drei Jahrzehnte währendes Engagement der Bewahrung und Vermittlung des kulturellen Erbes in der Woiwodschaft Ermland-Masuren.

Für den Fall, daß der Einstellungsvertrag mit der neuen Museumsleitung noch nicht unterschrieben wurde, bleibt die Hoffnung, die Verantwortlichen in der KSW werden sich zu einer Wiederholung der Ausschreibung entschließen.

*

Die Fortsetzung:

Der Stand der Dinge um das Westpreußische Landesmuseum am 03.01.2022

Fortsetzung des Beitrags auf Seite 2 des AGOMWBW-Rundbriefs Nr. 805 vom 02.12.2021 zum Westpreußischen Landesmuseum:

In der Tat: Die Würfel sind gefallen. In der Presseerklärung vom 14. Oktober 2021 teilte die Kulturstiftung Westpreußen mit, daß der Stiftungsrat Frau Dr. Gisela Parak einstimmig zur neuen Direktorin des Westpreußischen Landesmuseums in Warendorf gewählt habe. Damit sei er dem einhelligen Votum einer von ihm eingesetzten siebenköpfigen Kommission, die von Repräsentanten der Trägerstiftung und der Fördergeber sowie externen Beratern gebildet worden war, gefolgt. Frau Dr. Parak, die am 2. November ihren Dienst in Warendorf angetreten hat, lasse, wie der Stiftungsratsvorsitzende Ulrich Bonk, hervorhob, vielversprechende Voraussetzungen dafür erkennen, „dass sich das Westpreußische Landesmuseum unter ihrer Leitung stärker die Perspektiven der aktuellen Museologie erschließen wird, eine größere Außenwirkung erzielt und nicht zuletzt zukunftsfähige Strukturen zu entwickeln vermag“. Der am Westpreußischen Landesmuseum Interessierte fragt sich allerdings, wie diese

Erwartungen realisiert werden sollen, denn der Forschungsschwerpunkt der neuen Leiterin liegt in der Fotogeschichte, sie betritt somit im Bereich der westpreußischen Kultur- und Landesgeschichte Neuland und wird es – trotz ihrer in anderen Fachgebieten ausgewiesenen Kompetenz - schwer haben, die Erwartungen zu erfüllen, die ein von der öffentlichen Hand im Rahmen von § 96 des Bundesvertriebenengesetzes institutionell gefördertes Landesmuseum, das eine bedeutende historische ostdeutsche Provinz repräsentiert, an seine Leitung stellt, zumal auch die polnische Sprachkompetenz fehlt, die eine in die Zukunft gerichtete und weiterführende Kooperation mit polnischen Museen an der unteren Weichsel ermöglicht.

In einem Offenen Brief an Frau Staatsminister Monika Grütters vom 21. Oktober 2021 wurde die Gesamtsituation Westpreußisches Landesmuseum, Außenstelle Krockow/Krokowa, sowie die Trägerin des Westpreußischen Landesmuseums, die Kulturstiftung Westpreußen, ausführlich dargestellt. In diesem Zusammenhang wurde auch die Bitte geäußert, die Leitungsstelle für das Museum erneut auszuschreiben.

Nachstehend der Wortlaut des Offenen Briefes:

Sehr geehrte Frau Staatsminister,
sehr verehrte Frau Professor Grütters,

in Angelegenheiten des Westpreußischen Landesmuseums hatte ich mich bereits am 26. Mai d. J. an Sie gewandt. Erneut wende ich mich an Sie, dieses Mal in Form eines Offenen Briefes.

Mein Studium und meine Promotion waren dem mittelalterlichen Preußenland, das der Deutsche Orden geprägt hat, gewidmet. Fast mein ganzes Berufsleben galt der gleichen Region. Es berührt mich daher zutiefst, erleben zu müssen, daß das Westpreußische Landesmuseum (weiter WLM), das Kultur und Geschichte dieser Region der Öffentlichkeit vermittelt, in seiner Existenz bedroht ist. Das gilt auch für die vielfältigen Kontakte des WLM zu zahlreichen polnischen Museen an der unteren Weichsel wie auch zu seiner Außenstelle in Krockow/Krokowa.

Drei Sachverhalte möchte ich Ihnen vortragen:

- 1. Neubesetzung der Leiterstelle im WLM**
- 2. Das Verhältnis der Trägerstiftung Kulturstiftung Westpreußen (weiter KSW) zum WLM**

3. Unzulässiges Einwirken des Vorstands der KSW in Belange der Außenstelle Krockow

Zu 1. Im Mai erfolgte die Ausschreibung der Leitungsstelle des WLM. Am 24. August fanden die Bewerbergespräche statt. Nicht alle Bewerber wurden bis heute vom Stiftungsratsvorsitzenden darüber informiert, daß sie unberücksichtigt blieben. Ein unverständliches Verhalten des Vorsitzenden! *Der Stiftungsrat folgte mit seiner einstimmigen Entscheidung dem ebenfalls einhelligen Votum* – darüber informierte eine Pressemitteilung der KSW vom 14.10.2021 – *einer von ihm eingesetzten siebenköpfigen Kommission, die von Repräsentanten der Trägerstiftung und der Fördergeber sowie externen Beratern gebildet worden war.* Diese siebenköpfige Kommission bestand nur aus Mitgliedern des Stiftungsrates einschließlich des Vorsitzenden. Ein weiterer landsmannschaftlicher Vertreter kam hinzu, dazu der Leiter eines Bundesinstituts. Diese Kommission entschied sich für Frau Dr. Gisela Parak, eine wissenschaftlich hervorragend qualifizierte Persönlichkeit mit Forschungsschwerpunkt Fotogeschichte. Seit 2013 leitete sie unter anderem das Museum für Photographie Braunschweig e. V. und das Forschungsprojekt „Bergbaukultur im Medienwandel – Fotografische Deutungen von Arbeit, Technik und Alltag im Freiburger Raum“ an der TU Bergakademie Freiberg. Seit Juli 2019 betreute sie den Forschungsbereich „Visual history“ am Deutschen Schiffahrtsmuseum Bremerhaven. Frau Dr. Gisela Parak erwartet in Warendorf eine neue Herausforderung, nunmehr in einem historisch-landeskundlichen Museum mit vielfältigen Kontakten zu Polen, vor allem aber zu der Außenstelle des WLM in Krockow. Hier fehlen ihr – das muß angemerkt werden – alle Voraussetzungen, auch die absolut notwendige polnische Sprachkompetenz ist nicht vorhanden. Wo sich die vielversprechenden Voraussetzungen erkennen lassen, wie der Stiftungsratsvorsitzende in der Presseerklärung hervorhebt, daß *sich das Westpreußische Landesmuseum unter ihrer Leitung stärker die Perspektiven der aktuellen Museologie erschließen wird, eine größere Außenwirkung erzielt und nicht zuletzt zukunftsfähige Strukturen zu entwickeln vermag,* bleibt indes offen. Zu konstatieren ist, daß eine Reihe von Punkten der Stellenausschreibung nicht erfüllt wird. Der Stiftungsratsvorsitzende Ulrich Bonk erwies sich zuvor als beratungsresistent gegenüber Vorschlägen, die ihm von kompetenter Seite hinsichtlich einer Präzisierung des Ausschreibungstextes auf die spezifischen Belange des WLM zugehen.

Ich erlaube mir, zu dem praktizierten Auswahlverfahren aus einem mir zugeleiteten Schreiben einer polnischen Mitbewerberin zu zitieren, das mich zutiefst berührt hat:

Meine Anmerkungen zum Auswahlverfahren betreffen folgende Tatsachen und Eindrücke: Nach der Ausschreibung, auf die man sich vom 19. Mai bis 19. Juni bewerben konnte, musste man lediglich einen Lebenslauf und entsprechende Zeugnisse einsenden. Das hat mich gewundert, denn z.B. in Polen muss man auch eine Skizze/ein Konzept für die Weiterentwicklung der Institution erarbeiten, dafür werden in der entsprechenden Behörde alle Unterlagen zu der Institution ausgelegt. Dann werden idealerweise die Kandidaten mit ihren Konzeptionen zu weiteren Gesprächen eingeladen. Daher konnte ich annehmen, dass von der KSW zuerst alle Kandidaten, die in ihrem Lebenslauf 80 Prozent der Bedienungen erfüllen, zu weiteren Gesprächen eingeladen werden.

Das war nicht der Fall und daher entsteht mein Eindruck, dass die Ausschreibung ein Vorwand für eine bereits getroffene Entscheidung gewesen war. Daher würde ich gerne wissen, wie viele Bewerbungen es gegeben hat, wie viele KandidatInnen die Bedingungen erfüllten und wie viele von ihnen zu weiteren Gesprächen tatsächlich eingeladen wurden? Zum Verlauf von Gesprächen sollte auch eine Dokumentation vorhanden sein - bei solch niedrig angesetzten "Eingangskriterien" sollten dann die Gespräche eine vertiefte Diskussion über die Lage und Zukunftsvision des WLM darstellen.

Ich fühle mich zutiefst empört über die Ignorierung von meiner Bewerbung, da ich alle Kriterien erfüllte. Ich wurde weder informiert noch eingeladen. Herr Bonk als Stiftungsratsvorsitzender antwortete auf meine Anfragen erst am 1. Oktober. Er verwendete in seiner Korrespondenz meinen Dokortitel nicht, daher mein Eindruck, dass man nicht einmal meine Unterlagen mit dem Dokortitel geprüft hat. Man könnte ironisch meinen, dass die Kenntnisse über Westpreußen und der Landessprachen eben zum Hindernis wurden.

Ein weiterer Kritikaspekt betrifft die fehlende Kompatibilität zwischen den starken Seiten der neuen Direktorin und der Spezifik von Westpreußen. Es geht nicht nur um ihre absolut fehlende Sprachkompetenz und ihren Mangel an Geschichtswissen. Es geht auch um die Einstellung zur Minderheitsfragen (Kaschuben) oder auch zu der dunklen Rolle der deutschen Nachbarn im Zweiten Weltkrieg (Piasnitz), um die Problematik der Grenzregion und der Freien Stadt Danzig. Das sind Fragen, die im polnischen Diskurs stets aktuell sind. Solches Wissen ist nicht in einem Jahr zu erwerben. Weiter: Wie sehen ihre Kontakte zu polnischen und kaschubischen Museen aus? Fazit: Die Einstellung einer Person ohne den Background in Minderheits- und Grenzregionfragen ist als Ausdruck des modernen deutschen Kolonialismus im Osten anzusehen. Genauso hatte man im 19. Jahrhundert deutsche Priester und Lehrer nach Westpreußen geschickt, die kein Verständnis für das

"niedrige Volk" besitzen mussten. Vielleicht geht meine Analogie zu weit, denn Frau Dr. Parak geht nicht nach Polen, um die Kaschuben zu belehren, aber Sie verstehen, was ich meine. Ich habe stets bedauert, dass nicht alle wissenschaftlichen MitarbeiterInnen des WLM über Polnischkenntnisse verfügten und nie nach Polen reisten (ich werfe Herrn Dr. Hyss vor, dass er Frau Fethke oder Herrn Steinkühler nie mitgenommen hat). Und letztes: Ist es für Frau Dr. Parak eine Ehre zu wissen, dass sie in einem völlig undurchschaubaren Verfahren, mit Ausschließen von anderen potentiellen Kandidaten, gewonnen hat?

Zu 2. Das Verhältnis zwischen WLM und der Trägerstiftung KSW war bis zur Neuausrichtung der Stiftung 2013 harmonisch. Dr. Lothar Hyss baute als Museumsleiter Ausstellungen, Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit systematisch aus. Zugleich war er sehr erfolgreich in der Zusammenarbeit mit seiner Außenstelle in Krockow; unter seiner verantwortlichen Leitung wurden zudem zahlreiche Kooperationsvereinbarungen mit polnischen Museen der Region Westpreußen geschlossen. Ihm kamen seine muttersprachlichen Polnischkenntnisse zugute. Nach 2013 verschlechterte sich das Verhältnis der neu organisierten KSW und dem WLM zusehends. Ein Evaluationsbericht der KSW vom 18.02.2017 zur Tätigkeit des WLM nach Wiederbeginn seiner Tätigkeit an dem neuen Standort Warendorf stellte den Höhepunkt des Zerwürfnisses mit dem Museum dar; die Vorwürfe widerlegte das Museum in seiner Entgegnung vom 25.04.2017. Die Spannungen mit der KSW verursachten letztlich den gesundheitlichen Zusammenbruch des Museumsleiters; dies führte zu seinem vorzeitigen Ruhestand im April 2021.

Zu 3. Mit rd. 85% finanziert der Bund das WLM institutionell. Jährlich erstellt das WLM im Benehmen mit dem Haushaltsreferat K 14 seinen Wirtschaftsplan, ebenso jährlich den Verwendungsnachweis. Museumsleiter bzw. Verwaltungsleiterin sind nach § 9 BHO Beauftragte für den Haushalt ihrer Einrichtung. Auch wenn die Satzung in § 10 (2) b) festlegt, *Aufgabe des Vorstands sei die Erstellung des Wirtschaftsplanes vor Beginn und der Jahresrechnung mit Vermögensübersicht nach Ende des Geschäftsjahres*, ist diese Aufgabenzuweisung irrelevant, da sie aus Zeiten herrührt, als der Bund das Museum noch nicht institutionell förderte. Die Satzung erfordert eine umgehende Korrektur. Der Eingriff der Vorstandsvorsitzenden in Haushaltsangelegenheiten, die allein das Museum aufgrund seiner Zuständigkeit nach § 9 BHO zu regeln hat, ist somit unzulässig. Das gilt insbesondere auch für ein KSW-Schreiben an die Schloßdirektorin in Krockow vom 04.10.2021. Sie verwaltet die deutschen Mittel, die zum Betrieb der Außenstelle des WLM von der deutschen Seite bereitgestellt werden.

Zweifelsfrei sind die deutschen Mittel nicht durchweg zweckentsprechend im letzten Jahr verwendet worden. Geschuldet ist dies u. a. der Unkenntnis der seit 2019 neu installierten Schloßdirektorin, aber auch der existentiellen Bedrohung der gesamten Einrichtung in Krockow durch die Coronakrise. Statt die bestehende Problematik über Vertrauen bildende Gespräche des WLM mit der Krockower Schloßverwaltung abzuklären, fordert die nicht zuständige Vorstandsvorsitzende der KSW die polnische Seite in dem rüden und stillen o. g. Schreiben vom 04.10. zur Rückerstattung eines Teilbetrages der deutschen Zuwendung des Jahres 2020 auf. Zugleich überlegt sie, wie Leihgaben des WLM zurückgeführt werden können. Der Eindruck, den dieses Schreiben erweckt, die deutsche Seite wolle die seit mehr als 20 Jahren bestehende vertrauensvolle Kooperation zwischen dem WLM und seiner Außenstelle sowie dem Regionalmuseum Krockow beenden, ist verheerend und muß rasch korrigiert werden.

Welche Schlußfolgerungen müßten aus dem Gesagten gezogen werden?

1. Die Leitungsstelle des WLM sollte nochmals ausgeschrieben werden. Zur Wahrung der Neutralität des Verfahrens ist eine Personalauswahlagentur mit der Ausschreibung und Personalauswahl zu beauftragen. Für Frau Dr. Gisela Parak, deren Vertrag – zunächst geltend für eine zweijährige Probezeit – unterschrieben wurde, könnte mit Sicherheit im nachgeordneten Bereich des BKM eine Leitungsstelle bereitgestellt werden, die auf ihren bisherigen beruflichen Werdegang zugeschnitten ist und ihr somit auch persönlich entgegenkommt. Die von dem Stiftungsrat der KSW getroffene Entscheidung ist intransparent und angreifbar. Denn Mitbewerber besitzen zumindest die gleiche Qualifikation wie Frau Dr. Gisela Parak. Sie haben zudem den Vorteil, ihre Erfahrungen in einer vom Bund nach § 96 Bundesvertriebenengesetz (BVFG) geförderten landeskundlich-historischen Museumseinrichtung gesammelt zu haben. Überdies besitzen sie gegenüber Frau Dr. Gisela Parak den entscheidenden Vorzug, die polnische Sprache in Wort und Schrift zu beherrschen.

2. Die KSW ist nicht zeitgemäß. Sie sollte in eine reine Museumsstiftung nach dem Muster der Stiftung Pommersches Landesmuseum umgewandelt werden. Dazu gehören: Der Vorstand ist zu verschlanken auf drei Personen mit dem Museumsleiter als Vorsitzendem, einem Vertreter der Stadt Warendorf und einem Vertreter der Familie Horstmann, in deren Eigentum sich das Klosterensemble als Sitz des WLM befindet. Der

Stiftungsrat ist zu begrenzen auf 5 Personen (4 Vertreter der das WLM finanzierenden öffentlichen Hand, 1 Vertreter der Landsmannschaft, letzterer darf nicht der geborene Stiftungsratsvorsitzende sein).

3. Der KSW mit ihrem Vorstand ist zu verdeutlichen, daß sie sich aus allen Bereichen, die den Haushalt des WLM betreffen, heraushalten muß. Sie hat sich ausschließlich auf die ihr nach der Satzung zugewiesenen Aufgaben mit Ausnahme von § 10 (2) b) zu konzentrieren.

Ich hoffe und wünsche, daß Sie sich in Ihrer dem Ende zugehenden Amtszeit nachhaltig für das Fortbestehen des WLM und damit auch für die ungefährdete Weiterentwicklung der nachbarschaftlichen deutsch-polnischen Kooperation zwischen Warendorf und vor allem Krockow verwenden werden.

Die Antwort erfolgte seitens des Fachreferats in der für eine oberste Bundesbehörde ungewöhnlichen Form einer Email. Lapidar wurde festgehalten, daß offene Briefe seitens der Bundesregierung nicht beantwortet werden. Gleichwohl wurden mir Falschbehauptungen und Fehlbewertungen unterstellt, ohne dies zu begründen. Überdies hielt man mich dazu an, unter Hinweis auf das beamtenrechtliche Mäßigungsgebot, von weiteren Schreiben in dieser Angelegenheit abzusehen. Ich wies das zurück mit Hinweis darauf, mir unterstellte Falschbehauptungen bzw. Fehldeutungen zeigten nur, daß man meine Ausführungen entweder nicht verstanden hatte oder verstehen wollte. Mit der beamtenrechtlichen Drohgebärde werde zudem versucht, mein verfassungsrechtlich garantiertes Recht auf Meinungsfreiheit einzuschränken.

Inzwischen amtiert Frau Dr. Parak seit mehr als einem Monat als Direktorin des WLM. Die Website des Museums wurde neugestaltet, bringt aber wenig Neues. Unter SITEMAP lassen sich alle Aktivitäten des Museums der vergangenen Jahre nachverfolgen, so auch die von Dr. Hyss begründeten Partnerschaften bzw. Kooperationen zu 8 polnischen Museen. Auffällig ist, daß unter der Rubrik DAS WESTPREUSSISCHE LANDESMUSEUM UND SEINE AUSSENSTELLE IN KROCKOW/KROKOWA SEIT 1999 ausführlich auf Krockow eingegangen wird. Das betrifft allerdings nur die Vergangenheit; die Gegenwart, die nicht nur die museale Einrichtung Krockows akut gefährdet, wird in keiner Weise erwähnt. Die gezeigten Fotos des Schlosses, eines Danzig-Zimmers – Leihgabe des WLM – sowie eines Ausstellungsdetails der Schlacht von Schwetzin von 1462, die das Krockower Regionalmuseums 2018 produziert hatte, sind Vergangenheit. Denn mit dem Fortgang der letzten Museumsleiterin Krockows im August 2020 verfügt das Regionalmuseum über keine kompetente Leitung, die in der Lage wäre, Ausstellungen und sonstige Veranstaltungen zu organisieren oder – wie von 1999 bis 2020 –

deutschsprachige Führungen anzubieten. All das, was das WLM und die Museumsleitungen des Krockower Regionalmuseums/Außenstelle WLM in den vorausgegangenen 20 Jahren mit Verve geschaffen haben, scheint nunmehr Makulatur zu sein. Und die Coronakrise trägt das Ihrige dazu bei, daß in naher Zukunft die Aussicht auf Besserung offen ist.

Nicht zuletzt ist die Kulturstiftung Westpreußen dafür verantwortlich zu machen, daß die Kooperation mit Krockow in Frage gestellt ist. Dafür einige Beispiele:

- Die Krockower Schloßleitung gratulierte am 3. November 2021 der neuen Direktorin in Warendorf. In der Antwort hieß es seitens der Leiterin des WLM dann u. a.: *Bitte wenden Sie sich zgl. der Kooperation an Frau Dr. Reisinger-Weber* [die Vorstandsvorsitzende der KSW], *die hier zuständig ist*. Die Warendorfer Museumsleitung entläßt sich somit aus ihrer Verantwortung für Krockow.
- Ulrich Graf v. Krockow, maßgeblich Mitverantwortlicher in Krokowa/Krockow, versuchte nach Übernahme der Museumsverantwortung in Warendorf mit Frau Dr. Parak telefonisch in Kontakt zu treten. Das lehnte Frau Dr. Parak kategorisch ab.
- Mitbedingt durch die Coronakrise wurden 2020 bei der Prüfung des Verwendungsnachweises der Bundeszuwendung für Krockow Unstimmigkeiten festgestellt. Die KSW in Person von Frau Dr. Reisinger-Weber forderte rigoros € 8.500 von der Schloßverwaltung Krockow zurück. Diese Rückzahlungssumme hätte das wirtschaftliche Aus für den gesamten Schloßbetrieb bedeuten können. Abgesehen von der Problematik, ob die KSW rechtlich die Rückforderung vornehmen durfte und dies nicht zu dem Zuständigkeitsbereich der Verwaltung des WLM gehörte – sie trägt als Beauftragte für den Haushalt nach § 9 BHO die Verantwortung – fragt man sich, ob nicht eine angemessenere Vorgehensweise zu prüfen gewesen wäre. Wenn Frau Dr. Reisinger-Weber überdies fordert, die Leihgaben des WLM, die in Krockow gezeigt werden, seien Anfang 2022 nach Warendorf zurückzuführen, läßt sich daraus ableiten, die KSW wolle einseitig die jahrelang erfolgreiche Kooperation mit Krockow aufkündigen. Ein konkreter Grund ist nicht erkennbar, zudem steht das Ansinnen des KSW-Vorstands in absolutem Widerspruch zu den Angaben auf der Website des WLM unter DAS WESTPREUSSISCHE LANDESMUSEUM UND SEINE AUSSENSTELLE IN KROCKOW/ KROKOWA SEIT 1999.

Etwa 14 Tage nach Dienstantritt Frau Dr. Paraks führte das Organ der Westpreußischen Gesellschaft – Landsmannschaft Westpreußen e.V. *Der Westpreuße – Unser Danzig* mit ihr ein Interview. Die in der ersten Folge (siehe AGOMWBW-Rundbrief Nr. 805) geäußerte Befürchtung, Frau Dr. Parak werde möglicherweise nicht die geeignete Nachfolgerin von Dr. Lothar Hyss sein, scheint sich zu bestätigen: Ihre historischen Kenntnisse zur Region sind sicher ausbaufähig. Dazu einige Beispiele: Westpreußen, das Territorium, das im Zweiten Thorner Frieden 1466 an die Krone Polens fiel, gelangte 1772 unter der Bezeichnung Neupreußen weitgehend nach den von Rußland betriebenen Teilung Polens an Preußen und stellte damit die Landverbindung zwischen Ostpreußen und Brandenburg her. Als *Provinz Westpreußen* tritt dieses Neupreußen erst 1773 und nicht 1772 auf.

Das Westpreußische Landesmuseum will künftig die Kolonisierung des Ostens kritisch erörtern und die Ostpolitik Friedrichs des Großen am Beispiel Westpreußens analysieren. Was Frau Dr. Parak meint, bleibt ungewiß. Der Begriff „Kolonisierung des Ostens“ ist verfehlt, dafür steht der wissenschaftliche Terminus „mittelalterliche Ostsiedlung“. Eine „kritische“ Erörterung dieses Phänomens im Museum ist sicher nicht der richtige Ort. Was unter *Ostpolitik Friedrichs des Großen* verstanden werden soll, bleibt unerklärt. Oder sollte dies nur eine Reminiszenz an die Brandt/Scheelsche Ostpolitik sein? Kryptisch heißt es dann im Interview: *Vor allem fehlt im Museum belang auch eine Vertiefung der polnischen Perspektive. Die Annexion Westpreußens kann heute nicht mehr aus der Perspektive einer veralteten deutschen Geschichtsdeutung heraus erzählt werden.* Abgesehen davon, daß dies der einzige Bezug des WLM zu Polen ist, wie soll die polnische Perspektive mit der Annexion Westpreußens vertieft werden? Die Sinnhaftigkeit der drei polnischen Teilungen (1772, 1793 und 1795) ist längst wissenschaftlich ausdiskutiert und muß nicht vom WLM wiederholt werden. Sinnhafter wäre es gewesen, wenn Frau Dr. Parak auf die insbesondere von der KSW verursachten gestörten Verhältnisse zwischen Außenstelle/Regionalmuseum Krokowa/Krockow und ihrem Hause, dem WLM, eingegangen wäre. Ein Eingehen auf die künftigen Beziehungen des WLM zu den anderen, vom Bund geförderten Landesmuseen erfolgt nicht, etwa wie die Museen Ausstellungen untereinander austauschen könnten. Auch erwähnt die neue Museumsleitung mit keiner Silbe das am Museum angesiedelte Kulturreferat und wie dessen weit nach Polen reichenden Kapazitäten für die Museumsarbeit gemeinsam genutzt werden können.

Gleichwohl sollte die Hoffnung auf ein Umdenken innerhalb der KSW und der Museumsleitung nicht aufgegeben werden und somit die Fortsetzung der

Kooperation des WLM mit seiner Außenstelle Krockow/Regionalmuseum Krokowa auch zukünftig möglich sein. Gleiches gilt für die zahlreichen von Dr. Hyss begründeten Kooperationen mit befreundeten polnischen Museen an der unteren Weichsel im Sinne einer guten deutsch-polnischen Nachbarschaft.

Dr. Jürgen Martens, Königswinter

Dieser Beitrag steht jetzt auch im weltweiten Netz auf den Seiten „Ostdeutsche Museen“:

[<http://www.ostdeutsche-museen.de/html/westpreussischesmuseum_wp.html>](http://www.ostdeutsche-museen.de/html/westpreussischesmuseum_wp.html)



Das Westpreußische Landesmuseum im früheren Franziskanerkloster in Warendorf



Schloss Krockow in Westpreußen, Sitz der Außenstelle des Westpreußischen Landesmuseum Warendorf



01) Einbahnstraße Borstellstraße – eine Fehlentscheidung.
Brief an die Straßenverkehrsamt von Berlin Steglitz-Zehlendorf



Verkehrszeichen Richtzeichen...

§ 42 Richtzeichen:

Richtzeichen geben **besondere** Hinweise zur Erleichterung des Verkehrs. Sie können auch Anordnung ...

tiefbauamt@ba-sz.berlin.de

Ccc: bzbm@ba-sz.berlin.de

Bcc: agom.westpreussen.berlin@gmail.com

13.04.2021, 10:40 Uhr

Sehr geehrte Damen und Herren,

wegen einer Baustelle ist seit einigen Wochen u.a. der Abschnitt der Borstellstraße zwischen Brandenburgischer Straße und Albrechtstraße zur Einbahnstraße umgewidmet worden. Ich halte das nach meinen Beobachtungen nicht für klug!

Es ist ein verhältnismäßig kurzer Straßenabschnitt von etwa 20 Metern. Nach meinen Beobachtungen ignorieren nicht nur große Lastfahrzeuge diese Regelung und fahren von der Brandenburgischen Straße in Richtung Albrechtstraße der Einbahnstraße-Regelung entgegen. Den großen Lastfahrzeugen ist das auch nicht zu verdenken, denn andernfalls müssten sie sich im Zuge der Borstellstraße durch die mit Autos enggestellten Straßen quälen, sofern sie überhaupt von der Brandenburgischen Straße her nach rechts in die Borstellstraße Richtung Stephanstraße (auch eine Einbahnstraße zwischen Albrechtstraße und Borstellstraße) einbiegen können: es ist dort aufgrund einer Baustellenabsperzung sehr eng. Aber nicht nur Laster-, sondern auch PKW-Fahrer ignorieren die o.g. Einbahnstraßenregelung.

Ich halte es daher für sinnvoller, wenn statt der Beschilderung als „Einbahnstraße“ Richtzeichen nach § 42 der Straßenverkehrsordnung aufgestellt werden: so weit mir bekannt roter bzw. weißer Pfeil auf blauem Grund (waren die früher nicht anders gestaltet?).

Ich freue mich auf die Umsetzung meines Vorschlags und Ihre Eingangsbestätigung zu meinem Vorschlag, den Sie bitte an die zuständige Stelle weitergeben.

Mit freundlichen Grüßen
Reinhard M. W. Hanke,
Vorsitzender der Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin
c/o Büro der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin
Brandenburgische Straße 24 Steglitz
12167 Berlin
Ruf: 030-257 97 533, Fax auf Anfrage
www.westpreussen-berlin.de
www.ostmitteleuropa.de

19.04.2021

Sehr geehrte Damen und Herren vom Tiefbauamt usw.,

zu meinem bislang unbeantworteten Schreiben vom 13. April 2021 ergänze ich:
Nach meinen Beobachtungen wird auch die Einbahnstraßen-Ausschilderung der Borstellstraße zwischen Brandenburgische Straße und Stephanstraße nicht nur von LKW-Fahrern, sondern auch von PKW-Fahrern ignoriert. Sie Sollten handeln.

In Erwartung Ihrer freundlichen Antwort verbleibe ich mit freundlichen Grüßen
Reinhard M. W. Hanke

Anmerkung von Reinhard M. W. Hanke am 02.06.2021:

Das Tiefbauamt hat am 19.04.2021 meinen Brief zuständigkeitshalber an die Straßenverkehrsamt des Bezirks weitergeleitet.

Eine Antwort auf unsere Schreiben vom 16. und 19.04.2021 ist bis heute – 17. Februar 2022 - ausgeblieben...! Aber die Verkehrsteilnehmer verhalten sich nach gesundem Menschenverstand, so, wie wir es erwartet hatten! „Nicht antworten“ als Prinzip? Auch die BVG pflegt das in einer anderen Frage....

Vielleicht sollten wir noch ein paar Fotos von zerstörten Mosaiksteinpflastern und anderen Straßenschäden am beschriebenen Ort bringen!



Borstellstraße, Blick Richtung Albrechtstraße von Ecke Brandenburgische Straße



Vom selben Standort: Borstellstraße Richtung Stephanstraße. Aufnahmen (2): Reinhard M.W. Hanke



Steffen Reiche

Liebe Freunde und Freundinnen, ich habe gerade die Petition „Freiheit für alle politischen Gefangenen in Belarus!“ unterzeichnet und möchte Dich fragen, ob auch Du Dich hinter dieses Anliegen stellen kannst. Dieses Anliegen bedeutet mir viel! Je mehr Unterstützung wir für diese Kampagne mobilisieren können, desto grösser sind unsere Chancen, die Kampagne zu gewinnen. Mehr über die Kampagne lesen und die Petition unterzeichnen:

https://act.campax.org/petitions/freilassung-aller-politischer-gefangenen-in-belarus?share=28716014-b5ba-45a3-ba6b-1fab6e0d6390&source=email-share-button&utm_medium=&utm_source=email

Pfarrer Steffen Reiche nimmt Sie gerne in seinen „Predigerkreis“ auf. Sie erhalten dann direkt neben den Predigten und Andachten auch Hinweise zu Gesellschaft und Politik und zu interessanten Veranstaltungen:

Steffen-reiche@gmx.de

Berlin-Nikolassee, 01.02.2022

Liebe Predigtkreisgemeinde,

soll Deutschland Waffen zur Verteidigung liefern an die Ukraine? Ich habe den Wehrdienst 1979 in Potsdam verweigert. Und habe denen im Wehrkeiskommando, die mich voller Ablehnung anschauten, als wäre ich zu weich dafür, gesagt: Ziehen sie mich zu den Blauhelmen und ich bin heute Abend Soldat.

An dieser Position habe ich in den letzten 43 Jahren nichts geändert. Nicht der Friede muss bewaffnet sein! Nein. Aber die Friedfertigen müssen verteidigt werden. Oder sich verteidigen können.

Ihr Steffen Reiche

Der alte Mann im Kreml hat sich verzockt. Er wollte die NATO demütigen, in dem er ihr ein Diktat auferlegen wollte. Aber die NATO ist so einig wie seit Jahren nicht. Und Finnland und Schweden überlegen ernsthaft, sich als neue Mitglieder unter den Schuttschirm der NATO zu begeben. Wie sollte man auch Jemandem trauen, der sich als neuer Zar 1999 bei Jelzin empfahl, in dem er mit maximaler Brutalität die Tschetschenen wieder unter russische Joch zwang. Der eine Reihe von frozen conflicts bis heute unterhält, z.B. in Moldawien. Die er wie Schieberegler bedient, um Nachbarvölkern seinen Willen aufzuzwingen. Der 2008

gleich doppelt in Georgien einfiel und Krieg führte. Der an der Seite von Bashar al Assad, dem Schlächter von Damaskus, Krieg gegen dessen Bevölkerung führt. Mit der niederträchtig kalkulierten Folge, dass die Flüchtlinge nicht nur die Nachbarländer wie Libanon destabilisieren, sondern auch mit über einer Million Flüchtlingen bisher die EU vor eine gigantische Herausforderung stellen. Der vor unseren Augen (das kann doch noch keiner vergessen haben), erstmals die europäische Nachkriegsordnung von 1945 störte, in dem er die Grenzen, die unter dem Druck von der Sowjetunion und Stalin in Potsdam zugunsten Russlands gezogen worden sind, einseitig veränderte durch die Eroberung der Krim und der Ostukraine. Die Ukraine braucht Verteidigungswaffen gegen den Zaren aus Moskau! Auch und gerade aus Deutschland, dass die Ukraine 1939 überfiel und allein in Babyn Jar in 2 Tagen im September 1941 über 33 000 Menschen tötete. Das als Grund zu nennen, die Ukraine dem Angriff der Russen unter Zar Putin zu überlassen und nur 5000 Helme gegen die russische Luftwaffe zu liefern, ist an Zynismus nicht zu überbieten. Die Rolle der orthodoxen Kirche Russlands in dieser Situation lässt einen Scham- und Zornes-Rot werden. Denn sie hält weiter Fürbitte für Zar Putin, der weit klüger ist als Stalin und Hitler in ihrer Zeit. Ein Neuntel der Landmasse der Erde, also über 11% gehören heute Russland. Aber nur 144 Millionen Menschen leben dort. Die anderen 194 Staaten der UNO teilen sich in die übrigen knapp über 88 %. Alle anderen Imperien haben ihre Gebiete verloren. Aber Russland arrondiert noch immer. Talleyrand hatte schon recht, als er sagte, dass wenn Russland auftaut, man es in ganz Europa riechen wird. Es stinkt gen Himmel, was Putin macht.

STEFFEN REICHE PRÄSENTIERT: „POLITISCHE BIOGRAFIEN“[\[1\]](#)

Geschichten über Siege und Niederlagen im 20. Jahrhundert

Vom 6. Februar an jeden Sonntag ab 19:30 Uhr in HAUPTSTADT TV

Lily Braun: 6. Februar 2022

Otto Sidow: 13. Februar 2022

Arthur Stadthagen: 20. Februar 2022

Emma Ihrer: 27. Februar 2022

Paul Neumann: 6. März 2022

Otto Wels: 13. März 2022

Marie Juchacz: 20. März 2022

Ernst Schrader: 27. März 2022

Clara Bohm-Schuch: 3. April 2022

Paul Szillat: 10. April 2022

Otto Braun: 17. April 2022

Siehe nächste Seite!

STEFFEN REICHE PRÄSENTIERT: „POLITISCHE BIOGRAFIEN“¹

Geschichten über Siege und Niederlagen im 20 Jahrhundert



Ab 6. Februar jeden Sonntag um 19:30h bei HAUPTSTADT TV: <https://hauptstadt.tv>



Lily Braun: 6. Februar 2022



Otto Sidow: 13. Februar 2022



Arthur Stadthagen: 20. Februar 2022



Emma Ihrer: 27. Februar 2022



Paul Neumann: 6. März 2022



Otto Wels: 13. März 2022



Marie Juchacz: 20. März 2022



Ernst Schrader: 27. März 2022



Clara Bohm-Schuch: 3. April 2022



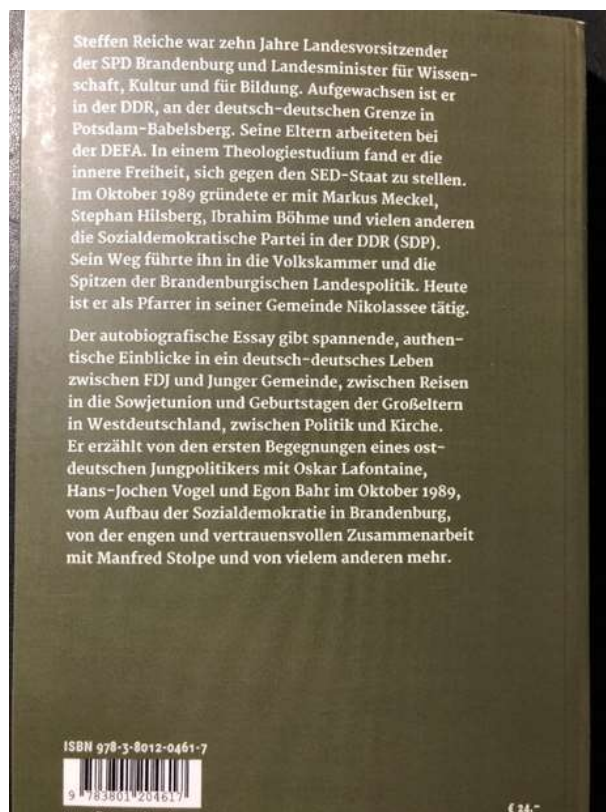
Paul Szillat: 10. April 2022



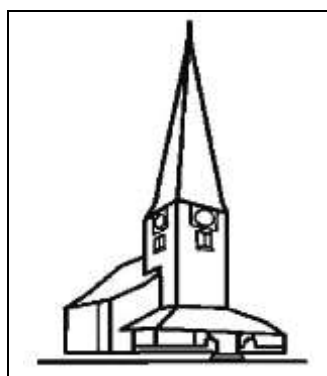
Otto Braun: 17. April 2022

Alle Sendungen auch in der:
Mediathek Hauptstadt TV

¹ Mit Texten von: Willi Carl, Christel Dettmann, Siegfried Heimann, Sabine Hering, Uwe Klett, Gisela Notz, Wolf Preuss, Frank Reich, Kurt Schilde, Cornelia Wenzel und Christoph Wunnicke,
Aus dem Buch: Sozialdemokratie in Brandenburg 1868-1933, Dietz Verlag Bonn 2021.



Zugleich biete ich Ihnen mein Buch „Tief träumen und hellwach sein“ an. Ihnen kann ich den Autorenrabatt anbieten und so sind es auch trotz Porto nur 20 €. Die CD kostet € 5,00.



Evangelische Gemeinde am Nikolassee

Gottesdienst – Letzter Sonntag nach Epiphania 06.02.2022 – 10.00 Uhr

Pfarrer Steffen Reiche & Organist Christian von Knobloch

Lektor Dr. Reinhard Länge & Kirchdienst Christine Mehlhorn

Introitus

Begrüßung

Im Namen des Vaters und des Sohnes und des Heiligen Geistes. **Gemeinde:** Amen
Unsere Hilfe steht im Namen des Herrn. **Gemeinde:** Der Himmel und Erde gemacht hat.
Der Herr sei mit Euch! **Gemeinde:** Und mit Deinem Geist.

Einführung zum Gottesdienst und Psalmgebet

Herzlich willkommen. Ich freue mich, diesen Gottesdienst am 4. Sonntag vor der Passionszeit mit Ihnen feiern zu können.

Immer am 1. Advent merken wir: wir leben in zwei Jahren – dem Kirchenjahr und dem Kalenderjahr. Das Kirchenjahr beginnt am 1. Advent mit der Vorbereitung auf Weihnachten und das Kalenderjahr beginnt nach dem Tag des Heiligen Silvester.

Und heute will ich Sie auf etwas mindestens ebenso spannendes hinweisen. Einen 4. Sonntag vor der Passionszeit erlebt man selten. Aber in diesem Jahr ist Ostern spät. Am 18. April. Der späteste denkbare Termin ist der 25. April. Aber warum wandert Ostern so durch unser Kirchenjahr? Weil unser Kirchenjahr auch zwei Zeitrechnungen in sich vereint. Das jüdische Mondjahr und das römische Sonnenjahr. Wir feiern auf den Schultern unserer jüdischen Geschwister ihr Passah-Fest als unser Ostern mit. Und Passah wird am Sonntag nach dem Frühlingsvollmond gefeiert. Warum haben die Juden einen Mondkalender – weil Gott die Schöpfung so schuf, dass aus Abend und Morgen ein Tag wird. Für die Juden beginnt der neue Tag immer mit dem Abend – und so feiern sie ja auch den Shabbat am Abend des Freitags, dann, wenn der siebte Tag der Woche, der letzte Tag der Woche beginnt, an dem Gott von der Arbeit der Schöpfung ruht. Und die ältesten Feste der Christen sind eben auch jüdische Feste – Pfingsten kommt gleich noch mit dazu – die Ausgießung des Heiligen Geistes wird am jüdischen Fest Schawuot gefeiert – die Juden feiern 50 Tage nach Pessach, also Pentekoste Tage, daher also Pfingsten, ihr erstes Erntedankfest. Zu Pessach ist mit der Weizenernte begonnen worden, nun wird sie 50 Tage danach beendet. Zugleich feiern die Juden auch die Gabe der Thora an Mose auf dem Sinai. Und die Jünger und mit ihnen die Kirche bekommen nun nicht auf dem Sinai, sondern in der heiligen Stadt Jerusalem den Heiligen Geist geschenkt, der über sie kommt wie ein Feuer, wie ein Sturm.

Und so feiert die jüdische Sekte der Christen, verfolgt von Juden und Römern, nun knapp 300 Jahre immer zu Passah und Schawuot ihr Ostern und ihr Pfingsten. Und dann, als sie nicht mehr verfolgt werden, wollen sie endlich auch die Geburt Jesu feiern. Aber die Juden sind schon zerstreut in die Diaspora, sie sind überall und nirgends. Und also orientiert man sich erstmals nicht mehr an einem jüdischen Fest, als man das von Lukas und Matthäus und ihren Gemeinden fein ausgebaute Weihnachten, die Geburt Christi feiern will. Sondern die Festlegung des Weihnachtsfestes ist ein Statement der christlichen Gemeinde in Rom im 4. Jahrhundert. Man legt es auf den Tag des deus sol invictus, des Gottes der unbesiegten Sonne, dass kurz nach der Wintersonnenwende gefeiert wird. Also die ganze Schöpfung, nun aber nicht mehr mit dem Mondkalender der Juden, sondern mit dem Sonnenkalender der Kaiser, die ja nun die Christen anerkennen, ja selber seit Kaiser Konstantin Christen werden. Und diese Feste bewegen sich nicht mehr in unserem Sonnenkalender, sondern sie sind ja in diesen Sonnenkalender hineingeglaubt worden. Ich finde das ist ein echter Kalenderkrimi. Und den Kalender festzulegen ist ja Aufgabe der Priester, der Astronomen, der Wissenschaftler. Die Zeiten ändern sich! Und mit den Zeiten ändern sich eben die Zeiten.

Die Ordnung des Gottesdienstes finden sie im Umschlag – neue Gesangbücher

KiGo - Diesmal sind unsere Kids mit Jesus und seinen Freunden bei einer Hochzeitsfeier. Dort hat Jesus sein erstes Wunder vollbracht. Sie wollen dort fröhlich feiern und von dem Wunder erzählt bekommen.

Lied „Danket dem Herrn“ EG 333, 1-3

Heute ist der Gedenktag des Heiligen Amandus * um 575 in Poitou und † um 676 in Elnon. Er war Missionar in Flandern und Bischof von Tongeren-Maastricht. Er hat in seinem Leben an

verschiedenen Orten gewirkt. So wird er je nach Land und Thema als Amandus von Tongeren, Amandus von Maastricht, Amandus von Gent oder Amandus von Elnon bezeichnet. Amandus schlug frühzeitig eine Laufbahn ein, in der allein er bei seiner römischen Abkunft öffentlich wirken konnte. Er diente der Kirche durch Predigt, Bekehrung und Stiftung von Klöstern. Zuerst war er Missionar unter Basken und Slawen und wurde dann unter Dagobert II., der ihn als strengen Sittenrichter verbannte, sonst aber wirksam unterstützte, der Apostel Belgiens. Er gründete als Wanderbischof die Klöster Blandinium und St. Bavo in Gent und das später nach ihm benannte Kloster Sankt-Amand (Elnon) bei Tournai. Er stand auch dem Bistum Tongern-Maastricht vor. Dann wandte er sich wieder teils der Heidenbekehrung in den Scheldegebieten, teils dem beschaulichen Leben in seinem Kloster Elnon zu, wo er um das Jahr 675 starb. Reliquien des Hl. Amandus befinden sich seit 1760 in der Pfarrkirche St. Peter und Paul in Oberammergau.

Psalm 97 im Jubilate 267 „Freude am Königtum Gottes“ Ein Psalm zum Dankopfer

Der HERR ist König; des freue sich das Erdreich und seien fröhlich die Inseln, so viel ihrer sind. Wolken und Dunkel sind um ihn her, Gerechtigkeit und Recht sind seines Thrones Stütze. Feuer geht vor ihm her und verzehrt ringsum seine Feinde.

Seine Blitze erleuchten den Erdbereich, das Erdreich sieht es und erschrickt.

Berge zerschmelzen wie Wachs vor dem HERRN, vor dem Herrscher der ganzen Erde.

Die Himmel verkündigen seine Gerechtigkeit, und alle Völker sehen seine Herrlichkeit.

Schämen sollen sich alle, die den Bildern dienen und sich der Götzen rühmen. Betet ihn an! Denn du, HERR, bist der Höchste über allen Landen, du bist hoch erhöht über alle Götter.

Ehr sei dem Vater (bitte etwas tiefer)

Eingangsgebet - Afrikanisches Morgen-Gebet

Herr, ich werfe meine Freude wie Vögel an den Himmel. Die Nacht ist verflattert und ich freue mich am Licht. So ein Tag, Herr, so ein Tag. Deine Sonne hat den Tau weggebrannt vom Gras und von unseren Herzen. Was da aus uns kommt, was da um uns ist an diesem Morgen, das ist Dank. Herr, ich bin fröhlich heute am Morgen. Die Vögel und Engel singen und ich jubiliere auch. Das All und unsere Herzen sind offen für Deine Gnade. Ich fühle meinen Körper und danke.

Herr, ich freue mich an der Schöpfung. Und dass du dahinter bist und daneben und davor und darüber und in uns. Herr, ich freue mich und freue mich. Die Psalmen singen von Deiner Liebe, die Propheten verkündigen sie und wir erfahren sie.

Ich werfe meine Freude wie Vögel an den Himmel. Ein neuer Tag, der glitzert und knistert und jubiliert von Deiner Liebe. Jeden Tag machst Du, Du zählst jeden Tag wie die Sterne am Himmel. Halleluja, Herr.

Kyrie eleison

Gemeinde: Herr erbarme Dich.

Christe eleison

Gemeinde: Christus erbarme Dich.

Kyrie eleison

Gemeinde: Herr erbarme Dich.

Ehre sei Gott in der Höhe!

Gemeinde: Und auf Erden Fried, den Menschen ein Wohlgefallen.

Gloria EG 179, 1

Lektor Dr. Länge: Alttestamentl. Lesung „Moses Berufung“

Mose hütete die Schafe Jitros, seines Schwiegervaters, des Priesters in Midian, und trieb die Schafe über die Wüste hinaus und kam an den Berg Gottes, den Horeb. Und der Engel des HERRN erschien ihm in einer feurigen Flamme aus dem Dornbusch. Und er sah, dass der Busch im Feuer brannte und doch nicht verzehrt wurde. Da sprach er: Ich will hingehen und diese wundersame Erscheinung besehen, warum der Busch nicht verbrennt. Als aber der HERR sah, dass er hinging, um zu sehen, rief Gott ihn aus dem Busch und sprach:

Mose, Mose! Er antwortete: Hier bin ich.

ER sprach: Tritt nicht herzu, zieh deine Schuhe von deinen Füßen; denn der Ort, darauf du stehst, ist heiliges Land! Ich bin der Gott deines Vaters, der Gott Abrahams, der Gott Isaaks und der Gott Jakobs. Und Mose verhüllte sein Angesicht; denn er fürchtete sich, Gott anzuschauen. Und der HERR sprach: Ich habe das Elend meines Volks in Ägypten gesehen, und ihr Geschrei über ihre Bedränger habe ich gehört; ich habe ihre Leiden erkannt. Und ich bin herniedergefahren, dass ich sie errette aus der Ägypter Hand und sie aus diesem Lande hinaufführe in ein gutes und weites Land, in ein Land, darin Milch und Honig fließt. Weil denn nun das Geschrei der Israeliten vor mich gekommen ist und ich dazu ihre Drangsal gesehen habe, wie die Ägypter sie bedrängen, so geh nun hin, ich will dich zum Pharao senden, damit du mein Volk aus Ägypten führst.

Mose sprach zu Gott: Wer bin ich, dass ich zum Pharao gehe und führe die Israeliten aus Ägypten?

Gott sprach: Ich will mit dir sein. Und das soll dir das Zeichen sein, dass ich dich gesandt habe: Wenn du mein Volk aus Ägypten geführt hast, werdet ihr Gott dienen auf diesem Berge.

Mose sprach zu Gott: Siehe, wenn ich zu den Israeliten komme und spreche zu ihnen:

Der Gott eurer Väter hat mich zu euch gesandt!, und sie mir sagen werden: Wie ist sein Name?, Was soll ich ihnen sagen?

Gott sprach zu Mose: **Ich werde sein, der ich sein werde.**

Das ist mein Name auf ewig, mit dem man mich anrufen soll von Geschlecht zu Geschlecht.

Wochenlied „Zieh an die Macht, Du Arm des Herrn“ EG 377, 1+2+4

Evangelium Matthäus 17, 1-9

„Ehre sei dir Herr“

Und nach sechs Tagen nahm Jesus mit sich Petrus und Jakobus und Johannes, dessen Bruder, und führte sie allein auf einen hohen Berg. Und er wurde verklärt vor ihnen und sein Angesicht leuchtete wie die Sonne, und seine Kleider wurden weiß wie das Licht.

Und siehe, da erschienen ihnen Mose und Elia; die redeten mit ihm. Petrus aber antwortete und sprach zu Jesus: Herr, hier ist gut sein! Willst du, so will ich hier drei Hütten bauen, dir eine, Mose eine und Elia eine. Als er noch so redete, siehe, da überschattete sie eine lichte Wolke.

Und siehe, eine Stimme aus der Wolke sprach: Dies ist mein lieber Sohn, an dem ich Wohlgefallen habe; den sollt ihr hören!

Als das die Jünger hörten, fielen sie auf ihr Angesicht und fürchteten sich sehr.

Jesus aber trat zu ihnen, rührte sie an und sprach: Steht auf und fürchtet euch nicht!

Als sie aber ihre Augen aufhoben, sahen sie niemand als Jesus allein. Und als sie vom Berge hinabgingen, gebot ihnen Jesus und sprach: Ihr sollt von dieser Erscheinung niemandem sagen, bis der Menschensohn von den Toten auferstanden ist.

Wort des lebendigen Gottes.

„Lob sei dir Christus!“

Lied „Auf meinen lieben Gott, trau ich in Angst und Not“ EG 345, 1+2+5

Predigt zum Namen Gottes Jahwe und dem Berg der Verklärung

von Pfarrer Steffen Reiche

Gnade sei mit Euch und Frieden von dem der da war, der da ist und da sein wird.

Liebe Schwestern und Brüder!

Mose sprach zu Gott: „Wenn ich zu den Israeliten komme und spreche zu ihnen: Der Gott eurer Väter hat mich zu euch gesandt!, und sie mir sagen werden: Wie ist sein Name?, Was soll ich ihnen sagen?“ Gott sprach zu Mose: **„Ich werde sein, der ich sein werde.“**

Gott hat den Namen Jahwe. Und dieser Name ist, wie es die Namen in Israel immer sind, ein ganzer Satz! Ein Bekenntnis!

Jesus bedeutet: Gott rettet.

Gabriel bedeutet: Gott ist meine Stärke.

Abraham bedeutet: Vater von vielen.

Und der Name Gottes „Jahwe“ spricht das Geheimnis Gottes nicht aus! Sondern deutet es an.

Jahwe ist der „*Ich bin, der ich bin.*“

Oder eben noch besser, noch geheimnisvoller, noch mit mehr Zukunft übersetzt: *Ich werde sein, der ich sein werde.*

Wem offenbart sich Gott so, dass er ihm erstmals seinen Namen sagt?

Mose, dem Jähzornigen, dem Mann, der keine blütenreine Weste hat, sondern einen Mann erschlagen hat in Ägypten. Viele dieser Großen in Israel haben einen Bruch in ihrer Biographie.

Da ist nicht nur Hochglanz!

Nicht mal bei König David, dem verehrten König, dem Gründer der Dynastie, der Urias den Hethiter in die vorderste Reihe in einem seiner Kriege stellt, um sich dann seine Frau Bathseba zum Weibe zu nehmen.

Wer den Namen weiß, kann den anderen ansprechen! Hat in gewisser Weise Macht über ihn.

Kann über ihn sprechen. Bis in unsere Märchen der Gebrüder Grimm kennen wir diese hohe Achtung vor dem Namen, dem Zauber, der mit dem Namen verbunden ist.

Denn Rumpelstilzchen tanzt ums Feuer und singt: „Ach wie gut, dass niemand weiß, dass ich Rumpelstilzchen heiß.“ Und ein Bote der zur Königin gewordenen Spinnerin (aus Stroh mach Gold) hört das und sagt es ihr.

Mose kann Gott nun ansprechen und der so Angesprochene kann sich ihm zeigen!

Kann sich Mose offenbaren. Der Urgrund allen Seins, der Seiende schlechthin, der, der Himmel und Erde gemacht hat, offenbart dem Mose, dem er später am Sinai auch die 10 Gebote geben wird: *Ich bin, der ich bin. Ich werde sein, der ich sein werde.*

Der Gott, der mit Mose geredet hat, also unser Gott, denn es ist der Gott, der sich später zur Zeitenwende in Jesus unüberbietbar offenbaren wird, ist also kein Götze.

Man kann ihn nicht hinstellen! Man kann und deshalb darf man sich auch kein Bildnis von ihm machen. Zumindest so lange nicht, wie Gott nicht selber in Jesus Christus sich gezeigt hat.

Also kein Bild von sich geschaffen hat, sondern sich in einem Geschöpf seiner Schöpfung, dem Menschen Jesus selber gezeigt hat.

So dass wir mit einem Epiphaniast-Lied aus Köthen, wo Johann Sebastian Bach tätig war, gerade in den letzten Wochen immer wieder unüberbietbar schön gesungen haben:

„Jesus ist kommen, Grund ewiger Freude, Gottheit und Menschheit vereinen sich beide, Schöpfer wie kommst Du uns Menschen so nah!? Himmel und Erde erzählt's den Heiden, Jesus ist kommen, Grund ewiger Freuden.“

Gott geht uns wie in einer Feuersäule voran, so wie er damals das Volk Israel geführt hat.

Gott berührt uns mit seinem Geist und legt ihn auf uns wie Flammen. Damit wir wieder wie zu Pfingsten die Jünger, entzündet werden. Aber Gott sitzt nicht da wie ein Buddha, sitzt nicht da wie ein Ölgötze, rührt sich nicht und darf nicht angerührt werden. Im Gegenteil: Gott ist unterwegs, Gott zieht, nein reißt! uns mit sich. Wir haben hier keine bleibende Statt. Wir sollen hier keine Hütten bauen, obwohl man doch Petrus so gut verstehen kann, wenn er auf dem Berg der Verklärung Hütten bauen will, damit es bleibt, damit sie bleiben, wie es ist.

Wenn Gott kommt, dann kommt Gott ganz. Gott mag keine halben Sachen.

In Jesus Christus wird er so sehr Teil unserer Welt, dass er sogar an dem Anteil hat, was nun leider auch über uns Menschen gesagt werden muss: Wir sind vergänglich.

Mit unserer Geburt ist nur eines sicher, nämlich dass wir sterben müssen.

Im Grund hat eben mit unserer Geburt unser Tod schon begonnen.

Und weil alles so schnell vorübergeht, weil alles nur eitel ist und Haschen nach Wind, wie es der Prediger Salomo, wie es Quohalet sagt, deshalb können wir doch Petrus so gut verstehen, in dem Evangelium, was wir vorhin gehört haben: *„Und nach sechs Tagen nahm Jesus mit sich Petrus und Jakobus und Johannes, dessen Bruder, und führte sie allein auf einen hohen Berg. Und er wurde verklärt vor ihnen und sein Angesicht leuchtete wie die Sonne, und seine Kleider wurden weiß wie das Licht.*

Und siehe, da erschienen ihnen Mose und Elia; die redeten mit ihm. Petrus aber antwortete und sprach zu Jesus: Herr, hier ist gut sein! Willst du, so will ich hier drei Hütten bauen, dir eine, Mose eine und Elia eine. Als er noch so redete, siehe, da überschattete sie eine lichte Wolke. Und siehe, eine Stimme aus der Wolke sprach: Dies ist mein lieber Sohn, an dem ich Wohlgefallen habe; den sollt ihr hören!“

Ja, wenn ich auf dem Berg der Verklärung wäre, so wie ich mal auf dem Pik Adam in Sri Lanka war oder auf dem Tempelberg in Jerusalem oder überhaupt in der Heiligen Stadt Jerusalem oder in Rom: Da möchte man bleiben, da will man sich eine Hütte bauen, da will man nicht wieder weg. Oder eben auch ganz einfach und naheliegend: Für mich hier bei den Heiligen von Nikolassee, bei meiner Gemeinde, da will ich bleiben. Denn Gott ist mitten unter uns.

Gott offenbart sich jedem von uns anders. Und deshalb sieht jeder von uns Gott anders, weil Gott ihm eben anders begegnet ist. Gott hat jedem von uns anderes zu sagen. Gott hat einen anderen Auftrag – an jeden von uns! Denn wenn Gott kommt, dann kommt Gott ganz.

Wie in Jesus Christus. Nicht nur ein bisschen. Sondern unüberbietbar nah und klar.

Und auch deshalb können wir nicht über Gott reden. Denn dann müssten wir ja über ihm stehen, um über ihn reden zu können. Und jeder von uns weiß sofort, dass mag dann alles Mögliche seine, nur eben nicht der lebendige Gott.

Und deshalb haben Martin Buber und Karl Barth die Theologie ihrer Zeit vor hundert Jahren, kurz nachdem unsere Kirche hier in Nikolassee gebaut worden ist, ganz neu als *Theologie der Offenbarung* begründet. Und damit die alten Binde-Strich-Theologien eines so großartigen Deutschen, wie dem hier mit uns vor hundert Jahren lebenden Berliners Adolph von Harnack geschreddert oder zumindest in ihrer Gefährlichkeit vorgestellt. Denn es ist doch nun wirklich nicht so, als ob man trockenen Fußes aus unserem Denken, unserem Leben, unserem Sein, in die Erkenntnis Gottes hinüberwandern könnte. Und dabei dann im Grunde sogar in dem vertrauten Sessel im Studierzimmer sitzen bleiben könnte. Nein, Gott reißt uns fort! Reißt uns aus allen unseren Gewissheiten heraus und lässt uns immer wieder neu beginnen, ganz neu!

„Wo Mensch sich verbünden, den Hass überwinden, und neu beginnen, ganz neu, da berühren sich Himmel und Erde, dass Friede werde unter uns.“ singen wir mit einem modernen Lied aus unserem Gesangbuch „Singt Jubilate“.

Und deshalb erinnere ich uns an die alte Erkenntnis Augustins und auch von Karl Barth: „Wir sollen als Theologen von Gott reden. Wir sind aber Menschen und können als solche nicht von Gott reden. Wir sollen beides, unser Sollen und unser Nicht-Können wissen, und eben damit Gott die Ehre geben.“

Und Martin Buber hebt sogar die ganze, uns seit Jahrtausenden überkommene Grammatik von „Ich, Du, Er Sie Es“ aus den Angeln und erklärt uns:

Da wo mit ICH begonnen wird, wird nicht nur gelogen, denn unser Reden beginnt eben nicht mit Ich. Sondern das wirkliche Leben, die wahrhaftige Wahrheit, unser ganzes Leben und Erleben beginnt mit dem DU! Beginnt damit, dass ich angesprochen werde von Gott, wie von meinen Eltern. Und erst nachdem Gott und meine Eltern mich Tausendmal mit Du

angesprochen haben, erfahre, erlebe, begreife ich, dass ich Ich bin. Also ein anderer als sie. Und dann, Wochen später, nachdem ich Mama oder Papa gesagt habe, kann ich dann auch irgendwann denken: Ich, Steffen.

Also als von Gott Angesprochener und als in seinem Auftrag von meinen Eltern Angesprochener erlebe ich, erfahre ich mich, als ein eigenes Wesen! Unterschieden von Gott und den anderen Menschen. Und deshalb ist das Dreifachgebot der Liebe, das von Jesus im Namen Gottes zum höchsten Gebot erklärte Gebot. Weil es dieses Gebot das um unseres Menschseins wegen Geteilte wieder zusammenfügt!

Eine Klammer darum macht! Oder besser: ein Band, das Band der Liebe.

Ich kann sinnvoll als Mensch nur leben, wenn ich erfahren habe, dadurch dass mich Gott angeredet hat, dass ich nicht Gott bin. Dass ich Ich bin, erfahre ich, begreife ich, weil Gott mich angesprochen hat: Du, Steffen. Oder Du Urte! Du Uwe! Du Hannilene! Du Monica! Du Christel!

Wenn ich mit Du angesprochen werde, merke ich, ich bin gemeint. Und dann erkenne ich, dass es da andere gibt: Er und Sie und auch anderes, nämlich Es.

Und diese neue Grammatik von „Du, Ich, Sie Er und Es“ die braucht, damit das, was ich gerade zu unterscheiden gelernt habe, wieder neu als aufeinander bezogen verstehe und erlebe, dieses von Gott in Christus gegebene Dreifachgebot der Liebe: „Du sollst Gott, Deinen Schöpfer lieben, dem Du Dich verdankst und Deinen Nächsten, der sich Gott genauso verdankt, wie Du Dich Gott verdankst. Und Du sollst auch Dich selber lieben, denn Gott liebt Dich ebenso wie Deinen Nächsten. Ihr beide seid auf Augenhöhe und daher darfst, ja sollst und musst, Deinen Nächsten lieben wie Dich selbst.“

Und Dich nicht immer anderen andienen oder ihnen zur Last werden, weil Du Dich ihnen aufbürdest, sondern Du kannst und daher sollst Du Dich im Namen Gottes gefälligst auch selber tragen, ertragen und wo möglich und notwendig auch entwickeln, auswickeln, was in Dir als Geschenk Gottes für die Welt angelegt ist.

„Wenn du es verstanden hast, dann ist es nicht Gott“ – diese Erkenntnis Augustins steht am Anfang allen Nachdenkens ‚über‘ Gott. Oder besser unseres Gott Nach-Denkens.

Denn wenn Gott sein wird, der er sein wird, also unterwegs ist vor uns und mit uns und für uns, dann können und sollen wir ihm nachfolgen und immer wieder auch mal nur Nach-Denken. Denn in allem folgen können wir ihm nicht. Manche Nachfolge besteht eben im Gott Nach-Denken, ihm Hinterher-Denken und so verstehen, was Gott will.

Aber wie kann man ‚Gott‘ denn begreifen, wie kann Gott denn begriffen werden?

Natürlich gar nicht!

Was sollten das denn auch für Hände sein, für Arme, die Gott begreifen oder umfassen könnten. Das zu wollen wäre Hybris.

Aber sich von Gott berühren zu lassen, dass ist doch ein schöner Grund in den Gottesdienst zu kommen. Dass das oft nicht gelingt, weiß ich genauso gut wie sie und dennoch versuche ich es genauso wie sie immer wieder. Und manchmal erlebt man dann im Gottesdienst nicht nur Fastfood, nicht nur einen Brühwürfel, den man sich aufbrühen kann, sondern bekommt wirklich eine Ahnung von Gott.

Gott ist mehr als eine Chiffre für die Sehnsüchte, die uns Menschen bewegen!

Was meinen wir eigentlich, wenn wir heute von ‚Gott‘ sprechen? Wenn wir überhaupt noch nach Gott fragen. Denn das tun Sie ja!

Denn Sie haben sich heute Morgen anders als die meisten hier in Nikolassee, auf den Weg gemacht, um nach Gott zu fragen - in der Kirche. Vielleicht sogar seine Offenbarung zu erleben. Zumindest ihm zuzuhören, wenn die biblischen Texte gelesen werden.

So frag-würdig es ist, nach Gott zu fragen, so klar ist die Frage nach Gott die zentrale Frage im Gottesdienst. Denn wer fragt, erwartet etwas von Gott.

„Wir sollen ... von Gott reden. Wir sind aber Menschen und können als solche nicht von Gott reden. Wir sollen beides, unser Sollen und unser Nicht-Können wissen, und eben damit Gott die Ehre geben.“

In Jesus Christus ist Gott uns unüberbietbar nahe gekommen. Er ist geworden, was wir sind. Gott ist Mensch geworden, uns zur Ehre. Und Gott ist am Kreuz, in der Verfolgung der Menschen, von Juden und Römern, in die tiefste Gott-Verlassenheit gekommen. So tief, wie hoffentlich niemand von uns je kommen muss.

Und hat da gelernt, wie es uns Dietrich Bonhoeffer erklärt hat, zu leben, et sie deus non daretur. Als ob es Gott nicht gäbe.

Natürlich ist Gott mir oft so fremd und fern wie Ihnen. Da geht es uns gleich oder zumindest ähnlich. Aber dennoch weiß ich, spüre ich, lebe ich, dass es Gott gibt. Für mich gibt.

Ich atme ihn und wenn ich IHN dabei nicht spüren, ahnen, glauben, hoffen, denken würde, würde ich verrückt werden. Dann sollte mich die Kirchenleitung oder der Gemeindekirchenrat liebevoll ins TWW begleiten, denn dann bräuchte ich wirklich Hilfe, um nicht sofort verrückt zu werden. Ja, leben, als ob es Gott nicht gäbe.

Aber wenn es ihn nicht gäbe, wenn ich ihm nicht mehr glauben könnte, würden bei mir sofort die Sicherungen springen – wegen sofortiger Überlastung! Und es ginge nichts mehr!

Und weil wir täglich so leben, weil das zu unserer Existenz gehört, braucht es den Gottesdienst als Tankstelle, als Ort der Begegnung, als OrtZeit, wo Gott uns vielleicht dann doch erreicht, erreichen kann. Nicht in der Form billiger Gnade, nicht Fastfood-Glauben, sondern als Hochamt in der Tiefe, als Begegnung in der Verlassenheit, als Berührung in der Umarmung.

So wie in der Sixtinischen Kapelle der Finger von Adam von Gott fast berührt wird!

Aber eben nur fast. Aber schon dieses fast Berühren, ruft Adam ins Sein! Ins Menschsein.

Gebe es Gott, dass sie spüren können, wie er sie berührt, in dem er sie fast berührt. Amen.

Der Friede Gottes, der höher ist als alle unsere Vernunft, bewahre Eure Herzen und Sinne in dem Christus Jesus.

Orgelmeditation

Lied „Such wer da will ein ander Ziel“ EG 346, 1+2+5

Glaubensbekenntnis von Dietrich Bonhoeffer

Mitteilungen für die Gemeinde und Kollekte Erinnerung an die kirchlich Bestatteten

Mit kirchlichem Geleit bestattet wurde: Renate Rabe geb. Antelmann 85 Jahre

Waltraut Stahlberg geb. Grun 88 Jahre und Rosemarie Hill früher Bittcher

Gottesdienste: Sonntag, 13.02.21 10.00 Uhr

Gottesdienst mit Pfarrer Reiche

Veranstaltungen: Täglich 14.00 – 16.00 Uhr

Offene Kirche

Dienstag, 08.02.22

15.00 – 17.00 Uhr

Französisch-Unterricht

Mittwoch, 09.02.22

09.00 – 11.00 Uhr

Gymnastik

Donnerstag, 10.02.22

15.00 Uhr

Vortrag am Donnerstag von Jan Hofmann

„Die Handwerks- und Künstlersiedlung Gildenhall bei Neuruppin“

Die Kollekten betragen für die Jugendsozialarbeit und Sozial-diakonische Kinder- und Jugendarbeit je zur Hälfte 116,82 € & Für Jugendarbeit der Gemeinde 100,30 €

Heute wird wieder Offene Kirche sein. Dank sei gesagt an Babette Kaiser-Kern. Wir suchen noch für die Montage im Februar und März eine Vertretung.

Es gibt im Anschluss an den Gottesdienst Führung über den Kirchhof durch Prof. Henning.

Die Kollekten des heutigen Gottesdienstes sind bestimmt: Dankgabe für die Erinnerungs- und Begegnungsstätte Bonhoeffer-Haus e. V. (evtl. **Ulrich Luig** ?) und am Ausgang für das Haus of One.

Wochenspruch: Kommt her und sehet an die Werke Gottes, der so wunderbar ist in seinem Tun an den Menschenkindern. Psalm 66,5

Lied „Da wohnt ein Sehnen tief in uns“ Singt Jubilate 128

Fürbitte Ein Gebet von der Benediktiner-Abtei auf dem Zionsberg in Jerusalem:
Schenke, o Gott, Deiner heiligen Stadt Jerusalem und der ganzen Welt Deinen Frieden!
Verankere ihn in den Herzen aller Menschen, denn Dein göttlicher Wille ist der Friede, den die Welt nicht geben kann. Dein Friede befreit alle, die in den Netzen der körperlichen oder psychischen Gewalt als Täter oder Opfer gefangen sind. Hilflös sehen wir die vielen Formen der Gewalt und des Unrechts – von der großen Politik bis hin zum alltäglichen Miteinander. Schaffe, o Gott, unseren großen und kleinen Grenzen Frieden. Erfülle die Mächtigen mit Deinem Geist der Liebe. Hilf uns auch, an Deinem Reich des Friedens mitzuwirken, indem wir erkennen und tun, was in unserer Umgebung den Menschen und der Schöpfung zum Frieden und Wohlergehen dient. Darum bitten wir Dich, Du Gott der Liebe und Treue.
Wir loben Dich und danken Dir in Ewigkeit. Amen.

Du einziger, gnädiger Gott, wir danken dir, dass Du Dich in Jesus Christus uns gezeigt hast.
So hast Du Licht in unsere dunkle Welt gebracht. Licht, das uns begleitet an jedem Tag.
Wir bitten dich für alle, die nur noch schwarz sehen - für ihr eigenes Leben und die Zukunft ihrer Kinder. Hilf, dass sie neue Möglichkeiten entdecken und wieder Hoffnung schöpfen, eine Hoffnung, die sie stark macht zum Handeln.
Wir bitten dich für die Menschen, deren Leben zerstört ist durch Mangel an Liebe, durch Gewalt oder durch Gleichgültigkeit. Lass sie Freunde finden, die zu ihnen stehen und ihnen helfen, mit neuer Kraft ihr Leben aufzubauen. Gott, wir denken an diesem Tag besonders an die Menschen, die von Unglück betroffen sind – in fernen Ländern und hier bei uns.
Wir trauern mit Familie Stahlberg um Waltraut Stahlberg und mit Familie Yersin um Renate Rabe. Und mit den Familien Bittcher und Hill um Roswitha Bittcher – Hill.
Wir danken dir für all das Gute, was Du durch sie in unsere Welt an ihren Orten eingestiftet hast. Lass dein Erscheinen in der Welt uns allen zum Hoffnungslicht werden! Herr, segne die Glaubenden, behüte die Liebenden und bewahre in uns allen die Hoffnung, dass du alles zum Guten wenden kannst. Amen.

Sendung und Segen So geht nun in diese neue Woche – als Gesegnete und Geliebte Gottes.
Ihr sollt ein Segen sein. Denn so wie ihr anderen begegnet, so können sie anderen begegnen.
Der Herr segne Dich und behüte Dich!
Der Herr lasse sein Angesicht leuchten über Dir und sei Dir gnädig!
Der Herr erhebe sein Angesicht auf Dich und gebe Dir Frieden. Amen.

Lied „Geh unter der Gnade“ Singt Jubilate 65

Nachspiel

1) Aufruf der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin zur Unterstützung*)

Die finanzielle Lage der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin ist schwierig. Gründe sind durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie gegenwärtig der Ausfall sämtlicher Veranstaltungen, die nicht nur Kosten verursachen, sondern – von Fall zu Fall – auch für die nötigen Einnahmen sorgen können.

Wir sind für unsere Arbeit vom Finanzamt für Körperschaften als gemeinnützig anerkannt. Das heißt einerseits: wir dürfen keine Rücklagen bilden (mit denen wir jetzt wirtschaften könnten, unsere Miet- und anderen Kosten selbst tragen), aber wir dürfen für Ihre großzügige Spende eine Spendenquittung ausstellen.

Wir haben die herzliche Bitte, unsere Arbeit durch eine Geldspende zu unterstützen, damit unsere Tätigkeit weitergehen kann. Wir arbeiten ehrenamtlich.

Sie erhalten am Ende des Jahres eine Spendenbescheinigung, unsere Arbeit ist vom Finanzamt für Körperschaften als gemeinnützig anerkannt!

Unsere Bankverbindung (Zusatz „Spende“ auf der Überweisung nicht vergessen!):

Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin:

Konto bei der Postbank Berlin

IBAN DE26 1001 0010 0001 1991 01 BIC BNKDEFF

***) Unser erfolglosester Aufruf!!!**

2) BdV: Die „Ewige Flamme“ braucht Ihre Unterstützung



„Ewige Flamme“ braucht Ihre Unterstützung

Die 1955 von Bundespräsident Theodor Heuss entzündete „Ewige Flamme“ braucht Ihre Unterstützung. Das Mahnmal der deutschen Heimatvertriebenen auf dem Theodor-Heuss-Platz in Berlin, an dem wir jährlich am Tag der Heimat unserer Opfer gedenken, wird seit vielen Jahren von uns mitgepflegt.

So nutzen wir Spenden unserer Mitglieder dazu, die „Ewige Flamme“ brennen zu lassen. Dazu bitten wir in diesem Jahr um eine Spende auf das unten angegebene Konto.

Bankverbindung
Deutsche Bank Bonn

BdV Förderverein

IBAN:

DE54 3807 0059 0077 0107 00

BIC:

DEUTDEK380



3) Aufruf des Leibniz-Instituts für Länderkunde: Heimatzeitschriften erbeten!

Sehr geehrter Herr Hanke,

herzlichen Dank für Ihr Angebot, in Ihrem Rundbrief auf unser Anliegen aufmerksam zu machen. Gerne nehmen wir diese Möglichkeit wahr. Angefügt finden Sie einen Text, der in ähnlicher Weise schon mehrfach abgedruckt wurde.

Ich habe soeben nachgeschaut: Wir haben in unserem Katalog 17 Heimatzeitschriften über Westpreußen nachgewiesen. Allerdings sind die jeweiligen Bestände sehr lückenhaft und bestehen häufig nur aus neueren Ausgaben. Insofern erhoffe ich mir durch den Aufruf viele Ergänzungen.

Nochmals vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen
H. P. Brogiato

Bibliothek der deutschen Heimatzeitschriften Heimatzeitschriften erbeten

Die Geographische Zentralbibliothek (GZB) im Leibniz-Institut für Länderkunde in Leipzig hat Ende 2013 vom Bund Heimat und Umwelt (BHU) die „Bibliothek der deutschen Heimatzeitschriften“ übernommen. Um diese Sondersammlung systematisch auszubauen, wurden in den vergangenen drei Jahren zahlreiche Heimatvereine, Museen usw. mit der Bitte angeschrieben, das Anliegen zu unterstützen und der GZB ihre Heimatzeitschriften zur Verfügung zu stellen. Inzwischen werden mehr als 1000 Zeitschriften und Serien aus dem deutschsprachigen Raum regelmäßig zugesandt. (<http://ifl.wissensbank.com>). Da die Bibliothekslandschaft in Deutschland dezentral aufgebaut ist und einzelne Bibliotheken regionale Sammelschwerpunkte aufweisen, kann man in keiner deutschen Leihbibliothek (die Deutsche Nationalbibliothek als Präsenzbibliothek bildet einen Sonderfall) heimatkundliche Literatur regionsübergreifend vorfinden. Durch den Aufbau der „Bibliothek der deutschen Heimatzeitschriften“ entsteht somit ein einmaliger Bestand, der es erlaubt, heimatkundliche und regionalgeschichtliche Literatur räumlich vergleichend zu untersuchen.

Wir hoffen, dass sich durch diesen Aufruf viele Redaktionen, Heimatkreisbetreuer, Heimatmuseen, aber auch Privatpersonen entschließen können, die von Ihnen betreuten Zeitschriften an die Leipziger Bibliothek zu senden. Erwünscht sind auch die Zeitschriften, die inzwischen eingestellt wurden, von denen es aber vielleicht noch Lagerbestände gibt. Bei größeren Sendungen können die Versandkosten gegen eine Rechnung übernommen werden. Für weitere Informationen setzen Sie sich bitte mit uns in Verbindung:

Dr. Heinz Peter Brogiato
Leibniz-Institut für Länderkunde
GZB – Heimatzeitschriften
Schongauerstr. 9
04328 Leipzig
E-Mail: h_brogiato@ifl-leipzig.de
Ruf: 0341 600 55 126

So wahr mir Gott helfe: Der Amtseid des Bundeskanzlers



Amtseid: Olaf Scholz am 08.12.2021 im Bundestag mit Parlamentspräsidentin Frau Bärbel Bas bei der Vereidigung zum neunten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. Bei der Vereidigung verzichtete er als zweiter Bundeskanzler nach Gerhard Schröder (SPD) auf den Gottesbezug in der Eidesformel. Der Zusatz "So wahr mir Gott helfe" ist freiwillig.

Der 63-Jährige ist der vierte SPD-Kanzler in der Geschichte der Bundesrepublik - nach Willy Brandt (1969-1974), Helmut Schmidt (1974-1982) und Gerhard Schröder (1998-2005). Die CDU stellte bislang die vier Kanzler Konrad Adenauer, Ludwig Erhard, Kurt Georg Kiesinger und Helmut Kohl sowie zuletzt Kanzlerin Merkel. Bild: ZDF

<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/olaf-scholz-bundeskanzler-ampel-100.html>

„So wahr mir Gott helfe“:

Laut Artikel 64 des Grundgesetzes müssen Kanzler und Minister bei der Amtsübernahme vor dem Bundestag den Amtseid leisten. Artikel 56, der die Vereidigung durch den Bundespräsidenten vorsieht, legt den Wortlaut fest.

In Artikel 56 heißt es:

„Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.“

*Du musst denken, dass du morgen tot bist,
musst das Gute tun und heiter sein.*

Freiherr vom Stein

**„Wird der Zweifel Gegenstand des Zweifels,
zweifelt der Zweifelnde am Zweifel selbst, so verschwindet der Zweifel.“**

Der Philosoph Georg Wilhelm Friedrich Hegel, der am 27. August 250. Geburtstag hat, in seinen Vorlesungen über die „Philosophie der Religion“ (Berlin 1832).

Aus: Der Tagesspiegel, 19.08.2020, S. 6.

**„Berlin braucht bessere Schulen.
Kann ja nicht jeder Politiker werden.“**

Kampagnenspruch der CDU Berlin – in Orange auf Schwarz und illustriert mit Merkelraute. Eine PR-Aktion, für die es via Twitter gleich viel Kritik gab. Weil: Was soll das eigentlich bedeuten?

Aus: Der Tagesspiegel, 12.08.2020, S. 6.

„Verletze niemanden, vielmehr hilf allen, soweit du kannst.“

Arthur Schopenhauer

Was wir heute tun, entscheidet darüber, wie die Welt von
Morgen aussieht!

Marie von Ebner-Eschenbach (1830-1916)

„Heimat gestalten und nicht nur verwalten!“

Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin

Diese Themen finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

<http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Forderungen-Grundsätze.pdf>

- 1)** Rettet die kulturelle Vielfalt – rettet den Sonnabend! „Rote Karte“ für die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG);
- 2)** Der Begriff „Vandalismus“ ist zu brandmarken!

01) Spielball zwischen Deutschland und Polen? Die Polonia in Deutschland und die deutsche Minderheit in Polen.

Online-Debatte am Dienstag, dem 22.02.2022, 14:00 Uhr

SPIELBALL ZWISCHEN DEUTSCHLAND UND POLEN?

DIE POLONIA IN DEUTSCHLAND UND DIE DEUTSCHE MINDERHEIT IN POLEN



22. Februar 2022, 14 Uhr
Online-Debatte

DEUTSCHES
POLEN
INSTITUT



INSTITUTE OF POLITICAL STUDIES
POLISH ACADEMY OF SCIENCES



Spielball zwischen Deutschland und Polen?

Die Polonia in Deutschland und die deutsche Minderheit in Polen

Online-Debatte am Dienstag, 22.02.2022, 14 Uhr

Registrierung: https://us06web.zoom.us/webinar/register/WN_b1wuz6o0RdOwihgegh7dAg

Ende 2021 beschloss das polnische Parlament, der deutschen Minderheit die Mittel für muttersprachlichen Unterricht um insgesamt 20 Prozent zu kürzen.

Begründet wurde dieser Schritt mit dem Hinweis auf mangelnde Förderung der Polonia in Deutschland durch die Bundesregierung.

Die Entscheidung und die damit verbundenen Vorwürfe wurden seitens Vertreter Deutschlands als „inakzeptabel“ zurückgewiesen.

Offensichtlich handelt es sich vonseiten der polnischen Regierung um den Versuch, die Deutschen in Polen und die Polen in Deutschland für innen- bzw. außenpolitische Ziele zu instrumentalisieren.

In unserer Debatte wollen wir insbesondere folgende Fragen diskutieren:

- Wie unterscheidet sich der rechtliche Status der Polonia in Deutschland von dem der deutschen Minderheit in Polen?
- In welchem Verhältnis stehen die Vereinbarungen des Deutsch-Polnischen Nachbarschaftsvertrags und internationale Abkommen, denen Polen und Deutschland beigetreten sind?

- Wie sehen Vertreter:innen der Polonia in Deutschland und der deutschen Minderheit in Polen die derzeitige Situation ihrer Communitys? Wo sehen sie Änderungsbedarf und Verbesserungsmöglichkeiten?

Diskussion mit:

Knut Abraham MdB, CDU

Rafał Bartek, Vorsitzender des Parlaments der Woiwodschaft Oppeln, Vorsitzender der Sozial-Kulturellen Gesellschaft der Deutschen (SKGD) im Oppelner Schlesien

Hans-Leo Dirks, Ministerialrat im Bundesministerium des Innern und für Heimat, Polonia-Beauftragter des Bundes

Prof. Dr. Peter Oliver Loew, Direktor des Deutschen Polen-Instituts

Dr. Kamila Schöll-Mazurek, Polnisches Bundesnetzwerk Partizipation und Soziales „Part of Europe“

Moderation: Dr. Agnieszka Łada-Konefał, stv. Direktorin des Deutschen Polen-Instituts

Die Debatte ist Teil des Projekts "Von der Versöhnung zur Alltäglichkeit? 30 Jahre deutsch-polnische Nachbarschaft", das realisiert wird in Kooperation mit:



FUNDACJA WSPÓŁPRACY
POLSKO-NIEMIECKIEJ
STIFTUNG
FÜR DEUTSCH-POLNISCHE
ZUSAMMENARBEIT



Mit besten Grüßen
Dr. Andrzej Kaluza

--

Dr. Andrzej Kaluza

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Deutsches Polen-Institut

Residenzschloss / Marktplatz 15

D-64283 Darmstadt

Tel.: 0049-(0)6151-4202-20 Fax: -10

Mobil: 0157-57241221

www.deutsches-polen-institut.de

www.facebook.com/deutschespoleninstitut

02) Gegen die deutsche Sprache. Polen reduziert Unterrichtszeit und benachteiligt Minderheit. Von Gerhard Gnauck, Warschau

Eine Verordnung des polnischen Bildungsministers hat zu Protesten nicht nur bei der davon betroffenen deutschen Minderheit im Land geführt. Die von Minister Przemyslaw Czarnek unterzeichnete Regelung benachteiligt offen die deutsche Sprache. Sie sieht vor, dass in sämtlichen öffentlichen Schulen, „die Sprache einer nationalen Minderheit, einer ethnischen Minderheit oder die Regionalsprache“ zusätzlich jeweils mit drei Wochenstunden unterrichtet wird, wie bisher. „Bei Schülern, die der deutschen Minderheit angehören“, so die jetzt eingefügte Änderung, „im Umfang von einer Stunde die Woche“.

Bereits im Dezember hatte der Sejm in Warschau einen Haushaltsentwurf für 2022 gebilligt, der eine Kürzung der Mittel für den Unterricht von Deutsch als Minderheitensprache um umgerechnet knapp zehn Millionen Euro vorsieht. Dafür stimmten damals die Abgeordneten der nationalkonservativen Regierungspartei PiS sowie der in Schlesien lebende Rücksänger Pawel Kukiz, der eine kleine rechtspopulistische Gruppe von Abgeordneten führt.

Der Streit um die neue Verordnung, die im September wirksam werden soll, hat von rechts bis links Poliliker elektrisiert und könnte bald nicht nur Polen beschäftigen. Dafür will Janusz Kowalski sorgen, der sich als Vorkämpfer dieser neuen Sprachenpolitik sieht. Der Abgeordnete von der rechten Kleinpartei „Solidarisches Polen“, die Justizminister Zbigniew Ziobro führt, fordert: „So viele Rechte für die deutsche Minderheit in Polen, wie die polnische Minderheit und die Polen in Deutschland haben.“ Kowalski sieht die Polen in Deutschland, die offiziell nicht als Minderheit anerkannt sind, „diskriminiert“, gerade beim muttersprachlichen Unterricht, und will ihren Vertretern im Europaparlament Gehör verschaffen. Dagegen stellte sich ein Abgeordneter der Linken, Krzysztof Śmiszek, auf die Seite der Angegriffenen. „Diese politischen Angriffe sollen nur eine Phobie gegen die Minderheit entfachen“, sagte Śmiszek während eines Besuchs im oberschlesischen Oppeln. Auch er will sich an die europäischen Institutionen wenden: „Er will Dunja Mijatović einschalten, die Menschenrechtskommissarin des Europarats. Sie solle in Warschau intervenieren: „Wenn die Minderheiten in Polen unterschiedlich betrachtet werden sollen, darf man nicht gleichgültig bleiben. Warum zielt die Regierung mit dieser Waffe auf genau eine Minderheit?“

Der oberschlesische Deutsche Rafał Bartek sieht in der neuen Regelung einen skandalösen Versuch, die Minderheiten in zwei Klassen aufzuteilen. Bartek ist Chef der Sozial-Kulturellen Gesellschaft der Deutschen (SKGD) im Oppelner Schlesien, einer der 16 Woiwodschaften (Bezirke) Polens, und dort außerdem Präsident des Regionalparlaments. Eine solche Diskriminierung schon im Wortlaut des Gesetzes habe es nicht mal zur Zeit der kommunistischen Diktatur gegeben. SKGD-Aktivistin Joanna Hassa fügt hinzu, niemand habe in der Region nach 1989 geglaubt, „dass noch solche Zeiten kommen, wo das Erlernen der deutschen Sprache diskriminiert wird“. Der ebenfalls in dieser Region lebende Kowalski war schon früher mit Initiativen gegen die deutsche Minderheit aufgefallen. So forderte er die Abschaffung der zweisprachigen Ortsschilder auf den Bahnhöfen der Region. Mit der Idee einer Kürzung der Mittel für die deutsche Minderheit will er nach eigenen Angaben die Polen in Deutschland unterstützen. Die dortige „Polonia“, wie die Diaspora-Polen auch genannt werden, sollen so Mittel für den Polnischunterricht bekommen.

Dabei sind die Minderheiten in Polen ohnehin sehr klein, seit das Land durch die Absprachen der Großmächte von 1945 nach Westen „verschoben“ wurde und zugleich Millionen Menschen verschiedener Volkszugehörigkeit vertrieben wurden. Polens Innenministerium nennt heute neun nationale und vier ethnische Minderheiten. Zur ersten Gruppe werden dort etwa Deutsche, Ukrainer und Juden gerechnet, zur zweiten Roma und Tataren. Laut der Internetseite des Ministeriums – diese beruft sich allerdings auf die

vorletzte Volkszählung von 2011 – sind die Deutschen mit etwa 144.000 Personen die größte Gruppe. Mehr als die Hälfte davon lebt im Oppelner Schlesien, erreicht jedoch auch dort nicht einmal zehn Prozent der Bevölkerung. Nach diesen Angaben lernten knapp 39.000 Schüler dieser Minderheit an den Schulen Deutsch.

Der Beauftragte der alten wie der neuen Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Bernd Fabritius, der am Montag im Oppelner Schlesien unterwegs war, kritisierte das Vorgehen Warschaus. Fabritius, außerdem Chef des Bundes der Vertriebenen, sagte, diese hätten als „loyale Bürger ihres Staates Anspruch darauf, ihre Muttersprache im staatlichen Schulsystem gefördert zu bekommen, damit diese als wesentlicher Teil ihrer kulturellen Identität erhalten bleibt“. Polen wolle durch die umstrittene Entscheidung „außenpolitische Ziele“ – zugunsten der Polen in Deutschland – durchsetzen. Es gebe aber kein „Angebotsdefizit für Polnischunterricht“ in Deutschland. Das habe der für beide Gruppen eingerichtete Deutsch-Polnische Runde Tisch bestätigt. Laut Mikrozensus leben etwa 2,2 Millionen „Menschen mit polnischem Migrationshintergrund“ in Deutschland, wobei solche mit Aussiedlerstatus eingerechnet sind. Allerdings ist die Organisation von muttersprachlichem Polnischunterricht in der föderal organisierten Bundesrepublik über die Jahre schleppend verlaufen. Als Vorreiter sieht sich Nordrhein-Westfalen. Dort erhalten, wie der dortige Polonia-Bauftragte Thorsten Klute der F.A.Z. sagte, knapp 5.100 Schüler herkunftssprachigen Polnischunterricht in über 300 Lerngruppen. Es gebe 45 Lehrkräfte und 36,5 Vollzeitstellen.

03) „Wir dürfen nicht sprachlos bleiben“

Der Bund der Jugend der deutschen Minderheit in Polen startete seine Protestaktion [#sprachlos](#) gegen die vom polnischen Sejm beschlossene Kürzung der Mittel für den Deutschunterricht als Minderheitensprache. Auch die Jugendorganisation der Arbeitsgemeinschaft deutscher Minderheiten in der **FUEN** unterstützt die Kampagne, [wie wir hier erfahren haben](#).

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr.18, 2022

Wien, am 02. Februar 2022

<https://www.fuen.org/de/article/Wir-duerfen-nicht-sprachlos-bleiben-AGDM-Jugend-unterstuetzt-die-Protestaktion>



FUEN

Federal Union of European Nationalities

Föderalistische Union Europäischer Nationalitäten

L'Union fédéraliste des communautés ethniques européennes

Федералистский Союз Европейских Национальностей



Wir dürfen nicht #sprachlos bleiben – AGDM-Jugend unterstützt die Protestaktion

01.02.2022

Der Bund der Jugend der deutschen Minderheit in Polen startete seine Protestaktion [#sprachlos](#) gegen die vom polnischen Sejm beschlossene Kürzung der Mittel für den Deutschunterricht als Minderheitensprache. Auch die Jugendorganisation der Arbeitsgemeinschaft deutscher Minderheiten in der FUEN unterstützt die Kampagne, wie sie auf ihrer [Website](#) erklärt.

„Wir dürfen nicht sprachlos bleiben, wenn Kinder und Jugendliche, die in den Schulen die Minderheitensprache lernen, unter den politischen Entscheidungen der Regierung leiden und ihnen die ‚Sprache des Herzens‘ weggenommen wird“, heißt es. „Die AGDM ist eine Solidargemeinschaft und wir danken allen Vertreterinnen und Vertretern der AGDM-Jugend, die zur Unterstützung der Landsleute in Polen mitgemacht haben!“

Die FUEN [hat die Kürzung der Mittel ebenfalls verurteilt](#) und darauf hingewiesen, dass „die Rechte und die Finanzierung der in Polen lebenden Minderheitengruppen nicht durch Bestrebungen beeinträchtigt werden sollten, die auf eine stärkere Unterstützung der polnischen Gemeinschaften im Ausland abzielen.“

Weiterlesen

[Ministerpräsident Daniel Günther wirbt für den Schutz von Minderheiten](#) [FUEN präsentiert die Forderungen der Minderheiten auf der Konferenz zur Zukunft Europas](#)

Kontakt

Flensburg

Schiffbrücke 42, D-24939 Flensburg, Deutschland

Telefon: +49 461 12 8 55

Email: info@fuen.org

Berlin

Kaiser-Friedrich-Straße 90, Mittleres Gebäude 2. Stock, D-10585 Berlin, Deutschland
Telefon: +49 30 364 284050
Email: officeberlin@fuen.org

Brüssel

34 Rue Jacques Jordaensstraat, B-1000 Brüssel, Belgien
Telefon: +32 (0) 2 627 1822
Email: officebrussels@fuen.org

04) Einladung zur Agnes-Miegel-Tagung am 05. März 2022

Einladung zur Agnes-Miegel-Tagung am 5. März

Unter dem Motto „Dom und Düne“ lädt die Agnes-Miegel-Gesellschaft herzlich zur Agnes-Miegel-Tagung ein im Haus Kassel, 31542 Bad Nenndorf, Hauptstraße 4.

Um 9.30 Uhr beginnt die Mitgliederversammlung, der Einlass ist bereits ab 9 Uhr.
Um 10.45 Uhr wird Marianne Kopp (Stadtbergen) über das Thema „Aber fern von der Stadt, im Schoß der waldigen Düne“ vortragen. Nach einer Mittagspause, es gibt in der Nähe Restaurants, wird es um 14.15 Uhr Gedenken am Grab geben. Um 15 Uhr stehen Gedichte und Prosa über den Königsberger Dom, „Du zeigtest, schirmend meine Kinderzeit, Im Gleichnis Leben mir und Ewigkeit“ auf dem Programm.
Um 16 Uhr wird Lars Fernkorn (Hamburg) zum Thema „Symbolische Ereignisse am Königsberger Dom. Chancen für einen Erinnerungsort“ vortragen.
Um 17 Uhr folgen Gedichte und Prosa über die Stadt Königsberg unter der Überschrift „Überall blitzblankes Wasser, überall sausender Wind, Königsberg, greise Vaterstadt, wie reich war Dein Kind ...“.

Der Teilnehmerbeitrag kostet 10 Euro pro Person, eine verbindliche schriftliche Anmeldung ist bis zum 15. Februar

unter E-Mail: Annemete.v.Vogel@gmx.de notwendig. Bitte angeben: Name, Adresse, E-Mail, Telefon. Sie erhalten eine Bestätigung.

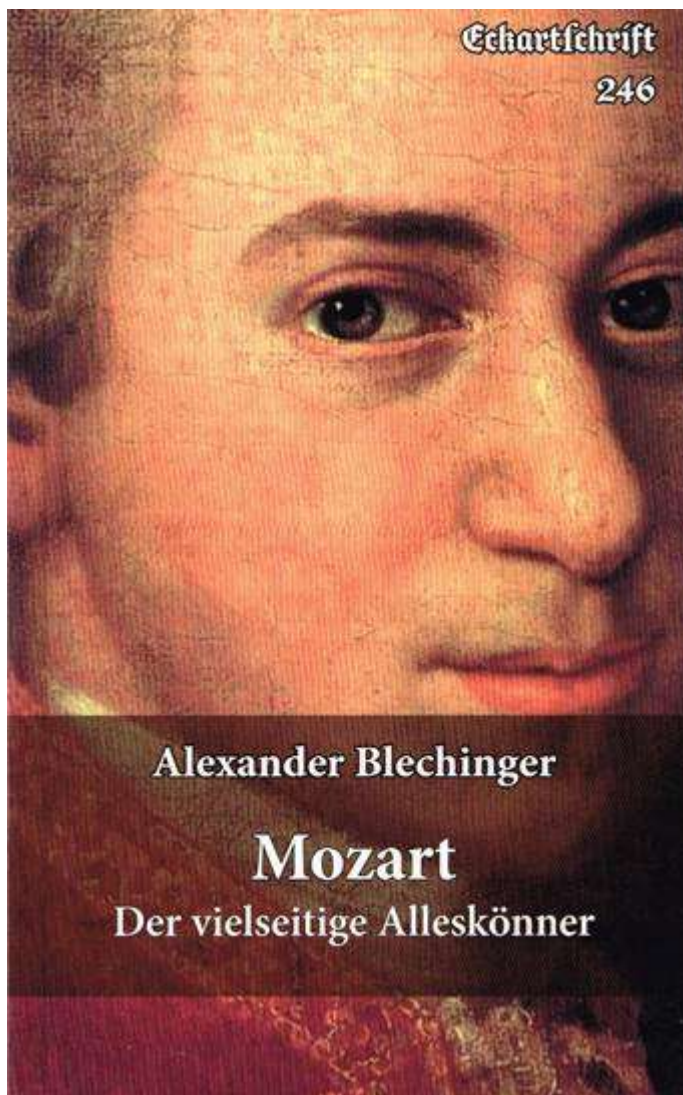
Überweisen Sie bitte den Tagungsbeitrag bis zum 15. Februar auf das Konto der Agnes-Miegel-Gesellschaft, IBAN: DE 50 2555 1480 0550 2293 71, BIC: NOLADE21SHG, unbedingt mit Ihrem Namen und dem Stichwort „AMG-Tagung 2022“.

Es gelten die Hygiene-Bestimmungen für Niedersachsen beziehungsweise den Landkreis Schaumburg/Stadt Bad Nenndorf zum Zeitpunkt der Veranstaltung.

Weitere Informationen erhalten Sie unter Telefon (05033) 2222.



05) Alexander Blechinger: Mozart. Der vielseitige Alleskönner



Eckartschrift 246

Mozart

**Der vielseitige Alleskönner
von Alexander Blechinger**

112 Seiten, Taschenbuch, mit einigen
Abbildungen,
erschienen im Dezember 2021

Preis: 9,20 € zzgl. Versandkosten.

Größe: 18 x 11 cm

ISBN 978-3-902350-83-1

**Medieninhaber, Herausgeber und
Verleger:
Österreichische Landsmannschaft
(ÖLM)**

Fuhrmannsgasse 18a, A 1080 Wien

Tel.: +43 1 408 22 73

Fax: +43 1 402 28 82

Weltnetz: www.oelm.at

Bestellungen: info@oelm.at

Wie wird man Komponist?

Der Sängerknabe und spätere Freund Mozarts **Joseph Haydn** bekam von seinem Lehrer, Domkapellmeister **Georg Reutter**, den Tip, bestehende Musik zu variieren. Ebenso machte es **Vater Leopold** mit seinem Wolferl, wie er ihn nannte. Der damals schon berühmte Verfasser der als Lehrwerk anerkannten „Violinschule“ schlug dem fünfjährigen Komponierbegierigen vor, was er „Stehlen“ nannte. Auswendig gelernte Musikstücke sollten von Wolfgang verändert werden. Das pädagogische Talent des Vaters vermittelte dem Sohn schon früh viele Erfolgserlebnisse, sodaß dieser bald großes Selbstvertrauen und Sicherheit erwarb. Aber ohne Fleiß kein Preis. Seine **Schwester Nannerl** berichtet: Als Kind schon hatte er die Begierde, alles zu lernen, was er nur sähe.“ Am Gipfel seines Ruhmes äußerte sich Mozart gegenüber dem **Prager Kapellmeister Johann Baptist Kucharz**: „Überhaupt irrt man, wenn man denkt, daß mir meine Kunst so leicht geworden ist. Ich versichere Sie, lieber Freund! Niemand hat so viel Mühe auf das Studium der Komposition verwendet als ich. Es giebt nicht leicht einen berühmten Meister der Musik, den ich nicht fleißig, oft mehrmal durchstudirt hätte.“ Mozart konnte schnell komponieren. Er berichtet, daß er drei Nummern von „Die Entführung aus dem Serail“ „in einem Tage Componiert und“ - man

Seite 27 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 810 vom 17.02.2022

beachte die Unterscheidung! – ‚in anderthalb Tagen geschrieben‘ habe. Für vier Kontratänze soll er eine halbe Stunde und für zwei miteinander kombinierbare Kanons nur höchstens fünf bis sechs Minuten gebraucht haben...

Über den Autor: [Alexander Blechinger](#), geb. 1956 in Wien, ist Komponist, Dirigent, Tenor und Lehrender. 1982 Gründung der Harmonia Classica, 2006 Sudetendeutscher Kulturpreisträger u.v.m.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr.19, 2022

Wien, am 03. Februar 2022

01) Linksextremisten schänden Mahnmal für Bombentote**Linksextremisten schänden Mahnmal für Bombentote**

DRESDEN. Linksextremisten haben auf dem Dresdner Heidefriedhof ein Denkmal für die Opfer der Bombardierung der Elbstadt im Februar 1945 zerstört. Dabei handelt es sich um die Skulptur „Trauerndes Mädchen im Tränenmeer“ der polnischen Künstlerin Malgorzata Chodakowska. Das 60.000 Euro teure Standbild war 2010 anlässlich des 65. Jahrestags der Luftangriffe auf Dresden eingeweiht worden. Gestiftet wurde es von Helga Petzold, die als neun-jähriges Mädchen die Bombardierung am 13. Februar 1945 erlebt hatte. Die 1,40 Meter große Figur wurde auf einem schwarzen Granitblock befestigt, in dem sich eine mit Wasser gefüllte Vertiefung befindet. Dieses soll ein Tränenmeer darstellen, als Zeichen der Trauer über die zahlreichen Toten der Luftangriffe. Und genau daran stürzten sich die linksextremen Täter, die die Skulptur am Wochenende abbrechen und von ihrem Sockel stürzten. Auf dem linksradikalen Szene-Portal Indymedia begründeten sie den Bildersturm damit, daß es sich beim „Trauernden Mädchen im Tränenmeer“ um ein „geschichtsrevisionistisches Denkmal“ handle, das man „fachgerecht entfernt“ habe. „Die Opfer der Bombenangriffe werden symbolisch als unschuldige Kinder dargestellt, die Bombenangriffe wirken dagegen gerade grauenhaft barbarisch. Aber genau dieses Bild entbehrt eben jeder historischen Grundlage und ist damit ideologisch gefährlich, verschiebt es doch die Schuld vom NS weg auf die Alliierten“, kritisierten die Polit-Randalierer. Und weiter: „Die Bombenangriffe waren notwendig, um den NS zu besiegen, die Toten waren keine Opfer, sie waren Täterinnen und Täter.“ Dresdens Bombentote im kollektiven Gedenken zu betrauern sei falsch. „Betrauert werden sollten die Opfer der deutschen Barbarei, gefeiert werden sollte der Sieg über diese, also auch der 13. Februar als Sieg über das nationalsozialistische Dresden.“ Die Bildhauerin Chodakowska hingegen hatte 2015 über ihr Kunstwerk gesagt: „Das trauernde Mädchen soll allen Menschen eine Chance geben, sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen, Trauer zuzulassen und am Ende die Vergebung und den Frieden zu finden, den unsere Welt so nötig hat.“ Es sei ein Symbol gegen Krieg, Gewalt und „für ein friedliches kollektives Denken, welches uns vor Haß und Zerstörung bewahren wird und die Ungerechtigkeit auf der Welt, die immer wieder auch von der linken Szene angeprangert wird, überwinden kann“. Die jüngste Tat reiht sich ein in eine Serie von linksextremen Anschlägen auf Denkmäler für die Bombenopfer in Dres-

den. Am 13. Februar 1945 hatten britische und amerikanische Bomberverbände Dresden in Schutt und Asche gelegt und Zehntausende Zivilisten getötet. Die genaue Opferzahl konnte nie ermittelt werden. Während eine von der Stadt beauftragte Historikerkommission von bis zu 25.000 Toten ausgeht, ist in Überlieferungen von mehr als 100.000 Toten die Rede. (krk)

■ Kommentar Seite 2

02) Linksextremisten zerstören Denkmal in Dresden:
Auch Trauer formt eine Nation

Von Fabian Schmidt-Ahmad

Linksextreme zerstören Denkmal in Dresden

Auch Trauer formt eine Nation

Von **Fabian Schmidt-Ahmad**

Das Mahnmal „Trauerndes Mädchen“ auf dem Dresdner Heidefriedhof war in seiner Ausgestaltung schlicht. Wer den Kontext nicht kannte, hätte in der Bronzefigur die Erinnerung an einen verstorbenen Menschen vermutet, aber nicht das Grab einer ganzen Stadt. Allein, auch diese bescheidene Zurückhaltung fand keine Gnade vor dem totalitären Furor.

Linksextreme prahlten damit, das „geschichtsrevisionistische Denkmal“ vor dem Jahrestag der Bombardierung Dresdens „fachgerecht entfernt“ zu haben. „Die Opfer der Bombenangriffe werden symbolisch als unschuldige Kinder dargestellt, die Bombenangriffe wirken dagegen gerade grauenhaft barbarisch“, rechtfertigten die Täter ihre Zerstörung. „Aber genau dieses Bild entbehrt eben jeder historischen Grundlage und ist damit ideologisch gefährlich.“

Natürlich ist das Unsinn. Alleine die Stifterin, Helga Petzold, erlebte als junges Mädchen die Bombennacht. Warum aber ist eine Erinnerung, selbst in dieser verhaltenen Form, „ideologisch gefährlich“? Nicht allein gemeinsamer Ruhm und Siege formen eine Nation, wie gewöhnlich angenommen wird, sondern vor allem Trauer.

So wie das intensivste Körpergefühl Schmerz und nicht Genuß ist, offenbart sich dem einzelnen die Nation als reale Macht in der kollektiven Trauer. Erst wenn es niemanden gibt, der die Toten als seine Toten beklagt, ist eine Nation wirklich erloschen.

Junge Freiheit, Nr. 6, vom 04.02.2022, Seite 2

03) Hessen geht mit gutem Beispiel voran.

Das Bundesland hat den Auftrag zur Einrichtung eines Lehrstuhls zur Erforschung des Themas Vertriebene und Aussiedler erteilt

Manuela Rosenthal-Kappi



Er wird den neuen Lehrstuhl einnehmen: Der Historiker Professor Peter Haslinger.

Foto: Goesseln

Der Hessische Landtag hat bekannt gegeben, dass ein Haushaltsantrag der hessischen Regierungskoalition verabschiedet wurde, in dem die Regierungsparteien sich für die Schaffung eines Lehrstuhls zur Erforschung der Geschichte und Kultur der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler ausgesprochen haben. Der Auftrag für die Schaffung eines solchen Forschungsbereichs wurde mit dem Haushaltsplan 2022 verabschiedet.

Das Land Hessen hebt diesen Themenbereich damit auf eine neue Stufe und trägt der Tatsache Rechnung, dass etwa 30 Prozent der hessischen Bürger über ihre Familien von Flucht und Vertreibung oder Aussiedlung betroffen sind. Da die Zahl der Zeitzeugen immer geringer wird, haben die Politiker offenbar erkannt, dass es höchste Zeit für die Erforschung der Geschichte der Vertriebenen und Spätaussiedler ist.

Höchste Zeit

Dem trägt der aktuelle Koalitionsvertrag Rechnung: „Hessens Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg ist in weiten Teilen auch geprägt von der Leistung der Heimatvertriebenen. Um Kultur und Geschichte der Vertriebenen und Spätaussiedler wissenschaftlich aufzuarbeiten, wollen wir einen Lehrstuhl an einer hessischen Universität einrichten und sie in einer vom Land getragenen Dauerausstellung darstellen.“

An der Justus-Liebig-Universität Gießen soll der Schwerpunktbereich „Historische Erinnerung und kulturelles Erbe – Vertriebene und Spätaussiedler seit 1945“ eingerichtet werden. Die Leitung einer Arbeitsgruppe aus vier Personen des Fachbereichs soll Peter Haslinger, ein österreichischer Osteuropahistoriker, übernehmen. Das Thema Flucht und Vertreibung ist eines der Spezialgebiete des Professors. Die Forschungen in Gießen sollen in Kooperation mit dem Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung der Leibniz-Gemeinschaft erfolgen. Von 2022 bis 2026 stellt das Land Hessen jährlich 300.000 Euro zur Verfügung.

Die Universität wird in Zukunft Lehrveranstaltungen und Vorlesungen zur Thematik anbieten können. „Bislang gibt es im gesamten Bundesgebiet zwar Forschungsaufträge für gewisse Teilgebiete im Kontext von Flucht und Vertreibung, aber keinen Lehrstuhl für die Gesamthematik“, sagte die Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf. „Insofern freue ich mich sehr, dass Hessen hier einen entscheidenden Schritt vorangeht und damit auch einer lang gehegten, wichtigen Forderung der Vertriebenenverbände nachkommt. Ich bin überzeugt, dass durch die Einrichtung des Forschungsbereichs zu Geschichte und Kultur von Vertriebenen und Spätaussiedlern unsere wichtige Arbeit für die Bewahrung der Kultur der Vertreibungsgebiete erheblich aufgewertet, unterstützt und bestärkt wird“, so die Landesbeauftragte.

Hessen ist das erste Bundesland, das sich der wissenschaftlichen Aufarbeitung der Themen Flucht, Vertreibung und Spätaussiedlung widmet.

Aus: Preußische Allgemeine Zeitung vom 11.02.2022, Seite

04) Glocke zurück nach Radoschau / Radoszowy in Schlesien

Zurück nach Schlesien

Gelsenkirchen – Laut einem Bericht der katholischen Wochenzeitung „Neues Ruhrwort“ bemüht sich der Kirchenvorstand der Gelsenkirchener Pfarrei Sankt Urbanus um die Rückführung einer mehr als 400 Jahre alten Glocke ins oberschlesische Radoschau [Radoszowy]. Laut dem Bericht soll es sich dabei um eine jener Kirchenglocken handeln, die während des Zweiten Weltkriegs zunächst als „kriegswichtiges“ Material eingezogen worden waren, letztendlich aber doch nicht eingeschmolzen wurden. Rund 1300 solcher Glocken aus ostdeutschen Gebieten lagerten zum Kriegsende in Hamburg. Die britische Militärregierung untersagte seinerzeit den Rücktransport zu den Herkunftsorten im Osten. Da die Glocken nicht in Hamburg gelagert werden konnten, wurden sie als sogenannte Patenglocken an Kirchengemeinden im Westteil Deutschlands ausgeliehen. Bereits vergangenes Jahr hatte das Bistum Rottenburg-Stuttgart die Absicht bekannt gegeben, 54 solcher Patenglocken wieder an ihre historischen Herkunftsorte bringen zu wollen. N.H.

05) Sorben diskutieren über Änderung ihrer Hymne: Frauen in den Text

Sorben diskutieren über Änderung ihrer Hymne

BAUTZEN. Der Vorsitzende des Dachverbandes der Lausitzer Sorben und Wenden (Domowina), Dawid Statnik, hat dafür geworben, die Hymne der Volksgruppe zu ändern. In der derzeitigen Version von „Rjana Łužica“ (Schöne Lausitz) kämen Frauen und damit „die bessere Hälfte“ des Volkes nicht vor, monierte er auf der Seite des Verbandes. Konkret geht es um die Textzeile: „Mögen aus deinem Schoß Männer hervorgehen, würdig ewigen Gedenkens!“ Statnik plädiert dafür, an dieser Stelle den Begriff Frauen einzufügen. Eine solche Anpassung sei „zeitgemäß und berechtigt“. Eine entsprechende Änderung wolle Domowina aber nicht „von oben herab“ beschließen. Der Verband hoffe vielmehr auf eine „gesellschaftliche Verständigung“. Bereits zuvor hatte die sorbische wissenschaftliche Gesellschaft Macica Serbska dafür plädiert, die Textzeile „behutsam zu ändern und das parallele Singen der originalen und bearbeitete Version zuzulassen“. (zit)

01) Deutscher Herbst 1991. Das vereinigte Deutschland, der 3. Oktober 1991 und die Herausforderung rechter Gewalt

Halle (Saale)

Veranstalter

Till Kössler / Janosch Steuer, Institut für Pädagogik, Arbeitsbereich Historische Erziehungswissenschaft, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

01.10.2021 - 02.10.2021

Von

Eric Angermann, Seminar für Mittlere und Neuere Geschichte, Georg-August-Universität Göttingen

Innerhalb der bundesrepublikanischen Historiographie war die fachliche Auseinandersetzung mit der extremen Rechten und mit rassistischer Gewalt nach 1945 lange Zeit allenfalls ein disziplinäres Randphänomen. Erst mit dem jüngsten Erstarken und der partiellen Etablierung rechter und rassistischer Parteien und Bewegungen setzte ein allmähliches Umdenken ein: Die Suche nach den zeitgeschichtlichen Ursachen und generell die Historisierung des Themenkomplexes gewinnen spürbar an Relevanz. Ausdruck dessen sind nicht nur die Tagungen und Workshops des Zeithistorischen Arbeitskreises Extreme Rechte (ZAER)[\[1\]](#), der zuvorderst von Nachwuchsforscher:innen des akademischen Mittelbaus getragen wird, sondern auch die hier besprochene Tagung. Ihr zeitlicher Rahmen war bewusst gewählt: Zeitgleich fanden in Halle die offiziellen Feierlichkeiten zum 31. Tag der deutschen Einheit statt, die sich programmatisch auf „Erfolgsgeschichte[n]“ konzentrierten[\[2\]](#) und der Historie der massiven rechten Straßengewalt in der frühen Berliner Republik keinen Platz einräumten. Somit ist die Tagung auch als geschichtspolitische Intervention gegenüber dem zentralen Festakt des 3. Oktobers zu werten.

Beitragende und Teilnehmer:innen diskutierten den Ursprung, das Ausmaß, die Folgen und die erinnerungspolitische Dimension der massiven rechten Gewalt in den als „Deutscher Herbst 1991“ titulierten Wochen nach dem rassistischen Pogrom von Hoyerswerda und rund um den ersten Tag der deutschen Einheit. Im einführenden Plenarvortrag präzierte JANOSCH STEUWER (Halle/Saale) die Gründe für die verwendete Analogie zu den historischen Ereignissen der „Offensive 77“ der Roten Armee Fraktion und der staatlichen wie gesellschaftlichen Reaktionen darauf. So besäße der Begriff, den auch zeitgenössisch unter anderem Stephan Hermlin für eine Charakterisierung der gegenwärtigen Zustände nutzte, ein analytisches Potential: Ein statistisch erfasster abrupter Anstieg rechter Gewalt sei ein „Wendepunkt“ nicht nur in der Dimension derartiger Gewalttaten, sondern auch in der politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Befassung mit ihr gewesen. In der öffentlichen Debatte dominierten laut Steuer die Diskussionen über die Ursachen, die Täter und den Umgang mit der spätestens jetzt als Alltagserscheinung breit wahrgenommenen, sich verdichtenden rechten und rassistischen Straßengewalt. Als Reaktion auf diese Diskussionen folgten die ersten staatlich geförderten Programme gegen Gewalt und Rechtsextremismus. Zudem hätte sich auf der metapolitischen Ebene die grundsätzliche Frage gestellt, welche gesellschaftlichen Gruppen als Teil des wiedervereinigten Deutschlands und welche als „fremd“ anzusehen seien. Somit stelle der Deutsche Herbst 1991 eine ebensolche historische Zäsur dar wie die Geschehnisse im Jahr 1977.

Mit dieser von Steuwer selbst als „produktive Provokation“ bezeichneten These eines zweiten Deutschen Herbstes gelang den Organisatoren der Tagung einer der ersten innerfachlichen Diskussionsbeiträge zur Historisierung und vor allem Periodisierung der rechten Gewalt und ihrer Täter in der Bundesrepublik.^[3] Damit fällt ihnen zweifelsohne das Verdienst zu, hier für einen notwendigen Debattenbeginn gesorgt zu haben. Trotz der geschilderten nachvollziehbaren Argumente müsste allerdings für eine Be- oder Entkräftigung der These auch die Vor- und Nachgeschichte einer vermeintlich entscheidenden Zäsur des Herbstes 1991 Berücksichtigung finden. Schließlich mangelt es der ost- und westdeutschen Geschichte rechter und rassistischer Gewalt sowie den auf sie folgenden Reaktionen von Staat und Gesellschaft nicht an ähnlichen prägnanten Ereignissen, aufgrund denen eine herausragende Bedeutung des Herbstes 1991 als markanter Wendepunkt weiter diskutiert werden muss.^[4] Ebenso kritisch ist die verwendete Analogie zu sehen: Welchen Erkenntnisgewinn für die Befassung mit rechter und rassistischer Gewalt verspricht letztlich die gewählte Parallelisierung mit dem Höchstmaß des Agierens der Stadtguerilla in der bundesdeutschen Geschichte? Reproduziert sie nicht – unwillentlich – die extremismustheoretische Vorstellung einer Gefährdung der demokratischen „Mitte“ durch „extreme“ gesellschaftliche Randphänomene, die in ihrer politisch motivierten Unterkomplexität zu Recht von einer starken Mehrheit jener zurückgewiesen werden, die zur extremen Rechten und zu Rassismus in den verschiedensten Disziplinen forschen?

Kritik an der These eines Deutschen Herbstes 1991 traten auf der Tagung aber allenfalls in beiläufig erscheinenden Bemerkungen zutage. So äußerte ULRICH HERBERT (Freiburg im Breisgau) im zweiten Eröffnungsvortrag mit seiner en passant formulierten Frage, ob denn der Deutsche Herbst 1977 an sich überhaupt ein nachhaltig prägendes, Veränderungen bewirkendes Ereignis gewesen sei, einen weiteren Kritikpunkt.

Die eigentliche Funktion des Vortrags von Herbert war gewiss eine andere: Er skizzierte die Entwicklung der sogenannten Asyldebatte von den frühen 1980er-Jahren bis zur letztendlichen Verschärfung des Asylrechts 1992, mit der sich Deutschland „praktisch abriegelte“, und setzte sie ins Verhältnis zum parallelen Anstieg rassistischer Gewalt. Die zuvorderst von den Unions-Parteien getragenen und polarisierenden Anti-Asyl-Kampagnen jener Jahre hätten nicht nur die in der Bevölkerung weithin vertretene Ablehnung von „Gastarbeitern“ und später „Asylbewerbern“ gefestigt und verstärkt, sondern spätestens in den ersten Jahren des gesellschaftspolitischen Transformationsprozesses den Eindruck vorrangig bei Jüngeren erweckt, Gewalt gegen „Ausländer“ sei im Grunde legitim. Ein zunehmender und breiter getragener Protest gegen die eskalierende rassistische Gewalt sei erst nach dem Pogrom von Rostock-Lichtenhagen im August 1992 wahrnehmbar gewesen – kommende Studien dürften hinterfragen, ob er sich nicht wenigstens lokal oder regional bereits sehr viel früher artikuliert und welche Träger:innen sich dabei welche Form von Gehör verschaffen konnten.

Den einführenden Vorträgen folgten drei Podien, bei denen die Vorbedingungen der Geschehnisse des Herbstes 1991 behandelt wurden. Die ersten beiden Beiträge kritisierten Deutungsweisen des Rassismus und der rechten Gewalt, die in der Bundesrepublik der 1980er-Jahre vorherrschend waren, und die aus ihnen resultierenden Konsequenzen. Zunächst ging MICHELLE KAHN (Richmond, VA) vertiefend auf den Beginn der Asyldebatte als vermeintlichen *turning point* in der bundesdeutschen Geschichte rechter und rassistischer Gewalt ein. Diese habe sich in den frühen 1980er-Jahren vor allem gegen das relativ junge Feindbild des „Türken“ gerichtet. In der Asyldebatte hätte sich aber eine Kontinuität und Popularität völkischer Denkmuster offenbart. Ein so offenkundig

rassistischer Hintergrund sei jedoch im öffentlichen Diskurs tabuisiert, mit Begriffen wie „Ausländerfeindlichkeit“ verschleiert und mittels Erklärungen wie vorgeblich bestehender kultureller Differenzen oder Ängste, die auf sozioökonomischen Krisen basierten, als nur allzu verständliches Problem bagatellisiert worden. Im Anschluss referierte TILL KÖSSLER (Halle/Saale) über den Ursprung und die Anwendung des Konzeptes der Akzeptierenden Jugendarbeit, das – hervorgegangen aus der Sozialen Arbeit – als Reaktion auf die bundesrepublikanische Debatte über rechte Gewalt als ein Jugendproblem zu verstehen sei. Kössler zeichnete nach, wie das Konzept als Westexport vor allem im Ostdeutschland der frühen 1990er-Jahre Anwendung fand, in der Praxis jedoch vielfach auf das Ziel der Einhegung und Prävention einer damals nicht genauer spezifizierten Gewalt beschränkt wurde und im schlimmsten Falle rechte Jugendliche sogar selbst ermächtigte.

Die Redner des nachfolgenden Podiums bemühten sich, die rechte Nachwende-Gewalt in zentrale politische Diskurse der 1980er-Jahre einzubetten: MAIK TÄNDLER (Jena) skizzierte die westdeutsche Debatte über eine neue nationale Identität, die seit Ende der 1970er-Jahre an Konjunktur gewann und zwischen den Polen eines neuen „Verfassungspatriotismus“ und einer über ethnopluralistische Modelle vermittelten Reartikulation des Völkischen changierte. Er attestierte der neuen und alten Rechten allerdings eine Position der Schwäche, aus der heraus die eigenen Standpunkte kaum breit gesetzt werden konnten. THOMAS LINDENBERGER (Dresden) fokussierte sich auf die Rolle des deutsch-deutschen „Dogmas“ des Antifaschismus und der Debatten über NS-Erinnerungspolitik in den 1980er-Jahren. In diesem Jahrzehnt habe in der DDR der Antifaschismus als Staatsideologie einen starken Sinnverlust erfahren; in seiner Funktion als Entlastung des Staatsvolks habe er ohnehin nie die Selbstverständlichkeit des Nationalen im ostdeutschen Staatssozialismus infrage gestellt. Aber auch in der Bundesrepublik habe erst der Abschied von klassischen antifaschistischen Narrativen, in denen primär des linken politischen Widerstands gedacht wurde, ein wirklich plurales NS-Erinnern ermöglicht, zu dessen Popularisierung Geschichtswerkstätten als Teil neuer sozialer Bewegungen einen entscheidenden Anteil getragen hätten. Die anschließende intensiv geführte Diskussion, in der Lindenberger Kritik an seinem Antifaschismus-Begriff erfuhr, der eindeutig zu eng auf ein orthodox-marxistisches Verständnis beschränkt ist, mündete in der Feststellung gleich mehrerer Forschungsdesiderate. Als vielversprechende Forschungsansätze zu nennen sind die explizite Untersuchung des Verhältnisses von rechtsakademischen Diskursen des Nationalen und rassistischen Gewalttaten und -tättern oder die Berücksichtigung transnationaler Aspekte in der Rekonstruktion der Debatten über nationale Identität.

Das letzte Podium zu den Ausgangslagen widmete sich der Akteursebene, für die empirisch dichte Befunde präsentiert werden konnten. BARBARA MANTHE (Bielefeld) zeigte die Veränderungen in den Gewaltdynamiken und -praktiken auf, die sich in den 1980er-Jahren im von Migrationsdebatten geprägten Westdeutschland vollzogen. Ihr zufolge verloren organisierte rechtsterroristische Strukturen an Bedeutung, während nichtorganisierte und keineswegs nur jugendliche Täter:innen vermehrt Brandanschläge und Tötungsdelikte begingen. Diese neue Qualität rechter Gewalt hätten die zuständigen staatlichen Apparate in ihrer Alltäglichkeit aber nicht als Problem der inneren Sicherheit, sondern als eines des gesellschaftlichen Zusammenlebens begriffen. Diese „Entsicherheitlichung rechter Gewalt“ ist laut Manthe eine Folge der konservativen Tendenzwende seit den 1970er-Jahren. Daran anschließend thematisierte MORITZ FISCHER (München) das „Dreiecksverhältnis REP-CDU-CSU“, wobei er sich auf die Rekonstruktion der Unions-internen Differenzen bezüglich der Frage konzentrierte, ob und in welchem Verhältnis rechte oder gemäßigte Positionen in der Asyldebatte angesichts der Wahlerfolge der Republikaner verlautbart werden sollten.

Der für seine akteurszentrierten Forschungen zur extremen Rechten bekannte GIDEON BOTSCH (Potsdam) referierte abschließend ausführlich über das (un-)strategische Agieren der relevantesten westdeutschen extrem rechten Organisationen in Ostdeutschland nach dem Fall der Mauer.

Die zeitgenössische Dokumentation „Zeins Wunden. Brandspuren in einer deutschen Stadt“ der anwesenden Regisseurin ESTHER SCHAPIRA verhandelte den lokalen Umgang mit einem im Deutschen Herbst 1991 weithin thematisierten Brandanschlag, den Jugendliche in der nordrheinischen Kleinstadt Hünxe auf ein von Geflüchteten bewohntes Haus verübten und bei dem zwei Kinder lebensgefährliche Verletzungen erlitten. Mit der öffentlichen Darbietung des Films und der anschließenden Diskussion wurde einmal mehr die erinnerungspolitische Dimension der Tagung deutlich, bei der ein Erinnern an die rassistische Gewalt der Wende-Jahre auch abseits wissenschaftlicher Debatten praktiziert wurde.

Die beiden nächsten Beiträge waren entschiedene Plädoyers für die Wahrnehmung der Betroffenenperspektive rechter Gewalt, die in der Tat auch in der Geschichtswissenschaft weiterhin zu wenig Berücksichtigung findet. CARSTA LANGNER (Jena) befasste sich vor allem mit Wahrnehmungen des Rassismus in den frühen 1990er-Jahren in Ostdeutschland und verwies auf Quellengattungen und -methoden wie Ego-Dokumente, Oral History oder Autobiographien, dank derer Erfahrungen eines alltäglichen Rassismus, aber auch von Selbstorganisation und Gegenwehr erforscht werden können. DANI KRANZ (Be'er Scheva) beschrieb umfangreich die Reaktionen von Jüd:innen auf rechte Gewalt seit den 1990er-Jahren, wobei sie detailliert auf die Differenzen zwischen vorrangig politischen Aktivitäten einging, die sich aus den diversen sozialen Hintergründen und Migrationserfahrungen innerhalb der jüdischen Community ergeben hätten.

Im zweiten Podium legte PATRICK WAGNER (Halle/Saale) einen Werkstattbericht zur Polizei in Ostdeutschland in den Transformationsjahren vor. Seine wichtigste Hypothese ist, dass die Polizei enorm unter den massiven Umstrukturierungen litt und nur sehr eingeschränkt als „Ordnungsfaktor“ fungieren konnte – diese Rolle eigneten sich im öffentlichen Raum teils vigilantistische rechte Jugendgruppen an. Für die weitere Erforschung staatlichen bzw. polizeilichen Verhaltens dürfte die Frage interessant sein, ob neben einem strukturell bedingten Unvermögen nicht auch ein politisch eingefärbter Unwille maßgeblich zum historischen Geschehen beitrug. Janosch Steuer wiederum bekräftigte in seinem zweiten Beitrag die zentrale Tagungsthese vom Herbst 1991 als einem Wendepunkt im umgangssprachlichen „Kampf gegen rechts“. Auf ein diagnostiziertes „Staatsversagen“ sei die erste umfassende staatliche Förderung von Projekten erfolgt, die rechte Gewalt in erster Linie präventiv vorbeugen sollten. Hoyerswerda war demnach der Startpunkt für die dauerhafte Einbindung zivilgesellschaftlicher Träger in staatliche Programme zur Bekämpfung des Rechtsextremismus. MARCUS BÖICK (Bochum) fasste die gängigsten Erklärungen und Narrative eines „braunen Ostens“ in den 1990er-Jahren zusammen, und ANDREAS WIRSCHING (München) präsentierte erste Erkenntnisse über die europäische Sicht auf die rechte Gewalt im wiedervereinigten Deutschland. Danach fanden pauschale Verurteilungen kaum statt, und es überwog ein erstaunliches Verständnis für die politische Lage – mit Verweis auf ähnliche Kräfteverhältnisse im eigenen Land.

Zum Abschluss diskutierte ein öffentliches Podium die Wege des Erinnerns an den Herbst 1991. Die geschichtspolitische Dimension dieser Debatte war vor dem Hintergrund der erdrückenden Aktualität von rechter Gewalt und Rassismus ohnehin gegeben, verstärkte sich aber durch konkrete politische Forderungen, die im Verlauf der Diskussion geäußert

wurden und auch die staatliche Verantwortung bei der Vielzahl an un- oder nur halb aufgeklärten rechten und rassistischen Straftaten seit dem Oktoberfest-Attentat betonten. THOMAS KRÜGER (Bonn) als Präsident der Bundeszentrale für Politische Bildung stach mit einem Vorschlag hervor, der aus meiner Sicht nur begrüßenswert und unbedingt aufzugreifen ist: Es reiche nicht nur eine symbolische Erinnerungsebene, es brauche auch gut geförderte Institutionen, die – ähnlich wie die Stasi-Unterlagenbehörde nach dem Ende der DDR – Akten zugänglich machen, Diskurse organisieren und die wissenschaftliche Arbeit zur Thematik auf breitere Füße stellen würden. Die Forderung ist nicht nur tagespolitisch brisant, sie dürfte auch die Zustimmung all jener Zeithistoriker:innen finden, die zu diesem Themenkomplex forschen und leidige Erfahrungen etwa mit den Verfassungsschutzämtern machen müssen, deren Akten weiterhin beinahe gänzlich hinter verschlossenen Türen lagern. Es bleibt kritisch zu fragen, inwiefern das im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung angekündigte „Archiv des Rechtsterrorismus“^[5] die geforderte Funktion erfüllen oder gleichfalls primär eine symbolische Bedeutung haben wird.

Alles in allem war die Tagung ein Abbild des Forschungsstandes innerhalb des zeithistorischen Mainstreams. Erste Thesen zur Historisierung und Erkenntnisse, die außerakademischen Initiativen in Teilen durchaus bekannt vorkommen dürften, wurden besprochen und mögliche Forschungsansätze geäußert, ohne allerdings Fragen der Methodik (noch) genauer zu diskutieren. Den Raum dafür ermöglicht zu haben, gebührt den Organisator:innen der Tagung großer Dank. Die Tagung verdeutlichte aber auch: Die zeithistorische Forschung zur rechten und rassistischen Gewalt nach 1945 nimmt endlich Fahrt auf.

Konferenzübersicht:

Begrüßung

Christian Tietje (Universität Halle): Grußwort des Rektors der Martin-Luther-Universität

Einführung

Till Kössler / Janosch Steuwer (Universität Halle/Saale): Deutschland im Herbst 1991

Ulrich Herbert (Universität Freiburg): Die verdrängte rassistische Gewalt der frühen 1990er-Jahre

Ausgangslagen 1: Kollektive Selbstverständigungen und gesellschaftliche Pluralisierung in den beiden Deutschlands nach 1980

Moderation: Petra Terhoeven (Göttingen)

Michelle Kahn (Richmond, VA): Migration and Racism in Divided Germany in the 1980s

Till Kössler (Halle/Saale): Jugend im Umbruch. Politik, jugendliche Subkulturen und Pädagogik nach 1979

Maik Tändler (Jena): Sehnsucht nach „Identität“. Die Konjunktur des Nationalen in den 1980er-Jahren

Thomas Lindenberger (Dresden): NS-Erinnerung und Antifaschismus in den 1980er-Jahren auf beiden Seiten der Mauer

Ausgangslagen 2: Gewalt, Asylpolitik und „Aufbau Ost“. Die extreme Rechte in den 1980er-Jahren

Moderation: Onur Erdur (Berlin)

Barbara Manthe (Bielefeld): Vom Rechtsterrorismus zur „rechten Gewalt“

Moritz Fischer (München): Die „Republikaner“, die Union und die Asylpolitik in den 1980er-Jahren

Gideon Botsch (Potsdam): Der andere „Aufbau Ost“. Westdeutsche Rechtsextremisten in den neuen Bundesländern

Dokumentarfilm und Diskussion

Esther Schapira: Zeinabs Wunden. Brandspuren in einer deutschen Stadt

Migrantische und andere Erfahrungen rechter Gewalt nach 1991

Moderation: Constantin Goschler (Bochum)

Carsta Langner (Jena): „Mehr als betroffen ...“. Wahrnehmungen von Rassismus und Antisemitismus in den frühen 1990er-Jahren in Ostdeutschland

Dani Kranz (Be'er Scheva): Reaktionen von Jüdinnen und Juden auf die rechte Gewalt

Staatliche Reaktionen auf den deutschen Herbst

Moderation: Martina Steber (München)

Patrick Wagner (Halle/Saale): „Smooth policing“ und rechte Gewalt. Erste Hypothesen zur Polizei in der Transformationsgesellschaft

Janosch Steuwer (Halle/Saale): Was tun gegen Rechts?! Der Beginn präventiver Antirechtspolitik im „deutschen Herbst“ 1991

Rechte Gewalt und gesellschaftliche Debatten jenseits von Flucht und Asyl

Moderation: Jens Elberfeld (Halle/Saale)

Marcus Böick (Bochum): „Brauner Osten“. Rechtsextremismus und rechte Gewalt in der Vereinigungsdebatte

Andreas Wirsching (München): Europa, das vereinte Deutschland und die rechte Gewalt

Abschlusspodium: Wie sollen wir an den Deutschen Herbst 1991 erinnern?

Moderation: Till Kössler / Janosch Steuwer (Halle/Saale)

Thomas Krüger (Bonn), Uta Bretschneider (Leipzig), Ralph Jessen (Berlin), Massimo Perinelli (Berlin) und Anetta Kahane (Berlin)

Anmerkungen:

[1] Vgl. <http://zeitgeschichte-extreme-rechte.de/> (10.12.2021).

[2] Vgl. <https://tag-der-deutschen-einheit.de/halle-saale/> (21.12.2021).

[3] Bekannte Werke, in denen explizit eine Periodisierung der bundesdeutschen extremen Rechten und ihres Agierens vorgenommen wurde, schrieben der in erster Linie als Politologe bekannte Gideon Botsch (Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis heute, Darmstadt 2012) und der ebenfalls als Politikwissenschaftler tätige Richard Stöss (Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, Berlin 2000). Eine seltene Ausnahme innerhalb der eigentlichen zeithistorischen Forschung ist beispielsweise der bereits vor über zehn Jahren erschienene Sammelband zu Konservatismus und extremer Rechter in den 1970er-Jahren, vgl. Massimiliano Livi / Daniel Schmidt / Michael Sturm (Hrsg.), Die 1970er Jahre als schwarzes Jahrzehnt. Politisierung und Mobilisierung zwischen christlicher Demokratie und extremer Rechter, Frankfurt am Main / New York 2010. Für einen ersten Überblick über den generellen Forschungsstand zur deutschen Rechten nach 1945 vgl. Dominik Rigoll / Laura Haßler, Forschungen und Quellen zur deutschen Rechten. Teil 1: Ansätze und Akteur:innen, in: Archiv für Sozialgeschichte 61 (2021), S. 569-511.

[4] Zu nennen sind unter anderem die rechtsterroristischen Attentate in der zweiten Jahreshälfte 1980, der Angriff auf das Punk-Konzert in der Zionskirche am 17. Oktober 1987 in Ostberlin, der Anstieg nationalistischen Denkens und Handelns im Kontext von Mauerfall und Wende, die rechte Gewalt des Spätsommers und Herbstes 1992 und die zeitgleiche Verschärfung des Asylrechts, der „Aufstand der Anständigen“ im Herbst 2000 oder die Selbstenttarnung des NSU ab dem 4. November 2011. Es ist sicherlich dem historischen Zufall geschuldet, dass alle diese Ereignisse beinahe gänzlich im Herbst stattfanden.

[5] Vgl. Fatma Aydemir, Die klaffende Lücke, in: taz, die tageszeitung, <http://taz.de/Geplantes-Archiv-zu-Rechtsterrorismus/!5816129/> (5.12.2021).

Zitation

Tagungsbericht: Deutscher Herbst 1991. Das vereinigte Deutschland, der 3. Oktober 1991 und die Herausforderung rechter Gewalt, 01.10.2021 – 02.10.2021 Halle (Saale), in: H-Soz-Kult, 14.02.2022, www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-9306.

Copyright (c) 2022 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

01) Schreiben für den A. E. Johann-Preis 2022
– Einsendeschluss 31. März 2022



A.E. JOHANN-GESELLSCHAFT e.V.

NEWSLETTER Februar 2022

Einsendeschluss für A. E. Johann-Preis endet am 31. März 2022

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe A. E. Johann-Freunde!

Wir möchten noch einmal an den Einsendeschluss für den A. E. Johann-Preis 2022 erinnern.
Wenn Sie junge Menschen kennen, die gern schreiben, dann informieren Sie bitte und weisen auf unsere Homepage hin.

Wir haben neue Lesezeichen drucken lassen (s. Anlage). Wenn es Büchereien oder sonstige Einrichtungen gibt, die daran interessiert sind, teilen Sie es uns mit. Wir senden gern welche zu.

Die bisherigen Resonanzen auf unser Buch



waren sehr positiv. Machen Sie Werbung für die Biografie. Wir würden uns darüber freuen.

Mit freundlichen Grüßen
Günter Wolters Karin Hübscher Rudi Zülch

Kontakt:

Vorsitzender Rudi Zülch

A.E. Johann-Weg 1

D-34593 Knüllwald

FON: 05681-3992

FAX: 05681-9390015

Handy: 0173-2936098

Email: a.e.johann-gesellschaft@web.de

www.a-e-johann.de

02) Nordrhein-Westfalen stellt weitere Fördermittel für Digitalisierungsprojekt der Kulturstiftung bereit. Neue Projektphase ab 03.02.2022



Pressemitteilung

Nr. 02/2022

Nordrhein-Westfalen stellt weitere Fördermittel für Digitalisierungsprojekt der Kulturstiftung bereit

Mit der Präsentation des vom Land Nordrhein-Westfalen geförderten Digitalisierungsprojektes „Historisch Ostdeutsche Heimatsammlungen in NRW“ begann am 2. Februar die nächste Projektphase.

In den letzten beiden Jahren konnte die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen finanziell gefördert durch das Land Nordrhein-Westfalen insgesamt 20 Heimatsammlungen digitalisieren und auf der Internetseite www.ostdeutsche-heimatsammlungen.de in virtuellen Räumen präsentieren.

Bei den in den Nachkriegsjahrzehnten aufgebauten und bis heute liebevoll gepflegten historisch ostdeutschen Heimatsammlungen und Heimatstuben handelt es sich um besondere Stätten der Erinnerungskultur der Vertriebenen. In ihnen wurde und wird das, was man aus der alten Heimat an materiellen Kulturgütern gerettet und mitgebracht hatte, gesammelt und ausgestellt und immer wieder ergänzt durch weitere Gegenstände. Auf diese Weise wird hier die Heimat vergegenwärtigt.

Dabei waren und sind die Heimatsammlungen und -stuben weit mehr als die Summe ihrer einzelnen Exponate und Archivalien. Sie spiegeln mit kulturhistorisch bedeutenden Gegenständen und mehr noch mit den vorgestellten Alltagsgegenständen das Leben, die Geschichte, die Mentalität und Kultur einer Region, Stadt oder Gemeinde wider – und darüber hinaus zeugen sie von dem Prozess der Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen in die deutsche Nachkriegsgesellschaft.

Am 2. Februar 2022 wurde das Digitalisierungs- und Virtualisierungsprojekt unter Teilnahme des Parlamentarischen Staatssekretärs im Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen, Klaus Kaiser MdL, offiziell in einer live übertragenen online-Präsentation der Öffentlichkeit vorgestellt und

Berlin, 03.02.2022

Bonner Geschäftsstelle
Godesberger Allee 72-74
53175 Bonn
Telefon: +49 228 915 12 20

Berliner Büro
Brunnenstraße 191
10119 Berlin
Telefon: +49 30 863 355 10

Mail:
presse@kulturstiftung.org
www.kulturstiftung.org



gleichzeitig ein Ausblick für eine durch das Land NRW geförderte nächste Projektphase gegeben.

An der Präsentation beteiligten sich zahlreiche Expertinnen und Experten aus Politik, Wissenschaft und Praxis, darunter Heiko Hendriks, Landesbeauftragter für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern, Frank von Hagel, Staatliche Museen zu Berlin, Preußischer Kulturbesitz, Institut für Museumsforschung, Dr. Gundula Bavendamm, Direktorin der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung, Prof. Dr. Bernd Fabritius, BdV-Präsident und Bundesbeauftragter für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Dr. Arkadiusz Danszcyk, Kommissarischer Leiter der Martin-Opitz-Bibliothek, Prof. Dr. Winfried Halder, Direktor des Gerhart-Hauptmann-Hauses und Karin Roth, Betreuerin der Siebenbürger Heimatstube in Herten.

Beim vom Land Nordrhein-Westfalen geförderten Digitalisierungsprojekt geht es um die digitale Erfassung und die virtuelle Präsentation der Exponate, also der sächlichen Objekte ausgewählter Heimatsammlungen. Die Exponate werden hierzu fotografisch aufgenommen und sind samt einer Beschreibung und weiteren Informationen im Internet in Form einer „virtuellen Heimatsammlung“ verfügbar. Der Besucher der Internetseite kann sich in den Räumen der Sammlung frei bewegen, ganz gemäß seinen Interessen, sei es in den real bestehenden, in 360°-Panorama-Fotografie abgelichteten Räumen, oder, wo dies nicht möglich ist, in virtuell konstruierten Räumen. Er kann sich dann auf einzelne Objekte konzentrieren, sie mit anderen Exponaten vergleichen und dabei zugleich wesentliche Informationen zu dem einzelnen Objekt oder zu Gruppen von Objekten abrufen. Damit wird den Sammlungen der Zugang zu neuen Zielgruppen erleichtert und gleichzeitig Interessenten weltweit ein virtueller Besuch unabhängig von Zeit und Ort ermöglicht.

Nach einleitenden Worten von Thomas Konhäuser, Geschäftsführer der Kulturstiftung, sprachen Klaus Kaiser, Parlamentarischer Staatssekretär im Ministerium für Kultur und Wissenschaft Nordrhein-Westfalens, Heiko Hendriks, Landesbeauftragter für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern in Nordrhein-Westfalen, und Reinfried Vogler, Vorstandsvorsitzender der Kulturstiftung, Grußworte.

„Das mit zahlreichen Informationen zu den Sammlungen angereicherte digitale Angebot bedeutet auch eine enorme Chance für Schulen und die Erwachsenenbildung. Die Unterstützung für das Projekt setzen wir daher gerne fort, sodass weitere Heimatstuben einen Online-Zwilling erhalten



und Bildungskonzepte erarbeitet werden können“, erklärte der Parlamentarische Staatssekretär Klaus Kaiser.

Den einleitenden Vortrag der Veranstaltung hielt Frank von Hagel, Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Museumsforschung der Staatlichen Museen zu Berlin. Er sprach über die Bedeutung der Digitalisierung für die Bewahrung des deutschen kulturellen Erbes im östlichen Europa. Der Wissenstransfer aus dem analogen in den digitalen Raum sei eine große Herausforderung, erklärte von Hagel. Digitale Standards der Museen böten aber Chancen dafür, den niedrigschwelligen und barrierefreien Zugang auch zu kulturellen Traditionen nachhaltig zu gestalten.

Die Vorstellung des Leuchtturmprojekts der Kulturstiftung übernahmen Dr. Ernst Gierlich, Vorstandsmitglied der Kulturstiftung, sowie Barbara Kämpfert, die die wissenschaftlichen Begleittexte zu den Digitalisaten verfasste. Sie zeigten die verschiedenen Facetten der bereits digitalisierten und virtualisierten Heimatsammlungen auf. „Einige der Objekte sind digital besser erfahrbar als in der Stube selbst. Etwa bei zwei Meter hohen Schränken kann man sich digital jedes Detail nah heranholen“, erklärte Barbara Kämpfert. Das so geschaffene Angebot im Netz sei eine Ergänzung der bestehenden Sammlungen vor Ort.

Dr. Gundula Bavendamm, Direktorin der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung, nannte daraufhin in ihrem Impulsvortrag die Digitalisierung einen „Meta-Trend der Gesellschaft“. Die Kulturstiftung habe mit ihrem Projekt eine gute Basis geschaffen, die es nun mit Vernetzung und Kontextualisierung weiter auszubauen gilt. Der Begriff der Heimat habe wieder an Modernität gewonnen, sagte Dr. Bavendamm, man könne nun gerade im Bezug auf Heimatsammlungen neues Interesse wecken.

Das vom Land NRW geförderte Leuchtturmprojekt „Historische ostdeutsche Heimatsammlungen in NRW“ der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen tritt nun in eine neue Phase ein. Bereits digitalisierte und noch zu virtualisierende Heimatsammlungen werden in einen breiteren Kontext gesetzt und sollen in Bildungsinitiativen eingebunden werden. Prof. Dr. Hans-Ulrich Baumgarten, Abteilungsleiter Weiterbildung und Politische Bildung im Ministerium für Kultur und Wissenschaft NRW, verwies auf die Sinndimension der Heimat für einzelne Personen und die Gesamtgesellschaft. Geschichte sei ein Teil der eigenen Identität und dazu gehöre die Solidarität mit ihren Opfern, sagte Prof. Dr. Baumgarten.

Das Programm der Online-Präsentation mit Referenten finden Sie als pdf-Datei auf der Website der Kulturstiftung:

<https://kulturstiftung.org/wp-content/uploads/Programm-Veranstaltung-Kulturstiftung-2.2.2022-2.pdf>



**Präsentation des vom Land Nordrhein-Westfalen geförderten
Digitalisierungsprojektes
„Historisch ostdeutsche Heimatsammlungen in NRW“
mit Fachveranstaltung zum Thema „Digitalisierung im Museumsbereich
Heimatsammlungen nutzen – Bildungsprozesse initiieren!“**

Mittwoch, 2. Februar 2022, 10.00 Uhr
ONLINE

Programmablauf (Stand 27.01.2022)

10.00 Uhr

Begrüßungen

- Thomas Konhäuser, Geschäftsführer der Kulturstiftung
- Parl. Staatssekretär Klaus Kaiser MdL
- Heiko Hendriks, Landesbeauftragter für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern
- Reinfried Vogler, Vorstandsvorsitzender der Kulturstiftung

Keynote: Die Bedeutung der Digitalisierung zur Bewahrung des deutschen kulturellen Erbes im östlichen Europa“

- M.A. Frank von Hagel, Staatliche Museen zu Berlin, Preußischer Kulturbesitz, Institut für Museumsforschung

Vorstellung des Projekts „Virtuelle Heimatsammlungen in NRW“

- Thomas Konhäuser, Geschäftsführer der Kulturstiftung

11.00 Uhr

Bedeutung von digitalen Prozessen für die Erinnerungskultur am Beispiel von Heimatsammlungen.

- Impulsvortrag Dr. Gundula Bavendamm, Direktorin der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung

Podiumsdiskussion

- Moderation: Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen
- Prof. Dr. Bernd Fabritius, Präsident des Bundes der Vertriebenen
- Dr. Gundula Bavendamm, Direktorin der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung
- Arkadiusz Danszcyk, Martin-Opitz-Bibliothek

- Prof. Dr. Winfrid Halder, Direktor Gerhart-Hauptmann Haus
- Heiko Hendriks, Beauftragter für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern, Ministerium für Kultur und Wissenschaft
- M.A. Frank von Hagel, Staatliche Museen zu Berlin, Preußischer Kulturbesitz, Institut für Museumsforschung
- Karin Roth, Heimatsammlung Herten

Ausblick: Prof. Dr. Hans-Ulrich Baumgarten, Abteilungsleiter Weiterbildung und Politische Bildung, Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen

12.30 Uhr: Schlusswort

- Reinfried Vogler, Vorstandsvorsitzender der Kulturstiftung

Gefördert vom:

Ministerium für
Kultur und Wissenschaft
des Landes Nordrhein-Westfalen



Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen
Godesberger Allee 72-74
53175 Bonn
Tel. 0228/9151211
Brunnenstrasse 191
10119 Berlin
Tel. 030/86335510
www.kulturstiftung.org
www.heimatsammlungen.de
E-Mail: kontakt@kulturstiftung.org

Die Aufzeichnung der Online-Präsentation finden Sie auf dem Youtube-Kanal der Kulturstiftung:

<https://www.youtube.com/watch?v=R3cVn2A-TUE>

Die Pressemitteilung des NRW-Landesministeriums für Kultur und Wissenschaft zur Projektvorstellung finden Sie auf den Seiten des Ministeriums:

<https://www.mkw.nrw/presse/virtuelleheimatstuben>

03) Das östliche Europa: Räume, Grenzen, Projektionen

Veranstalter

Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung – Institut der Leibniz-Gemeinschaft

35037 Marburg

Land

Deutschland an der Lahn

Vom - Bis

09.02.2022 -

Friar

01.04.2022

Von

Felix Köther, Digitale Forschungs- und Informationsinfrastrukturen, Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung – Institut der Leibniz-Gemeinschaft

Das Onlineportal „Copernico. Geschichte und kulturelles Erbe im östlichen Europa“ (<https://www.copernico.eu/>) ruft auf zur Einsendung von Beiträgen für einen neuen Themenschwerpunkt „Das östliche Europa: Räume, Grenzen, Projektionen“. Er soll die Bedeutung und Funktion raum- und grenzbezogener Debatten und Diskurse zum östlichen Europa in den Blick nehmen und ab Anfang 2023 im Themenmagazin des Portals veröffentlicht werden.

Das östliche Europa: Räume, Grenzen, Projektionen

Über Copernico

Das Recherche-, Themen- und Transferportal „Copernico. Geschichte und kulturelles Erbe im östlichen Europa“ macht Geschichte anschaulich. Es informiert attraktiv und wissenschaftlich fundiert über die gemeinsame Geschichte und das geteilte kulturelle Erbe im östlichen Europa und bietet neben einem Online-Themenmagazin auch eine Recherchedatenbank, in der sich die Angebote und Tätigkeiten von bereits mehr als zwei Dutzend Partnereinrichtungen aus den Bereichen Wissenschaft und Kulturerbevermittlung recherchieren lassen.

Das Themenmagazin des Portals richtet sich dabei insbesondere an die breitere Öffentlichkeit: Präsentiert werden Beiträge und Inhalte, die wissenschaftliche Themen und Forschungsergebnisse auch für thematische Einsteiger zugänglich machen und attraktiv aufbereitet sind. Dabei werden komplexe wissenschaftliche Apparate und Fachsprache vermieden, notwendige Fachbegriffe über Infoboxen erklärt, Orte und Länder über Einschubfenster mit Karten vorgestellt.

Arbeitsgebiet und -gegenstand des Portals sind die Länder, Landschaften und Regionen zwischen Ostsee und Schwarzem Meer.

Das östliche Europa: Räume, Grenzen, Projektionen

Seit dem spatial turn in den Kultur- und Sozialwissenschaften sind Diskurse und Debatten um Räume und Grenzen, aber auch um ihre Projektionen und Konstruktionen wiederholt zum Gegenstand wissenschaftlicher und populärwissenschaftlicher Darstellungen

geworden. Sie sind nicht nur für die politische Geschichte des östlichen Europa, sondern auch für das menschliche Zusammenleben grundlegend und zeichnen sich häufig durch spannende Ambivalenzen aus.

Der Themenschwerpunkt soll die Bedeutung und Funktion raum- und grenzbezogener Debatten und Diskurse im östlichen Europa aufreißen, prominente Fallbeispiele vorstellen und auch die soziokulturellen und -demografischen Dimensionen der jeweiligen politischen Entscheidungsprozesse erläutern. Dabei sollen auch die Rolle der Kartografie (Macht der Karten), von populären Raumdarstellungen sowie Aneignungs-, Umdeutungs- und Transitionsprozesse problematisiert werden. Insbesondere auch der Begriff und das Raumkonstrukt Osteuropa selbst sollen in ihren historischen Konjunkturen, Repräsentationen und Figurationen reflektiert und erörtert werden – ebenso wie weitere Raumbegriffe (z.B. Baltikum oder Balkan).

Aufgabe des Schwerpunktes wird es unter anderem sein, auch jüngere, theoriebasierte Forschungsergebnisse in niedrigschwelliger und dennoch präziser und problembewusster Weise zu vermitteln. Zurückgegriffen werden kann insbesondere auch auf Karten und kartografische Animationen oder Visualisierungen, kommentierte historische Dokumente, Streitschriften und Propagandamaterial oder einschlägige kulturelle und künstlerische Manifestationen. Der Schwerpunkt kann zudem bereits Brücken zu weiteren Portalthemen – wie den bereits vorhandenen Migrationsgeschichte(n) – schlagen.

Die Thematisierung kultureller Kommunikations- und Transferprozesse ermöglicht ebenso den Einbezug von Sammlungsobjekten und die Präsentation spannender musealer Objekte, in die raumbezogene Debatten eingeschrieben sind. Zugleich werden einführende Beiträge, Einzelstudien und Hintergrundbeiträge benötigt, die das Thema sowohl zeitlich als auch räumlich in die Tiefe führen. Ebenso sind vertiefende Experteninterviews denkbar.

Städteserie: Urbane Vielfalt im östlichen Europa

Im Rahmen des Themenschwerpunkts ist eine Serie zur urbanen Vielfalt im östlichen Europa geplant: In Porträts sollen vor allem die unbekannten Facetten von Metropolen, großen und kleinen Städten nachgezeichnet werden, wobei immer auch das Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen, die Stadt als Kulminationspunkt und Transformationsraum in Vergangenheit und Gegenwart thematisiert werden sollen. Die Porträts können dabei Austausch- und Abgrenzungsprozesse, Diskurse um politische, soziale, kulturelle, städtebauliche Transformationen oder auch die Stadt als Projektionsfläche kognitiver Kartierungen in den Mittelpunkt stellen.

Allgemeine redaktionelle Hinweise

Möglich sind Beiträge unterschiedlicher Länge und Formate. Die maximale Textlänge beträgt 12.000 Zeichen einschließlich Leerzeichen. Beiträge ab einer Länge von 10.000 Zeichen werden parallel auf dem Publikationsserver des Herder-Instituts publiziert und mit einer DOI versehen. Darüber hinaus sind alle Beiträge im Portal mit einer Zitierempfehlung, Permalinks und Lizenzhinweisen versehen. Sämtliche Beiträge werden zweisprachig publiziert und ins Englische übersetzt (bei Bedarf können Beiträge auch auf Englisch eingereicht und ins Deutsche übertragen werden). Benötigt wird für jeden Beitrag mindestens eine attraktive und hochaufgelöste Illustration mitsamt Bildunterschrift und erfolgter Rechtklärung. Die eingereichten Beiträge werden im Rahmen eines internen Begutachtungsverfahrens lektoriert.

Alle Autor:innen behalten die Nutzungsrechte für Ihre eigenen Texte. Jede:r Autor:in erhält im Portal eine eigene Profilseite, auf der eine Kurzbiografie, ausgewählte Literaturhinweise und Links zu persönlichen Webseiten präsentiert werden können. Wir freuen uns besonders über Beitragsangebote jüngerer Wissenschaftler:innen, die Themen ihrer Qualifikationsarbeiten im Portal vorstellen und Copernico als Transferformat für ihre Forschung nutzen wollen.

Weitere Hinweise für Beiträger:innen, zu Illustrationen und Schlagwörtern erhalten Sie im Portal selbst (<https://www.copernico.eu/de/hinweise-fuer-beitraege>) sowie auf Anfrage unter copernico@herder-institut.de.

Deadline und Termine

Bitte schicken Sie bis zum 1. April 2022 ein Abstract von max. 300 Wörtern mit einer kurzen Beschreibung des geplanten Beitrags an copernico@herder-institut.de. Sie erhalten Rückmeldung bis zum 1. Mai 2022, ob der Beitrag zum Themenschwerpunkt zugelassen ist. Einsendeschluss der fertigen Beiträge ist der 1. Oktober 2022.

Kontakt

E-Mail: copernico@herder-institut.de

<https://www.copernico.eu/>

Zitation

Das östliche Europa: Räume, Grenzen, Projektionen. In: H-Soz-Kult, 11.02.2022, www.hsozkult.de/event/id/event-115850.

Copyright (c) 2022 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

04) Heimat-DDR?

Veranstalter

H-und-G (Bürgerkomitee 15. Januar e. V.)

Ausrichter

Bürgerkomitee 15. Januar e. V.

10365 Berlin

Vom - Bis

01.02.2022 - 20.03.2022

Frist

20.03.2022

Von

Christian Booß

Das Internetforum H-und-G.info plant in seiner nächsten Ausgabe einen Schwerpunkt zum Thema "Heimat-DDR?".

Heimat-DDR?

Der Begriff Heimat scheint insgesamt wieder populärer zu werden. Seit der letzten Legislaturperiode existiert sogar ein Bundesministerium für Heimat als Teil des Innenministeriums. Die Bezeichnung überdauerte auch den Koalitionswechsel. Bislang galten Positionen, die ihrer Heimat in der DDR nachgingen, oft eher als unkritisch oder gar systemnah ostalgisch. Unverkennbar ist jedoch, dass 32 Jahre nach dem Ende der DDR Viele, auch systemkritische, ihren damaligen Freundeskreisen, Milieus, Regionen und der Erinnerung - sogar an negative Ereignisse - stark emotional verbunden sind. In Gesprächen, sozialen Medien und anderen Veröffentlichungen bilden sich unterschiedliche Heimaten ab oder entstehen imaginär und virtuell. Auch die DDR-Oberen versuchten für ihre sozialistische Gesellschaft Heimatgefühle zu erwecken. Ob ihnen dies vollkommen misslang, ist umstritten.

Wir suchen insbesondere Artikel zur offiziellen DDR-Heimatpolitik wie zu Nischen und Milieus, die eher durch die Gesellschaft selbst definiert wurden. Dazu können auch reale Sehnsuchtsorte wie Hiddensee oder der Prenzlauer Berg gehören, die zum Mythos wurden. Auch das DDR-Exil in der Bundesrepublik gehört dazu, wie auch die Stilisierung von solchen Heimaten in der heutigen Erinnerung und der Bezugsort in Biographien und Autobiographien.

Weitere Anregungen sind willkommen.

Die Artikel können persönlich, essayistisch oder (populär-) wissenschaftlich sein, die Richtgröße liegt bei 2–8 Seiten. Da wir ausschließlich online publizieren, sind die Formate relativ flexibel. Als Redaktionsschluss wird der 20.März 2022 angestrebt. Wir freuen uns aber natürlich über frühere Einsendungen. Hilfreich wären auch rechtfreie Fotos und eine 2–3 zeilige Biographie.

H-und-G.info erscheint seit 2020, etwa vierteljährig. Das Aufarbeitungsforum im Internet ist ein Nachfolgeformat für die Zeitschrift „Horch und Guck“. Es richtet sich an Fachpublikum und an Aufarbeitungs-Interessierte, sowie Mitarbeiter:innen von Aufarbeitungsinstitutionen.

Kontakt

E-Mail: H-und-G.info@web.de

<http://H-und-G.info>

Zitation

Heimat-DDR?. In: H-Soz-Kult, 04.02.2022, www.hsozkult.de/event/id/event-115652.

Copyright (c) 2022 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

05) Arbeitskreis der Lehrerinnen und Lehrer bei der Gemeinsamen Deutsch-Polnischen Schulbuchkommission der Historiker und Geographen

Projektträger

Gemeinsame Deutsch-Polnische Schulbuchkommission der Historiker und Geographen
(Zentrum der Historischen Forschung der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Berlin in cooperation mit Leibnitz Institut für Bildungsmedien Georg Eckert Institut)

Ausrichter

Zentrum der Historischen Forschung der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Berlin
in cooperation mit Leibnitz Institut für Bildungsmedien Georg Eckert Institut

Gefördert durch

Deutsch-Polnischer Jugendwerk, Projekt Leuchttürme

13156 Berlin

Vom - Bis

14.12.2021 - 31.08.2022

<https://schulbuchkommission.eu/>

Von

Dominik Pick, Zentrum für Historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften

Arbeitskreis der Lehrerinnen und Lehrer bei der Gemeinsamen Deutsch-Polnischen Schulbuchkommission der Historiker und Geographen

Arbeitskreis der Lehrerinnen und Lehrer bei der Gemeinsamen Deutsch-Polnischen Schulbuchkommission der Historiker und Geographen sucht interessierte LehrerInnen für gemeinsame Projekte und Zusammenarbeit.

Liebe Lehrerinnen und Lehrer,

Der deutsch-polnische Arbeitskreis der Lehrerinnen und Lehrer ist seit drei Jahren im Rahmen der Gemeinsamen Deutsch-Polnischen Schulbuchkommission der Historiker und Geographen tätig. Unser Ziel ist es, den deutsch-polnischen Dialog im Bereich der historischen Bildung zu führen, die Zusammenarbeit zwischen deutschen und polnischen Lehrkräften zu fördern sowie gemeinsame Schulprojekte umzusetzen. Der Arbeitskreis stützt sich auf die wissenschaftliche Expertise der Deutsch-Polnischen Schulbuchkommission. Diese kooperiert eng mit wissenschaftlichen Einrichtungen: Dem Leibniz-Institut für Bildungsmedien - Georg-Eckert-Institut in Braunschweig und dem Zentrum für Historische Forschung der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Berlin. Die Vertreterinnen des Arbeitskreises sitzen im Präsidium der Kommission. Für die berufliche Weiterbildung organisieren wir Workshops und Konferenzen für Lehrkräfte, erstellen Unterrichtsmaterialien und bieten eine Möglichkeit an, sich an deutsch-polnischen Projekten zu beteiligen.

Dank der finanziellen Unterstützung des Deutsch-Polnischen Jugendwerks haben wir derzeit eine Gelegenheit, die Aktivitäten der Arbeitsgruppe weiterzuentwickeln. Zu diesem Zweck suchen wir interessierte Lehrerinnen und Lehrer (auch gerne Referendare und Referendarinnen sowie Lehramtsstudierende), die gerne mehr über die Geschichte Mittel-

und Osteuropa erfahren möchten, grenzübergreifende Kontakte mit polnischen Lehrkräften und Wissenschaftler:innen entwickeln wollen oder sich für die neuesten internationalen didaktischen Diskussionen interessieren.

Die Kenntnis der polnischen Sprache ist nicht erforderlich. Erwartet wird Offenheit und Bereitschaft zum internationalen Dialog.

Bei Interesse wenden Sie sich bitte an den wissenschaftlichen Sekretär der Deutsch-Polnischen Schulbuchkommission Dr. Dominik Pick.

Zitation

Arbeitskreis der Lehrerinnen und Lehrer bei der Gemeinsamen Deutsch-Polnischen Schulbuchkommission der Historiker und Geographen. In: H-Soz-Kult, 07.02.2022, www.hsozkult.de/project/id/fp-114747.

Copyright (c) 2022 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

06) Niedersächsische Landesbeauftragte für Heimatvertriebene, Spätaussiedler und Spätaussiedler, Editha Westmann MdL, prämiiert erneut Leistungen junger Menschen



Niedersächsisches Ministerium
für Wissenschaft und Kultur

PRESSEMITTEILUNG

Niedersächsische Landesbeauftragte für Heimatvertriebene,
Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, Editha Westmann MdL



Flucht und Vertreibung

LANDESBEAUFTRAGTE PRÄMIERT ERNEUT LEISTUNGEN JUNGER MENSCHEN

Junge Menschen aus Niedersachsen können ab sofort wieder für den Nachwuchspreis der Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Editha Westmann MdL, vorgeschlagen werden. Der Preis wird zum zweiten Mal ausgelobt. Dotiert ist er mit 6.000 Euro, die sich auf einen Hauptpreis und drei Förderpreise verteilen. Die Landesbeauftragte Westmann möchte mit dieser Prämierung Nachwuchsarbeiten auszeichnen, die das Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen thematisieren. Die prämierten Arbeiten werden Anfang November in einem Festakt der Öffentlichkeit vorgestellt. Sie können an der Schule, Universität, im Rahmen von Ausbildung und Ehrenamt oder durch privates Engagement entstanden sein. Bewerbungsschluss ist der 15. September 2022. Nähere Informationen finden sich auf der Website der Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler (<https://lbhs.niedersachsen.de>).

Hannover, den 15. Februar 2022

**A. eb) Dokumentationen, Projekte, Diskussionen: Veränderung der
Geschichtslandschaft durch Umbenennung von Straßen u.a.m.**

S. 54 - 59

*Die Dokumentation bis einschließlich AWR-809 vom 03.02.2022 wird zurzeit für eine
gesonderte Veröffentlichung bearbeitet.*

*Aber wir beobachten das Feld der Geschichtsfälschung und Geschichtsverdrehung
weiter. Wir vermissen die Gegenwehr!*

Dieses Thema finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

Von der Geschichtsklitterung zur Geschichtsfälschung:
Straßenumbenennungen für eine andere Republik, für eine andere
Gesellschaft – für ein anderes Volk?

Das Beispiel Steglitz-Zehlendorf in Berlin: Paul von Hindenburg, Max von
Gallwitz, Georg Maercker

[http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-
Leitseiten/20200810_Leitseiten_Geschichtslandschaft_Strassen_Gede
nktafeln_%20Ehrengraeber.pdf](http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Geschichtslandschaft_Strassen_Gedenktafeln_%20Ehrengraeber.pdf)

01) B.Z. meldet: Robert-Rössle-Straße wird umbenannt

Berlin-Buch – Aktuell wird in Berlin über die Umbenennung zahlreicher Straßen Diskutiert
[???, die Red.] - Unter anderem soll auch die Robert-Rössle-Straße, an der sich auch der
international bekannte Biotech-Campus befindet, einen neuen Namen erhalten. Neueren
Erkenntnissen zufolge soll der ehemalige Leiter des Pathologischen Instituts der Charité
unmittelbar von der Politik der Nationalsozialisten profitiert haben. Deshalb beantragt die
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine Umbenennung.

Aus: B.Z. vom 08.02.2022, Seite 6

WIKIPEDIA, aufgerufen am 14.02.2022, 18:10 Uhr, meint:

https://de.wikipedia.org/wiki/Robert_R%C3%B6ssle

Robert Rössle



Robert Rössle, um 1950

Robert Rössle (* [19. August 1876](#) in [Augsburg](#); † [21. November 1956](#) in [Berlin](#)) war ein deutscher [Pathologe](#).



Seite 55 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 810 vom 17.02.2022

Inhaltsverzeichnis

- [1 Leben](#)
- [2 Leistungen](#)
- [3 Ehrungen](#)
- [4 Schriften](#)
- [5 Literatur](#)
- [6 Weblinks](#)
- [7 Einzelnachweise](#)

Leben

Rössle war Sohn des Direktors der Kammgarnspinnerei Heinrich Rössle in Augsburg. Er wuchs zweisprachig auf, weil seine elsässische Mutter nicht auf das Französische verzichten wollte. Er besuchte das humanistische [Gymnasium bei St. Anna \(Augsburg\)](#). Nach der Reifeprüfung studierte er an der [Ludwig-Maximilians-Universität München](#), der [Christian-Albrechts-Universität zu Kiel](#) und der [Kaiser-Wilhelms-Universität Straßburg](#) Medizin. Während seines Studiums wurde er Mitglied des [AGV München](#).^[1] Mit einer Doktorarbeit bei [Franz von Winckel](#) wurde er 1900 in München zum [Dr. med.](#) promoviert.^[2] Er legte das medizinische Staatsexamen ab und kehrte an das Pathologische Institut der Universität Kiel zurück. Es folgten dann Arbeitsaufenthalte bei [Richard Hertwig](#) am Zoologischen Institut und bei [Max von Gruber](#) am Hygiene-Institut der Ludwig-Maximilians-Universität München sowie eine Weltreise (1902/03).

1904 [habilitierte](#) er sich in Kiel für [Allgemeine Pathologie](#) und [Pathologische Anatomie](#).^[3] Es folgte die [Umhabilitation](#) nach München, wo Rössle am Pathologischen Institut bei [Otto von Bollinger](#) bis zu dessen Tod blieb. Er wurde im selben Jahr zum außerordentlichen Professor ernannt und war dort bis 1910 als [Prosektor](#) tätig. 1911 bis 1921 übernahm er das

[Ordinariat](#) für Allgemeine Pathologie und Pathologische Anatomie an der [Universität Jena](#). In dieser Zeit spielte er eine entscheidende Rolle im [Disziplinarverfahren](#) gegen den damaligen Leiter der Universitätsfrauenklinik [Max Henkel](#).^[4] Von 1922 bis 1929 hatte Rössle das entsprechende Ordinariat in [Basel](#) inne und wurde 1929 als Nachfolger von [Otto Lubarsch](#) auf den Lehrstuhl für Pathologie an der [Charité](#) in Berlin berufen, wo er als Direktor des Pathologischen Instituts bis 1948 blieb.

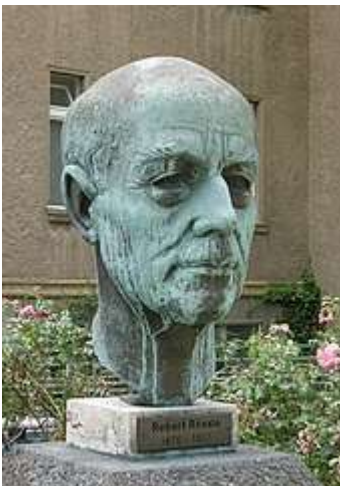
In der [Zeit des Nationalsozialismus](#) war Rössle Mitwirkender bei der von [Günther Just](#) und [Karl Heinrich Bauer](#) ab 1935 herausgegebenen *Zeitschrift für menschliche Vererbungs- und Konstitutionslehre*. Am 18. August 1942 berief ihn [Adolf Hitler](#) in den wissenschaftlichen Senat des Heeressanitätswesens. Rössle beteiligte sich an der auf Menschenversuchen basierenden Luftwaffenforschung über *Die pathologisch-anatomischen Veränderungen bei Druckfallkrankheit und Luftstoßschäden*. Im Jahr 1944 wurde Rössle in den Wissenschaftlichen Beirat des Generalkommissars für das Sanitäts- und Gesundheitswesen [Karl Brandt](#) berufen.^[5]

Da Rössle nicht in die [Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei](#) eingetreten war,^[5] lehrte er nach dem Ende des [Zweiten Weltkriegs](#) weiterhin an der [Humboldt-Universität zu Berlin](#). Nach der Emeritierung war er noch vier Jahre (bis 1953) als Prosektor am Städtischen [Wenckebach](#)-Krankenhaus in Berlin tätig. Danach betrieb er experimentelle Studien am Institut für Gewebeforschung.

Seite 56 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 810 vom 17.02.2022

Robert Rössle heirate 1904 Ingegerd Kjelland. Das Paar hatte zwei Kinder; Per (* 1906) und Grete (* 1908).^[6]

Leistungen



Büste Rössles vor der Robert-Rössle-Klinik

In seiner [Habilitationsschrift](#) befasste sich Rössle zunächst mit Pigmentierungsvorgängen im [Melanom](#). Ausgehend von Fragen der zellulären Immunität im Blut wandte er sich der Erforschung der Ursachen der [Leberzirrhose](#) zu ([Hepatitis](#), Hepatosen), wobei ein entzündungsbedingter Parenchymverlust der Leber als eine Hauptursache erkannt wurde. Auf Rössle gehen wichtige Erkenntnisse zur Unterscheidung primärer und sekundärer Leberzirrhosen zurück. Ein weiterer Schwerpunkt seiner Arbeit war die [Entzündung](#) („Phylognese der Entzündung“), die zur Prägung des wichtigen Begriffs „Empfindung für

Gewebefremdheit“ führte, der für [Allergie](#), [Anaphylaxie](#) und [Transplantatabstoßung](#) gleichermaßen wichtig ist.

Kernpunkt von Rössles Entzündungslehre ist die Hypothese, dass Entzündung als pathologische Steigerung minimaler physiologischer Vorgänge ([Exsudation](#), [Proliferation](#), [Phagozytose](#), Zelluntergang, Zellregeneration) auf zellulärer Ebene zu betrachten sei. Rössle trug wesentlich zur Klärung des Allergiebegriffes bei. Er setzte Allergie als erworbenes Reaktionsmuster mit der allergischen Reaktion gleich, wobei von einer „Normergie“ ausgehend Allergie als Hyperergie oder Anergie bzw. Hyperergie als Anaphylaxie oder Immunantwort vorkommen kann.

Unter dem Aspekt der Konstitutionspathologie beschäftigte sich Rössle seit 1910 mit Wachstumsvorgängen und Alterung, durchaus schon im Sinne der modernen [Gerontologie](#). Als Standardwerk für die [Obduktion](#) galt seine Monographie *Maß und Zahl in der Pathologie*, in der Normen definiert werden, die die systematische und kontrollierte Bewertung pathologischer Befunde erlauben. Die Monographie *Pathologie der Familie* stellt eine große Zahl pathologisch-anatomischer Sektionsbefunde bei Verwandten, Ehegatten, Zwillingen und Drillingen vor und führte zu der bemerkenswerten Feststellung, dass erworbene Krankheiten, Seuchen und Lebensstilfaktoren (Genussgifte, ungesunde Lebensgewohnheiten) stärker pathologisch wirksam sind als Vererbungsmechanismen.

Robert Rössle veröffentlichte mehr als 300 Originalarbeiten und zehn große Monographien. Er war zudem bis 1956 als Herausgeber für 39 Bände von [Virchows Archiv](#) verantwortlich.

Seite 57 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 810 vom 17.02.2022

Ehrungen

1929 und 1930 war er Präsident der [Deutschen Gesellschaft für Pathologie](#). Er war Ehrenpräsident der [Berliner Medizinischen Gesellschaft](#), des Finnischen Vereins für Innere Medizin, der Anatomisch-Medizinischen Gesellschaft in Bukarest und der Deutschen Gesellschaft für Allergieforschung. 1936 wurde er in die [Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina](#) gewählt.^[7] Rössle wurde 1949 mit dem [Nationalpreis der DDR](#) ausgezeichnet.^[5] Er war Korrespondierendes Mitglied der Société anatomique de Paris. Er erhielt mehrere [Ehrendoktorwürden](#) (Dr. med. h. c., Dr. med. vet. h. c., Dr. rer. nat. h. c.), war Ehrenmitglied von elf wissenschaftlichen Gesellschaften und ordentliches Mitglied der [Preußischen Akademie der Wissenschaften](#) in Berlin. In [Berlin-Buch](#) trägt eine Straße seinen Namen. 1952 erhielt er Bundesverdienstkreuz 1. Klasse vom [Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland](#). Das [Zentralinstitut für Krebsforschung \(Akademieinstitut\)](#) wurde 1960 nach ihm benannt. Das Pathologische Institut der [Friedrich-Schiller-Universität Jena](#) trägt Rössles Namen seit 1988.

Schriften

- *Über das Altern*. In: *Naturwissenschaftliche Wochenschrift*. Bd. 32 (1917), H. 18, S. 241–247 ([Digitalisat](#)).
- *Über Entzündung*. In: *Verhandlungen der Deutschen Gesellschaft für Pathologie*. Bd. 19 (1923), S. 18–68.
- *Innere Krankheitsursachen, Allgemeine Pathologie der Zelle und Gewebe, Schutzkörperbildung und Immunität*. In: [Ludwig Aschoff](#) (Hrsg.): *Lehrbuch der pathologischen Anatomie*. 6. Auflage. Bd. 1, Jena 1923, S. 1–52, S. 291–323, S. 485–513.

- *Classification des cirrhoses hépatiques*. In: *Annales d'anatomie pathologique*. Bd. 6 (1929), S. 875–894.
- *Entzündungen der Leber*. In: Henke, Lubarsch (Hrsg.): *Handbuch der speziellen pathologischen Anatomie*. Bd. 2/1, Berlin, 1930, S. 243–505.
- mit Frédéric Roulet: *Maß und Zahl in der Pathologie*. Berlin 1932.
- *Über vereinfachte Handhabung der Kalorienwerte bei praktischen Ernährungsfragen*. München 1919.
- *Allergie und Pathergie*. In: [Klinische Wochenschrift](#). Bd. 12 (1933), S. 574–581.
- *Die pathologische Anatomie der Familie*. Berlin 1940.
- Rezension zu: Günther Just, *Handbuch der Erbbiologie des Menschen*. In: *Klinische Wochenschrift*. Band 19, 1940, S. 720 f., und Band 20, 1941, S. 426.
- mit [Kurt Apitz](#): *Atlas der pathologischen Anatomie*. Stuttgart 1951.

Literatur

- [Isidor Fischer](#) (Hrsg.): *Biographisches Lexikon der hervorragenden Ärzte der letzten fünfzig Jahre*. Berlin 1932, Bd. 2, S. 1312.
- [Kürschners Deutscher Gelehrten-Kalender](#). 1935, S. 1138; 1950, S. 1689; 1954, S. 1932.
- [Walther Fischer](#): Robert Rössle 70 Jahre alt. In: [Deutsche Medizinische Wochenschrift](#). Bd. 72 (1947), S. 40 f.
- [Werner Hueck](#): Robert Rössle zum 80. Geburtstag. In: [Münchener Medizinische Wochenschrift](#). Bd. 98 (1956), S. 1098–1100.
- [Herwig Hamperl](#): Robert Rössle zum 80. Geburtstag. In: [Klinische Wochenschrift](#). Bd. 34 (1956), S. 880.

Seite 58 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 810 vom 17.02.2022

- [Wilhelm Doerr](#): Robert Rössle 80 Jahre alt. In: *Deutsches medizinisches Journal*. Bd. 7 (1956), S. 524–532.
- [Andreas Werthemann](#): In memoriam Prof. Robert Rössle. In: [Schweizerische Medizinische Wochenschrift](#). Bd. 87 (1957), S. 115–118.
- [Helmut Klar](#): Robert Roessle and his influence on pathology. In: *Medico (International Edition)*. Bd. 12 (1963), S. 17–22.
- [Heinrich Bredt](#): Robert Rössle. In: Hugo Freund, Alexander Berg (Hrsg.): *Geschichte der Mikroskopie*. Bd. 2, Frankfurt am Main 1964, S. 333–340.
- [Dietmar Eckert](#): *Personalbibliographien der Professoren und Dozenten der Pathologie an der Medizinischen Fakultät der Ludwig-Maximilian-Universität in München im ungefähren Zeitraum von 1870 bis 1945*. Erlangen/Nürnberg 1971, S. 100–119.
- [Wilhelm Doerr](#): Zum 100. Geburtstag Robert Rössles. In: [Virchows Archiv](#). Bd. 371 (1976), S. 1–4.
- Herwig Hamperl: *Robert Rössle in seinem letzten Lebensjahrzehnt*. Berlin 1976.
- [Dieter Hoffmann](#): [Rössle, Robert](#). In: [Wer war wer in der DDR?](#) 5. Ausgabe. Band 2. Ch. Links, Berlin 2010, [ISBN 978-3-86153-561-4](#).
- Lutz Pätzoldt und Günther Wagner: *Der Pathologe Robert Rössle (1876–1956). Die Krebsforschung*, in: Christian Fleck, Volker Hesse, Günther Wagner (Hrsg.): *Wegbereiter der modernen Medizin*. Verlag Dr. Bussert & Stadeler, Jena Quedlinburg 2004, S. 247–257.

Weblinks



[Commons: Robert Rössle](#) – Sammlung von Bildern, Videos und Audiodateien

- [Literatur von und über Robert Rössle](#) im Katalog der [Deutschen Nationalbibliothek](#)
- [Geschichte der Klinik Berlin-Buch](#) ([Memento](#) vom 28. September 2007 im [Internet Archive](#))
- [Campus Berlin-Buch, Robert-Rössle-Klinik, 2005](#) (PDF-Datei; 1,46 MB)

Einzelnachweise

- 1 Verband Alter SVer (VASV): *Anschriftenbuch. Mitgliederverzeichnis sämtlicher Alten Herren. Stand vom 1. Oktober 1937.* Hannover 1937, S. 175.
- 2 Dissertation: *Cystenhygrome des Halses.*
- 3 Habilitationsschrift: *Der Pigmentierungsvorgang im Melanosarkom.*
- 4 Katrin Ratz: [Der Fall „Max Henkel“. Das Dienststrafverfahren gegen den Jenaer Ordinarius der Frauenheilkunde und Geburtshilfe \(1915-1918\)](#) Dissertation, [Friedrich-Schiller-Universität Jena](#), 2002 (PDF-Dokument; 500 kB)
- 5 [Ernst Klee](#): *Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945.* Fischer Taschenbuch Verlag, Zweite aktualisierte Auflage, Frankfurt am Main 2005, [ISBN 978-3-596-16048-8](#), S. 503.
- 6 [Wer ist's?](#) IX. Ausgabe, Verlag Hermann Degener, Leipzig 1928, S. 1285.
- 7 Mitgliedseintrag von [Robert Rössle](#) bei der [Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina](#), abgerufen am 23. Juni 2016.

Normdaten (Person): [GND](#): [118602055](#) | [LCCN](#): [no2014108783](#) | [VIAF](#): [56674994](#) | [Wikipedia-Personensuche](#)

Seite 59 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 810 vom 17.02.2022

Kategorien:

- [Pathologe](#)
 - [Mediziner \(20. Jahrhundert\)](#)
 - [Hochschullehrer \(Ludwig-Maximilians-Universität München\)](#)
 - [Hochschullehrer \(Friedrich-Schiller-Universität Jena\)](#)
 - [Hochschullehrer \(Universität Basel\)](#)
 - [Hochschullehrer \(Humboldt-Universität zu Berlin\)](#)
 - [Herausgeber](#)
 - [Mitglied der Leopoldina \(20. Jahrhundert\)](#)
 - [Träger des Nationalpreises der DDR I. Klasse für Wissenschaft und Technik](#)
 - [Träger des Bundesverdienstkreuzes 1. Klasse](#)
 - [Korporierter im SV](#)
 - [Deutscher](#)
 - [Geboren 1876](#)
 - [Gestorben 1956](#)
 - [Mann](#)
 - [Absolvent der Ludwig-Maximilians-Universität München](#)
- Diese Seite wurde zuletzt am 24. Oktober 2021 um 19:34 Uhr bearbeitet.

SUCHMELDUNG

01) Wer kannte diese Person bzw. dessen Angehörige oder sonstige Details?

Hans Korsiska, geb. 20.02.1921 in *Skrzeczoń*, das ist ein Stadtteil von Oderberg / Bohumin im Kreis Freistadt / Karvina-Fryštát, Mähren, heute Tschechien. Gestorben 26.12.1943

Hans Korsiska, geb. **20.02.1921** in *Skrzeczoń*, das ist ein Stadtteil von Oderberg / Bohumin im Kreis Freistadt / Karvina-Fryštát, Mähren, heute Tschechien. Gestorben **26.12.1943**. Er war Angehöriger des Jagdgeschwaders 108 – 2. Staffel. Seine (vorläufig) letzte Ruhestätte fand er auf dem Heimatfriedhof Oderberg-Stadt, Grab 160, Gruppe 5. Nach dem Krieg wurden die sterblichen Überreste auf den Deutschen Soldatenfriedhof Wallachisch Messeritsch / Valašské Meziříčí, Tschechien, überführt. Hier befindet sich die namentliche Nennung (Ehrung) von Hans Korsiska.

Zuschriften bitte an Sudetendeutsche Landsmannschaft OÖ, z. H. Ing. Peter Ludwig, Kreuzstr. 7, 4020 Linz, E-Mail: ludwig.sudetenpost@hotmail.com

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr.17, 2022

Wien, am 01. Februar 2022

Diese Themen finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

- 01)** Preise & Stipendien des Deutschen Kulturforums östliches Europa e. V. und weiterer Einrichtungen
- 02)** Förderpreise und Förderstipendium der Copernicus-Vereinigung für Geschichte und Landeskunde Westpreußens e. V.
- 03)** Bund der Vertriebenen: Beratungsstellen für Finanzielle Förderungen und Heimatsammlungen nehmen Tätigkeit auf

http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Foerdermoeglichkeiten.pdf

A. h) Beiträge zur geschichtlichen und geographischen Landeskunde

Seiten 62 - 81

01) Warum Niederschlesien nicht in den Namen des Freistaates Sachsen aufgenommen wurde

Pesterwitz, 31. Januar 2022

Liebe Freunde Niederschlesiens!

Warum Niederschlesien nicht in den Namen des Freistaates Sachsen aufgenommen wurde

Immer wieder beklagen Leser dieser Internetseite, die den bei Deutschland verbliebenen Teil Niederschlesiens als ihre Heimat betrachten, dass „Restniederschlesien“ weder ein eigenes Bundesland, noch ein Regierungsbezirk oder Landkreis geworden ist. Sie meinen, die Menschen aus Vorpommern seien durch die Aufnahme der Bezeichnung „Vorpommern“ in den Namen des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern und bei der Verwaltungsgliederung besser berücksichtigt worden. Dies führt bei vielen bewussten Niederschlesiern zu Verbitterung. In Leserbriefen, Internetforen und Schreiben an Minister und Ministerpräsidenten erklären Sie Ihren Unmut, ohne dass sie durch die Antworten auch nur halbwegs zufriedengestellt werden.

In einigen Leserbriefen in einer Görlitzer Tageszeitung wurde sogar die Auffassung vertreten, dass der Verzicht auf die Einrichtung einer selbstständigen Verwaltungseinheit Restniederschlesien eine Verletzung des Völkerrechts war. Dem kann nicht zugestimmt werden. Die preußische Provinz Schlesien war kein Völkerrechtssubjekt, sondern eine Verwaltungseinheit, eine Provinz, innerhalb des preußischen Staates. Für die Provinzregierung von Schlesien hat es nach dem Krieg keinen legitimen Rechtsnachfolger gegeben. Im Übrigen spricht vieles dafür, dass der Staat Preußen und mit ihm die Provinz Schlesien bereits durch den „Preußenschlag“ vom 20. Juli 1932, eine Notverordnung des Reichspräsidenten von Hindenburg, seine Handlungsfähigkeit verloren und nie wieder erlangt hat. Die Frage, ob und in welcher Form Rest Niederschlesien eine eigene Verwaltungseinheit bildet, ist daher nicht nach Völkerrecht, sondern nach innerstaatlichem Recht zu beurteilen.

Der Hinweis auf Mecklenburg-Vorpommern hilft weder politisch noch rechtlich weiter; denn in Mecklenburg-Vorpommern war die historische Lage ganz anders. Einerseits stellt der Anteil Vorpommerns an der Gesamtfläche des neuen Bundeslandes prozentual einen deutlich höheren Anteil als Restniederschlesien an der Gesamtfläche des Freistaates Sachsen. Außerdem sind die historischen Bedingungen anders. Mecklenburg-Vorpommern besteht aus 3 Landesteilen: Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strehlitz und Vorpommern. Ferner bildete Vorpommern bereits seit Jahrhunderten eine oder mehrere Verwaltungseinheiten. Erst 1815 kam schwedisch-Vorpommern zu der preußischen Provinz Pommern. Nur am Rande sei erwähnt, dass das angeblich so militaristische Preußen diesen Gebietsgewinn nicht durch Krieg, sondern durch einen Kauf erreicht hat.

Ein weiterer Unterschied besteht darin, dass die bis zum Zweiten Weltkrieg bestehenden Grenzen zwischen Preußen und Sachsen das Siedlungsgebiet der Sorben durchschnitteten haben. In Preußen war das Siedlungsgebiet der Sorben außerdem auf die Provinzen Brandenburg und Schlesien verteilt. Die Sorben wurden seit dem Ende des 19. Jahrhunderts benachteiligt und in der NS-Zeit verfolgt. Sie haben trotzdem ihre Identität bewahrt. Nach dem Zweiten Weltkrieg wünschten sie sich eine Vereinigung mit Tschechien. Nach der Wiedervereinigung hofften sie, ein eigenes Bundesland zu bekommen, das Teile von Brandenburg, Niederschlesien und Sachsen umfassen sollte. Obwohl die Sorben viel aktiver waren als die Niederschlesier, wurden ihre Wünsche nicht erfüllt.

Man muss daher konstatieren, dass eine Regelung, die sowohl die Interessen der Sorben und der Niederschlesier zusammen geführt hätte eine Quadratur des Kreises gewesen wäre.

Bei Verabschiedung der sächsischen Verfassung wurde der zukünftigen Status des bei Deutschland verbliebenen Teils Niederschlesiens durchaus ernsthaft und tiefgründig diskutiert. Über diese Beratungen hat Professor Volker Schimpff vor einigen Jahren vor dem Verein Erinnerung und Begegnung detailliert berichtet.

Die sächsische Verfassung enthält zwei wichtige Bestimmungen, die Niederschlesien betreffen:

In Satz 1 der Präambel heißt es: „Anknüpfend an die Geschichte der Mark Meißen, des sächsischen Staates und des niederschlesischen Gebietes,... hat sich das Volk im Freistaat Sachsen... diese Verfassung gegeben.

In Art. 2 Abs. 4 wird ausgeführt: „Im Siedlungsgebiet der Sorben können neben den Landesfarben und dem Landeswappen Farben und Wappen der Sorben, im schlesischen Landesteil des Landes die Farben und das Wappen Niederschlesiens, gleichberechtigt geführt werden.“

Die Beachtung dieser Rechte haben die Niederschlesier in der Vergangenheit viel zu selten gefordert.

Auch der Hinweis, dass Bremen ein Bundesland geblieben ist, obwohl der Stadtstaat über weniger Einwohner verfügt als die Stadt Leipzig, und der Landkreis Lüchow-Dannenberg trotz seiner weniger als 50.000 Einwohner alle Gebietsreformen überstanden hat, hilft nicht weiter. In beiden Fällen muss man davon ausgehen, dass eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerung, die von den Parlamentariern und Regierungen nicht übergangen werden konnte, den Weiterbestand dieser Verwaltungseinheiten gefordert hat. Dies war in Rest Niederschlesien nicht der Fall. Außerdem ging es in beiden Fällen nicht um eine Neueinrichtung, sondern um den Fortbestand von Verwaltungseinheiten.

Andere frühere Länder oder Landkreise hatten weniger Glück. Nach dem Krieg verloren die Länder Oldenburg, Braunschweig, Schaumburg-Lippe und Bückeburg ihre Selbstständigkeit und wurden mit der Provinz Hannover zu dem Land Niedersachsen vereinigt.

Die Animositäten und die gegenseitige Abneigung zwischen den Ostfriesen und den Oldenburgern sind größer als zwischen den Sachsen und den Brandenburgern. Trotzdem wurden 1978 die Regierungsbezirke Aurich und Oldenburg zusammengelegt. Ähnliche Beispiele gab es in Baden-Württemberg.

Die genannten Entwicklungen zeigen ganz deutlich, dass die Verwaltungsgliederung sich in Deutschland ständig ändert.

Sachsen hat sich durch den Zuschnitt der Kreise mehrfach geändert. Das Dorf Pesterwitz gehörte nach der Wiedervereinigung zum Kreis Freital. Der Kreis Freital wurde mit dem Kreis Dippoldiswalde zusammengelegt und dieser neue Kreis später mit anderen Kreisen zu dem Kreis Sächsische Schweiz- Osterzgebirge vereinigt.

Auch in anderen Ländern, beispielsweise in Frankreich und Polen, ändern sich die Verwaltungsgrenzen oft. Allerdings werden die Verwaltungseinheiten nicht kleiner, sondern immer größer.

Sachlich gerechtfertigt ist eine Auseinandersetzung mit dem obigen Thema eigentlich nicht. Einerseits beharrt nur eine verschwindende Minderheit der Bewohner in Restniederschlesien auf einer eigenen Verwaltungseinheit und zum andern lenkt dieser Streit von der viel wichtigeren Aufgaben ab: Der Erhaltung der Kultur der Menschen in der Schlesischen Lausitz, soweit sie nicht zum Volk der Sorben gehören. Auf diesem Feld kann man mit wenig Aufwand viel erreichen; denn an den Regionalkulturen und regionalen Sprachen und Dialekten besteht ein wachsendes Interesse der Wissenschaft. Wer sich für diese Themen einsetzt, kann mit der Zustimmung der Wissenschaft rechnen. Anders als bei der Frage, ob und wie man die Politik dazu bewegen kann, eine selbstständige

Verwaltungseinheit Niederschlesien einzurichten, braucht man für die kulturelle Initiative keine Massenbewegung. Dies ist kein Zweckoptimismus. Der afroamerikanischen Wissenschaftler und Professor Marron Curtis Ford, der Anfang der Achtzigerjahre eine Gastprofessur an der Universität Oldenburg annahm, weil er in seiner Heimat wegen seiner Herkunft diskriminiert wurde, hat als „Einzelkämpfer“ das Saterfriesische vor dem Vergessen gerettet.

Wer die Kultur der schlesischen Lausitz retten will, braucht daher nur eins: Fleiß und nochmals Fleiß. Dann wird der Erfolg haben!

Mit freundlichen Grüßen

Friedrich Zempel

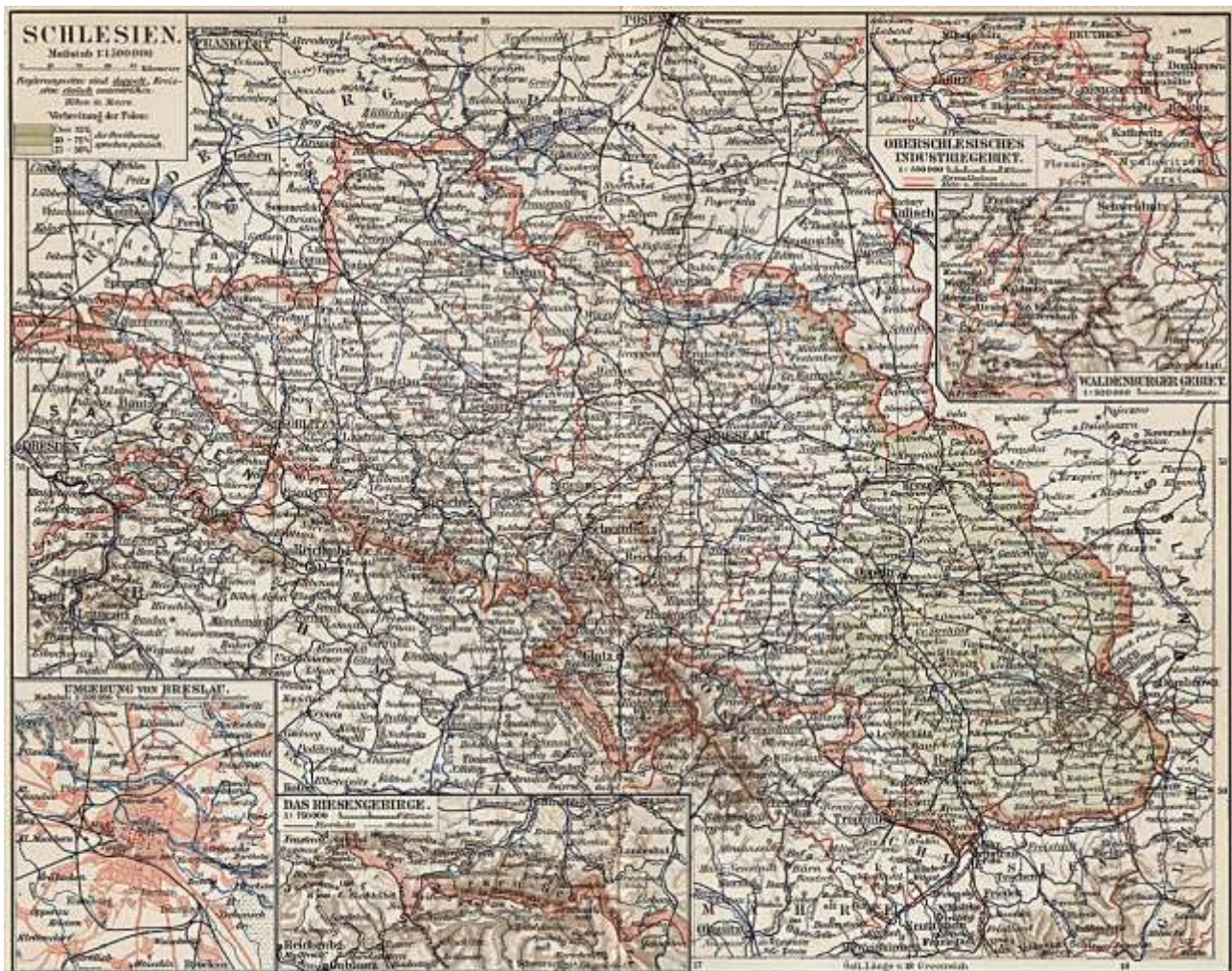
Kastanienweg 11, 01705 Pesterwitz

Tel.: 0351/6585679, Fax: 03222/9820002

www.vertriebene-in-sachsen.de



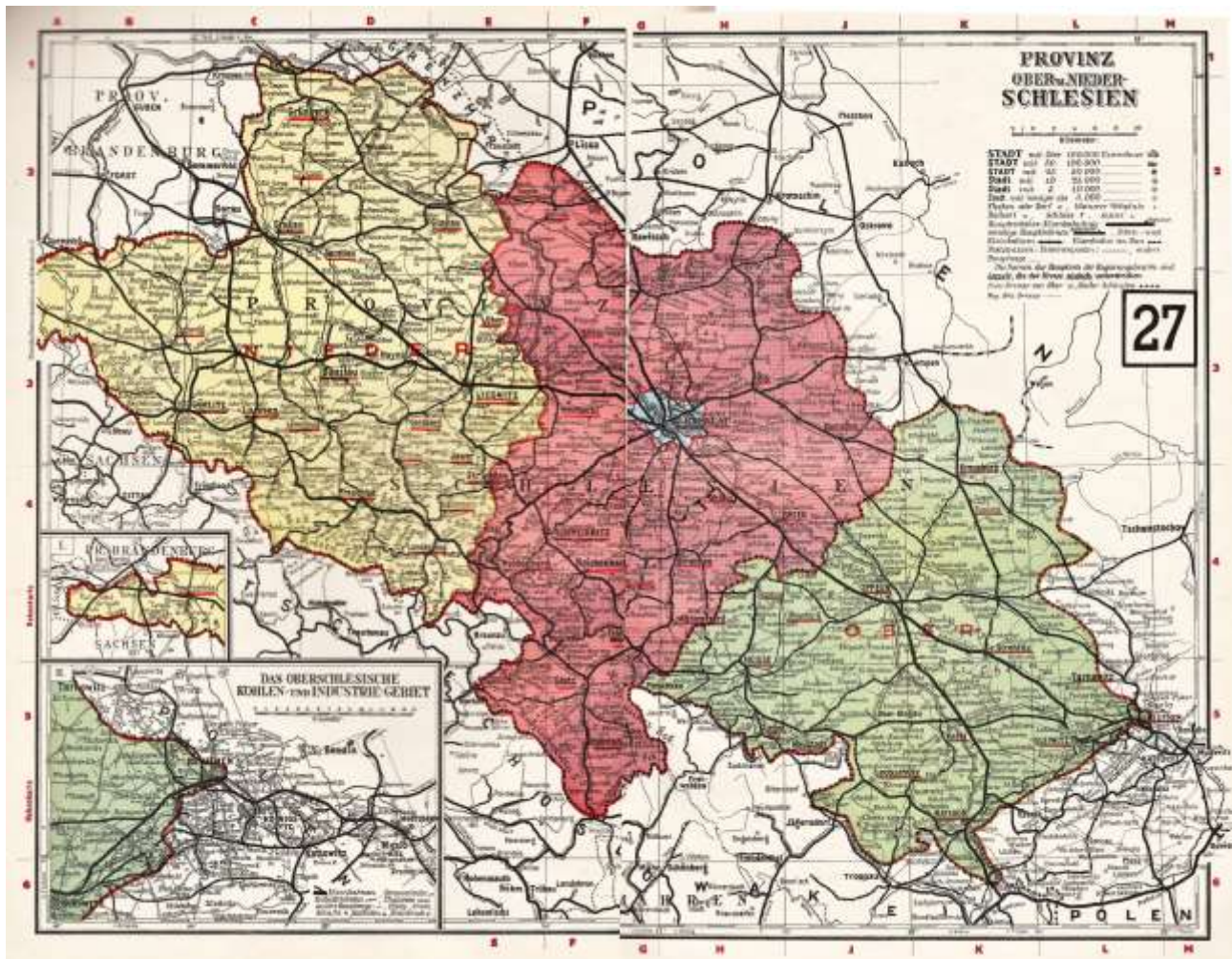
Quelle: La Haute- Et La Basse-Silesie Divisée / Faite Par Tobie Conrad Lotter Geographe. Augsburg ca. 1750



Preußische Provinz Schlesien um 1905



Schlesien 1905



Provinz Ober- und Niederschlesien, 1930 von Susanne Kämmner

02) Braunkohlentagebau Türchau / poln. Turów bei Reichenau poln. Bogatynia:

„Junge Freiheit“ meldet:

Die Polen baggern ungehindert weiter. Energiepolitik: Prag und Warschau haben für 45 Millionen Euro einen Kompromiß zum Braunkohletagebau Turów östlich der Neiße gefunden.

PAUL LEONHARD

Unverdrossen befördern die Baggerriesen braunes Gold auf Förderbänder. Die Maschinisten dürften wenig mitgekommen haben vom Streit ihrer Regierung mit der benachbarten Tschechei und dem Europäischen Gerichtshof (EuGH). Keine Nacht wurde das Licht auf den Anlagen ausgeschaltet, keine Schicht ist ausgefallen, kein Złoty weniger stand auf der Gehaltsabrechnung. Und es geht in Turów unweit von Reichenau (Bogatynia) immer tiefer in die Erde. Bis mindestens 2026 werden die polnischen Bergleute Braunkohle aus dem einst sächsischen Tagebau östlich der Lausitzer Neiße abbauen, dessen benachbartes Kraftwerk sieben Prozent der landesweit benötigten Energie produziert.

Nur die Gewinne der halbstaatlichen Aktiengesellschaft Polska Grupa Energetyczna (PGE) werden etwas kleiner ausfallen. Dafür kann der Staat wohl wieder Corona-Fördermittel von der EU beziehen. Von der Befürchtung, daß der Tagebau die nordböhmischen Trinkwasservorkommen bedrohe, ist keine Rede mehr, auch nicht von der Umwelt-

verträglichkeitsprüfung. Die Mitteilung, daß sich der Prager Premier Petr Fiala und sein Warschauer Amtskollege Mateusz Morawiecki vorige Woche auf den Bau eines Erdwalls gegen Lärmbelästigungen und auf Ausgleichszahlungen verständigt haben, hat die grenzüberschreitend agierenden Umweltverbände schockiert, die auf ein schnelles Ende des „klimaschädlichen Tagebaus“ gehofft hatten.

Kohleverstromung bis 2049 und AKW-Bau in Pommern geplant

Da Prag seine EuGH-Klage zurückzieht, können die Richter nicht das für Mai erwartete Urteil zur Staatenklage Prags sprechen. Dennoch will die EU die gegen Polen aufgelaufenen Strafzahlungen von 15 Millionen Euro durch Abzug von anderen EU-Zuwendungen „eintreiben“. So sind die auf fünf Jahre gestreckten Ausgleichszahlungen von 45 Millionen Euro „Peanuts“ gemessen an der Geldstrafe von täglich 500.000 Euro, zu deren Zahlung die Luxemburger EuGH-Richter Polen verdonnert hatten, sollte der PGE-Konzern nicht mit sofortiger Wirkung die Kohleförderung einstellen.

Der Kompromiß ist eine unerwartete Niederlage für jene EU-Granden, die auch in anderen Bereichen die widerspenstigen Polen (Stichwort: Einwanderung von Muslimen) zur Räson bringen wollten. Und der polnische Klimaminister Aleksander Brzózka hatte im Mai 2021 gesagt, das Urteil sei aus den Fingern gesaugt und entbehre jeder rechtlichen Grundlage. Der EuGH dürfe nicht „in Sicherheitsbelange eingreifen“, zu der die Energieversorgung zähle. Und offenbar funktioniert auch die Zusammenarbeit der eurokritischen Parteien: Fialas ODS und Morawieckis PiS sind beide Mitglied der Europäischen Konservativen (EKR), zu der auch die rechte Fratelli d'Italia, die Schwedendemokraten (SD) oder die spanische Vox gehören.

Dieser polnischen Regierung dürfe man „nicht trauen, eine Postkarte zu unterschreiben, geschweige denn ein verantwortungsvolles Klimaversprechen“, schimpft hingegen Kathrin Gutmann, langjährige BUND-Funktionärin und seit 2020 Kampagnenchefin der NGO Europe Beyond Coal. Gemünzt ist das auf die Unterzeichnung des „Global Coal to Clean Power Transition Statement“ bei der Glasgower UN-Klimakonferenz, nach dem „große Volkswirtschaften“ schon in den 2030er

Jahren aus der Kohleverstromung aussteigen und die übrigen erst in den 2040er Jahren. Für Warschau bleibt es bei der Kohleverstromung bis 2049, wie es den polnischen Gewerkschaften versprochen wurde. Man sei ja keine große Volkswirtschaft, so Brzózka.

Auch dürfte Warschau das Papier nur unterschrieben haben, weil es sonst zwei Milliarden EU-Fördermittel verliert. In Polen stammen schließlich über 70 Prozent des Stroms aus Braun- und Steinkohle. Das erste Kernkraftwerk soll ab 2026 im hinterpommerschen Chotuschow (Choczewo) bei Lauenburg (Łębork) gebaut werden. Das AKW mit einer Gigawatt Leistung (die Hälfte des Kraftwerks Turów) soll frühestens 2033 ans Netz gehen, weitere fünf dann bis 2043. Immerhin hat die EU einen 17,5 Milliarden Euro schweren Fonds für die Umstrukturierung der Kohleregionen aufgelegt: „Der Übergang wird auf eine faire Art und Weise stattfinden – oder er wird überhaupt nicht stattfinden, weil die Menschen ihn dann nicht akzeptieren werden“, gestand der sozialdemokratische EU-Klimakommissar Frans Timmermans 2021 ein.

PGE Capital Group:
▶ elturow.pgegiek.pl

Seite 11 aus „Junge Freiheit“ vom 11.02.2022

Aus WIKIPEDIA (aufgerufen am 13.02.2022, 17:55 Uhr):
https://de.wikipedia.org/wiki/Tagebau_Tur%C3%B3w

Tagebau Turów



Luftaufnahme von Tagebau und Kraftwerk Turów mit [Zittau](#) am unteren Bildrand



Tagebau Turów, Luftaufnahme (2019)



Tagebau Turów



Tagebau Turów



Tagebau Turów und [Kraftwerk](#)



Tagebau-Gesamtansicht von Süden

Der **Tagebau Turów**, offiziell *PGE Górnictwo i Energetyka Konwencjonalna S.A., Oddział KWB Turów*, ist ein [Braunkohlengroßtagebau](#) im Südwesten von [Polen](#). Er befindet sich östlich der [Lausitzer Neiße](#) auf dem Gebiet der Gemeinde [Bogatynia](#) (Reichenau in Sachsen). Betreiberin ist die [Polska Grupa Energetyczna](#).



Inhaltsverzeichnis

- [1 Ausdehnung](#)
- [2 Vorgeschichte](#)
- [3 Geschichte](#)
- [4 Bergschäden und Unglücksfälle](#)
- [5 Öffentlichkeitsarbeit](#)
- [6 Literatur](#)
- [7 Einzelnachweise](#)
- [8 Weblinks](#)

Ausdehnung

Das Grubengelände umfasst einschließlich der Abraum- und Aschenhalde eine Fläche von rund 50 km².

Der Tagebau Turów (polnisch *Kopalnia Węgla Brunatnego Turów*) erstreckt sich auf 28 km² im [Zittauer Becken](#) über das gesamte Terrain zwischen der Lausitzer Neiße und der [Küpper](#) (Miedzianka), er wird umgeben von den Orten [Bogatynia](#), [Opolno Zdrój](#) (Bad Oppelsdorf), [Białopole](#) (Sommerau), [Sieniawka](#) (Kleinschönau), [Drausendorf](#), [Hirschfelde](#) und [Turoszów](#) (Türchau). In der Grube Turów waren im Jahre 2004 ca. 1100 Arbeitnehmer beschäftigt, die Fördermenge des Tagebaus stellte mit 16,3 Millionen Tonnen 23 % der polnischen Braunkohlenförderung dar. In der Grube arbeiten zwölf große Schaufelradbagger, darunter

ein Bagger KWK-1500s mit einer Leistungsfähigkeit von 4200 m³/h, und vier Absetzer, darunter ein ZGOT-11500 mit einer Leistungsfähigkeit 11500 m³/h. Die Gesamtlänge der Förderbänder beträgt 79 km. Seit 1947 wurden im Tagebau Turów 842 Millionen Tonnen Braunkohle abgebaut und ca. 1,8 Milliarden Kubikmeter Abraum abtransportiert. Täglich werden 32.000 Tonnen Rohbraunkohle auf Förderbändern zum [Kraftwerk Turów](#) geliefert, das entspricht 16 Güterzügen mit 40 Waggons zu je 50 t. Die Kohlenvorräte des Tagebaus Turów werden auf 373 Millionen Tonnen geschätzt, sie werden bei einer jährlichen Förderung von 12 Millionen Tonnen etwa im Jahre 2040 abgebaut sein. Bis dahin soll die Grube, die im Jahre 2003 eine Tiefe von 225 m erreicht hatte (entspricht in etwa Meeresniveau), noch bis auf 300 m Tiefe und 55 km² erweitert werden. In dem Tagebau werden auch Zuschlagstoffe sowie Lehm und Ton für die Keramikindustrie und chemische Industrie gefördert.

Die nordöstlich davon auf dem Königshainer Rücken angelegte Abraum- und Aschehalde (Koordinaten: [♂▼](#), polnisch *Zwałowisko zewnętrzne KWB Turów*) hat eine Ausdehnung von 21,75 km². Sie liegt zwischen den Orten Bogatynia, [Markocice](#) (Markersdorf), dem [devastierten Wigancice Żytawskie](#) (Weigsdorf), [Wyszków](#) (Maxdorf), [Działoszyn](#) (Königshain), [Zatonie](#) (Seitendorf) und Turoszów; im Südosten reicht sie bis in die Nähe der [tschechischen](#) Grenze. Auf der Halde lagern 1,7 Milliarden Kubikmeter Kippgut, sie hat eine maximale Höhe von 245 m über der Umgebung.

Durch den Braunkohlenabbau sind die Ortschaften Dornhennersdorf, [Biedrzychowice Górne](#) (Friedersdorf), Gießmannsdorf, [Rybarzowice](#) (Reibersdorf) und [Pasternik](#) (Zittel) vollständig verschwunden. Turoszów, Zatonie und Wigancice Żytawskie wurden ebenfalls fast gänzlich [devastiert](#). Auch Teile von Sieniawka, Bogatynia und [Wald](#) fielen dem Tagebau zum Opfer. In der Grube gingen das [Schloss Gießmannsdorf](#) und beide [Schlösser in Reibersdorf](#) sowie die Trasse der [Schmalspurbahn Zittau–Hermsdorf](#) von [Zittau](#) über Bogatynia nach Markocice verloren. Die Gegend ist im Luftbild als schmaler Streifen polnischen Hoheitsgebietes zwischen deutscher und tschechischer Grenze auszumachen; kennzeichnend ist dabei, dass weite Teile des Territoriums überhaupt als Grubengelände erkennbar sind. Im unmittelbar an der Lausitzer Neiße gelegenen Zittauer Ortsteil Drausendorf traten Gebäudeschäden auf, deren Ursache in dem Tagebau zu sehen sind, da dieser bis auf einen Schutzpfeiler an der Neiße in die unmittelbare Nähe der Stadt vorgerückt ist.

Im Zuge der geplanten Erweiterung werden auch Białopole und große Teile von Opolno Zdrój devastiert werden. Die bis in die 2000er Jahre noch über Białopole, Wald und Opolno Zdrój führende Straße von Sieniawka nach Bogatynia wurde inzwischen nochmals nach Süden bis an die tschechische Grenze verlegt.

Vorgeschichte

Nachdem in der Mitte des 18. Jahrhunderts in verschiedenen Orten bei Zittau Braunkohle aufgefunden worden war, beauftragte der Rat zu Zittau 1779 den [Freiberger](#) Schichtmeister Mehner mit der Aufsuchung von Kohle bei Kleinschönau und [Olbersdorf](#). Im Jahr darauf eröffnete der Bauer Weichenhain aus Seitendorf an der Küpper ein Braunkohlenwerk. Am 26. Mai 1800 wurde bei Türchau ein sechs Ellen starkes Braunkohlenflöz aufgefunden. 1802 ließ der Reibersdorfer Standesherr [Johann Georg von Einsiedel](#) bei Oppelsdorf einen Braunkohlentiefbau in Betrieb nehmen. Im Jahre 1830 wurden bei Zittau sechs Braunkohlenwerke betrieben, darunter drei Gräflisch Einsiedelsche Gruben bei Gießmannsdorf, Oppeldorf und Türchau sowie Graf Clam-Gallassche Grube und die

Weichenhainsche Grube bei Seitendorf. Anfänglich fand die Braunkohle nur als Dünger Verwendung, erst seit der Mitte des 19. Jahrhunderts wurde sie als Brennstoff genutzt. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstanden im Reichenauer Zipfel eine Vielzahl von kleinen Braunkohlenwerken, zumeist waren es Bauern, die auf ihrem Grund Kohlenschächte abteuften. Ein Großteil dieser Bauerngruben war aber bis 1870 schon wieder eingegangen. Als Gegengewicht zu den in der [Niederlausitz](#) bergbautreibenden größeren Aktiengesellschaften schlossen sich am 27. Februar 1899 21 Oberlausitzer Braunkohlenwerke im *Verein für bergbauliche Interessen der Braunkohlenwerke im Berginspektionsbezirk Dresden* zusammen. Zu den Mitgliedern des bis in die 1930er Jahre bestehenden Vereins gehörten u. a. die Braunkohlenwerke Burghardt, Josef Weichenhain bei Seitendorf, Reinhold Friedrich, Kober, Krusche, Pfeiffer, Seifert & Rolle, Robert Scholze, E. E. Scholze und Bührdel bei Reichenau, E. G. Heidrich, O. Heidrich, Max A. Posselt, Carl G. Posselt und Julius G. Posselt bei Türchau, Gute Hoffnung bei Zittel sowie Herkules und die Staatliche Bergdirektion bei Hirschfelde.

1904 ließ der Gutsbesitzer Ernst Heidrich aus Türchau auf dem ehemaligen Hennigschen Braunkohlenwerk drei Schächte in sechs bis zehn Meter [Teufe](#) niederbringen, er brachte im Jahr darauf seine Braunkohlenwerke in die Gewerkschaft Herkules ein. 1907 wurde die Gewerkschaft Herkules in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Nach der Anschaffung eines Abraumbaggers erfolgte der Übergang vom Tiefbau zum Tagebau. Die [Herkules AG](#) erwarb 1907 größere Lagerstätten in Hirschfelde, Seitendorf und Türchau, darunter auch das Weichenhainsche Braunkohlenwerk; sie ließ in Hirschfelde eine Brikettfabrik errichten. Am 1. Januar 1917 übernahm der sächsische Staat die Herkules AG, nachfolgend firmierte das Werk als Staatliches Braunkohlenwerk Hirschfelde. Im selben Jahr kaufte der Staatsfiskus auch das [Kraftwerk Hirschfelde](#) von der Elektrizitäts-Lieferungsgesellschaft zu [Berlin](#). Mit der Gründung der [Aktiengesellschaft Sächsische Werke](#) (ASW) gingen 1923 das Staatliche Braunkohlenwerk Hirschfelde und das Kraftwerk Hirschfelde in deren Besitz über. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde der Tagebau Hirschfelde vom Kraftwerk durch die neue [Oder-Neiße-Grenzlinie](#) abgetrennt und an die polnische Regierung übergeben. Verhandlungen einer sowjetisch-polnischen Kommission führten dazu, dass die Grube von deutscher Seite aus unter sowjetischer Aufsicht zur Versorgung des Kraftwerks Hirschfelde unter Einhaltung besonderer Bestimmungen weiter betrieben und die Kraftwerksasche auf polnischem Gebiet verkippt werden konnten. Am 30. Oktober 1945 beschlagnahmte die sowjetische Militärverwaltung das Betriebsvermögen der ASW. Die Kohle der Grube Hirschfelde wurde weiterhin ausschließlich an die Brikettfabrik und das Kraftwerk Hirschfelde geliefert. Jedoch bereiteten die neuen polnischen Behörden dem regulären Betrieb zunehmend Hindernisse. So wurden der Kohlenbahn nach Hirschfelde die üblichen rot-weißen Warnkennzeichen plötzlich untersagt, da diese Farben die polnischen Nationalfarben sind.

Geschichte

Am 16. August 1947 wurde der Tagebau Hirschfelde unter polnische Verwaltung gestellt und erhielt den polnischen Namen Kopalnia Turoszów. Die 300 deutschen Bergleute wurden entlassen und durch polnisches Personal ersetzt. Nach der Übernahme des Tagebaus in polnische Verwaltung erfolgte die Belieferung des Kraftwerks Hirschfelde nur noch unregelmäßig, so dass der Leiter der Verwaltung für Berg- und Hüttenwesen der [SMAD](#) am 30. September 1947 im Befehl Nr. 286 die Belieferung des Kraftwerks Hirschfelde mit Rohkohle aus der Kopalnia Turoszów und im Gegenzug die Lieferung von Strom aus Hirschfelde an die Republik Polen anordnete.

1962 wurde nördlich des Tagebaus der erste Block des neu errichteten [Kraftwerks Turów](#) in Betrieb genommen. Damit einher ging eine deutliche Vergrößerung des Tagebaus mit mehreren Ortsabbrüchen. Aufgrund der [politischen Ereignisse von 1980](#) in Polen kam es zu Unterbrechungen der Kohlelieferungen in die [DDR](#), auch wurde die Abnahme der deutschen Kraftwerksasche verweigert. Der Kohletransport zum Kraftwerk Turów erfolgte ab 1981 über Förderbänder. 1982 wurde die Belieferung des deutschen Kraftwerks Hirschfelde mit Rohbraunkohle gänzlich eingestellt.

1994 wurde dem Betreiberkonzern PGE Bergbau und Konventionelle Energetik AG (PGE Górnictwo i Energetyka Konwencjonalna S.A.) der Betrieb des Tagebaus bis zum April 2020 genehmigt.

Ein im Oktober 2019 vom Betreiber gestellter Antrag auf Verlängerung dieser Konzession für weitere sechs Jahre wurde genehmigt, ebenso ein später gestellter Antrag auf generelle Verlängerung der Förderung bis 2044. Dieses Vorgehen ist bei den Anrainerstaaten Deutschland und Tschechien nicht unumstritten. Das vom Tagebau belieferte Kraftwerk Turów gilt als größter Treibhausgas-Produzent in Polen und als achtgrößter Treibhausgas-Produzent Europas.^[1] Die Kohleförderung führt grenzüberschreitend neben der Lärm- und Staubbelastung zu einer großflächigen Grundwasserabsenkung und damit verbundenen Bodensenkungen, die bis in die historische Altstadt von [Zittau](#) hineinwirken. Tschechien befürchtet durch die Grundwasserabsenkungen bei Weiterführung des Abbaus gravierende Probleme für die Trinkwasserversorgung von bis zu 10.000 Einwohnern im Umfeld des Tagebaus.^[2] Tschechien hat deshalb im Februar 2021 gegen den bis 2026 genehmigten Weiterbetrieb des Tagebaus Klage beim [Europäischen Gerichtshof](#) eingereicht, da im Verfahren zur Verlängerung der Bergbaukonzession der Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit in der Europäischen Union nicht korrekt angewandt wurde. Das betraf insbesondere die Information der an grenzüberschreitenden Konsultationen beteiligten Öffentlichkeit und Mitgliedstaaten sowie den Zugang zu Gerichten. Vorab hatte bereits die [Europäische Kommission](#) diese Einwände Tschechiens bestätigt.^[3]

Der Europäische Gerichtshof hat im Rahmen einer am 21. Mai 2021 veröffentlichten [Einstweiligen Anordnung](#) die sofortige Einstellung der Förderung bis zum endgültigen Urteil über die eingereichte Klage verfügt.^[4] Mehrere deutsche Umweltverbände kritisierten die Landesregierung von Sachsen, sie habe sich nicht dafür eingesetzt, dass sich Deutschland der Klage Tschechiens anschließt.^[5]

Der Ministerpräsident Polens, [Mateusz Morawiecki](#), erklärte zur Anordnung des EuGH, die Regierung werde „keine Schritte unternehmen, welche die Energiesicherheit Polens treffen könnten.“ Der Tagebau trage vier bis sieben Prozent der Energieerzeugung des Landes, unter anderem hänge der Betrieb von Schulen, Kliniken und Unternehmen von ihm ab. Der mehrheitlich in Staatsbesitz befindliche Konzern PGE, Betreiber von Tagebau und Kraftwerk, erklärte, es handele sich bei der Gerichtsentscheidung um „gewöhnliche Erpressung“. Ein Abbaustopp werde das polnische und europäische Energieversorgungssystem destabilisieren und könne zur Schließung der gesamten Anlage führen, zehntausende Einwohner der Region würden über Nacht ihre Einkommensgrundlage verlieren.^[6] Der Betreiber PGE hatte vorab mitgeteilt, dass im Fall einer Fördereinstellung ein Schaden von 13,5 Milliarden [Złoty](#) (etwa 3 Milliarden €) durch die Entlassung der Belegschaft, die Nichteinhaltung von Lieferverträgen und Pleiten bei Zulieferfirmen zu erwarten seien. Darüber hinaus sind laut PGE Umweltschäden zu erwarten.^[7]

Weil der Braunkohleabbau nicht gestoppt wurde, verurteilte der EuGH Polen im September 2021 zu einer Strafzahlung von 500.000 Euro in den EU-Haushalt für jeden weiteren Tag, an dem es der einstweiligen Anordnung vom Mai nicht nachkommt. Tschechien hatte im Juni eine Geldstrafe in Höhe von fünf Millionen Euro täglich beantragt. Der stellvertretende polnische Justizminister Romanowski erklärte daraufhin, man werde den Tagebau nicht schließen und die EU kein Geld erhalten.^[8] Am 3. Februar 2022 gab der Generalanwalt des Falles Tschechien Recht. Die beiden Länder unterzeichneten jedoch am gleich Tag einen Vertrag zur Einigung im Rechtsstreit. Der Bau eines Erdwalls zum Lärmschutz ist darin vereinbart und die Beendigung des Rechtsstreits.^[9]

Bergschäden und Unglücksfälle

Am Morgen des 27. September 2016 kam es zu einer Hangrutschung,^[10] die sich auf knapp ein Viertel der Tagebaufläche ausdehnte. Eine Gefährdung des „Neißepeilers“ besteht nicht.^[11]

Öffentlichkeitsarbeit

Auf Antrag bei der Direktion besteht die Möglichkeit für Gruppenbesichtigungen. Im Saal des Direktionsgebäudes wurde anlässlich des 50. Jahrestages der Grube eine kleine Ausstellung mit zehn Vitrinen geschaffen. An der Straße von [Trzciniec Dolny](#) (Lehde) nach Sieniawka entstand auf dem „Neißepeiler“ ein Aussichtspunkt mit Blick in den Tagebau.

Literatur

- Friedhelm Schulz: *Drei Jahrhunderte Lausitzer Braunkohlenbergbau*. Lusatia Verlag, Bautzen 2000, [ISBN 3-929091-30-5](#).

Einzelnachweise

- 1 *Können Einwände den Turow-Bau stoppen?* Sächsische Zeitung vom 29. Januar 2019
- 2 *Angst vor der Grube hinter der Grenze* Neues Deutschland vom 13. Oktober 2020
- 3 *Turow: EU stellt sich gegen Polen* Sächsische Zeitung (Ausgabe Zittau) 18. Dezember 2020
- 4 *EuGH: Polen muss Turow schließen* Sächsische Zeitung (Ausgabe Zittau) vom 21. Mai 2021
- 5 <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/bautzen/goerlitz-weisswasser-zittau/eugh-urteil-polen-stopp-braunkohle-turow-100~amp.html>
- 6 <https://www.merkur.de/politik/trotz-eugh-beschluss-polen-will-an-tagebau-festhalten-zr-90657075.html>
- 7 *Welche Folgen hat sofortiges Turow-Ende?* Sächsische Zeitung (Ausgabe Zittau) vom 25. Februar 2021
- 8 <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/polen-tagebau-turow-schliessung-101.html>
- 9 <https://www.zeit.de/news/2022-02/03/eugh-polen-verstoessst-wegen-braunkohleabbau-gegen-eu-recht>
- 10 [SZ-Online: Im Tagebau Turow rutscht ein Hang ein.](#)
- 11 [SZ-Online: Rutschung hat keine Auswirkung auf deutsche Seite.](#)

Weblinks



Commons: Tagebau Turów – Sammlung von Bildern, Videos und Audiodateien

- [Unternehmenswebsite](#)
- <http://www.atrakcjetechniki.karr.pl/de/seiten/1045.html>
- <http://www.ostkohle.de/html/turow.html>

Kategorien:

- [Braunkohletagebau](#)
- [Kohlebergwerk in Polen](#)
- [Gmina Bogatynia](#)

Diese Seite wurde zuletzt am 4. Februar 2022 um 22:22 Uhr bearbeitet.

03) Im Riesengebirge herrschte Wind von Orkanstärke“

Auf der **Schneekoppe** (1602m) herrschte in der Nacht auf Sonntag orkanartiger Sturm. Er erreichte 185 Kilometer pro Stunde. Auf dem **Donnersberg** / Milešovka im Böhmisches Mittelgebirge und um die **Wiesenbaude** im Riesengebirge erreichte der Orkan, der auch in Böhmen und Mähren zahlreiche Schäden anrichtete, bis zu 145 Kilometer pro Stunde. Darüber informierte das Tschechische Hydrometeorologische Institut am Sonntag.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr.17, 2022

Wien, am 01. Februar 2022

04) Am Beispiel Zwittau – wie Corona das kulturelle Leben zum Erlahmen brachte

Zwittau / Svitavy ist eine Kleinstadt in Ostböhmen, in der historischen Landschaft **Schönhengstgau** – ein berühmter Zwittauer ist [Oskar Schindler](#), der hunderte Juden vor dem sicheren Tod im KZ bewahrte Ihre heute rund 17.000 Einwohner haben einen sehr guten Zugang zu Kinofilmen, Konzerten oder Theaterstücken – wenn der Alltag normal verläuft. Dafür sorgt das dortige Kulturzentrum „*Fabrika*“, eine ehemalige Fabrikhalle. Jetzt aber, zu Ende des zweiten Corona-Jahres, ist die Ernüchterung groß: Das kulturelle Leben der Stadt ist in den zurückliegenden 23 Monaten nahezu erlahmt. [Hier geht es zum Radio Prag-Artikel.](#)

https://de.wikipedia.org/wiki/Oskar_Schindler

<https://deutsch.radio.cz/corona-laesst-kulturelles-leben-den-regionen-erlahmen-das-beispiel-svitavy-8740895>

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr.19, 2022

Wien, am 03. Februar 2022

Corona lässt kulturelles Leben in den Regionen erlahmen – das Beispiel Svitavy

02.02.2022



https://deutsch.radio.cz/sites/default/files/audios/220e806335454bf43530d12e72f7ccc1.mp3?timestamp=1643811134&_ga=2.54583403.1705756394.1644879078-1928916042.1601410148

Länge 4:45

Svitavy|Foto: Jan Ptáček, Tschechischer Rundfunk

Svitavy / Zwittau ist eine Kleinstadt in Ostböhmen. Ihre rund 17.000 Einwohner haben einen sehr guten Zugang zu Kinofilmen, Konzerten oder Theaterstücken – wenn der Alltag normal verläuft. Dafür sorgt das dortige Kulturzentrum. Jetzt aber, zu Ende des zweiten Corona-Jahres, ist die Ernüchterung groß: Das kulturelle Leben der Stadt ist in den zurückliegenden 23 Monaten nahezu erlahmt.



Kulturzentrum Fabrika in Svitavy|Foto: Pavla Dvořáková, Wikimedia Commons, CC BY-SA 3.0

Der Direktor des sogenannten Zentrums für kulturelle Dienste der Stadt Svitavy ist Petr Mohr. Er ist unzufrieden mit der aktuellen Finanzlage seiner Institution:

„Weil auch in diesem Winter die Ballsaison ausfällt, fehlt uns eine wichtige Einnahmequelle. Das war bereits im vergangenen Jahr so. Damit müssen wir fertigwerden, und daher sparen wir bei allen möglichen Ausgaben.“

Das Herzstück des Kulturzentrums ist eine ehemalige Fabrikhalle, die grundlegend saniert wurde und seit Ende Mai 2008 zu Bildungszwecken und kulturellen Veranstaltungen genutzt wird. Seitdem fanden hier sonst immer täglich Konzerte, Ausstellungen, Tagungen, Vorträge, Tanzkurse und eben Bälle statt. Dieses Programm aber war wegen Corona zuletzt stark ausgedünnt. Zudem kommen deutlich weniger Zuschauer ins Kino Vesmír, das ebenso ein Teil des Kulturzentrums ist. Dabei achte man darauf, den Besuchern auch die neuesten Blockbuster zu zeigen, so Mohr:

„Zum Beispiel den letzten Teil von ‚Ghostbusters‘, der Mitte Januar Premiere hatte. Die Besucherzahlen waren jedoch miserabel, nur fünf Menschen wollten den Film schauen.“



Der Film ist die Fortsetzung der amerikanischen Science-Fiction-Komödie Ghostbusters aus den 1980er Jahren.

Über ähnlichen Besuchermangel klagen laut Mohr aber noch viele weitere Kinos in Tschechien. Seinen Aussagen nach sieht es bei Konzerten oder Theateraufführungen aber auch nicht sehr viel besser aus: Jetzt im Winter, in der neuen Corona-Welle, würden besonders in den Regionen viele Menschen aus Angst vor einer möglichen Ansteckung ihre Kontakte reduzieren. Petr Mohr:

„Ich denke, diese Angst ist allgemein verbreitet. Niemand will ein Risiko eingehen. Eine gewisse Rolle spielen aber auch TV-Plattformen wie Netflix oder HBO, die Alternativen bieten. Die Menschen sind leider bequemer geworden.“



Illustrationsfoto: Luis Quintero, Pexels, CC0

Weil der Kartenvorverkauf derzeit nur schlecht läuft, hat das Kulturzentrum bereits mehrere Veranstaltungen auf das Frühjahr oder den Sommer verlegt. Die Veranstalter rechnen dann mit einer entspannten Corona-Lage. Und aus Erfahrung wisse er, dass jeder Krise auch wieder bessere Zeiten folgen, beteuert der Direktor:

„Ich erinnere mich an eine ähnliche Lage zu Beginn der 1990er Jahre. Nach der politischen Wende gingen die Menschen weder ins Kino, noch zu Konzerten oder Theateraufführungen. Es dauerte einige Jahre, bis sich dieser Zustand änderte. Von daher bin ich Optimist und glaube, dass wir die Pandemie überstehen werden und es danach nicht allzu lange dauern wird, bis die Menschen wieder ins Kino, ins Theater und zu Konzerten gehen.“



Petr Mohr|Foto: Zentrum für kulturelle Dienste der Stadt Svitavy

Doch es gibt schon jetzt einen Hoffnungsschimmer: Es sind die Kinder, die einfach etwas erleben wollen, egal wie die Erwachsenen die Ansteckungsgefahr wahrnehmen. Für die jüngsten Einwohner der Stadt hat das Kulturzentrum darum das Programm im Januar wieder hochgefahren, wenn auch vorrangig nur an Wochenenden:

„Für Kinder führen wir jeden zweiten Sonntag im Theater Trám ein Märchen auf. Dazu bieten wir Schulprogramme an. Jedes Wochenende werden zudem im Kino Vesmír Kinderfilme gezeigt. Diese Vorstellungen sind besser besucht.“



Kino Vesmír|Foto: © Google

Zudem wird am Mittwoch im Kino Vesmír eine neue Ausstellung eröffnet. Anlass ist der zehnte Todestag von Václav Havel, und zwar wird an den Besuch des ehemaligen tschechischen Präsidenten in Svitavy vor 15 Jahren erinnert.

Autoren: [Lothar Martin](#) , Viera Pavlasová



Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin
Brandenburgische Straße 24 - Steglitz
12167 Berlin
Ruf: 030-257 97 533, Fax auf Anfrage
<westpreussen-berlin.de>
Postbank Berlin,
IBAN DE26 1001 0010 0001 1991 01 BIC PBNKDEFF

01) Westpreußischer Gesprächskreis

Im „Ännchen von Tharau, Rolandufer 6, 10719 Berlin,
S- / U-Bahnhof Jannowitzbrücke

Eine vorherige Anmeldung ist auch hier jeweils erforderlich! Teilnahme nur nach Anmeldebestätigung!

So, 13.02.2022, 15:00 Uhr: Die „Weißenhöher Himmelfahrt“ – eine erfolgreiche Tagung in Westpreußen. Mit Ute Breitsprecher, Reinhard M.W. Hanke und weiteren Teilnehmern aus den letzten Jahren.

So, 24.04.2022, 15:00 Uhr: Lesung aus der neuen Buchveröffentlichung von Hans-Jürgen Kämpfert: „Naturwissenschaft am Unterlauf der Weichsel. Einrichtungen und Persönlichkeiten“ - eine Veröffentlichung der Copernicus-Vereinigung für Geschichte und Landeskunde Westpreußens. Mit Ute Breitsprecher und Reinhard M. W. Hanke.

Weitere Termine für den Westpreußischen Gesprächskreis im Jahr 2022: 19.06., 14.08., 16.10. und 04.12.2022.

Alle Termine unter Vorbehalt! – Anmeldung bei:
Reinhard M. W. Hanke, Ruf: 030-257 97 533.

02) „Julianes Flucht von Westpreußen nach Berlin“

Ein Programm mit Musik von westpreußischen und Berliner Komponisten wie Theo Mackeben, Walter Kollo und anderen.

Als „Juliane“: Annette Ruprecht, Gesang und Klavier

Die 18-jährige Juliane flieht mit 1945 mit ihren Eltern und Geschwistern aus Elbing in Westpreussen zu Verwandten nach Berlin.

Sie beschreibt im Nachhinein diese abenteuerliche und gefährliche Flucht, untermalt mit zeitgemässen Kompositionen westpreussischer und Berliner Komponisten.

Es erklingen u.a. Lieder von Theo Mackeben, Walter Kollo und Friedrich Hollaender.

Sonntag, 20. Februar 2022, ab 12:30 Uhr.

Diese Veranstaltung wird verlegt auf September 2022

Ort: Restaurant „Stammhaus“, Rohrdamm 24b (Ecke Nonnendammallee),
13629 Berlin-Siemensstadt.

03) Vortragsveranstaltungen des Westpreußischen Bildungswerkes

Wir bitten Interessenten um Anmeldung: 030-257 97 533: Teilnahme nur nach Anmeldebestätigung!

322 Montag 10. Januar 2022,

18.30 Uhr

Thema Die altnordische Edda - literarisches Werk und Quelle für die altnordische Mythologie. (Mit Medien).

Referent Dr. phil. Berthold F o r s s m a n , Berlin

323 Montag 07. Februar 2022,

18.30 Uhr

Thema Danzigs Weg zur Metropole der frühen Neuzeit. (Mit Medien).

Referent Prof. Dr. Bernhart J ä h n i g , Berlin

324 Montag 07. März 2022,

18.30 Uhr

Thema Neumärkische Schicksale – Flucht und Vertreibung begannen vor mehr als 75 Jahren

Referent Jörg L ü d e r i t z, Frankfurt (Oder)

Ort der Veranstaltung: Hohenzollerndamm 177, 10713 Berlin-Wilmersdorf, Theatersaal. **Fahrverbindung:** U-Bahn Fehrbelliner Platz, Buslinien

04) Tagesfahrten:

Zurzeit keine Termine



Landsmannschaft Schlesien



Nieder- und Oberschlesien Landesgruppe Berlin/Mark Brandenburg e. V.

Herausgeber: Landsmannschaft Schlesien - Nieder- und Oberschlesien, Landesgruppe Berlin/Mark Brandenburg e.V.,
Brandenburgische Str. 24, 12167 Berlin-Steglitz – Bürozeit: Donnerstag 14.00 – 17.00 Uhr und nach Vereinbarung

05) Landsmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien e.V. Berlin-Brandenburg vervollständigt Vorstand durch Briefwahl und wählt Anfang Oktober 2021 erneut, aber: der neue Vorsitzende Thomas Ruschin (AfD) ist mittlerweile zurückgetreten....

Die Landsmannschaft hat mit einer schriftlichen Wahl ihren Vorstand wieder vervollständigen können. Die Briefwahl war vom Amtsgericht angeordnet worden, nachdem die bisherige stv. Vorsitzende Frau M. Peters zurückgetreten war und Ihren Rücktritt dem Amtsgericht mitgeteilt hatte.

Der Vorstand setzt sich nunmehr wie folgt zusammen:

Bernd Stefan Schmieder, Vorsitzender,

Thomas Ruschin, 1. Stv. Vorsitzender,

David Peixoto, 2. Stv. Vorsitzender

Marcus Lausch, Schatzmeister

Neue Situation:

Am Montag, dem 04. Oktober 2021, hat in den den Berliner Räumen der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen in Anwesenheit des Bundesvorsitzenden der Landsmannschaft Schlesien, Stefan Rauhut, – eine weitere Delegiertenversammlung stattgefunden. Dabei wurde u.a. auch Zusammensetzung des Vorstandes verändert. Neuer Vorsitzender soll Thomas Ruschin sein, der bisherige Vorsitzende Bernd Stefan Schmieder soll die Absicht haben, seinen Hauptwohnsitz demnächst nach Görlitz zu verlegen.

Nach unserer heutigen Kenntnis ist der neugewählte Vorsitzende Thomas Ruschin (AdD) vor einigen Wochen zurückgetreten. Er ist Rechtsanwalt und arbeitet jetzt im Büro der brandenburgischen Landtagsfraktion der AfD in Potsdam.

Da bislang niemand - weder die Mitglieder der LS noch wir als Partner in der Bürogemeinschaft - Informationen über die Neuwahlen usw. erhalten haben, müssen wir wohl auf die für diese LS auch erforderliche Eintragung im Vereinsregister warten! Zurzeit ist noch der „Schmieder-Vorstand“ im Vereinsregister eingetragen. Es bleibt also abzuwarten, wie die LS mit dem Rücktritt des neugewählten Vorsitzenden Thomas Ruschin, der auch kein Interesse an schlesischen und weiteren ostdeutschen Themen hatte, umgeht. Gegenüber dem Vorsitzenden der Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin (LW) Reinhard M. W. Hanke äußerte er, nach Hinweis auf die zahlreichen Veranstaltungsplanungen der LW: „In zwei Jahren ist sowieso alles vorbei!“

Thomas Ruschin vergaß bei seiner Äußerung, die auch sein Desinteresse an ernsthafter ostdeutscher Heimatarbeit ausdrückte, dass seine Mitstreiter im Vorstand der LS mit Ihrer Entscheidung, die Bürogemeinschaft mit der LM zum 30.11.2021 zu kündigen, um nicht die halbe Miete bezahlen zu müssen, der LW bereits den Todesstoß versetzen wollten! Die sehr viel kleinere LW sollte also nun fähig sein, die Gesamtmiete alleine zu stemmen!?

Seit dem 01. Dezember 2021 versuchen Mitglieder der Landsmannschaft Schlesien e. V. Berlin-Brandenburg unabhängig von der LS den Standort in der Brandenburgischen Straße 24 in 12167 Berlin-Steglitz gemeinsam mit der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin und der AG Ostmitteleuropa e. V. (AGOM) zu erhalten. Der Hauseigentümer ist dem Vorhaben entgegengekommen und hat auf Mietzahlungen verzichtet; die beiden Einrichtungen müssen nur die Nebenkosten tragen!

Die Bibliothek, die Vorstandsmitglied Markus Lausch (AfDI in seinem „trockenen Keller“ zwischenlagern wollte, wird also weiter ausgebaut. Am Eingang wird bereits improvisiert darauf hingewiesen.

Das „Mitteilungsblatt Nr. 126 (1-2022) der Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin berichtet auf Seite 5 seiner neuesten Ausgabe:

„Schlesien-Bibliothek“ statt „Landsmannschaft Schlesien“ – unser neuer Büropartner!



Vorher



und nachher!

Nachdem die neuen Vorstände unter den Herren **Bernd Schmieder** bzw. **Thomas Ruschin** das Mietverhältnis für die Bürogemeinschaft in der Brandenburgischen Straße gekündigt hatten, ist eine Gruppe von „Alt-Schlesiern“ aus der LM Schlesien als „Schlesien-Bibliothek in das Mietverhältnis neu eingetreten.

Mit dieser Lösung wird nicht nur der Bürostandort für unsere Öffentlichkeitsarbeit erhalten, sondern auch die vor allem von Herrn Dr. Hans Weinert aufgebaute und gepflegte Schlesien-Bibliothek weiterhin der Öffentlichkeit zugänglich bleiben und nicht, wie von den neuen Vorständen geplant, „im trockenen Keller“ eines der Vorstandsmitglieder verschwinden. Die mittlerweile reichen Bestände sollen später auch ins weltweite Netz gestellt werden.

Wir Westpreußen hängen da organisatorisch noch weit zurück.

Herr Dr. Hans Weinert freut sich über personelle und finanzielle Unterstützung für die Schlesien-Bibliothek.

Er ist telefonisch erreichbar unter der Ruf-Nummer 0157-798 59 327.-

Wir informieren über den Vorstand zu gegebener Zeit!

Die Landsmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien e. V. Berlin-Brandenburg hatte bis 30.11.2021 eine Bürogemeinschaft mit der Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin



Einladung

06) 72. Sudetendeutscher Tag, 03. bis 06.06.2022
– Begegnung im Dreiländereck

Kaum ist der Jänner vorüber, lockt schon der 72. Sudetendeutsche Tag, der wieder zum traditionellen Pfingsttermin stattfinden wird, und zwar von **3. bis 6. Juni 2022** in **Hof** und in der Euregio Egreensis. Das große Volksgruppentreffen steht unter dem Motto „**Dialog überwindet Grenzen**“. Volksgruppensprecher **Bernd Posselt** erläuterte die vom Bundesvorstand der Sudetendeutschen Landsmannschaft einstimmig getroffene Wahl des

Themas und des Ortes wie folgt: „Die teils willkürlichen, auf jeden Fall aber schmerzlichen Grenzschießungen haben vor allem uns Sudetendeutsche daran erinnert, wie schlimm die Trennung unserer Volksgruppe von der Heimat durch die Vertreibung und den Eisernen Vorhang war. Der europäische Aufbruch nach 1989 und die von führenden Sudetendeutschen mit begründeten grenzüberschreitenden Euroregionen schienen gefährdet, neu gewachsene Bindungen zu unserer *Wurzelheimat* drohten auch für unsere jüngeren Generationen verloren zu gehen. Deshalb sind wir glücklich, einen Sudetendeutschen Tag im Dreiländereck zwischen **Bayern**, **Sachsen** und **Böhmen** durchführen zu können.“

Traditionelle und neue Veranstaltungsformen des Sudetendeutschen Tages sind von Freitag 3. bis Sonntag 5. Juni 2022 in der **Freiheitshalle von Hof** geplant. Dem sollen zwei „**Sudetendeutsche Wochen**“ mit interessanten Einzelveranstaltungen vieler Träger in der ganzen [Euregio Egrensis](#) vorausgehen. Erstmals dauert die Begegnung bis Pfingstmontag. Der 6. Juni ist denen, die Lust dazu haben, für Ausflüge und eine Gebetswallfahrt für Frieden und Verständigung vorbehalten. Weitere Einzelheiten zum Programm werden in den kommenden Wochen bekanntgegeben

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr.17, 2022

Wien, am 01. Februar 2022

**A. j) Plattform des Arbeitskreises für landmannschaftliche
ostdeutsche Heimatkreise (Historisches Ostdeutschland und
östliches Mitteleuropa)**

Seiten 88 - 89



Heimatkreis Wirsitz

Kom. Heimatkreisvertreter: Frank-Rainer Seelert
Lange Straße 6 27211 Bassum

Tel.: 04241-970350 Mobil-Telefon: 0178-6393122 E-Mail: frank.seelert@t-online.de



Seniorenhaus Anna-Charlotte
ul. Strzelecka 21, PL 89-340 Białośliwie Pologne

01) Bild-Bericht zur „30. Weißenhöher Himmelfahrt, 24. bis 31. Juli 2021

In Vorbereitung!

02) Programm der „31. Weißenhöher Himmelfahrt, 21. bis 28. Mai 2022

In Arbeit!



Herzlich Willkommen beim Heimatkreis Schneidemühl e.V.

<http://www.schneidemuehl.net/vorstand.html>

03) Treffen des Heimatkreises Grenzmark

im „Ännchen von Tharau“, Rolandufer 6, 10179 Berlin,
am S-/U-Bahnhof Jannowitzbrücke

Heimatgruppe Grenzmark

Liebe Heimatfreunde und Landsleute,

mit dem Restaurant & Café **„Ännchen von Tharau“**,

Rolandufer 6 in 10179 Berlin, Tel.: 030 726202070, am U- und S-Bahnhof
Jannowitzbrücke, werden wir für das Jahr **2022** folgende Termine vorsorglich
planen:

**an den Sonntagen 12. März, 11. Juni, 10. September und 10. Dezember
2022**

immer um **14 Uhr**. Wer möchte, kann sich auch gerne schon zum Mittagessen
hier einfinden.

Manfred Dosdall, Münchehofer Str. 1A, 15374 Müncheberg, Tel: 033432-71505
mdosdall@freenet.de

*

Diese Seiten sind im Aufbau! Wir sind auf Ihre Mitarbeit angewiesen. Wir können uns vorstellen, dass auch weitere landsmannschaftliche Gliederungen eine Plattform in unserem AWR erhalten. Der Vorteil: Unser AWR ist durch seine Erscheinungsweise hochaktuell!

01) AGOM-Vortragsveranstaltungen - 1. Vierteljahr 2022

Arbeitsgemeinschaft Ostmitteleuropa e.V. Berlin

Mitglied im Dachverband Steglitz-Zehlendorfer Seniorenvereinigungen

Landesarbeitsgemeinschaft Ostkunde im Unterricht e.V.

Brandenburgische Straße 24 Steglitz, D – 12167 Berlin

Konto Nr. IBAN DE 39

100100100065004109

Postbank Berlin

Tel.: 030/257 97 533 Büro

www.ostmitteleuropa.de

post@ostmitteleuropa.de

Vorsitzender: Diplom-Geograph Reinhard M. W. Hanke, stv. Vors: N.N.,

Schatzmeisterin: Angelika Hanske, Ruf: 030-772 13 93

02. November 2021

E i n l a d u n g N r. 88

(Vortragsveranstaltungen Januar bis Juni 2022)

O r t: Bürgertreff im S-Bahnhof Berlin-Lichterfelde West,
Hans-Sachs-Straße 4 D, 12205 Berlin
Fahrverbindungen: S-Bahn, Busse M11, M48, 101 u. 188.

459	<u>Freitag</u> <u>Thema</u> <u>Referent</u>	28. Januar 2022, <u>Potsdamer Konferenz 1945 – Das Ende für Ostdeutschland?</u> Gab es Möglichkeiten zu einer Teilrevision? <i>(Mit Medien)</i> . Dr. Jürgen W. Schmidt, Berlin	19:00 Uhr
460	<u>Freitag</u> <u>Thema</u> <u>Referent</u>	25. Februar 2022, Gustav Freytag – ein Gestalter deutscher Vergangenheit und Gegenwart. <i>(Mit Medien)</i> . Dr. Hans-Joachim W e i n e r t, Berlin	19:00 Uhr
461	<u>Freitag</u> <u>Thema</u> <u>Referent</u>	25. März 2022, <u>Treuhandanstalt, Aufbau Ost – Vorbild für die ostmitteleuropäischen</u> <u>Länder nach der Wende 1989? (mit Medien)</u> . Dr. Gerhard K ö p e r n i k, Berlin	19:00 Uhr

Teilnahme nur nach bestätigter Voranmeldung auf Ruf-Nr: 030-257 97 533 (Anrufannehmer)!

E i n t r i t t f r e i !

Weitere Termine: 29.04., 13.05., 24.06, 26.08., 23.09., 28.10., 25.11., 23.12.2022 (?)

(Mitgliedsbeitrag: 25,00 € / Jahr; Ehepaare 40,00 €, weitere Ermäßigungen möglich)

Seite 482 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 803 vom 11.11.2021

**Westpreußisches Bildungswerk Berlin-
Brandenburg**
in der Landsmannschaft Westpreußen e.V., Berlin
Ostdeutscher Hochschulbund Danzig-Westpreußen
Landesarbeitsgemeinschaft Ostkunde im Unterricht e.V.
www.westpreußen-berlin.de

Brandenburgische Straße 24 Steglitz
12167 Berlin
Fon: 030-257 97 533, Fax: auf Anfrage
westpreussenberlin@gmail.com

Postbank Berlin
IBAN DE 26 1001 0010 0001 1991 01
BIC PBNKDEFF

1. Vors.: Diplom-Geograph Reinhard M.W. Hanke; stv. Vors.: Ute Breitsprecher
Schatzmeister: Dieter Kosbab

02. November 2021

02) Vortragsveranstaltungen des Westpreußischen Bildungswerks

Teilnahme nur nach bestätigter Anmeldung (Ruf-Nr. 030-257 97 533)

Einladung Nr. 69 (Januar bis Juni 2022)
(Änderungen vorbehalten) - Eintritt frei

Ort der Veranstaltung: Hohenzollerndamm 177, 10713 Berlin-Wilmersdorf, Theatersaal.
Fahrverbindung: U-Bahn Fehrbelliner Platz, Buslinien

322	<u>Montag</u> <u>Thema</u> <u>Referent</u>	10. Januar 2022, <u>Die altnordische Edda - literarisches Werk und Quelle für die</u> <u>altnordische Mythologie. (Mit Medien).</u> Dr. phil. Berthold F o r s s m a n , Berlin	18.30 Uhr
323	<u>Montag</u> <u>Thema</u> <u>Referent</u>	07. Februar 2022, <u>Danzigs Weg zur Metropole der frühen Neuzeit. (Mit Medien).</u> Prof. Dr. Bernhart J ä h n i g , Berlin	18.30 Uhr
324	<u>Montag</u> <u>Thema</u> <u>Referent</u>	07. März 2022, <u>Neumärkische Schicksale – Flucht und Vertreibung begannen vor</u> <u>mehr als 75 Jahren</u> Jörg L ü d e r i t z, Frankfurt (Oder)	18.30 Uhr
325	<u>Montag</u> <u>Thema</u> <u>Referent</u>	11. April 2022, <u>Herkunft der Amtsträger der kulmländischen Deutschordenshäuser</u> <u>(Mit Medien).</u> Dr. Dieter H e c k m a n n, Berlin	18.30 Uhr
326	<u>Montag</u> <u>Thema</u> <u>Referent</u>	09. Mai 2022, <u>Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit: Geschichten aus</u> <u>dem Staatsleben der Freien Stadt Danzig. (mit Medien).</u> Dr. Bennet B r ä m e r, Berlin	18.30 Uhr

327	Montag	13. Juni 2022,	18.30 Uhr
	<u>Thema</u>	<u>Danzig und Gdingen – zwei Ostseehäfen in politischer Konkurrenz nach dem Ersten Weltkrieg. (Mit Medien).</u>	
	<u>Referent</u>	Diplom-Geograph Reinhard M. W. H a n k e, Berlin	

Eintritt frei

Termine im 2. Halbjahr: 22.08., 12.09., 10.10., 14.11., 12.12.2022

Mitgliedsbeitrag: 60,00 €, Ehepaare € 50,00 / Person / Jahr; AGOM-Mitglieder: 30,00 € / Person / Jahr

Unerhörte Familiengeschichten aus dem östlichen Europa

Fortsetzung unserer Lesereihe mit vier neuen Terminen von Januar bis April 2022



Egon Schiele, Kauerndes Menschenpaar (Die Familie), Öl auf Leinwand, 1918. © Österreichische Galerie Belvedere, Wien



Familiengeschichten sind seit jeher eine Inspirationsquelle. Unzählige belletristische Werke und Sachbücher widmen sich Dramen, die sich im Mikrokosmos der Familie abspielen. Viele zeitgenössische Autorinnen und Autoren erkennen in der Beschäftigung mit der eigenen Herkunft eine Form der Vergangenheitsbewältigung, ohne die ein Verständnis komplexer gesellschaftspolitischer Zusammenhänge gar nicht mehr möglich zu sein scheint.

Die 2020 vom Deutschen Kulturforum östliches Europa initiierte Lesereihe »Unerhörte Familiengeschichten aus dem östlichen Europa« widmet sich historischen Landschaften des östlichen Europa, in denen Kulturen und Menschen im 20. Jahrhundert unheilvoll aufeinanderprallten. 2022 macht Jan Koneffke mit seiner Pommern-Trilogie den Auftakt. Mit Nadine Schneiders Romanen geht die Spurensuche ins Banat. Susanne Fritz erzählt in ihrem Buch den Lebensweg ihrer aus Schwarsens bei Posen stammenden Mutter, und Laura Starink rekonstruiert das Schicksal ihrer in Mikultschütz (Schlesien) geborenen Mutter. Die ausgewählten Familiengeschichten zeigen, wie historische Zeitläufe und Zäsuren die Lebensgestaltung einzelner Menschen beeinflussen.

Die neuen Termine

Samstag, 22. Januar 2022, 17:00 Uhr

[Eine Familiensaga aus Pommern](#)

Lesung mit Jan Koneffke

Literaturforum im Brecht-Haus Berlin

03) Wohin ich immer gehe

Lesung mit Nadine Schneider

Literaturforum im Brecht-Haus Berlin

Sonabend,, 26. Februar 2022, 17:00 Uhr

Chausseestraße 125, 10115 Berlin

Ruf: 030 2822003

Samstag, 26. März 2022, 17:00 Uhr

[Wie kommt der Krieg ins Kind](#)

Lesung mit Susanne Fritz

Literaturforum im Brecht-Haus Berlin

Samstag, 23. April 2022, 17:00 Uhr

[Meine Mutter aus Mikultschütz. Eine deutsche Familiengeschichte](#)

Lesung mit Laura Starink

Literaturforum im Brecht-Haus Berlin

Begrüßung

MinDir i. R. Winfried Smaczny, Vorstandsvorsitzender, Deutsches Kulturforum östliches Europa

Moderation

Dr. Ingeborg Szöllösi, Deutsches Kulturforum östliches Europa

Eintritt

jeweils 5,– Euro, ermäßigt 3,– Euro

04) Bunzlauer Heimatgut in Haus Schlesien in Königswinter - Führungen am 17.02.2022 und am 17.03.2022

Liebe Freunde des alten und des neuen Bunzlaus,

nach erneuter gründlicher Lektüre des aktuellen "Briefs von Haus Schlesien" möchte ich nicht versäumen, mich für die zwei öffentlichen Vorboten der Übergabeveranstaltung des Bunzlauer Heimatguts an Haus Schlesien zu bedanken.

Peter Börner, Bundesheimatgruppe Bunzlau
22.01.2022, 22:39 Uhr

Jeweils 14:30 Uhr:

Führung am Donnerstag, 17.02.2022

Führung am Donnerstag, 17.03.2022,



Seit den 1950er Jahren entstanden in vielen Städten schlesische Heimatstuben, die zum einen durch die Rekonstruktion einer gemütlichen und folkloristischen Atmosphäre den Vertriebenen eine emotionale Heimat boten und zum anderen mittels Fotos und persönliche Erinnerungsstücke den Besuchern ein Bild von der „alten Heimat“ vermittelten. In der Führung geht es um Heimatstuben, ihre Ursprünge und ihre Bedeutung.

Entgelt 3,- €, ermäßigt 1,50 €



Bunzlau galt immer als „Stadt des guten Tons“ – ob einfaches Bunzlauer Braunware oder kunstvolle Vasen mit Intarsien, ob Spritzdekor oder Pfauenaugenmuster – die Bunzlauer Keramik war und ist weltbekannt. Nicht nur in Bunzlau wird sie hergestellt, auch die vertriebenen Töpfer im Westen von vorne beginnen mussten, nutzten ihr Talent und Wissen und produzierten nach alter Bunzlauer Tradition. In der Führung dreht sich alles um die Bunzlauer Keramik.

Entgelt 3,- €, ermäßigt 1,50 €



Gerhart-Hauptmann-Museum Erkner

Gerhart-Hauptmann-Straße
15537 Erkner

1–2

Fon +49
Fax +49 (0)3362 70 00 141

(0)3362

3663

info@hauptmannmuseum.de

Öffnungszeiten

Dienstag bis Sonntag 11.00 – 17.00 Uhr

Eintritt

Erwachsene: 2 € pro Person
Schüler, Studenten: 1,50 Euro
Führungen: 10 €

Adresse

Gerhart-Hauptmann-Str. 1–2
D-15537 Erkner



05) Hans Fallada und sein „Lämmchen“ – Von Licht und Schatten einer großen Liebe

Zum 75. Todestag von **Hans Fallada**

Hans Fallada und sein „Lämmchen“ – Von Licht und Schatten einer großen Liebe
Mit dem **Kalliope-Team**

Gisela M. Gulu (Programm & Moderation)
Lusako Karonga – Schauspieler (Wort & Gesang)
Armin Baptist (Klavier)

Lesung
Sonnabend, 05. Mai.2022, 16:00 Uhr

Eintritt: 5 Euro

Alle Biografen sind sich einig: Dem Hamburger Arbeitermädel Anna Issel ist es zu verdanken, dass aus dem vom Pech verfolgten Rudolf Wilhelm Friedrich Ditzen der berühmte Schriftsteller Hans Fallada geworden ist. Trotz seiner Drogen- und Alkoholsucht, seiner seelischen Labilität, und seines schlechten Rufs hat sie sich nicht davon abhalten lassen, den sieben Jahre Älteren zu heiraten, der gerade aus dem Zuchthaus kommt. Sie ist sein „Lämmchen“ im Erfolgsroman „Kleiner Mann, was nun?“, sie steckt hinter manchen seiner Roman- Frauen. Unbeirrbar und vorurteilslos gibt sie Fallada den Rückhalt, den er zum Schreiben braucht, schafft dem Ruhelosen für Jahre in Carwitz Familie und Heimat. Sie ist seine praktische, lebenskluge Suse, die er liebt, und die er doch immer wieder verletzt, bis sie es nicht mehr aushält. Die Ehe mit der sehr viel jüngeren attraktiven, aber morphiumsüchtigen Ulla besiegelt sein frühes Ende, aber noch aus seinem letzten Klinikaufenthalt schreibt er seiner Suse „in Freundschaft, Dein Ditzen“. Ohne diese starke Frau wäre Falladas literarischer Erfolg (Wer einmal aus dem Blechnapf frisst, Kleiner Mann, was nun? Jeder stirbt für sich allein...) undenkbar.



Literaturhaus Berlin

Fasanenstraße 23

10719 Berlin

+49 (0)30 887 286 0

info@literaturhaus-berlin.de

06) Markus Gasser »Die Verschwörung der Krähen«

Es moderiert Daniel Kehlmann

Buchpremiere

Dienstag, 22. Februar 2022, 19:00 Uhr

8 € / erm. 5 €

Live im Li-Be und im [Videostream](#)

London besteht um 1700 aus zwei Städten, in beiden regiert die Gewalt. In der Unterwelt kämpfen Einbrecher, Fälscher und Auftragsmörder um die Vorherrschaft, am Hof streiten sich Minister und Aristokraten um die Gunst der Queen: Alles ist unter Anne Stuarts Kontrolle, religiös und politisch Andersdenkende werden zu Staatsfeinden erklärt, zum meist tödlichen Pranger verurteilt oder weggesperrt im gefürchtetsten Kerker Europas. So auch Daniel de Foe: Unternehmer, Journalist, Kirchengegner, Geheimagent wider Willen und Intimfeind der Queen. Als er herausfindet, wer in London wirklich die Fäden zieht, schlägt er sich gegen die Obrigkeit auf die Seite der Kriminellen. In seinem Roman erzählt Markus Gasser über die Entstehung des investigativen Journalismus in einer Ära von Zensur, Fake News, Populismus und Paranoia und spricht mit Daniel Kehlmann darüber, was diese historische Abenteuergeschichte mit unserer Gegenwart gemein haben könnte.

Markus Gasser »Die Verschwörung der Krähen« C.H. Beck, 2022

Bitte kommen Sie geboostert ODER geimpft/genesen + tagesaktuellem Schnelltest (2G+) UND tragen Sie bitte eine FFP2-Maske. Wir freuen uns auf Sie!

Bitte unterstützen Sie unsere kostenlosen digitalen Veranstaltungen mit einer Spende. Vielen Dank!

07) »Was denkt das Denkmal? Eine Anthologie zur Denkmalkultur«.

Mit Astrid Böger, Heinz Ickstadt und Julia Lange

Brown Bag Lunch

Donnerstag, 10. März 2022, 12:30 Uhr

Live im Li-Be und im [Videostream](#)

8 € / erm. 5 €

Wie wäre es, wenn die Geschichte eines Denkmals einmal aus dessen Sicht erzählt wird? Die Autor:innen dieser Anthologie wagen den Perspektivenwechsel und schildern, wie es Denkmälern im Wandel der Zeiten erging, hin- und hergerissen zwischen ursprünglichen Intentionen, Umdeutungen und Instrumentalisierungen. Mit tiefgründigem Humor begeben sie sich in den Kopf der Freiheitsstatue, lassen die Brooklyn Bridge über ihre Rezeption in der Literatur zu Wort kommen, oder enttarnen die Neue Wache in Berlin als konservative Querdenkerin. Andere räsonieren über die nackte Weiblichkeit im schwedischen Wohlfahrtsstaat, oder schlüpfen in die Rolle des Sockels, der unter der Büste eines Nazidichters leidet. Ein intellektuelles Experiment, das eine neue Sicht auf Denkmäler eröffnet. Die Amerikanist:innen der Freien Universität Berlin, **Heinz Ickstadt** und der Universität Hamburg, **Astrid Böger** und **Julia Lange**, stellen Ihre Beiträge vor und laden zur Diskussion ein.

»Was denkt das Denkmal? Eine Anthologie zur Denkmalkultur« hrsg. von Tanja Schult und Julia Lange, Böhlau Verlag 2021

Bitte unterstützen Sie unsere kostenlosen digitalen Veranstaltungen mit einer Spende. Vielen Dank!

08) Uta von Arnim »Das Institut in Riga«.

Es moderiert die Autorin und Journalistin Dorothee Nolte.

Brown Bag Lunch

Donnerstag, 24. März 2022, 12:30 Uhr

Live im Li-Be und im [Videostream](#)

8 € / erm. 5 €

Herbert Bernsdorff, Uta von Arnims Großvater, leitete in den Jahren 1941-1944 das Gesundheitswesen der besetzten baltischen Staaten. Im Gutshaus seiner Ehefrau Edda am Stadtrand von Riga, dem Kleistenhof, gründete er ein »Forschungsinstitut«. Dort dienten Juden als »Versuchskaninchen«. Herbert Bernsdorff saß im »Reichskommissariat Ostland«, dem deutschen Machtzentrum. Er unterstützte Gründung und Aufbau des Instituts. Zudem sorgte er dafür, dass im gesamten Baltikum Gesundheitspolitik im Sinne der nationalsozialistischen Ideologie umgesetzt wurde.

Aus Gesprächen und Interviews mit Familienmitgliedern, Fotos, Archivrecherchen in Berlin und Riga, Zeitzeugenberichten und dem Studium historischer Fachliteratur rekonstruiert Uta von Arnim die Geschehnisse rund um das Forschungsinstitut. Zwischen die Schilderung der historischen Ereignisse setzt die Autorin subjektive Miniaturen. Mit »Das Institut in Riga« zeigt Uta von Arnim einen Ausschnitt aus der Brutalität des nationalsozialistischen Regimes. Aus der Spurensuche einer Enkelin, die auch selbst Ärztin ist, entsteht eine ungemein eindringliche Darstellung.

Uta von Arnim »Das Institut in Riga: Die Geschichte eines NS-Arztes und seiner Forschung. Eine Spurensuche« Nagel & Kimche, 2021

Bitte unterstützen Sie unsere kostenlosen digitalen Veranstaltungen mit einer Spende. Vielen Dank!



Literarisches Colloquium Berlin

Am Sandwerder 5
D-14109 Berlin

Tel.: +49 (0) 30 - 816 996-0
Fax: +49 (0) 30 - 816 996-19
mail@lcb.de

Hinweise zum Besuch der Veranstaltungen

Liebes Publikum,

wir freuen uns, Sie wieder im LCB begrüßen zu dürfen!

Wenn Sie ins LCB kommen möchten:

Tickets für den Besuch vor Ort können Sie nur online über www.lcb.de sowie in unserem [Ticketshop](#) erwerben. Restkarten können am Abend vor Ort erworben werden, sollte die Veranstaltung nicht ausverkauft sein. Es besteht kein Anspruch.

Nach den neuen Bestimmungen des Senats zur Covid19-Prävention gilt ab Montag, 15.11.2021, auch bei uns die **2G-Regelung**: Sie benötigen für die Teilnahme an allen LCB-Veranstaltungen einen Nachweis über eine vollständige Impfung (mindestens 2 Wochen zurückliegend) oder einen Nachweis über Ihre Genesung (nicht älter als 6 Monate). Als **Nachweis** müssen digital lesbare Impfzertifikate oder Genesenenzertifikate vorgelegt werden. Die Vorlage eines Impfausweises in Papierform ohne digital lesbaren QR-Code oder ein aktueller Testnachweis reichen für den Besuch nicht mehr aus.

Ausgenommen sind Personen unter 18 Jahre sowie Personen, die nachweislich (ärztliches Attest) nicht geimpft werden können. Diese Personengruppen benötigen ein tagesaktuelles negatives Testergebnis (Schnelltest oder PCR-Test).

Im Innenbereich besteht **Maskenpflicht** (FFP2- / FFP3-Masken oder OP- / Medizinische Masken), auch während der Veranstaltungen auf den Sitzplätzen. Im Außenbereich sind keine Masken notwendig. Bitte beachten Sie die geltenden Mindestabstände.

Leider können wir derzeit noch keine Speisen anbieten und Getränke nur in Flaschen ausgeben.

Haustiere dürfen nicht mit zu unseren Veranstaltungen gebracht werden.

Danke für Ihr Verständnis und Ihre Unterstützung.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

Ihr LCB

Studio LCB: Pieke Biermann

VOR ORT | Ausstrahlung im Deutschlandfunk

09) Zwischen allen Stühlen

Gesprächspartner: Christian Dunker, Jens Bisky

Moderation: Katharina Teutsch

Dienstag, 22. Februar 2022, 19:30 Uhr

Literarisches Colloquium Berlin · Am Sandwerder 5 · 14109 Berlin Ausstrahlung im Deutschlandfunk

8 € / 5 €

Pieke Biermann hat vor zwei Jahren mit ihrer furiosen Übersetzung der afroamerikanischen Autorin Fran Ross den Preis der Leipziger Buchmesse gewonnen. Die Heldin des Romans »Oreo« war eine Romanfigur und Fran Ross eine Autorin nach Biermanns Geschmack: als schwarze lesbische Jüdin saß sie zwischen allen kulturellen Stühlen und trieb aus der Schutzzone des Nichtdefinierbaren ihren Frohsinn mit allem und jedem. Die Freizügigkeit des Witzes, den Biermanns Übersetzung entfesselt, lässt viele Identitätsdebatten der Gegenwart teilweise bitter und vor allem unversöhnlich erscheinen. Kulturelle Identität ist in Pieke Biermanns Leben und Werk immer eine Frage der Vielheiten, nie der Einheiten gewesen.

Ist sie zuletzt als Übersetzerin in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt, darf man die Autorin gerade aber auch wieder als Romanautorin entdecken. Biermann gilt als Erfinderin des Berlin-Krimis. In dem gerade neu aufgelegten Roman-Quartett wird das soziokulturelle und politische Klima zwischen 1987 und 1997 auf einzigartige Weise gegenwärtig.

Ebenfalls neu aufgelegt wird Biermanns bahnbrechendes Sachbuch »Wir sind Frauen wie andere auch! – Prostituierte und ihre Kämpfe«, in dem die Autorin ihre eigenen Erfahrungen in der Prostitution mit politischen Forderungen aus der Frauenrechtsbewegung verbindet. Wohin hat sich die Gesellschaft seit Erscheinen des Buchs 1979 entwickelt? Gleich mehrere literarische Anlässe, dieser Autorin einen Abend zu widmen.

Im Gespräch mit Pieke Biermann werden Jens Bisky (Autor des Sachbuchs »Berlin. Biographie einer großen Stadt« (Rowohlt Berlin, 2019)) sowie Christian Dunker (Inhaber von [Geistesblüten](#), zusammen mit Marc Ivens) sein.



Universität der Drei Generationen Uniwersytet Trzech Pokoleń
Uniwersytet Humboldtów, Unter den Linden 6, 10117 Berlin
www.UTP.berlin

Kontakt:

utp@utp.berlin

fleck.boguslaw@utp.berlin / mobil: +49 176 83 17 16 09

hanna.jakob@utp.berlin

barbara.czechmeszynska-skowron@utp.berlin

UTP Vorlesungsplan 2021/ 2022

HU, Unter der Linden 6, Freitags um 18:00 Uhr

Leitthema: ***Pandemie und ihre Auswirkungen auf verschiedene Bereiche der Gesellschaft***

10) Mathematisches epidemiologisches Modell am Beispiel Coronavirus-Pandemii.

Mit Dr. Rafał Mostowy, Institution: Zentrum für Biotechnologie,
Jagiellonen Universität Krakau

Freitag, 11. März 2022, 18:00 Uhr

8. April

Prof. Dr. habil. Paweł Łukow

Institution: Fakultät für Ethik am Institut für Philosophie der Universität Warschau.

Thema: Krisensituationen zwingen uns dazu neue Lösungen auszuprobieren

13. Mai

Prof. Aleksandra Maatsch

Institution: Lehrstuhl für Wirtschaft und Sozialwissenschaften, Universität Breslau

Thema: Die Rolle der Parlamente in der COVID-19-Pandemie

17. Juni

Dr. Zofia Dworakowska

Institution: Institut für Polnische Kultur, Universität Warschau

Thema: Kultur im Angesicht einer Pandemie

15. Juli

Dr. Joanna Gocłowska-Bolek

Institution: Zentrum für politische Analyse, Universität Warschau

Thema: Coronavirus-Pandemie in den ärmsten Ländern

Evangelische Akademie zu Berlin gGmbH

Charlottenstraße 53/54

10117 Berlin

Tel.: (030) 203 55 - 0

Fax: (030) 203 55 – 550

eazb@eaberlin.de

11) Zwischen Grenzenlosigkeit und Selbstbegrenzung

Frag doch mal: Online-Dialoge zu aktuellen Glaubensfragen

Europäische Bibeldialoge

Tagungsnr. **22027**

Montag, 14. März 2022, 18:30 Uhr

Online

Nichts ist unmöglich! Alles ist machbar! Die Maßlosigkeit des Menschen ist unzweifelhaft eine der größten Bedrohungen für die gesamte Schöpfung. Braucht es für eine Umkehr also unsere Bereitschaft, uns selbst zu begrenzen? Und wäre eine solche Selbstbeschränkung wirklich das Gegenteil von Freiheit?

Die Vorstellung grenzenloser Freiheit ist nicht nur gefährlich, sie ist eine Illusion. Alles Leben ist begrenzt in Zeit und Raum. Wir sind auf andere angewiesen und von ihnen abhängig – auch von der nichtmenschlichen Schöpfung. Die Freiheit des Menschen lebt in der Beziehung und im Dialog mit der Welt um uns herum. Verantwortung aus christlicher Perspektive ist die Antwort des Menschen, der von Gott immer schon angesprochen ist.

Bibeldialog ganz kurz: Wir laden Sie ein, Ihre Fragen zu stellen. Holger Schmidtke, ordinerter Theologe, Religionspädagoge und langjähriger Leiter mehrerer Europäischer Bibeldialoge, lässt uns nach einem kurzen Impuls zum Thema miteinander ins Gespräch kommen.

Die Teilnahme an den Online-Dialogen ist kostenlos, wir bitten aber um verbindliche Anmeldung.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte an hahn@eaberlin.de.

Der Abend zum Thema „Zwischen Grenzenlosigkeit und Selbstbegrenzung“ ist der dritte Abend der Reihe „Frag doch mal“ in diesem Jahr. Der nächste Abend findet am 11. April unter der Überschrift „Die Hoffnung des leeren Kreuzes“ statt.

Die Online-Dialoge zu aktuellen Glaubensfragen sind eine Zusammenarbeit der Europäischen Bibeldialoge mit dem Evangelischen Forum Berlin/Brandenburg (Landesverband der Evangelischen Akademikerschaft e.V.).

Katholische Akademie in Berlin e.V.

Hannoversche Str. 5
10115 Berlin

Telefon: +49 30 28 30 95-0

Telefax: +49 30 28 30 95-147

E-Mail: information@katholische-akademie-berlin.de

12) 1922 – Das Wunderjahr der Worte.

Mit Dr. Norbert Hummelt, Berlin , und Prof. Dr. Michael Braun

Quelle: www.penguinrandomhouse.de

Montag, 07. März 2022, 19:00 Uhr

Das Buch eines ganzen Jahres, von Neujahr bis Silvester, ist von den großen Texten inspiriert, die 1922 zum Annus mirabilis der Moderne machten, von Joyces "Ulysses", Eliots "The Waste Land", Rilkes Elegien und Sonetten, ...

... wie auch vom zeitgleichen Schreiben Virginia Woolfs, Katherine Mansfields, Franz Kafkas und vieler anderer. Es erzählt, wie die Autoren selbst dieses Jahr erlebten, von ihren Hoffnungen und Malaisen, ihren Begegnungen und der Zeit, in der sich das alles zutrug.

Es erzählt vom Tod des Papstes Benedikt XV., der Konferenz von Rapallo, der Ermordung Walther Rathenaus, den Vortragsreisen Albert Einsteins, Mussolinis Marsch auf Rom, den Kriegen in Irland und Kleinasien, vom Tod Marcel Prousts und von Tutanchamun, dessen Totenruhe in diesem Jahr gestört wurde. Es blickt aber auch in die Tageszeitungen, die Kinoprogramme, den Sportteil und den Wetterbericht von 1922 und erzählt von Menschen, die nicht viel weiter planen konnten als bis zum nächsten Tag und sehen mussten, woher das Geld kam, während die Inflation bereits Fahrt aufnahm. Und es folgt den Wegen meiner Großmutter, die am Stadtrand von Neuss zum Nähen ging und davon träumte, bis nach Köln zu fahren. Wie sich diese großen und kleine Dinge zu gleicher Zeit zutrugen, wie sie einander berührten und versäumten, was die Menschen voneinander wussten und was nicht, beschäftigt mich, getragen von der Einsicht, die Ludwig Wittgenstein so formulierte: „Die Welt ist alles, was der Fall ist.“

Link zum Livestream: <https://youtu.be/Y0SbybRWDI0>

Topographie des Terrors

Niederkirchnerstraße 8, 10963 Berlin-Kreuzberg

Info@topographie.de

www.topographie.de

Ruf: 030-254 509-0

Fax: 030-254-09-99

13) Freizeit und Freiraum? Der Schein der Normalität unter deutscher Besatzung

Vortrag: Prof. Dr. Nicholas Stargardt, Oxford

Moderation: Prof. Dr. Tatjana Tönsmeyer, Wuppertal

Dienstag, 22. Februar 2022, 19:00 Uhr

Livestream:

<https://www.topographie.de/livestream/>

[Vortragsreihe](#) „Alltag unter deutscher Besatzung in Europa 1939–1945“

(Gemeinsam mit der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas, konzipiert mit Prof. Dr. Tatjana Tönsmeyer, Historisches Seminar, Bergische Universität Wuppertal)

Während des Zweiten Weltkriegs standen Alltagserfahrungen und Überlebensstrategien der einheimischen Bevölkerungen in den von Deutschland besetzten Ländern und Regionen Europas durchweg unter Gewaltbedingungen.

Mit seinem Vortrag „Freizeit und Freiraum?“ lenkt Nicholas Stargardt den Blick auf den Alltag von Europäern unter deutscher Besatzung und ihre Versuche, eine fragmentierte Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft zu retten und zu konstruieren. Ihr Bedürfnis nach Zeitungen, Kino, Theater und Musik, ihre Teilnahme an religiösen Prozessionen und Radrennen werden ebenso betrachtet wie weitere Mikrowelten von Treffs in Cafés, Konsum, Liebesaffären und Kinderspielen. Erkennbar wird die Wahrnehmung von Krieg, Besetzung und Holocaust von Erwachsenen sowie Kindern in ihren subjektiven Dimensionen.

Nicholas Stargardt, 1962 geboren, ist Professor für Neuere Europäische Geschichte und Vizepräsident am Magdalen College der Universität Oxford. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehört die Gesellschaftsgeschichte des Nationalsozialismus. Auf Deutsch erschienen von ihm die Bücher *Kinder in Hitlers Krieg* (2008) und *Der deutsche Krieg 1939–1945* (2015).

Tatjana Tönsmeyer, 1968 geboren, ist Professorin für Neuere und Neueste Geschichte an der Bergischen Universität Wuppertal. Sie ist Mitinitiatorin und Leiterin des laufenden Forschungs- und Editionsprojekts „Societies under German Occupation – Experiences and Everyday Life in World War

01) Dominikanerstudien

Veranstalter

Prof. Dr. Sabine von Heusinger, Mittelalterliche Geschichte, Universität zu Köln, P. Elias H. Füllenbach OP, Institut zur Erforschung der Geschichte des Dominikanerordens im deutschen Sprachraum (IGDom) (Universität zu Köln)

Ausrichter

Universität zu Köln

Veranstaltungsort

online

50932 Köln

Vom - Bis

18.02.2022 - 18.02.2022

Von

Sabine von Heusinger, Historisches Institut, Universität zu Köln

Der Workshop möchte Doktoranden die Möglichkeit bieten, ihre aktuellen Forschungsprojekte einem größeren Publikum zu präsentieren und zur Diskussion zu stellen.

Dominikanerstudien

Der Schwerpunkt liegt auf dem Spätmittelalter, es kommen Themen nördlich und südlich der Alpen zur Sprache und es werden verschiedene methodische Ansätze, von den „gender studies“ bis zur „new philology“, vorgestellt.

Programm

14:30 Uhr Begrüßung

14:45 Uhr Simon Götz (Universität Konstanz) Verwaltung als Reformmedium? - Die späte Reform eines Dominikanerinnenkonventes in Konstanz

15:35 Uhr Pause

15:50 Uhr Adrian Kammerer (Universität zu Köln): Drittordensleute in dominikanischen Konventen

16:40 Uhr Pause

17:00 Uhr Maria Chiara Levorato (Universität Würzburg): „Io Caterina scrivo a voi“: Zur Redekunst in den Briefen der mantellata Katharina von Siena

Kontakt

Bitte melden Sie sich per Mail an bei sekretariat-svh@uni-koeln.de, (Betreff: Workshop Dominikanerstudien), Sie erhalten zeitnah den Zoom-link

Zitation

Dominikanerstudien. In: H-Soz-Kult, 20.12.2021, www.hsozkult.de/event/id/event-114866.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

02) Ein Objekt, viele Fragen - Die Schlossplane: Illusion und Argument

Veranstalter

Stiftung Humboldt Forum im Berliner Schloss

Veranstaltungsort

Humboldt Forum Saal 3

10178 Berlin

Vom - Bis

23.02.2022 - 23.02.2022

Von

Sönke Schneidewind, Kommunikation, Stiftung Humboldt Forum im Berliner Schloss

In der Diskursreihe "Ein Objekt, viele Fragen" geht es diesmal um ein Stück dieser Plane, das als Spur zur Geschichte des Ortes im Humboldt Forum ausgestellt ist. Ausgehend von dem Exponat spricht die französische Künstlerin Catherine Feff, die mit ihrem Team 1992/93 die Fassadensimulation geschaffen hat, mit der Kuratorin für Wissenschaft und Forschung Uta Kornmeier.

Ein Objekt, viele Fragen - Die Schlossplane: Illusion und Argument

Die Diskussion um den Abriss des Palastes der Republik und den Wiederaufbau des Berliner Schlosses verlief Anfang der 1990er-Jahre weitgehend abstrakt. Vor allem wurde sie in Zeitungsartikeln, Podiumsdiskussionen und Interviews verbal geführt – nicht visuell. Dies änderte sich, als der Förderverein Berliner Schloss e. V. eine Plane beauftragte, die auf einem riesigen Gerüst die Fassade des Schlosses in Originalgröße wiederauferstehen ließ.

In der Diskursreihe „Ein Objekt, viele Fragen“ geht es diesmal um ein Stück dieser Plane, das als Spur zur Geschichte des Ortes im Humboldt Forum ausgestellt ist. Ausgehend von dem Exponat spricht die französische Künstlerin Catherine Feff, die mit ihrem Team 1992/93 die Fassadensimulation geschaffen hat, mit der Kuratorin für Wissenschaft und Forschung Uta Kornmeier über Fragen wie: Wie bemalt man eine 8.500-qm-große Leinwand? Was macht illusionistische Kunst so wirksam? Wie sieht die Künstlerin rückblickend ihre Rolle in der Diskussion um den Wiederaufbau des Schlosses?

Weitere Informationen: Preis 10,00 EUR. Sprachen: Deutsch/Englisch. Rollstuhlgerecht.
Ort: Saal 3, EG. Max. 15 Personen.

<https://www.humboldtforum.org>

Zitation

Ein Objekt, viele Fragen - Die Schlossplane: Illusion und Argument. In: H-Soz-Kult, 31.01.2022, www.hsozkult.de/event/id/event-115489.

Copyright (c) 2022 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de

03) „Der Osten im Westen“. Deutschsprachige Autoren aus dem östlichen Europa im Rundfunk nach 1945

Veranstalter

Leibniz-Institut für Medienforschung, Hans-Bredow-Institut, Hamburg / Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa

Veranstaltungsort

Deutsches Rundfunkarchiv (DRA)
60320 Frankfurt am Main

22.03.2022 - 23.03.2022

Frist:

15.12.2021

Von

Hans-Ulrich Wagner, Wissen für die Mediengesellschaft, Kompetenzbereich Mediengeschichte, Leibniz-Institut für Medienforschung, Hans-Bredow-Institut

Die Verbindungen von Literatur und Medien, von Autorinnen und Autoren aus dem östlichen Europa und der Rolle des Rundfunks nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in der Bundesrepublik und in der DDR werden auf dem Workshop ausgelotet. Der Workshop bringt am Thema interessierte Nachwuchswissenschaftler aus den Literatur- und Medienwissenschaften im Deutschen Rundfunkarchiv am Standort Frankfurt/Main mit Archivmitarbeitern der Rundfunkanstalten und des DRA ins Gespräch.

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges flohen viele deutschsprachige Autorinnen und Autoren aus dem östlichen Europa in die vier Besatzungszonen, aus denen 1949 die Bundesrepublik und die DDR entstanden. Mit ihrer literarischen und publizistischen Arbeit reagierten sie auf die Erfahrungen von Krieg und Flucht, von Verlust der Heimat und vom Start in einer neuen Umgebung. Der Arbeit für die Rundfunksender kam dabei eine besondere Bedeutung zu, bildeten diese doch sehr schnell zentrale Orte der Literaturproduktion und der Literaturvermittlung und übernahmen eine wichtige Rolle in den neu entstehenden Literaturbetrieben.

Diese rundfunkliterarische und rundfunkpublizistische Tätigkeit von Autorinnen und Autoren, aus „dem Osten“ ist insgesamt bislang wenig erforscht, auch wenn es Ausnahmen gibt, wie etwa die des in Estland geborenen Hörspielautors Fred von Hoerschelmann (1901–1976)

oder die des in Schlesien geborenen Friedrich Bischoff (1896–1976). Er war Schriftsteller und vor 1933 Intendant der Schlesischen Funkstunde in Breslau; nach dem Krieg startete er eine zweite Rundfunk-Karriere beim Südwestfunk. Bis 1965 war er Intendant der Rundfunkanstalt und prägte mit den Redakteuren in Baden-Baden das Programm nachhaltig. Ein weiteres Beispiel verdeutlicht die verschlungenen Wege, die mitunter gegangen wurden. So arbeitete der in Prag in einer deutschsprachigen jüdischen Familie aufgewachsene Dr. Vilém Fuchs (1933–1990) zunächst bis 1965 als Chefredakteur der deutschsprachigen Sendungen von Radio Prag, bevor er 1971 Leiter der Abteilung Kultur und Gesellschaft bei Radio Bremen wurde. Schließlich kamen viele Schriftsteller der sogenannten „jungen Generation“ nach 1945 zum ersten Mal mit dem Rundfunk in Kontakt. Dies konnte wie im Fall des in Ostpreußen geborenen Siegfried Lenz zu einer lebenslangen Medienarbeit führen.

Diese Verbindungen von Literatur und Medien, von Autorinnen und Autoren aus dem östlichen Europa und der Rolle des Rundfunks nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in der Bundesrepublik und in der DDR sollen auf dem Workshop ausgelotet werden. In den Archiven der ARD-Landesrundfunkanstalten und im Deutschen Rundfunkarchiv (DRA) gibt es Hörfunkaufnahmen von deutschsprachigen Autorinnen und Autoren aus dem östlichen Europa, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg „im Westen“ eine neue Existenz aufbauen mussten. Diese Stimmen im Rundfunk der ersten Nachkriegsjahrzehnte in der Bundesrepublik und in der DDR sollen wiederentdeckt und die Kontexte der Aufnahmen erforscht werden.

Dazu bringt der Workshop am Thema interessierte Nachwuchswissenschaftler aus den Literatur- und Medienwissenschaften im Deutschen Rundfunkarchiv am Standort

Frankfurt/Main mit Archivmitarbeiter der Rundfunkanstalten und des DRA ins Gespräch. Die Teilnehmer erhalten Gelegenheit, Skizzen mit Forschungsinteressen und geplanten Projekten vorzustellen und zu diskutieren sowie einen Einblick in vorhandene Archivbestände zu bekommen.

Ein damit verbundenes Ziel des Workshops ist es, Forschungen im Schnittpunkt von Rundfunk- und Literaturgeschichte, von Programm- und Zeitgeschichte anzustoßen. Im Zusammenhang mit einem geplanten Forschungsprojekt der Veranstalter besteht die Möglichkeit, eigene Fragestellungen aus diesem Themenfeld einzubringen und diese im Rahmen einer Dissertation und/oder eines Post-Doc-Projekts zu bearbeiten. Ein entsprechender Antrag kann gemeinsam mit den ausgewählten Nachwuchskräften entwickelt und eingereicht werden.

Der call for papers richtet sich an Masterabsolventen mit Promotionswunsch, Doktoranden und Post-Docs. Sie sind eingeladen, laufende Arbeiten bzw. Projektideen zum oben genannten Themenfeld und den damit verknüpften Fragestellungen vorzustellen. Auf der Grundlage der eingegangenen Exposés werden die Archivare gebeten, speziell zu den Themenvorschlägen eine kleine Auswahl von passenden Dokumentenbeispielen aus ihren jeweiligen Archiven zu präsentieren.

Fragestellungen

Im Fokus steht die Medienarbeit von Autoren aus dem östlichen Europa und speziell ihre Arbeit für die Radioprogramme in den ersten Nachkriegsjahrzehnten. Folgende Fragestellungen sollen angegangen werden:

Seite 111 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 810 vom 17.02.2022

- Wie gingen Literaten und Journalisten aus dem östlichen Europa mit dem Ankommen in einer neuen Umgebung/Region um?
- Wie gestalteten sie den beruflichen und literarischen Neubeginn in einer anders geprägten Kulturlandschaft?
- Wie verhielten sie sich zu Traumata der Kriegs- und Nachkriegszeit?
- Welche Themen wählten sie für ihr Schreiben?
- Welche medialen Strategien der Bewältigung ihrer neuen Situation entwickelten sie, und welche Rolle spielte dabei das Medium Rundfunk?
- Wie nahmen sie selbst und die neuen Zuhörer ihre andere Sprachfärbung / ihren Dialekt wahr? Wie veränderte sich ihre Sprache?
- Wieviel „Osten“ steckte in ihrer neuen Tätigkeit im „Westen“ (Kontinuitäten, Brüche)?
- Gab es Unterschiede zwischen Westdeutschland und der DDR im medialen Umgang der

Literaturschaffenden mit ihrer neuen Situation, bzw. in ihrer Rezeption durch die neue Umgebung?

Bitte senden Sie Ihr Exposé (ca. 2.500 Zeichen), einen kurzen Lebenslauf mit E-Mail- und Postanschrift (ca. 1.000 Zeichen) bis spätestens 15.12.2021 an:

Leibniz-Institut für Medienforschung, Hans-Bredow-Institut Hamburg
Dr. Hans-Ulrich Wagner (E-Mail: h.u.wagner@leibniz-hbi.de)

Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa
Maria Luft (E-Mail: maria.luft@bkge.uni-oldenburg.de)

Die Fahrt- und Unterkunftskosten für die wissenschaftlichen Workshop-Teilnehmer:innen werden vorbehaltlich vorhandener Haushaltsmittel erstattet.

Projektpartner:

- Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (BKGE), Oldenburg
- Leibniz-Institut für Medienforschung, Hans-Bredow-Institut, Hamburg
- Stiftung Deutsches Rundfunkarchiv
- Historische Kommission der ARD
- Deutsches Kulturforum östliches Europa, Potsdam

Kontakt

Dr. Hans-Ulrich Wagner
E-Mail: h.u.wagner@leibniz-hbi.de
Maria Luft
E-Mail: maria.luft@bkge.uni-oldenburg.de

Zitation

„Der Osten im Westen“. Deutschsprachige Autor:innen aus dem östlichen Europa im Rundfunk nach 1945. In: H-Soz-Kult, 26.07.2021, www.hsozkult.de/event/id/event-98894.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

04) Fachtagung zur Literatur der Wolgadeutschen, 24. bis 26. März 2022



Terminhinweis

Nr. 01/2022

Fachtagung zur Literatur der Wolgadeutschen

In der deutschsprachigen Gegenwartsliteratur gibt es eine Reihe von Texten, die bereits vor der Einwanderung ihrer Autoren nach Deutschland zur Migrations- und interkulturellen Literatur zählten. Gemeint sind die Werke von Heimatvertriebenen und Spät-/Aussiedlern, die bis zu den beiden Weltkriegen im östlichen Europa beheimatet waren. Zu den bekanntesten unter ihnen gehören die Wolgadeutschen im Russischen Reich und in der Sowjetunion.

Ziel der Fachtagung „Die Literatur der Wolgadeutschen: Geschichte, Werke, Menschen“ der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen in Zusammenarbeit mit der Technischen Universität Chemnitz und dem Beauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler im Freistaat Sachsen, Dr. Jens Baumann, ist es, bisher weitgehend unbekannte Themen, Persönlichkeiten, kanonische Werke sowie Zeiträume und Existenzbedingungen eines scheinbar eigenständigen Literaturbetriebs der interessierten Öffentlichkeit vorzustellen. In der Zusammenschau ergeben die Vorträge einen Parforceritt durch die Literaturgeschichte (nicht nur) der Deutschen an und von der Wolga. Es referieren sowohl namhafte und teilweise ebenfalls literarisch aktive Experten als auch junge Forscher.

Fachtagung: Die Literatur der Wolgadeutschen: Geschichte, Werke, Menschen

Wann: Donnerstag, den 24. März 2022, (ab 15 Uhr) bis Samstag, den 26. März 2022 (bis 12 Uhr)

Wo: Goethe-Institut Dresden, Königsbrücker Straße 84, 01099 Dresden

Achtung: Anwesend sind nur die Veranstalter, Referenten sowie geladene Journalisten. Die Veranstaltung wird übertragen im Live-Stream auf dem YouTube-Kanal der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen: www.bit.ly/kulturstiftungvideo

Berlin, 14.02.2022

Bonner Geschäftsstelle
Godesberger Allee 72-74
53175 Bonn
Telefon: +49 228 915 12 0

Berliner Büro
Brunnenstraße 191
10119 Berlin
Telefon: +49 30 863 355 10

Mail:
presse@kulturstiftung.org

Web:
www.kulturstiftung.org

Präsenz-Lesung im Rahmen der Hybrid-Fachtagung

Titel: Vom Erinnern und den Lücken dazwischen

am: 25. März 2022
ab: 19.30 Uhr
mit: Melitta L. Roth und Eleonora Hummel

Eintritt frei, Kapazität begrenzt, Anmeldung bis 20. März erforderlich unter:
wolgadeutsche.tagung@outlook.de





Die Beschäftigung mit dem Thema lohnt sich gerade mit Blick auf den wachsenden Markt an im weitesten Sinne russlanddeutscher Gegenwartsliteratur. Im Rahmen der Fachtagung bieten zwei ihrer bekanntesten Gesichter am Freitagabend, den 25. März 2022, eine gemeinsame Lesung an: die Hamburger Autorin und Bloggerin **Melitta L. Roth** sowie die Dresdner Schriftstellerin **Eleonora Hummel**.

- Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen

Bei Teilnahmeinteresse sowie für weitergehende Fragen kontaktieren Sie bitte die Organisatorin der Tagung, Tatjana Kohler, unter:
wolgadeutsche.tagung@outlook.de

Gerne vermitteln wir Interview- und Fotomöglichkeiten mit der Hamburger Autorin und Bloggerin **Melitta L. Roth** sowie der Dresdner Schriftstellerin **Eleonora Hummel** im Rahmen ihrer Lesung am 25. März 2022.

Die mitgeschickten Fotos und Cover sind unter Nennung des Copyrightinhabers beziehungsweise des Verlags (jeweils im Dateinamen vermerkt) für Ihre Berichterstattung frei verwendbar.

Für die finanzielle Förderung der Veranstaltung dankt die Kulturstiftung dem:



In Kooperation mit:



TECHNISCHE UNIVERSITÄT
CHEMNITZ

Aktuelle Änderungen im Programm entnehmen Sie bitte unseren Internetseiten:

www.kulturstiftung.org

Weitere Auskünfte:

Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen
Godesberger Allee 72-74, 53175 Bonn
Brunnenstraße 191, 10119 Berlin
Telefon Bonn: 0228 / 915 12 0
Telefon Berlin: 030 / 863 355 10
E-Mail: kontakt@kulturstiftung.org



Abbildung Vorderseite:
Literaturregal im Museum für norddeutsche Kulturgeschichte
(Foto: Tomáš Randýšek)

HINWEISE FÜR TAGUNGSTEILNEHMER

1. Live-Stream und Aufzeichnung der Tagung

Die Fachtagung unter dem Titel „Die Literatur der Wolgadeutschen – Geschichte, Werke, Menschen“ wird vom 24. bis 26. März 2022 als Live-Stream auf dem Youtube-Kanal der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen übertragen und anschließend dort abrufbar bleiben:

www.bit.ly/kulturstiftungvideo

2. Teilnahmemöglichkeit an der Tagung

Während der Ausstrahlung des Live-Streams können auf dem YouTube-Kanal der Kulturstiftung Fragen an die jeweiligen Referenten gestellt werden.

3. Anmeldung zur Autorinnenlesung

Die Autorinnenlesung „Vom Erinnern und den Lücken dazwischen“ findet am Freitag, den 25. März 2022, im [Goethe-Institut Dresden](http://www.goethe-institut-dresden.de) (Königsbrücker Straße 84, 01099 Dresden) statt. Es wird einen Live-Stream mit Aufzeichnung geben, doch auch eine Teilnahme vor Ort ist möglich. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt – es gilt die aktuelle Corona-Landesverordnung des Freistaates Sachsen (www.coronavirus.sachsen.de). Bei Interesse an einer Teilnahme in Präsenz melden Sie sich bitte bis Sonntag, den 20. März 2022, an unter:

wolgadeutsche.tagung@outlook.de



EINLADUNG



Die Literatur der
Wolgadeutschen:
Geschichte, Werke, Menschen

Historisch-literaturwissenschaftliche
Fachtagung

24. bis 26. März 2022
Live-Stream aus Dresden

Zum Tagungsthema

Die Vielfalt einer Gesellschaft wie die der Bundesrepublik Deutschland spiegelt sich auf mehreren Ebenen wider. Eine davon ist die Literatur, wie das wachsende Angebot an Migrations- und interkultureller Literatur zeigt. Darunter befindet sich eine Gruppe von Texten, die nicht erst mit der Einwanderung ihrer Autorinnen und Autoren nach Deutschland zur Migrations- und interkulturellen Literatur wurde. Gemeint sind die Werke deutschsprachiger Heimatvertriebener und Spät-/Aussiedler, die bis zu den beiden Weltkriegen im östlichen Europa beheimatet waren. Zu den bekanntesten gehören die Wolgadeutschen im Russischen Reich und der Sowjetunion.

Im Nachgang des 80. Jahrestags ihrer Deportation unter Josef Stalin per Erlass vom 28. August 1941 stellen der Beauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler im Freistaat Sachsen, die Technische Universität Chemnitz und die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen das literarische Schaffen der Wolgadeutschen sowie ihrer Nachfahren in der späten Sowjetunion und in der „Berliner Republik“ in den Fokus einer gemeinsamen Fachtagung. Ziel ist es, bisher weitgehend unbekannte Themen, Persönlichkeiten, kanonische Werke sowie Zeiträume und Existenzbedingungen eines scheinbar eigenständigen Literaturbetriebs der interessierten Öffentlichkeit vorzustellen.

Denn obwohl die hiesige Forschung zur wolgadeutschen Literatur im Besonderen und der russlanddeutschen Literatur im Allgemeinen noch recht lückenhaft ist, lohnt sich die Beschäftigung – gerade mit Blick auf den wachsenden Markt an im weitesten Sinne russlanddeutscher Gegenwartsliteratur. Die Vorträge ausgewiesener, teilweise ebenfalls literarisch aktiver Expertinnen und Experten als auch von jungen Forschenden werden abgerundet durch eine Autorinnenlesung am Freitagabend.

PROGRAMM

Donnerstag, 24. März 2022

- 15.00 Uhr – Grußworte und Einführung
 > Prof. Dr. Frank-Lothar Kroll, Technische Universität Chemnitz
 > Dr. Jens Baumann, Beauftragter für Vertriebene und Spätaussiedler im Freistaat Sachsen
 > Reinfried Vogler, Vorstandsvorsitzender der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen
- 15.30 Uhr – Entstehung und gewaltsame Auflösung einer eigenständigen nationalen Minderheit: der Fall Wolgadeutsche
 > Dr. Viktor Krieger, Bayerisches Kulturzentrum der Deutschen aus Russland

16.30 Uhr – Erfrischungspause

- 16.45 Uhr – Literarisierte Wirklichkeit. Leben an Wolga und nördlicher Schwarzmeerküste in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg
 > Prof. em. Dr. Annelore Engel, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Freitag, 25. März 2022

- 9.15 Uhr – Gerhard Sawatzkys Roman „Wir selbst“ (1938/2020) und die Wolgadeutsche Republik
 > Prof. Dr. Carsten Gansel, Justus-Liebig-Universität Gießen

10.15 Uhr – Erfrischungspause

- 10.30 Uhr – „Sowjetdeutsche“ Literatur der Nachkriegszeit: Zwischen dem „Großen Schweigen“ und dem Ausgang in die historische Heimat
 > Nina Paulsen, Publizistin, Literaturkritikerin und Redakteurin bei der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, LMDR Stuttgart

11.15 Uhr – Erfrischungspause

- 11.45 Uhr – 25 Jahre Literaturkreis der Deutschen aus Russland e.V.: Entstehung, Aktivitäten, Zusammenarbeit mit Verlagen und Förderung junger Autoren
 > Agnes Gossen-Giesbrecht, Schriftstellerin, Übersetzerin sowie Mitbegründerin und ehem. Vorsitzende des Literaturkreises der Deutschen aus Russland e.V.

12.45 Uhr – Mittagspause

- 15.00 Uhr – Zivilgesellschaftliche Organisationen in Deutschland
 > Dietmar Schulmeister, Landsmannschaft der Deutschen aus Russland und Russlanddeutsche Kulturtage
 > Artur Böppe, Bayerisches Kulturzentrum der Deutschen aus Russland
 > Alexandra Dornhof, Interessengemeinschaft der Deutschen aus Russland in Hessen

- 15.30 Uhr – Russlanddeutsche Literatur im Rahmen eines diversitätssensiblen Literaturunterrichts
 > Julia Podelo, Humboldt-Universität zu Berlin

16.00 Uhr – Erfrischungspause

- 16.15 Uhr – Das Theater der deutschsprachigen Minderheit in der Sowjetunion: Zwischen Emanzipation und Abhängigkeit
 > Jan Pöhlking, Ruhr-Universität Bochum

- 16.45 Uhr – Von „Der eigene Herd“ bis „Die Kist' von der Wolga“: Inszenierungen wolgadeutscher Texte im Kontext der Zeit
 > Edwin Warkentin, Kulturreferent für Russlanddeutsche am Museum für russlanddeutsche Kulturgeschichte

- 19.30 Uhr – Kulturelles Abendprogramm
 „Vom Erinnern und den Lücken dazwischen“
 Lesung mit der bloggenden „Scherbensammlerin“ Melitta L. Roth und ihrem Ehrengast, der Dresdner Schriftstellerin Eleonora Hummel

Samstag, 26. März 2022

- 9.15 Uhr – Die Methodologie zur Erforschung der russlanddeutschen Literatur
 > Prof. Dr. Elena Seifert, Russische Staatliche Geisteswissenschaftliche Universität

10.15 Uhr – Erfrischungspause

- 10.30 Uhr – Religiöse Weltanschauung und literarische Verarbeitung von Migration am Beispiel der russlanddeutschen Mennoniten
 > Dr. Lilli Gebhard, freie Mitarbeiterin im Museum für russlanddeutsche Kulturgeschichte

11.30 Uhr – Zusammenfassung und Schlussworte



Terminhinweis

Nr. 02/2022

Lesung und Premiere mit Eleonora Hummel und Melitta L. Roth

Am letzten Märzwochenende präsentiert die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen in Kooperation mit der Technischen Universität Chemnitz und dem Beauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler im Freistaat Sachsen, Dr. Jens Baumann, eine Lesung mit zwei der bekanntesten Gesichter der **russlanddeutschen Gegenwartsliteratur**, der Hamburger Autorin und Bloggerin **Melitta L. Roth** (Pseudonym) sowie der mehrfach ausgezeichneten Dresdner Schriftstellerin **Eleonora Hummel**.

Das Publikum, sowohl vor Ort als auch im Live-Stream, erwartet zunächst ein kurzer Impulsvortrag mit dem Titel „Vom Erinnern und den Lücken dazwischen“ von Melitta L. Roth. Anschließend liest sie aus ihrem Erzählband „Gesammelte Scherben“ (2020, ostbooks Verlag) und erzählt von der Arbeit an ihrem literarischen Blog „Scherben Sammeln – Geschichten aus meiner Aussiedler-Parallelwelt“.

Diesem Auftakt folgt ein weiterer Höhepunkt, denn die Dresdner Schriftstellerin Eleonora Hummel liest – passend zum Motto des Abends – einen Ausschnitt aus ihrem jüngsten Werk „Die Wandelbaren“ (2019, Mury Salzmann Verlag). Dabei handelt es sich um einen historischen Schlüsselroman anlässlich des 40. Jubiläums des **Deutschen Theaters in Kasachstan**.

Lesung: Vom Erinnern und den Lücken dazwischen. Lesung mit der bloggenden „Scherbensammlerin“ Melitta L. Roth und ihrem Ehrengast, der Dresdner Schriftstellerin Eleonora Hummel

Wann: Freitag, den 25. März 2022 von 19.30 Uhr bis ca. 21.00 Uhr (Einlass ab 19 Uhr)

Wo: Goethe-Institut Dresden, Königsbrücker Straße 84, 01099 Dresden

Eintritt: frei

Teilnahme: Kapazität vor Ort ist begrenzt, Anmeldung bis **20. März** erforderlich unter: wolgadeutsche.tagung@outlook.de

Stream: www.bit.ly/kulturstiftungvideo

Berlin, 14.02.2022

Bonner Geschäftsstelle
Godesberger Allee 72-74
53175 Bonn
Telefon: +49 228 915 12 0

Berliner Büro
Brunnenstraße 191
10119 Berlin
Telefon: +49 30 863 355 10

Mail:
presse@kulturstiftung.org

Web:
www.kulturstiftung.org





Gegen 20.30 Uhr endet der Live-Stream, denn zum Abschluss erwartet das Präsenz-Publikum eine **Premiere**: Melitta L. Roth, die bereits in zahlreichen Anthologien und Zeitschriften publiziert hat, liest nur an diesem Abend einen bislang unveröffentlichten Prosatext vor.

Im Anschluss laden die Veranstalter zu einem kleinen **Stehempfang** sowie zum Stöbern, denn der Literaturkreis der Deutschen aus Russland betreut einen **Bücherverkaufstisch** zur russlanddeutschen Gegenwartsliteratur. Durch den Abend führt Tatjana Kohler (Berlin/Frankfurt an der Oder).

- Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen

Bei Teilnahmeinteresse sowie für weitergehende Fragen kontaktieren Sie bitte die Organisatorin der Tagung, Tatjana Kohler, unter:
wolgadeutsche.tagung@outlook.de

Gerne vermitteln wir Interview- und Fotomöglichkeiten mit der Hamburger Autorin und Bloggerin **Melitta L. Roth** sowie der Dresdner Schriftstellerin **Eleonora Hummel** im Rahmen ihrer Lesung am 25. März 2022.

Die mitgeschickten Fotos und Cover sind unter Nennung des Copyrightinhabers beziehungsweise des Verlags (jeweils im Dateinamen vermerkt) für Ihre Berichterstattung frei verwendbar.



Melitta L. Roth



Eleonora Hummel

05) Europa und Deutschland 1939–45. Gewalt im Museum

Veranstalter

Deutsches Historisches Museum

Veranstaltungsort

Unter den Linden 2 und via Zoom

Gefördert durch

Dr. Christiane und Dr. Nicolaus Weickart

10117 Berlin

Vom - Bis

31.03.2022

Von

Nicola Schnell, Kommunikation, Stiftung Deutsches Historisches Museum (DHM)

4. Symposium in der Reihe "Historische Urteilskraft".

Europa und Deutschland 1939–45. Gewalt im Museum

Im Oktober 2020 beschloss der Deutsche Bundestag, ein Dokumentationszentrum zur Geschichte des Zweiten Weltkrieges und der deutschen Besatzungsherrschaft in Europa zu errichten. Mit der Ausarbeitung des Realisierungskonzepts wurde das Deutsche Historische Museum beauftragt. Wir nehmen dies zum Anlass, das vierte Symposium unserer Reihe „Historische Urteilskraft“ diesem Thema zu widmen und laden dazu ein, sich Aspekten der deutschen Besatzungsherrschaft über insgesamt etwa 230 Millionen Menschen in heute 27 europäischen Ländern zu nähern.

Im Zentrum der Diskussionen und Vorträge internationaler Expert:innen steht die Frage, wie man Gewalt ausstellen kann, und welche Art von Objekten welche Geschichten über die Gewaltherrschaft erzählen können.

Konferenzsprachen: Deutsch und Englisch / Simultanübersetzung

Das Symposium wird aufgezeichnet sowie per Livestream übertragen:
[dhm.de/historischeurteilskraft/livestream](https://www.dhm.de/historischeurteilskraft/livestream).

Wir bitten um Ihr Verständnis, dass es aufgrund der aktuellen Lage zu Änderungen kommen kann. Aktuelle Informationen finden Sie auf unserer Homepage <https://www.dhm.de>.

Programm

09.00–9.30 / Registrierung

09.30–10.30 Uhr / Raphael Gross (Stiftung Deutsches Historisches Museum): Begrüßung

Keynote

Jens-Christian Wagner (Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, Weimar):
Gewalt ausstellen. Zur Musealisierung der deutschen Besatzungsherrschaft im Zweiten Weltkrieg

10.30–12.30 Uhr *Panel 1: Besatzungsherrschaft in Objekten*

Julia S. Torrie (St. Thomas University, Fredericton): Besatzung oder Urlaub? Deutsche in Frankreich, 1940–44

Fritz Backhaus (Stiftung Deutsches Historisches Museum): Objekte der Besatzungsherrschaft erkennen, erforschen, ausstellen. Ein Blick in die Sammlung des Deutschen Historischen Museums

Im Gespräch:

Julia Franke, Lili Reyels (Stiftung Deutsches Historisches Museum)
Moderation: Raphael Utz (Stiftung Deutsches Historisches Museum)

12.30–14.00 Uhr Mittagspause

14.00–16.00 Uhr *Panel 2: Gestohlene und zerstörte Objekte*

Meike Hopp (Technische Universität Berlin): Der deutsche Kulturgutraub in den besetzten Gebieten: Warum Versuche der Kategorisierung und Quantifizierung scheitern

Im Gespräch:

Wolfgang Eichwede (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)
Bianca Gaudenzi (Deutsches Historisches Institut Rom)
Hermann Parzinger (Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Berlin)
Moderation: Benjamin Lahusen (Europa-Universität Viadrina, Frankfurt an der Oder)

16.00–16.30 Uhr Kaffeepause

16.30–19.00 Uhr *Panel 3: Objekte der Erinnerung*

Sabina Ferhadbegović (Friedrich-Schiller-Universität Jena): Unter den Galgen. Erinnerung an die deutsche Besatzung in Jugoslawien

Im Gespräch:

Mary Fulbrook, Philippe Sands (University College London)
Moderation: Natalia Aleksion (University of Florida, Gainesville)

Raphael Gross (Stiftung Deutsches Historisches Museum): Abschlusskommentar

Kontakt

Jenny Jakubik und Sonja Trautmann

E-Mail: tagungsbuero@dhm.de
Tel.: +49 (0)30 20304-415/-411

Anmeldung bis 09.03.2022 unter <https://www.dhm.de/historischeurteilstkraft/anmeldung>.

<https://www.dhm.de/besuch/veranstaltungen/tagungen-und-symposien/europa-und-deutschland-1939-45-gewalt-im-museum/>

Zitation

Europa und Deutschland 1939–45. Gewalt im Museum. In: H-Soz-Kult, 30.01.2022, www.hsozkult.de/event/id/event-115563.

Copyright (c) 2022 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

06) Modell Volkskirche – Ein Jahrhundert im Wandel Strukturen, Praxis, Perspektiven

Veranstalter

Kommission für kirchliche Zeitgeschichte der Evangelischen Kirche von Westfalen

Veranstaltungsort

Landeskirchenamt der Evangelischen Kirche von Westfalen

Gefördert durch

Evangelische Kirche von Westfalen

33602 Bielefeld

Vom - Bis

31.03.2022 - 01.04.2022

Frist

03.03.2022

Von

Norbert Friedrich, Fliedner-Kulturstiftung Kaiserswerth

Die Tagung will in einem historischen Zugriff gesellschaftlich relevante Dimensionen des komplexen Untersuchungsgegenstands "Volkskirche" im 20. Jahrhundert ausloten.

Seit Friedrich Schleiermacher den Begriff „Volkskirche“ in den theologischen Diskurs einführte und Johann Hinrich Wichern öffentlichkeitswirksam missionarische Forderungen an die evangelische Kirche zum Wohle des Volkes stellte, hat sich diese Wortschöpfung zu einem Schlagwort für unzählige Kontroversen entwickelt.

Nachdem in der Weimarer Reichsverfassung 1919 den kirchlichen Religionsgesellschaften der Status einer „Körperschaft des öffentlichen Rechts“ zuerkannt und 1949 durch die Übernahme in das Grundgesetz bestätigt wurde, nehmen die Kirchen auf vertraglicher Basis Einfluss auf alle gesellschaftlichen Bereiche von der Bildung und Erziehung über den Gesundheits- und Wohlfahrtssektor bis zur Polizei- und Heeresseelsorge, kurzum: Sie handeln im expliziten Sozial-, Kultur- und Bildungsauftrag des Staates.

Das spezifisch deutsche Arrangement zwischen Staat und Kirche gerät in Zeiten abnehmender Kirchenmitgliedschaft zunehmend unter Rechtfertigungsdruck, während

diakonisches Handeln und religiöse Dienstleistungsangebote in der Öffentlichkeit weiterhin hoch im Kurs stehen. Dieser ambivalente Trend regt dazu an, erneut Fragen nach den Ursprungsideen des Konzepts Volkskirche, ihrer gesellschaftlichen Rolle als kirchlich verfasster Deutungs- und Handlungsinstanz sowie der Legitimation eines plausiblen Modells von Kirche im Volk als „Wohlfahrtsträger und Wertelieferantin“ zu stellen.

Programm

Donnerstag, 31. März 2022

10.30 Uhr Stehkafee

11.00 Uhr Eröffnung, Grußworte
Dr. Vicco von Bülow (Bielefeld)

11.15 Uhr Einführung

Prof. Dr. Hinnerk Wißmann (Münster): Die Volkskirche als Resonanzraum des Religionsverfassungsrechts

Dr. Benedikt Brunner (Mainz): Konfigurationen und Potenziale eines evangelischen Grundbegriffs im 20. Jahrhundert

13.15 Uhr Gelegenheit zum Mittagessen

14.45 Uhr *1. Sektion: Historischer Zugriff*

Dr. Norbert Friedrich (Hagen): Wilhelm Zoellner und die Kirche – Zwischen Monarchie, Demokratie und Diktatur

Prof. Dr. Ute Gause (Bochum): „Den Pastoren leistet Ehrerbietung und Gehorsam“ – Gemeindepflege der Sareptadiakonissen im Ruhrgebiet und in Westfalen

16.15 Uhr Kaffeepause

16.45 Uhr *2. Sektion: Historischer Zugriff*

Prof. Dr. Jürgen Kampmann (Tübingen): Konkurrierende Konzeptionen von Volk, Kirche und Volkskirche in der nationalsozialistischen Zeit

17.45 Uhr Kaffeepause

18.00 Uhr Podiumsdiskussion und anschließender Empfang

Volkskirche: Konfessionelle Prägungen – gemeinsame Perspektiven?

Diskussionsteilnehmer:innen:

Präses Dr. h. c. Annette Kurschus (Westfalen)

Kirchenpräsident Joachim Liebig (Dessau-Roßlau)

Bischöflicher Generalvikar Klaus Pfeffer (Essen)

Kirchenpräsident Dr. h.c. Christian Schad i.R. (Speyer)

Moderation: Reinhard Mawick (Chefredakteur „Zeitzeichen“)

Freitag, 01. April 2022

8.30 Uhr Andacht

Dr. Vicco von Bülow (Bielefeld)

9.00 Uhr *Fortsetzung 2. Sektion: Historischer Zugriff*

Prof. Axel Noack (Halle an der Saale): Von der Orientierung auf die Kerngemeinde zur Kirche in der Diaspora – Überlegungen zur „Volkskirche“ in der DDR

Dr. Tobias Sarx (Ratzeburg): Kirchenkritik um 1968: Volkskirche als überholtes statisch-harmonisierendes Ferment der bürgerlichen Gesellschaft?

10.30 Uhr Kaffeepause

11.00 Uhr *3. Sektion: Volkskirche nach 1945*

Dr. Christoph Kösters (Bonn): Zum Wandel des katholischen Milieus nach 1945

Prof. Dr. Gerhard Wegner (Hannover): Die Entwicklung der Mitgliedschaft in den Evangelischen Kirchen in Deutschland: Faktoren und Folgen

12.30 Uhr Gelegenheit zum Mittagessen

14.00 Uhr *4. Sektion: Begriff „Volkskirche“ in der Diskussion*

Prof. Dr. Traugott Jähnichen (Bochum): Kirche im Volk – Transformationen volkskirchlicher Leitbilder

Prof. Dr. Antje Roggenkamp (Münster): Kirchbautag und Volkskirche: Strukturtheoretische Antinomien einer demokratisch konnotierten Begrifflichkeit

15.30 Uhr Abschlussdebatte und Schlusswort

Dr. Vicco von Bülow (Bielefeld)

Kontakt

Kommission für kirchliche Zeitgeschichte der Evangelischen Kirche von Westfalen
Geschäftsstelle
c/o Landeskirchliches Archiv
Bethelplatz 2
33617 Bielefeld
Tel.: 0521 594-164
E-Mail: marion.passlack@ekvw.de

Zitation

Modell Volkskirche – Ein Jahrhundert im Wandel Strukturen, Praxis, Perspektiven. In: H-Soz-Kult, 19.12.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-114825>.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de

07) Das "Bibliomigratorische" im deutsch-polnischen Kontext seit dem Zweiten Weltkrieg

Veranstalter

Konzeption / Organisation: Venessa de Senarclens, Humboldt Universität Berlin (Deutsches Historisches Institut Warschau)

Ausrichter

Deutsches Historisches Institut Warschau

Veranstaltungsort

Deutsches Historisches Institut Warschau

Gefördert durch Max Weber Stiftung

31.03. bis 01.04.2022

Anmeldefrist

01.09.2021

Von

Dorota Zielinska, Palac Karnickich, Niemiecki Instytut Historyczny w Warszawie (DHI Warschau)

Das „Bibliomigratorische“ im deutsch-polnischen Kontext seit dem Zweiten Weltkrieg
Konzeption / Organisation: Vanessa de Senarclens (senarclv@hu-berlin.de)

Der Historiker Robert Darnton hat die Geschichte eines Buches als einen lebendigen Kommunikationskreislauf – „a communication circuit“ – beschrieben, an dessen materieller Produktion, Vertrieb und Wirkung zahlreiche Akteure und Institutionen beteiligt sind: vom Autor zum Drucker und Buchhändler, über viele private wie öffentliche Räume wie Salons, Kaffee, Bibliotheken, in denen das Buch vom Leser interpretiert, diskutiert und adaptiert wird. Im 18. Jahrhundert, das Darnton untersucht, bilden diese Kommunikationskreise lebendige Netzwerke, die oft unter dem Radar der staatlichen Kontrolle interagieren. Auf verschlungenen und oft auch verbotenen Wegen werden Bücher durch ganz Europa transportiert, von Paris nach Warschau, von Dresden bis London, von Genf nach Leipzig.

Der Titel dieses Kolloquiums – Das Bibliomigratorische im deutsch-polnischen Kontext seit dem Zweiten Weltkrieg – rückt Bücher als Träger materieller aber auch immaterieller Geschichte in einen Kontext, in dem der Kreis der Kommunikation stark von der Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg geprägt ist. Mit dem Angriff Nazi-Deutschlands auf Polen 1939 wurden bis Kriegsende 1945 rund 70 bis 75 Prozent der polnischen Bibliotheksbestände dezimiert, zerstört oder verstreut. Gemäß einer Berechnung von 2015 überlebten von den 22,6 Millionen Bänden der polnischen Bibliotheken vor 1939 nur ein knappes Drittel. Nach der Verlegung der deutsch-polnischen Grenze entlang der Oder-Neiße-Linie im August 1945 gelangten hingegen Millionen von Büchern aus privaten, kirchlichen und auch ausgelagerten öffentlichen Sammlungen der Preußischen Staatsbibliothek in einen neuen nationalen Kontext. Aus polnischer Perspektive wurden diese „zurückgelassenen“ Bücher aus deutschen Bibliotheken als Staatseigentum betrachtet und als solches vor weiteren Plünderungen und Zerstörungen geschützt. Polen hat auch versucht, den Abtransport von „Trophäenbüchern“ in die Sowjetunion zu verhindern. Laut einem polnischen Gesetz vom 6. Mai 1945 waren sie „verlassen und aufgegeben“. Entsprechend bezeichnet man diese Bücher aus ehemaligen deutschen Bibliotheksbeständen als „sichergestellte Büchersammlungen“ und betrachtet sie als „Kompensation“ für die absichtliche Zerstörung von polnischen Archiven und Bibliotheken während des Krieges – wenn auch eine gänzlich

unzureichende und unverhältnismäßige. In der Bundesrepublik wie auch in der DDR und vielleicht erst recht im wiedervereinigten Deutschland sind diese Bücher mit Begriffen wie „Verlust“, „schmerzliche Lücke“ oder „Zerrissenheit der Nachlässe und Sammlungen“ verbunden. Sinnbild dieser Zerrissenheit ist sicher die 8. Sinfonie von Beethoven: Die Handschrift des ersten, zweiten und vierten Satzes sind in der Staatsbibliothek zu Berlin aufbewahrt, der dritten Satz Tempo di menuetto indessen in der Biblioteka Jagiellońska in Krakau.

In Anlehnung an den Begriff der „Bibliomigrancy“ von B. Venkat Mani, wollen wir auf dieser Tagung Geschichten von Büchermigrationen zwischen Deutschland und Polen ab 1939 in den Mittelpunkt stellen. Die Wortneuschöpfung, die auf dem englischen Wort „Migrancy“ abgeleitet ist, deutet nicht so sehr auf ein Ereignis hin – die Migration von einem Land in ein anderes oder von einer Sprache in eine andere – als vielmehr auf einen Zustand, der andauert und sich fortentwickelt. Bei dem Begriff „Bibliomigratorisch“ geht es ebenso um die Reise der Bücher in Raum und Zeit, wie auch um ihre sich wandelnde Semantisierung innerhalb geografischer, politischer, institutioneller und sprachlicher Räume. Neben der Migration der Bücher geht es auf unserer Tagung auch um ihre Stellung in den Institutionen, in die sie integriert oder in denen sie auch nur aufbewahrt werden. Wir wollen den wechselnden Status der Bücher erkunden wie auch das Verhältnis von Gedächtnis,

Erinnern und Vergessen, dass bis heute zwischen Polen und Deutschland brisant bleibt. Seit nunmehr 75 Jahren sind diese Bücher Gegenstand zweier völlig verschiedener nationaler Erzählungen. Von einigen Initiativen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern abgesehen, sind sie auf eine politisch-symbolische Dimension der Kriegsfolgen reduziert.

Die Bücher sind in Universitätsbibliotheken (Łódź, Kraków, Wrocław, Warszawa) aufbewahrt, doch oft ohne erklärenden Zusammenhang, unzureichend katalogisiert, ohne Eingabe von Provenienz, „Verlegt, verwahrt und vergessen“, wie ich an einer Voltaire-Ausgabe der Philosophie de l'Histoire von 1765 zeigen konnte. Und doch haben diese Bücher etwas Gemeinsames: Auf beiden Seiten der Oder-Neiße-Linie geht es um Verlust- und Trauergeschichten. In ihrem programmatischen Aufsatz von 2017 mit dem Titel Die Provenienz der Kultur. Von der Trauer des Verlusts zum universalen Menschheitserbe plädierte Bénédicte Savoy für einen offenen Umgang mit der Provenienz kunsthistorischer Objekte auf ihren Wegen im Laufe des 18. und 19. Jahrhunderts in die europäischen Sammlungen. Sie zeigte, wie Trauer dadurch überwunden werden kann, dass man die Geschichte von wechselseitiger Wirkung und Verflechtung als gemeinsames europäisches Erbe erzählt und teilt. Die Bücher, die uns hier interessieren, sind im Gegensatz zu den Objekten der Kunstgeschichte, die Savoy behandelt, selten in einer Museumsvitrine vorzufinden, sondern oft vernachlässigt und vergessen. Doch sind sie gleichermaßen Zeugnis einer gemeinsamen europäischen Geschichte, die in eine Zeit weit vor 1939 zurückreicht. Der fast wahrgewordene Traum einer umfassenden erhabenen Weltbibliothek, in der alle Bücher über die digitalen Medien friedentiftend, überall zugänglich sind, hat auch etwas Abstraktes. Die Wiederentdeckung der „Lust am Buch“, wie Michael Hagner ausweist, geht mit Erzählungen, Provenienzforschung und subjektiver Aneignung einher. Auf dieser Tagung wollen wir die Bücher aus ihrem politischen toten Winkel herausholen und sie als lebendiges „Geschichtsding“ betrachten, samt ihrer „Biographie“ mit ihren kulturellen, sozialen und politischen Aspekten.

Avisierte Fragen und Themen

- Beispiele einzelner Bände aus polnischer oder deutscher Sammlungen, die im Krieg aus ihren institutionellen Kontext gerissen oder gar vollkommen zerstört wurden.
- Geschichte der Wege und der Wirkung einzelner Bände – auch als „vermisste“, abwesende, zerstörte Objekte im polnischen und deutschen kulturellen Gedächtnis.
- Stellenwert dieser Bücher im politischen und diplomatischen Diskurs sowohl in Polen wie auch in Deutschland. Können wir Schlüsselmomente in der Behandlung dieser diplomatischen Angelegenheit seit 1945 ausmachen, sowohl zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen wie auch zwischen Polen und der Bundesrepublik?
- Was machen die wandelnde Kontexte mit dem Buchobjekt, aber auch, was bewirkt ein solches Buch in verschiedenen wechselnden sozialen und politischen Umfeldern?

Die Tagung wird in Kooperation mit und in den Räumen des Deutsches Historisches Instituts Warschau (DHIW) stattfinden. Das Deutsches Historisches Institut Warschau (DHIW) wird während der Tagung auch einen Übersetzungsdienst anbieten. Sprachen: Deutsch/ English/ Polnisch.

Frist für die Einreichung der Abstracts ist der 01. September 2021

Kontakt

dhi@dhi.waw.pl

Zitation

Das "Bibliomigratorische" im deutsch-polnischen Kontext seit dem Zweiten Weltkrieg. In: H-Soz-Kult, 21.06.2021, www.hsozkult.de/event/id/event-98476.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

08) Un/Sichtbarkeit. Die polnische Kunst(geschichte) und Deutschland

Veranstalter

Zentralinstitut für Kunstgeschichte München, Kunsthalle der Hypo-Kulturstiftung München, Universität der Künste in Posen/Poznań, Deutsch-Polnische Gesellschaft München, Deutsches Polen-Institut in Darmstadt

Veranstaltungsort Zentralinstitut für Kunstgeschichte München, 80333 München

06.04.2022 - 08.04.2022

Frist

08.08.2021

Von

Anna Baumgartner, Ludwig-Maximilians-Universität München

Ziel der Tagung ist zum einen, den Stand und die Rezeption der polnischen Kunst(geschichte) in Deutschland zu reflektieren. Zum anderen werden aktuelle

theoretische und methodische Ansätze diskutiert. Es gilt, neue Perspektiven auf die polnische Kunst zu entwickeln. Die Tagung ist interdisziplinär angelegt und richtet sich an Kunsthistoriker sowie Forschende aus den Osteuropa- und Polenstudien. Auch Beiträge aus weiteren Disziplinen sind willkommen.

Konzeption und Organisation: Anna Baumgartner, Christian Fuhrmeister, Nerina Santorius, Marta Smolińska

Die Kunsthalle der Hypo-Kulturstiftung in München plant vom 25. März bis zum 31. Juli 2022 in Kooperation mit den Nationalmuseen in Warschau, Krakau und Posen eine groß angelegte Ausstellung zur polnischen Malerei: „Stille Rebellen. Polnischer Symbolismus um 1900“. Diese Ausstellung ist Ausgangspunkt und Resonanzraum einer Tagung, in der wir zum einen den Stand und die Rezeption der polnischen Kunst(geschichte) in Deutschland reflektieren und zum anderen aktuelle theoretische und methodische Ansätze diskutieren wollen. Es gilt, neue Perspektiven auf die polnische Kunst zu entwickeln.

Gerade in den letzten Jahren waren Initiativen zur Erforschung der Rezeption der polnischen Kunst außerhalb Polens, Tendenzen der stärkeren Vernetzung mit polnischen Kunsthistoriker:innen sowie Projekte zur Geschichte der deutsch-polnischen Kunstbeziehungen zu beobachten. Diese stehen oft in Zusammenhang mit Forschungen zur „Globalisierung osteuropäischer Kunstgeschichten“ (Vgl. Beáta Hock / Anu Allas (Hg.): *Globalizing East European Art Histories. Past and present*, London / New York 2018) und der Hinterfragung des kunsthistorischen Kanons. Im Fokus stand dabei zuletzt die Kunst(geschichte) des 20. Jahrhunderts mit Themen aus der Performance-Kunst, der Architekturgeschichte, Denkmalpflege und seit Kurzem auch der Provenienzforschung. Transnationale und auf die Untersuchung von Verflechtung und Austausch ausgerichtete Theorie- und Methodenansätze wurden fruchtbar gemacht und lenkten den Blick auch auf Abgrenzungs- und Entflechtungsmechanismen, die gerade im spannungsreichen deutsch-polnischen Kontext immer wieder zu beobachten sind.

Nichtsdestotrotz nimmt die polnische Kunst(geschichte) in der deutschen Forschungs- und Museumslandschaft nur einen Nischenplatz ein. In Anbetracht der in Deutschland nur selten öffentlich rezipierten polnischen Kunst vergangener Epochen ist die kommende Ausstellung in der Kunsthalle München ein wichtiges Ereignis, zumal die Malerei des 19. und frühen 20. Jahrhunderts auch in den auf Osteuropa insgesamt ausgerichteten Initiativen bisher nur wenig Beachtung fand. Eine gewisse Aufmerksamkeit erhielten jedoch die in München zahlreich tätigen polnischen Malern, die zuletzt aussagekräftig als Phänomen künstlerischer Migration untersucht worden sind. Eine gezielte Untersuchung der hochgradig transnational vernetzten und auch in anderen deutschen bzw. europäischen Kunstzentren tätigen polnischen Künstler:innen innerhalb der global zirkulierenden visuellen Kulturen des 19. Jahrhunderts ist bislang dennoch ein Desiderat, ebenso wie das zeitgenössische Kunstgeschehen in Polen jenseits des internationalen Galeriewesens.

Vor diesem Hintergrund soll der erste Teil der Tagung – mit Blick v.a. auf das 19. Jahrhundert – der Diskussion dieser Leerstellen gewidmet sein. Der Fokus liegt auf der deutsch-polnischen Perspektive, die aber in den europäischen und/oder globalen Kontext gesetzt werden soll. Die Beiträge aus der Kunstgeschichte oder den Polen- und Osteuropastudien sollten dezidiert das Potential neuer Forschungsansätze ausloten und sich beispielsweise mit Spannungen zwischen dem nationalen und transnationalen Paradigma, mit der Ver- und Entflechtung oder mit der (De-)Essentialisierung von

Begrifflichkeiten oder Alterisierungs- bzw. (Selbst-)Exotisierungsmechanismen befassen. Auch infrastrukturelle Aspekte oder die Auswirkungen aktueller Kultur- und Ausstellungspolitik können thematisiert werden.

Im zweiten Teil der Tagung möchten wir das Untersuchungsfeld zeitlich ausweiten und neue theoretische Kontexte, Methoden und kuratorische Strategien diskutieren, die zur Überwindung jahrzehntelang tradiertter Deutungsmuster beitragen können. Hierfür begrüßen wir erneut ausdrücklich interdisziplinäre Beiträge, die anhand innovativer werkorientierter Analysen alternative Sichtweisen auf das Schaffen polnischer Künstler:innen durch die Epochen hindurch bis heute entwickeln: Border (art) studies / Migration studies und Erinnerungsräume / Memory studies / Visual culture und Postcolonial studies / (Post)feminismen / Posthumanismus / Postanthropozentrismus / Ökologische Strömungen / Material turn und neuer Materialismus / Jenseits des Visuellen: Tastsinn, Geschmacksinn, Geruchssinn, Propriozeption, kinästhetischer Sinn / Körperlichkeit und Somästhetik / Kartographisches und geopoethisches Denken / Kritische Geographie etc.

Abschließend wollen wir das Potential dieser neuen methodischen Herangehensweisen evaluieren und sondieren, ob und wie diese Ansätze auch für die polnische Kunst früherer Epochen, insbesondere das 19. Jahrhundert, fruchtbar gemacht werden können. Welche neuen Perspektiven könnte dies für die deutsch-polnischen Kunstbeziehungen bringen?

Wir erbitten die Einsendung von Abstracts (maximal 2.500 Zeichen) samt einem kurzen Lebenslauf (maximal 500 Zeichen) bis zum 08. August 2021 an: polishart@zikg.eu.

Geplante Tagungssprachen sind Deutsch und Englisch. In Ausnahmefällen werden auch Beiträge in anderen Sprachen akzeptiert. Die Vorträge sollen die Dauer von 20 Minuten auf keinen Fall überschreiten.

Die Veranstalter haben Zuschüsse für Reise und Übernachtungskosten der Referent:innen beantragt. Werden diese bewilligt, können die Kosten übernommen werden. Es ist geplant, ausgewählte Beiträge der Tagung in einem Sammelband zu veröffentlichen.

Die Tagung findet in Kooperation zwischen dem Zentralinstitut für Kunstgeschichte München, der Kunsthalle der Hypo-Kulturstiftung, München, der Universität der Künste in Posen/Poznań, der Deutsch-Polnischen Gesellschaft München sowie dem Deutschen Polen-Institut in Darmstadt statt.

Kontakt

polishart@zikg.eu

Zitation

Un/Sichtbarkeit. Die polnische Kunst(geschichte) und Deutschland. In: H-Soz-Kult, 04.07.2021, www.hsozkult.de/event/id/event-98653.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

09) Aspekte deutscher Gartenkunst der Frühen Neuzeit (ca. 1550 bis 1640)

Veranstalter

Schwabenakademie Irsee / Zentralinstitut für Kunstgeschichte

Veranstaltungsort

Schwabenakademie Irsee, Klosterring 4

87660 Irsee

08.04.2022 - 10.04.2022

Frist

30.09.2021

Von

Susanne Spieler, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Zentralinstitut für Kunstgeschichte

IV. Philipp-Hainhofer-Kolloquium der Schwabenakademie Irsee, 08. bis 10. April 2022, in Kooperation mit dem Zentralinstitut für Kunstgeschichte

„Herrliche schöne, wolgezierte und nutzbare Gärten“, so formulierte Johann Peschel in seiner „Garten-Ordnung“ (1597) pointiert die Funktion und Wahrnehmung von Gärten im semantischen Feld zwischen Zierde und Nutzen: eine in der Gartentheorie um 1600 häufig anzutreffende Polarisierung. Sie drückt den Aufstieg der Gartenkunst aus der Landwirtschaft aus und lässt zugleich in der Betonung der Zierfunktion die angestrebte Eingliederung der Gartenkunst in ein bestehendes theoretisches und Gattungssystem der Künste erkennen. Die Polarisierung von Nutzen und Zierde, von Natur und Kunst kann jedoch nur als ein Rahmensystem verstanden werden, in dem sich ein breiteres Spektrum von Gestaltungen und höfischen, städtischen, religiösen und wissenschaftlichen Nutzungskonzepten der Gärten im behandelten Zeitraum entwickelt. Befasst sich die internationale Forschung seit langem intensiv mit den Gärten italienischer Villen oder französischer Schlösser, so lassen sich in der Erforschung der deutschen Gartenkunst der Frühen Neuzeit Desiderate erkennen, sieht man von einzelnen gut bearbeiteten Anlagen wie etwa dem Heidelberger Schlossgarten (Hortus palatinus) ab. Die Desiderate sind sicherlich auch auf spärliche Überlieferung und mangelnde Auseinandersetzung mit vorhandenen Quellen zurückzuführen. Die Tagung nimmt daher die Reise- und Sammlungsbeschreibungen von Philipp Hainhofer zum Anlass, um die deutsche Gartenkunst in einem Zeitraum zu behandeln, der im mittleren 16. Jahrhundert mit einer gesteigerten Würdigung und Wertigkeit von Gärten und Pflanzenkultur einsetzt und etwa mit dem Erscheinungsdatum von Joseph Furtenbachs „Architectura Recreationis“ (1640) endet.

Beispielsweise könnten folgende Themengebiete aufgegriffen werden:

- Entwurf, Gestaltung, Bepflanzung und Ausstattung höfischer Residenzgärten und bürgerlicher Gärten in den Städten
- Pflanzenkultur und Pflanzenverwendung
- Handel, Tausch von Pflanzen und Samen
- Ausbildung und berufliche Situation von Gärtnern
- Gartentheorie
- das Verhältnis von Architektur und Garten
- Verbindung mit religiösen Praktiken (Einsiedeleien)
- der Garten als Ort wissenschaftlicher Zusammenkünfte
- der Blick auf und die Wahrnehmung und Beschreibung von Gärten (etwa in Reisejournalen)

- die Auseinandersetzung deutscher Reisender und Gärtner mit europäischen Modellen
- Gärten in der bildenden Kunst, Literatur oder Musik

Themenvorschläge (in deutscher oder englischer Sprache) für bislang unpublizierte Beiträge mit einer Zusammenfassung (maximal 2.000 Zeichen) und einem CV (mit Angaben der einschlägigen Publikationen) werden erbeten bis zum 30. September 2021 an: Hainhofer-Kolloquium-4@t-online.de.

Die Reise- sowie Übernachtungs- und Verpflegungskosten werden vom Veranstalter übernommen. Tagungssprachen sind Deutsch und Englisch.

Doktoranden sowie Wissenschaftler:innen der Post-doc-Phase werden ausdrücklich zur Bewerbung ermutigt.

Die Tagungsbeiträge sollen in einem von Andreas Tacke, Iris Lauterbach und Michael Wenzel herausgegebenen Sammelband in der Hainhoferiana-Schriftenreihe der Schwabenakademie Irsee beim Michael Imhof Verlag (Petersberg) im Frühjahr 2023 gedruckt vorliegen.

Den Rahmen der Philipp-Hainhofer-Kolloquien der Schwabenakademie Irsee bildet das Langzeitvorhaben der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) „Kommentierte digitale Edition der Reise- und Sammlungsbeschreibungen Philipp Hainhofers (1578–1647)“. Für das IV. Philipp-Hainhofer-Kolloquium der Schwabenakademie Irsee konnte Prof. Dr. Iris Lauterbach vom Zentralinstitut für Kunstgeschichte (München) als Kooperationspartnerin gewonnen werden.

Kontakt

Hainhofer-Kolloquium-4@t-online.de

<https://www.zikg.eu/aktuelles/nachrichten/call-for-papers-aspekte-deutscher-gartenkunst-irsee>

Zitation

Aspekte deutscher Gartenkunst der Frühen Neuzeit (ca. 1550 bis 1640). In: H-Soz-Kult, 04.07.2021, www.hsozkult.de/event/id/event-98663.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

10) Von Lüttich bis Straßburg. Neue Forschungen zur deutsch-französischen Grenzregion im Hoch- und Spätmittelalter (11.-16. Jahrhundert)

Veranstalter

Dr. Christa Birkel (HHU Düsseldorf), Dr. Antoine Lazzari (Université du Luxembourg), Hanna Schäfer, M.A. (Universität Trier)

Veranstaltungsort

Universität Trier

54286 Trier

Vom - Bis

28.04.2022 - 29.04.2022

Frist:

23.01.2022

Von

Christa Birkel, Universität Trier

Call for Papers - Nachwuchstagung an der Universität Trier - 28./29.04.2022

(Version française ci-dessous)

Die Grenzregion zwischen dem Königreich Frankreich und dem Heiligen Römischen Reich war im Hoch- und Spätmittelalter ein nicht nur in territorialpolitischer, sondern auch in wirtschaftlicher, religiöser, sozialer und kultureller Hinsicht dynamischer Raum, dessen geschichtswissenschaftliche Erforschung immer auch ein grenzübergreifendes Arbeiten erfordert. Trotz dieser Grundvoraussetzung fehlt derzeit insbesondere im Bereich des wissenschaftlichen Nachwuchses die Möglichkeit eines Länder- und Sprachgrenzen übergreifenden Austauschs. Um diesem Desiderat entgegenzuwirken, möchten wir Master-Absolvent/innen und Nachwuchswissenschaftler/innen (Promotion, Habilitation) dazu einladen, ihre aktuellen Forschungsprojekte im Rahmen einer Nachwuchstagung an der zentral im Einzugsgebiet der ‚Großregion‘ gelegenen Universität Trier einem einschlägig interessierten Publikum vorzustellen und mit diesem zu diskutieren.

Die Veranstaltung richtet sich sowohl an Historiker/innen als auch an interdisziplinär arbeitende Wissenschaftler/innen fachverwandter Disziplinen (Archäologie, Kunstgeschichte, Literatur- und Sprachwissenschaften, etc.), die ihre Forschungsvorhaben in einem zwanzigminütigen Vortrag präsentieren und anschließend zur Diskussion stellen möchten. Als Tagungssprachen sind Deutsch, Französisch und Englisch vorgesehen. Die Präsentationssprache ist darunter frei wählbar, die beiden anderen Sprachen sollten aber, um sich am wissenschaftlichen Austausch beteiligen zu können, zumindest passiv beherrscht werden. Zudem sollte die Bereitschaft bestehen, bereits eine Woche vor Tagungsbeginn ein Abstract der Präsentation für alle Teilnehmer/innen zur Verfügung zu stellen. Um Nachwuchswissenschaftler/innen auf allen Stufen ihrer Projektvorhaben anzusprechen, ist eine Publikation des Vortrags bisher nicht vorgesehen, bei entsprechender Qualität der Präsentationen aber nachträglich zu erwägen.

Eine Bezuschussung der Reisekosten ist nach Vorlage der Fahrtkarten in einer Höhe von max. 70 € möglich, ebenso können die Kosten für eine Übernachtung erstattet werden.

Interessierte können ihr Abstract (1-2 Seiten) inklusive akademischem CV bis zum 23. Januar 2022 einreichen unter christa.birkel@hhu.de. Eine Rückmeldung erfolgt bis spätestens 4. Februar 2022.

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an schaeferh@uni-trier.de oder christa.birkel@hhu.de.

Auf Zuschriften freuen sich

Dr. Christa Birkel (HHU Düsseldorf), Dr. Antoine Lazzari (Université du Luxembourg) und Hanna Schäfer, M.A. (Universität Trier)

CfP : Colloque pour jeunes chercheur·ses « De Liège à Strasbourg. Recherches récentes sur la région frontalière franco-allemande au Moyen Âge central et à la fin du Moyen Âge (XIe-XVIe siècles) »

(English version below)

La région frontalière entre le royaume de France et le Saint Empire représentait au Moyen Âge central et à la fin du Moyen Âge un espace dynamique, aussi bien sur le plan de la politique territoriale, que d'un point de vue économique, religieux, social et culturel. Les recherches en histoire sur cet espace requièrent donc toujours un travail transfrontalier. Malgré ce prérequis, la possibilité d'un échange qui dépasserait les frontières et les barrières linguistiques fait actuellement défaut, particulièrement pour les jeunes chercheur·ses. Afin de pallier ce manque, nous souhaitons inviter des diplômé·es de Master et des chercheur·ses en début de carrière (doctorat, habilitation) à présenter leurs projets de recherche actuels devant un public intéressé avec lequel ils ou elles pourront discuter. Le colloque destiné aux jeunes chercheur·ses se tiendra à l'Université de Trèves, située au cœur de la « Grande Région ».

Le colloque s'adresse aussi bien aux historien·nes qu'aux chercheur·ses travaillant de manière interdisciplinaire dans des disciplines apparentées (archéologie, histoire de l'art, littérature, linguistique, etc.). Les communications auront une durée de vingt minutes et seront suivies d'une discussion. Les langues prévues pour la conférence sont le français, l'allemand et l'anglais. La langue de présentation peut être choisie librement, mais les deux autres langues doivent être maîtrisées au moins passivement afin de pouvoir participer à l'échange scientifique. De plus, il est attendu des conférencier·ères qu'ils et elles mettent à disposition des participants un résumé de leur présentation une semaine avant le début du colloque. Afin de s'adresser à tou·tes les jeunes chercheur·ses indépendamment du degré d'avancement de leur projet, une publication des communications n'est pas encore prévue, mais pourra être envisagée ultérieurement si la qualité des présentations le permet.

Une subvention pour les frais de voyage est possible sur présentation des titres de transport à hauteur de 70 € maximum. Les frais d'hébergement pourront également être remboursés. Les personnes intéressées pourront envoyer leur proposition de contribution (1 à 2 pages) et leur CV académique jusqu'au 23 janvier 2022 à christa.birkel@hhu.de. Une réponse sera donnée au plus tard le 4 février 2022.

Pour toute question, veuillez vous adresser à schaeferh@uni-trier.de ou christa.birkel@hhu.de.

Se réjouissent de vos propositions :

Dr Christa Birkel (HHU Düsseldorf), Dr Antoine Lazzari (Université du Luxembourg),
Hanna Schäfer, M.A. (Universität Trier)

CfP: Young Researchers' Conference „From Liège to Strasbourg. New Research on the German-French Border Region During the High and Late Middle Ages (11th–16th Century)“

In the High and Late Middle Ages, the border region between the Kingdom of France and the Holy Roman Empire was a dynamic space not only in terms of territorial politics, but also in economic, religious, social and cultural terms, which always requires cross-border work in historical research. Despite this elementary precondition, there is currently a lack of cross-national and cross-language exchange, especially for young academics. In order to meet this need, we would like to invite MA graduates and young researchers (doctorate, habilitation) to the University of Trier, which is located in the centre of the ‚Greater Region‘, to present their current research projects to a professional audience and to discuss them within the setting of a young researchers' conference.

The event is open to historians as well as interdisciplinary researchers from related disciplines (archaeology, art history, literature, linguistics, etc.) who would like to present their research projects in a twenty-minute lecture and put them up for discussion afterwards. The conference languages are German, French and English. The language of the presentation can be chosen freely, but the other two languages should be mastered at least passively in order to participate in the scientific exchange. Additionally, lecturers should be willing to provide an abstract of the presentation for all participants one week before the start of the conference. In order to address young researchers at all stages of their projects, a publication of the contributions is not yet planned, but could be considered at a later stage if the presentations are of appropriate quality.

A grant for the travel costs is possible up to a maximum of 70 € after submission of the travel tickets, and the costs for one overnight stay can also be refunded.

Potential participants can submit their abstracts (1-2 pages) including an academic CV by 23 January 2022 to christa.birkel@hhu.de. Feedback will be provided by 4 February 2022 at the latest.

For further information, please contact schaeferh@uni-trier.de or christa.birkel@hhu.de.

We look forward to receiving your contributions

Dr Christa Birkel (HHU Düsseldorf), Dr Antoine Lazzari (Université du Luxembourg) and
Hanna Schäfer, M.A. (Universität Trier)

Kontakt

Dr. Christa Birkel (christa.birkel@hhu.de)

Zitation

Von Lüttich bis Straßburg. Neue Forschungen zur deutsch-französischen Grenzregion im Hoch- und Spätmittelalter (11.-16. Jahrhundert). In: H-Soz-Kult, 16.12.2021, www.hsozkult.de/event/id/event-114775.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

11) On Borders and Boundaries

Veranstalter

Chair for East and Southeast European History (LMU, Munich), Institute of International Studies (Charles University, Prague), Munich Graduate School for East and Southeast European Studies, Junge Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde Regionalgruppe München

LMU in Munich
80539 Munich

Vom - Bis

28.04.2022 - 29.04.2022

Frist

31.01.2022

Von

Matthias Melcher, Abteilung für Geschichte Ost- und Südosteuropas, Historisches Seminar, LMU

We kindly invite you to apply for our international conference: On Borders and Boundaries: German-Czech Conference for Young Researchers. The conference is scheduled to take place in Munich on April 28th - 29th. Please apply by January 31st.

On Borders and Boundaries

Program:

Even though state borders in Europe in times of Schengen, Erasmus and EU roaming seem less and less important to a lot of young people, borders and boundaries nevertheless are key factors of our discourses. Regardless of the external frontiers of the EU, discursive boundaries of what can (or cannot) be said or even limits of CO2 emission – borders, boundaries, frontiers and limits are relevant in many different contexts and guide our perception of the world. Even the state borders within the EU have attained a new relevance due to the Covid-19 pandemic which no one expected two years ago. The conference is hosted in Munich. We invite young scholars (students of Master's programs or doctoral students) from the Czech Republic and Germany to engage in interdisciplinary discussion on the issue of borders and boundaries. We explicitly welcome presentations from different fields of study (history, language & literature, political and social sciences, cultural studies etc.) Individual presentations (15-20 min) will be integrated into panels and shall also be commented upon by advanced researchers. A publication of the conference proceedings is envisioned in the DigiOst book series. The Working language of the conference is English. All expenses for travel, board and lodging will be covered for the participants presenting a paper (conditional to the approval of funding). The conference will take place according to the extant rules regarding the Covid-19 pandemic. Should an in-person event not be possible, the conference will take place online.

Application:

To apply for the conference, please send abstracts of your proposed presentation (max. 400 words) to the organizing team by January 31st. Notifications of acceptance will be provided by February 7th. Please then prepare your presentation including a paper (max. 4.000 words) to be handed in by April 1st to give the commentators enough time to prepare their remarks.

Kontakt

matthias.melcher@lmu.de

https://www.gose.geschichte.uni-muenchen.de/aktuelles/conference_borders/index.html

Zitation

On Borders and Boundaries. In: H-Soz-Kult, 04.01.2022, <www.hsozkult.de/event/id/event-114929>.

Copyright (c) 2022 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

12) "Fließende Räume" - Der Fluss als Generator räumlicher Dynamiken

Veranstalter

Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

40225 Düsseldorf

11.05.2022 - 13.05.2022

Anmeldefrist

31.07.2021

Von

Gero Faßbeck, Institut für Romanistik, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Im Mittelpunkt der Tagung steht die Frage, welche wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und ästhetischen Dynamiken durch Flüsse in Gang gesetzt werden. Neben konkreten Flussräumen (z.B. Rhein, Donau, Oder, Rhône, Ebro, Tiber) soll es dabei auch um Fragen des methodischen Zugriffs auf räumliche Flussdynamiken gehen. Flüsse, so die leitende These, sind nicht nur passive Objekte wissenschaftlicher Beschreibung, sondern sie sind selbst aktiv an der Konstituierung von Räumen beteiligt.

"Fließende Räume" - Der Fluss als Generator räumlicher Dynamiken

Flüsse sind (genauso wie Meere oder Gebirge) seit jeher ein prägender Bestandteil von Räumen. Sie dienen als natürliche Grenzen, formen den Charakter einer Landschaft und prägen das Bild ganzer Regionen. Für die Wahrnehmung eines geografischen Raumes spielen Flüsse daher eine ganz wesentliche Rolle. Entsprechend werden ihre Lage und ihr Verlauf aufs Genaueste beschrieben, vermessen und kartografiert. Als natürliche Gebilde konfrontieren sie den Menschen mit Gefahren (Hochwasser, Dammbrüche, usw.), deren Risiken durch Eingriffe in die Natur (z.B. Staudämme, Kanäle, Begradigungen) minimiert werden. Umgekehrt macht sich der Mensch das natürliche Potenzial von Flussräumen auch zu Nutze (z.B. Wasserkraft, Landwirtschaft). Flüsse sind jedoch nicht nur das passive Objekt wissenschaftlich-technischer Naturbeherrschung, sondern sie sind selbst aktiv an der Konstitution von Räumen beteiligt. Begreift man Flüsse als eigenständige Akteure im Rahmen einer Netzwerk-Theorie, so stellt sich die Frage, welche Dynamiken durch sie in Gang gesetzt werden.

In ökonomischer Hinsicht dienen Flüsse als wichtige Transport- und Verkehrswege. Sie sind Lebensadern der Wirtschaft, die zur Verflechtung von Wirtschaftsräumen beitragen. Ihre verkehrstechnische Nutzung zieht eine Vielzahl von juristischen Diskursen nach sich, die ihrerseits wieder neue Dynamiken erzeugen, indem sie (supra-)staatliche Gesetzgebungen anregen, aus denen neue Institutionen hervorgehen. In politischer Hinsicht sind Flüsse oftmals umkämpfte Grenzen oder Orte kriegerischer Auseinandersetzungen. Mitunter werden sie zur Projektionsfläche für nationale Diskurse, an denen sich langlebige Feindschaften ausbilden (z.B. Rhein, Oder-Neiße). Gleichzeitig bilden sie aber auch Räume des Kontakts, in denen kulturelle Transfer- und Austauschprozesse stattfinden. Flussräume sind somit exemplarische Räume der Abgrenzung und der Verflechtung. Als solche tragen sie entscheidend zur Herausbildung von Raumkulturen bzw. zur Entstehung von Kulturräumen bei (z.B. Donau, Rhein, Oder, Rhône, Tiber, Ebro). Nicht zufällig gilt der Fluss seit der Antike (Heraklit) als Sinnbild für Identitätsproblematiken schlechthin. Denn Flüsse konstituieren Räume mit erheblicher Beharrungskraft, die gerade deswegen konstant bleiben, weil sie immer in Bewegung sind.

Das paradoxe Verhältnis von Konstanz und Veränderung eignet sich auch für ästhetische Diskurse. Bereits im Mythos wird der Fluss als metaphorische Schwelle bzw. Ort des Übergangs markiert (z.B. Lethe, Rubikon). In der Bibel ist er ein Symbol für Reinigung und Heilung (z.B. Jordan). Überaus häufig begegnet man Fluss-Symboliken in Sagen, Märchen und Legenden (z.B. Loreley). Überhaupt scheinen Flussräume in besondere Weise anschlussfähig für eine Imagologie des Wassers zu sein. Daneben spielt der Fluss aber auch eine Rolle bei der Entstehung von Kulturtechniken (z.B. Baden, Schwimmen, Waschen, Kuren) und künstlerisch-diskursiven Praktiken (z.B. Rhein-Romantik). Letztere verbinden sich auffällig häufig mit Flussabschnitten, die als Knotenpunkte für Transferprozesse zwischen einzelnen Regionen dienen (z.B. Furten, Zusammenflüsse). Oftmals bilden diese Räume schon nach kurzer Zeit eigene „Kulturlandschaften“, d.h. räumliche Einheiten, die über bestimmte Merkmale verfügen und an denen sich ein einheitlicher „Stil“ (im Unterschied zu kurzfristigen Moden) entwickelt. Bezeichnenderweise haben sich Orte des Wissens (z.B. Bibliotheken, Klöster, Stifte) im Mittelalter bevorzugt an solchen Flussabschnitten angesiedelt, deren begünstigende Faktoren auch dazu beigetragen haben, künstlerische Praktiken zu verbreiten.

Im Rahmen der Tagung sollen sowohl konkrete Flussräume als auch einzelne der hier vorgestellten Flusss dynamiken aus einer geistes- und kulturwissenschaftlichen Perspektive beleuchtet werden. Das Verhältnis von Flusss dynamiken und Raumkulturen soll dabei aus einer längeren historischen Perspektive untersucht werden, die den Zeitraum vom Mittelalter bis zum 19. und 20. Jahrhundert abdeckt. Neben thematisch-inhaltlichen Aspekten sind insbesondere auch Beiträge erwünscht, die sich mit methodischen Fragen auseinandersetzen.

Mögliche Themen oder Fragestellungen der Beiträge könnten u.a. sein:

- Wie lassen sich Flussräume mit ihren spezifischen Eigenheiten und Verflechtungen über (nationale) Grenzen hinweg beschreiben?
- Wie lassen sich der Fluss und seine dazugehörigen Elemente (Strom, Quelle, Mündung, Fließen, usw.) für eine Analyse von Raumkulturen / Kulturräumen operationalisieren?
- Welche Rolle spielen Flüsse für die Konstitution von Räumen? Welcher kulturellen Anstrengungen bedarf es, um Flüsse als räumliche Einheiten zu konstituieren?
- Inwiefern wird die Wahrnehmung von geografischen Räumen durch Flüsse gelenkt und welche Faktoren tragen dazu bei, dass sich die Raumwahrnehmung verändert?

- Welche Art von wirtschaftlichen, politischen, ästhetischen und künstlerisch-diskursiven Dynamiken entstehen entlang von Flussläufen?

Die Tagung wird organisiert vom Forschungsverbund "Fluide Räume" der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Zu den beteiligten Fachdisziplinen gehören das Institut für Geschichte, germanistische Mediävistik, Romanistik und Kunstgeschichte.

Beiträge aus anderen als den genannten Disziplinen sind jedoch explizit erwünscht.

Die Tagung beginnt am Mittwoch, den 11. Mai 2022, und endet am Freitag, den 13. Mai 2022, jeweils gegen Abend. Veranstaltungsort ist das Haus der Universität Düsseldorf, Shadowplatz 14, 40212 Düsseldorf. Die Anwesenheit der Tagungsteilnehmer an allen drei Veranstaltungstagen ist erwünscht. Kosten für Unterkunft und Reise werden erstattet. Honorare können nicht gezahlt werden.

Wir bitten die Einsendung von Abstracts (max. 2500 Zeichen) bis zum 31.07.2021 an Fluide.Raume@hhu.de.

Veranstalter:

Geographie Fehlanzeige! Warum?

Prof. Dr. Achim Landwehr
Institut für Geschichte
Heinrich-Heine-Universität
Gebäude 23.32
Universitätsstraße 1
40225 Düsseldorf

Prof. Dr. Guido Thiemeyer
Institut für Geschichte
Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstraße 1
Gebäude 23.31
40225 Düsseldorf

Prof. Dr. Ricarda Bauschke-Hartung
Institut für Germanistik
Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstraße 1
Gebäude 24.54
40225 Düsseldorf

Prof. Dr. Andrea von Hülsen-Esch
Institut für Kunstgeschichte
Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstraße 1
Gebäude 24.51
40225 Düsseldorf

Prof. Dr. Ursula Hennigfeld
Institut für Romanistik
Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstraße 1
Gebäude 24.51
40225 Düsseldorf

Dr. Gero Faßbeck
Institut für Romanistik
Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstraße 1
Gebäude 24.51
40225 Düsseldorf

Kontakt: Fluide.Raeume@hhu.de

Zitation

"Fließende Räume" - Der Fluss als Generator räumlicher Dynamiken. In: H-Soz-Kult, 03.06.2021, www.hsozkult.de/event/id/event-98109.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

13) Geschmacksbildung im Zeitalter der Nationenbildung. Das Museum als Ort der (ästhetischen) Erziehung und Volksbildung

Veranstalter
Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Institut für Kunstgeschichte (Dr. Marina Beck)
Ausrichter
Dr. Marina Beck
Veranstaltungsort
Online

91054 Erlangen

Vom - Bis

12.05.2022 - 13.05.2022

Frist

06.03.2022

Von

Marina Beck, Institut für Kunstgeschichte, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

Die Geschmacksbildung stellte im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert eine der Kernaufgaben der Museen dar. Sie diene der Vermittlung eines positiven Bildes der eigenen Nation und sollte helfen das Nationalgefühl zu stärken. In dem Workshop sollen verschiedene Möglichkeiten untersucht werden, die aufzeigen, wie sich die erzieherische Rolle der Museen unter Einbeziehung der Frage der Vermittlung eines nationalen Identitätsgefühls ausdrückte.

Geschmacksbildung im Zeitalter der Nationenbildung. Das Museum als Ort der (ästhetischen) Erziehung und Volksbildung

Die Geschmacksbildung stellte im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert eine der Kernaufgaben der Museen dar. Ihre Umsetzung erfolgte je nach Art des Museums unterschiedlich. In den Kunstgewerbemuseen wurden Vorbildersammlungen genutzt, in denen besonders technisch oder ästhetisch ansprechende Anschauungsobjekte getrennt nach Material und Objektgruppen präsentiert wurden. Ähnliche Studiensammlungen lassen sich auch in kulturhistorischen Museen finden, die in ihrer Ausstellungskonzeption oft versuchten, typologische Sammlungen mit Schausammlungen, die die Objekte in ihrem funktionalen historischen Kontext zeigten, zu verbinden. In den Kunstmuseen lag der Fokus auf einer ästhetischen Geschmacksbildung. Durch die Hängung der Kunstwerke nach National-Schulen wurden den Besucher:innen die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der verschiedenen Stile aufgezeigt.

Die unterschiedlichen Präsentationskonzepte in den verschiedenen Museen hatten dabei ein gemeinsames Ziel: Die Produkte / Objekte / Kunst der eigenen Nation sollten hervorgehoben und ihre Vorzüge betont werden. Der bildungspolitische Auftrag der Museen zielte somit darauf ab, mit Hilfe der Geschmacksbildung ein positives Bild der eigenen Nation zu vermitteln und hierdurch das Nationalgefühl zu stärken. Die erzieherische Funktion der Bildungsinstitution Museum reichte hierbei von Formfragen über die ästhetische Erziehung bis hin zu verschiedenen Bildungsaufgaben der Museen und sollte dazu dienen, die Bevölkerung zu guten nationalen Staatsbürger:innen zu erziehen. Der letzte Punkt wurde insbesondere nach 1871 virulent, als die Museen im Zuge der Volksbildungsbewegung die Aufgabe einer Volksbildungsstätte übernehmen sollten.

In dem Workshop sollen verschiedene Möglichkeiten untersucht werden, die aufzeigen, wie sich die erzieherische Rolle der Museen unter Einbeziehung der Frage der Vermittlung eines nationalen Identitätsgefühls ausdrückte. Ein Schwerpunkt liegt auf der Ankaufs- und Sammlungspolitik der Museen, die durch kultur-, bildungs- und (wirtschafts-)politische Beweggründe beeinflusst wurde. Hieran anknüpfend stellt sich die Frage der Anordnung und Präsentation der Sammlungen sowie der Objekte in den Museen und die damit verbundenen Vermittlungsstrategien, die in den Museen umgesetzt wurden. Wie lässt sich der erzieherische Auftrag der Museen fassen und beschreiben? Wo wird er auf welche Art und Weise sichtbar und für die Besucher:innen erfahrbar?

Somit werden drei Themenfelder in den Blick genommen, wobei sich innerhalb der Beiträge gerne Überschneidungen ergeben können:

- 1) Geschmacksbildung und ästhetische Erziehung im Museum
- 2) Das Museum als Ort der Bildung und Abbildung der Nation
- 3) Vermittlung im Museum: Das Museum als Volksbildungsstätte

Der geographische Fokus liegt auf den sich im 19. Jahrhundert konstituierenden Staaten in Europa. Zeitlich liegt der Schwerpunkt auf der Phase der Museumsgründungen in der zweiten Hälfte des 19. und dem beginnenden 20. Jahrhundert. Beiträge, die sich mit der erzieherischen Aufgabe von Museen hinsichtlich der Prägung eines Nationalgefühls im 20. Jahrhundert beschäftigen, sind ebenfalls sehr willkommen. Die Beiträge können sich auf einen oder mehrere Museumstypen (Kunstmuseen, Kunstgewerbemuseen, kulturgeschichtliche Museen etc.) konzentrieren und entweder einen Bau in den Fokus der

Analyse stellen oder mehrere miteinander vergleichen. Deziert möchten wir Nachwuchswissenschaftler:innen dazu einladen, aus ihren laufenden Projekten (Dissertationen, Forschungsprojekten, Habilitationen) zu berichten.

Der Online-Workshop setzt sich zum Ziel, ein Forum zur gemeinsamen Diskussion über aktuell in Arbeit befindliche Projekte zu bieten und soll der Vernetzung und dem intensiven Austausch dienen. Um dies zu gewährleisten, werden verschiedene Möglichkeiten zur Diskussion miteinander kombiniert. So werden die Beiträge der Referent:innen zunächst in Kleingruppen (Breakout-Sessions) diskutiert. Die Fragen, Anregungen und Diskussionsbeiträge der Kleingruppen werden gesammelt und im Anschluss in der großen Runde gemeinsam mit den Referent:innen besprochen.

Der Online-Workshop wird via Zoom am 12. und 13. Mai 2022 stattfinden.

Bitte senden Sie Ihr Abstract (maximal eine Seite) sowie ein kurzes CV bis zum 6. März 2022 an folgende Mailadresse: marina.beck@fau.de. Die Rückmeldung und Einladung zum Workshop erfolgt bis zum 28. März 2022.

Organisation:
Dr. Marina Beck
Institut für Kunstgeschichte
Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

Kontakt

E-Mail: marina.beck@fau.de

Zitation

Geschmacksbildung im Zeitalter der Nationenbildung. Das Museum als Ort der (ästhetischen) Erziehung und Volksbildung. In: H-Soz-Kult, 02.02.2022, <www.hsozkult.de/event/id/event-115665>.

Copyright (c) 2022 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

14) 17. Werkstattgespräch zur Bau- und Planungsgeschichte der DDR

Veranstalter
Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung (IRS) (Historische Forschungsstelle)
Ausrichter
Historische Forschungsstelle

15537 Erkner

Vom - Bis
19.05.2022 - 20.05.2022
Frist
15.02.2022

Von

Harald Engler, Historische Forschungsstelle, Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung

Seit knapp drei Jahrzehnten organisiert das IRS in Erkner Werkstattgespräche zur Bau- und Planungsgeschichte der DDR, die zu einem zentralen Forum der Diskussion über dieses Themenfeld geworden sind. Das 17. Werkstattgespräch wird am 19. und 20. Mai 2022 stattfinden.

In Kooperation mit:

- Prof. Dr. Stephanie Herold (TU Berlin/ISR, Professur für Städtebauliche Denkmalpflege und urbanes Kulturerbe)
- Prof. Dr. Harald Kegler (Universität Kassel/Zentrum für Planungsgeschichte)
- Prof. Dr. Hans-Georg Lippert (TU Dresden/Professur für Baugeschichte) und
- Prof. Dr. Hans-Rudolf Meier (Bauhaus-Universität Weimar/Professur Denkmalpflege und Baugeschichte)

Es dient als Forum zur Diskussion über neue fachwissenschaftliche Forschungsarbeiten jüngerer und etablierter KollegInnen sowie zum Gedankenaustausch zwischen Fachwissenschaftler und Zeitzeug:innen.

Wir freuen uns über Vorschläge zu allen Aspekten der Bau- und Planungsgeschichte der DDR. Besonders erwünscht sind dieses Mal Beiträge zu den Themenfeldern:

- Bauen und Planen in der SBZ/DDR 1945–1955
- Planen und Bauen im ländlichen Raum
- staatliche Institutionen des Bauwesens
- Baukombinate, Projektierungsbüros und weitere Tätigkeitsbereiche der DDR-Architekt:innen
- Architektur der Sowjetischen Streitkräfte (auch Vergleichsstudien zu den Bauten der westlichen Alliierten) und ihre Umnutzung nach der Wende
- Umgang mit der DDR und ihrem baulichen Erbe in der Transformationszeit (1985–2000)
- Stadterneuerung und Umgang mit Altstädten in der DDR und nach der Wende
- Denkmalpflege in der DDR
- Neubewertung der Architektur der Ostmoderne

Willkommen sind auch epochenübergreifende Beiträge zur Planungsgeschichte Ostdeutschlands im 20. Jahrhundert, transnationale Zugänge sowie zu Biografien von Architekten und Planer:innen. Wir freuen uns über Vorträge aus allen Disziplinen wie Architektur, Kunstgeschichte, Bauforschung, Denkmalpflege, Sozial- und Kulturwissenschaften sowie der Stadtforschung. Explizit aufgerufen werden auch neue methodische Ansätze aus dem digitalen Bereich. Da die Konferenz die aktuellen Trends der Forschung reflektieren und diskutieren soll, werden die Schwerpunkte der einzelnen Sektionen der Tagung entsprechend den eingegangenen Themenvorschlägen eingerichtet. Inwiefern die Tagung in Präsenz oder in digital-hybrider Form stattfinden wird, ist von den pandemiebedingten Entwicklungen abhängig.

Wir bitten alle interessierten Kolleginnen und Kollegen, uns bis spätestens zum **15. Februar 2022** Vorschläge für Vorträge per E-Mail an: **werkstattgespraech2022@leibniz-irs.de** zu schicken. Die Themenvorschläge sollten in Form eines Abstracts (max. 400 Worte) und einem knappen CV (max. 200 Worte) eingereicht werden.

Kontakt

E-Mail: werkstattgespraech2022@leibniz-irs.de

<https://leibniz-irs.de/forschung/forschungsabteilungen/historische-forschungsstelle/werkstattgespraeche>

Zitation

17. Werkstattgespräch zur Bau- und Planungsgeschichte der DDR. In: H-Soz-Kult, 21.12.2021, www.hsozkult.de/event/id/event-114882.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

15) Stand und Perspektiven der Geschichtsschreibung über den Ostseeraum

Veranstalter

Internationales Zentrum für interdisziplinäre Studien der Universität Szczecin in Kulice

Veranstaltungsort

Kulice

Gefördert durch

Interreg V A Programm der Zusammenarbeit Mecklenburg-Vorpommern / Brandenburg / Polen im Rahmen des Ziels „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), Projektnummer – INT198

PL 72200 Kulice

Vom - Bis

19.05.2022 - 21.05.2022

Frist

15.03.2022

Von

Pierre-Frédéric WEBER

Jahreskonferenz des Internationalen Zentrum für interdisziplinäre Studien der Universität Szczecin, Kulice, 19.–21. Mai 2022

In den vergangenen Jahrzehnten hat sich die Geschichtsforschung und -schreibung über den Ostseeraum deutlich intensiviert. Dabei handelt es sich nicht nur um eine Reaktion auf die Grenzöffnungen seit 1989. Vielmehr hat die öffentliche Beschäftigung mit der Geschichte der Ostseeregion den politischen Wandel und eine transnationale gesellschaftliche Annäherung befördert.

In den vergangenen Jahrzehnten hat sich die Geschichtsforschung und -schreibung über den Ostseeraum deutlich intensiviert. Dabei handelt es sich nicht nur um eine Reaktion auf die Grenzöffnungen seit 1989, vielmehr könnte man die These aufstellen, dass die öffentliche Beschäftigung mit der Geschichte der Ostseeregion den politischen Wandel und eine transnationale gesellschaftliche Annäherung befördert hat.

Bildete zunächst Fernand Braudel und seine Mittelmeerwelt einen zentralen Orientierungspunkt für eine neue Geschichtsschreibung der Ostseeregion, so stellt sich das Bild mittlerweile deutlich vielschichtiger dar. Neben klassischen Themen wie der Hanse und den Auseinandersetzungen um das *Dominium Maris Baltici* in der frühen Neuzeit werden inzwischen zahlreiche weitere Aspekte thematisiert, wie etwa Migrationen, Erinnerungskulturen, Geschlechtergeschichte, Imperien- oder Postkolonialismus, um nur einige Themenfelder zu nennen. Zudem gibt es Ansätze, die Ostseeregion im größeren Kontext globaler Geschichte zu betrachten. Nicht alle dieser Zugänge zur Geschichte der Ostseeregion sind völlig neu, sondern finden sich mitunter schon auch in früheren Publikationen. Allerdings wurde ihre Verbreitung nicht selten durch Probleme in der Distribution behindert, so dass manche Publikationen schlicht kaum greifbar waren. Dazu gesellten sich politische, sprachliche und mitunter auch mentale Barrieren. Vor diesem Hintergrund bilden die Generierung und der transnationale Austausch von Wissen über die Geschichte der Ostseeregion ein zentrales Thema der Konferenz. Ein zweites Kernthema bildet die Fragen, ob die Ostseeregion als Bezugspunkt historiographische Narrationen hervorbringt, die sich von nationalen Perspektiven unterscheiden, und inwieweit solche transnationalen Aspekte auch in die Forschung und Geschichtsvermittlung Eingang finden.

Auf der Konferenz sollen in zeitlicher und geographischer Breite biographische, thematische und regionale Beiträge zur Geschichtsschreibung über die Ostseeregion traditionskritisch erörtert werden und auf ihre Bedeutung für zukünftige Forschungsansätze befragt werden. Wir laden Sie herzlich ein, sich als Experten/Referenten an der Konferenz zu beteiligen. Wir sind an bisher unveröffentlichten Einzelstudien, aber auch an synthetischen und vergleichenden Ansätzen interessiert.

Bewerbungen mit Titel des Vortrags, Zusammenfassung (bis zu 600 Zeichen) und Biogramm (bis zu 600 Zeichen) auf Englisch oder Polnisch bis zum 15. März 2022 an jorg.hackmann@usz.edu.pl.

Die BewerberInnen werden bis zum 1. April 2022 über diese Auswahl informiert. Tagungssprachen sind Englisch und Polnisch. Die Veranstaltung wird simultan übersetzt. Eine Veröffentlichung der Tagungsbeiträge ist geplant.

Die Teilnahme an der Konferenz ist für Experten/Referenten kostenlos. Die Reisekosten (2. Klasse bzw. Economy Class) werden erstattet bzw. mit einem Honorar verrechnet.

Die Konferenz findet am 19.-21. Mai 2022 im Internationalen Zentrum für interdisziplinäre Studien (MOBI) der Universität Szczecin statt, das sich in einem ehemaligen Herrenhaus der Familie von Bismarck befindet. Der Veranstalter bietet einen kostenlosen Transport von Stettin zum Veranstaltungsort in Kulice und zurück.

Sollte sich die Pandemiesituation nicht wesentlich verbessern, besteht die Möglichkeit, die Veranstaltung im hybriden Format oder vollkommen online zu organisieren.

Sie sind herzlich eingeladen!

Kontakt

jorg.hackmann@usz.edu.pl

<https://mare.usz.edu.pl/de/call-for-papers-d/>

Zitation

Stand und Perspektiven der Geschichtsschreibung über den Ostseeraum. In: H-Soz-Kult, 17.01.2022, www.hsozkult.de/event/id/event-115239.

Copyright (c) 2022 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de

16) Technik im Nationalsozialismus. Jahrestagung der Gesellschaft für Technikgeschichte

Veranstalter

Gesellschaft für Technikgeschichte (GTG) u. KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora

Veranstaltungsort

KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora

Gefördert durch

Landeszentrale für politische Bildung Thüringen

99734 Nordhausen

Vom - Bis

20.05.2022 - 22.05.2022

Frist

14.04.2022

Von

Karsten Uhl, KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora

Die Gesellschaft für Technikgeschichte (GTG) und die KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora laden zur Jahrestagung der GTG zum Thema „Technik im Nationalsozialismus“ ein, die vom 20. bis zum 22. Mai 2022 in der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora stattfinden wird. Im Rahmen der Tagung findet am Sonntag (22.5.) das thematisch offene Technikhistorische Forum der GTG statt, in dem Habilitierende und Promovierende ihre laufenden Projekte vorstellen.

Technik im Nationalsozialismus. Jahrestagung der Gesellschaft für Technikgeschichte

Für die Teilnahme an der Tagung sind die dann geltenden Pandemiebestimmungen zu beachten, über die wir die Angemeldeten informieren werden. Aktuell gilt für die Räumlichkeiten der Gedenkstätte die 2G-Regel.

Eine Anmeldung ist bis zum 14. April per Mail an gtg2022@dora.de möglich. Der Tagungsbeitrag beträgt 50€ für GTG-Mitglieder, 15€ für Studierende und Geringverdienende sowie 70€ für Nicht-Mitglieder ohne Ermäßigung.

Hotelempfehlungen:

Bitte beachten Sie, dass einige Hotelkontingente nur bis Ende Februar reserviert sind. Bitte beziehen Sie sich bei einer Buchung auf die Tagung in der Gedenkstätte.

In folgenden Hotels wurden Kontingente zu besonderen Konditionen reserviert:

Seite 145 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 810 vom 17.02.2022

1. Nordhäuser Fürstenhof, Bahnhofstr. 12-13, 99734 Nordhausen, Tel.: +49 (0) 3631 62 50, email: hotel@nordhaeuser-fuerstenhof.de, Web: www.nordhaeuser-fuerstenhof.de
Einzelzimmer 85€ (vorreserviert bis 14.4.)

2. Hotel Nordhausen, Freiherr-vom-Stein-Str. 48, 99734 Nordhausen, Tel.: +49 (0) 3631 4626780, email: info@hotel-nordhausen.de, Web: <https://www.hotel-nordhausen.de>
Einzelzimmer 59-75€ (vorreserviert bis 28.2.)

Seite 205 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 810 vom 17.02.2022

3. Jugendgäste- und Bildungshaus Rothleimmühle, Parkallee 2, 99734 Nordhausen, Tel.: +49 (0) 3631 902391, email: rothleimmuehle@jugendsozialwerk.de, Web: www.jugendherberge-thueringen.de
Einzelzimmer ab 30€ (vorreserviert bis 1.3.)

Programm

Freitag, 20. Mai

14 Uhr: Begrüßung und Einführung

14.30-16.30 Uhr: SEKTION 1: TECHNIK FÜR DEN KRIEG

- Frank Dittmann (Deutsches Museum München): Automatische Arbeiter für die Raketenproduktion des Mittelwerks

- Beate Winzer (Berlin): Automatisierung und Zwangsarbeit in der elektrischen Industrie

- Maximilian Schulz (Universität Leipzig): Technisierte Zwangsarbeit für die Luftrüstungsindustrie. Das System der KZ-Außenlager der Erl-Maschinenwerk GmbH Leipzig 1943-1945

- Rachele Delucchi (ETH Zürich): Mit Nichts unterwegs. Vakuumtechnologie im Transfer um 1945

16.30 Uhr: Kaffeepause

17 Uhr: Führung über das Gelände der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora

19 Uhr: KEYNOTE

Tiago Saraiva (Drexel University, Philadelphia): A global perspective on fascism and technology

Anschließend: Buffet

22 Uhr: Transfer in die Hotels

Samstag, 21. Mai

9.30-11.30 Uhr: SEKTION 2: VISIONEN DER KREISLAUF-ÖKONOMIE. ABFALL UND RECYCLING IM NS-REGIME

- Sören Flachowsky (Bergische Universität Wuppertal): ‚Planende Schüttung‘ – Berliner Müllkreisläufe im NS

- Anne Berg (University of Pennsylvania): Schrottparadies Osten: Fantasie und Wahn der nationalsozialistischen Kreislaufwirtschaft

- Heike Weber (TU Berlin): Altstoffe und Altstoffgewerbe in der NS-Zeit: Das Beispiel der Lumpen

- Christian Möller (Bielefeld): Kreislaufträume im Sozialismus. Die Aneignung und Umformung nationalsozialistischer Verwertungspraktiken in der SED-Diktatur

11.30 Uhr: Treffen der Arbeitskreise der GTG und Möglichkeit zur Besichtigung der Ausstellungen in der Gedenkstätte

13 Uhr: Mittagspause

14-15.30 Uhr: PODIUMSDISKUSSION: TECHNIK UND NATIONALSOZIALISMUS IN GEDENKSTÄTTEN UND MUSEEN

mit Johannes Großwinkelman (Weltkulturerbe Rammelsberg), Tina Kubot (Museum für Kommunikation Frankfurt), Timo Saalman (KZ-Gedenkstätte Flossenbürg) u. Konrad Sziedat (Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit); Diskussionsleitung: Nora Thorade (Deutsches Technikmuseum Berlin)

15.30 Uhr: Kaffeepause

16 Uhr: Die Zukunft der Zeitschrift TECHNIKGESCHICHTE

17 Uhr: GTG-Mitgliederversammlung

19 Uhr: Transfer in die Hotels

Sonntag, 22. Mai

9.30-11 Uhr: SEKTION 3: DER UMGANG MIT NS-TECHNIK IN DER GESCHICHTSKULTUR NACH 1945

- Philipp Aumann (Historisch-Technisches Museum Peenemünde): Technik des Nationalsozialismus ausstellen. Theoretische Grundlagen und praktische Umsetzung am Beispiel der Versuchsanstalten Peenemünde

- Sandra Klos (Österreichische Akademie der Wissenschaften): Rudolf Salinger – Denken und Tun eines Technikers während und nach der NS-Zeit

- Sarine Waltenspül (Collegium Helveticum Zürich): Reusing technology: NS-Forschungsfilme in der Bundesrepublik

11 Uhr: Kaffeepause

11.30 Uhr: TECHNIKHISTORISCHES NACHWUCHSFORUM DER GTG

- vier Vorträge, separate Bekanntmachung

13.30 Uhr: Tagungsausklang beim Mittagsimbiss

ab 14 Uhr: Transfer zum Bahnhof

Kontakt

gtg2022@dora.de

<https://www.dora.de>

Zitation

Technik im Nationalsozialismus. Jahrestagung der Gesellschaft für Technikgeschichte. In: H-Soz-Kult, 31.01.2022, www.hsozkult.de/event/id/event-115601.

Copyright (c) 2022 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de

17) International Conference "Central and Eastern Europe in the International Politics of the 20th and 21st Centuries"

Veranstalter

Institute of History at the University of Szczecin / Department of International Relations at Andrzej Frycz Modrzewski Krakow University / Institute of History and Archival Studies at the Pedagogical University in Krakow

Veranstaltungsort

University of Szczecin and online (hybrid)

71017 Szczecin

Vom - Bis

26.05.2022 - 27.05.2022

Frist

29.04.2022

Von

Pierre-Frédéric WEBER

The conference will oscillate around three fundamental research problems:

- 1) Central and Eastern European countries as a subject and object of international relations,
- 2) Intercultural relations in Central and Eastern Europe, and
- 3) The countries of Central and Eastern Europe facing the crises of the 21st century.

Oskar Halecki's concept of Central and Eastern Europe has become the subject of many historical, cultural, and political debates. The states of Central and Eastern Europe are undoubtedly an integral part of Europe with which they share common civilization roots. Historical experiences, however, brought some differences in their model of political and legal culture. Central and Eastern Europe, somewhat doomed to a different, diverse, and multinational neighborhood, was in the past and is still open to playing the role of a bridge between the East and the West. Besides, like the West of Europe, it has a long tradition of integration thought, ranging from the idea of Res Publica Christiana, through the idea of a union, up to a federation of states. A special place in this process is occupied by the dramatic events of the 20th century, when after World War I the identity of the countries in the region was shaped through the experience of communism, until the end of the 1980s, which brought the end of the Cold War and a change in the international position of Central and Eastern European countries. The arduous process of systemic transformation and gaining the subjectivity of societies and legal and international sovereignty by the states of this part of Europe began. The organizers are pleased to invite experienced researchers as well as people on the threshold of their adventure with science to the scientific conference - Central and Eastern Europe in international politics of the 20th and 21st centuries.

We are interested in bringing together scholars from various fields, especially but not exclusively, international relations, history, politics and public policy, social studies, etc. We encourage interdisciplinary and comparative perspectives and welcome abstract submissions from postgraduate students as we plan to organize panels with the participation of doctoral students and students.

All presentations should oscillate around three fundamental research problems:

Central and Eastern European countries as a subject and object of international relations

- bilateral and multilateral relations
- cooperation within international organizations
- diplomacy and foreign policy
- regional cooperation
- integration concepts in this part of Europe

Intercultural relations in Central and Eastern Europe

- ethnic and national minorities
- cultural cooperation
- protection of cultural heritage
- multiculturalism

The Countries of Central and Eastern Europe facing the crises of the 21st century

- the migration crisis
- the climate crisis
- the energy crisis
- the health security crisis

Individual proposals should be sent to europasrodkowa@usz.edu.pl, interested scholars and doctoral students will then receive an application form to fill in and send back to the same address by April 29, 2022. The program will be posted on May 5, 2022. The organizers do not cover travel and accommodation expenses.

The conference fee is 350 PLN (round about 80,00 EUR) for experienced researchers, 100 PLN (round about 22,00 EUR) for doctoral students.

CONFERENCE VENUE:

- The conference will be held in the hybrid form, in Szczecin and via the internet platform.
- CONFERENCE LANGUAGES: Polish, English, German, Czech, Slovak

POST-CONFERENCE PUBLICATION:

There is a publication planned in one of the conference languages in a renowned publishing house or journals from the ministerial list (after receiving positive reviews).

ORGANIZER: The Institute of History, the University of Szczecin in scientific cooperation with the Department of International Relations at Andrzej Frycz Modrzewski Krakow University and the Institute of History and Archival Studies at the Pedagogical University in Krakow.

ORGANIZING COMMITTEE:

- dr hab. Anna Szczepańska-Dudziak, prof. US (Chair)
- dr Renata Nowaczewska
- dr Jordan Siemianowski
- mgr Michał Rozenberg

Kontakt

E-Mail: europasrodkowa@usz.edu.pl

<https://en.usz.edu.pl/his/>

Zitation

International Conference "Central and Eastern Europe in the International Politics of the 20th and 21st Centuries". In: H-Soz-Kult, 01.02.2022, www.hsozkult.de/event/id/event-115510.

Copyright (c) 2022 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

18) Veränderungen im sozialen und wirtschaftlichen Leben der Landbevölkerung in Polen und in den Nachbarländern in der Zwischenkriegszeit

Veranstalter

Krzysztof-Kluk-Landwirtschaftsmuseum in Ciechanów; Kulturbüro des Marschallamtes der Woiwodschaft Podlachien in Białystok; Nikolaus-Kopernikus-Universität Toruń: Institut für Geschichte und Archivkunde, Institut für Militärgeschichte; Hauptvorstand der Polnischen Historischen Gesellschaft; Hauptarchiv für alte Akten Warschau; Institut für Geschichte Litauens in Vilnius; Nikolaus-Kopernikus-Universität Toruń: Polnische Historische Mission an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg

Veranstaltungsort

Ciechanowiec (Woiwodschaft Podlachien, Polen)

18-230 Ciechanowiec

Vom - Bis

09.06.2022 - 10.06.2022

Frist

01.03.2022

Von

Renata Skowronska, Polnische Historische Mission, Julius-Maximilians-Universität Würzburg

Internationale wissenschaftliche Tagung "Veränderungen im sozialen und wirtschaftlichen Leben der Landbevölkerung in Polen und in den Nachbarländern in der Zwischenkriegszeit" Tagungsort: Muzeum Rolnictwa im. ks. Krzysztofa Kluka w Ciechanowcu [Krzysztof-Kluk-Landwirtschaftsmuseum in Ciechanowiec] (Woiwodschaft Podlachien, Polen. Google Maps. Termin: 9.-10. Juni 2022

Veränderungen im sozialen und wirtschaftlichen Leben der Landbevölkerung in Polen und in den Nachbarländern in der Zwischenkriegszeit

Ziel der Tagung ist es, die sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen und ihre Auswirkungen auf das Leben und Funktionieren der ländlichen Gemeinden in Polen und seinen Nachbarländern in der Zwischenkriegszeit darzustellen. Wir interessieren uns besonders für die Gebiete Polens, Litauens, Lettlands sowie der UdSSR (BSSR, UdSSR, RFSRS) in der Zwischenkriegszeit. Willkommen sind auch Referate zu verschiedenen

Regionen des damaligen und heutigen Deutschlands (Ostpreußen, Schlesien, Pommern, Brandenburg, Sachsen etc.).

Detaillierte Beschreibung der Themen:

- wirtschaftliche Entwicklung oder Rückständigkeit ländlicher Gebiete;
- die Auswirkungen von Agrarreformen;
- Entwicklung des politischen Bewusstseins der Landbewohner;
- Kultur- und Bildungsleben auf dem Land;
- Alltagsleben;
- Entwicklung des Nationalbewusstseins der ländlichen Bevölkerung;
- Landbevölkerung angesichts der Veränderung der Staatsgrenzen in Mittel- und Osteuropa;
- wirtschaftliche und ideologische Experimente auf dem Land in der Sowjetunion;
- Migrationen der ländlichen Bevölkerung (Wirtschafts-, Bildungs- und Politikmigration, Militärdienst).

Sprachen der Vorträge: Polnisch, Weißrussisch, Ukrainisch, Russisch, Englisch. Die Tagung ist für Präsenz geplant, sofern dies aus Pandemie-Sicherheitsgründen zulässig ist.

Bitte richten Sie Ihre Vorschläge bis zum 1. März 2022 per E-Mail an Dr. Renata Skowrońska (E-Mail: r.skowronska@uni-wuerzburg.de). Anmeldeformular und Einwilligung zur Datenverarbeitung: sind der Webseite (<http://pmh.umk.pl/de/ciechanowiec/>) zu entnehmen. Die Veranstalter bieten an (kostenlos):

- Verpflegung und Übernachtung vom 8. bis 11. Juni 2022 in den Gästezimmern des Museums;
- Beichtigung des Landwirtschaftsmuseums sowie eine Besichtigungstour;
- Druck der Referate in einem Sammelband (den Veransaltern ist sehr wichtig, die Beiträge möglichst schnell zu veröffentlichen, die Texte werden ins Polnische übersetzt);
- Transport vom / zum Bahnhof (Czyżew) zum / vom Sitz des Museums in Ciechanowiec (nach vorheriger Benachrichtigung des Datums und der Uhrzeit);

Es wird keine Tagungsgebühr erhoben. Achtung: Die Veranstalter erstatten keine Reisekosten.

Kontakt

Dr. Renata Skowrońska (E-Mail: r.skowronska@uni-wuerzburg.de)

<http://pmh.umk.pl/de/ciechanowiec/>

Zitation

Veränderungen im sozialen und wirtschaftlichen Leben der Landbevölkerung in Polen und in den Nachbarländern in der Zwischenkriegszeit. In: H-Soz-Kult, 10.02.2022, www.hsozkult.de/event/id/event-115851.

Copyright (c) 2022 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

19) Humans in Motion: War Crisis and Refugees in Europe 1914–1923

Veranstalter

Institute of History, Jagiellonian University; ZRC SAZU, Milko Kos Historical Institute
(Institute of History, Jagiellonian University)

Ausrichter

Institute of History, Jagiellonian University

Veranstaltungsort Kraków

31-007 Kraków

Vom - Bis

29.06.2022 - 01.07.2022

Frist

01.02.2022

Von

Kamil Ruszala, Institut für Geschichte, Jagellonen-Universität-Krakau

The refugee crisis has accompanied people in every era of the past. While observing the current migration crisis on the European continent, it is not something completely unknown: floating borders and people on the move remain permanent, though forgotten, part of the past and heritage. The organizers invite researchers to Kraków who study war refugees in the first decades of the twentieth century. The focus of the planned conference is on comparative transnational perspectives.

The refugee crisis has accompanied people in every era of the past. The current migration crisis on the European continent is not something completely unknown: changing borders and people on the move remain a permanent, though forgotten, part of the past and heritage. This makes the problem of war refugees part of the public discourse and social consciousness. Lessons from past refugee crises teach us something about the mechanisms – as it turns out, unchanged for centuries – of state policy and human behaviour when prejudices and stereotypical views collide with migrants/refugees (different contexts but similar attitudes?). Therefore, studying refugeedom is also an attempt to understand contemporary problems from a historical perspective.

To date researchers have studied the issue of war refugees, focusing on specific regions, areas of the former empires that collapsed in 1918; specific refugee groups (with different social, cultural, and religious backgrounds); the reaction between refugees and locals (hosts); refugee policies of authorities at central (state) and local levels, etc. Nevertheless, there are still many unexplored problems related to the forgotten history of anonymous masses of people – mostly average citizens in exile who were overshadowed by the major political events of the First World War and the shaping of a new post-imperial order. The goal is to create a common narrative comparing the war experiences of civilians on the run and the politics and attitudes towards them from different areas of the European continent.

The organizers invite researchers to Kraków who study war refugees in the first decades of the twentieth century. The focus of the planned conference is on comparative transnational perspectives, which will make an important contribution to international learning. Previous work has rarely compared the refugee experience in a broader context (with some exceptions), mainly from an East-West perspective, and therefore there is no single European narrative of this human experience from over a hundred years ago. Therefore,

the conference debate (and subsequent conference proceedings) will include a comparison of the experiences of war refugeedom on the Eastern Front, the Italian Front, the Western Front, the Ottoman Empire, the Balkan Front, the Baltic Region, etc., from 1914 to 1920. The aim of the conference is the integration of the research communities, academic infrastructures, and the local institutions and individual scholars representing different fields. The conference will allow the organizers to involve an interdisciplinary and international team of researchers working on war refugees in the first decades of the twentieth century in Europe, providing them with a place to present their research and a platform to exchange ideas and debate colleagues at different levels (PhD students, post-docs, and early career and advanced scholars) on current issues from the angle of past experience.

We are particularly interested in papers that address the following themes:

- The legal status and definition of refugees in a centennial perspective: from local to global, from the Hague Conventions to the Geneva Convention;
- Diverse group: experiences of refugees in national, religious, ethnic and gender categories;
- Migration patterns: differences and similarities between different refugee experiences, inclusion vs. exclusion;
- Public health in the context of flight and the public response, stereotypes and public discourse;
- The role of the state in mitigating public discourse and responses;
- Systems of refugee assistance;
- Trajectories and displacement of refugees, including political strategies (organized infrastructure and location system) and refugees' own directions of spontaneous escape/migration;
- The analysis of state mechanisms in the face of a migration crisis (legislation, relations with local authorities, state population control, propaganda);
- The development of tools to deal with the refugee crisis after the First World War;
- The chronology of the refugee influx in comparison with the chronology of the First World War;
- Consequences of refugeedom: how did the experience influence the continent, its people and politics;
- Methodological approaches and concepts (WW1 and beyond).

Finally, there is a summary question that combines all of the previous questions: can we create a single narrative of wartime refugeedom that covers the different refugee groups of the European continent and even a broader geographical perspective? Is this theoretical experiment even possible? These are just some of the ideas on the possible research questions on the subject of refugees and displaced persons during the First World War and after the collapse of the empires and the old system in Europe. The organizers are also looking for proposals that go beyond the above questions. The invitation to submit proposals is thus not only open to historians who are aware of the fact that migrations represent an intersection of different disciplines. The conference coordinators in Krakow and Ljubljana are attempting to create this single transnational comparative narrative that could, over time, find its place not only in a broad academic audience but also in the consciousness of the European public and in policy and decision-making. The organizers plan to publish the results of the conference in the form of a collective research monograph on the experience of migration and war flight during the First World War and the post-war years in a comparative perspective. Therefore, further meetings and seminars are planned to prepare and provide a final product in the form of a book.

The conference will be accompanied by a keynote lecture by Prof. Peter Gatrell, as well as by a seminar on source studies in the archives in Krakow, presenting sources on World War I refugees and forced migration. As part of our workshop we are planning a special tour of former World War I battlefields with some of the great examples of war memorials designed by famous artists and war gravesites.

Abstracts no longer than 300 words, along with contact information, name, and institutional affiliation, should be sent to kamil.ruszczycki@uj.edu.pl and petra.svoljsak@zrc-sazu.si. The deadline for abstract submission is February 1, 2019, and the full list of speakers will be announced in early February 2022. The conference will be held in Kraków in June 29 – July 1, 2022.

The organizers will cover the cost of accommodation, conference materials, participation in the planned excursion, refreshments, and lunch.

Organizing Committee
Petra Svoljšak, ZRC SAZU, Milko Kos Historical Institute (petra.svoljsak@zrc-sazu.si)
Kamil Ruszczycki, Jagiellonian University (kamil.ruszczycki@uj.edu.pl)

Kontakt

Petra Svoljšak, ZRC SAZU, Milko Kos Historical Institute (petra.svoljsak@zrc-sazu.si)
Kamil Ruszczycki, Jagiellonian University (kamil.ruszczycki@uj.edu.pl)

Zitation

Humans in Motion: War Crisis and Refugees in Europe 1914–1923. In: H-Soz-Kult, 20.12.2021, www.hsozkult.de/event/id/event-114861.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

20) Politische Kulturen Osteuropas und das orthodoxe Christentum

Veranstalter
Marco Besl und Simone Oelke
Veranstaltungsort
Gästehaus der Abtei Niederaltaich
Gefördert durch
Studienstiftung d. dt. Volkes, StipendiatInnen machen Programm

94557 Niederaltaich

30.06.2022 - 03.07.2022

Frist

15.03.2022

Von

Marco Besl, Abteilung für Alte Geschichte, Historisches Seminar, Ludwig-Maximilians-Universität München

Forschungskolloquium für Doktorandinnen und Doktoranden
mit Prof. Dr. Hartmut Leppin (Abteilung für Alte Geschichte, Goethe-Universität Frankfurt)

Politische Kulturen Osteuropas und das orthodoxe Christentum

Welche Rolle spielt das orthodoxe Christentum in der politischen Welt Osteuropas? Nicht nur bei der letzten Kremlwahl wurde deutlich, in welchem Ausmaß religiöse Autoritäten politische Herrschaft stützen und unterstützen. Dieses interdisziplinäre Seminar will allerdings den Zusammenhang zwischen der in Osteuropa dominierenden Konfession und den verschiedenen politischen Kulturen umfassender in Blick nehmen: Das Kolloquium will grundlegende Strukturen und historische Bedingungen analysieren, die den heutigen, sehr eng erscheinenden Zusammenhang zwischen Politik und Religion in Osteuropa verständlich machen.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sollen ihre eigenen Arbeiten und Ideen in die Veranstaltung einbringen und in Vorträgen von maximal 45 Minuten (auch kreative Formate erwünscht) präsentieren. Es sollen dabei verschiedene Fachdisziplinen wie Politik-, Geschichts-, Religionswissenschaft, Theologie oder Kunstgeschichte etc. miteinander ins Gespräch kommen.

Zentrale Fragen werden unter anderem sein: Welche theologischen Denkvoraussetzungen bringt das orthodoxe Christentum mit sich, um sein Verhältnis zur politischen Sphäre zu bestimmen? Wie bezieht sich die Politik in den verschiedenen Staaten Osteuropas auf die dortige Mehrheitsreligion? Unter welchen historischen Bedingungen lässt sich das heutige Verhältnis von Religion und Politik verstehen und welche Spannungen zwischen politischer und religiöser Sphäre bestehen bereits seit der Spätantike? Inwiefern besitzt religiöse Symbolsprache und Kunst eine unterstützende Funktion für politische Anliegen? Primär will dieses Forschungskolloquium auf ein Verständnis der Phänomene abzielen und die Formel von der Instrumentalisierung der Religion für politische Zwecke kritisch hinterfragen.

Das Forschungskolloquium findet im Gästehaus der Benediktinerabtei Niederaltaich (bei Passau) statt. Dort wird der in der Orthodoxie praktizierte byzantinische Ritus in deutscher Sprache gepflegt, sodass Einblicke in Glaubens- und Bildwelt des orthodoxen Osteuropa möglich werden. Der Tagungsort ist komfortabel mit dem ICE zu erreichen (Haltestelle Plattling, Niederbayern).

Tagungsort: Abtei Niederaltaich, Mauritiushof 1, 94557 Niederalteich, Bayern

Für diese Veranstaltungen gelten die zum Tagungszeitpunkt geltenden behördlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Coronapandemie, zumindest jedoch 2G.

Kosten für Unterkunft (in Einzel- oder Doppelzimmer nach Verfügbarkeit), Vollpension und Tagungsteilnahme: 260,00€

Für PromotionsstipendiatInnen der Studienstiftung d. dt. Volkes wird ein großzügiger Zuschuss gewährt (siehe die Ausschreibung im Daidalosnet)

Bewerbung bis zum 15. März 2022 mit Lebenslauf und Expose des eigenen Beitrags (max. 1 Seite) bitte ausschließlich an Simone1.Oelke@stud.uni-regensburg.de

Zitation

Politische Kulturen Osteuropas und das orthodoxe Christentum. In: H-Soz-Kult, 31.01.2022, www.hsozkult.de/event/id/event-115577.

Copyright (c) 2022 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

21) 29. Tagung Junger Osteuropa-Experten

Veranstalter

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde (DGO), Forschungsstelle Osteuropa (FSO) an der Universität Bremen, Center für Governance und Kultur in Europa an der Universität St. Gallen, Imre Kertész Kolleg, Lehrstuhl für Osteuropäische Geschichte und Institut für Kaukasiologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena

Veranstaltungsort

Friedrich-Schiller-Universität Jena

07743 Jena

Vom - Bis

01.07.2022 - 03.07.2022

Frist

24.01.2022

Von

Matthias Melcher, Abteilung für Geschichte Ost- und Südosteuropas, Historisches Seminar, LMU

CfP für die 29. JOE-Tagung, die vom 1. bis 3. Juli 2022 in Jena stattfindet. Deadline für Paper- und Panel-Einreichungen: 24. Januar 2022.

29. Tagung Junger Osteuropa-Experten

-- English version see below --

Vom 1. bis zum 3. Juli 2022 findet die diesjährige Fachtagung für junge Osteuropa-ExpertInnen in Jena statt. Die Tagung richtet sich an fortgeschrittene Studierende, DoktorandInnen und jüngere Promovierte unterschiedlicher Disziplinen, die sich mit dem östlichen Europa beschäftigen. Diese erhalten die Möglichkeit, ihre Forschungsprojekte anderen angehenden WissenschaftlerInnen und ausgewiesenen FachvertreterInnen vorzustellen und mit ihnen zu diskutieren. Die Tagung bietet einen Überblick über die aktuelle Osteuropaforschung im deutschsprachigen Raum und ermöglicht einen interdisziplinären Austausch zu Ostmittel- und Osteuropa, dem Kaukasus und Zentralasien

sowie eine Vernetzung unter den Nachwuchswissenschaftler. Wir freuen uns über Projektskizzen aus den Geistes- und Sozialwissenschaften, den Rechts- und Wirtschaftswissenschaften und verwandten Disziplinen. Darüber hinaus können Vorschläge für Panels, bestehend aus drei Beiträgen, gemacht werden. Beiträge können auf Deutsch und Englisch eingereicht und gehalten werden. Passive Deutschkenntnisse sind notwendig, da keine Dolmetschung stattfindet.

Die Tagung findet nach den dann gültigen Hygieneregeln statt. Wenn die Durchführung der Tagung aufgrund der COVID-19 nicht möglich sein wird, wird sie auf das Jahr 2023 verlegt. Die Tagung wird von der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde (DGO), der Forschungsstelle Osteuropa (FSO) an der Universität Bremen, dem Center für Governance und

Kultur in Europa an der Universität St. Gallen sowie den Gastgebern, dem Imre Kertész Kolleg, dem Lehrstuhl für Osteuropäische Geschichte und dem Institut für Kaukasiologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena veranstaltet. Die Kosten für Unterkunft und Verpflegung werden von den Veranstaltern getragen. Fahrtkosten können nicht übernommen werden.

Vorschläge für Einzelbeiträge:

- Abstract von maximal 400 Wörtern mit Angaben zu Fragestellung, Erkenntnisinteresse, theoretischem Ansatz und Methode;
- fünf Schlüsselbegriffe zur thematischen Veranschaulichung;
- Mitteilung über den Stand des Forschungsprojekts und institutionelle Anbindung.

Vorschläge für Panels:

- Zusammenfassung von maximal 200 Wörtern mit Angaben zum Titel, Thema und Ziel des Panels;
- Abstracts und Informationen zu den jeweiligen Einzelbeiträgen (siehe oben);
- fünf Schlüsselbegriffe zur thematischen Veranschaulichung;
- ein Panel sollte aus drei Vortragenden bestehen und mindestens zwei unterschiedliche Institutionen repräsentieren. Die Moderation wird von den Veranstaltern organisiert.

Wir bitten darum, alle Vorschläge über die vorbereiteten Formulare (verfügbar auf der Webseite der DGO oder hier <https://dgo-online.org/neuigkeiten/aktuelles/cfp-joe-29th-conference-of-junior-scholars-in-the-field-of-east-european-studies/>) einzureichen.

Bewerbungen sind spätestens bis zum 24. Januar 2022 an joe-tagung@dgo-online.org zu senden.

Die Auswahlentscheidungen werden bis zum 15. Februar 2022 mitgeteilt. Bei Zusage muss bis zum 15. Mai 2022 ein deutsch- oder englischsprachiges Paper (max. 3.000 Wörter) eingereicht werden, das den Teilnehmern vorab zur Verfügung gestellt wird.

CfP: 29th Conference of junior scholars in the field of East European studies

The annual conference of junior scholars in East European studies (JOE) will take place from 1-3 July 2022 in Jena. The conference aims to bring together scholars from various disciplines focusing on Eastern Europe namely advanced students, Ph.D. candidates, and

young scholars who have already completed their doctoral research. The conference encourages all participants to present and discuss their research projects with other prospective scholars and qualified professionals. The convention provides an overview of current research projects on East Central and Eastern Europe, the Caucasus and Central Asia in the German-speaking area. It enables interdisciplinary exchange and networking among young scholars.

In addition, proposals for panels consisting of three contributions could be suggested. Contributions can be submitted in German and English languages. Passive knowledge of German language is necessary.

The conference will take place in accordance with the then valid hygiene requirements. If the conference can't take place due to COVID-19, it will be postponed to 2023. The conference is organized by the German Association for East European Studies (DGO), the Research Centre for East European Studies (FSO) at the University of Bremen, the Center for Governance and Culture in Europe at University of St. Gallen and the host institutions Imre Kertész Kolleg, the Chair for Eastern European History and the Institute for Caucasus Studies at Friedrich Schiller University Jena. The costs for accommodation and catering are covered by the organizers. Travel expenses will not be refunded.

Suggestions for individual projects:

- An abstract of maximum 400 words which relates to the research question, findings, theoretical approach and method;
- Five key words to summarize the thematic focus;
- Information about the status of the research project and institutional affiliation.

Suggestions for panels:

- Summary of maximum 200 words with the title, topic, and target of the panel;
- Abstracts and information on the individual texts;
- Five key words per abstract to summarize the thematic foci;
- A panel should consist of three speakers and represent at least two different institutions.

The moderation is arranged by the organizer. We kindly ask you to submit your applications based on the prepared forms (they are available on the website of the DGO or here <https://dgo-online.org/neuigkeiten/aktuelles/cfp-joe-29th-conference-of-junior-scholars-in-the-field-of-east-european-studies/>). Please send your abstract(s) by 24 January 2022 to joe-tagung@dgo-online.org. Selection decisions will be communicated by 15 February 2022.

In the case of acceptance to the conference, you have to submit a German or English-language paper (max. 3,000 words) by 25 May 2022. It will be made accessible to the other participants prior to the conference.

Kontakt

joe-tagung@dgo-online.org

<https://dgo-online.org/kalender/berlin/2022/29-tagung-junger-osteuropa-expert-innen-joe/>

Zitation

29. Tagung Junger Osteuropa-Expert:innen. In: H-Soz-Kult, 04.01.2022,
www.hsozkult.de/event/id/event-114931.

Copyright (c) 2022 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

22) IFZO-Konferenz „Ostsee im Austausch. Transformationen zwischen Konflikt und Kooperation“

Veranstalter

Interdisziplinäres Forschungszentrum Ostseeraum (IFZO), Universität Greifswald

Veranstaltungsort

Greifswald

Gefördert durch

Bundesministerium für Bildung und Forschung, BMBF

17487 Greifswald

07.07.2022 - 09.07.2022

Anmeldefrist

10.11.2021

Von

Alexander Drost, Interdisziplinäres Forschungszentrum Ostseeraum (IFZO), Universität Greifswald

Im Mittelpunkt der Konferenz steht die Erforschung von gegenwärtigen und historischen Transformationsprozessen im Ostseeraum. In den Forschungsfeldern "Geteiltes Kulturelles Erbe", "Energietransformation", "Sicherheitsarchitektur", "Ländliche Räume", "Neue Nationalismen", "Nachhaltigkeit" sowie "Raum-Zeitliche Muster der Landnutzung" wollen wir den Wandel von Technologien, Bedeutungen, Werten und Traditionen in transformativen Prozessen und deren Auswirkungen auf die Region diskutieren.

CALL FOR PAPERS

Im Mittelpunkt der Konferenz steht die Erforschung von Transformationsprozessen im Ostseeraum. Die Gesellschaften des Ostseeraums müssen im Kontext von Klimakatastrophe, politischer Radikalisierung und wirtschaftlichen Herausforderungen einen grundlegenden Wandel gemeinsam bewältigen. Dieser betrifft gleichermaßen überholte Technologien und eingeübte Praktiken als auch die Bedeutungs- und Wertesysteme, die in Jahrhunderten aus Interaktion, Integration und gemeinsamer Problemlösungskompetenz hervorgegangen sind. Ohne erneuerbare Energien, nachhaltige Wirtschaftsmodelle und Transportsysteme sowie deren Akzeptanz wird man den Wandel des Ostseeraums nicht angehen können. Gleichzeitig stehen Lebensräume und Leistungen auf dem Spiel, die die Gesundheits- und Daseinsvorsorge im ländlichen Raum ebenso gefährden wie das kulturelle Erbe der gesamten Region. Neue Ideen und Ansätze müssen

dabei nicht nur entwickelt, sondern ebenso übersetzt, beschrieben und vermittelt werden. Aufgrund ihres komplexen Charakters haben Transformationen in vielen Forschungsbereichen ihre Spuren hinterlassen. Wir laden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu den folgenden Streams ein, um ihre Beobachtungen, Fragestellungen und Ergebnisse zu Transformationsprozessen im Ostseeraum zu teilen und interdisziplinär zu diskutieren. Die Tagung soll damit einen Beitrag zu einem verbesserten Verständnis der vielfältigen Fragmentierungsmechanismen in Transformationsprozessen liefern und helfen, übergreifende Fragestellungen interdisziplinär weiterzuentwickeln.

Im Stream „Geteiltes Kulturelles Erbe“ wollen wir ein gewandeltes Verständnis kulturellen Erbes am Beispiel verschiedener Formen von konfliktbehafteten und ungewollten Erbschaften (Monumenten, militärischen, industriellen Hinterlassenschaften), von Kulturlandschaften bis hin zu kulturellen Kanons und deren Neusemantisierungen diskutieren.

Im Stream „Energietransformation“ stehen rechtliche und sozialwissenschaftliche Fragestellungen im Mittelpunkt der Diskussion, die unter anderem die ambivalente Position von „Nord Stream 2“ im Kontext erneuerbarer Energien beleuchtet. Ebenso laden wir Beiträge zur nachhaltigen Energieversorgung im ländlichen Raum und zur Diskussion eines einheitlichen Energiemarktes im Ostseeraum ein.

Im Stream „Sicherheitsarchitektur“ werden wir die sich verändernde politische, militärische und infrastrukturelle Situation im Ostseeraum diskutieren und begrüßen Beiträge zum NATO-Russland Verhältnis in der Region, militärischen Manövern und zur Rolle nationaler Sicherheitsinteressen im Kontext der anstehenden Transformationsprozesse. Im Stream „Ländliche Räume“ laden wir zur Diskussion von Innovationen/Best-Practice-Beispielen der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen des Ostseeraums ein. Im Mittelpunkt stehen dabei sowohl Fallbeispiele aus den Bereichen Gesundheitsversorgung, Entrepreneurship und Finanzierungssysteme als auch übergreifende Fragen der räumlichen Übertragung von Politiken (policy mobilities).

Im Stream „Neue Nationalismen“ stehen die Themen Geschichtskonstruktionen, Gendernarrative und Minderheitendiskurse neu-nationalistischer Bewegungen und Akteur*innen im Zentrum der Diskussion. Der Fokus liegt auf Erinnerungspolitik, nationalen Minderheiten und Minderheitenpolitik sowie sprachlichen bzw. soziolinguistischen Aspekten.

Im Stream „Nachhaltigkeitstransformation“ fokussieren wir auf die Rolle von Verhaltensänderungen im Transformationsprozess, den Wandel zu nachhaltigen Wirtschaftsformen und Einträge in die Ostsee. Diese Themen berühren zudem Fragen von Nutzungskonflikten, Nachhaltigkeitspolitik und Nachhaltigkeitspsychologie. Im Stream „Raum-zeitliche Muster der Landnutzung“ begrüßen wir Beiträge zum Wandel der Landnutzung nach markanten Umbruchssituationen, u. a. dem Zusammenbruch des Ostblocks, Tschernobyl, oder dem Ukraine Konflikt.

Das Interdisziplinäre Forschungszentrum Ostseeraum bündelt die Forschungskompetenzen zum Ostseeraum an der Universität Greifswald und bietet internationalen Nachwuchs- und Gastwissenschaftler*innen ein innovatives Forschungsumfeld.

Im IFZO-Forschungsverbund „Fragmentierte Transformationen. Wahrnehmungen, Konstruktionen, Verfasstheiten einer Region im Wandel“ werden in sieben interdisziplinären Forschungsgruppen Transformationsprozesse zum neuen Verständnis des kulturellen

Erbes, der Energiewende, dem Wandel von Sicherheitsarchitektur und Daseinsvorsorge, dem Aufkommen neuer Nationalismen, der Nachhaltigkeitstransformation und Landnutzung im Ostseeraum untersucht.

Panel- und Paper-Bewerbungen mit Titel, Abstract (300 Zeichen) und Kurz-CV per E-Mail bis zum 10. November an ifzo@uni-greifswald.de.

Kontakt

Dr. Alexander Drost
Universität Greifswald
Interdisziplinäres Forschungszentrum Ostseeraum (IFZO)
Bahnhofstraße 51
17489 Greifswald
ifzo@uni-greifswald.de

<https://phil.uni-greifswald.de/institute/einrichtungen/ifzo/ifzo-neuigkeiten/ifzo-neuigkeiten-detailansicht/n/cfp-ifzo-konferenz-ostsee-im-austausch-transformationen-zwischen-konflikt-und-kooperation/>

Zitation

IFZO-Konferenz „Ostsee im Austausch. Transformationen zwischen Konflikt und Kooperation“. In: H-Soz-Kult, 13.09.2021, www.hsozkult.de/event/id/event-112800.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

23) Das Ende des Großen Nordischen Kriegs 1721 – eine Wende im Ostseeraum, aber wohin?

Veranstalter

Tallinn City Archives, Tallinn – Academia Baltica, Lübeck – Aue-Stiftung, Helsinki – Nordeuropa-Institut, Humboldt Universität zu Berlin – International Center for Interdisciplinary Studies, Uniwersytet Szczeciński, Szczecin (Tallinn City Archives)

Ausrichter

Tallinn City Archives

Gefördert durch

Tallinn City Administration - Aue Foundation, Helsinki - Böckler-Mare-Balticum Foundation, Bad Homburg

10133 Tallinn
Estonia

08.09.2022 - 10.09.2022

Frist

31.03.2022

Von

Jörg Hackmann, University of Szczecin, International Center of Interdisciplinary Studies

Wenn man den Ostseeraum als Geschichtsregion betrachtet, stellt das Ende des Großen Nordischen Kriegs 1721 eine Epochenwende dar, deren politische, gesellschaftliche, kulturelle und ökonomische Umwälzungen die folgenden Jahrhunderte geprägt haben. Von zentraler Bedeutung ist der Frieden von Nystad (finnisch: Uusikaupunki) zwischen Schweden und Russland vom 12. September 1721, der den Ausgangspunkt der Konferenz bildet.

Wenn man den Ostseeraum als Geschichtsregion betrachtet, stellt das Ende des Großen Nordischen Kriegs 1721 eine Epochenwende dar, deren politische, gesellschaftliche, kulturelle und ökonomische Umwälzungen die folgenden Jahrhunderte geprägt haben. Von zentraler Bedeutung ist der Frieden von Nystad (finnisch: Uusikaupunki) zwischen Schweden und Russland vom 12. September 1721, der den Ausgangspunkt der Konferenz bildet.

Dass sich die Folgen von Kriegsende und Friedensschluss für die betroffenen Staaten, Regionen und ihre Bewohner:innen signifikant unterscheiden und damit verbunden auch die jeweiligen (nationalen) Erinnerungen sehr heterogen sind, unterstreicht die Bedeutung des Umbruchs von 1721 auch in einer längerfristigen Perspektive: In Schweden begann mit den Gebietsabtretungen an das Zarenreich der mächtepolitische Abstieg, dem nach anfänglichen Revancheplänen dann der Rückzug aus der europäischen Mächtspolitik folgte. In Russland wurde der Frieden von Nystad dagegen als triumphaler Aufstieg zur Großmacht und Beginn einer neuen (europäischen) Epoche gefeiert. Für die deutschen Adligen in Estland und Livland bot sich mit dem Übergang an das Zarenreich die Gelegenheit zur Fixierung ihrer rechtlichen und sozialen Privilegien, während für die Esten und Letten aus der neuen Situation dagegen eine Verschärfung der Leibeigenschaft resultierte. In Finnland führte der Friedensschluss mit der Abtretung von Wiborg und Kexholm zu den ersten Anfängen von Autonomie unter russländischer Herrschaft. Für Polen-Litauen bedeutete der Ausgang des Nordischen Kriegs zunächst das Scheitern der Versuche zur Revindikation Livlands. Zudem verdeutlichte die Tatsache, dass der polnische König in den Friedensschluss mit Schweden nicht einbezogen wurde, auch den Beginn der Souveränitätskrise, aus der sich dann eine Außensteuerung der Adelsrepublik durch Österreich, Preußen und Russland entwickelte und die schließlich in die Teilungen Polen-Litauens Ende des 18. Jahrhunderts mündete. Damit fällt der Blick dann auf Preußen, das sich durch den Friedensschluss von Stockholm 1720 Stettin angliedern konnte.

Ziel der Tagung ist es, die langfristigen Folgen des Friedens von Nystad für Nordost- und Ostmitteleuropa aus unterschiedlichen thematischen Blickwinkeln (Politikgeschichte, Kulturgeschichte, Kunstgeschichte, Wirtschaftsgeschichte, Sozialgeschichte) und zum anderen aus den nationalen Perspektiven kollektiver Erinnerung zu beleuchten und dabei zu fragen, welche Rolle diese Folgen und Wahrnehmungen bis in die Gegenwart spielen: Dazu zählen etwa die Prägung der Region durch den Aufstieg Russlands, Traditionen der nordischen Neutralität nach dem Ende der schwedischen Großmachtszeit, die Formierung der „Deutschbalten“ und der Aufstieg der kleinen Nationen.

Die Internationalen Symposien zur Geschichte und Kultur Nordosteuropas finden seit 1995 in unregelmäßiger Folge in Tallinn statt. Die Themen befassen sich insbesondere mit den Beziehungen der baltischen Region im engeren Sinne mit dem deutschsprachigen Raum sowie mit Nordeuropa und Nordwestrussland.

Tagungssprachen sind Deutsch und Englisch.

Abstracts auf Deutsch oder Englisch (max. 300 Worte) mit einem kurzen Biogramm werden erbeten bis zum 31.3.2022 an jorg.hackmann@usz.edu.pl, robschweitzer@yahoo.com oder lea.koiv@tallinnlv.ee

Unterkunft und Verpflegung während der Tagung werden von der Stadtverwaltung Tallinn getragen, die Aue Stiftung und Böckler-Mare-Balticum Stiftung übernehmen die Reisekosten der Teilnehmer.

Kontakt

Joerg Hackmann, University of Szczecin, Dept. of History, jorg.hackmann@usz.edu.pl

Zitation

Das Ende des Großen Nordischen Kriegs 1721 – eine Wende im Ostseeraum, aber wohin?. In: H-Soz-Kult, 23.01.2022, www.hsozkult.de/event/id/event-115376.

Copyright (c) 2022 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

24) Deutschland, Polen und die Ostsee nach dem Zweiten Weltkrieg

Veranstalter

Internationales Zentrum für interdisziplinäre Studien der Universität Szczecin in Kulice, Polen

Veranstaltungsort: Kulice

Gefördert durch

Interreg V-A Kooperationsprogramm Mecklenburg-Vorpommern / Brandenburg / Polen, Projekt Nr. INT198

PL 72-209 Kulice

Vom - Bis

16.09.2022 - 17.09.2022

Frist:

01.03.2022

Von

Pierre-Frédéric WEBER

Ziel des Treffens ist es, über den Stellenwert der Ostsee, Pommerns und Mecklenburgs in den wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Veränderungen nachzudenken, die seit 1945 auf beiden Seiten der deutsch-polnischen Grenze eingetreten sind.

Internationale Tagung "Deutschland, Polen und die Ostsee nach dem Zweiten Weltkrieg"

Ort: Kulice (Internationales Zentrum für interdisziplinäre Studien der Universität Szczecin)

Datum: 16. bis 17. September 2022.

Die Zeit nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs war für die damals lebenden Polen und Deutschen von großer Bedeutung. Die Schornsteine der Krematorien als Hinterlassenschaft, die frischen Gräber auf den polnischen Friedhöfen, die noch rauchenden Ruinen Warschaus und die darauf folgende Zwangsaussiedlung der vor dem Krieg östlich von Oder und Lausitzer Neiße lebenden Deutschen aus ihrer Heimat blieben lange ein Hindernis für gutnachbarschaftliche Beziehungen zwischen den beiden Gesellschaften. In diesem Zusammenhang wurde die Ostsee auch nicht zu einem vollwertigen Raum der Zusammenarbeit, sondern in gewisser Hinsicht zu einem Raum der Rivalität – trotz der Propagandasprüche über die brüderlichen Kontakte zwischen der Volksrepublik Polen und der Deutschen Demokratischen Republik. Gleichzeitig schuf diese neue Konstellation ähnliche wirtschaftliche und soziale Bedingungen für die polnischen und deutschen Gebiete an der Ostsee, die bis 1989/90 ein von den Behörden streng überwachtes Fenster zur Welt darstellte. Ziel des Treffens ist es, über den Stellenwert der Ostsee, Pommerns und Mecklenburgs in den wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Veränderungen auf beiden Seiten der Grenze nachzudenken. Wir möchten auch eine Diskussion über die Folgen der Transformation am Ende des 20. Jahrhunderts für die polnischen und deutschen Grenzregionen anregen und versuchen, die Frage zu beantworten, ob die demokratischen Veränderungen auf beiden Seiten der Oder die gegenseitige Wahrnehmung und Entwicklung der Zusammenarbeit beeinflusst haben.

Wir laden Sie herzlich ein, sich als Expert:in/Referent:in zu bewerben. Wir sind an bisher unveröffentlichten Einzelstudien, aber auch an synthetischen und vergleichenden Ansätzen interessiert.

Die Bewerbungen sollten Folgendes enthalten: Titel des Vortrags, Zusammenfassung (bis zu 600 Zeichen) und Kurzbiogramm (bis zu 600 Zeichen) in einer der folgenden Sprachen: Englisch, Deutsch, Polnisch. Als Einreichungstermin gilt der 1. März 2022, Ihre Bewerbung senden Sie bitte an tomasz.slepowronski@usz.edu.pl. Der Veranstalter behält sich vor, aus den eingereichten Beiträgen eine Auswahl zu treffen. Die BewerberInnen werden bis zum 15. April 2022 über diese Auswahl informiert. Konferenzsprachen sind Polnisch und Deutsch, die Veranstaltung wird simultan übersetzt. Eine Veröffentlichung der Tagungsbeiträge ist geplant.

Die Teilnahme an der Konferenz ist für Experten/Referenten kostenlos. Die Reisekosten (2. Klasse bzw. Economy-Class) werden zurückerstattet bzw. ein Honorar ausgezahlt.

Die Konferenz findet am 16. und 17.09.2022 im Internationales Zentrum für interdisziplinäre Studien (MOBI) der Universität Szczecin statt, das sich in einem ehemaligen Herrenhaus der Familie von Bismarck befindet. Der Veranstalter bietet einen kostenlosen Transport von Szczecin zum Veranstaltungsort in Kulice und zurück.

Sollte sich die Pandemiesituation nicht wesentlich verbessern, besteht die Möglichkeit, die Veranstaltung im hybriden Format oder vollkommen online zu organisieren.

Kontakt

E-Mail: tomasz.slepowronski@usz.edu.pl

<https://mare.usz.edu.pl/de/deutschland-polen-d/>

Zitation

Deutschland, Polen und die Ostsee nach dem Zweiten Weltkrieg. In: H-Soz-Kult, 07.01.2022, www.hsozkult.de/event/id/event-115072.

Copyright (c) 2022 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

25) "Jeder hat das Recht, jedes Land, einschließlich seines eigenen, zu verlassen [...]"

Veranstalter

Polnische Historische Mission an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg (Nikolaus-Kopernikus-Universität Thorn / Toruń) – Dr. Renata Skowrońska, Haus des Deutschen Ostens (HDO) in München – Prof. Dr. Andreas Otto Weber, Nikolaus-Kopernikus-Universität Toruń, Institut für Geschichte und Archivkunde, Lehrstuhl für Geschichte der skandinavischen Länder sowie Mittel- und Osteuropas – Prof. Dr. Andrzej Radziński, Julius-Maximilians-Universität Würzburg, Philosophische Fakultät, Lehrstuhl für Fränkische Landesgeschichte – Prof. Dr. Helmut Flachenecker, Dr. Lina Schröder, Universität Potsdam, Historische Institut, Professor für Allgemeine Geschichte der Frühen Neuzeit – Prof. Dr. Matthias Asche. Die Tagung wird in Verbindung mit dem Kolleg „Mittelalter und Frühe Neuzeit“ veranstaltet.

Veranstaltungsort

97074 Würzburg

Vom - Bis

19.09.2022 - 20.09.2022

Frist

15.01.2022

Von

Renata Skowronska, Polnische Historische Mission an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg (Nikolaus-Kopernikus-Universität Thorn / Toruń)

CfP für die internationale wissenschaftliche Tagung: "Jeder hat das Recht, jedes Land, einschließlich seines eigenen, zu verlassen [...]." Migrationsbewegungen zwischen den deutschen und polnischen Gebieten vom Mittelalter bis 1989.

In der Geschichte Mitteleuropas spielen Migrationsbewegungen, sowohl natürliche wie auch erzwungene, eine große Rolle. Die heute wohl meist bekannten historischen Wanderungen – die der vielfältigen und keinesfalls homogenen germanischen Ethnien vom 4. bis ins 6. Jahrhundert – werden in engem Zusammenhang mit dem Niedergang der weströmischen Zivilisation und dem Anfang des kulturell deutlich anders geprägten europäischen Mittelalters gedeutet. Ebenso wichtig für das historische Verständnis Polens und Deutschlands sind Wanderbewegungen der späteren Zeiten, auch wenn sie nicht im großen Ausmaß erfolgten und zum Teil heute wenig bekannt sind: Sie beeinflussten und prägten die verschiedenen Regionen, die sie betrafen. Diese Migrationsbewegungen konnten einen natürlichen Charakter haben, Teil einer Suche nach Innovationen (militärisch, religiös, wirtschaftlich) sein oder von einem tief in der Psyche des Menschen verankerten Veränderungsbedürfnis her stammen, das der Suche der einzelnen Personen, Familien oder Gruppen nach einem neuen und besseren Leben geschuldet war. Zuweilen wurden

sie auch durch ungünstige externe Faktoren verschiedener Art verursacht – politischer, wirtschaftlicher oder sozialer Herkunft. Einen wichtigen Einfluss auf die Mobilität der Menschen übte die Territorial- und Staatsgewalt aus: Sie versuchte, die Bewegungen in den Territorien zu kontrollieren und zu steuern bzw. diese zur Durchsetzung politischer Ziele einzusetzen. Und so instrumentalisierten die jeweiligen Obrigkeiten bis ins späte 20. Jahrhundert – ebenso in deutschen wie in polnischen Gebieten – mit den Migrationsbewegungen: Sie lösten diese aus, verstärkten sie oder versuchten, diese zu verhindern. Die Mobilität der Bevölkerung wurde auf verschiedene Art und Weise erzwungen, gefördert, toleriert oder eben nicht akzeptiert, eingeschränkt, bis hin zu Versuchen, diese zum möglichst weitgehenden Stillstand zu bringen. Migration war somit auch ein Instrument im Sinne politischer, wirtschaftlicher und sozialer Zwecke. Die tatsächlichen Folgen der Migrationspolitik waren jedoch unvorhersehbar, Bevölkerungsbewegungen hatten oft erhebliche Auswirkungen, die nicht immer den Intentionen der Verursachenden entsprachen.

Ziel der internationalen wissenschaftlichen Tagung ist die Darstellung der Geschichte der natürlichen und erzwungenen Migrationsbewegungen zwischen den polnischen und deutschen Gebieten vom frühen Mittelalter bis zum Jahr 1989. Dabei sollen verschiedene Gründe, Quantitäten, Formen und Konsequenzen der Aus- und Einwanderungen aufgezeigt werden: Beginnend mit Beispielen für gewaltfreie gezielte An-, Aus- und Umsiedlungspolitik, bis hin zu erzwungenen Migrationsbewegungen und Flucht aus verschiedenen Gründen (Konfession, Nationalität etc.). Das Zitat im Titel der Tagung – „Jeder hat das Recht, jedes Land, einschließlich seines eigenen, zu verlassen [...]“ – stammt aus dem Artikel 13 der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ (1948), in dem die Auswanderungsfreiheit sowie das Recht „in sein Land zurückzukehren“ bestätigt wurden.

Der geographische Rahmen der Tagung umfasst zwei Bereiche: den historischen polnischen und deutschen Kultur- und Geschichtsraum. Die politischen Grenzen dieser Gebiete decken sich weitgehend mit den Territorien des Heiligen Römischen Reiches, Preußens, des Deutschen Bundes bzw. des Deutschen Reichs bis hin zur DDR und BRD sowie mit Polen (Königreich Polen, Polen-Litauen, Rzeczpospolita, Herzogtum Warschau, Kongress-Polen, Zweite Polnische Republik, Volksrepublik Polen).

Untersuchungszeitraum: epochenübergreifend, vom frühen Mittelalter bis um 1989.

Dieser Call for Papers richtet sich insbesondere an Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem Bereich der Geisteswissenschaften, aber auch an Interessierte aus anderen benachbarten Forschungsdisziplinen. Einführende, übergreifende und vergleichende Beiträge sind explizit erwünscht. Ebenso können Einzelbeispiele mit entsprechender Signifikanz auf der Tagung vorgestellt werden.

Die Tagungssprachen sind Deutsch und Englisch. Für jeden Vortrag ist eine Dauer von ca. 20 Minuten vorgesehen. Tagungsgebühren werden nicht veranschlagt. Honorare können leider nicht gezahlt werden. Die Veranstalterinnen und Veranstalter bemühen sich derzeit, die Reise- und Übernachtungskosten der Referierenden sicherzustellen. Die Veröffentlichung der Vorträge ist im Jahrbuch „Bulletin der Polnischen Historischen Mission“ Nr. 18 (2023) vorgesehen.

Wir laden Sie herzlich zur Teilnahme an der Tagung ein! Bitte richten Sie Ihre Vorschläge bis zum 9. Januar 2022 per E-Mail an Dr. Renata Skowrońska (E-Mail: r.skowronska@uni-wuerzburg.de).

Anmeldeformular und Einwilligung zur Datenverarbeitung:

- <http://pmh.umk.pl/de/tagung-migration/>
- <http://pmh.umk.pl/start/konferencja-migracja/>

Veranstalter:

- Polnische Historische Mission an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg (Nikolaus-Kopernikus-Universität Thorn / Toruń) – Dr. Renata Skowrońska
- Haus des Deutschen Ostens (HDO) in München – Prof. Dr. Andreas Otto Weber
- Nikolaus-Kopernikus-Universität Thorn / Toruń, Institut für Geschichte und Archivkunde, Lehrstuhl für Geschichte der skandinavischen Länder sowie Mittel- und Osteuropas – Prof. Dr. Andrzej Radzimiński
- Julius-Maximilians-Universität Würzburg, Philosophische Fakultät, Lehrstuhl für Fränkische Landesgeschichte – Prof. Dr. Helmut Flachenecker, Dr. Lina Schröder
- Universität Potsdam, Historische Institut, Professor für Allgemeine Geschichte der Frühen Neuzeit – Prof. Dr. Matthias Asche

Die Tagung wird in Verbindung mit dem Kolleg „Mittelalter und Frühe Neuzeit“ veranstaltet.

Kontakt

Universität Würzburg
Polnische Historische Mission
Dr. Renata Skowronska
Am Hubland
97074 Würzburg
Tel.: 09313181029
E-Mail: r.skowronska@uni-wuerzburg.de

26) Slavistiktag 2022

Veranstalter
Verband der deutschen Slavistik (Ruhr-Universität Bochum)

Ausrichter
Ruhr-Universität Bochum
44780 Bochum

21.09.2022 - 24.09.2022

Anmeldung bis:
15.01.2022

Von
Thomas Skowronek, Seminar für Slavistik / Lotman-Institut für russische Kultur, Ruhr-Universität Bochum

Der 14. Deutsche Slavistiktag findet vom 21. bis 24. September 2022 an der Ruhr-Universität Bochum statt. Der Verband der deutschen Slavistik lädt alle promovierten Slavisten und Doktoranden aus dem deutschsprachigen Raum sowie internationale Gäste zur aktiven Teilnahme ein; die Einladung zur passiven Teilnahme richtet sich auch an Studierende.

Der Deutsche Slavistiktag ist die zentrale Tagung der deutschsprachigen Slavistik. Alle drei bis vier Jahre versammelt er Forschende, die sich mit der slavischen Welt und ihrer Erkundung im Bereich der Literatur-, Kultur- und Medienwissenschaft, der Linguistik und der Fachdidaktik auseinandersetzen.

Der 14. Deutsche Slavistiktag findet vom 21. bis 24. September 2022 an der Ruhr-Universität Bochum statt. Der Verband der deutschen Slavistik lädt alle promovierten Slavisten und Doktoranden aus dem deutschsprachigen Raum sowie internationale Gäste zur aktiven Teilnahme ein; die Einladung zur passiven Teilnahme richtet sich auch an Studierende. Ihre Bewerbung schicken Sie bitte an: slavtag2022@rub.de

Programm

- bis 15. Januar 2022: Bewerbung für aktive Teilnahme, Einreichung der Abstracts
- bis 15. Februar 2022: Information über die Annahme des Themenvorschlags
- 15. Februar – 1. Juni 2022: Nach Zusage Zahlung des Kongressbeitrags (verbindliche Anmeldung)
- bis 1. September 2022: Anmeldung für passive Teilnahme
- 21.–24. September 2022: 14. Deutscher Slavistiktag

Kontakt

slavtag2022@rub.de

<https://slavtag2022.blogs.ruhr-uni-bochum.de>

Zitation

Slavistiktag 2022. In: H-Soz-Kult, 06.05.2021, www.hsozkult.de/event/id/event-97428.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved.
This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

27) Die Festung im Ernstfall: Belagerungen in Theorie und Praxis

Veranstalter

Deutsche Gesellschaft für Festungsforschung (Deutsche Gesellschaft für Festungsforschung)

Ausrichter

Deutsche Gesellschaft für Festungsforschung

Veranstaltungsort

Zitadelle Jülich

52428 Jülich

Vom - Bis

23.09.2022 - 25.09.2022

Frist

15.02.2022

Von

Dr. Eberhardt Kettlitz, praeHistoria. Archäologie & Geschichte

Call for Paper zur 41. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Festungsforschung in Jülich, 23.-25.9.2021: Die Festung im Ernstfall: Belagerungen in Theorie und Praxis

Festungsanlagen sind defensive Verteidigungswerke. Sie sind die Reaktion auf eine Bedrohung, die von außen kommt. Der Einsatz von Feuerwaffen veränderte das Kriegswesen in fundamentaler Weise. In der Frühen Neuzeit kam es mehr und mehr zu einer Verwissenschaftlichung, die sich vor allem auch darauf bezog, wie eine Festung am besten gegen Angriffe zu verteidigen und umgekehrt, wie solche erfolgreich durchzuführen sind. Eine Form des Angriffs gegen eine Festung war die Belagerung. Neben die Poliorketik – die Wissenschaft von der Belagerungskunst – trat die Kastrametation – die Wissenschaft vom rechten Lageraufschlagen.

Die 41. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Festungsforschung e.V. findet vom 23.-25. September 2022 in Jülich statt. Die in der Mitte des 16. Jahrhunderts entstandene Festung Jülich galt den Zeitgenossen als ein Musterbeispiel für das zeitgemäße bastionierte Festungssystem. Gleichwohl wurde Jülich im frühen 17. Jahrhundert bei zwei Belagerungen beide Male eingenommen, wobei sich die Vorgehensweise der Belagerer in beiden Fällen deutlich unterschied. 1610 wurde die Belagerung aktiv unter massivem Waffen- und Menscheneinsatz vorgetragen, während 1621/22 die Festung durch einen Kranz von Sternschanzen blockiert und innerhalb von fünf Monaten ausgehungert wurde. Das 400jährige Jubiläum dieser zweiten Belagerung Jülichs ist Anlass für die Wahl des Tagungsthemas. Die Tagung begleitet damit die historische Ausstellung „Weltreich und Provinz. Die Spanier am Niederrhein 1560–1660“ im Museum Zitadelle Jülich wissenschaftlich.

Anhand konkreter Fallbeispiele soll das Belagerungswesen vom 16. bis zum 19. Jahrhundert in den Blick genommen werden. Zudem soll danach gefragt werden, wie sich Theorie und Praxis gegenseitig beeinflussten. Nicht wenige, den Zeitgenossen als mustergültig erscheinende Belagerungen fanden ihren Weg in die entsprechende Traktatliteratur. Für das Lagerwesen ist Simon Stevin im frühen 17. Jahrhundert einer der maßgeblichen Autoren, während Vauban in den Jahrzehnten um 1700 das Belagerungswesen und damit auch den Festungsbau revolutionierte. Historische Gemälde und Grafiken geben einen Eindruck vom zeitgenössischen Kriegstheater, wobei sich hier die Frage nach dem Realitätsgehalt stellt. Fallbeispiele können aus dem In- und Ausland kommen. Dabei sollen die Spezifika der jeweiligen Belagerung deutlich herausgearbeitet und mit dem damals herrschenden Kenntnisstand rückgekoppelt werden. Es stellen sich im Besonderen die Fragen: War die ursprüngliche Planung der Belagerung erfolgreich ausgeführt worden? Gab es Änderungen im Ablauf und was begründete sie? Welche Faktoren führten zum Erfolg bzw. Misserfolg einer Belagerung? Und schließlich wäre von Interesse, ob Lehren aus solchen Erfolgen und Misserfolgen gezogen wurden und in den Quellen nachzuvollziehen sind.

Vorschläge für Referate von 30 Minuten Redezeit werden bis 15. Februar 2022 digital erbeten an Dr. Eberhardt Kettlitz (info@praehistoria.de). Das Organisationsteam ist dankbar für ein kurzes Exposé von max. 1 DIN A 4-Seite Länge und einem Kurzlebenslauf. Es ist vorgesehen, die Beiträge in einem Band der Schriftenreihe „Festungsforschung“ zu publizieren.

Kontakt

Dr. Eberhardt Kettlitz, info@praehistoria.de
<http://www.festungsforschung.de>

Zitation

Die Festung im Ernstfall: Belagerungen in Theorie und Praxis. In: H-Soz-Kult, 07.12.2021, www.hsozkult.de/event/id/event-114555.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

28) Kultur - Sprache - Bildung. Tradition und Transition im deutschsprachigen Bildungswesen in Siebenbürgen

Veranstalter

Studiengang Grund- und Vorschulpädagogik in deutscher Sprache an der Lucian-Blaga-Universität Hermannstadt/ Sibiu

550324 Sibiu

Vom - Bis

23.09.2022 - 25.09.2022

Frist

30.04.2022

Von

Robert Pfützner, Departamentul de Pregatire a Personalului Didactic, Universitatea "Lucian Blaga" din Sibiu

Tagung zum 10-jährigen Jubiläum des deutschsprachigen Studiengangs Grund- und Vorschulpädagogik an der Lucian-Blaga-Universität Hermannstadt/ Sibiu

Der deutschsprachige Studiengang „Grund- und Vorschulpädagogik“ an der „Lucian Blaga“ Universität Hermannstadt wurde im Jahr 2010 gegründet. Seither haben ihn knapp hundert Studierende erfolgreich absolviert. Der Studiengang hat damit schon eine eigene kleine Tradition begründet und steht selbst in einer langen Tradition der Ausbildung von Erziehern und Lehrern in deutscher Sprache in Siebenbürgen.

Zur Feier des 10-jährigen Jubiläums unseres Studienganges, die aufgrund der Pandemie um zwei Jahre verzögert wird, wollen wir uns mit diesen Traditionen beschäftigen. Das deutschsprachige Bildungswesen in Siebenbürgen steht dabei nicht für sich, sondern ist seit fast 700 Jahren eng mit Kultur und Sprache der Siebenbürger Sachsen und anderer deutschsprachiger Minderheiten verbunden. Das deutschsprachige Bildungswesen entstand und entwickelte sich innerhalb Siebenbürgens und Rumäniens in einem multikulturellen Umfeld und im dynamischen Austausch mit den anderen Ethnien sowie mit dem deutschsprachigen Raum.

Im deutschsprachigen Bildungswesen – von Kindergärten über Schulen bis hin zur beruflichen Bildung und universitären Studiengängen – spiegelt sich die wechselvolle Geschichte Siebenbürgens wider. Dabei haben sich einerseits Traditionslinien etabliert, aber andererseits auch Veränderungen und Verwandlungen vollzogen. Sowohl den

Traditionen als auch den Transitionen soll auf der Jubiläumstagung 2022 nachgegangen werden. Welche Interaktionen fanden und finden zwischen dem deutsch-, rumänisch- und ungarischsprachigen Bildungswesen in Siebenbürgen statt und welche in Bezug auf den

deutschsprachigen Raum in Mittel- und Westeuropa? Welche Besonderheiten, welche Möglichkeiten, aber auch: welche Grenzen und Herausforderungen ergeben sich daraus für die aktuelle und künftige Entwicklung deutschsprachiger Kultur und Bildung in Siebenbürgen? Was heißt das für die konkrete, tägliche pädagogische Arbeit in deutschsprachigen Kindergärten und Schulen?

Wir laden zur Einsendung von Vorschlägen für wissenschaftliche Vorträge ein, die sich mit diesen und folgenden Fragen befassen:

- historischer oder aktueller Perspektiven auf Traditionen und/ oder Transitionen im deutschsprachigen Bildungswesen in Siebenbürgen und Rumänien
- systematische Auseinandersetzung mit dem Zusammenhang von Sprache, Kultur und Bildung im Kontext des Verhältnisses von Mehrheitsgesellschaften und Minderheiten (auch in anderen Regionen der Welt)
- (fach)didaktische Fragestellungen im Kontext deutschsprachigen Unterrichts (DaM/ DaF /DaZ)

Neben dem wissenschaftlichen Austausch sollen auf der Tagung Möglichkeiten für pädagogisch-praktische Weiterbildungen im Rahmen von 90-minütigen Workshops geboten werden. Zielgruppe der Workshops sind Erzieher:innen und Grundschullehrer:innen. Inhaltlicher Fokus soll auf Methoden sprachlicher und kultureller Bildung in deutscher Sprache und deren praktischer Anwendung und Reflexion liegen.

Inhaltliche Rückfragen zur Tagung und zum Studiengang können an Dr. Liana Regina Iunesch (liana.iunesch@ulbsibiu.ro) gesendet werden.

Einsendung von Vortrags- und Workshop-Vorschlägen (Exposé im Umfang von etwa 500 Wörtern) bis zum 30. April 2022 an Dr. Robert Pfützner (robert.pfutzner@ulbsibiu.ro). Eine Rückmeldung zur Annahme Ihres Vorschlags erfolgt nach der Begutachtung durch das Organisationsteam der Tagung bis zum 31. Mai 2022. Es ist geplant, die Vorträge im Jahr 2023 in einem Tagungsband zu publizieren.

Die Anmeldung zur Tagungsteilnahme ohne eigenen Beitrag ist bis zum 30.06.2022 per Mail an Dr. Sara Konnerth (sara.konnerth@ulbsibiu.ro) möglich.

Die Tagung ist als Präsenzveranstaltung in Hermannstadt geplant. Sollte die pandemische Lage eine physische Zusammenkunft nicht gestatten, findet die Tagung online statt.

Tagungsteam: Eveline Cioflec, Liana Regina Iunesch, Sara Konnerth, Teresa Leonhard, Robert Pfützner

<http://dppd.ulbsibiu.ro/pippde/index.php?id=25&L=1%27%27%27%27%27%27%27>

Zitation

Kultur - Sprache - Bildung. Tradition und Transition im deutschsprachigen Bildungswesen in Siebenbürgen. In: H-Soz-Kult, 04.01.2022, www.hsozkult.de/event/id/event-114922. Copyright (c) 2022 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

29) Das Museum in Mitteleuropa als Ort von Spannungen, als Konfliktfeld und Dialograum. Dinge – Akteure – Räume

Veranstalter

Nationalmuseum Stettin /Muzeum Narodowe w Szczecinie (Arbeitskreis deutscher und polnischer Kunsthistoriker und Denkmalpfleger)

Ausrichter

Arbeitskreis deutscher und polnischer Kunsthistoriker und Denkmalpfleger

Veranstaltungsort

Nationalmuseum Stettin /Muzeum Narodowe w Szczecinie

70-561 Szczecin

Vom - Bis

28.09.2022 - 01.10.2022

Frist

31.03.2022

Von

Beate Störckuhl, Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa

Die diesjährige Tagung des Arbeitskreises polnischer und deutscher Kunsthistoriker:innen und Denkmalpfleger:innen befasst sich mit dem Museum als ideologisch aufgeladener Sammlung von Dingen im Raum, geschaffen von Akteur:innen, die sich ihrer gesellschaftlichen Aufgabe bewusst sind. Der Fokus liegt auf Geschichte und Gegenwart des östlichen Europas in einem weit gefassten Sinne – als Raum mit oft komplizierten nationalen und ethnischen Verhältnissen und mehrfach verschobenen Staatsgrenzen.

Das Museum in Mitteleuropa als Ort von Spannungen, als Konfliktfeld und Dialograum. Dinge – Akteure – Räume.

29. Tagung des Arbeitskreises deutscher und polnischer Kunsthistoriker und Denkmalpfleger, Szczecin/Stettin, 28. September bis 1. Oktober 2022.

Seit seinen Anfängen ist das Museum mehr ein Ort der Kontroverse als des Dialogs, mehr ein Ort der Exklusion denn der Emanzipation. Im Raum des Museums überlappen sich – in der Vergangenheit ebenso wie in der Gegenwart – die Sphären von Macht und kultureller Produktivität. Geschichtsnarrationen in Museen können Spaltungen vertiefen oder sogar erst erzeugen, quer durch die jeweilige Gesellschaft, aber auch – wie Pierre Bourdieu betonte – zwischen ethnischen und nationalen Gruppen. Im Besonderen gilt dies für die auf ethnischer und sprachlicher Distinktion basierenden modernen Staaten des östlichen Europas: Museen in Grenzregionen spielen eine besondere Rolle, sie werden zu Instrumenten der Verteidigung oder der Propagierung nationaler Kultur. In Zeiten geopolitischer Grenzverschiebungen wurden sie zum strategischen Objekt und zum Vehikel für eine Re- bzw. Akkulturation.

Die diesjährige Tagung des Arbeitskreises polnischer und deutscher Kunsthistoriker und Denkmalpfleger befasst sich mit dem Museum als ideologisch aufgeladener Sammlung von Dingen im Raum, geschaffen von Akteur:innen, die sich ihrer gesellschaftlichen Aufgabe bewusst sind. Der Fokus liegt auf Geschichte und Gegenwart des östlichen Europas in

einem weit gefassten Sinne – als Raum mit oft komplizierten nationalen und ethnischen Verhältnissen und mehrfach verschobenen Staatsgrenzen, in dem National-, Regional- und Lokalmuseen unter staatlicher, regionaler, städtischer oder privater Trägerschaft existieren. Die Institution Museum soll als Ort betrachtet werden, an dem sich soziale, nationale und kulturelle Spannungen bündeln, als Ort, der ebenso als Brücke zwischen der schwierigen Vergangenheit und der komplexen Gegenwart fungieren kann, als Ort der Vermittlung, Konsolidierung und der Analyse.

Ehemalige und gegenwärtige Museen im östlichen Europa sollen im Kontext der drei folgenden Begriffsfelder betrachtet werden:

Dinge: Der Blick richtet sich auf einzelne Objekte ebenso wie auf ganze Sammlungen, auf Exponate, an denen sich einst oder heute Kontroversen entzünd(et)en, auf Konfliktherde zwischen Gesellschaften und Nationen, bedeutungsvoll für die jeweilige Identitätsbildung. Zur Nachverfolgung der wechselvollen Geschichte und der Migration von Objekten gewinnt die Provenienzforschung an Bedeutung, als Plattform gleichermaßen für Kooperation und Diskussion. Wie wandeln sich die inhaltlichen Zuschreibungen von musealen Sammlungen im Kontext unterschiedlicher lokaler, nationaler oder imperialer Bedeutungsschichten, wie verändern sich ihr Status und ihre Aussagekraft bei einem Besitzerwechsel, bei der Übernahme eines Museums durch die Behörden eines anderen Staates, durch gesellschaftliche Transformationen etc.?

Akteure: Welche Rolle spielen Museumsmitarbeiter:innen, Sammler:innen, Forscher:innen, Vertreter:innen verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen (Geschichte, Kunstgeschichte, Ethnologie, Archäologie), die ihre Arbeit manchmal in den Dienst der Propaganda und der staatlichen Politik stellen, manchmal aber ihrem eigenen Sammlungskonzept folgen, unabhängig von offiziellen Vorgaben. Welche Visionen, Aktivitäten und Haltungen entwickel(te)n sie gegenüber den Herausforderungen historischer, politischer und gesellschaftlicher Veränderungen?

Räume: In diesen Themenkomplex gehören Fragen nach Symbolik und Bedeutung der Architektur von Museumsgebäuden, nach der Art der musealen Präsentation und Narration, nach deren Botschaft und deren Rezeption durch das Publikum gestern und heute. Zu untersuchen ist die Lokalisation der Museumsgebäude im städtischen Umfeld: Welchen Stellenwert hatten sie im öffentlichen Raum, welche Rolle spielen sie heute? Einen eigenen „Raum“ nehmen in aktuellen Diskursen die Territorien der außereuropäischen Kolonien ein. Die von dort stammenden Artefakte erweisen sich als doppelt „schwieriges Erbe“, unabhängig davon, ob sie am ehemaligen Aufbewahrungsort verblieben oder nach den Grenzverschiebungen im östlichen Europa einen neuen Standort erhielten.

Einreichen

Wir erwarten 20-minütige Beiträge zu Diskursen und Fallbeispielen aus dem östlichen Europa (Deutschland, Polen, Tschechische Republik, Slowakei, Österreich, Ungarn, Rumänien, Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Serbien, Montenegro, Albanien, Litauen, Lettland, Estland, Weißrussland, Ukraine, Russland). Neben den thematischen Vorträgen bietet die Informationsbörse des Arbeitskreises ein Forum zur Vorstellung aktuell laufender, individueller oder institutioneller Forschungsprojekte zur Kunstgeschichte und Denkmalpflege zum Themenbereich des gemeinsamen Kulturerbes im östlichen Europa, insbesondere zu den Interferenzen zwischen Polen und Deutschland (Kurzreferate, max. 10 Min.).

Bitte senden Sie Ihr Exposé für einen Vortrag bzw. die Informationsbörse (max. 1.800 Zeichen mit Leerzeichen), einen kurzen Lebenslauf sowie Angaben zu Ihrer derzeitigen Tätigkeit bis zum 31. März 2022 an die Adresse: s.kubiak@muzeum.szczecin.pl.

Weitere Informationen

Konferenzsprachen sind Deutsch, Polnisch und Englisch; ein Simultandolmetschen ist geplant. Tagungsort ist das Nationalmuseum Stettin / Muzeum Narodowe w Szczecinie.

Wissenschaftliche Leitung der Tagung: Dr. Dariusz Kacprzak (Nationalmuseum Stettin), Dr. Kamila Kłudkiewicz (Institut für Kunstgeschichte, Adam-Mickiewicz-Universität in Poznań/Posen), Dr. Szymon P. Kubiak (Nationalmuseum Stettin, Akademie der Künste in Stettin).

Kontakt

E-Mail: s.kubiak@muzeum.szczecin.pl

<https://muzeum.szczecin.pl/en/>

Zitation

Das Museum in Mitteleuropa als Ort von Spannungen, als Konfliktfeld und Dialograum. Dinge – Akteure – Räume.. In: H-Soz-Kult, 11.02.2022, www.hsozkult.de/event/id/event-115861.

Copyright (c) 2022 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

30) Zwischen Bollwerk und Brücke? Der habsburgische Südosten Europas – Kultur-Raum-Konzepte seit dem 18. Jahrhundert

Veranstalter

Kommission für Geschichte und Kultur der Deutschen in Südosteuropa e. V., Tübingen, Mathias Beer; Leopold-Franzens-Universität Innsbruck, Kurt Scharr; Institut für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas an der LMU München, Florian Kühner-Wielach; Forschungsinstitut für Geisteswissenschaften Hermannstadt, Rumänische Akademie der Wissenschaften, Rudolf Gräf; in Kooperation mit der Babeş-Bolyai-Universität Klausenburg und der Lucian-Blaga-Universität Hermannstadt

550024 Sibiu / Hermannstadt

Vom - Bis

Tagungstermin: 28.9. bis 01.10.2022

Frist

01.03.2022 -

Von

Ralf Grabuschnig, Spiegelungen. Zeitschrift für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas

Im Zentrum der Tagung soll die Diskussion von Raumkonzeptionen und -theorien stehen, mit einem Fokus auf Mittel- und Südosteuropa. Wichtig erscheint den Veranstaltern einerseits die Berücksichtigung einer breiten Perspektive auf die Longue durée seit dem 18. Jahrhundert und andererseits die Miteinbeziehung der zeitgenössischen, jeweils größeren Öffentlichkeit des politischen und gesellschaftlichen Feldes, über die engere Geschichtsschreibung hinaus.

Tagungsort: Institutul de Cercetări Socio-Umane/Forschungsinstitut für Geisteswissenschaften, Sibiu/Hermannstadt, Rumänien

Keynotes: Emil Brix (Direktor der Diplomatischen Akademie, Wien) und Emil Hurezeanu (Botschafter von Rumänien in der Republik Österreich)

Tagungsleitung: Rudolf Gräf (Hermannstadt), Kurt Scharr (Innsbruck), Florian Kühner-Wielach (München)

Veranstalter: Kommission für Geschichte und Kultur der Deutschen in Südosteuropa e. V., Tübingen, Mathias Beer; Leopold-Franzens-Universität Innsbruck, Kurt Scharr; Institut für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas an der LMU München, Florian Kühner-Wielach; Forschungsinstitut für Geisteswissenschaften Hermannstadt, Rumänische Akademie der Wissenschaften, Rudolf Gräf; in Kooperation mit der Babeş-Bolyai-Universität Klausenburg und der Lucian-Blaga-Universität Hermannstadt

Konferenzsprachen: Deutsch/Englisch/Rumänisch.

Die Tagung wird live gestreamt und nachträglich online verfügbar gemacht.

We cease to consider so many geographical complexes as simple linear boundaries. And we also become aware that ancient boundaries were never, so to speak, linear; more often they were zones [...] every historical unit, every regulated society, seemed to form ipso facto a geographical personality in the past. [...] it is no longer a question of finding at all costs a network of lines, a definite bound enclosing with more or less success a piece of territory: it is not the definite bound or frame that is of prime importance, but the thing framed or bounded – the expressive and living centre of the the picture. The rest is only a margin. Lucien Febvre: A Geographical Introduction to History, London 1932 (1. Aufl. 1925), S. 304 u. 308.

Als der französische Historiker Lucien Febvre 1922 sein Buch *La Terre et l'évolution humaine. Introduction géographique à l'histoire* (aus dem hier in der englischen Ausgabe zitiert wurde) veröffentlichte, lag das Ende des Ersten Weltkrieges gerade vier Jahre zurück und die Pariser Friedensverträge waren eben in Kraft getreten, ihre langfristigen Folgen noch nicht absehbar. Sie sollten Europa ‚neu‘ ordnen. Febvre konzipierte, entgegen dem Zeitgeist, bereits eine bewusst transnationale Geschichte des Raumes.

Die Kommission für Kultur und Geschichte der Deutschen in Südosteuropa (KGKDS) oszillierte seit ihrer Gründung im Jahr 1957, wie auch andere Einrichtungen, selbst zwischen zurückblickenden und pluralistischen Standpunkten in punkto Raumvorstellungen. Sie bewegte sich damit in einem Kontext des vorherrschenden Zeitgeistes. Allerdings war ihr Forschungsauftrag zugleich und von Beginn an mit einer Dialektik in Bezug auf ihren Forschungsraum konfrontiert: Spätestens nach 1945 und vor allem mit den Jahren der Wende 1989/91 hatten sich staatliche Grenzen, politische Zugehörigkeiten und ethnische

Zusammensetzung dieses Raumes so gravierend verändert, dass die Geschichte der Deutschen in Südosteuropa nicht mehr in linearen Vorstellungswelten der Großmächte vor 1918 gedacht und geschrieben werden konnte. Darin und in der Brutalität seiner Umsetzung unterscheidet sich der Bruch von 1945 auch von jenem von 1918. „The expressive living centre of the picture“ – wie das Febvre beschreibt – also auch die ‚Zonen des Überganges‘ und gegenseitiger Beeinflussung, wurden allmählich zum zentralen Gegenstand des forschenden Interesses.

Geographische Bilder, wie wir sie etwa im Schulunterricht einlernen, aber auch aus der Politik kennen, wenn es etwa um Fragen der Schengen-Grenze oder künftige EU-Erweiterungen geht, prägen unsere Raumvorstellungen. Sie bauen allesamt auf einer Entwicklung auf, die im 18. Jahrhundert massiv ansetzt, als sich sowohl das Zaren- wie auch das Habsburgerreich in der Machtausdehnung ihrer Zentren in diesen südosteuropäischen, vermeintlichen Periphererraum vorschoben. Bislang weitgehend imperial gedachte Räume erhielten spätestens zur Mitte des 19. Jahrhunderts massive Konkurrenz seitens nationalstaatlicher Konzepte. Letztere setzen sich allmählich durch, existieren zunächst jedoch bis zum Ersten Weltkrieg oftmals parallel zueinander, ohne die imperialen Vorstellungen vollständig zu verdrängen. Die Diskussionen rund um das Centenarium 1914/1918 haben deutlich gezeigt, dass Raumkonzeptionen und damit verbundene Vorstellungswelten nach wie vor ein weites Feld an Forschungsdesiderata umfassen.

Das erschien der KGKDS Grund genug, die Jahrestagung 2022 – gemeinsam mit der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck, dem Institut für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas an der LMU-München (IKGS), dem Forschungsinstitut für Geisteswissenschaften Hermannstadt/ Institutul de Cercetări Socio-Umane Sibiu der rumänischen Akademie der Wissenschaften (ICSU), der Babeş-Bolyai-Universität Klausenburg/Cluj-Napoca und der Universität Hermannstadt – auf diesen Themenkomplex auszurichten. Im Zentrum soll dabei die Diskussion von Raumkonzeptionen und -theorien stehen, mit einem Fokus auf Mittel- und Südosteuropa, wie er seitens der Kommission als Arbeitsgebiet gesehen wird. Wichtig erscheint den Veranstaltern einerseits die Berücksichtigung einer breiten Perspektive auf die Longue durée seit dem 18. Jahrhundert und andererseits die Miteinbeziehung der zeitgenössischen, jeweils größeren Öffentlichkeit des politischen und gesellschaftlichen Feldes, über die engere Geschichtsschreibung hinaus.

Für die Beiträge ist eine max. Länge von 20 Minuten vorgesehen. Wir bitten um ein Abstract im Umfang von bis zu 3.000 Zeichen sowie Vortragstitel und Kurzbiografie per Email an Florian Kühner-Wielach (kuehner@ikgs.de) bis zum 1.3.2022. Die Bewerber*innen werden bis 31.3.2022 benachrichtigt. Für Nichtmitglieder der KGKSD kann ggf. ein bedingter Reisekostenzuschuss gewährt werden.

Kontakt: kuehner@ikgs.de

Zitation

Zwischen Bollwerk und Brücke? Der habsburgische Südosten Europas – Kultur-Raum-Konzepte seit dem 18. Jahrhundert. In: H-Soz-Kult, 16.12.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-114799>.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de

31) Religion und Politik in Europa und der Europäischen Union: Immer noch das "Christliche Abendland"?

Veranstalter

AK Politik und Religion (DVPW) (Bildungszentrum Kloster Banz)

Ausrichter

Bildungszentrum Kloster Banz

96231 Bad Staffelstein

Vom - Bis

04.10.2022 - 05.10.2022

Frist

21.02.2022

Von

Oliver Hidalgo, Institut für Politikwissenschaft, Universität Regensburg

CfP für die Tagung des AK Politik und Religion (DVPW) am 4. und 5. Oktober 2022 in Kloster Banz.

Wir erbeten bis zum 21.02.2022 Abstracts (ca. 500 Wörter) zu folgenden Themen:

- ideen- und begriffsgeschichtliche Beiträge zum historischen Narrativ des „christlichen Abendlands“ bzw. die christdemokratischen Fundamente Europas
- normativ-theoretische Beiträge zur Rolle von Religion in der europäischen Öffentlichkeit
- Fallstudien zur politischen Mobilisierung religiöser Prinzipien und Akteure

Religion und Politik in Europa und der Europäischen Union: Immer noch das "Christliche Abendland"?

Dieser Tagung des AK Politik und Religion (DVPW) liegt die Frage zugrunde, welchen Einfluss religiöse Prinzipien und deren Inanspruchnahme durch politische Akteure in den europäischen Demokratien und im zunehmend konflikthaften Verhältnis von Nationalstaaten und Europäischer Union entfalten. Seit der Zurückweisung des Gottesbezugs in den Diskussionen zur (letztlich gescheiterten) Europäischen Verfassung schien das Thema Religion für die Europäische Union allenfalls in der Frage der Aufnahme von Ländern mit muslimischer Mehrheitsbevölkerung (wie vor allem der Türkei) eine Rolle zu spielen. Die Analyse der Beziehungslinien zwischen Religion und Europa hat jedoch durch aktuelle, teilweise dramatische politische Entwicklungen neue Brisanz erhalten.

In mindestens einem zentralen Politikfeld der EU, der Migrations- und Flüchtlingspolitik, haben sich neue Konfliktlinien gebildet, in denen kollektive Identitäten und normative Prinzipien von verschiedenen Akteuren religiös begründet werden, gleichwohl aber zu oft diametral entgegengesetzten politischen Positionen führen. Auf der einen Seite berufen sich rechtspopulistische Parteien in der Mobilisierung gegen (muslimische) Immigrant:innen auf die Bewahrung des kulturell-christlichen Erbes. Auf der anderen Seite kritisieren selbst konservative religiöse Akteure die wachsende Abschottung Europas gegenüber internationalen Migrations- und Flüchtlingsbewegungen mit dem Bezug auf christliche Werte. Im katholisch geprägten Italien provozierte diese Konstellation sogar eine scharfe Polemik der rechtspopulistischen Lega gegen die Amtskirche.

Gegenwärtig dient die Berufung auf das „christliche Abendland“ Europa-skeptischen Parteien und Regierungen zur Frontstellung gegen die Europäische Union. Die damit verbundene national-religiöse Mobilisierung hat in Ländern wie Polen zu einer politischen Zuspitzung und sogar zur Frage nach einem möglichen Ausscheiden („Polexit“) aus der EU geführt. Gleichzeitig kontrastiert diese aktuelle Entwicklung auffällig mit den Anfängen der Europäischen Integration, die sich wesentlichen Einflüssen aus dem politisch-religiösen Sektor wie der Identitätskonstruktion des „christlichen Abendlandes“ verdankt. Dieser Tagung geht es um den Wandel der Bedeutung von Religion in der Entwicklung der Europäischen Union.

Seitdem konstruktivistische Ansätze die Aufmerksamkeit auf Ideen, Ideologien und Identitäten als Grundlage der europäischen Integration gerichtet haben, ist auch eine neue Debatte über die Rolle der Religion für die Entstehung der Europäischen Gemeinschaft entstanden. Es ist bereits darauf verwiesen worden, dass die meisten europäischen Gründerväter wie Konrad Adenauer, Alcide de Gasperi oder Robert Schuman in einem einflussreichen Netzwerk katholischer Christdemokraten miteinander verbunden waren. Zudem ist der katholische Supranationalismus neben dem europäischen Liberalismus als eine der beiden prägenden Europa-bezogenen Ideologien bezeichnet worden. Zuletzt haben einige ideengeschichtliche Studien die These nahegelegt, dass die Konzeption des „christlichen Abendlandes“ in der unmittelbaren Nachkriegszeit zwar ein „politischer Kampfbegriff“ im Ost-West Konflikt war, gleichzeitig aber auch ein alternatives oder ergänzendes Identitätsangebot bot, das der Vorstellung einer nationalen Einheit die Idee einer europäischen Gemeinschaft hinzufügte.

Unsere Tagung fragt daher, auf welcher unterschiedlichen Weise politische Akteure zu verschiedenen Zeiten religiöse Prinzipien und Identitäten in wesentlichen Politikfeldern und zur Unterstützung oder Ablehnung der europäischen Integration bzw. der EU genutzt haben. Handelt es sich jeweils um handlungsleitende Überzeugungen oder eine instrumentelle Inanspruchnahme? Carlo Accetti hat unlängst sogar die provokante These vertreten, dass sich die politische Ordnung der Europäischen Union nur schwerlich in die gängigen Kategorien von Regierungsformen einordnen lässt, aber auffallende Ähnlichkeiten zu Kernelementen christdemokratischen Denkens wie Subsidiarität, Konkordanzdemokratie und sozialer Marktwirtschaft besitzt. In Auseinandersetzung mit dieser These soll gefragt werden, was genau die „Verbindungsglieder“ zwischen Religion und Politik sind und wie sich etwa der vielfach behauptete Einfluss der katholischen Soziallehre und des Prinzips der Subsidiarität auf die Europa-Politik darstellen und nachweisen lässt.

Ausgehend von Jürgen Habermas' These der postsäkularen Gesellschaft soll ebenso beleuchtet werden, welche normativen und identitätsbildenden Prinzipien in religiösen Traditionen vorhanden sind, die sich im Spannungsverhältnis von Nationalstaat und supranationalen Institutionen politisch wirksam aktualisieren lassen. Die Frage nach der Rolle von Religion in der europäischen Integration betrifft in besonderer Weise die Bildung einer europäischen Identität. Die Unterscheidung zwischen einem pragmatischen, kulturell-religiösen und normbezogenen europäischen Selbstverständnis hat sich diesbezüglich etabliert. Die Tagung will erörtern, warum normative und kulturell-religiöse Politikbegründungen häufig in einem Widerstreit stehen und ob sich Verbindungen zwischen den verschiedenen Identitätsbezügen darstellen lassen, „wenn Gerechtigkeitsprinzipien in das dichtere Geflecht kultureller Wertorientierungen Eingang finden“. Darüber hinaus geht es darum, Identitätsbildungen wie ein „säkulares Kulturchristentum“ zu erklären, die sich letztlich aus einem religiösen Bezugsrahmen lösen. Zuletzt ist auch die Abgrenzung zur Vorstellung eines christlichen Abendlandes in und außerhalb Europas von Interesse.

Mit dem vorliegenden CfP erbeten wir aussagekräftige Abstracts (ca. 500 Wörter), die insbesondere die folgenden Themen und Fragestellungen adressieren:

- ideen- und begriffsgeschichtliche Beiträge, die das historische Narrativ des „christlichen Abendlands“ bzw. die christdemokratischen Fundamente Europas rekonstruieren und analysieren
- normativ-theoretische Beiträge zur (ambivalenten) Rolle von Religion in der europäischen Öffentlichkeit
- einschlägige Fallstudien zur politischen Mobilisierung religiöser Prinzipien und Identitäten bzw. zu den relevanten Positionen religiöser und politischer Akteure.

Die Tagung bietet Raum für interdisziplinären Austausch (Politikwissenschaft, Geschichte, Religionswissenschaft und -soziologie) und kontroverse Diskussionen. Dies schließt die Frage ein, ob die Ausbildung einer europäischen Identität ohne kulturell-religiöse Bezüge prinzipiell möglich ist oder ein Verzicht dieses Feld den Gegnern der europäischen Integration überlässt.

Die Abstracts sind bis zum 21.02.2022 einzureichen bei jörg.baudner@uni-osnabrueck.de und/oder oliver.hidalgo@politik.uni-regensburg.de. Die Konferenzsprache ist Englisch und Deutsch.

Für die Tagung fallen keine Unterkunfts- und Verpflegungskosten oder Teilnahmegebühren an. Reisekosten sollen mithilfe eines Drittmittelanspruchs eingeworben werden.

Kontakt

E-Mail: jörg.baudner@uni-osnabrueck.de

E-Mail: oliver.hidalgo@politik.uni-regensburg.de

Zitation

Religion und Politik in Europa und der Europäischen Union: Immer noch das "Christliche Abendland"? In: H-Soz-Kult, 02.02.2022, www.hsozkult.de/event/id/event-115632.

Copyright (c) 2022 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

32) Symbolic Border Posts - Ideological Reinforcement of Frontiers in Europe

Veranstalter

International Center for Interdisciplinary Studies of the University of Szczecin in Kulice

Gefördert durch

Implemented under the Interreg V A Programme of Cooperation Mecklenburg-Vorpommern / Brandenburg / Poland within the scope of the goal "European Territorial Cooperation" of the European Regional Development Fund (ERDF), project number – INT198

72-200 Kulice

Vom - Bis

14.10.2022 - 16.10.2022

Frist
01.03.2022
Von
Pierre-Frédéric WEBER

The aim of the meeting is to re-interpret the meanings of symbolic border posts and to discuss their social and cultural function in the historical and contemporary perspective

International Conference "Symbolic Border Posts - Ideological Reinforcement of Frontiers in Europe"

The long nineteenth century was a period when the idea of nation states came into being. As a result of territorial shifts due to political, ethnic and religious conflicts new borders were drawn. These places were supposed to take a part in creation of new national identity. Discussed locations were reinforced with symbolic border posts – the monuments. Soon, new invented traditions were introduced around them, indicating their long lasting character and origin. Grand ceremonies were organized in their vicinity to lift their status and meaning. The aim of the meeting is to re-interpret the meanings of such places and to discuss their social and cultural function in the historical and contemporary perspective.

We would like to invite you to become experts and speakers. We are interested in previously unpublished detailed approaches, as well as synthetic and comparative ones.

Applications should include: title of presentation, abstract (up to 600 characters) and a short CV (up to 600 characters), in one of the following languages: English, German, Polish. The deadline for submissions is 1 March 2022. Please send your proposal for presentation to Paweł Migdalski (paw.mig@usz.edu.pl). The organiser reserves the freedom to select papers from among those submitted. You will be informed about the decision by 15 April 2022. The language of the conference proceedings will be Polish and English. The event will be translated simultaneously. A publication is planned after the conference.

Participation in the conference as an speaker is free of charge. Travel expenses (budget class) or a small honorarium will be provided.

The conference will take place on 14–16 October 2022 at the International Center for Interdisciplinary Studies in Kulice, located in a former manor house belonging to the von Bismarck family. The organizer provides free transport from Szczecin to the venue in Kulice and back.

If the pandemic situation does not improve significantly, a hybrid or online event could be organised.

Kontakt

E-Mail: paw.mig@usz.edu.pl

<https://mare.usz.edu.pl/en/>

Zitation

Symbolic Border Posts - Ideological Reinforcement of Frontiers in Europe. In: H-Soz-Kult, 02.02.2022, <www.hsozkult.de/event/id/event-115570>.

Copyright (c) 2022 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

33) War and Diversity Beyond the Battlefield: Cultural Encounters in the Polish Lands 1914–1923

Veranstalter
Jagellonen-Universität Krakau, Pädagogische Universität Krakau

Veranstaltungsort
31007 Krakau
Vom - Bis
19.10.2022 - 22.10.2022

Frist
01.08.2021
Von
Kamil Ruzsala, Institut für Geschichte, Jagellonen-Universität-Krakau

Every five years since 2007, Kraków has hosted the International Congress of Polish History. From its beginnings, the main aim of the Congress has been to provide a forum for developing dialogue, exchanging experiences and inspiration, and popularizing research in Polish history. As a part of the 4th Congress, we propose a panel entitled: “War and Diversity Beyond the Battlefield: Cu

ltural Encounters in the Polish Lands 1914–1923”.

Every five years since 2007, Kraków has hosted the International Congress of Polish History. Each of these remarkable events has brought together hundreds of scholars from all over the world to share their interest in Poland’s history, culture, and language. From its beginnings, the main aim of the Congress has been to provide a forum for developing dialogue, exchanging experiences and inspiration, and popularizing research in Polish history. We have now begun planning for the continuation of this project, and we warmly invite you to be part of this, the fourth International Congress of Polish History. In spite of the uncertainty and unpredictability that the pandemic has brought, we are going ahead with the organization of the Congress, firm in the belief that it will be possible for us all to meet safely in Kraków in October 2022. The theme of the Congress will be ‘Cultural Encounters’. We set out to look at the history of the Polish lands through the lens of mutual relations and interaction and of the multiple cultural currents and models that have circulated in the country for centuries. Ideas, customs, identities and languages, have come together as if in a crucible, a laboratory, or a transshipment port. Cultural, ethnic, linguistic, religious, economic, demographic, and social diversity has always been a dominant note in Poland’s past, and has left lasting traces in its cultural legacy and collective identity. As we invite our fellow scholars with research interests in Poland to Kraków, we hope to explore the dynamics, scale, and complexity of these interactions, probe the main channels of

transmission and retransmission, and consider the outcomes for Poland of these cultural encounters. We have pledged to adopt the broadest possible definition of culture, to take account of both its elevated and popular registers.

As a part of the 4th Congress, we propose a panel entitled: "War and Diversity Beyond the Battlefield: Cultural Encounters in the Polish Lands 1914–1923". Within this framework, we seek to reconsider the Polish territories as a meeting point of cultures and nations during the First World War and the early post-war periods. This extended historical moment saw the last gasp of land empires that died on the battlefield and the birth of a multi-cultural, post-imperial Polish state from the remnants of three empires. The process of imperial collapse and the construction of new nation states was accompanied by multiple cultural clashes in a context of lingering influences from pre-war times. We invite presentations examining various aspects of these cultural encounters including:

- The experience of non-Polish members of imperial armies stationed in Galicia or Congress-Poland (e.g., Austrians, Hungarians, Slovenes, Slovaks, Czechs, Romanians, Germans, Russians) and their interactions with local populations;

- Impressions of non-combatants during World War I and the border conflicts that followed it, including the experiences and observations of war reporters, politicians, diplomatic staff, intellectuals, artists etc.;

- Post-war realities, including the observations of staff and representatives (of non-Polish background) from international foreign missions after 1918 in the newly-created Second Republic of Poland;

- Post-war transitions such as shifts in a sense of belonging after the rise of new states, changes in self-identification on cultural grounds before and after 1918;

- People on move: wartime migrations (refugees, exile, internment, repatriations) and a cultural encounters;

- The remnants and cultural memory of empires and war, including the repurposing of physical remains such as fortresses, internment and POW camps, sites of memory such as monuments and cemeteries, artistic renderings of memory, or residual administrative practices carrying over from imperial rule and wartime, trying to ask where we find continuity and where we see rupture after 1918 with the earlier systems of rule; -Cultural encounters in the early years of newly-created Poland after 1918, dominated by Poles but inhabited by other nations (Ukrainians, Jews, Belarussians and Germans), whose sense of belonging was different (especially those arising as a consequence of long-lasting conflicts).

Any other potential contributions linking cultural encounters and Polish territory in WW1 are warmly welcome.

The 4th Congress is scheduled for October 19–22, 2022 and will be held in Kraków. The languages of the Congress will be English and Polish. For our panel "War and Diversity" we invite up to 8 speakers and discussants, all contributions should be approximately 20 minutes in length. Please submit proposals of approximately 250 words to Keely Stauter-Halsted (stauterh@uic.edu) and Kamil Ruszala (kamil.ruszala@uj.edu.pl) by August 1, 2021. The complete roster of speakers will be announced by the end of Summer 2021. Congress organisers are seeking funds for lodging in Kraków and to cover travel expenses (especially for non-European scholars). Further details will be provided later.

Panel moderators plan to follow-up after the Congress and collect contributions to publish in a journal as a special issue.

Kontakt

Keely Stauter-Halsted (stauterh@uic.edu); Kamil Ruszala (kamil.ruszala@uj.edu.pl)

Zitation

War and Diversity Beyond the Battlefield: Cultural Encounters in the Polish Lands 1914–1923. In: H-Soz-Kult, 26.07.2021, www.hsozkult.de/event/id/event-98951.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de

34) "Wandbilder Entstehung – Überlieferung – Erhaltung" Tagung des Forschungsprojektes "Kunst am Bau"

Veranstalter

Hochschule für Bildende Künste Dresden (Forschungsprojekt "Kunst am Bau")

Ausrichter

Forschungsprojekt "Kunst am Bau"

Veranstaltungsort 01307 Dresden, Güntzstraße 34

Gefördert durch

Diese Maßnahme wird mitfinanziert mit Steuermitteln auf Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushalts.

Vom - Bis

03.11.2022 - 04.11.2022

Frist

15.02.2022

Von

Annemarie Huhn, Kunsttechnologie, Konservierung und Restaurierung von Kunst- und Kulturgut, Hochschule für Bildende Künste Dresden

Mit der staatlichen Förderung von Kunst am Bau und ihrer gesellschaftspolitischen sowie ideologischen Instrumentalisierung in der DDR entstanden zahlreiche Wandbilder und künstlerische Architekturoberflächen. Ausgehend von der Produktionsgenossenschaft "Kunst am Bau" in Dresden beschäftigte sich ein dreijähriges Forschungsprojekt mit der Entstehung, Überlieferung und Erhaltung der Kunstwerke. Zu der Abschlusstagung am 03./04.11.2022 werden mit diesem Call for Papers Fachbeiträge gesucht.

In der 1958 gegründeten Produktionsgenossenschaft Bildender Künstler „Kunst am Bau“ wurden in 30 Jahren ca. 150 Kunstwerke unter den Bedingungen einer kollektiven

Werkstattarbeit geschaffen. Ein Großteil der Künstler waren Absolventen der Hochschule für Bildende Künste in Dresden. Bereits während ihrer Ausbildung wurden sie auf die staatlich gelenkte Berufsausübung hin orientiert und produzierten unter dem

Zusammenschluss dieser Genossenschaft bis 1989 vorwiegend baubezogene Kunstwerke. Dieser historisch geschlossene Bestand bildete 2019 den Ausgangspunkt für das dreijährige Forschungsprojekt „Wandbilder und künstlerische Architekturoberflächen zwischen 1952 und 1989 im Kontext der werktechnischen Ausbildung an der Hochschule für Bildende Künste Dresden. Entstehung – Überlieferung – Erhaltung“.

Zur geplanten Abschlusstagung des Projektes sind Fachbeiträge zu folgenden Themenkomplexen willkommen:

1. Methodische Fragen zur Erfassungssystematik von Kunst und Architektur

Im Rahmen des Forschungsprojektes „Kunst am Bau“ wurde eigens eine Systematik zur restauratorischen Erfassung des Bestandes an Kunstwerken der Produktionsgenossenschaft entwickelt. Neben der Unterstützung für eine künftige denkmalpflegerische Erfassung im Kontext von Inventarisationen und Werkverzeichnissen, bezieht sich diese auf methodische Ansätze aus der Restaurierungswissenschaft sowie der Kunst- und Sozialwissenschaft. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, wie komplex die Fragestellungen für die Erfassung von Werken der Kunst am Bau sind. Welche Perspektiven können für den zukünftigen Umgang mit diesem noch relativ jungen kulturellen Erbe aufgezeigt werden? Wie kann durch einen fachübergreifenden Wissensaustausch eine bessere Verzahnung der verschiedenen Fachdisziplinen, insbesondere der korrespondierenden Gebiete der Kunst- und Architekturgeschichte sowie Denkmalpflege, erreicht werden?

2. Werktechniken von Wandbildern nach 1945

Die Betrachtung der materiellen Beschaffenheit der Objekte hat zu verschiedenen Erkenntnissen geführt, die Auswirkungen auf die Bewertung des Gesamtbestandes besitzen. Die werktechnischen Ausführungen der Objekte offenbaren eine variantenreiche Vielfalt, für die in der etablierten Kunsttechnologie bislang teilweise noch eine genaue Definition oder Beschreibung fehlt. Die Analyse der Entstehungs- und Rezeptionsbedingungen der Wandbilder wurde bisher selten aus der Perspektive ihrer Urheber erforscht. So zeigt sich die baugebundene Kunst als ein ausdifferenziertes Arbeitsfeld mit starken Bezügen und Verflechtungen zur Bauwirtschaft. Werktechnische Erfindungen von Künstlern wurden bis zur Patentreife entwickelt und in der Praxis variierend getestet. Im Rahmen der Tagung sollen weitere Werktechniken und Entwicklungen außerhalb der Produktionsgenossenschaft vorgestellt und diskutiert werden.

3. Ausbildung und Professionalisierung in der Wandmalerei

Für die Bewältigung von monumentalen Wandgestaltungen war besonders kompositorisches und fachliches Spezialwissen notwendig. Die Professionalisierung der Ausbildung für Künstler an den Hoch- und Fachschulen der DDR war anfänglich mit den Ausbildungsinhalten der Vorkriegszeit über personelle Kontinuitäten oder Werkstatttraditionen verzahnt. Das Wirken von Vorgängerinstitutionen wie Kunstgewerbeschulen beeinflusste Lehr- und Ausbildungsprogramme wie auch Produktionsstandorte mit künstlerischer Ausbildung, beispielsweise Keramik- oder

Porzellanwerkstätten. In diesem Schwerpunkt sollen die Ausbildungsstätten und ihre Auswirkungen auf die Gestaltungen der Bildwerke thematisiert werden. Ein Aspekt, der bisher noch wenig erforscht wurde.

4. Architektur und Kunst der ostdeutschen Nachkriegsmoderne im Fokus von Wertediskussionen

Der Wandel in der Architektur der DDR, von ihrer Gründung 1949 bis zu ihrem Ende 1989, vom staatlich verordneten Bauen im Stil der Nationalen Tradition über die Moderne und Postmoderne, hat die Wandbilder und künstlerische Architekturoberfläche in Thematik, Gattung, Komposition und Materialität unterschiedlich beeinflusst. Auch das Verhältnis von Architekten und Künstlern veränderte sich. So gab es produktive Kooperationen aber ebenso ein Auseinanderdriften von Architektur- und Kunstkonzepten, auch wenn beides parallel geplant wurde. In der Entstehungszeit wurden diese Konzepte ästhetisch als gelungene oder als nicht gelungene Synthese von Kunst und Architektur gewertet. Wie bewerten wir heute das gerne als „Bekunstung“ im Sinne einer Reduzierung des Kunstwertes im Bildwerk bezeichnete Zusammenwirkung von Architektur und künstlerischer Gestaltung?

Wir bitten um Bewerbungen mit einem kurzen Exposé (maximal 3.000 Zeichen inklusive Leerzeichen) und Arbeitstitel sowie Angaben zu Ihrer Person (Name, Kontaktdaten, berufliche Stellung) bis spätestens 15. Februar 2022 per E-Mail an: huhn@hfbk-dresden.de

Termin der Tagung: 3. bis 4. November 2022

Ort: Hochschule für bildende Künste Dresden

Die Tagung richtet sich an Restauratoren, Kunsthistorikern, Architekturhistorikern, Denkmalpflegern und weitere Interessierte. Die Referate sollten eine 20 minütige Redezeit nicht überschreiten. Die Beiträge werden nicht honoriert, jedoch erhalten die Referenten eine Erstattung der Übernachtungs- und Fahrtkosten für eine Person. Es wird keine Tagungsgebühr erhoben. Die Veranstaltungssprache ist deutsch.

Weitere Informationen zum Projekt finden Sie unter: <https://www.hfbk-dresden.de/wandbilder-und-kuenstlerische-architekturoberflaechen/>.

Kontakt

E-Mail: huhn@hfbk-dresden.de

<https://www.hfbk-dresden.de/wandbilder-und-kuenstlerische-architekturoberflaechen/>

Zitation

"Wandbilder Entstehung – Überlieferung – Erhaltung" Tagung des Forschungsprojektes "Kunst am Bau". In: H-Soz-Kult, 21.12.2021, www.hsozkult.de/event/id/event-114892.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de

35) HiKo_21 – Nachwuchsforum zur Preußischen Geschichte – 2022

Veranstalter
Historische Kommission zu Berlin / HiKo_21
Veranstaltungsort
Mittelhof (Nikolassee)
14129 Berlin

Vom - Bis
17.11.2022 - 18.11.2022
Frist
31.12.2021

Von
Daniel Benedikt Stienen, Bayerische Akademie der Wissenschaften

Das HiKo_21 – Nachwuchsforum ist eine Plattform für den wissenschaftlichen Nachwuchs in der Preußischen Geschichte.

Das HiKo_21 – Nachwuchsforum ist eine Plattform für den wissenschaftlichen Nachwuchs in der Preußischen Geschichte. Es dient der Präsentation und dem Austausch über Projekte unabhängig von Epoche und methodischem Zugriff. Zugleich bietet es einen Raum, um Anregungen für laufende Vorhaben zu sammeln, Forschungs-Netzwerke aufzubauen und die Sichtbarkeit der Disziplin »Preußische Geschichte« nach außen zu erhöhen. Als offene, niederschwellige Veranstaltung soll es junge Forscherinnen und Forscher untereinander sowie mit Expertinnen und Experten der Preußenforschung vernetzen.

Das von der Historischen Kommission zu Berlin mit ihrem Nachwuchsnetzwerk HiKo_21 organisierte Forum findet erstmalig am 17./18. November 2022 in Berlin statt. Ziel ist es, einen Überblick über aktuelle Forschungsprojekte zu geben und einen interepochalen Austausch über die Geschichte Preußens zu ermöglichen. Das Forum richtet sich vorrangig an Promovierende, die ihre Forschungsprojekte vorstellen und sie mit anderen diskutieren möchten. Vorträge von fortgeschrittenen Studierenden oder jungen Post-Docs sind ebenfalls willkommen. Auf dem Forum, das zukünftig wiederholt werden soll, soll zudem

ausgelotet werden, welche Austauschformate vom wissenschaftlichen Nachwuchs in der Preußischen Geschichte nachgefragt werden und welches Angebot geschaffen werden könnte. Vor diesem Hintergrund soll am Tagungsende unter den Teilnehmenden diskutiert werden, welche Formate wünschenswert wären und institutionalisiert werden könnten, um den akademischen Austausch und die Sichtbarkeit nach innen und außen zu stärken.

Das Forum findet ohne ein übergeordnetes Schwerpunktthema statt. So soll Teilnehmenden aus unterschiedlichen Epochen und Teildisziplinen die Gelegenheit gegeben werden, ihre Projekte zu präsentieren und Vernetzungsmöglichkeiten des Forums für sich zu nutzen. Die Veranstaltungssprache ist Deutsch. Beiträge können auch auf Englisch eingereicht und gehalten werden. Gewährleistet ist, dass Kosten als Aufwandspauschale in Höhe von 150 Euro von der Historischen Kommission getragen werden. Darüber hinaus bemüht sich die Kommission durch die Einwerbung von Drittmitteln darum, Reise- und Unterkunftskosten (bestenfalls in voller Höhe) zu erstatten.

Einreichung von Beiträgen:

- Abstract von ca. 500 Wörtern, aus dem das Thema des Projekts, die Fragestellung,

Methodik, Quellen und der Stand der Arbeit hervorgehen

- wissenschaftlicher Lebenslauf (mit Angaben zur Betreuung sowie etwaigen Veröffentlichungen).

Wir bitten darum, alle Vorschläge in einem Worddokument (oder in einem vergleichbaren Format) einzureichen.

Bewerbungen sind spätestens bis zum **31. Dezember 2021** an **info@hiko-berlin.de** zu senden.

Die Auswahlentscheidungen werden Ende Februar 2022 mitgeteilt. Bei Zusage muss bis zum 15. Juni 2022 ein deutsch- oder englischsprachiges Paper von ca. 2.500–3.000 Wörtern eingereicht werden, das den Teilnehmenden vorab als Tagungsreader zur Verfügung gestellt wird.

Die Vorträge sollen dreißig Minuten nicht überschreiten. Eine Publikation der Beiträge ist nicht vorgesehen.

Dr. Sascha Bütow – Ellen Franke M. A. – Elisabeth Ruffert M. A. – Daniel Benedikt Stienen M. A.

Kontakt

info@hiko-berlin.de, danielstienen54@gmail.com

Zitation

HiKo_21 – Nachwuchsforum zur Preußischen Geschichte – 2022. In: H-Soz-Kult, 12.10.2021, www.hsozkult.de/event/id/event-113396.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

36) Freiheit und Sicherheit. Die KSZE und das Ende des Kalten Krieges (1986–1989)

Veranstalter

Institut für Zeitgeschichte, Universität Innsbruck

A 6020 Innsbruck

Vom - Bis

17.11.2022 - 18.11.2022

Frst

31.03.2022

Von

Nina Hechenblaikner, Institut für Zeitgeschichte, Universität Innsbruck

Am 17. und 18. November 2022 veranstaltet das Forschungsprojekt The CSCE Follow-up Meeting in Vienna (1986–1989). Struggling for Human Rights and European Security at the End of the Cold War einen Workshop, der unterschiedliche Aspekte des dritten KSZE-Folgetreffens beleuchten soll.

„Das Wiener Treffen hat den Eisernen Vorhang erschüttert, hat seine rostigen Stäbe geschwächt, neue Breschen darin geschlagen und seine Korrosion beschleunigt.“ In seiner Rede zum Abschluss der dritten KSZE-Folgekonferenz in Wien fand der sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse deutliche Worte. Obwohl das Ende des Kalten Krieges zu diesem Zeitpunkt noch nicht absehbar war, hielt er – wie viele andere auch – das Wiener Folgetreffen für einen wichtigen Schritt zur Überwindung der Teilung Europas. Im Schlussdokument zeigte sich, dass die ideologischen Gräben zumindest teilweise überwunden werden konnten; selbst der bis kurz vor dem Ende der Verhandlungen anhaltende Widerstand der DDR und Rumäniens konnte scheinbar gebrochen werden. Die Ergebnisse waren für viele Delegationsmitglieder ein deutliches Zeichen für eine weitere Entspannung des Kalten Krieges. Der Abschluss des Wiener Folgetreffens kann daher als einer der Höhepunkte des KSZE-Prozesses nach der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki 1975 bezeichnet werden.

Während Helsinki und die beiden Folgetreffen in Belgrad und Madrid in den letzten Jahren vermehrt Eingang in die zeithistorische Forschung fanden, konnte das Wiener Folgetreffen insbesondere aufgrund von archivarischen Sperrfristen bisher kaum berücksichtigt werden. Dieser Forschungslücke widmet sich das D-A-CH-Forschungsprojekt The CSCE Follow-up Meeting in Vienna (1986–1989). Struggling for Human Rights and European Security at the End of the Cold War. In vier Teilprojekten werden die Abrüstung und Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen, die humanitäre Dimension, die deutsch-deutsche Beziehungen sowie die Rolle der neutralen und nicht-paktgebundenen Staaten bei diesem Treffen in den Blick genommen.

Im Rahmen dieses Projekts findet am 17. und 18. November 2022 an der Universität Innsbruck der Workshop „Die KSZE und die letzte Phase des Kalten Krieges (1986–1989)“ statt. Dabei sollen die unterschiedlichsten Facetten der letzten Phase des KSZE-Prozesses beleuchtet werden. Willkommen sind Beiträge, die sich mit den Verflechtungen des KSZE-Prozesses mit den Veränderungen der politischen Rahmenbedingungen am Ende des Kalten Krieges befassen. Dabei sind Vorträge zu den Positionen verschiedener Staaten ebenso erwünscht wie solche zu einzelnen Verhandlungsgegenständen.

Vortragssprachen sind Deutsch und Englisch.

Für die Vorträge ist eine Sprechzeit von 20 Minuten (plus 10 Min. Diskussion) vorgesehen. Die Veröffentlichung einer Publikation (peer reviewed) auf Basis der Vorträge ist geplant. Eine Übernahme der Reisekosten (Bahnfahrt 2. Klasse und Unterkunft) wird angestrebt.

Wir bitten um Bewerbungen mit einem Abstract (ca. 2.000 Zeichen inklusive Leerzeichen) und CV bis 31. März 2022 per E-Mail an: nina.hechenblaikner@uibk.ac.at Über die Annahme Ihres Beitrages informieren wir Sie bis 30. April 2022.

Der Workshop ist als Präsenzveranstaltung in Innsbruck geplant. Bei coronabedingter Einschränkung wird die Veranstaltung digital abgehalten.

Kontakt

nina.hechenblaikner@uibk.ac.at

Zitation

Freiheit und Sicherheit. Die KSZE und das Ende des Kalten Krieges (1986–1989). In: H-Soz-Kult, 24.01.2022, www.hsozkult.de/event/id/event-115434.

Copyright (c) 2022 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

37) Perceptions of the multicultural heritage of the Baltic borderlands in the 19th and 20th centuries

Veranstalter

International Center for Interdisciplinary Studies of the University of Szczecin in Kulice, Poland

Veranstaltungsort

International Center for Interdisciplinary Studies of the University of Szczecin in Kulice, Poland

Gefördert durch

Interreg V A Programme of Cooperation Mecklenburg-Vorpommern / Brandenburg / Poland within the scope of the goal “European Territorial Cooperation” of the European Regional Development Fund (ERDF). Project Number – INT198

72200 Kulice

Vom - Bis

24.11.2022 - 26.11.2022

Frist

01.03.2022

Von

Pierre-Frédéric WEBER

The aim of the conference will be to discuss the transformation of the relations towards the foreign cultural heritage found in several areas of the Baltic Sea region after armed conflicts and border changes.

Perceptions of the multicultural heritage of the Baltic borderlands in the 19th and 20th centuries

The Polish western territories are an unique laboratory in which it is possible to observe the dynamics of attitudes towards the cultural heritage taken over together with the territories formerly inhabited by people of foreign cultural and linguistic backgrounds. In the history of the last 200 years in the Baltic Sea region, there have been several territories that have changed their political, and often also their ethnic affiliation, such as Pomerania, Schleswig, East Prussia, and Karelia. The aim of the meeting will be to discuss the transformation of relations towards the foreign cultural heritage found in these areas after armed conflicts and border changes.

We kindly invite you to apply as experts - speakers. We are interested in previously unpublished detailed, synthetic, and/or comparative approaches.

Submissions should include: title, abstract (up to 600 characters), and a short CV (up to 600 characters), in one of the following languages: English, German, Polish. The deadline for submissions is March 1, 2022. Please send your proposal for presentation to Paweł Migdański (paw.mig@usz.edu.pl). The organizer reserves the right to select papers from among those submitted. You will be informed about the decision by April 15, 2022. The language of the conference proceedings will be Polish and English. The event will be translated simultaneously. A publication is planned after the conference.

Participation in the conference as an expert is free of charge. Travel expenses (budget class) or a limited honorarium will be reimbursed.

The conference will take place on 24-26 November 2022 at the International Center for Interdisciplinary Studies in Kulice, located in a former manor house belonging to the von Bismarck family. The organizer provides free transportation from Szczecin to the venue in Kulice and back.

If the pandemic situation does not improve significantly, a hybrid or online event could be organised.

Kontakt

paw.mig@usz.edu.pl

<https://mare.usz.edu.pl/en/>

Zitation

Perceptions of the multicultural heritage of the Baltic borderlands in the 19th and 20th centuries. In: H-Soz-Kult, 07.02.2022, <www.hsozkult.de/event/id/event-115741>.

Copyright (c) 2022 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

38) Internationale Tagung im Rahmen des 700-jährigen Jubiläums der Verpfändung der Stadt und des Landes Eger

Veranstalter

Staatliches Kreisarchiv in Eger und die Stadt Eger (Mag. Karel Halla)

Ausrichter

Mag. Karel Halla

Veranstaltungsort Eger / Cheb

35002 Cheb

Vom - Bis

03.12.2022

Frist
15.01.2022

Von
Andreas Nestl

Im September 2022 wird das 700-jährige Jubiläum der endgültigen Verpfändung der Stadt und des Landes Eger an den böhmischen König Johann von Luxemburg gefeiert. Bei dieser Gelegenheit veranstalten das Staatliche Kreisarchiv in Eger und die Stadt Eger eine internationale mediävistische Tagung, die an dieses grundlegende Ereignis erinnert.

Im Jahre 1322 erreichte der langjährige Streit um die kaiserliche Krone zwischen Friedrich von Habsburg und Ludwig dem Bayern im oberbayerischen Mühldorf seinen Höhepunkt. Die Stadt und das ganze Egerland wurden als versprochene Belohnung für die Unterstützung im Kampf zum Pfandgebiet des böhmischen Königs Johann von Luxemburg. Aus dieser Pfandschaft wurde das Egerland nicht mehr ausgelöst und blieb ein fester Bestandteil des Königreichs Böhmen. Was ging diesen geschichtlichen Ereignissen voraus? Wie verliefen die Verhandlungen zwischen beiden Herrschern? Welche Rolle spielte die Stadt Eger in den Verhandlungen? Wie spiegelt sich die Verpfändung des Egerlandes in den zeitgenössischen Quellen wider? Was hat die Stadt Eger durch die Verpfändung gewonnen oder im Gegenteil verloren?

In Rahmen der Tagung werden vor allem folgende Themenkomplexe behandelt: Die Bemühungen der Přemysliden um die Fesselung des Egerlandes an Böhmen in der 2. Hälfte des 13. Jahrhunderts bis zur Besteigung des Johanns von Luxemburg auf den böhmischen Thron.

Die Aufgabe König Johanns im Kampf um den Reichsthron nach dem Tode von Heinrich VII.

Auf dem Weg zur Verpfändung des Egerlandes (1314-1322)

Die Beziehung der Stadt Eger zu Ludwig dem Bayern und Johann von Luxemburg (vor allem in den Quellen berücksichtigte Treffen beider Akteure in Eger und anderen Städten)
Die Verpfändung des Egerlandes und die Schlacht bei Mühldorf (der Preis für den Sieg)
Was hat die Stadt Eger verloren und gewonnen?

Festigung der Machtposition der Stadt Eger als Pfandgebiet der böhmischen Herrscher Johann von Luxemburg und Karl IV.

Kontakt

Státní okresní archiv Cheb
Františkánské nám. 14
35002 Cheb
Mgr. Karel Halla
halla@soaplzen.cz

Zitation

Internationale Tagung im Rahmen des 700-jährigen Jubiläums der Verpfändung der Stadt und des Landes Eger. In: H-Soz-Kult, 06.12.2021, www.hsozkult.de/event/id/event-114544.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved.

This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

39) Zwischen Himmelreich und Soljanka – Esskulturen im östlichen Europa

Veranstalter

Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung – Institut der Leibniz-Gemeinschaft

35037 Marburg / Lahn

Vom - Bis

06.12.2022

Frist

09.01.2022

Von

Felix Köther, Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung – Institut der Leibniz-Gemeinschaft

Das Onlineportal "Copernico. Geschichte und kulturelles Erbe im östlichen Europa" (<https://www.copernico.eu/>) ruft auf zur Einsendung von Beiträgen für einen neuen

Themenschwerpunkt "Zwischen Himmelreich und Soljanka – Esskulturen im östlichen Europa". Er soll die Geschichte der Nahrungs-, Ess- und Trinkkultur im östlichen Europa in den Blick nehmen und ab der zweiten Hälfte des Jahres 2022 im Themenmagazin des Portals veröffentlicht werden.

**"Zwischen Himmelreich und Soljanka – Esskulturen im östlichen Europa".
Onlineportal "Copernico. Geschichte und kulturelles Erbe im östlichen Europa"**

Über Copernico

Das neue Recherche-, Themen- und Transferportal „Copernico. Geschichte und kulturelles Erbe im östlichen Europa“ macht Geschichte anschaulich. Es informiert attraktiv und wissenschaftlich fundiert über die gemeinsame Geschichte und das geteilte kulturelle Erbe im östlichen Europa und bietet neben einem Online-Themenmagazin auch eine Recherchedatenbank, in der sich die Angebote und Tätigkeiten von bereits mehr als zwei Dutzend Partnereinrichtungen aus den Bereichen Wissenschaft und Kulturerbevermittlung recherchieren lassen.

Das Themenmagazin des Portals richtet sich dabei insbesondere an die breitere Öffentlichkeit: Präsentiert werden Beiträge und Inhalte, die wissenschaftliche Themen und Forschungsergebnisse auch für thematische Einsteiger zugänglich machen und attraktiv aufbereitet sind. Dabei werden komplexe wissenschaftliche Apparate und Fachsprache vermieden, notwendige Fachbegriffe über Infoboxen erklärt, Orte und Länder über Einschubfenster mit Karten vorgestellt.

Arbeitsgebiet und -gegenstand des Portals sind die Länder, Landschaften und Regionen zwischen Ostsee und Schwarzem Meer.

Zwischen Himmelreich und Soljanka – Esskulturen im östlichen Europa

Der neue Themenschwerpunkt soll die Geschichte der Nahrungs-, Ess- und Trinkkultur im östlichen Europa in den Blick nehmen und ab der zweiten Hälfte des Jahres 2022 im Themenmagazin des Portals veröffentlicht werden.

Kulinaria sind wie wenige andere Themen geeignet, über exemplarische, emotional aufgeladene und mit individueller sinnlicher Erfahrung verknüpfte Inhalte in größere historische Zusammenhänge überzuleiten. In Fragen der Ernährung und Versorgung kulminieren seit jeher Aspekte von Identität und Alterität, von Kulturtransfer oder Autonomie, von Integration und Segregation – gleich, ob in Bezug auf Einzelpersonen oder auf Gruppen und Gemeinschaften.

Denkbar sind unterschiedliche Beitragsformate, beispielsweise dezidiert niedrigschwellige Beiträge, die einzelne Gerichte und spezifische Lebensmittel, Zubereitungsformen sowie Bräuche und Rituale rund um die Herstellung, Zubereitung und Verwendung von Nahrungsmitteln thematisieren. Auch die unterschiedlichen Orte, Stätten und situativen Kontexte der Nahrungszubereitung und -aufnahme können thematisiert werden.

Darüber hinaus werden jedoch auch tiefergehende Analysen und Hintergrundbeiträge benötigt, die Aspekte der Ernährung und regionaler oder lokaler Esskulturen zusammen mit (alltags-)kulturellen, sozial-, wirtschafts- und umweltgeschichtlichen Kontexten in den Blick nehmen. Wie korrelieren Fragen der Versorgung und Ernährung mit weiteren gesellschaftlichen Partizipations- und Zugangsmöglichkeiten? Wie sind Esskulturen und Ernährungsfragen mit politischen Fragestellungen und mit politischer Macht verknüpft? Wie und wo bilden sich größere Transferprozesse und symbolische Ordnungen ab? Welche Rolle spielen Fragen der Ernährung in Gedächtnis und Erinnerung?

Richtwerte und Formate

Möglich sind Beiträge unterschiedlicher Länge und Formate. Die maximale Textlänge beträgt 12.000 Zeichen einschließlich Leerzeichen. Kurze Textformen, beispielsweise zur Vorstellung historischer Persönlichkeiten, für Objektgeschichten oder zu ausgewählten historischen Quellen können auch deutlich kürzer ausfallen (4.000–6.000 Zeichen).

Beiträge ab einer Länge von 10.000 Zeichen werden parallel auf dem Publikationsserver des Herder-Instituts publiziert und mit einer DOI versehen. Darüber hinaus sind alle Beiträge im Portal mit einer Zitierempfehlung, Permalinks und Lizenzhinweisen versehen. Sämtliche Beiträge werden zweisprachig publiziert und ins Englische übersetzt (bei Bedarf können Beiträge auch auf Englisch eingereicht und ins Deutsche übertragen werden). Benötigt wird für jeden Beitrag mindestens eine attraktive und hochaufgelöste Illustration mitsamt Bildunterschrift und erfolgter Rechteklärung. Die eingereichten Beiträge werden im Rahmen eines internen Begutachtungsverfahrens lektoriert.

Alle Autoren behalten die Nutzungsrechte für Ihre eigenen Texte. Jeder Autor erhält im Portal eine eigene Profilseite, auf der eine Kurzbiografie, ausgewählte Literaturhinweise und Links zu persönlichen Webseiten präsentiert werden können. Wir freuen uns besonders über Beitragsangebote jüngerer Wissenschaftler, die Themen ihrer Qualifikationsarbeiten im Portal vorstellen und Copernico als Transferformat für ihre Forschung nutzen wollen.

Weitere Hinweise für Beiträger:innen, zu Illustrationen und Schlagwörtern erhalten Sie im Portal selbst (<https://www.copernico.eu/de/hinweise-fuer-beitraege>) sowie auf Anfrage unter copernico@herder-institut.de.

Einsendeschluss und Termine:

Bitte schicken Sie bis zum 9. Januar 2022 ein Abstract von max. 300 Wörtern mit einer kurzen Beschreibung des geplanten Beitrags an copernico@herder-institut.de. Sie erhalten Rückmeldung bis zum 11. Februar 2022, ob der Beitrag zum Themenschwerpunkt zugelassen ist. Einsendeschluss der fertigen Beiträge ist der 15. Juni 2022.

Kontakt

E-Mail: copernico@herder-institut.de

<https://www.copernico.eu/>

Zitation

Zwischen Himmelreich und Soljanka – Esskulturen im östlichen Europa. In: H-Soz-Kult, 10.12.2021, www.hsozkult.de/event/id/event-114583.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

40) Nikolaus-Kopernikus-Weltkongress anlässlich des 550. Geburtstags des großen Astronomen

Veranstalter

Nikolaus-Kopernikus-Universität Toruń, Ermland-Masuren-Universität Olsztyn, Jagiellonen-Universität Kraków, Tadeusz-Manteuffel-Institut für Geschichte der Polnische Akademie der Wissenschaften

87-100 Toruń

Vom - Bis

19.02.2023 - 17.09.2023

Frist

23.01.2022

Von

Renata Skowronska, Polska Misja Historyczna przy Uniwersytecie Juliusza Maksymiliana w Würzburgu (Uniwersytet Mikołaja Kopernika w Toruniu)

Zu Ehren des genialen Astronomen und anlässlich seines 550. Geburtstages wird im Jahre 2023 in Polen ein Nikolaus-Kopernikus-Weltkongress veranstaltet. In seinem Rahmen finden mehrere Tagungen und Veranstaltungen statt. Wir laden Sie herzlich zur Teilnahme ein!

Am 19. Februar 1473 hat Nikolaus Kopernikus in Thorn (Toruń) das Licht der Welt zum ersten Mal erblickt. 70 Jahre später erschien sein Hauptwerk „De revolutionibus orbium coelestium“ (1543), das die Wahrnehmung der Welt für immer veränderte. Der große

Gelehrte publizierte damals Ergebnisse seiner Forschung, die sich als eine der wichtigsten Entdeckungen in der Geschichte der Menschheit erwiesen haben. Er begann damit eine wissenschaftliche Revolution und wurde zur Persönlichkeit, die nicht nur für die Geschichte Polens wichtig ist, sondern für die ganze Welt.

Wichtige Termine:

- 19. Februar 2023 – offizielle Eröffnung des Nikolaus-Kopernikus-Weltkongresses
- 24.–26. Mai 2023 – internationale wissenschaftliche Tagung „Nikolaus Kopernikus im philosophischen Denken und in der Wirtschaftswissenschaft“ in Kraków (Krakau, Polen)
- 21.–24. Juni 2023 – internationale wissenschaftliche Tagung „Leben und Wirken von Nikolaus Kopernikus“ in Olsztyn (Allenstein, Polen)
- 12.–15. September 2023 – internationale wissenschaftliche Tagung „Nikolaus Kopernikus in den Erinnerungskulturen“ in Toruń (Thorn, Polen)

Der Astronom ist eine allgemein bekannte Persönlichkeit, es existieren jedoch viele Stereotypen über sein Leben und seine Aktivitäten. Wir sind überzeugt, dass Bedeutung und Besonderheit der Leistungen des großen Gelehrten noch längst nicht ausreichend gewürdigt worden sind. Das Hauptziel des Kongresses besteht entsprechend darin, den Forschungsstand zum Leben und Wirken von Nikolaus Kopernikus sowie dessen Einfluss auf die Entwicklung der Wissenschaft vorzustellen. Seine Person wird unter anderem durch das Prisma der Wahrnehmung seines Nachlasses – der in verschiedenen europäischen und außereuropäischen Kulturen bis heute sehr präsent ist – neu gelesen und definiert. Der Kongress soll auf das Leben von und die Erinnerung an Nikolaus Kopernikus und sein Werk direkt verweisen, auf verschiedene Formen seiner Präsenz in der Literatur und Kunst, in der Hoch- und Populärkultur, in der Raumdarstellung, in Symbolen, Souvenirs etc. konzentrieren. Es werden unter anderem Fragen nach der Anwesenheit von Kopernikus und der „kopernikanischen Revolution“ in der allgemeinen Kultur, im kollektiven und individuellen Gedächtnis in den vergangenen Jahrhunderten bis in die Gegenwart behandelt.

Programm

Wir laden Sie herzlich zur Teilnahme an der Tagung ein! Dieser Call for Paper richtet sich insbesondere an Wissenschaftler aus dem Bereich der Geisteswissenschaften, aber auch an Interessierte aus anderen benachbarten Forschungsdisziplinen. Einführende, übergreifende und vergleichende Beiträge sind explizit erwünscht. Ebenso können

Einzelbeispiele mit entsprechender Signifikanz auf der Tagung vorgestellt werden. Die Tagungssprachen sind Polnisch, Deutsch und Englisch. Für jeden Vortrag ist eine Dauer von ca. 30 Minuten vorgesehen.

Bitte richten Sie Ihre Vorschläge bis zum 16. Januar 2022 per E-Mail an Dr. Renata Skowrońska (E-Mail: r.skowronska@uni-wuerzburg.de). Anmeldeformular und Einwilligung zur Datenverarbeitung finden Sie auf der Webseite:

<http://pmh.umk.pl/de/tatigkeit/wissenschaftliche-tagungen-seminare/kopernikus-weltkongress/>

Hauptveranstalter:

- Nikolaus-Kopernikus-Universität Toruń / Thorn (Polen)
- Ermland-Masuren-Universität Olsztyn / Allenstein (Polen)
- Jagiellonen-Universität Kraków / Krakau (Polen)

Kontakt

r.skowronska@uni-wuerzburg.de

<http://pmh.umk.pl/de/tatigkeit/wissenschaftliche-tagungen-seminare/kopernikus-weltkongress/>

Zitation

Nikolaus-Kopernikus-Weltkongress anlässlich des 550. Geburtstags des großen Astronomen. In: H-Soz-Kult, 10.12.2021, www.hsozkult.de/event/id/event-114620.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

41) Languages and Professions in the “Long” Eighteenth-Century Russia

Veranstalter

Higher School of Economics, Moscow; German Historical Institute Moscow

109044 Moscow

Vom - Bis

15.03.2023

Frist

15.05.2022

Von

Natalia Alushkina, DHI Moskau

This special issue is conceived within the framework of a German-Russian research project “The Languages of Diplomacy in Russia in the Eighteenth Century in the European Context” (2022-2024)

Languages and Professions in the “Long” Eighteenth-Century Russia

The aim of the issue is to explore the linguistic dimension of the emergence of professions in Russia during the “long” eighteenth century. This was a pivotal period prior to the formation of the canon of the Russian literary language, when Russian culture began to experience more diverse and intensive linguistic influences that came primarily from Western Europe and contributed strongly to the formation of professional terminologies and linguistic practices in the “professional” fields in Russia. Studies on the cultural and social use of languages during this period (for example, recent work on French as a language of prestige) focus on the functioning of languages in certain “professions” traditionally exercised by nobles (for example, diplomacy). However, the question of the logic of the choice of languages and, more generally, of linguistic culture is also relevant for other “professions” (sometimes called *remeslo*, *masterstvo* or *iskusstvo* at that time), such as military affairs, medicine, commerce, science, art, etc. This process also has an institutional dimension insofar as languages played a key role in the functioning of institutions (the Academy of Sciences is one of the more obvious examples, but we can also mention

colleges or ministries, the Synod, etc.) and were situated at the heart of their mission (in the case of educational establishments for example). So, the Church as an institution and profession naturally also falls within the scope of this issue.

The most important linguistic trend in Europe during this period was the gradual abandonment of Latin in a number of fields and its replacement by vernacular languages, some of which acquire the status of regional or international languages of professional communication. The choice of languages reflects the logic of emergence and development of these professional fields. In Russia, foreign languages or other languages of the Empire were often used alongside Russian. This can be explained, for example, by the presence in certain professional spheres, particularly during the reign of Peter the Great, of a large number of specialists from different European countries or from the Baltic regions annexed by Russia at the beginning of the eighteenth century, but also by the influx of specialized literature in foreign languages. While the role of Western languages in eighteenth-century Russia seems essential, we do not limit the scope of our issue to them only, but rather seek to explore to what extent European languages were, in certain professional fields, in a relationship of competition or complementarity with the languages of Asia.

In this issue we propose to consider professional linguistic practices in a broad social context, including business, social, Masonic, and other interactions that may have influenced language choice and affected language registers in professional correspondence. This is particularly important in the case of professional fields where the aristocracy was strongly represented and where the emerging norms of polite conduct overlapped with the norms and requirements of professional communication, or even came into conflict with them.

We especially invite to participate in this special issue scholars whose work addresses the following topics:

- the use of languages and language registers in different types of communication (official and private, written and, where possible, oral) within emerging professional communities in eighteenth-century Russia;
- language learning practices among different professional groups;
- the influence of the ethnic and social composition of emerging professional communities on the choice of languages in professional communication;
- the replacement by French of other languages in different professional contexts, the conflicts and tensions caused by the adoption of French as the language of professional communication against the backdrop of nascent national consciousness and government's attempts to implement policies to promote the use of Russian;
- the impact of the choice of languages on the formation of terminology in various fields, from diplomacy and mining to commerce and linguistics.

Titles and abstracts submission deadline: May 15, 2022.

Short project abstracts (500 words maximum) should be sent to: [langues_professions_cmr\[at\]ehess.fr](mailto:langues_professions_cmr[at]ehess.fr).

Please include name, institutional affiliation and email address in all correspondence.

Authors of selected proposals will be notified by June 30, 2022.

Languages: French, English, Russian.

Manuscripts submission deadline: March 15, 2023

Maximum article length: up to approximately 70,000 characters (space characters and notes included).

Evaluation: In accordance with the policies of Cahiers du Monde russe, the articles will be submitted for double-blind peer review by two external referees.

Publication date: first half of 2024.

See versions in French and Russian here:
<https://journals.openedition.org/monderusse/9977>

Kontakt

For additional information, please contact:

Coeditors: Vladislav Rjéoutski, Igor Fedyukin: [langues_professions_cmr\[at\]ehess.fr](mailto:langues_professions_cmr@ehess.fr) or
redaction: Valérie Mélikian, [cmr\[at\]ehess.fr](mailto:cmr[at]ehess.fr).

<https://journals.openedition.org/monderusse/9977>

Zitation

Languages and Professions in the “Long” Eighteenth-Century Russia. In: H-Soz-Kult, 11.02.2022, www.hsozkult.de/event/id/event-115782.

Copyright (c) 2022 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

01) Kommunale Galerie Berlin

Hohenzollerndamm 176
10713 Berlin

Kontakt

t 030 | 9029 167 04 (Galerie)
t 030 | 9029 167 09 (Artothek)
t 030 | 9029 167 12 (Atelier)
f 030 | 9029 167 05

[info\[at\]kommunalegalerie-berlin.de](mailto:info[at]kommunalegalerie-berlin.de)

Leitung: Elke von der Lieth

t 030 | 9029 24100
f 030 | 9029 16705

Die Galerie ist eine Einrichtung des Bezirksamtes Charlottenburg-Wilmersdorf,
Fachbereich Kultur.

Öffnungszeiten Kommunale Galerie Berlin

Dienstag bis Freitag 10 bis 17 Uhr
Mittwoch 10 bis 19 Uhr
Samstag und Sonntag 11 bis 17 Uhr

Eintritt frei

Öffnungszeiten Artothek

Dienstag bis Freitag 10 bis 17 Uhr
Mittwoch von 10 bis 19 Uhr

Anfahrt

U3 | U7
Fehrbelliner Platz

101 | 104 | 115
Fehrbelliner Platz

Liebe Besucher*innen, liebe Freund*innen der Kommunalen Galerie Berlin,

die Galerie ist geöffnet!

Liebe Besucher*innen, liebe Freund*innen der Kommunalen Galerie Berlin,

ab dem 15.11.2021 gilt für den Ausstellungsbesuch sowie für alle Veranstaltungen und Führungen die

2G-Regel: Zutritt haben nur Geimpfte und Genesene.

Der **Nachweis** zur Impfung und Genesung wird digital verifiziert. Der **Personalausweis** ist vorzulegen.

Diese Maßnahmen gelten für den Besuch in der Kommunalen Galerie Berlin:

- Das **Tragen** einer medizinischen oder einer **FFP2-Gesichtsmaske** in den Ausstellungsräumen ist für alle Besucher*innen und das Personal verpflichtend.
 - Der **Abstand** von mindestens 1,5 m zu anderen Personen ist jederzeit einzuhalten. Bitte beachten Sie dies insbesondere im Ein- und Ausgangsbereich.
 - Die Zahl der zugelassenen Besucher*innen ist beschränkt. Aufgrund dieser **Zugangsbeschränkungen** kann es zu Wartezeiten im Außenbereich der Galerie kommen.
 - Die **Wegeführung** innerhalb der Galerie und die Begrenzungen der Personenzahl sind bindend.
- Bitte beachten Sie die Markierungen am Boden sowie die Höchstzahl der pro Raum zugelassenen Personen.
- Gruppenbesuche sind nicht möglich.
 - Personen, die nahen Kontakt zu einer erkrankten Person, selbst Symptome oder den Verdacht auf eine mögliche Covid-19-Infektion haben, dürfen die Galerie nicht betreten.

Bei **Veranstaltungen** werden die Daten der Besucher*innen registriert, um die **Kontaktnachverfolgung** zu gewährleisten. Bitte kommen Sie rechtzeitig, um eine reibungslose Zutrittsprüfung zu ermöglichen.

Es gilt die aktuelle [SARS-CoV-2 Infektionsschutzverordnung des Landes Berlin](#).

Da die Zutrittsbestimmungen abhängig von der pandemischen Entwicklung sind und sich kurzfristig ändern können, bitten wir Sie, sich vor Ihrem Besuch kurzfristig auf unserer Website über die aktuell gültigen Regelungen zu informieren.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

Das Team der Kommunalen Galerie Berlin

02) Programme der Museen von Berlin Tempelhof-Schöneberg



Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg
Abteilung Bildung, Kultur und Soziales
Fachbereich Kunst, Kultur und Museen
Museen Tempelhof-Schöneberg

Museen Tempelhof-Schöneberg

Hauptstraße 40 /42
10827 Berlin

museum@ba-ts.berlin.de

Unser Sekretariat erreichen Sie zurzeit:

Montag bis Donnerstag von 9 bis 15 Uhr

Freitag von 9 - 14 Uhr

Tel. 030 90277-6163

museum@ba-ts.berlin.de

MI 8.12. 18 UHR	DEZENTRALE KULTURARBEIT Community Complex – eine gemeinsame Bühne Tanz
SO 12.12. 15 UHR	SCHÖNEBERG MUSEUM Handel & Wandel Kuratorinnen-Führung
SO 19.12. 14–17 UHR	JUGEND MUSEUM Offenes Atelier Basteln, spielen, werken für die ganze Familie
FR 14.1.– SO 13.3.	HAUS am KLEISTPARK Palmenschatten Ausstellung
SO 16.1. 14–17 UHR	JUGEND MUSEUM Offenes Atelier Basteln, spielen, werken für die ganze Familie
DI 18.1.– SO 13.3.	HAUS am KLEISTPARK Projektraum Meine Mutter, meine Schwester und ich Fotografien von Christa Mayer Ausstellung
DO 27.1.– SO 27.3.	GALERIE im TEMPELHOF MUSEUM Nicht-Orte Annabell Häfner Ausstellung

SO 6.2. 14–17 UHR	JUGEND MUSEUM Offenes Atelier Basteln, spielen, werken für die ganze Familie
SO 20.2. 14–17 UHR	JUGEND MUSEUM Offenes Atelier Basteln, spielen, werken für die ganze Familie



Offenes Atelier im Jugend Museum, Foto: Peter Refle



© Birgit Kleber, »Modern Queens #10«, 2019

ADRESSEN UND ÖFFNUNGSZEITEN

HAUS am KLEISTPARK

Grunewaldstraße 6-7, 10823 Berlin
Di bis So 11-18 Uhr
Do bis 20 Uhr

HAUS am KLEISTPARK | Projektraum

Di bis So 11-18 Uhr
Do bis 20 Uhr

GALERIE im TEMPELHOF MUSEUM

Alt-Mariendorf 43, 12107 Berlin
Mo bis Do 10-18 Uhr
Fr 10-14 Uhr, So 11-15 Uhr

Die Öffnungszeiten können sich während der Laufzeit des Booklets ändern. Aktuelle Hinweise auf www.hausamkleistpark.de

Telefon 030-90 277 6964
hausamkleistpark@ba-ts.berlin.de
www.hausamkleistpark.de

ADRESSEN UND ÖFFNUNGSZEITEN

Jugend Museum | Schöneberg Museum

Hauptstraße 40/42, 10827 Berlin
Sa bis Do 14-18 Uhr, Fr 9-14 Uhr
Gruppen und Schulklassen nach Voranmeldung

Tempelhof Museum

Alt-Mariendorf 43, 12107 Berlin
Mo bis Do 10-18 Uhr, Fr 10-14 Uhr, So 11-15 Uhr
Gruppen und Schulklassen Mo-Fr nach Voranmeldung

Archiv und Bibliothek der Museen Tempelhof-Schöneberg

Hauptstraße 40/42, 10827 Berlin
Telefon 030-90 277 6214, archiv@ba-ts.berlin.de
Ein Besuch ist nur nach individueller Terminabsprache möglich.

Telefon 030-90 277 6163
museum@ba-ts.berlin.de
www.museen-tempelhof-schoeneberg.de

ADRESSEN UND ÖFFNUNGSZEITEN

Dezentrale Kulturarbeit

Rathaus Schöneberg
John-F.-Kennedy-Platz 1, 10825 Berlin
 Zugang über Freiherr-vom-Stein-Straße
Sprechstunde mittwochs 15-18 Uhr.

Telefon 030-90 277 4347
peter.ruemenapp@ba-ts.berlin.de
www.dezentrale-kulturarbeit.de

Die Dezentrale Kulturarbeit ist verantwortlich für die Kunst- und Kulturförderung der Freien Szene im Bezirk.

»Wir waren Nachbarn«

Rathaus Schöneberg
John-F.-Kennedy-Platz 1, 10825 Berlin
 Zugang über Freiherr-vom-Stein-Straße
Samstag bis Donnerstag 10-18 Uhr

Es finden regelmäßig Führungen statt.

Telefon 030-90 277 4527
projekt@wirwarennachbarn.de
www.wirwarennachbarn.de



Ausstellung Palmenschatten im Haus am Kleistpark, siehe S. 49
© Silke Leverkühne, Ciuffenna, 2018

ADRESSEN UND ÖFFNUNGSZEITEN

Kindermuseum unterm Dach

Alte Mälzerei Lichtenrade

Empfang und Eingang 5. OG, Steinstraße 41, 12307 Berlin

Telefon 030 90277-3788 (für Buchungen)

kontakt@kindermuseum-unterm-dach.berlin

www.kindermuseum-unterm-dach.berlin

Für Familien: Mo bis Fr 14–18 Uhr, Sa und So 10–18 Uhr

Gruppen und Schulklassen nach Voranmeldung:

Mo bis Fr 9–14 Uhr, sowie nach Vereinbarung

 Zugang barrierefrei

Informationsort Schwerbelastungskörper

General-Pape-Straße/Loewenhardttdam, 12101 Berlin

Telefon 030–90 277 6163

nur Gelände barrierefrei

Saisonal geschlossen bis 31. März 2022

Infos zu Führungen und Veranstaltungen finden Sie
auf der Website www.schwerbelastungskoeper.de

ADRESSEN UND ÖFFNUNGSZEITEN

Gedenkort SA-Gefängnis Papestraße

Werner-Voß-Damm 54 a, 12101 Berlin

Telefon 030–90 277 6163

Di, Mi, Do, Sa und So 13–18 Uhr

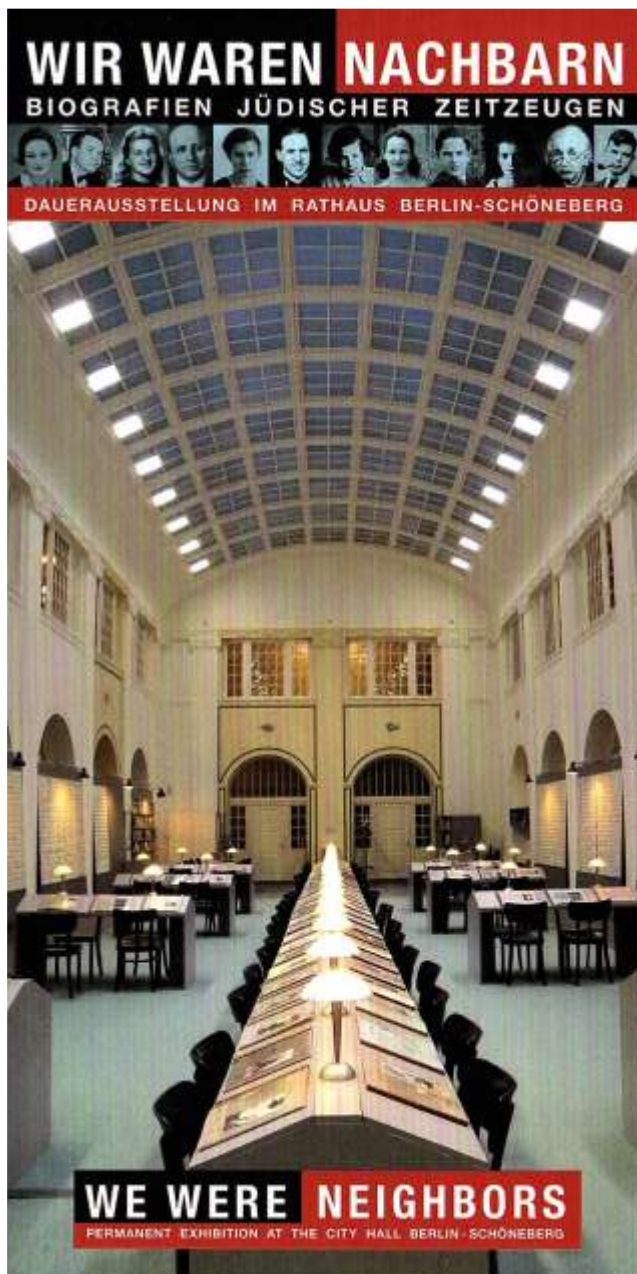
Kostenlose Führungen jeden Sonntag um 13 Uhr

Infos zu Führungen und Workshops finden Sie
auf der Webseite www.gedenkort-papestrasse.de



Alle Führungen der Museen und der historischen Orte werden
auf Anfrage auch mit **Gebärdensprachdolmetscher_in** angeboten.

03) Wir waren Nachbarn. Biografien jüdischer Zeitzeugen.
Dauerausstellung im Rathaus Berlin-Schöneberg



Dauerausstellung

Die ständige Ausstellung *Wir waren Nachbarn* beschäftigt sich mit dem Leben der früher in Schöneberg und Tempelhof ansässigen jüdischen Menschen. Mit sehr persönlichen Fotos und Dokumenten werden die Familiengeschichten aus Sicht der Zeitzeug*innen oder ihrer Angehörigen erzählt. All die Facetten, die den Alltag bis 1933 bestimmten, werden sichtbar: Erinnerungen an Wohnung, Schule, Arbeitsplatz und Freundschaft.

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 wurden die allgemeinen Lebensumstände immer mehr von Ausgrenzung, Stigmatisierung und Verfolgung geprägt. Viele flohen ins Ausland. Die, denen der Weg versperrt blieb, mussten untertauchen oder wurden deportiert und ermordet.

Über 170 biografische Alben bilden das Zentrum der Ausstellung. Lebensläufe von Prominenten, wie des Nobelpreisträgers Albert Einstein, der Schriftstellerin Nelly Sachs, der Fotografin Gisèle Freund oder des Regisseurs Billy Wilder, liegen neben denen von weniger bekannten Schöneberger*innen oder Tempelhofer*innen. Sie alle waren nach 1933 der rassistischen Verfolgung ausgesetzt.

Diejenigen, denen die Flucht ins Exil gelang, berichten davon, unter welchen Umständen sie sich als Geflüchtete, beispielsweise in Shanghai, den USA oder Südamerika, zurechtfinden mussten, aber auch, wie ihr Lebensweg nach 1945 weiterging.



Namen der Deportierten

Wer eines der biographischen Alben liest, ist dabei umgeben von mehr als 6.000 Namen von Deportierten, die auf kleinen Karten handschriftlich notiert sind. Angeordnet nach ihren letzten Wohnadressen machen diese Karteikarten das Ausmaß der Verfolgung allein in unserem Stadtbezirk deutlich. Zugleich verweisen sie auf die perfekte Bürokratie, mit der die Vorgänge der Deportation vor den Augen der Nachbarn organisiert wurden.

Names of those who were deported

As you read through one of the biographical albums, you are surrounded by index cards with the handwritten names of more than 6,000 people who were deported. Ordered according to the last residential address of the person named, these index cards clearly show the great extent of the persecution in our district of the city alone.

At the same time they are an indication of the "perfect bureaucracy" that functioned in organizing the deportation before the eyes of the neighbors.



Archiv der Erinnerung

In einem großen Archivschrank finden sich zahlreiche „Erinnerungssplitter“ von jüdischen und nichtjüdischen Besuchern und Besucherinnen, die seit 2005 gesammelt wurden. Darunter befindet sich z. B. das Foto einer Schulklasse aus der Zeit vor 1938, als christlich und jüdisch erzogene Kinder noch gemeinsam die Schule besuchten.

Archive of Remembrance

In a large archival file cabinet, there are numerous fragments of memories of Jewish and non-Jewish visitors that have been collected since 2005. Among them, for example, is the photograph of a school class from before 1938, when Christian and Jewish children still attended school together.

Sie und viele andere wohnten hier

They and many more lived or worked in the Te



Gert Berliner



Hanri Lévi



Inge Deutsch Korn

Über ihr Leben gibt die Ausstellung WIR WAREN NACHBARN Auskunft. Mehr als 170 sehr persönliche Alben vermitteln ein Bild davon. Für alle galt, dass sie Juden waren oder als solche galten und von den Nationalsozialisten verfolgt wurden



Albert Einstein *



Lilli Gettinger



Billi Wilder

* Foto von Ferdinand Schmutzer, alle anderen Fotos: Privat

in Tempelhof oder Schöneberg: Tempelhof or Schöneberg districts of Berlin:



Kurt Tucholsky



Doris Kaplan



Coco Schumann

The exhibition WE WERE NEIGHBORS gives information about their lives, and more than 170 very personal albums offer a picture of them. The people presented were Jews or were considered Jews by the Nazis and they all suffered persecution during the Nazi period.



Gisèle Freund



Kurt Hiller



Masha Kaléko

WIR WAREN NACHBARN
DAUERAUSSTELLUNG IM RATHAUS BERLIN-SCHÖNEBERG

Hörstationen

Zu einzelnen Personen stehen Hörstationen zur Verfügung. Die Besucherinnen und Besucher können über Kopfhörer die authentischen Stimmen, beispielsweise des Schriftstellers Kurt Hiller oder des Tenors Joseph Schmidt, hören, während sie gleichzeitig in deren biografischen Alben blättern.



Audio stations

As there are audio stations about some individuals. Using headphones, visitors can listen to the actual voices – of the writer Kurt Hiller, for example, or the tenor Joseph Schmidt. And while the visitors are listening they can skim through the respective biographical albums.



Biografische Alben

Die Gestaltung der Ausstellung erinnert an einen alten Lesesaal. Die Fotos, Briefe und Dokumente, die teilweise direkt von den Zeitzeugen zur Verfügung gestellt wurden, berichten, wie in einem Familienalbum, vom Leben vor 1933. Da gibt es Fotos von Hochzeiten und Einschulungen, aber auch Kopien von Pässen, die mit einem großen „J“ gestempelt sind.

Biographical albums

The exhibition design is reminiscent of an old library reading room. Like a family photo album, the photographs, letters, and documents tell about life prior to 1933. Some of them were donated directly by those who lived through the period. There are photos of weddings and the first day of school, for example, as well as copies of passports stamped with a large „J“ for „Jew.“

Permanent Exhibition

Famous people and less famous people, old and young, poor and rich. What they all shared is that they were persecuted as Jews by the Nazi regime, among them Albert Einstein, Giséle Freund and Billy Wilder. The permanent exhibition WE WERE NEIGHBORS, with its more than 170 biographical albums, illustrates what that meant. Containing interviews, letters, documents, and photographs, the albums provide information on the very varied lives of these Jewish residents. They shed light on their living situation before everything changed and many individuals had to flee or go into hiding. It was already too late for many, who then decided to commit suicide or were deported to one of the extermination camps.

The survivors offer insight into how life continued: how they integrated the loss of close relatives into their lives. And they also report about resistance to the Nazi dictatorship.

The exhibition – right inside Schöneberg City Hall – combines various elements to present a unique place of remembrance of former neighbors.



Ausstellungsort:

Rathaus Schöneberg, Große Ausstellungshalle
John-F.-Kennedy-Platz 1, 10825 Berlin
U-Bahn: U4, Rathaus Schöneberg
U7, Bayerischer Platz | Bus: M 46, 104
Barrierefreier Zugang: Freiherr-von-Stein-Straße
Tel.: (030) 90277-4527
www.wirwarennachbarn.de
– EINTRITT FREI – | – Free Entrance –

Öffnungszeiten / Opening hours:

Täglich außer freitags 10 – 18 Uhr
All days but Friday 10 a.m. to 6 p.m.

Gruppenführungen nach Anmeldung unter
www.wirwarennachbarn.de
oder Tel.: (030) 90277-4527

Der Besuch der Ausstellung findet unter den
gegebenen Corona-Auflagen statt.

Veranstalter:

frag doch! Verein für Begegnung und
Erinnerung e.V. in Kooperation mit dem
Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg,
Abteilung Bildung, Kultur und Soziales

frag doch!
Verein für Begegnung und Erinnerung e.V.



SZLOMA-ALBAM-
STIFTUNG



CHAJA
STIFTUNG

be Berlin

Berliner Landeszentrale
für politische Bildung



Bildungswerk Berlin
der Heinrich-Böll-Stiftung

04) "Unser Leben" — Berlin als Zufluchtsstadt für jüdische Displaced Persons nach 1945

Pressemitteilung Nr. 361 vom 25.10.2021

Eine neue Sonderausstellung im Tempelhof Museum

Anhand von Selbstzeugnissen jüdischer Displaced Persons im Nachkriegsberlin erzählt die Ausstellung "Unser Leben" eine transhistorische Geschichte von Berlin als Stadt der Zuflucht und Migration.

Ausstellung vom 03. November 2021 bis 20. März 2022

Ort: Tempelhof Museum, Alt-Mariendorf 43, 12107 Berlin

Geöffnet: Montag bis Donnerstag von 10:00 Uhr bis 18:00 Uhr

Freitag von 10:00 Uhr bis 14:00 Uhr

Sonntag von 11:00 Uhr bis 15:00 Uhr

Informationen zur Ausstellung erhalten Sie auch auf der [Homepage der Museen Tempelhof-Schöneberg](#).

Nach Ende des Zweiten Weltkriegs wurde Berlin zum Zufluchtsort für jüdische Displaced Persons (DP). Sie nannten sich **she'erit hapletah**, „die letzten Überlebenden“. Für die meisten von ihnen war Deutschland – als das Land der Täter_innen – der letzte Ort, an dem sie bleiben wollten. Dennoch entstanden in Mariendorf, Zehlendorf und Reinickendorf Lager, in denen jüdische DPs oft mehrere Jahre lebten.

Diese Orte entwickelten sich binnen kurzer Zeit zu kleinen selbstverwalteten Städten. Dort gab es Schulunterricht und berufliche Ausbildungsmöglichkeiten, Sportveranstaltungen zwischen den Lagern ebenso wie Kunst- und Kulturangebote, in denen sich die Bewohner_innen mit den traumatischen Erlebnissen der Shoah auseinandersetzen konnten.

Kulturstadtrat Matthias Steuckardt erklärt:

Die Ausstellung „Unser Leben“ im Tempelhof Museum gibt vielfältige Einblicke in den Alltag dieser Displaced Persons innerhalb und außerhalb der Lager und erzählt von ihren Hoffnungen auf eine Zukunft nach der Shoah. Auszüge aus der namensgebenden jiddischen Zeitschrift „Undser Lebn“, die seit August 1946 in den jüdischen DP-Lagern erschien, stehen im Zentrum der Ausstellung. Ergänzt werden sie von zahlreichen Selbstzeugnissen der Bewohnerinnen und Bewohnern sowie historischen Fotografien aus den Lagern.

Mit der Blockade Berlins 1948 endet auch die Geschichte der DP-Lager. Die meisten Displaced Persons verließen die Stadt und zogen nach Westdeutschland. Doch ist und bleibt Berlin bis heute für viele Menschen ein Ort der Migration und Zuflucht. Diesen Bogen schlägt die Ausstellung ebenfalls und stellt einige aktuelle Zufluchtsorte und migrantische Selbstorganisationen vor.

Die Sonderausstellung wurde von [Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung](#) in Kooperation mit den Museen Tempelhof-Schöneberg erstellt und wird im Tempelhof Museum gezeigt. Online ist sie in Kürze auch auf der Webseite von [We Refugees Archive](#) zu sehen, einer digitalen Bildungsplattform zu Flucht in Vergangenheit und Gegenwart.

Gefördert von der [Szloma-Albam-Stiftung](#) und der [Berliner Senatsverwaltung für Kultur und Europa](#).

Pressestelle

[John-F.-Kennedy-Platz
10825 Berlin](#)

Telefon: (030) 90277-6281

pressestelle@ba-ts.berlin.de

05) Ausstellung „Postsowjetische Lebenswelten“ in der Volkshochschule Tempelhof-Schöneberg

Informationen zum Coronavirus

Pressemitteilung Nr. 016 vom 21.01.2022

Die Ausstellung „Postsowjetische Lebenswelten“ erinnert an das Ende der Sowjetunion im Dezember 1991. Zu sehen ist sie in der Volkshochschule Tempelhof-Schöneberg:

Dienstag, 25. Januar 2022 bis Freitag, 8. April 2022

Öffnungszeiten:

Montag bis Freitag von 8:30 Uhr bis 20:00 Uhr

Samstag und Sonntag von 9:30 Uhr bis 17:00 Uhr

**Volkshochschule Tempelhof-Schöneberg, Galerie im 1. Obergeschoss
Barbarossaplatz 5, 10781 Berlin**

Autor der Ausstellung ist Jan C. Behrends vom Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam. Der Osteuropa-Historiker hat mit dem Kurator Dr. Ulrich Mähler über 120 Fotos für die Schau ausgewählt. Behrends' Texte und die zeitgenössischen Bilder werfen eindrucksvolle Schlaglichter auf den Wandel, den die 15 post-sowjetischen Staaten seit 1991 durchlaufen haben.

Kulturstadtrat Tobias Dollase:

Die Sonderausstellung zeigt eindrucksvoll, welchen Härten die Menschen damals unterworfen waren, wie einerseits demokratischer Aufbruch gelang und andererseits neue Autokratien entstanden.

Bezirksstadtrat Tobias Dollase wird die Ausstellung am Dienstag, den 25. Januar 2022 um 16:00 Uhr mit Kurator Dr. Ulrich Mähler in der Galerie der Volkshochschule Tempelhof-Schöneberg eröffnen.

Im Haus gelten die **2G-Regel** und **Maskenpflicht**. Alle Besucher_innen müssen ein **Kontaktverfolgungsformular** ausfüllen und in den Briefkasten einwerfen.

Der Besuch der Ausstellung ist **kostenlos** und **ohne Anmeldung** möglich.

Herausgeber der Ausstellung sind die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und die Internetplattform dekoder.org.

Mehr Informationen über die Ausstellung finden Sie auf der [Internetseite der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur](#).

Topographie des Terrors

06) Der kalte Blick.

Letzte Bilder jüdischer Familien aus dem Ghetto von Tarnów

27. November 2021 bis 18. April 2022 im Sonderausstellungsraum der Topographie des Terrors

Niederkirchnerstraße 8, 10963 Berlin-Kreuzberg

Eine Ausstellung der Stiftung Topographie des Terrors, der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas und des Naturhistorischen Museums Wien / Wiederaufnahme

Ende 1941 entwickelten zwei Wiener Wissenschaftlerinnen ein Projekt zur „Erforschung typischer Ostjuden“. Mit „kaltem Blick“ fotografierten sie im März 1942 in der deutsch besetzten polnischen Stadt Tarnów mehr als hundert jüdische Familien, insgesamt 565 Männer, Frauen und Kinder. Von diesen überlebten nur 26 den Holocaust und konnten später davon berichten. Erhalten geblieben sind die Bilder und Kurzbiografien der Ermordeten.

Die Ausstellung dokumentiert zum einen das ehrgeizige Vorgehen der beiden Wissenschaftlerinnen. Zum anderen erzählt sie vom Leben der Juden in Tarnów vor 1939 und von deren Ermordung unter deutscher Herrschaft – exemplarisch für die Verfolgung und Vernichtung hunderter jüdischer Gemeinden in dem von Deutschen beherrschten und terrorisierten Polen.

Zur Ausstellung sind ein deutsch-englischer [Katalog](#) und eine [Begleitpublikation](#) erhältlich.

Andrea Seehausen
Büro- und Innenleitung
Brandenburg-Preußen Museum
Eichenallee 7a
16818 Wustrau
Tel. 033925-70798
Fax 033925-70799
museum@bpm-wustrau.de
www.brandenburg-preussen-museum.de
Brandenburg-Preußen Museum
Ehrhardt-Bödecker-Stiftung
Stifter: Ehrhardt Bödecker (1925-2016)
Vorstand: Dr. Andreas Bödecker, Elvira Tasbach

07) Brandenburg-Preußen-Museum

Winterschließzeit!

Bis einschließlich Montag, den 21. Februar 2022 bleibt das Museum geschlossen.

Herzliche Grüße, und bleiben Sie gesund!
Ihr Brandenburg-Preußen Museum

* * *

Aus gegebenem Anlass

Zu den Vorwürfen gegen den 2016 verstorbenen Museumsgründer Ehrhardt Bödecker in der Berliner Tagespresse vom 28. Oktober 2021

Das Brandenburg-Preußen Museum möchte eine ausgewogene Darstellung der Geschichte Brandenburg-Preußens und des Deutschen Kaiserreiches präsentieren und ein Ort für eine unvoreingenommene Diskussion dieser spannenden Epoche unserer Geschichte sein.

Selbstverständlicher Kern dieser Grundausrichtung ist ein respektvoller Umgang mit der Historie anderer Völker im Verhältnis zu Preußen und der Geschichte von religiösen und anderen Minderheiten in Preußen.

Aus dieser Haltung heraus haben wir die viel beachteten Sonderausstellungen "Türcken, Mohren und Tartaren - Muslime in Brandenburg-Preußen" (2014), "Prusy i Polska - Polen und Preußen" (2016) und "Kriegsende - 1918 - Koniec Wojny" (2018) gestaltet.

Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Museums und der Stiftungsvorstand sind von dieser Haltung geprägt und lehnen jede Form der Diskriminierung oder Diffamierung, des Antisemitismus oder Rassismus mit großer Entschiedenheit ab.

Umso betroffener und schockierter sind wir von den Vorwürfen des Antisemitismus und Rechtsradikalismus, die am 28. Oktober 2021 in einer Berliner Tageszeitung gegen den 2016 verstorbenen Museumsgründer Ehrhardt Bödecker erhoben wurden.

Dazu möchten wir festhalten:

Ehrhardt Bödecker hat mit großzügigen Spenden und seiner Preußen-Begeisterung die Errichtung des Museums ermöglicht. Entscheidend ist aber in diesem Zusammenhang:

Wir haben die von Ehrhardt Bödecker gestaltete ursprüngliche Ausstellung von 2013 bis 2019 grundlegend überarbeitet, weil die einseitig positive Darstellung Preußens dem Anspruch an eine wissenschaftlich fundierte und ausgewogene Gesamtdarstellung nicht genügte.

Wir möchten jedoch klarstellen: Antisemitische oder rechtsradikale Darstellungen gab es in unserem Museum noch nie, in der ursprünglichen Ausstellung nicht und in der aktuellen Fassung selbstverständlich ebenfalls nicht.

Seit der Gründung unseres Museums im September 2000 haben wir über 220.000 Besucherinnen und Besucher bei uns in Wustrau begrüßen können, darunter zahlreiche Familien mit Kindern und viele Schulklassen aus der Region. 2017 wurde ein Schülerprojekt des Museums im Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten als Landessieger ausgezeichnet.

Die preußische Geschichte ist und bleibt spannend. Wir freuen uns auf neue, interessante Ausstellungen und viele neugierige Besucherinnen und Besucher aus der Region, aus ganz Deutschland und der Welt.

Wustrau, den 3. November 2021

Der Stiftungsvorstand, die Museumsleitung und das gesamte Museumsteam

Öffnungszeiten des Brandenburg-Preußen-Museums

April-Oktober

Di-So 10.00-18.00 Uhr

November-März

Di-So 10.00-16.00 Uhr

Winterschließzeit

vom 6. Dezember 2021

bis 21. Februar 2022

Gesonderte Öffnungszeiten
für Schulklassen möglich!

Kontakt

Brandenburg-Preußen Museum
Eichenallee 7a, 16818 Wustrau

Telefon 03 39 25 - 7 07 98

Telefax 03 39 25 - 7 07 99

Spenden

Unterstützen Sie unsere Museumsarbeit mit Kindern und Jugendlichen durch eine zweckgebundene Spende.

Empfänger:
Ehrhardt-Bödecker-Stiftung
IBAN: DE12160502021001022099
BIC: WELADED1OPR

Verwendungszweck:
Museumsarbeit für Kinder

Brandenburg-Preußen Museum
Eichenallee 7a
16818 Wustrau
Tel. 033925-70798
Fax 033925-70799
museum@bpm-wustrau.de
www.brandenburg-preussen-museum.de

Das Brandenburg-Preußen Museum
wird getragen von der
Ehrhardt-Bödecker-Stiftung
Stifter: Ehrhardt Bödecker (1925-2016)
Vorstand:
Dr. Andreas Bödecker, Elvira Tasbach
Steuernummer 27/643/03936

Über die Ostdeutschen Landesmuseen informieren auch die folgenden, von Herrn Dr. Jürgen Martens (Königswinter) gestalteten Leitseiten:

www.ostdeutsche-museen.de



- Die Adresse des Westpreußischen Landesmuseums lautet:
Franziskanerkloster
Klosterstraße 21
48231 Warendorf
- Bei Terminanfragen, Anmeldungen, Adressenänderungen oder Shop-Bestellungen erreichen Sie die Aufsicht
- *telefonisch:*
[02581 92777-13](tel:025819277713)
- Das Geschäftszimmer erreichen Sie
- *telefonisch:*
[02581 92777-0](tel:02581927770)
- *per Fax:*
02581 92777-14
- *per E-Mail:*
sekretariat@westpreussisches-landesmuseum.de

01) Ausstellung »Romantik in Preußen zwischen Königsberg, Marienburg, Berlin und Köln«, 28. Oktober 2021 bis 20. Februar 2022



Domenico Quaglio, 1834
Das Hochmeisterpalais in Marienburg



Für viele sind die Begriffe „Romantik“ und „Preußen“ kein sich automatisch einstellendes Assoziationspaar. Mit Preußen werden eher die typischen Tugenden eines an Strenge und Disziplin orientierten aufgeklärten Staatswesens verbunden, nicht aber die fantasievolle bis ins unheimliche reichende romantische Weltsicht. Im Zuge der Romantik wurde auch in Preußen die mittelalterliche Vergangenheit idealisiert und deren Zeugnisse wie Burgen und Kirchen, darunter auch die Bauten der Backsteinarchitektur, erneut wertgeschätzt und oft aufwändig wiederhergestellt.

Die von der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen entwickelte Ausstellung zeigt die bedeutende Rolle auf, die Preußen für die Geschichte der Romantik spielte, sowohl bei der Entwicklung einer romantischen Theoriebildung als auch in den Bereichen von Literatur, Bildender Kunst und Architektur.

Die aus 33 farbigen Tafeln bestehende Ausstellung stellt die verschiedenen Facetten der Romantik in Preußen zwischen Königsberg, Marienburg, Berlin und Köln an ausgewählten Beispielen vor. Hierbei werden die bedeutenden Einflüsse des Ostens auf den Westen vor Augen geführt – nicht zuletzt solche der heute nicht mehr zu Deutschland gehörenden Landschaften wie Ost- und Westpreußen.

Im Rahmen der Ausstellungseröffnung am 28.10.2021 um 18 Uhr wird Frau **Birgit Aldenhoff**, Wissenschaftliche Referentin der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, ein Grußwort sprechen. Den Einführungsvortrag hält der Co-Kurator der Ausstellung PD Dr. **Christofer Herrmann**.

Für den Besuch der Veranstaltung gilt die 3G-Regel.

Über Ihren Besuch der Ausstellung, die bis zum 20. Februar 2022 zu sehen sein wird, würden wir uns sehr freuen!

Es grüßt Sie das Team des Westpreussischen Landesmuseums!

stpreußisches Landesmuseum

Heiligengeiststraße 38
21335 Lüneburg

Tel. +49 (0) 4131 75995-0
Fax +49 (0) 4131 75995-11
info@ol-lg.de

02) Des Alltags schöne Seiten – Grafik der 1950er Jahre von Gerhard Matzat und Ute Brinckmann-Schmolling

16.10.2021 – 18.4.2022

Die Kunstszene in der jungen Bundesrepublik entwickelte sich lebhaft mit Beginn des wirtschaftlichen Aufschwungs. Neue Einflüsse der internationalen Moderne stellten einen radikalen Bruch mit der vorherigen Kunst im Dritten Reich dar. Zwischen Tradition und völliger Abstraktion gab es auch Mittelwege, die man als „gemäßigte Moderne“ bezeichnen könnte.

Diese Richtung passte zu der aufstrebenden Mittelschicht im sogenannten Wirtschaftswunder der 1950er Jahre. Druckgrafik war dazu ein geeignetes Medium. Die Blätter waren erschwinglich und konnten das neue Heim modern, aber doch nicht befremdlich schmücken.

In dieser Richtung versuchten auch zwei Künstler aus Ostpreußen, Ute Schmolling (1924-2014) und Gerhard Matzat (1921-1994), sich in der Metropole Frankfurt mit ihren Arbeiten zu behaupten. Thematik und Stil ihrer Druckgrafiken sind typisch für ihre Zeit. Beide hatten 1939 bzw. 1942 ihr Studium an der Königsberger Kunstakademie begonnen und setzten nach Kriegsende die Ausbildung in Frankfurt fort bei dem aus Königsberg gekommenen Wilhelm Heise.

Die Arbeiten von Ute Schmolling sind Schenkungen der Künstlerin an das Ostpreußische Landesmuseum; die Arbeiten von Gerhard Matzat sind Schenkungen aus dem Nachlass von Dr. med. Alfons Laduch, Kelkheim, einem Jugendfreund des Künstlers. Aus diesen Beständen zeigt die Ausstellung eine Auswahl.

03) Den Dingen das Beiläufige nehmen - Expressionistische Maler aus Ostpreußen

20.11.2021 – 27.2.2022

Der Expressionismus beginnt in Königsberg eigentlich erst nach dem Ende des Ersten Weltkrieges. Die aus dem Krieg heimgekehrten jüngeren Maler suchten neue Ausdruckswege. Einer von ihnen, Ernst Mollenhauer, beschrieb dies später so: „Noch im Herbst 1919 wurde die erste Ausstellung nach dem Kriege in Königsberg veranstaltet. ... Die farbenstarken Werke mit dem unverkennbaren Einschlag ins Expressionistische wirkten bestechend, galten als Revolution in der bisherigen Anschauung.“

Die auf der Suche nach neuen Wegen befindlichen Künstler fanden sich in der Vereinigung „Der Ring“ zusammen, gegründet von Alexander Kolde. Sie traten in der erwähnten

Ausstellung im Herbst 1919 in Erscheinung. 1920 kam mit Arthur Degner der erste und einzige Expressionist in die Kunstakademie als Lehrer. Er blieb bis 1925. Der zu den späten Expressionisten zu zählendem Kreis an Künstlern blieb in Königsberg sehr überschaubar. Der „Ring“ löste sich 1924 auf. Die Nationalsozialisten beendeten mit ihrer Kunstpolitik diese Entwicklung. Ein überliefertes Datum dazu ist die Schließung einer Ausstellung Alexander Koldes im März 1936.

Sehr viele Arbeiten auch der ostpreußischen Expressionisten gingen durch den Krieg und seine Folgen 1945 verloren. Nach 1945 setzten einige Maler ihr Werk in expressionistischer Stilrichtung fort. Die Ausstellung dokumentiert ebenfalls diese Weiterentwicklung des ostpreußischen Expressionismus bis in die 1960er Jahre.

Schlesien – gemeinsames Natur- und Kulturerbe Śląsk – wspólne dziedzictwo przyrodnicze i kulturowe



Schlesisches Museum zu Görlitz
Brüderstr. 8
02826 Görlitz
www.schlesisches-museum.de
Tel. 03581/8791-0
E-Mail: kontakt@schlesisches-museum.de

04) Schlesisches Landesmuseum: altherwürdig und einst auf Weltniveau

Es wird als Enzyklopädie Schlesiens oder auch als imaginäres Tor nach Schlesien bezeichnet: das „**Schlesische Landesmuseum**“ in **Troppau** / Opava. Es ist das älteste öffentliche Museum in Tschechien und zugleich das drittgrößte. Heutzutage verwaltet es sechs Ausstellungsareale, deren umfassende Sammlungen einen breiten Einblick in die Geschichte der historischen Region Schlesiens vermitteln. [Im Folgenden beleuchtet Radio Prag](#) die **Entstehung und Entwicklung des Museums** im Kontext des Zeitgeschehens bis in die 1930er Jahre.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr.15, 2022

Wien, am 27. Jänner 2022

<https://deutsch.radio.cz/altehrwuerdig-und-einst-auf-weltniveau-schlesisches-landesmuseum-der-geschichte-8739727>

Altehrwürdig und einst auf Weltniveau: Schlesisches Landesmuseum in der Geschichte der Zeit

22.01.2022



[volume](#)

<https://deutsch.radio.cz/altehrwuertdig-und-einst-auf-weltniveau-schlesisches-landesmuseum-der-geschichte-8739727#play>

Altehrwürdig und einst auf Weltniveau: Schlesisches Landesmuseum in der Geschichte der Zeit

Länge 11:51

Schlesisches Landesmuseum|Foto: Schlesisches Landesmuseum, Wikimedia Commons, CC BY-SA 3.0

Es wird als Enzyklopädie Schlesiens oder auch als imaginäres Tor nach Schlesien bezeichnet: das „Schlesische Landesmuseum“ in Opava / Troppau. Es ist das älteste öffentliche Museum in Tschechien und zugleich das drittgrößte. Heutzutage verwaltet es sechs Ausstellungsareale, deren umfassende Sammlungen einen breiten Einblick in die Geschichte der historischen Region Schlesiens vermitteln. Im Folgenden beleuchte wir die Entstehung und Entwicklung des Museums im Kontext des Zeitgeschehens bis in die 1930er Jahre.



Jakob Alt: Blick auf Troppau (um 1840)|Foto: Albertina, Wikimedia Commons, gemeinfrei

Das historische Schlesien, einst Kronland der Habsburger Monarchie, war in der Vergangenheit oft Streitobjekt zwischen den umliegenden Staaten. Die Auseinandersetzungen mündeten nicht selten in einem Waffengang. Nach drei Schlesischen Kriegen im 18. Jahrhundert musste das österreichische Kaiserhaus den größten Teil seines Kronlands mit den Herzogtümern Ober- und Niederschlesien an Preußen abtreten. Im kleiner gewordenen Österreichisch-Schlesien bildete Troppau, die Stadt mit einer mehrheitlich deutschsprachigen Bevölkerung, weiterhin das Verwaltungszentrum. Anfang des 19. Jahrhunderts änderte sich das Stadtbild. Nach und nach konnte Troppau auch seine Stellung als geistiges Zentrum der Region festigen. So entstanden nicht zuletzt mehrere Schulen. Von ihnen hatte insbesondere eine den Ruf, auf hohem Niveau zu stehen. Ondřej Kolář leitet die Abteilung für historische Forschungen im Schlesischen Landesmuseum:



Ehemaliges Jesuitenkolleg in Opava|Foto aus dem Buch „Vlastivěda moravská - Hospodářský rozmach Moravy 1740-1918“, Wikimedia Commons, gemeinfrei

„Es war das staatliche Gymnasium, das im ehemaligen Jesuitenkolleg untergebracht war. Im selben Gebäude entstand auch ein Museum, das als Vorgänger des Schlesischen Landesmuseums gilt. Als Eröffnungsdatum wird normalerweise der 1. September 1814 genannt. Offiziell aber wurde das Museum erst einige Jahre später durch einen Erlass des Kaisers bestätigt. Die Gymnasialsammlung umfasste zum Großteil naturwissenschaftliches und ethnografisches Material aus Österreichisch-Schlesien. Damit wollte man den Schülern mehr Wissen über die Region vermitteln. Dieses Ansinnen ging insbesondere auf drei Persönlichkeiten zurück: den Gymnasiallehrer Faustin Ems, den pensionierten k. u. k. Hauptmann Franz Mückusch von Buchberg sowie den Troppauer Bürgermeister Josef Schössler. Ungefähr zur selben Zeit wurden auch das Nationalmuseum in Prag sowie das Mährische Landesmuseum in Brunn gegründet.“

Vom Gymnasium zum Museum



Diese Briefmarke erschien zum 200. Geburtstag des Schlesischen Landesmuseums.

Foto: Schlesisches Landesmuseum

Das Troppauer k. u. k. Gymnasialmuseum, so der offizielle Name, gilt immerhin als erstes öffentliches Museum auf dem Gebiet der heutigen Tschechischen Republik. Aus Anlass seines 200. Geburtstags wurde 2014 sogar eine Briefmarke herausgegeben. Die Sammlungen des Gymnasialmuseums wuchsen aber weiter, und man brauchte ein repräsentatives Ausstellungsgebäude. Gebaut wurde es von 1892 bis 1895 im Neorenaissancestil nach einem Entwurf der Wiener Architekten Johann Scheiringer und Franz Kachler. Die Museumskuppel wurde mit zwei Pegasus-Statuen und einer Genius-Statue ausgeschmückt. Auf die Ausrichtung des Museums wiesen auch allegorische Standbilder der Malerei, Bildhauerei und Architektur hin. Im Erdgeschoss befanden sich sieben Ausstellungsräume und ein Zeichenkabinett, im zweiten Geschoss zwei Gemäldegalerien und ein Raum für kurzfristige thematisch orientierte Ausstellungen.



Museumsgebäude wurde nach einem Entwurf der Architekten Johann Scheiringer und Franz Kachler gebaut|Foto: Schlesisches Landesmuseum

„Damals bestand in der Habsburger Monarchie der Trend, derartige Museen nach dem Vorbild des Londoner Victoria- und Albert-Museums zu errichten. In Troppau entstand es auf Anregung der Handels- und Gewerbekammer, die den Bau auch finanzierte. Beteiligt waren zudem die überwiegend deutschsprachigen regionalen Eliten einschließlich des Adels, darunter auch Kaiser Franz Josef. Etwas später erhielt das Museum seinen Namen. Zu sehen waren Artefakte moderner Kunst und des modernen Kunstgewerbes aus der gesamten Monarchie sowie aus den angrenzenden Ländern. Die Liechtensteiner zum Beispiel, die das Grundstück für den Bau gespendet hatten, schenken dem Museum Gegenstände britischen Ursprungs. Zugleich aber verzichtete man nicht gänzlich auf regionalgeschichtliche Themen. Außerdem wurde Forschung betrieben, um kulturhistorische Denkmäler zu retten. Anfang des 20. Jahrhunderts etwa, als im Rahmen des industriellen Aufschwungs in der Gegend viele Holzhäuser abgerissen wurden, konnten wertvolle Gegenstände gerettet oder zumindest fotografisch dokumentiert werden. Aus der heutigen Sicht könnte man dies sogar als ‚bahnbrechend‘ bezeichnen“, so Kolář.



Ondřej Kolář|Foto: *Schlesisches Landesmuseum*

Dem Fachmann zufolge wurden im Museum auch Werke deutschsprachiger Maler und Bildhauer Schlesiens ausgestellt. Über manchen Spitzenkünstler berichtete sogar die Wiener oder Berliner Presse. Deutsche Museumsvereine – ob privat oder halb privat – oder Künstlerverbände, die meist nationalistisch ausgerichtet waren, pflegten nur selten offizielle Kontakte zu ihren tschechischen Pendants.



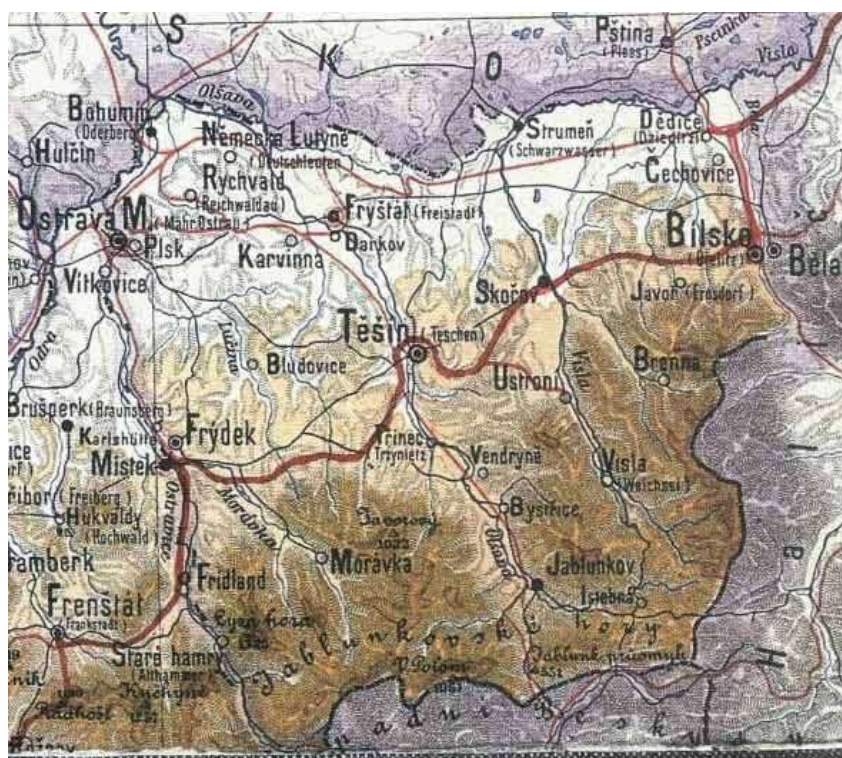
Museumsgebäude 1928|Foto: *Schlesisches Landesmuseum*,
Wikimedia Commons, CC BY-SA 3.0

Als bedeutendes Ereignis bezeichnet der Historiker aus Opava die Umbenennung von 1921 – und wurde aus „Schlesisches Kaiser-Franz-Josef-Museum für Kunst und Kunstgewerbe“ damals „Schlesisches Landesmuseum“. Dazu kam es drei Jahre nach der Gründung der Tschechoslowakei, die allerdings von großen Teilen der deutschsprachigen Bevölkerung in den Anfangszeiten noch abgelehnt wurde. Ebenso negative Reaktionen löste im tschechischen Teil Schlesiens die Verwaltungsreform vom 1. Dezember 1928 aus. Ondřej Kolář:



Land ‚Mährisch-Schlesien‘|Quelle: Südböhmische wissenschaftliche Bibliothek in České Budějovice

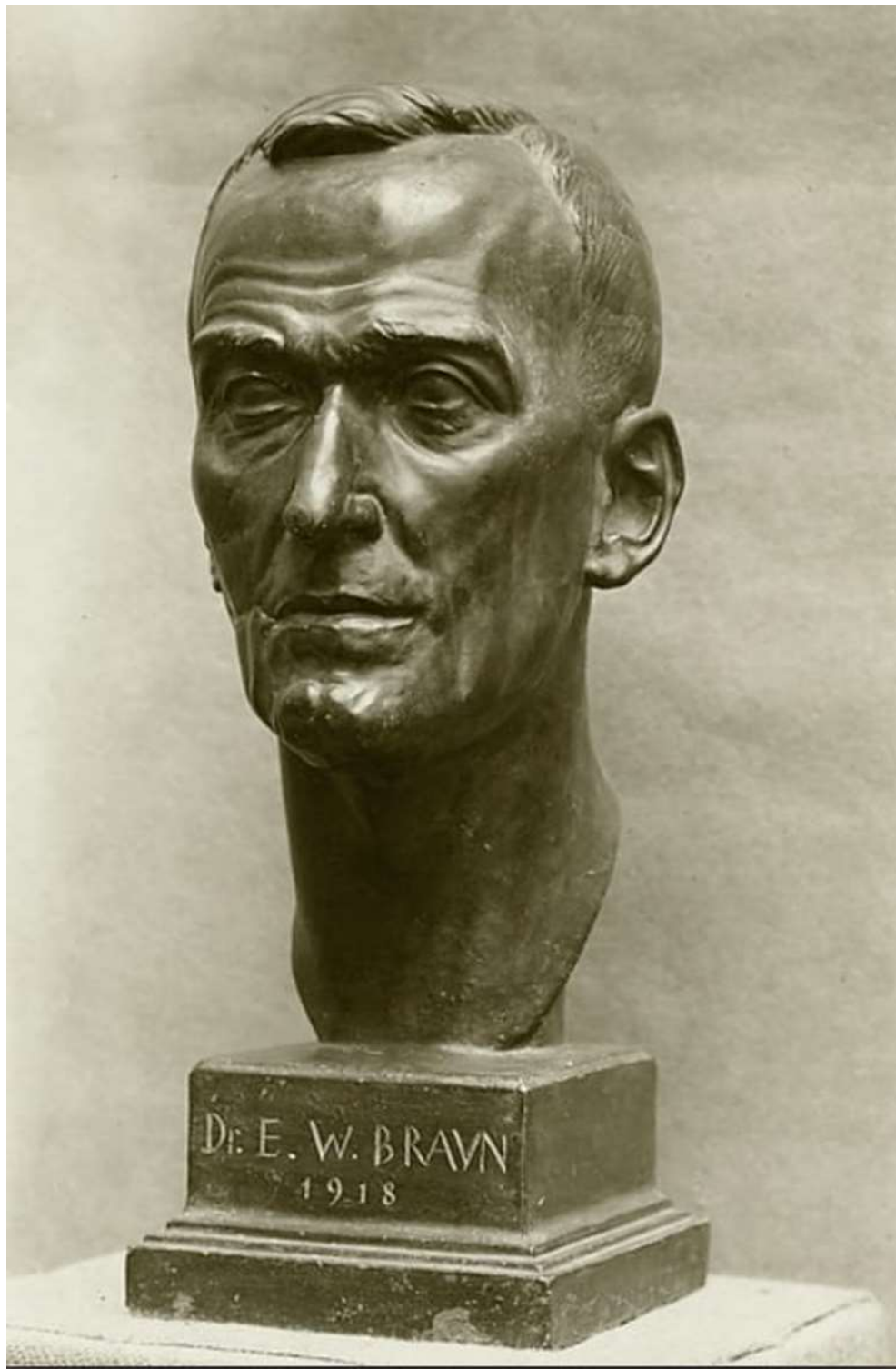
„Das bis dahin selbstverwaltete Gebiet Schlesien wurde dem neu gegründeten Land ‚Mährisch-Schlesien‘ angegliedert. Dies war verbunden mit der Verlagerung der Landesämter und ihrer Kompetenzen aus Troppau in die mährische Landeshauptstadt Brunn. Die Landesmuseen in beiden Städten behielten aber weiterhin die Attribute ‚mährisch‘ und ‚schlesisch‘ in ihren Namen. Den Schlesiern in Troppau, ob tschechisch-, deutsch- oder polnisch-sprachig, gefiel dies selbstverständlich nicht.“



Olsa-Gebiet|Quelle: Wikimedia Commons, gemeinfrei

Als offizieller Grund für die Reform galt die geringe Größe Schlesiens. Zugleich wollte man aber auch den politischen Einfluss von Sudetendeutschen und Polen im sogenannten Olsa-Gebiet beschränken. Sie, wie auch die schlesischen Tschechen, protestierten gegen die Reform.

Regionale Ausrichtung



Bronzekopf von Edmund Wilhelm Braun|Foto: SLUB/Deutsche Fotothek/Deutsche Digitale Bibliothek, Wikimedia Commons, CC BY-SA 3.0

Die beiden Landesmuseen in Brünn und Troppau knüpften laut Kolář sowohl eine Zusammenarbeit an, als dass sie auch miteinander rivalisierten. Zugleich wurde politischer Druck ausgeübt. Dies bekam zum Beispiel der Museumsdirektor Edmund Wilhelm Braun zu spüren. Nach seinem Studium an den Universitäten in Freiburg, Frankfurt am Main und Heidelberg kam er Ende des 19. Jahrhunderts nach Troppau. Im Landesmuseum war er zunächst als Kustode tätig und später als langjähriger Direktor.

„Er galt als anerkannter Kunsthistoriker von europäischem Rang. Während seiner Amtszeit erwarb das Museum viele kunsthistorische Gegenstände, wobei man sich auf hohem Niveau in Europa oder sogar weltweit bewegte. Braun war auch Autor vieler Fachpublikationen und verfasste Artikel für renommierte Fachzeitschriften. In den 1930er Jahren reagierten allerdings die zuständigen Ämter in Brünn auf die unruhigere politische Entwicklung in den Grenzgebieten des schlesischen Landesteils. Daher wollte man die Leitung des Troppauer Landesmuseums lieber einem Tschechen übergeben. Nach Brauns Pensionierung 1935 wurde Karel Černohorský eingesetzt, ein ehemaliger Legionär aus dem Ersten Weltkrieg. Auch er verfügte über die entsprechende Fachkompetenz als studierter Kunsthistoriker. Doch der Direktorenwechsel führte in der Troppauer Öffentlichkeit zu ziemlich viel Unmut“, schildert Kolář.



Karel Černohorský|Foto: David Váhala,
Schlesisches Landesmuseum, eSbírky,
CC BY-NC-SA 4.0

Zugleich betont der Historiker, dass auch danach das Troppauer Landesmuseum weiter mit den kleineren Museen in jenen schlesischen Orten zusammenarbeitete, in denen die Bevölkerung mehrheitlich Deutsch sprach – dazu gehörten etwa Krnov / Jägerndorf, Bruntál / Freudenthal oder Jeseník/ Freiwaldau. Der anfängliche Unmut habe letztlich keine dramatischen Folgen gehabt.

Karel Černohorský konzentrierte sich stärker als sein Vorgänger auf die Erfassung und Dokumentierung regionaler Kunst aus Schlesien. Der Schnitt kam durch die deutsche

Besetzung der Sudetengebiete im Herbst 1938 und nachfolgend den Zweiten Weltkrieg. Die Konzepte des Schlesischen Landesmuseums sowie der Regionalmuseen wurden komplett umgeworfen. Ähnliches geschah nach der kommunistischen Machtübernahme von 1948 hierzulande. Danach verschwand die Bezeichnung „schlesisch“ für lange Zeit aus den Namen aller Institutionen, Ämter, Kultur- und anderen Einrichtungen der Gegend. Erst die Wende von 1989 machte dies wieder möglich.



Museumsgebäude|Foto: ČT24

Autor: [Jitka Mládková](#)

05) Einblicke ins Depot des Sudetendeutschen Museums

Im Sudetendeutschen Museum in München sind mehr als tausend Ausstellungsstücke zu sehen. Weniger bekannt ist das Depot des Museums, das rund 40.000 weitere Objekte beherbergt. Im Depot findet ein wesentlicher Teil der musealen Arbeit statt: Hier werden neue Exponate aufgenommen, digital inventarisiert, konservatorisch behandelt und für eine spätere Präsentation - zum Beispiel im Rahmen von Sonderausstellungen - aufbewahrt. [Mit diesem Kurzfilm erhalten Sie einen exklusiven Einblick](#) in das Depot des Sudetendeutschen Museums, begleitet von Sammlungsleiter **Klaus Mohr**:

<https://www.youtube.com/watch?v=IAM3t3udysM>

Übrigens: bis zum **31. Juli 2021** ist der Eintritt ins Museum – [nach vorheriger Anmeldung](#) – gratis!

<https://www.sudetendeutsche-stiftung.de/sudetendeutschesmuseum/index.html>

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 65, 2021

Wien, am 27. Mai 2021

06) Museum für Russlanddeutsche Kulturgeschichte in Detmold

Liebe Museumsfreunde!



Wir freuen uns sehr über Ihr Interesse an unserem Veranstaltungsangebot. Leider ist damit zu rechnen, dass wir auch in diesem Jahr immer wieder neu aushandeln müssen, ob und in welcher Weise unsere Veranstaltungen stattfinden können. Bitte besuchen Sie uns regelmäßig auf unserer Homepage www.russlanddeutsche.de, um zu erfahren, in welcher Form die jeweiligen Veranstaltungen durchgeführt werden.

Alles Gute und beste Grüße

Ihr Museumsteam

Georgstraße 24
32756 Detmold
Ruf: 05231-921 6900
museum@russlanddeutsche.de
<https://www.russlanddeutsche.de>

Kulturreferat:

Ruf: 05231-921 6913
Mobil: 0162-646 2913
e.warkentin@russlanddeutsche.de

Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland

Museumsmeile
Willy-Brandt-Allee 14
53113 Bonn
Tel.: (02 28) 91 65-0
Fax: (02 28) 91 65-302
E-Mail: [post\(at\)hdg.de](mailto:post(at)hdg.de)



Eintritt frei

Besucherdienst

(02 28) 91 65-400

[E-Mail](mailto:post(at)hdg.de)

Dienstag–Freitag

09.00–19.00 Uhr

Samstag, Sonntag und Feiertag

10.00–18.00 Uhr

Montag

geschlossen

07) Heimat. Eine Suche.

Eine Ausstellung, vom 11.12.2021 bis 25.09.2022



11.12.2021 – 25.09.2022

Heimat

Eine Suche

Heimat verspricht Geborgenheit und Überschaubarkeit – insbesondere in Zeiten großer politischer und gesellschaftlicher Herausforderungen. Aber Heimat ist sehr vielschichtig. Menschen verlieren ihr Heim, ihr ganzes Dorf an eine Braunkohlegrube oder an einen Krieg. Andere fühlen sich in der alten Heimat fremd und begeben sich auf die Suche nach einer oder mehrerer neuen Heimat(en). Für manche ist Heimat ganz klar mit einem Ort verbunden, den sie nie verlassen wollten, dem sie aber gezwungenermaßen den Rücken kehren müssen.

Wenn Sie unsere Wechselausstellung besuchen, betreten Sie zunächst eine kleine Siedlung mit Dorfplatz. Alles wirkt auf den ersten Blick idyllisch. In den Häusern können Sie sich mit verschiedenen Seiten des Heimatbegriffs auseinandersetzen: Heimat im geteilten Deutschland und Identitäten in verschiedenen Regionen, (Spät-)Aussiedler und Vertriebene, jüdisches Leben in Deutschland, Zerstörung von Heimat durch Energiegewinnungsprojekte, Heimischwerden von Menschen mit internationaler Geschichte. Der Fokus liegt auf der Entwicklung seit 1945.

Sie sehen die Tür einer Flüchtlingsunterkunft, bemalt von einer aus Syrien nach Deutschland geflohenen jungen Frau. Die Tür zeugt von dem Bemühen, den Verlust der

alten Heimat zu verarbeiten und in einer potenziell neuen Heimat Halt zu finden. Das Bühnenbild einer idyllischen Spreelandschaft aus dem Dorf „Mühlrose“ steht für die Bedrohung der sorbischen Minderheit, ihrer Sprache und Kultur durch den Tagebau.

In der Öffentlichkeit wird der Heimatbegriff kontrovers diskutiert, instrumentalisiert und als politischer Kampfbegriff missbraucht. Die Ausstellung lädt dazu ein, über die Bedeutung von Heimat für den Einzelnen und für die Gesellschaft nachzudenken: Wie kann ein moderner Heimatbegriff aussehen, der dem gesellschaftlichen Zusammenhalt dient? Bringen Sie sich gerne in unserem „Heimat-Labor“ ein.

Wir freuen uns darauf, bei unseren Veranstaltungen und auf Social Media mit Ihnen ins Gespräch zu kommen!

Bericht in der „Berliner Morgenpost“, Seite 4 vom 12.12.2021:

Sehnsucht nach Heimat

Sehnsuchtsort bis Ideologiebegriff: Bonner Haus der Geschichte zeigt neue Ausstellung

CLAUDIA ROMETSCH

BONN – „Bin ich Deutscher, bin ich Pole, bin ich Schlesier?“ Wie viele Menschen in Deutschland ist sich Ronald Urbanczyk nicht sicher, wo seine Heimat liegt. Was genau ist in einer globalisierten Welt eigentlich Heimat und wo ist sie zu finden? Dieser Frage geht die Ausstellung „Heimat. Eine Suche“ im Bonner Haus der Geschichte seit Sonnabend nach. „Wir wollen nicht sagen, was Heimat ist, sondern zeigen, dass es ganz unterschiedliche Antworten geben kann“, sagt Ausstellungsdirektor Thorsten Smidt. Dazu haben die Ausstellungsmacher Menschen befragt, in deren Leben der Verlust, aber auch die Suche nach Heimat eine besondere Rolle spielt.

Dabei wird deutlich, dass die Bestimmung von Heimat – so wie im Fall des in Polen geborenen und im Ruhrgebiet aufgewachsenen Filmemachers Ronald Urbanczyk – oftmals nicht eindeutig zu klären ist. Heimat sei die „Summe

der Erinnerungen“, „ein Gefühl von Zugehörigkeit“ oder „etwas Inneres“, sagen zum Beispiel einige der Menschen, denen die Besucherinnen und Besucher an den zahlreichen Medienstationen in der Ausstellung immer wieder begegnen.

Die Schau, die bis zum 25. September 2022 zu sehen ist, empfängt das Publikum zunächst mit einem kurzen Blick in Zeiten, als der Begriff Heimat noch eindeutig zu sein schien. In der Romantik spiegelte sich etwa das Rheintal mit

seinen Burgen in der Malerei als heimatlicher Sehnsuchtsort. Der Nationalsozialismus übersteigerte und missbrauchte den Heimatbegriff dann mit seiner „Blut- und Boden“-Ideologie. Aber auch in den 50er-Jahren schien Heimat noch eine eindeutige Größe zu sein. Liebevoll bestickte Kissen mit Schriftzügen wie „Es gibt nur eine Heimat“ zierten damals deutsche Sofas. Dass auch in Deutschland die Heimat von Menschen bedroht ist, zeigt ein Blick in die Braunkohlereviere, wo zahlreiche Orte dem Tagebau weichen müssen. Besonders gefährdet sind die Sorben in der Lausitz, denen mit dem Verschwinden ihrer Dörfer auch der Verlust ihrer Kultur droht.

Eine besondere Beziehung zu Deutschland haben Jüdinnen und Juden, die sich bewusst entschlossen, im „Land der Täter“ zu leben. Ein eindrucksvolles Zeugnis ist der Koffer des Holocaust-Überlebenden Leo Sachs, der sich nach dem Krieg von Auschwitz aus zu Fuß auf den Weg nach Köln macht.



Die Sonderausstellung beschäftigt sich mit dem Thema Heimat. FOTO:EPD

epd

Südwestdeutscher Rundfunk am 11.12.2021:

Ausstellung über Heimat im Haus der Geschichte Bonn

STAND: 11.12.2021, 9:21 Uhr

Eine Sonderausstellung im Haus der Geschichte in Bonn beschäftigt sich ab Samstag mit dem Thema Heimat. Unter dem Titel "Heimat. Eine Suche" werden nach Angaben der Organisatoren bis zum 25. September 2022 die unterschiedlichen Definitionen eines emotional aufgeladenen Begriffes beleuchtet. Zu sehen sind zahlreiche Zeitzeugen-Interviews und rund 600 Exponate. Präsentiert werden unter anderem Filmausschnitte, Requisiten aus der Hunsrücksaga "Heimat" von Edgar Reitz, ein Dirndl aus afrikanischem Batikstoff oder der Koffer eines Holocaust-Überlebenden. Ein Kapitel der Ausstellung widmet sich den Spätaussiedlern. Zu Wort kommen auch Menschen, die aus verschiedenen Ländern in die Bundesrepublik geflohen und hier mehr oder weniger heimisch geworden sind. Auch Jüdinnen und Juden beantworten die Frage, inwiefern Deutschland für sie Heimat sein kann. Thema der Ausstellung ist auch der Verlust und das Finden einer neuen Heimat.

Autor: SWR

A. Besprechungen (Seiten 280 - 291)

- 01) Vertriebene in SBZ und DDR.** Herausgegeben von Hartmut Koschyk und Vincent Regente im Auftrag der Deutschen Gesellschaft e. V. (11 SW-Fotos, davon 10 Fotos im Text).
Berlin: be:bra Wissenschaft Verlag (2021). 223 Seiten.
ISBN 978-3-95410-274-2. € 24,00, E-Book € 18,99.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin



Die Deutsche Gesellschaft e. V. veranstaltete am 14. November 2019 mit dem Bildungswerk Sachsen der Deutschen Gesellschaft e. V. (Sitz Leipzig) und dem Bund der Vertriebenen eine Tagung zum Thema „Vertrieben in der DDR – zum Umgang mit einem Tabu“. Förderer der Tagung waren das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat“ sowie das „Nordost-Institut“ (IKGN e. V.), als Partner wurde im Programm der Einladung das „Zeitgeschichtliche Forum Leipzig. Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“ genannt in dessen Haus auch die Tagung stattfand. Anmeldungen für die Teilnahme an der Tagung waren an den Referenten für EU & Europa bei der Deutschen Gesellschaft e. V. in Berlin, Jan Roessel M. A., zu richten.

Auf den Seiten der Deutschen Gesellschaft e. V. im weltweiten Netz

<https://www.deutsche-gesellschaft-ev.de/veranstaltungen/konferenzen-tagungen/konferenzen-tagungen-archiv/1068-2019-vertriebene-ddr.html>

können diese Angaben mit Programm der Einladung

https://www.deutsche-gesellschaft-ev.de/images/pdf/2019/2019-eu-ddr-vertriebene/2019_Flyer_Vertriebene-in-der-DDR_final.pdf ,

aber auch ein 18 Seiten umfassender Tagungsbericht von Vincent Regente mit Bildern

[https://www.deutsche-gesellschaft-ev.de/images/pdf/2019/2019-eu-ddr-vertriebene/Tagungsbericht Vertriebene in der DDR 4.pdf](https://www.deutsche-gesellschaft-ev.de/images/pdf/2019/2019-eu-ddr-vertriebene/Tagungsbericht%20Vertriebene%20in%20der%20DDR%204.pdf)

und der Hinweis auf die hier vorliegende und zu besprechende Buchveröffentlichung aufgerufen werden

<https://www.deutsche-gesellschaft-ev.de/publikation/tagungsbaende/1378-publikation-vertriebene-in-sbz-und-ddr.html>.

Der Rezensent hielt es für nötig, bei der Deutschen Gesellschaft im weltweiten Netz zu recherchieren, da die Angaben in dem Tagungsband ihm nicht klar genug waren. Es hätte der Veröffentlichung und dem Thema nicht geschadet, wenn mit dem Abdruck der ursprünglichen Einladung verschiedene Abweichungen deutlich gemacht worden wären. So ist der Titel der Tagung verändert worden. Das Thema der Tagung lautete „Vertriebene in der DDR – zum Umgang mit einem Tabu“, die Buchveröffentlichung steht unter dem Thema „Vertriebene in SBZ / DDR“. Bedauerlich ist, dass der genaue Zeitpunkt der Tagung – der 14. November 2019 - nicht im Titel des Buches erscheint. Lediglich im Vorwort von Hartmut Koschyk und Vincent Regente wird immerhin der „November 2019“ genannt (S. 7).

Themenblock III: Die Rolle der Vertriebenen am Beispiel der deutsch-polnischen Verständigung

15:30 Uhr Impulsvortrag
Bernard Gaide
Vorsitzender des VDG – Verband der deutschen Sozial-Kulturellen Gesellschaften in Polen, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten in der FÖEN (AGDM)

15:50 Uhr Podiumsdiskussion mit:
Bernard Gaide
Hartmut Koschyk
Parlamentarischer Staatssekretär a. D., stellv. Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft e.V.
Dr. Jens Baumann
Beauftragter für Vertriebene und Spätaussiedler im Freistaat Sachsen
Julita Izabela Zaprocka
ehemalige Direktorin des Gerhart-Hauptmann-Museums in Hirschberg (Jelenia Góra)/Polen, Mitglied des Kuratoriums der Stiftung der Vertriebenen im Freistaat Sachsen

Moderation: **Steffen Neumann**
Chefredakteur LandesEcho

17:00 Uhr Schlusswort und Ende der Tagung

VERANSTALTEN!
Deutsche Gesellschaft e.V.
Messe Palais
Volstraße 22 | 10117 Berlin
Tel.: +49 (0)30 88 41 22 51
Fax: +49 (0)30 88 41 22 23
E-Mail: jan.roessel@deutsche-gesellschaft-ev.de
www.deutsche-gesellschaft-ev.de
Bildungswerk Sachsen der Deutschen Gesellschaft e.V.
Haus des Buches
Gerichtsweg 28
04109 Leipzig
Bund der Vertriebenen
www.bund-der-vertriebenen.de
FÖHRESEN:
Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat
www.bmi.bund.de
Nordost-Institut (NOIG e.V.)
www.noig.de
PARTNER:
Zeitgeschichtliches Forum Leipzig
Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland
www.fhg.de/zeitgeschichtliches-forum/
VERANSTALTUNGSORT:
Zeitgeschichtliches Forum Leipzig
Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland
Crimmalsee Str. 6 | 04109 Leipzig
ANMELDUNG UND INFORMATIONEN:
Deutsche Gesellschaft e.V.
Jan Roessel, M.A. | Referent EU & Europa
Tel.: +49 (0)30 88 41 22 51
Fax: +49 (0)30 88 41 22 23
E-Mail: jan.roessel@deutsche-gesellschaft-ev.de
Der Eintritt ist frei. Um Anmeldung wird bis zum 10.11.2019 gebeten. Die Veranstaltung wird als Bildungsurlaub anerkannt. Die Veranstaltung wird fotografisch dokumentiert.

WISSENSCHAFTLICHE TAGUNG
VERTRIEBENE IN DER DDR - ZUM UMGANG MIT EINEM TABU
14. NOVEMBER 2019
ZEITGESCHICHTLICHES FORUM LEIPZIG
GRIMMALISCHE STR. 6
04109 LEIPZIG

Das Thema „Flucht und Vertreibung“ der Deutschen aus den ehemaligen Ostgebieten des Deutschen Reiches und den anderen Siedlungsgebieten wurde in der DDR aus politischen Gründen totgeschwiegen. Bestenfalls wurden die Vertriebenen als „Umsiedler“ postuliert. Es entstand so der Eindruck, dass die Menschen ihre alte Heimat freiwillig verlassen hätten. Gleichwohl beschäftigte das Thema Staat und Gesellschaft.

VERTRIEBENE IN DER DDR – ZUM UMGANG MIT EINEM TABU

Die Tagung behandelt die Frage, wie der Vertriebenen Diskurs („Umsiedler“) in der DDR geführt wurde. Die Rolle der staatlichen Institutionen, von der SED bis hin zur Staatssicherheit soll dabei ebenso beleuchtet werden wie die Rolle gesellschaftlicher Organe, etwa der Kirchen.

Auch Unterschiede zwischen den früheren Ländern – Mecklenburg war Hauptaufnahmegebiet – sollen herausgearbeitet werden. Die kulturellen Aspekte einer privat organisierten Erinnerungsarbeit von Heimatvertriebenen werden ebenfalls beleuchtet. Die Friedliche Revolution und die Wiedervereinigung eröffneten den Vertriebenen neue Perspektiven, die ebenfalls Gegenstand der Diskussion sein werden.

Die Konferenz wird die neuesten Forschungserkenntnisse präsentieren und zur Diskussion einladen. Ziel der Tagung ist es, 30 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer und dem Anfang vom Ende der deutschen Teilung in Partnerschaft mit dem Bund der Vertriebenen einen eher wenig beachteten Aspekt der Vertreibungsgeschichte öffentlich zu diskutieren.

Begrüßung: 10:00 Uhr Einlass und Registrierung 10:30 Uhr Begrüßung: Hartmut Koschyk Parlamentarischer Staatssekretär a. E., stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft e. V. 10:35 Uhr Begrüßung und Ansprache: Dr. Bernd Fabritius Beauftragter der Bundesregierung für Ausliederfragen und nationale Minderheiten Themenblock I: <i>Flucht und Vertreibung – die DDR/DDR als Aufnahmegebiet</i> 11:00 Uhr Impulsvortrag: Dr. Gundula Bavendamm Direktorin der Bundesstiftung Recht, Vertreibung, Versöhnung 11:20 Uhr Podiumsdiskussion mit: Dr. Gundula Bavendamm Renate Holznagel Vizepräsidentin des Bundes der Vertriebenen Gunter Dietert Wissenschaftlicher Berater am Pommerischen Landesmuseum Greifswald Moderation: Prof. Dr. Joachim Tauber Direktor des Nordost-Instituts (INO) e. V. 12:30 Uhr Mittagspause	Themenblock II: <i>Der „Umsiedler“-Diskurs in der DDR in Staat, Kultur und Gesellschaft</i> 12:20 Uhr Impulsvortrag: Dr. Heike Amos Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Zeitgeschichte München-Berlin 13:40 Uhr Podiumsdiskussion mit: Dr. Heike Amos Dr. Markus Bauer Direktor des Schlesischen Museums zu Gölitz Volker Koepp Dokumentarfilm-Regisseur, Träger vielfacher Auszeichnungen 15:00 Uhr Kaffeepause Moderation: Dr. Alina Laura Just Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der HafenCity Universität Hamburg (HCU) im Bereich „Kulturerbe und Museumswissenschaften“ Steffen Neumann Chefredakteur Landesküche

Im einladenden Programm wurde für die Tagung geworben: „Das Thema ‚Flucht und Vertreibung‘ der Deutschen aus den ehemaligen Ostgebieten des Deutschen Reiches und den anderen Siedlungsgebieten wurde in der DDR aus politischen Gründen totgeschwiegen. Bestenfalls wurden die Vertriebenen als ‚Umsiedler‘ postuliert. Es entstand so der Eindruck, dass die Menschen ihre alte Heimat freiwillig verlassen hätten. Gleichwohl beschäftigte das Thema Staat und Gesellschaft“. Weiter wird in der Einladung zur Tagung ausgeführt: „Die Tagung behandelt die Frage, wie der Vertriebenen Diskurs („Umsiedler“) in der DDR geführt wurde. Die Rolle der staatlichen Institutionen, von der SED bis hin zur Staatssicherheit, soll dabei ebenso beleuchtet werden wie die Rolle gesellschaftlicher Organe, etwa der Kirchen.

Auch Unterschiede zwischen den früheren Ländern – Mecklenburg war Hauptaufnahmegebiet – sollen hier herausgearbeitet werden. Die kulturellen Aspekte einer privat organisierten Erinnerungsarbeit von Heimatvertriebenen werden ebenfalls beleuchtet. Die Friedliche Revolution und die Wiedervereinigung eröffneten den Vertriebenen neue Perspektiven, die ebenfalls Gegenstand der Diskussion sein werden“.

Und abschließend verspricht uns der Werbetext: „Die Konferenz wird die neuesten Forschungserkenntnisse präsentieren und zur Diskussion einladen. Ziel der Tagung ist es, 30 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer und dem Anfang vom Ende der deutschen Teilung in Partnerschaft mit dem Bund der Vertriebenen einen eher wenig beachteten Aspekt der Vertreibungsgeschichte öffentlich zu diskutieren.“

Bei der vorliegenden Veröffentlichung „Vertriebene in SBZ und DDR“ handelt es sich – so ist aus dem Vorwort der Herausgeber Hartmut Koschyk und Vincent Regente zu erfahren – um einen „erweiterten Tagungsband“ (S. 8), das kann sowohl heißen, dass die auf der Tagung gehaltenen Vorträge inhaltlich überarbeitet und erweitert wurden bzw. über das

ursprüngliche Programm hinaus weitere Beiträge hinzugefügt wurden. Ein Vergleich des ursprünglichen Programms mit dem Tagungsband zeigt, dass nicht alle angekündigten Referenten vertreten sind, also wohl auch nicht auf der Tagung dabei waren. Die Begrüßung der Tagungsteilnehmer durch Dr. Jürgen Reiche (Direktor des Zeitgeschichtlichen Forums Leipzig und Hausherr der Tagungsstätte) fehlt sowohl im „Einladungsprogramm“ als auch im erweiterten Tagungsbericht, dieses Grußwort wird lediglich im Tagungsbericht von Vincent Regente erwähnt. Zu diesen Änderungen gibt es weder im Tagungsband selbst noch im Tagungsbericht von Vincent Regente einen Hinweis!

Vincent Regente erwähnt in seinem Tagungsbericht auch, dass Dr. Bernd Fabritius seine Einführungsrede „mit Grüßen von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und Bundesinnenminister Horst Seehofer“ eröffnet. Diese „Grüße“ fehlen im „Geleitwort“ von Dr. Bernd Fabritius im erweiterten Tagungsband, was – mit dem dort zu findenden Satz „...freue ich mich, ein Geleitwort zu dieser Publikation vorlegen zu dürfen...“ – als Hinweis dafür zu deuten wäre, dass dieses „Geleitwort“ sich von der Begrüßungsrede auf der Tagung ganz wesentlich unterscheidet.

Übrigens fehlt sowohl im Einladungsprogramm als auch im vorliegenden Tagungsband die bei Regente aufgeführte Begrüßungsrede von Prof. Dr. Joachim Tauber im Namen des Mitveranstalters, dem Nordost-Institut an der Universität Hamburg. Das alles sei erwähnt, um die vorliegende Publikation richtig einordnen zu können.

Inhalt	
Vorwort der Herausgeber	7
Geleitwort	11
<i>Rolfried Wöglar</i>	
Geleitwort	13
<i>Bernd Fabritius</i>	
Die Vertreibung als europäische Verflechtungsgeschichte – Ein persönliches Geleitwort	21
<i>Hartmut Koschik</i>	
I. Die SBZ/DDR als Aufnahmegebiet	25
Heimlich im Zoo – Flüchtlinge und Vertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR	27
<i>Gundula Barendse und Carl Bräke</i>	
Die Vertreibenspolitik der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) und der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) von 1945 bis Anfang der 1950er Jahre	45
<i>Stefan Dost</i>	
„Umsiedler“ und Altersarmut: Zur sozialen Notlage vertriebener alter Menschen in der SBZ und frühen DDR	69
<i>Michael Schwartz</i>	
II. Der „Umsiedler“-Diskurs in der DDR	105
Der „Umsiedler“-Diskurs in der DDR in Staat, Kultur und Gesellschaft 1949 bis 1989	107
<i>Heike Ames</i>	
Heimatsvertriebene Christen in der SBZ und DDR – Biografische Schlaglichter zur geistlichen und lebenspraktischen Bewältigung des Vertreibungsschicksals in einem vertriebenen- und kirchen- freundlichen Umfeld	129
<i>Tilman Fischer</i>	
III. Die Heimatvertriebenen in der VRP und der ČS(Š)R	141
Die deutschsprachige Bevölkerung in der Volksrepublik Polen ..	143
<i>Irena Karasz</i>	
Die deutschsprachige Bevölkerung in der Tschechoslowakei nach der Zwangsausiedlung	165
<i>Matej Spurný</i>	
IV. Die Bedeutung der Vertriebenen heute	181
„Nur der Himmel ist geblieben, sonst ist das ein anderes Land.“ – Die Rolle der Vertriebenen am Beispiel der deutsch- polnischen Verständigung	183
<i>Bernard Gaida</i>	
Verpflichteter Neuanfang – Vertriebene und Spätausiedler im Freistaat Sachsen. Bestandsaufnahme und Zukunftsperspektive ..	193
<i>Jens Baumann</i>	
V. Anhang	217

Als erstes fällt auf, dass die Podiumsdiskussionen nicht dokumentiert sind. Damit wird auch nicht auf in diesem Zusammenhang genannte Referenten verwiesen. An der Podiumsdiskussion im Themenblock I „Flucht und Verteilung – die SBZ / DDR als Aufnahmegebiet“ nehmen neben dem Moderator Prof. Dr. Joachim Tauber (Direktor des Nordost-Instituts IKGN e. V.) Renate Holznagel (Vizepräsidentin des Bundes der Vertriebenen), Gunter Dehnert (Wissenschaftlicher Kurator am Pommerschen Landesmuseum Greifswald) teil.

Bei der Podiumsdiskussion im Themenblock II „Der „Umsiedler“-Diskurs in der DDR in Staat, Kultur und Gesellschaft“ werden im Tagungsband ebenso diese Diskussion selbst nicht dokumentiert wie auch Moderator Steffen Neumann (Chefredakteur LandesEcho) wie auch die Diskussionsteilnehmer Dr. Markus Bauer (Direktor des Schlesischen Museums zu Görlitz), Volker Koepp (Dokumentarfilm-Regisseur, Träger vielfacher Auszeichnungen) und nicht zuletzt Dr. Alina Laura Just (Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der HafenCity Universität Hamburg HCU im Bereich ‚Kulturerbe und Museumswissenschaften‘) nicht aufgeführt. Zwei Teilnehmer der Podiumsdiskussionen werden als Referentinnen der jeweiligen Impulsvorträge durch diese Beiträge im Tagungsband abgedruckt: Dr. Gundula Bavendamm und Dr. Heike Amos. Durch den Tagungsband wird auch nicht deutlich, ob diese nicht aufgeführten Personen überhaupt an den Podiumsdiskussionen teilgenommen haben bzw. bei der Tagung anwesend waren. Ein Mangel ist überhaupt, dass eine Teilnehmerliste für die Tagung fehlt, auch wenn der „normale“ Teilnehmer sich möglicherweise zu den Darstellungen der Referenten nicht hat äußern können. Wer weiß?

Auf der anderen Seite sind im Tagungsband Namen von Referenten / Teilnehmern aufgeführt, die im Einladungsprogramm fehlen. Die Liste beginnt mit dem Mitherausgeber des zu besprechenden Bandes, Dr. Vincent Regente (Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Deutschen Gesellschaft e. V., so die Vorstellung im Verzeichnis „Die Autorinnen und Autoren“ auf den Seiten 221/222, dem wir auch bei den weiteren Personen folgen). Weitere Namen sind Reinfried Vogler (Geleitwort als Vorstandsvorsitzender der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen), aber auch Dr. Carl Bethke (Kurator bei der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung) als Ko-Autor von Gundula Bavendamm, Dr. Stefan Donth (Historiker bei der Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen und stellvertretender Sprecher des Forschungsverbunds „Landschaften der Verfolgung“), Prof. Dr. Michael Schwartz (Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte München – Berlin IFZ und apl. Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der WWU Münster) im Themenblock I.

Im Themenblock II tritt Tilman Fischer (Historiker, Freier Autor, studiert im Zweitstudium evangelische Theologie) neu auf.

Im Themenblock III werden anstelle von Bernard Gaida und seinem im Programm genannten Impulsvortrag Dr. Irena Kurasz (Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Internationale Studien der Universität Breslau) und Dozent Dr. Matěj Spufný (Assistenzprofessor am Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Karls-Universität Prag sowie Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für Zeitgeschichte der Tschechischen Akademie der Wissenschaft) genannt, wer die zugehörige Podiumsdiskussion bestritten hat, ob das die im Programm genannten Personen waren, wird aus dem Tagungsband, wie bereits oben geschildert, nicht klar.

Der Themenblock IV „Die Bedeutung der Vertriebenen heute“ war im Einladungsprogramm noch nicht vorgesehen. Hier sind Bernard Gaida (Vorsitzender des Verbandes der deutschen sozialkulturellen Gesellschaften in Polen VdG und Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten in der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen FUEN) und Dr. Jens Baumann (Beauftragter für Vertriebene und Spätaussiedler im Freistaat Sachsen) mit Beiträgen vertreten.

Im genannten Verzeichnis der „Autorinnen und Autoren“ wird übrigens auch Mitherausgeber (und Tagungsleiter?) Hartmut Koschyk genannt; die Angaben im Einladungsprogramm – Parlamentarischer Staatssekretär a.D., stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft e. V. – werden hier ergänzt durch weitere Angaben: „... war Mitglied des Deutschen Bundestages von 1990 bis 2017 sowie von 2014 bis 2017 Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten. Von 2009 bis 2013 war er Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesfinanzministerium“.

Auf der Folgeseite 223 werden die veranstaltenden Einrichtungen vorgestellt: Die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen für Wissenschaft und Forschung (*der Zusatz „für Wissenschaft und Forschung“ war mir bislang nicht geläufig, R. Hk*) und „Die Deutsche Gesellschaft e. V.“.

Die einzelnen Beiträge des „erweiterten Tagungsbandes“ liefern insgesamt eine große Materialfülle, wenn sie im Gehalt auch sehr unterschiedlich sind. Für den Rezensenten war vor allem der Beitrag von Dr. Jens Baumann „Verspäteter Neuanfang – Vertriebene und Spätaussiedler im Freistaat Sachsen. Bestandsaufnahme und Zukunftsperspektive“ (Seiten 193 – 215) ein großer Gewinn, der in hohem Maße auch Anregungen für die künftige landsmannschaftliche Verbandsarbeit der Landsmannschaft Westpreußen e. V. in Berlin liefert. Aus dieser Sicht schließt sich die Frage nach den Tagungsteilnehmern und Referenten aus dem Bereich des Bundes der Vertriebenen und den landsmannschaftlichen Vereinigungen an: in welchem Maße waren sie auf der Tagung vertreten? Auch die Behauptung von Bernd Fabritius in seinem Geleitwort, „Der Deutschen Gesellschaft e. V. [allein dieser? Anmerkung des Rez. R Hk] ist es gelungen, die führenden Wissenschaftler auf dem Gebiet der historischen Forschung zur Vertriebenenpolitik der DDR für diese Publikation zu gewinnen...“ lässt der Rezensent so nicht gelten, liegt doch auf seinem Schreibtisch zur nächsten Rezension der umfangreiche Band des Potsdamer Historikers Dr. Peter Bahl*) auf dem Tisch, in dem – natürlich themagebunden vorgegeben – die Tagungsmitglieder Heike Amos mit zweien ihrer Veröffentlichungen, und Michael Schwartz mit immerhin elf Titeln vertreten sind. Aber reicht das aus?

- *) Peter Bahl: Belastung und Bereicherung. Vertriebenenintegration in Brandenburg ab 1945. (Berlin) Berliner Wissenschaftsverlag (2020). XVII, 1.718 Seiten.
= Bibliothek der brandenburgischen und preußischen Geschichte. Im Auftrag des Brandenburgischen Hauptarchivs und der Historischen Kommission zu Berlin herausgegeben von Mario Glauert und Michael Wildt. Band 17.
ISBN Print 978-3-8305-5016-7. € 125,00.
ISBN E-Book 978-3-8305-4186-8. Freier Zugang. € 0,00.

Und bei Bernd Fabritius wie auch bei anderen Autoren schmerzt den Rezensenten die ständige Wiederholung der Beifügung „ehemals“. Diese Teile der deutschen Geschichte und Kultur sind unser ewiger Auftrag!

Nicht jedem Zeitgenossen wird die Rolle des Magdeburger Historikers Prof. Dr. Manfred Wille und seiner Mitarbeiter in der in der DDR erfolgten „Forschungen über die Aufnahme und Eingliederung der ‚Umsiedler‘ genannten Vertriebenen in die Sowjetischen Besatzungszone und spätere DDR“ bekannt sein, die verdienstvollerweise von Hartmut Koschyk in seinem Beitrag (Seiten 22/23) genannt wird; übrigens wird Manfred Wille im Literaturverzeichnis von Peter Bahl siebenmal genannt!

Abschnitt I. Die SBZ/DDR als Aufnahmegebiet:

Gundula Bavendamm und Carl Bethke „Heimlich im Zoo – Flüchtlinge und Vertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR“ ziehen ein sehr unterstützenswertes Fazit, dass leider in der Gegenwart vom ihrem Dokumentationszentrum mangels finanzieller und personeller Ausstattung wohl nicht eingelöst werden kann, sofern es in die Richtung wissenschaftlich begründeter Dokumentation geht: „...Auch in der historischen Forschung

wird in Zukunft noch manches Defizit auszugleichen sein. Das Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung wird ab 2021 dazu einen eigenen Beitrag leisten.“ (Seite 39).

In dem Beitrag von Stefan Donth „Die Vertriebenenpolitik der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) und der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) von 1945 bis Anfang der 1950er Jahre“ reizt der einleitende Satz zu Widerspruch: „Die 4,3 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene, die in Folge des vom Deutschen Reich verlorenen Zweiten Weltkrieges ihre Heimat in den ehemals deutschen Ostgebieten verlassen mussten...“ Tja, wer NS-Methoden übernimmt, wirft auch aus annektierten Gebieten die altangesessene Bevölkerung hinaus, und zudem – eine sprachliche Ungenauigkeit, die nicht nur hier zu vermerken ist: diese Bevölkerung musste nicht ihre Heimat in den ehemals deutschen Ostgebieten verlassen“, sondern wurde (u.a.) aus dem ostdeutschen Teil des Deutschen Reiches, ihrer Heimat, vertrieben. Allein die Bezeichnung „ehemals“ im Verlaufe eines nicht abgeschlossenen historischen Vorganges widerspricht dem sich entwickelnden Völkerrecht.

Lobenswert hier wie auch bei den meisten anderen Beiträgen ist der umfangreiche wissenschaftliche Apparat in den Anmerkungen, eine gründliche Weiterführung zu wissenschaftlicher Arbeit.

Die folgenden Ausführungen des bekannten Wissenschaftlers Michael Schwartz zu „‘Umsiedler’ und Altersarmut: Zur sozialen Notlage vertriebener alter Menschen in der SBZ und frühen DDR“ gehen tief in die sozialen Probleme der Vertriebenen in der SBZ/DDR ein. Fehlende Gleichstellungen mit den Einheimischen, fehlender Lastenausgleich für die mit dem Verlust der Heimat verbundenen materiellen Verluste – von der Psychologie ganz zu schweigen – werden gründlich dargestellt, selbstverständlich ermöglicht der wissenschaftliche Apparat weitere eigene Forschungen. Das grundlegende Werk von Manfred Kittel zum (westdeutschen) Lastenausgleich wird vom Autor Michael Schwartz nicht herangezogen.

Die nachfolgende Podiumsdiskussion unter der Moderation von Prof. Dr. Joachim Tauber wird sowohl im Einladungsprogramm als auch bei Vincent Regent mit den dort genannten Personen aufgeführt, im Tagungsband aber nicht. Die einzelnen Diskussionsteilnehmer sind bei Regente mit eigenen Äußerungen zitiert. Und abschließend ist dort bei Vincent Regente auch zu erfahren, dass die Podiumsdiskussion auch geöffnet wurde: „In der danach für das Publikum geöffneten Diskussion ergänzten Zeitzeuginnen und Zeitzeugen sowie Vertreterinnen und Vertreter der Vertriebenenverbände aus Sachsen und Thüringen die wissenschaftlichen und persönlichen Ausführungen der Referentinnen und Referenten. Zugleich wurde großes Bedauern darüber geäußert, dass die Aufarbeitung der Geschichte der Vertriebenen in der DDR erst jetzt – nach 30 Jahren – losginge und viele, die mittlerweile verstorben sind, diese gerne noch miterlebt hätten. Positiv wurde aus dem Publikum vermerkt, dass es nun auch in Sachsen einen Beauftragten für Vertriebene und Spätaussiedler gäbe.“

Abschnitt II. Der „Umsiedler“ - Diskurs in der DDR

Wie Michael Schwartz so ist auch Heike Amos eine ausgewiesene Wissenschaftlerin. In ihrem durch zahlreiche Belege verdichteten Beitrag „Der ‚Umsiedler‘-Diskurs in der DDR in Staat, Kultur und Gesellschaft 1949 bis 1989“ liefert sie wertvolle Hinweise zur Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes in der Gruppe der Vertriebenen, zu Schriftstellern und ihren

Veröffentlichungen in der DDR zur Vertriebenenthematik (leider fehlt u.a. die 1907 in Kattowitz geborene jüdische Schriftstellerin Berta Waterstradt, †1990 in Berlin), zu „Revanchismuskampagnen gegen den Bund der Vertriebenen und seine Funktionäre“. Sie schöpft aus dem Vollen. Ich erinnere mich an eine für mich überraschende Enthüllung während eines Vortrages in der AG Ostmitteleuropa, als sie einen Stasi-Mitarbeiter im Landesvorstand der Landsmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien e. V. Berlin enttarnte. Viele Jahre saß Landsmann L. R. im Vorstand neben mir, während einige noch bemängelten, dass der Vorsitzende der Landsmannschaft, Krafft von Metnitz, auch einen ausgewiesenen Kommunisten in den Vorstand hatte wählen lassen. Motto: In Schlesien gab es auch Kommunisten. Und dieser Landsmann war völlig solidarisch, kein Stasi-Mitarbeiter!

Tilman [Asmus] Fischer, studierter Kulturwissenschaftler, und zurzeit Student der Theologie im Zweitstudium, einst auch mein Nachfolger (nach zweijähriger Besetzungsvakanz) ab 2011 als Bundeskulturreferent der Landsmannschaft Westpreußen e. V., ist bekannt durch zahlreiche Beiträge in Kirchenzeitungen, hat sich in seinem Beitrag „Heimatvertriebene Christen in der SBZ und DDR – Biografische Schlaglichter zur geistlichen und lebenspraktischen Bewältigung des Vertreibungsschicksals in einem vertriebenen- und kirchenfeindlichen Umfeld“ vorgenommen, „anhand dreier Profile christlicher Theologen – eines katholischen, zweier protestantischer beziehungsweise zweier systemkritischer und eines systemkonformen“ zu fragen, „welche Bedeutung ... Frömmigkeit und Kirche für die Bewältigung des Vertriebenenschicksals zukam und wie wiederum eben dieses Schicksal auf Kirche und Frömmigkeit zurückwirkte...“ Dabei handelt es sich um „Joachim Friedrich Meisner – Diasporakatholizismus und schlesische Identität“, „Oskar Brüsewitz – ein heimatloser Märtyrer“, u.a. bekanntgeworden durch die Selbstverbrennung am 18. August 1976 vor der Michaeliskirche in Zeitz (Angaben zu Ort und Zeit fehlen bei T. Fischer, *Anm. von R. Hk*), „Heinrich Fink – eine für mich bis dahin noch nicht erlebte Gemeinschaft“. Anschließend behandelt Tilman Fischer das Thema „Persönliche Frömmigkeit und Frömmigkeitskultur“. Er begründet dieses mit den Worten „Die für diesen Aufsatz gewählte Perspektive birgt freilich das Risiko, die Frage der Bewältigung des Vertriebenenschicksals im Raum von Glauben und Kirche derart zu individualisieren, dass deren kulturelle Prägekraft aus dem Blick gerät. Daher soll an dieser Stelle abschließend zumindest ein Ausblick auf die institutionalisierten Formen des Umgangs mit dem unsichtbaren Fluchtgepäck der heimatvertriebenen Christen als einem Teil des Erfahrungsschatzes der Kirche gegeben und damit die Brücke zwischen persönlicher Frömmigkeit und Frömmigkeitskultur geschlagen werden. Als Beispiel dient dabei die in der frühen Nachkriegszeit etablierte Vertriebenenwallfahrt zur Kapelle ‚Maria Meeresstern‘ in Sellin auf Rügen. Diese sowie weitere solcher Wallfahrten entstanden unmittelbar aus dem persönlichen Verlangen heimatvertriebener Katholiken, an die ‚Traditionen eines pulsierenden Wallfahrtslebens‘ ihrer Heimatregionen anzuknüpfen.“ (Seite 137). Und in seiner Schlussbetrachtung stellt Fischer fest: „Gerade das Beispiel der Vertriebenenwallfahrten macht deutlich, wie persönliche, individuelle Frömmigkeit kulturelle Prägekraft entfalten kann...“ (Seite 138).

Auch in diesem Themenabschnitt gab es laut Bericht von Vincent Regente eine Podiumsdiskussion, die im Tagungsband nicht dokumentiert wurde. Danach waren daran die im Einladungsprogramm genannten Personen beteiligt. Ausführlich berichtet Vincent Regente auch über die inhaltlichen Aussagen der Podiumsteilnehmer und schließt diesen Teil seines Berichts mit den folgenden Sätzen: „An der anschließenden Publikumsdiskussion beteiligte sich u.a. ein Zeitzeuge, der bis 1949 im Zentralen Arbeitslager Potulice interniert gewesen sei; er gehörte zu zwei von zehn Geschwistern, welche die Zeit nach Kriegsende überlebten. Seine Mutter sei im Lager mehrfach

vergewaltigt worden. Bis heute identifiziert er hier ein Tabu: Die Vergewaltigungen und die spezifische Rolle und Position der Frauen am Ende des Zweiten Weltkrieges spielen sowohl in der Forschung als auch in der Öffentlichkeit eine viel zu geringe Rolle.“

Abschnitt III. Die Heimatverbliebenen in der VRP und der ČS(S)R

Wie bereits zu Anfang geschrieben, gab es für diesen Abschnitt lediglich einen Impulsvortrag von Bernard Gaida, dem sich eine Podiumsdiskussion mit ihm, Hartmut Koschyk, Dr. Jens Baumann und Julita Izabela Zaprucka (ehemalige Direktorin des Gerhart-Hauptmann-Museums in Hirschberg (Jelenia Góra) anschließen sollte. Über die Anwesenheit von Frau Zaprucka macht der erweiterte Tagungsbericht keine Angaben, da die Podiumsdiskussionen – wie schon ausgeführt – bedauerlicherweise im erweiterten Tagungsbericht nicht dokumentiert wurden.

In diesem erweiterten Tagungsband werden nun zwei Beiträge zum Thema aufgeführt: Irena Kurasz vertritt das Thema „Die deutsche Bevölkerung in der Volksrepublik Polen“, Matěj Spurný hat als Thema „Die deutschsprachige Bevölkerung in der Tschechoslowakei nach der Zwangsaussiedlung“. Die beiden Beiträge sind – wie auch der gesamte Abschnitt selbst, im Einladungsprogramm nicht aufgeführt. Es ist also für den Rezensenten offen, ob diese Themen in der Tagung so angesprochen wurden.

Die beiden Beiträge unterscheiden sich schon nach dem ersten Blick in den wissenschaftlichen Apparat im Anhang dadurch, dass Irena Kurasz nur wenige deutsche Quellen aufführt. Ihre Begrifflichkeiten sind nicht in jedem Falle annehmbar: die Potsdamer Konferenz bestimmt, nach ihren Aussagen, u.a. die Aussiedlung der Deutschen aus Polen, aus Polen? Im ersten Kapitel „‘Ethnische’ Deutsche, Einheimische und Volksdeutsche“ gieren nicht nur diese von den polnischen Behörden angewandten Begriffe, nach klaren Begriffsbestimmungen, sondern auch Begriffe wie „Gebiete, die früher zum Dritten Reich und nie zum polnisch-deutschen Grenzgebiet gehörten (Niederschlesien, Lebusener Land, Pommern) ...“ In weiteren Kapiteln behandelt Irena Kurasz die Themen „Die Lage der Deutschen in Polen“, „Das Görlitzer Abkommen und seine Folgen für die Deutschen in Polen“, „Deutsches Schulwesen“, „Kulturelle Aktivitäten der Deutschen“, „Deutsche Presse“, „Organisation“, „Zeit der Stagnation“, „Politische Wende 1989“, „Mann, Bewohner von Oels, 79 Jahre“, „Schlussfolgerungen“.

Sehr viel kürzer als Irena Kurasz fasst Matěj Spurný seine Ausführungen. Sein Beitrag behandelt das Thema „Die deutschsprachige Bevölkerung in der Tschechoslowakei nach der Zwangsaussiedlung“. Er schreibt auf Seite 165: „Das, was im tschechischen Diskurs lange Jahrzehnte euphemistisch als ‚Abschub‘ und in der deutschen Erinnerungskultur pauschal als ‚Vertreibung‘ bezeichnet wird, wurde in der Nachkriegstschechoslowakei als ein Akt der Wiedergutmachung des ‚Münchener Verrats‘ ausgegeben. Diese ‚Wiedergutmachung‘ gründete auf der Vorenthaltung bürgerlicher Rechte für einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung. Die Nachkriegssituation wurde von der Mehrheit der Bevölkerung und von den führenden Politikern nicht nur als eine unerlässliche Lösung für eine Weiterexistenz und innere Stabilität des tschechoslowakischen Staates gesehen, sondern gleichzeitig als einmalige Möglichkeit, eine ethnisch homogene Gesellschaft aufzubauen. Die Tschechoslowakei hätte aus der Asche der ‚Stunde Null‘ als ein reiner Nationalstaat auferstehen sollen. Doch dieses Ziel wurde nicht ganz erreicht“.

Matěj Spurný gliedert seinen Beitrag in die Kapitel „Bleiben dürfen. Oder müssen?“, „Im Wirbel der Segregations- und Deportationspolitik der ersten Nachkriegsjahre“, „Zu Bürgern der sozialistischen Tschechoslowakei“, „Zwischen freiwilligem Wegzug und gewähltem Deutschtum“ und „Abschließende Betrachtungen“.

Der Autor schließt seine Ausführungen (Seite 177) mit den Sätzen: „Der Imperativ der kulturellen Geschlossenheit wurde zu einem zentralen Wert, auf dem bis heute die Legitimität des – nun nur noch tschechischen – Staates fußt. Verheerende Folgen hatte die Zwangsaussiedlung und die de facto Beseitigung der deutschen Minderheiten darüber hinaus in den Regionen, in denen sie bis in die Vierzigerjahre eine deutliche Mehrheit bildeten. Die dort lebenden Deutschen wurden nach dem Krieg enteignet, aber, rückblickend betrachtet, wurden auch wir, als Gesellschaft und als Land, dadurch nicht reicher. Wir haben alle viel verloren. Wie jedoch viele Initiativen der letzten Jahrzehnte zeigen, bleibt uns die Möglichkeit offen, in gewisser Hinsicht zurückzukehren: also daran zu erinnern und daran anzuknüpfen, was die Deutschen in den Böhmisches Ländern zurückgelassen haben“.

Die im Einladungsprogramm aufgeführte Podiumsdiskussion fand – laut Bericht von Vincent Regente – tatsächlich statt. Sie wird von ihm in seinem Bericht wiederum ausführlich dokumentiert. Hier sei auch noch erwähnt, dass die Teilnehmer aller Podiumsdiskussionen jeweils auch auf Bildern abgelichtet sind.

Vincent Regente schließt seinen ausführlichen, durch viele Bilder belegten Bericht mit den Worten: „Zum Abschluss bedankte sich Dr. Andreas H. Apelt, Bevollmächtigter des Vorstandes der Deutschen Gesellschaft e. V., bei allen Anwesenden und Mitwirkenden, die die Veranstaltung unterstützt und möglich gemacht haben und äußerte seine Bereitschaft für die Durchführung gemeinsamer Veranstaltungen in der Zukunft.“

Nach dem Einladungsprogramm zur Tagung wäre hier Schluss, jedoch nicht so im erweiterten Tagungsband. Hier fehlt zwar auch dieser letzte Bericht über die Podiumsdiskussion zum Abschnitt III und auch das Schlusswort, aber es schließt sich ein neuer Themenblock an.

Abschnitt IV. Die Bedeutung der Vertriebenen heute

Dieser Abschnitt ist im Einladungsprogramm nicht enthalten. Zwei Beiträge bestimmen diesen Abschnitt, wobei der zweite Beitrag, ausgeführt von Jens Baumann, Beauftragter für Vertriebene und Spätaussiedler, mit dem Thema „Verspäteter Neuanfang – Vertriebene und Spätaussiedler im Freistaat Sachsen. Bestandsaufnahme und Zukunftsperspektive“ bereits eingangs lobend vom Rezensenten erwähnt wurde.

Der erste Beitrag „‘Nur der Himmel ist geblieben, sonst ist das ein anderes Land.’- Die Rolle der Vertriebenen am Beispiel der deutsch-polnischen Verständigung“ kommt von Bernard Gaida, Vorsitzender des VDG – Verband der deutschen Sozial-Kulturellen Gesellschaften in Polen, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten in der FUEN (AGD). Er weist eingangs darauf hin, dass er kein Wissenschaftler sei. Thema dieser Tagung seien die Vertriebenen in der DDR. Er berichtet über die Kontakte der VdG: Seit 25 Jahren pflegt der Verband eine Partnerschaft mit dem BdV in Thüringen. Thüringen, so führt er weiter aus, lag in der DDR, „sowohl sie als auch wir lebten bis zur Wende 1989/90 in undemokratischen Verhältnissen, welche die Betrachtung der Nachkriegszeit, der Grenzverschiebung, der sowjetischen Einflüsse und das gesellschaftliche Leben insgesamt geprägt haben. Das Wichtigste, was uns von westlichen Gesellschaften unterschied, war die sanktionierte Verlogenheit, die auch jegliches öffentliche Gespräch über die Vertreibung verboten hat ...“ Gaida schließt seine mit vielen Beispielen untermauerten Erfahrungen mit den Sätzen: „Also alles, was zu einer Steigerung der Kenntnisse über Deutschland und die Deutschen in Polen führt, ist wünschenswert. Dies wissen wir und als Deutsche Minderheit

fördern wir das seit Jahren. Alle unsere fast 500 Einrichtungen organisierten Konferenzen, Projekt, Feste. Die meisten Gemeinden, Schulen, Vereine in den Gebieten, wo unsere Verbände tätig sind, haben schon seit den 1990ern mehrschichtige Partnerschaften mit deutschen Partnern geknüpft, was gerade zu den erwähnten persönlichen Kontakten führt. Und um letzteres bemühen sich auch die Vertriebenen und ihre Verbände sowie Kulturinstitutionen wie zum Beispiel die Kulturstiftung des Bundes der Vertriebenen“,

Jens Baumann, Beauftragter für Vertriebene und Spätaussiedler im Freistaat Sachsen, behandelt das Thema „Verspäteter Neuanfang – Vertriebene und Spätaussiedler im Freistaat Sachsen. Bestandsaufnahme und Zukunftsperspektive“.

Er führt eingangs aus, welche Bedeutung die Heimatvertriebenen in bestimmten Wirtschaftszweigen bei ihrer Aufnahme in Sachsen hatten: Genannt werden Textilindustrie, Metallarbeiter, Bergarbeiter, Glasindustrie, Kunstglas und Glasschmuck, Musikinstrumentenmacher, Künstliche Blumen und Spitzenklöppelei.

Dann geht der Autor über zu den gesetzlichen Grundlagen für Leben und Arbeit der Heimatvertriebenen: § 96 des Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetzes wird ebenso genannt wie § 12 des Sächsischen Spätaussiedlereingliederungsgesetzes. Jens Baumann führt aus: „Die Kulturförderung nimmt damit eine kulturelle Brückenfunktion zu den ostmitteleuropäischen Staaten ein und dient diesen bei der kulturellen Integration in die Europäische Gemeinschaft. Sie ist ein geeignetes Instrument, das in den Vertreibungs- und Aussiedlungsgebieten vorzufindende reiche deutsche Kulturerbe für die Zwecke einer gemeinsamen Zukunft aller in diesen Regionen siedelnden Menschen zu nutzen und insbesondere die nachfolgenden Generationen mit diesem Erbe vertraut zu machen. Bewahrung deutscher Kultur in unseren östlichen Nachbarstaaten und Integration dieser in die Europäische Union bedingen sich damit gegenseitig...“ (Seite 195). Der Autor zeigt die Verantwortung des Freistaates Sachsen für diese Aufgaben auf, der dieser nachkommt.

Jens Baumann gliedert seine weiteren Ausführungen in fünf Kapitel. Das Kapitel „Kulturförderung nach Paragraph 96 Bundesvertriebenengesetz im Freistaat Sachsen“ leitet der Satz ein: „Mit einer gezielten Förderpolitik, die im Freistaat Sachsen beim Beauftragten für Vertriebene und Spätaussiedler zusammenläuft, soll erreicht werden, dass Geschichte und Tradition als Chance für die Zukunft Europas gesehen werden. Eine solche Förderpolitik zielt vor allem auf die Sicherung der Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen insbesondere auf lokaler Ebene ...“

Das folgende Kapitel „Repräsentanz in der Bevölkerung“ will dafür sorgen, dass „eine wichtige Bevölkerungsgruppe repräsentiert“ wird, „deren Traumata jetzt vor allem in der Enkelgeneration fortleben ...“ Es werden hier auch Zahlen zum Anteil der Gruppe in der Bevölkerung geliefert.

Es folgt das Kapitel „Politische Wahrnehmung der Belange der Vertriebenen und Spätaussiedler“. Es werden „politische Anbindungsmechanismen“ genannt: „Die Thematisierung von Flucht, Vertreibung und Integration sowie die Wertschätzung von Heimat und die Intensivierung des grenzübergreifenden Miteinanders finden regelmäßig Eingang in die Koalitionsverträge...“ (S. 198). Die so durchgeführten einzelnen Maßnahmen werden ausführlich erläutert.

Die beiden abschließenden Kapitel „Aktivitäten in den Kommunen und die Etablierung einer landesweiten Einrichtung zu Flucht, Vertreibung und Integration“ sowie „Die Stiftung Erinnerung, Begegnung, Integration – Stiftung der Vertriebenen im Freistaat Sachsen als Erbe und Auftrag“ behandeln Anlagen wie Friedhöfe und Einrichtungen wie Heimatmuseen, das Haus der Heimat in Reichenbach / O.L., das Sächsische Zeitzeugenarchiv im Internet,

die Stiftung Erinnerung, Begegnung, Integration – Stiftung der Vertriebenen im Freistaat Sachsen, dann zuletzt das Museum Energiefabrik Knappenrode bei Hoyerswerda mit dem im Koalitionsvertrag 2020 beschlossenen außerschulischen Bildungs- und Begegnungszentrum „Transferraum Heimat“. Zu Letzterem sagt Jens Baumann, seinen Beitrag abschließend: „Mit dieser außerschulischen Bildungs- und Begegnungsstätte, getragen durch die Stiftung, soll eine breite Zielgruppe, insbesondere auch die Schulen in Sachsen und Niederschlesien (die Präsentation wird zwei- oder sogar dreisprachig sein) angesprochen und das Thema Flucht und Vertreibung der Deutschen 1944/1948 der aktuellen Entwicklung aktiv zur Seite gestellt und damit dauerhaft zugänglich verankert werden“.

Jens Baumann liefert Ideen für unsere Arbeit in Berlin, die Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin wird diese Ideen aufgreifen.

Insgesamt liefert dieser erweiterte Tagungsband in seinem Rückblick auf die Geschichte der Vertriebenen in SBZ / DDR viele neue Einsichten, die eine fruchtbare Grundlage für die weitere Arbeit in und auf diesem Gebiet sein können. Es wurde deutlich, dass der Begriff „erweiterter Tagungsband“ nicht wörtlich zu nehmen ist, da zwar Weiterungen vorhanden sind, aber andererseits die Tagung selbst nicht vollständig dokumentiert wird. Bedauerlich auch, dass das offensichtlich vorhandene Bildmaterial für die Veröffentlichung nicht genutzt wurde; bedauerlich auch, dass die Podiumsdiskussionen und die anschließenden Publikumsbeiträge nicht protokolliert wurden. Der Rezensent bedauert auch, dass keine Liste der Tagungsteilnehmer veröffentlicht wurde (Datenschutz verhindert Gedankenaustausch?)..

Die Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin stand nach der politischen Wende Pate bei der im Berliner Deutschlandhaus, ihrem damaligen Sitz, erfolgten Gründung der brandenburgischen Landesgruppe mit Helmut Kapahnke (*1939 – †2015) aus Rathenow als Vorsitzenden.

Wir waren zu der Tagung nicht eingeladen. Wissenschaftler, die wesentliche Arbeiten zum Thema vorgelegt haben, waren nicht dabei. Alles schreitet nach weiterem Bemühen, nach weiteren Tagungen und Publikationen zum Thema. Der vorliegende „erweiterte Tagungsbericht“ ist dafür eine wichtige, weiterführende Grundlage!

Reinhard M. W. Hanke, Berlin

B. Besprechungen in Arbeit (Seiten 246 - 247)

- 01)** Handbuch Landesgeschichte. (43 Abb., darunter einige mehrfarbige Abb.). Hrsg. von Werner Freitag, Michael Kißener, Christine Reinle und Sabine Ullmann.

(Berlin) De Gruyter Oldenbourg. (2018). XII, 706 Seiten. = de Gruyter Reference.

Gebunden ISBN 978-3-11-035411-9. € 99,95.

Rezensent: Prof. Dr. Grischa Vercamer, Berlin/Chemnitz

- 02)** Das Museum der Zukunft. 43 neue Beiträge zur Diskussion über die Zukunft des Museums. Hrsg. von Schnittpunkt und Joachim Baur. (mit mehrfarb. und SW-Abb.). (Bielefeld) transcript (2020).

313 Seiten. ISBN 978-3-8376-5270-3. € 29,00.

Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin

- 03)** Peter Bahl: Belastung und Bereicherung. Vertriebenenintegration in Brandenburg ab 1945.
(Berlin) Berliner Wissenschaftsverlag (2020). XVII, 1.718 Seiten.
= Bibliothek der brandenburgischen und preußischen Geschichte. Im Auftrag des Brandenburgischen Hauptarchivs und der Historischen Kommission zu Berlin herausgegeben von Mario Glauert und Michael Wildt. Band 17.
ISBN Print 978-3-8305-5016-7. € 125,00.
ISBN E-Book 978-3-8305-4186-8. Freier Zugang. € 0,00.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin
- 04)** „Zustände und Gebrüche“ in Königsberg und Berlin im frühen 19. Jahrhundert. Aus den Aufzeichnungen des Königsberger Regierungsrats Karl Heinrich Bartsch. (23 Abb., davon zwei mehrfarbige). Herausgegeben, illustriert und mit einem Vorwort versehen von Gerhard E. Feurle. (Norderstedt: Book on Demand 2021). 313 Seiten.
ISBN 978-3-7334-9372-5. € 29,99 (gebunden), € 12,99 (E-Book).
Rezensent: Dr. Lothar Mundt, Berlin
- 05)** Konrad Badenheuer: Die Sudetendeutschen. Eine Volksgruppe in Europa. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. (mit einer Vielzahl von SW- und mehrfarbigen Abbildungen).
(London, Berlin) Verlag Inspiration Un Limited (2021). 144 Seiten.
ISBN 978-3-9451127-339. € 19,90.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin

C. Zur Besprechung in der Redaktion eingegangen (S. 247 – 250)

- 01)** Ziko van Dijk: Wikis und die Wikipedia verstehen. Eine Einführung. (13 Abb., 18 Tab.). (Bielefeld) [transcript] (2021). 338 Seiten.
ISBN 978-3-8376-5645-9. € 35,00.
E-Book (EPUB) Open Access PDF-ISBN 978-3-8394-5694-3. € 38,99?
- 02)** Herma Kennel: Als die Comics laufen lernten. Der Trickfilmpionier Wolfgang Kaskeline zwischen Werbekunst und Propaganda. (zahlreich SW-Abb. im Text, 10 Farbfotos auf 8 Farbtafeln im Anhang) (Berlin) be:bra Verlag (2020). 240 Seiten. ISBN 978-3-89809-176-2. Euro 24,00.
- 03)** Steffen Reiche: Tief träumen und hellwach sein. Politiker und Pfarrer mit Leidenschaft. Ein autobiografischer Essay. (22 SW-Fotos im Text). (Bonn) Dietz (2020). 261 Seiten. ISBN 978-3-8012-0461-7. € 24,00.

- 04)** Manfred Kittel: Stiefkinder des Wirtschaftswunders? Die deutschen Ostvertriebenen und die Politik des Lastenausgleichs (1952 bis 1975). (Düsseldorf) Droste Verlag 2020. 671 Seiten.
= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Band 182. ISBN 978-3-7700-5349-0. € 68,00.
- 05)** Handbuch qualitative und visuelle Methoden der Raumforschung. (zahlreiche Abbildungen, Tabellen).
Hg. von Anna Juliane Heinrich, Séverine Marguin, Angela Million, Jörg Stollmann.
Bielefeld: Transcript Verlag (2021). 464 Seiten. = utb. Band 5582.
Print-ISBN 978-3-8252-5582-4. € 29,90.
PDF-ISBN 978-3-8385-5582-9.
- 06)** Judith Heß: Europäisierung des Gedenkens? Der Erste Weltkrieg in Deutschen und britischen Ausstellungen. (15 SW-Abbildungen). (Bielefeld) transcript (2021). 356 Seiten.
Print-ISBN 978-3-8376-5619-0. € 60,00.
PDF-ISBN 978-3-8394-5619-4. € 59,99.
- 07)** Nicht nur Bauhaus. Netzwerke der Moderne in Mitteleuropa / Not just Bauhaus. Networks of Modernity in Central Europe. Herausgegeben von Beate Störtekuhl und Rafał Makala. (mit zahlreichen schwarz-Weißen und mehrfarbigen Abb.). (Berlin / Boston) de Gruyter/Oldenbourg (2020). 400 Seiten.
= Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. Band 77. ISBN 978-3-11-065876-7. € 59, 59.
- 08)** Christofer Herrmann / Kazimierz Pospieszny / Ernst Gierlich (Hrsg.): Spiegel der Fürstenmacht. Residenzbauten in Ostmitteleuropa im Spätmittelalter – Typen, Strukturen, Ausschmückung. (zahlreiche Farbfotos, zahlreiche mehrfarbige und einfarbige Abb.). (Bonn) Kulturstiftung der Vertriebenen (1921). 289 Seiten.
ISBN 978-3-88557-243-5. € 24,90.
- 09)** Preußenland. Jahrbuch der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung und der Copernicus-Vereinigung für Geschichte und Landeskunde Westpreußens. Mitteilungen aus dem Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz.12 (2021). (mit 6 Abb.). (Osnabrück) fibre (2021). 160 Seiten. ISSN 0032.
ISBN 978-3-944870-77-9. € 29,80.

- 10)** Hans-Jürgen Kämpfert: Naturwissenschaft am Unterlauf der Weichsel. Einrichtungen und Persönlichkeiten. (zahlreiche Abb., Stadtplan Danzigs von 1822 auf den Umschlaginnenseiten vorn, Landkarte Westpreußen auf den Umschlaginnenseiten hinten).
Münster / Westfalen: Nicolaus-Copernicus-Verlag 2020. XI, 396 Seiten.
= Quellen und Darstellungen zur Geschichte Westpreußens. Nr. 42.
ISBN 978-3-924238-58-2. € 40,00.
- 11)** Christhardt Henschel (Hg.): Ostpreußens Kriegsbeute. Der Regierungsbezirk Zichenau 1939 – 1945. (19 SW-Abbildungen im Text).
(Osnabrück) fibre (2021). 416 Seiten.
= Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau.42.
ISBN 978-3-944870-75-5. € 58,00
- 12)** Arno Mentzel-Reuters und Stefan Samerski (Hg.). Castrum sanctae Mariae: Die Marienburg als Burg, Residenz und Museum. (mit 102 Abb.).
Göttingen: V & R Unipress 2019. 505 Seiten.
= Vestigia Prussica. Forschungen zur Ost- und Westpreußischen Landesgeschichte. Band 1. ISBN 978-3-8471-0883-2. € 59.99.
- 13)** Reinhard Olt: Im Karpatenbogen. Ungarn und die Diaspora der Magyaren – Reportagen und Analysen. (mit mehrfarbigen Fotos).
Budapest: Freunde von Ungarn Stiftung 2020. 232 Seiten.
ISBN 978-615-81674-0-6.
- 14)** Matthias Barelkowski und Christoph Schutte (Hg.): Neuer Staat, neue Identität? Deutsch-polnisch-jüdische Biografien in Polen nach 1918. (5 Abb.).
(Osnabrück) fibre (2021). 347 Seiten.
= Polonica-Germanica. Schriften der Kommission für die Geschichte der Deutschen in Polen e. V. 12. ISBN 978-3-944870-74-8. € 39,80.
- 15)** Jörn Pekrul: Die ehemalige Reichsstraße 1 – eine europäische Handelsroute. Gewidmet das West- und Ostpreußen und ihren Nachkommen. Eine Publikation der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Landesgruppe Bayern e. V. (mit zahlreichen mehrfarbigen Abbildungen).
[Augsburg] 2021. 79 Seiten.
Sonderausgabe 2021 Preußen-Kurier. Heimatnachrichten für Ost- und Westpreußen in Bayern.
[Gegen Spende von mindestens € 7,00 + Versandkosten].

- 16)** Bernhard Jähnig: Zum Innenleben des Deutschen Ordens in Preußen. Ergänzte Beiträge zum 80. Geburtstag in Auswahl (mit 28 Abb., Karten und Tafeln).
Münster/Westf.: Nicolaus-Copernicus-Verlag 2021. – XX, 412 Seiten.
= Quellen und Darstellungen zur Geschichte Westpreußens. Nr. 45.
ISBN 978-3-924238-60-5.- *Preis kann zurzeit nicht angegeben werden!*
- 17)** Rudi Zülch: Ein Leben auf Reisen. Der Schriftsteller A. E. Johann.
Herausgegeben von der A.E. Johann-Gesellschaft e. V. (mit zahlreichen zum Teil mehrfarbigen Abbildungen).
Gifhorn/Oerrel: Calluna-Verlag 2021. 335 Seiten.
ISBN 978-3-944946-17-7. € 24,90.
- 18)** Wolfram Euler und Konrad Badenheuer:
Sprache und Herkunft der Germanen. Rekonstruktion des Frühgermanischen vor der Ersten Lautverschiebung
(1 mehrfarbige Karte). 2., überarbeitete Auflage.
Berlin / London: Verlag Inspiration UN Limited 2021. 271 Seiten.
ISBN 978-3-945127-278. € 89.00.
- 19)** WOLFRAM EULER, Das Westgermanische von der Herausbildung im 3. bis zur Aufgliederung im 7. Jahrhundert. Analyse und Rekonstruktion.
(vier Abbildungen). London / Berlin: Verlag Inspiration Un Limited 2013.
244 Seiten. ISBN 978-3-9812110-7-8. € 49,00.

01) Historische Zeitschrift 314 (2022), 1

Herausgeber

Andreas Fahrmeir und Hartmut Leppin mit Sabine Dabringhaus, Birthe Kundrus, Christina Morina, Werner Plumpe, Susanne Rau, Frank Rexroth, Karl Ubl und Uwe Walter.

Erschienen

Berlin/Boston 2022: [de Gruyter](https://www.degruyter.com/)

Url

<https://www.degruyter.com/journal/key/hzhz/314/1/html>

Preis

Abo Print € 810,00; Abo Online (Institutionell) € 810,00; Einzelheft € 149,00

ISSN

[0018-2613](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:5:1-63864-p0018-2613-9)

Kontakt

Institution

Historische Zeitschrift (HZ)

Land

Deutschland

c/o

Prof. Dr. Andreas Fahrmeir Redaktion Historische Zeitschrift Historisches Seminar der Johann Wolfgang Goethe-Universität Norbert-Wollheim-Platz 1 60323 Frankfurt am Main

Von

Florian Hoppe, Geisteswissenschaften, De Gruyter Oldenbourg

Das neue Heft der Historischen Zeitschrift ist erschienen, wir wünschen anregende Lektüre!

Inhaltsverzeichnis

Aufsätze

Regina Stuber, Die Bewahrung der Westfälischen Friedensordnung als Argument gegen die Forderung Zar Peters I. nach einer Reichsstandschaft für Livland [S. 1]

Die Wahrung der politischen Ordnung des Heiligen Römischen Reiches, wie sie durch den Westfälischen Frieden festgelegt wurde, benutzte auch Zar Peter I. als politisches Argument nach der kriegsentscheidenden Schlacht bei Poltava (1709) während des Großen Nordischen Krieges. Die erstarkte militärische Position erlaubte es, politische Interessen zu postulieren, die eine europäische Konzeption einer künftigen Friedensordnung beinhalteten. Sah sich Peter I. nach Poltava in der Situation, die Position Schwedens als Garant für den Status quo des Heiligen Römischen Reiches zu übernehmen, so war 1712 nach der Eroberung der schwedischen Ostseeprovinzen nicht die Bewahrung des Status quo das Ziel, sondern er erhob gegenüber dem kaiserlichen Hof die Forderung nach einer Neuordnung des Heiligen Römischen Reiches unter seiner Ägide. In diesem Kontext wurde der Plan verfolgt, eine russische Reichsstandschaft für Livland zu etablieren. Partielle Unterstützung erhielt das Vorhaben durch Vertreter des Deutschen Ordens, die sich dadurch eine Rekuperation Livlands in das Heilige Römische Reich erhofften. Diese

diplomatischen Initiativen wurden von den kaiserlichen Beratern kategorisch zurückgewiesen. Aus ihrer Sicht wäre mit einer Anerkennung einer russischen Reichsstandschaft ein potentieller Auflösungsprozess der politischen Ordnung des Heiligen Römischen Reichs verbunden, der zu einer qualitativen Schwächung der Stellung des Kaisers innerhalb des Heiligen Römischen Reiches führen würde. Der Nachlass des russischen Gesandten Johann Christoph von Urbich, von der Forschung bisher kaum berücksichtigt, stellt die wesentliche Grundlage für die Untersuchung dar.

The preservation of the political order of the Holy Roman Empire, as established by the Peace of Westphalia, was also used by Tsar Peter I as a political argument after the decisive battle of Poltava (1709) during the Great Northern War. The strengthened military position made it possible to postulate political interests that included a European conception of a future peace order. After Poltava, Peter I saw himself in the position of now assuming Sweden's role as guarantor of the status quo of the Holy Roman Empire. In 1712, after the conquest of the Swedish Baltic Sea provinces, the preservation of the status quo was no longer the main aim, but he demanded from the imperial court a reorganization of the Holy Roman Empire under his aegis. In this context the plan was pursued to establish a Russian Imperial Estate for Livonia in the Imperial Diet. The project received partial support from representatives of the Teutonic Order, who hoped recuperating Livonia for the Holy Roman Empire. These diplomatic initiatives were categorically rejected by the imperial councillors. From an imperial perspective, recognition of a Russian Imperial Estate would be associated with a potential dissolution of the political order of the Holy Roman Empire, which would lead to a qualitative weakening of the emperor's position within the Holy Roman Empire. The estate of the Russian envoy Johann Christoph von Urbich, which has not yet been considered by research, provides the essential sources for the investigation.

Nikolas Dörr, Lukas Grawe, Ein Sonderfall zivil-militärischer Kooperation im Ersten Weltkrieg. Die Zusammenarbeit von Sozialversicherungsämtern und deutschen Militärbehörden bei der Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten [S. 32]

Mit dem Einbruch der Geburtenrate um 1900 erhielt die Debatte über Geschlechtskrankheiten im Deutschen Kaiserreich eine neue Dimension. Venerische Krankheiten erschienen nun nicht mehr als individuelles Problem, sondern in Kombination mit den zunehmenden diplomatischen und militärischen Spannungen in Europa als Gefahr für die Sicherheit des jungen deutschen Staates. Denn durch die gesundheitlichen und moralischen Folgen der Geschlechtskrankheiten wurde eine „Schwächung der Wehrkraft“ befürchtet. Die Militärführung und die Reichsregierung akzeptierten zwar grundsätzlich die Notwendigkeit einer Kooperation im Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten. Eine nennenswerte Zusammenarbeit entwickelte sich jedoch erst infolge der Massenverluste im Ersten Weltkrieg. Im Generalgouvernement Belgien arbeiteten die Militär- und Zivilbehörden des Reichs zwischen 1915 und 1919 eng zusammen, um die von den Geschlechtskrankheiten ausgehenden Gefahren einzudämmen. Eine besondere Rolle als Initiatoren der sozial- und gesundheitspolitischen Kooperation zwischen Militär und Sozialversicherungen kam dabei dem Generalgouverneur des Generalgouvernements Belgien Moritz von Bissing und Paul Kaufmann, Präsident des Reichsversicherungsamts, zu. Auch nach dem Tode Bissings 1917 wurde diese spezielle Zusammenarbeit, nun im Reich primär mit den Kriegsministerien und dem Reichsmarineamt, fortgeführt. Ihr bekanntestes und dauerhaftestes Ergebnis stellen die Beratungsstellen für Geschlechtskranke dar. Ursachen, Akteure, Konflikte und Resultate dieser zivil-militärischen Zusammenarbeit zu analysieren und sie in den internationalen Kontext einzubetten, ist das Ziel der vorliegenden Studie.

With the sharp decline of the birth rate around 1900, the debate about venereal diseases in the German Empire took on a new dimension. Sexually transmitted diseases were no longer merely perceived as an individual problem but, in light of the increasing diplomatic and military tensions in Europe, as a threat to the security of the young German state. Fear spread that the effects of venereal diseases on the population's general health and morale would "weaken the military strength". The military leadership and the Reich Government accepted, in theory, the need for cooperation in the fight against venereal disease. However, significant collaboration developed only as a result of mass casualties in World War I. Starting in the German General Government of Belgium, the military and civilian authorities of the Reich worked closely together between 1915 and 1919 to contain the dangers posed by venereal diseases. Their rare cooperation was initiated by Moritz von Bissing, governor general in Belgium, and Paul Kaufmann, president of the Reich Insurance Office. It continued even after Bissing's death in 1917, with the War Ministries and the Imperial German Navy now being the insurance system's primary allies in the fight against venereal disease. The best-known and most enduring result is the counseling centers set up for people suffering from sexually transmitted diseases. The aim of this study is to analyze the causes, protagonists, conflicts, and results of this civil-military cooperation and to compare it with the situation in the United Kingdom and France.

Malte König, Esperanto in der Zwischenkriegszeit. Ein kosmopolitisches Projekt auf dem Prüfstand [S. 68]

Am Beispiel des Esperanto untersucht die Studie die Handlungswirksamkeit kosmopolitischen Gedankenguts während der Zwischenkriegszeit. Ziel ist es, Kosmopolitismus nicht als Utopie, sondern als Praxis zu begreifen. Wie sah eine derartige „Kosmopolitik“ aus, worin bestanden ihre Möglichkeiten, ihre Grenzen? Da mit Esperanto weltweit ein einheitliches Kommunikationsmittel etabliert werden sollte, das sowohl neutral als auch leicht erlernbar war, bilden die Sprache und ihre Bewegung einen idealen Ansatzpunkt um nachzuvollziehen, wie man kosmopolitische Ideen in die Praxis umzusetzen versuchte und mit welchen Absichten, Begründungen und Instrumentarien dies bekämpft wurde. Dass es sich dabei keineswegs um ein realitätsfernes Luftschloss handelte, wird allein daran deutlich, dass der Völkerbund ausführlich darüber debattierte, seinen Mitgliedsstaaten Esperanto als Schulfach zu empfehlen. Anfang des 20. Jahrhunderts stellte Esperanto eine reale Option dar, eine sprachliche Basis zu etablieren, um das Zusammenwachsen der Menschheit zu erleichtern.

Using Esperanto as an example the study examines the practical effectiveness of cosmopolitan ideas during the interwar period. The goal is to understand cosmopolitanism not as utopia, but as practice. What did „cosmopolitics“ look like, what were its possibilities, its limits? Since Esperanto was intended to establish a uniform means of communication throughout the world that was both neutral and easy to learn, the language and its movement provide an ideal starting point for tracing how attempts were made to put cosmopolitan ideas into practice and for identifying the intentions, justifications, and instruments used to fight such projects. That it was by no means an unrealistic pipe dream can be seen from the fact that the League of Nations debated at length about recommending Esperanto as a school subject to its member states. At the beginning of the 20th century Esperanto represented a real option to establish a linguistic basis to facilitate the growing together of mankind.

Nekrolog

Andreas W. Daum, Peter Paret (1924–2020) [S. 105]

Neue historische Literatur

Schwerpunkt Ethnizität und Migration

Timo Stickler, Migration und Völkerwanderung [S. 113]

Mischa Meier, Geschichte der Völkerwanderung. Europa, Asien und Afrika vom 3. bis zum 8. Jahrhundert n. Chr. (T. Stickler) [S. 113]

James Clackson/Patrick James/Katherine McDonald et al. (Eds.), Migration, Mobility and Language Contact in and around the Ancient Mediterranean (M. Sehlmeier) [S. 130]

Erich Gruen, Ethnicity in the Ancient World. Did it Matter? (C. Ulf) [S. 131]

Allgemeines

Haizong Lei, Chinese Culture and the Chinese Military (M. A. Matten) [S. 134]

David Stasavage, The Decline and Rise of Democracy. A Global History from Antiquity to Today (L. Behrisch) [S. 136]

Kurt Andermann/Gerrit Jasper Schenk (Hrsg.), Wasser. Ressource – Gefahr – Leben (L. Schröder) [S. 138]

Wolfgang Petke, Aufsätze zur Pfarreigeschichte in Mittelalter und Früher Neuzeit (E. Bünz) [S. 140]

Clemens von Looz-Corswarem, Schifffahrt und Handel auf dem Rhein vom Mittelalter bis ins 19. Jahrhundert. Beiträge zur Verkehrsgeschichte (M. Schulte Beerbühl) [S. 142]

Uwe Israel/Josef Matzerath, Geschichte der Sächsischen Landtage (T. Kaiser) [S. 144]

Gabriele Schneider/Thomas Simon (Hrsg.), Gesamtstaat und Provinz. Regionale Identitäten in einer „zusammengesetzten Monarchie“ (17. bis 20. Jahrhundert) (K. Friedrich) [S. 146]

Martin P. Schennach, Austria inventa? Zu den Anfängen der österreichischen Staatsrechtslehre (M. Vec) [S. 148]

Joseph Henrich, The WEIRDest People in the World. How the West Became Psychologically Peculiar and Particularly Prosperous (K. Ubl) [S. 151]

Altertum

Garrett G. Fagan/Linda Fibiger/Mark Hudson et al. (Eds.), The Cambridge World History of Violence. Vol. 1: The Prehistoric and Ancient Worlds (B. Meißner) [S. 154]

Johannes Preiser-Kapeller, Die erste Ernte und der große Hunger. Klima, Pandemien und der Wandel der Alten Welt bis 500 n. Chr. (P. Zeller) [S. 157]

Koen De Temmerman (Eds.), The Oxford Handbook of Ancient Biography (J. Engels) [S. 159]

Anke Walter, Time in Ancient Stories of Origin (E. Lupi) [S. 161]

Nadezda Fichtner, Der Althistoriker Michail Rostovtzeff. Wissenschaft und Politik im vorrevolutionären und bolschewistischen Russland (1890–1918) (J. von Ungern-Sternberg) [S. 163]

Bruno Jacobs (Ed.), Ancient Information on Persia Re-assessed: Xenophon's Cyropaedia. Proceedings of a Conference Held at Marburg in Honour of Christopher J. Tuplin, December 1–2, 2017 (I. Jordović) [S. 164]

Tino Shahin, Fragmente eines Lebenswerks. Historischer Kommentar zur Universalgeschichte des Nikolaos von Damaskus (H.-U. Wiemer) [S. 165]

Alexander Bätz, Seelen der Stadt. Bibliotheken im kaiserzeitlichen Rom (J. Fündling) [S. 167]

Simon Malloch, The Tabula Lugdunensis. A Critical Edition with Translation and Commentary (L. Schumacher) [S. 168]

Stephen Mitchell/David French (Eds.), The Greek and Latin Inscriptions of Ankara (Ancyra). Vol. 2: Late Roman, Byzantine and Other Texts (C. Begass) [S. 170]

Rufius Festus, Kleine Geschichte des römischen Volkes. Hrsg. von Anja Bettenworth und Peter Schenk (M. Sehlmeier) [S. 172]
Hans-Ulrich Wiemer/Stefan Rebenich (Eds.), A Companion to Julian the Apostate (S. Schorn) [S. 173]

Mittelalter

Gerald Schwedler, Vergessen, Verändern, Verschweigen. damnatio memoriae im frühen Mittelalter (H.-W. Goetz) [S. 175]

Robert Gallagher/Edward Roberts/Francesca Tinti (Eds.), The Languages of Early Medieval Charters. Latin, Germanic Vernaculars, and the Written Word (C. Walther) [S. 177]

Rutger Kramer, Rethinking Authority in the Carolingian Empire. Ideals and Expectations during the Reign of Louis the Pious (813–828) (L. Dohmen) [S. 179]

Walahfrid Strabo, De imagine Tetrici. Das Standbild des rußigen Dietrich. Hrsg. von Tino Licht (D. Trump) [S. 181]

Peter Coss/Chris Dennis/Melissa Julian-Jones et al. (Eds.), Episcopal Power and Personality in Medieval Europe, 900–1480 (R. Lützelshwab) [S. 183]

Guibert von Nogent, Monodiae – Einzelgesänge. Bekenntnisse und Memoiren eines Abtes aus Nordfrankreich, 2. Teilbde. Hrsg. von Reinhold Kaiser und Anne Liebe (F. Rexroth) [S. 185]

Megan Cassidy-Welch, War and Memory at the Time of the Fifth Crusade (B. Gübele) [S. 186]

Fanny Münnich, Der sächsische Adel an den Universitäten Europas. Universitätsbesuch, Studienalltag und Lebenswege in Spätmittelalter und beginnender Frühneuzeit, 2 Teilbde. (R. Gramsch-Stehfest) [S. 188]

Osvaldo Cavallar/Julius Kirshner, Jurists and Jurisprudence in Medieval Italy. Texts and Contexts (S. Dusil) [S. 189]

Katrin Kogman-Appel, Catalan Maps and Jewish Books. The Intellectual Profile of Elisha ben Abraham Cresques (1325–1387) (I. Baumgärtner) [S. 191]

Gordon McKelvie, Bastard Feudalism, English Society and the Law. The Statutes of Livery, 1390–1520 (J. Peltzer) [S. 193]

Ionuț Epurescu-Pascovici (Ed.), Accounts and Accountability in Late Medieval Europe. Records, Procedures, and Socio-Political Impact (H. Kümper) [S. 194]

Jean de Bueil, Le Jouvencel. Translated by Craig Taylor and Jane H. M. Taylor (M. Prietzel) [S. 196]

Peter Rückert/Anja Thaller/Klaus Oschema (Bearb.), Die Tochter des Papstes. Margarethe von Savoyen. Begleitbuch und Katalog zur Ausstellung (A. Fößel) [S. 197]

Berndt Hamm, Spielräume eines Pfarrers vor der Reformation. Ulrich Krafft in Ulm (F. Reichert) [S. 198]

Gabriele Annas/Christoph Paulus, Geschichte und Geschichten. Studien zu den „Deutschen Berichten“ über Vlad III. Drăculea (M. Heiduk) [S. 200]

Klaus Herbers (Hrsg.), Hieronymus Münzer. Itinerarium (M. Prietzel) [S. 201]

Frühe Neuzeit

Josef Bongartz, Gericht und Verfahren in der Stadt und im Hochstift Würzburg. Die fürstliche Kanzlei als Zentrum der (Appellations-)Gerichtbarkeit bis 1618 (H. Weigl) [S. 203]

Heinrich Lang, Wirtschaften als kulturelle Praxis. Die Florentiner Salviati und die Augsburger Welser auf den Märkten in Lyon (1507–1559) (R. Reith) [S. 204]

Gasparo Contarini, The Republic of Venice. De magistratibus et republica Venetorum. Edited and introduced by Filippo Sabetti (D. Rando) [S. 207]

Colin Dupont, Cartographie et pouvoir au XVI^e siècle. L'atlas de Jacques de Deventer (I. Baumgärtner) [S. 208]

Elisabeth Heigl, Zwischen Selbstverwaltung und furor cameralisticus. Die Finanzverwaltung der Universität Greifswald 1566–1806 (H. Lück) [S. 210]

David Veevers, The Origins of the British Empire in Asia, 1600–1750 (W. Reinhard) [S. 212]

Nicholas Hammond, The Powers of Sound and Song in Early Modern Paris (U. Krampfl) [S. 213]

Anne Schillig, Hausgeschichten. Materielle Kultur und Familie in der Schweiz (1700–1900) (I. Schmidt-Voges) [S. 215]

Ricarda Vulpius, Die Geburt des Russländischen Imperiums. Herrschaftskonzepte und -praktiken im 18. Jahrhundert (L. Wedel) [S. 216]

Miriam Müller, Der sammelnde Professor. Wissensdinge an Universitäten des Alten Reichs im 18. Jahrhundert (B. Steiner) [S. 218]

Marco Cavarzere, Historical Culture and Political Reform in the Italian Enlightenment (S. Benz) [S. 220]

19.–21. Jahrhundert

Christian Kleinschmidt/Jan Logemann (Hrsg.), Konsum im 19. und 20. Jahrhundert (A. Schwarz) [S. 222]

Wiebke Reinert, Applaus der Robbe. Arbeit und Vergnügen im Zoo, 1850–1970 (A.-K. Wöbse) [S. 224]

Stephen Lovell, How Russia Learned to Talk. A History of Public Speaking in the Stenographic Age, 1860–1930 (R. Cvetkovski) [S. 226]

Hubert Wolf, Der Unfehlbare. Pius IX. und die Erfindung des Katholizismus im 19. Jahrhundert (S. Weichlein) [S. 229]

Shaul Katzir/Sagi Schaefer/Galili Shahr (Hrsg.), Made in Germany. Technologie, Geschichte, Kultur (S. Große-Wilde) [S. 231]

Konrad Dussel, Bilder als Botschaft. Bildstrukturen deutscher Illustrierter 1905–1945 im Spannungsfeld von Politik, Wirtschaft und Publikum (N. Domeier) [S. 233]

Anna Lux, Wissenschaft als Grenzwissenschaft. Hans Bender (1907–1991) und die deutsche Parapsychologie (D. Sawicki) [S. 235]

Konstantin Rapp, Napoleon und der „Vaterländische Krieg“ in Russland. Funktionen populärer Geschichtsdarstellungen im Jubiläumsjahr 1912 (F. Thunemann) [S. 236]

Christoph Regulski, Der Dank des Vaterlandes? Berufliche Perspektiven der Kriegsbeschädigten in Frankfurt am Main 1914–1933 (N. Dörr) [S. 238]

Judith Heß, Europäisierung des Gedenkens? Der Erste Weltkrieg in deutschen und britischen Ausstellungen (C. Regulski) [S. 240]

Ann-Katrin Fett, Briefe aus dem Krieg. Die Feldpost als Quelle von 1914 bis 1918 (G.-F. Budde) [S. 241]

Uwe Balder, Kleidung zwischen Konjunktur und Krise. Eine Branchengeschichte des deutschen Textileinzelhandels 1914 bis 1961 (R. Banken) [S. 243]

Markus Raasch (Hrsg.), Volksgemeinschaft in der Gauhauptstadt. Neustadt an der Weinstraße und der Nationalsozialismus (D. Dockter) [S. 245]

Udo Grashoff, Gefahr von innen. Verrat im kommunistischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus (M. Roth) [S. 247]

Wolfgang Huber, Dietrich Bonhoeffer. Auf dem Weg zur Freiheit (W. Benz) [S. 248]

Nina Härter, Inca Kola zwischen nationaler Identität und hybriden Kulturen. Werbediskurs, Konsumkultur und Marketinggeschichte eines peruanischen Identitätssymbols, 1935–1999 (U. Mücke) [S. 251]

Daniela Rütter, Der „Fall Nährwert“. Ein Wirtschaftskrimi aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs (M. Zierenberg) [S. 252]

Andrea Rudorff, Katzbach – das KZ in der Stadt. Zwangsarbeit in den Adlerwerken Frankfurt am Main 1944/45 (M. Buggeln) [S. 254]

Jan Niko Kirschbaum, Mahnmale als Zeitzeichen. Der Nationalsozialismus in der Erinnerungskultur Nordrhein-Westfalens (P. Erdmann) [S. 256]

Henning Tümmers, Nach Verfolgung und Vernichtung. Das Dritte Reich und die Deutschen nach 1945 (U. Jureit) [S. 257]

Kirsten Heinsohn/Rainer Nicolaysen (Hrsg.), Belastete Beziehungen. Studien zur Wirkung von Exil und Remigration auf die Wissenschaften in Deutschland nach 1945 (F. Link) [S. 259]

Rouven Janneck, Forschung und Unternehmenswandel. Die Steuerung der Unternehmensforschung und die Transformation der Bayer AG (1945–1984) (C. Marx) [S. 262]

Frank Beer/Markus Roth (Hrsg.), Von der letzten Zerstörung. Die Zeitschrift „Fun letstn churbn“ der Jüdischen Historischen Kommission in München 1946–1948 (E. Raim) [S. 263]

Wolfgang Jäger/Karl Lauschke/Jürgen Mittag (Hrsg.), Mitbestimmung im Zeichen von Kohle und Stahl. Debatten um die Montanmitbestimmung im nationalen und europäischen Kontext (C. Kopper) [S. 265]

Tanya Harmer/Alberto Martín Álvarez (Eds.), Toward a Global History of Latin America's Revolutionary Left (F. Schulze) [S. 266]

Andrea Franc, Von der Makroökonomie zum Kleinbauern. Die Wandlung der Idee eines gerechten Nord-Süd-Handels in der Schweizerischen Dritte-Welt-Bewegung (1964–1984) (B. Möckel) [S. 268]

Daniel Leese, Maos langer Schatten. Chinas Umgang mit der Vergangenheit (K. Mühlhahn) [S. 270]

Mark Schiefer/Martin Stief, Die DDR im Blick der Stasi 1983. Die geheimen Berichte an die SED-Führung (R. Jessen) [S. 271]

Kristina Spohr, Wendezeit – Die Neuordnung der Welt nach 1989 (W. Loth) [S. 273]

Eingegangene Bücher [S. 276]

Zitation

Historische Zeitschrift 314 (2022), 1. In: H-Soz-Kult, 13.02.2022, www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-115790.

Copyright (c) 2022 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

02) osteuropa 7/2021

siehe: < <https://dgo-online.org/> >



osteuropa 7 (2021)

Zeitschriftentitel

[Osteuropa](#)

Weiterer Titel

Der Geist der Zeit. Kriegsreden aus Russland

Herausgeber

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Erschienen

Berlin 2021: [BWV Berliner Wissenschafts-Verlag](#)

Erscheint

monatlich

Url

<https://zeitschrift-osteuropa.de/hefte/2021/7/>

ISBN

978-3-8305-5120-1

Anzahl Seiten

160 S.

Preis

Jahresabo 84 €, Einzelheft 10,00 €, Themenheft je nach Umfang 15,00 € oder 18,00 €,

Doppelheft 22,00 € oder 28,00 € zzgl. Porto

ISSN

[0030-6428](https://zeitschrift-osteuropa.de/hefte/2021/7/)

Kontakt

Institution

Osteuropa

Land

Deutschland

c/o

*Redaktion „Osteuropa“ Dr. Manfred Sapper, Dr. Volker Weichsel, Dr. Andrea Huterer,
Olga Radetzkaja, Margrit Breuer Schaperstraße 30 10719 Berlin Tel. 030/30 10 45 - 81 /
82 Fax 030/21 47 84 14 E-mail: osteuropa@dgo-online.org*

Von

Volker Weichsel, Redaktion, Redaktion OSTEUROPA

Die neue OSTEUROPA widmet sich dem Geist, der das Denken der politischen Führungsschicht in Russland im Jahr 2021 prägt. Er dokumentiert einen Namensartikel von Präsident Putin zur „Historischen Einheit der Russen und der Ukrainer“ sowie einen Text über den „Dritten Kalten Krieg“ von Sergej Karaganov. Andreas Kappeler und Jan Behrends liefern kritische Analysen. Für eine konstruktivere russische Ukrainepolitik wirbt Dmitrij Trenin. Außerdem im Heft: Verschärfte Kontrolle der Parteien nach der Dumawahl, Russlands Truppenübungen, Der USA-Russland-Gipfel in Genf, Auswirkungen der Wasserblockade auf der Krim, der Zustand der Osteuropa-Forschung in Deutschland.

Inhaltsverzeichnis

INHALT

Editorial

Der Geist der Zeit

S. 3

Tat'jana Stanovaja

Administrierte Parteien

Verschärfte Kontrolle nach der Dumawahl

S. 5

Pavel Fel'gengauer

Marsch nach Westen!

Ein riskantes Spiel: Russlands Truppenübungen

S. 9

Sergej Karaganov
Vom dritten Kalten Krieg
S. 15

Martin Malek
Der Gipfel
Russland-USA. Eine Beziehungsanalyse
S. 29

Russland und die Ukraine

Dokumentation
Vladimir Putin: Über die historische Einheit der Russen und der Ukrainer
S. 51

Andreas Kappeler
Revisionismus und Drohungen
Putins Text über Russen und Ukrainer
S. 67

Jan C. Behrends
Putins negative Ukraine-Politik
Hintergründe und Analogien
S. 77

Andreas Kappeler
Das historische Erbe der Ukraine
Schichten und Elemente: Ein Essay
S. 85

Dmitrij Trenin
Nähe neu denken
Welche Ukrainepolitik braucht Russland?
S. 109

Roland Götz
Wasserblockade
Die Ukraine, die Krim und Russland
S. 117

Aus der Osteuropaforschung

Alexander Libman, Niklas Platzner
Geschichte, Slawistik und der Rest
Osteuropaforschung in Deutschland
S. 133

03) Chilufim. Zeitschrift für Jüdische Kulturgeschichte 28 (2021)

Herausgeber

Zentrum für Jüdische Kulturgeschichte der Universität Salzburg

Erschienen

Wien 2021: [Phoibos-Verlag](#)

Erscheint

jährlich

Anzahl Seiten

123 S.

Preis

Abonnement für 1 Hefte im Jahr € 19,90 (zzgl. Versand); Einzelheft: € 24,90 (zzgl. Versand)

ISSN

[1817-9223](#)

Kontakt

Institution

Chilufim. Zeitschrift für Jüdische Kulturgeschichte

Land

Austria

PLZ

5020

Ort

Salzburg

c/o

Zentrum für Jüdische Kulturgeschichte der Universität Salzburg Universitätsplatz 1 5020

Salzburg Österreich/Austria

Von

Margarete Heinz, Zentrum für Jüdische Kulturgeschichte, Universität Salzburg

Der Band 28/2021 der Zeitschrift „Chilufim“ beinhaltet vier Beiträge aus verschiedenen Bereichen der Jüdischen Kulturgeschichte und einige Rezensionen zu Buchpublikationen: Die Themen der Aufsätze reichen von der spätmittelalterlichen jüdisch-christlicher Religionspolemik über Fragen zur Aktualität der Philosophie Walter Benjamins sowie Aspekte aus dem Leben und Werk Itzik Mangers bis zur aktuellen Problematik von künstlich hergestelltem Fleisch in Hinblick auf die jüdischen Speisegebote.

Inhaltsverzeichnis

INHALT

VLADISLAV ZEEV SLEPOY, Jüdische Polemik gegen das Christentum in Aschkenas im Spätmittelalter (S.1-29)

VIVIAN LISKA, Aspekte der Aktualität Walter Benjamins (S. 31-47)

REGINA HOPFGARTNER, „Bis 120!“ Dem Dichter Itzik Manger (1901–1969) zum 120sten Geburtstag (S. 49-71)

MICHAEL GASSNER, Sünde aus der Petrischale? Die Problematik von kultiviertem Fleisch im Kontext der jüdischen Speisegebote (S. 73-103)

Rezensionen

Maier, Lilly: Auf Wiedersehen, Kinder! Ernst Papanek. Revolutionär, Reformpädagoge und Retter jüdischer Kinder. Wien/Graz 2021 (ALBERT LICHTBLAU) (S. 105-108)
Louis Ginzberg's Legends of the Jews. Ancient Jewish folk literature reconsidered. Edited by Galit Hasan-Rokem and Ithamar Gruenwald. Detroit 2014 (MIHÁLY RISZOVANNIJ) (S. 108-112)

Meyer, Thomas: Was soll an meiner Nase bitte jüdisch sein? Zürich 2021 (JULIA STALLINGER) (S. 112-115)

Abstracts (S. 117-120)

Autorinnen und Autoren (S. 121-122)

Rezensentinnen und Rezensenten (s. 123)

ABSTRACTS

Vladislav Zeev Slepoy: Jüdische Polemik gegen das Christentum in Aschkenas im Spätmittelalter

In der zweitausendjährigen gemeinsamen Geschichte des Judentums und des Christentums bildete das religionspolemische Gespräch zwischen diesen beiden Religionen einen wesentlichen Bestandteil ihrer Begegnung. In der vorliegenden Untersuchung richtet sich der Blick auf die spätmittelalterliche jüdisch-christliche Religionspolemik im aschkenasischen Raum. Es sollen ihre Bedeutung und ihre Verlaufsmuster im gemeinsamen jüdisch-christlichen Alltag skizziert werden. Ferner wird die Religionspolemik als ein Element der jüdischen Selbstvergewisserung analysiert. Schließlich soll die Bedeutung der Polemik für eine gegenseitige Annäherung der Religionen erschlossen werden. Für die Analyse werden sowohl klassische religionspolemische Werke als auch bisher in diesem Kontext wenig beachtete Quellen (Responsen, Minhagim-Bücher) herangezogen.

In the two thousand years long common history of Judaism and Christianity, the religious polemical discourse between these two religions has been an essential part of their encounter. The present study focuses on the Judeo-Christian religious polemics in the Late Middle Ages in Ashkenaz. Its significance and patterns in the Judeo-Christian relationship will be outlined. Furthermore, particular accent will be put on the role of the anti-Christian religious polemics in the everyday life. Finally, the religious polemics as an element of the Jewish self-assurance will be analyzed, and the importance of religious polemics for the mutual rapprochement will be explored. The analysis is based both on classical polemic works and sources that have been but little used in this context so far (Responsa, Minhagim books).

Vivian Liska: Aspekte der Aktualität Walter Benjamins

Walter Benjamins Denken fordert zu immer neuen Interpretationen heraus. Dies liegt nicht nur an seinem Facettenreichtum und seiner Vielschichtigkeit, sondern an seinem historischen Index. Dieser liegt im Kern von Benjamins eigenem Aktualitätsbegriff, den er in erster Linie im Sinne des jeweiligen „Augenblicks der Gefahr“ artikuliert. Dieser Ansatz gilt, auf Benjamins eigenes Werk übertragen, ebenso für die theologische, philologische und politische Dimension seines Denkens. In diesem Sinne kann Benjamins heutige Aktualität an drei Beispielen erörtert werden: Giorgio Agambens Neuinterpretation des Benjamin'schen Messianismus, die philologische Debatte um den Wahlverwandschaften-

Aufsatz und das Nachleben des auf Paul Klees Angelus Novus bezogenen „Engel der Geschichte“ im heutigen Israel. Eine kritische Diskussion dieser unterschiedlichen Rezeptionsaspekte soll, vor dem Hintergrund von Benjamins eigenem Aktualitätsbegriff, das heutige Erbe Benjamins zum Tragen bringen.

Walter Benjamin's thinking invites to ever new interpretations. This is not only due to its multifacetedness and complexity, but also to its historical index. At the core of his work lies his understanding of Aktualität articulated primarily in view of the respective "moment of danger". Applied to Benjamin's own work, this approach applies equally to the theological, philological and political dimensions of his thought. Three examples can illustrate the relevance of this thought in the present: Giorgio Agamben's reinterpretation of Benjamin's messianism, the philological debate about Benjamin's important essay on Goethe's Elective Affinities, and the afterlife of the "Angel of History" inspired by Paul Klee's Angelus Novus in today's Israel. Against the background of Benjamin's own concept of topicality, a critical discussion of these different aspects of his reception explores the state of his legacy in the present.

Regina Hopfgartner: „Bis 120!“ Dem Dichter Itzik Manger (1901–1969) zum 120sten Geburtstag

Itzik Manger (1901–1969), einer der bekanntesten jiddischen Dichter wäre heuer 120 Jahre alt geworden. Im vorliegenden Essay werden prägende Einflüsse auf das Schaffen des „Prinzen der jiddischen Ballade“ besprochen. Sowohl der besondere Zeitgeist in Mangers Geburtsstadt Czernowitz, der multiethnischen Hauptstadt der Habsburger Provinz Bukowina, als auch die Biographie des außergewöhnlichen Poeten selbst, durchsetzt von schicksalhaften Ereignissen, fließen in Itzik Mangers Dichtung ein. Anhand einiger Balladen aus seinem Zyklus chumesch-lider (Pentateuch Gedichte, biblische Balladen, erschienen 1935) werden markante Aspekte seiner Arbeitsweise aufgezeigt. Manger vereint (scheinbare) Gegensätze wie Avantgarde mit Folklore, Sozialkritik mit Tradition und betrachtet man seine Behandlung der biblischen Frauenfiguren, mag man ihn wohl einen frühen Feministen nennen.

Itzik Manger (1901–1969), one of the most famous Yiddish poets, would have turned 120 this year. In this essay, formative influences on the work of the "prince of the Yiddish ballad" are discussed. Both the particular Zeitgeist of Manger's birthplace, Czernowitz, the multi-ethnic capital of the Habsburg province of Bukovina, and the biography of the extraordinary poet himself, interspersed with fateful events, flow into Itzik Manger's poetry. On the basis of some ballads from his cycle chumesch-lider (Pentateuch Poems, Biblical Ballads, published in 1935), striking aspects of his working method are shown. Manger combines (apparent) opposites such as avant-garde with folklore, social criticism with tradition, and if one considers his look on biblical female figures, one might call him an early feminist.

Michael Gassner: Sünde aus der Petrischale? Die Problematik von kultiviertem Fleisch im Kontext der jüdischen Speisegebote

Unsere Esskultur verändert sich. Neben veganen Alternativen für tierische Lebensmittel dreht sich seit einigen Jahren die Diskussion der Suche nach geeigneten Ersatzprodukten auch um die künstliche Herstellung von Fleisch in Labors. VerfechterInnen der Methode halten sie in nur wenigen Jahren für alltagstauglich und als wirtschaftlich, medizinisch und ökologisch sinnvollen Ersatz für Fleisch, das durch Schlachtung gewonnen wird. Doch die Einführung von sogenanntem „In-Vitro-Fleisch“ hat nicht nur Konsequenzen für unsere Ernährung, sondern auch für die jüdische religiöse Praxis. Der Fleischgenuss steht im

Mittelpunkt der jüdischen Speisegebote. Die Einführung von Laborfleisch würde die traditionellen halachischen Regelungen zum Fleisch größtenteils außer Kraft setzen. Dieser Beitrag skizziert die Meinungen jüdischer Sachverständiger und den bisherigen Stand der halachischen Diskussion zu In-Vitro-Fleisch und stellt sich der Frage, ob koscheres Laborfleisch ein Widerspruch in sich ist oder das Potenzial hat, die jüdische Küche zu bereichern und vielleicht sogar zu revolutionieren.

Our food culture is changing. Along with finding vegan alternatives for animal products, the production of cultured meat grown in laboratories has been a major point of discussion in the search of meat substitutes. Advocates of this method estimate that it might be fit for mass production within the next few years. Additionally, they emphasize the economical, medical, and ecological advantages of cultured meat. Its introduction, however, may not only affect our diet but also Jewish religious practice. The consumption of meat is one of the cornerstones of the Jewish dietary laws. The way cultured meat is produced presents a major problem, as the traditional halakhic rules regarding meat do not account for it. This paper outlines the opinions of Jewish experts and the halakhic discussions surrounding cultured meat. Furthermore, it deals with the question whether kosher lab-grown meat is a contradiction in itself, or whether it has the potential to enrich and possibly even revolutionize Jewish cuisine.

Zitation

Chilufim. Zeitschrift für Jüdische Kulturgeschichte 28 (2021). In: H-Soz-Kult, 13.02.2022, www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-115759.

Copyright (c) 2022 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de

Teil II Politische Themen, Inhaltverzeichnis

Seiten A I bis A IV

Themen global, die uns auch bewegen

Seiten A 1 - A 11

- 01)** Dr. Norbert van Handel – Russland und der Westen
- 02)** Putins Russland gegen die Ukraine: Es schaukelt sich hoch. Von Ed Koch
- 03)** Facebook: Ohne „korrupte Trampel“ und „miese Volksverräterinnen“ von „Faschistenparteien“ gehts bergab
- 04)** Wer ist schuld am (Welt-)Krieg? Putin spricht Klartext: Atlantische Kriegstreiber demaskiert!

Sonderthema Corona-Pandemie

Seiten A 12 - A 13

*Das Thema Corona-Pandemie wird von uns nicht mehr bearbeitet!
Siehe hierfür die Beiträge von „Unser Mitteleuropa“:*

<https://unser-mittleuropa.com/>

Wanderungen und Einwanderungen

Seiten A 14 – A 17

- 01)** Internes Papier: Sicherheitsbehörden warnen vor Faesers Migrations-Plan. Von N. Harbusch und P. Tiede
- 02)** EU-Länder sollen zur Migranten-Aufnahme per Strafzahlungen gezwungen werden
- 03)** Petition gegen Faesers Asylpolitik

Länder weltweit - im Überblick: Politische Themen *Seiten A 18 - A 36*

- 01)** Dr. Norbert van Handel – Ist die Neutralität gestorben?
- 02)** Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde 11.02.2022
- 03)** Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde 02.02.2022
- 04)** „Last Man Standing“-Games: Winterolympiade auf chinesisch

Länder außerhalb Europas: Politische Themen

Seite A 37

Keine Berichte

Europa, Europa und die Welt: Politische Themen **Seiten A 38 – A 50**

- 01) Frauen, die sich als Frauen bezeichnen sind sexistisch!
- 02) Winke, winke, Zuckerberg!
- 03) „Die Toleranz-Idologie des Westens ist ein neo-orwell'scher, multipluralistischer Toleranz-Totalitarismus“
- 04) „Die Größe ist wichtig“? Die demografische Krise in Osteuropa.
Von David Engels

Europäische Union (EU) (Seiten A 45 bis A 52)

- 05) Macron und polnische Illusionen. Ein Leitartikel von Paweł Lisicki

Mitteleuropa: Politische Themen **Seite A 51**

Keine Berichte

Deutschland und nahe Staaten: Politische Themen **Seiten A 52 – A 102**

- 01) Gedanken zur Wahl von Frank-Walter Steinmeier zum Bundespräsidenten und was dieser nach seiner Wahl zu sagen hatte!
- 02) Die Zeit der ersten Lockerungen kommt jetzt“. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (51, SPD) über die größten Gefahren für die Sicherheit in Deutschland und die Corona-Maßnahmen. Aus: B.Z. v. 13.02.2022, S.6/7
- 03) Auf Druck von Faeser: Sperren von TELEGRAM-Kanälen angelaufen – jetzt Apps-Stores im Visier
- 04) Verlängerter Arm von Schwab (WEF) zu Bearbock ins Außenamt Implantiert
- 05) Scholz – als Kanzler völlig talentfrei, international einfach nur peinlich
- 06) FDP-Abgeordnete feiern geplante Werbefreigabe für Abtreibungen in peinlicher Party-Laune (Video)
- 07) US-Präsident Biden droht Deutschland indirekt: Kein Gas aus Russland!
- 08) Nie wieder Krieg, ohne uns – meint Ed Koch
- 09) „Grünen“-Chef fordert im Bundestag: „Teile der Scharia sollen angewendet werden“
- 10) Berlin – Was macht eigentlich der neue Senat? fragt Ed Koch uns gibt zugleich die Antwort!
- 11) Dank grüner Energiewende: Erste deutsche Stadt bereitet Bürger via Brief bereits auf „Blackout“ vor
- 12) Fall Faeser und Skandale bei den Linken: Niemals entschuldigen, niemals Reue zeigen, niemals nachgeben

- 13) „Energiewende“: Zerstörung eines der wertvollsten Waldgebiete Deutschlands für Windräder hat begonnen
- 14) Selbsthass ist eine tickende Zeitbombe!
- 15) Abgrenzungsprobleme: Innenministerin Faeser schrieb für verfassungsfeindliches Blatt. Von N. Harbusch
- 16) Anbiederung an Mainstream erfolglos: RT DE durch Medienaufsicht eingestellt

Österreich (Seiten A 94 – A 102)

- 17) Österreich: Hoffnung auf Unabhängigkeit der Verfassungsrichter schwindet – politische Färbung aufgedeckt
- 18) Österreich: Regierung mit Rücken an der Wand – Keine Antworten bei PK
- 19) Sideletter vom 1.1.2019 als Beweis für ein Türkis-Grünes Intrigantenstadl?

Ostmitteleuropa: Politische Themen

Seiten A 103 – A 141

- 01) Ex-Soros-Direktor enthüllt: Medienberichte gegen Ungarn und Polen sind bewusst manipuliert. Von unserem Ungarnkorrespondenten Elmar Forster

Polen (Seiten A 106 – A 110)

- 01) EU-Politiker und Vizechef der EPP droht unverhohlen: Werden polnischer Gesellschaft bei „Regime Change“ helfen
- 02) Die USA und das außenpolitische Dilemma Polens. Von DAVID ENGELS

Ungarn (Seiten A 111 - A 138)

- 04) Wie die ungarische Block-Opposition mit Alinsky-Methoden eine Verschwörung inszenierte
- 05) Streit um Rechtsstaatlichkeit Orban deutet erstmals Ungarns EU-Austritt an
- 06) Ungarische Links-rechts-Opposition plant den Verfassungs-Umsturz. Ein Gastkommentar von Krisztina Koenen
- 07) Ungarischer Außenminister zur Ukraine-Krise: Keine NATO-Truppen auf unserem Territorium (UPDATE). Von unserem Ungarn-Korrespondenten Elmar Forster
- 08) Verleumdungs-Kampagnen westlicher Medien gegen Orban – Gibt es eine Verschwörung gegen Ungarn?

- 09)** Ungarischer Außenminister: Linke West-Eliten hassen uns, wegen erfolgreicher konservativer, nationaler, christlicher Politik.
Von unserem Ungarn-Korrespondenten Elmar Forster

Slowenien (Seiten A 139 bis A 141)

- 10)** Auch in Slowenien mischt das Verfassungsgericht auf Seiten der Linken Mit

Osteuropa: Politische Themen

Seiten A 142 – A 149

- 01)** Feindbild Deutschland. Historiker deuten den Geschichtsstrategen Putin.
Von Joseph Crottoru. FAZ Nr. 33 vom 11.02.2022, Seite N 3

Ukraine (Seiten A 94 bis A 95)

- 02)** Ukrainekrise – was wirklich dahintersteckt. Von REDAKTION
03) Ukrainekrise: Britische Außenministerin denkt, Baltikum läge am Schwarzen Meer
04) Sarah Wagenknecht zum Rußland-Ukraine-Konflikt: „Der Profiteur ist Washington“

Südosteuropa: Politische Themen

Seiten A 150

Keine Berichte

Süd- und Westeuropa: Politische Themen

Seiten A 151 – A 187

Italien (Seiten A 151 bis A 155)

- 01)** Turin: Senegalesische Drogenhändler übernehmen ganzen Stadtteil
02) Zum politischen (Mitte-Rechts-)Katzenjammer der Präsidentschaftswahlen in Italien. Von Salvatore Dell'Olio

Frankreich (Seiten A 156 bis A 185)

- 03)** Bernard Lugan: „Es sind im Wesentlichen unsere ehemaligen kolonialen ‚Untertanen‘, das Frankreich, ihr ehemaliges Mutterland, überschwemmen“
[Interview]

- 04) Jean-Marie Le Pen: „Die große Umvolkung findet vor unseren Augen statt, auch wenn diese Vorstellung bei vielen den Eindruck von Extremismus erweckt
- 05) Exklusives Interview mit Marine Le Pen: „Offensichtlich wurde meine Äußerung nicht verstanden“
- 06) Éric Zemmour: Frankreichs letzte Überlebenschance
- 07) Bruno Gollnisch zur Wahl in Frankreich: „Es besteht die Gefahr einer Spaltung des patriotischen Lagers“

S p a n i e n (Seiten A 186 bis A 187)

- 09) Spanien: Rechtspartei VOX als klarer Wahlsieger der Parlamentsneuwahl in der Region Kastilien und León. Von Eduardo García Serrano

Nordwest- und Nordeuropa: Politische Themen

Seiten A 188 – A 189

G r o ß b r i t a n n i e n (Seiten A 188 bis A 189)

- 01) Nächstes Desaster für UK-Außenministerin in Ukraine-Krise: Lavrov scherzte „als würde man mit einer Taubstummen debattieren“

Impressum

Mit Bildern unserer Geschäftsstelle in Berlin-Steglitz

Karte Großgliederung Europas/Begriff „Ostmitteleuropa“

2 Karten zur Geschichte Westpreußens

Westpreußen in Physisch-geographischen Karten

Karte des Königreichs Preußen und Karte der Provinz Westpreußen von 1871/78 – 1920

Seite A 190

Seite A 190

Seite A 191

Seite A 192

Seite A 193

Seite A 194

01) Dr. Norbert van Handel – Russland und der Westen

05. 02. 2022



Baron van Handel · Foto: privat

Festzuhalten ist, dass Russland auf eigenem Gebiet Manöver macht. Wie nahe oder ferne von der Grenze, ist eine zweite Frage. Die Bewegungen der NATO, dominiert von den USA, sind jedoch solche, die auf fremdem Gebiet, wenn auch in Bündnisverpflichtung gegenüber Mitgliedsstaaten der Nato, zu sehen sind.

Der westlichen Politik wäre es ein Leichtes gewesen Luft aus der Aggressionsblase zu nehmen, wenn zum Ausdruck gekommen wäre, dass es zwar den einzelnen Ländern überlassen bleiben muss, eine Mitgliedschaft bei der Nato anzustreben, dass aber seitens der Nato eine Aufnahme der Ukraine nicht angedacht ist. Eine Diplomatie dieser Art wäre wichtig gewesen, um langfristig die vor allem wirtschaftliche Partnerschaft mit Russland wieder auf normale Geleise zu bringen.

Wenn nun Präsident Putin mit Präsident Jinping spricht, so fragt man sich, was der Inhalt dieser Gespräche sein wird? Eine Überlegung wäre die, dass Putin Jinpingfragt, ob dieser bereit wäre das russische Gas zu westlichen Preisen anzunehmen. Würde China dies tun, könnte Putin mit einem Schlag vom Westen das bitter benötigte Gas abziehen.

Ein zweiter Teil des Gespräches könnte sein, dass eine wesentlich engere Verschränkung zwischen Russland und China stattfindet. China hat in etwa 10 mal so viel an Bevölkerung als Russland, während Russland eine zweimal so große Fläche hat. Das Bruttonationalprodukt Chinas andererseits ist etwa 10 mal so hoch, wie das Russlands. China ist reicher und moderner, Russland stärker. Stärker deshalb, weil die Truppenstärke als solches zwar in China etwa doppelt so groß ist, wie in Russland, andererseits aber Russland mehr als doppelt so viele Panzer und gepanzerte Kampffahrzeuge hat, weiters

eine Artillerie, die mehr als doppelt so groß ist und schließlich über 20 Prozent mehr an Flugzeugen und Helikopter verfügt. Hinsichtlich der Schiffe verhält sich zwar die Relation so, dass China 742 und Russland 664 hat, wobei die Modernität und die Ausrüstung hier nicht beurteilt werden kann. Ganz wichtig ist jedoch, dass China nur 280 Atomsprengköpfe, Russland aber 6490 besitzt.

Alles in allem: Die aggressive amerikanische Politik könnte dazu führen, dass östlich von Europa ein riesiger sozialistischer Block entsteht, Partnerschaften mit Russland fast nicht mehr möglich sind, was Europa, vor allem am Rohstoff-und Energie Sektor, mehr als hart treffen würde. Das Ergebnis der so genannten westlichen Diplomatie wäre also ein Totalschaden, hauptsächlich für Europa. Nur als kleine Anmerkung: dass Boris Johnson wohl nicht nur aufgrund seiner innerpolitischen Probleme aufgeregt in die Ukraine reist, ist nur ein Momentum in diesem Desaster.

Wichtiger ist, dass die Engländer immer nach Gelegenheiten suchen, wo sie begeistert schießen dürfen. Das war schon immer britische Politik. Man erinnert sich, dass etwa Elisabeth I. im 16. Jahrhundert durch lizenzierte Seeräuberei die spanischen, mit Gold und Silber beladenen Gallonen konfiszieren ließ, was einen großen Teil ihres Reichtums ausmachte. Die angloamerikanische Politik war auch im 19. Jahrhundert nicht anders, als die USA den Spaniern und Mexikanern Kuba, Texas, Neumexiko und andere Länder abpressten.

Dazu noch eine kleine Geschichte: 1916, knapp vor dem Tod des Kaisers, wurde der damalige k.u.k. Innenminister Erasmus von Handel zur Audienz befohlen und Franz Josef fragte ihn, wer seiner Meinung nach die größten Feinde Österreich-Ungarns wären. Handel antwortete: „Natürlich die Italiener Majestät!“ Der Kaiser jedoch meinte: „Sie irren Baron Handel, es sind die Engländer.“ –und wie recht hatte der alte Herr. Alles in allem eine Ausgangslage, die alles andere als hoffnungsfroh stimmt.

Dr. Norbert van Handel

04.02.2022, Steinerkirchen a.d. Traun

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Putins Russland gegen die Ukraine: Es schaukelt sich hoch. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 598-07

4. Februar 2022

47. Jahrgang

Es schaukelt sich hoch

Das ist nicht zu glauben. Da betreibt die russische Regierung einen Staatssender in Berlin ohne Lizenz. Quasi einen Piratensender. Das allein ist schlimm genug, ginge es nicht um „Russia Today“ (RT), einem üblen Propagandasender, der Verschwörungsmethoden und Lügen verbreitet. Es war überfällig, diesen Sender zu verbieten. Dass **Wladimir Putin** dieses Verbot als Angriff auf das, was er unter Pressefreiheit versteht, bewertet, war zu erwarten. Als Gegenschlag das Büro der *Deutschen Welle* in Moskau zu schließen, zeigt erneut, was Gelstes Kind der russische Präsident ist. Wo bleiben die Protesterklärungen von **Gerhard Schröder** und **Matthias Platzeck**? Sie schweigen zu allem, was Putin anstellt, kreischen aber los, wenn andere es wagen, Kritik an Zar Wladimir zu üben.

Selbst 100.000 Soldaten an der ukrainischen Grenze in Bereitschaft zu stellen, es aber als Provokation zu bezeichnen, wenn die USA 2.000 Soldaten in europäische NATO-Staaten entsenden, ist fast schon krankhaft. Es ist keineswegs abwegig, dass Putin einen Vorwand sucht, um sich die Ost-Ukraine unter den Nagel zu reißen. Den USA liegen entsprechende Informationen vor, denen man Glauben schenken sollte. Dass Putin in die Ukraine einmarschiert, ist nur noch eine Frage der Zeit.

Die freie Welt, also wir, haben die Annexion der Krim meckend hingenommen. Die verhängten Sanktionen gingen Putin am Allerwertesten vorbei. Nach der Besetzung der Krim im März 2014 wurde Nord Stream 2 munter weitergebaut und im Juni und September 2021 fertiggestellt. Alle Sanktionsmöglichkeiten lagen auf dem Tisch, wenn Putin in die Ukraine einmarschiert, verkünden mantraartig die Mitglieder unserer Bundesregierung. Was soll denn das für ein Tisch sein, auf den die möglichen Sanktionen passen? Höchstens doch ein Beistelltisch 40 x 40 cm.

Unsere Abhängigkeit von Putin ist viel zu groß, als dass wir im Ernstfall nicht die Freiheit der Ukraine auf dem Gasrill opfern würden. 55 Prozent unseres Gasbedarfs kommt aus Russland. Putin, der sich schon öfter als völlig schmerzfrei erwiesen hat, könnte, wenn ihm unser Geschrei zu heftig wird, kurzfristig die Gastlieferungen stoppen. Sollte ihre Wohnung mit Gas beheizt werden, ist es sinnvoll, sich schon mal ein paar elektrische Heizkörper anzuschaffen, bevor sie im Bauhaus und bei Hornbach knapp werden. Sanktionen sind ein stumpfes Schwert. Am längeren Hebel sitzt Putin. Seit 884

v.Chr. gilt der „Olympische Frieden“, was bedeutet, dass während der Spiele keine Kriegshandlungen vorgenommen werden. Daran hat sich Putin 2014 gehalten und nicht während der Winterspiele in Sotchi im Februar, sondern erst danach im März die Krim besetzt.

Heute werden in Peking die beiden gefährlichsten Männer der Gegenwart, freundlich lächelnd und ihrer Überlegenheit bewusst, die Olympischen Winterspiele eröffnen. **Xi Jinping** und **Wladimir Putin** sind zwei Clanbosse der besonderen Art, weil alle ihre kriminellen Handlungen ohne Folgen bleiben. Xi hat es im Gegensatz zu Putin schon geschafft, in den Lehrplänen der Schulen seines Landes ein eigenes Unterrichtsfach implementiert zu haben. So wie früher jeder mit der kleinen Mao-Bibel unterwegs sein musste, gelten heute die weisen Worte des gottgleichen Führers Xi.

Durch unglaubliche Raubzüge in der westlichen Welt ist China zu seiner Spitzentechnologie gelangt. Die Plagiate „Made in China“ können wir für wenig Geld kaufen und unsere teureren Originale verrotten lassen. China kauft sich mit einer atemberaubenden Geschwindigkeit durch die Welt. Alles, was sich links und rechts der neuen Seidenstraße befindet, hat China aufgekauft. Die Infrastruktur ist fest in chinesischer Hand. Die aggressive Beutepolitik Chinas in Afrika ist erschreckend. Den meist armen Staaten werden Infrastrukturprojekte geradezu geschenkt, wenn man dafür Zugriff auf die Rohstoffe erlangt, verbunden mit entsprechendem politischen Einfluss.

Zwar sind die USA mit 20,9 Billionen Dollar noch immer das Land mit dem höchsten Bruttoinlandsprodukt, aber China folgt auf Platz zwei mit 14,9 Billionen Dollar. Der Abstand schmilzt. Den Vergleich der militärischen Stärke mit den USA hat China längst nicht mehr zu fürchten. Unsere Abhängigkeit von China ist furchterregend. Schauen Sie sich alles an, was in ihrer Wohnung steht, das Zeichen „Made in China“ werden Sie sehr häufig finden. Wir sind nicht einmal in der Lage, Masken und Corona-Tests selbst herzustellen. Auf jeder Packung steht „Made in China.“ China hat seine Stärke der Tatenlosigkeit und Unfähigkeit der freien Welt zu verdanken.

Xi Jinpings Lebensziel ist es, Taiwan „Heim ins Reich“ zu holen. Wir haben bei Hongkong zugeschaut und werden auch bei Taiwan zuschauen. Und noch während unsere Empörung anhält, unterschreiben wir den Bestellschein für ein paar Millionen Masken. Ein Glück, dass wir wenigstens einen eigenen Impfstoff haben.

Ed Koch

03) Facebook: Ohne „korrupte Trampel“ und „miese Volksverräterinnen“ von „Faschistenparteien“ gehts bergab

04. 02. 2022



Zensur und Datenschutz lässt Facebook-Aktie abstürzen. Glawischnig vs. Facebook - kein korrupter Trampel bei Facebook trägt nicht zur Beliebtheit der Plattform bei (Bildmontage unser-mittleuropa)

Facebook hat in den letzten Tagen nicht nur eine weitere Million User, sondern auch 220 Milliarden US\$ an Börsenwert verloren. ^{1.)}

Mark Zuckerberg trauert fast 20 Mrd. nach, nachdem der Aktienkurs von Facebook am Donnerstag innerhalb kürzester Zeit um rund 25 Prozent auf knapp 235 \$ fiel (und weiter fällt). Das Wachstum der Plattform blieb weit hinter den Erwartungen der Investoren zurück und zudem verliert Facebook immer mehr Nutzer, die vom Fratzenbuch und seinen Zensurmaßnahmen die Nase voll haben.

Dabei erweist sich nicht nur die wachsende Konkurrenz durch andere Plattformen wie TikTok, [Gettr](#), usw. sondern vor allem der Datenschutz als Hemmschuh. Insbesondere die Folgen von Apples Maßnahmen für mehr Datenschutz auf dem iPhone drücken die Gewinne. Viele iPhone-Kunden lehnen es nämlich ab ihr Verhalten zu Werbezwecken quer über verschiedene Dienste und Websites nachverfolgen zu dürfen, wodurch FB die Werbung nicht mehr genau auf die Zielgruppen zuschneiden kann, was jedoch der Kern von Zuckerbergs Geschäftsmodell wäre. Dazu erweist sich das „Metaverse“ als Verlustgeschäft. das bereits eine Minus von mehr als 10 Mrd. Dollar angehäuft hat.

Zensur als Hemmschuh für das Wachstum

Einen weiteren Schlag musste Facebook von Österreichs ehemaliger Parteiobfrau der Grünen, Eva Glawischnig-Piesczek einstecken: Sie war vor fünf Jahren gegen Facebook vor Gericht gezogen um zu verhindern, dass man sie dort als „*miese Volksverräterin*“, „*korrupten Trampel*“ und Mitglied einer „*Faschistenpartei*“ bezeichnet. Das Handelsgericht Wien hat entschieden, dass Facebook das Posting sowie wort- und sinngleiche Beiträge weltweit löschen und die Daten des verantwortlichen Nutzers bekanntgeben muss. Darüber hinaus muss das Urteil weltweit auf der FB-Startseite veröffentlicht werden.

Überraschend nahm Facebook das Urteil nun an und zeigt es ab sofort ein halbes Jahr lang für alle Besucher gut sichtbar in fettem Rahmen.

Solche Urteile halten natürlich weitere kritische User davon ab, Facebook zu nutzen und fördern deren Abwandern zu anderen, zensurfreien Plattformen.

Ob die Ex-Grüne, die 2017 von ihren politischen Ämtern zurücktrat um als Lobbyistin für den Glücksspielkonzern Novomatic tätig zu werden, gut beraten war, zu erzwingen, dass das Urteil weltweit in vollem Wortlaut zu veröffentlichen ist zweifelhaft. Bisher kannten sie noch nicht alle 2,91 Milliarden FB-User und nur ein geringer Promillesatz wusste was manche Menschen von ihr halten. Das sieht die Anwältin der Klägerin als „*Sieg auf allen Ebenen*“, wie im Kurier zu lesen war ^{2.)} Trotzdem prüft sie, ob es damit getan ist, dass man das Urteil erst nach einem Klick auf den Button in vollem Umfang sehen kann – sie würde es begrüßen, wenn jeder User sofort beim Aufrufen der Facebook Startseite den vollen Wortlaut des Urteils samt der Einschätzung des Hassposters (m, w, d !?) auf jedem Browser und in allen Landessprachen zu lesen bekommt. Nun, gut hier ist sie : (*Transdanubier*)



Facebook-Glawischnig Urteil: Kein korrupter Trampel, keine miese Volksverräterin und kein Mitglied einer Faschistenpartei. (Screenshot Cafe Puls4)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Wer ist schuld am (Welt-)Krieg? Putin spricht Klartext: Atlantische Kriegstreiber demaskiert!

01. 02. 2022



Bild: Screenshot YouTube

Wladimir Putin auf PK am 23.12.2021 in Simultanübersetzung:

https://www.youtube.com/watch?v=Y0CU_isi0aE

Atlantische Landeseliten rüsten zur letzten Schlacht

Seit seiner Rückkehr zur Macht am 20.1.2021 versucht der Tiefe Staat, die von Trump erfolgreich abgewürgte Kriegspolitik von noch Obama, wieder neu anzuzünden. Die Fieberträume der atlantischen Kriegstreiber sehen vor, über das Auslösen eines begrenzten Atomkriegs in Europa an den US-Siegersglanz aus dem Jahr 1945 noch einmal anzuknüpfen. Nur über Krieg vermeint die vormalige Weltpolizei ihre immer weiter fortschreitende globale Demontage noch abwenden zu können. Als neues Sarajewo war (Abschuss Malaysia Airlines MH17) bzw. ist als Schauplatz einmal mehr die Ukraine ausersehen: Klappt es das nächste Mal?

Vor jenem Hintergrund teilte der russische Verteidigungsminister, Sergey Shoygu, am 21.12.2021 mit, dass private US-Militär-Kontraktoren des Westens in der Region Donezk ukrainische Spezialkräfte ausbildeten, um sie mit einer Provokation unter falscher Flagge – chemische Waffen inklusive – gegen Russland loszulassen. Wie so etwas abläuft, durfte man zuletzt dank sogenannter *Weißhelme* in Syrien erleben.

Zeitgleich wird aus patriotischen US-Kreisen kolportiert, dass der *Tiefe Staat* vor Ort in den USA einen Cyberangriff mit Kollateralschäden vorbereite und die Dienste über Medien im Nachgang versuchen würden, die Attacke nur Russland unterzuschreiben.

Vor diesem Hintergrund ist das Narrativ der atlantischen Lügenpresse zu verstehen: Mit geballter Medienmacht wird versucht der Russischen Föderation die Absicht auf einen Angriffskrieg anzudichten. Und die atlantischen Medienschreiber versuchen, über das Mittel der *Begriffsumkehr* – sprich Falschmeldungen – die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von den dunklen Machenschaften der eigenen Seite wegzuziehen.

Putin erteilt der Systempresse Nachhilfeunterricht

Russlands Präsident Wladimir Putin hat auf seiner traditionellen Pressekonferenz zum Jahresende Fragen von Medien aus aller Welt beantwortet. Der Anlass bot Putin die Gelegenheit im Zuge der Fragen von der Russland Korrespondentin, Diana Magnay, von Sky News allen Opfern des westlichen Medienkartells den längst überfälligen Geschichts- & Politikunterricht zu erteilen.

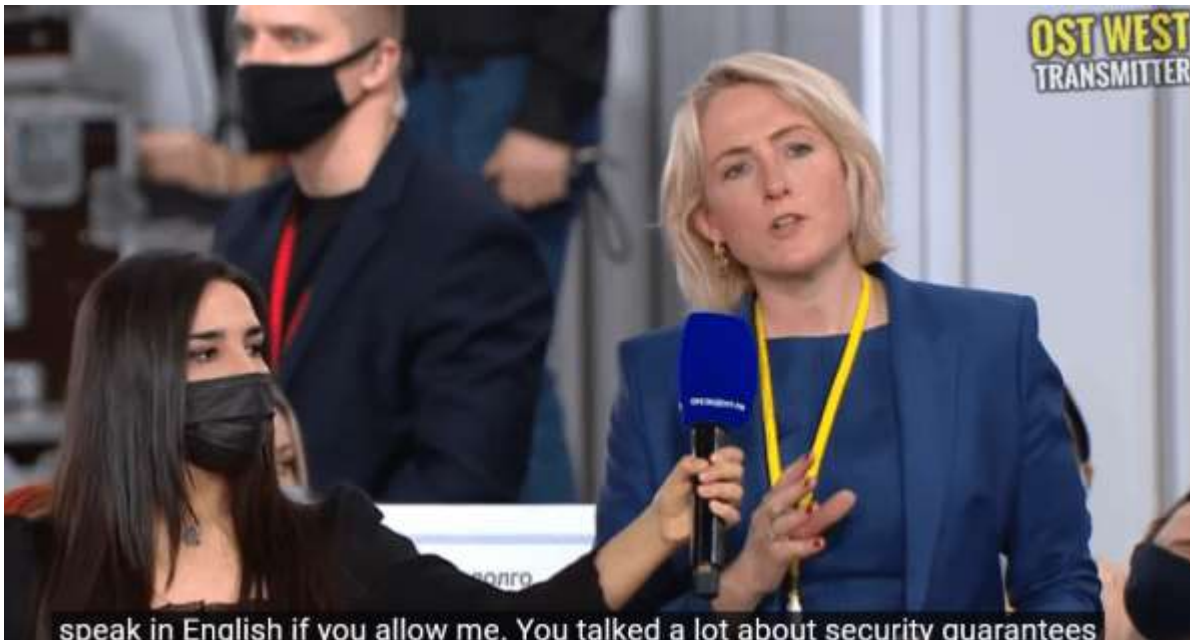


D. Magni: Thank you for accepting my question. I will

Sky

News Korrespondentin an Putin: „... können Sie garantieren nicht anzugreifen?“

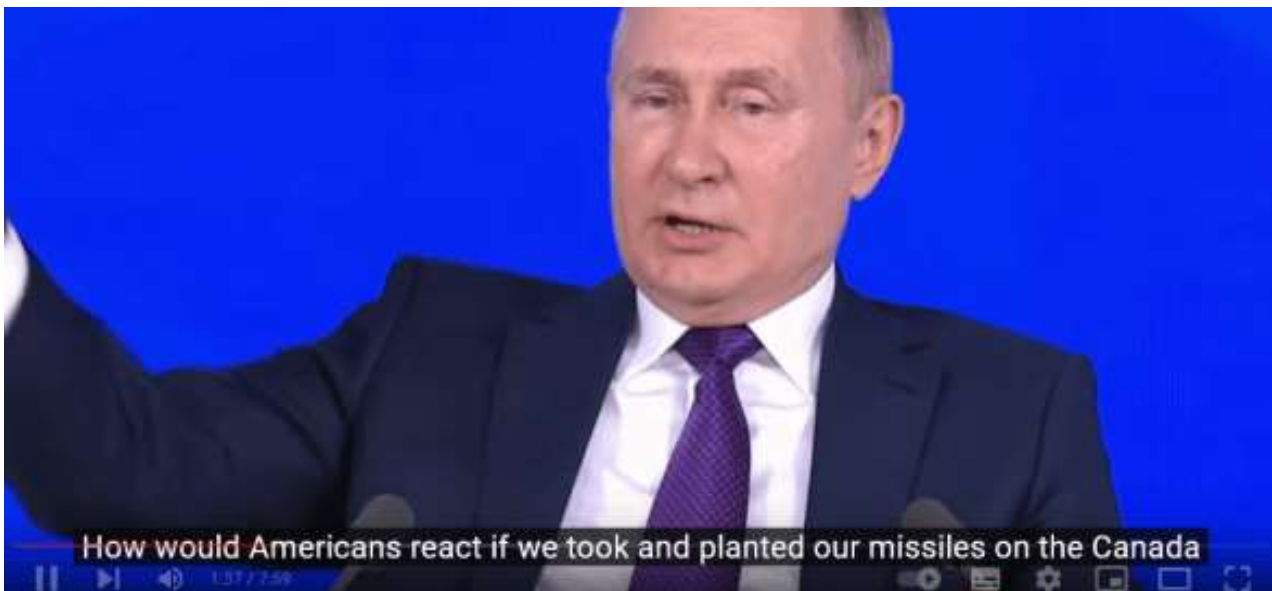
Sky News: Vielen Dank, dass Sie meine Fragen annehmen. Ich werde auf Englisch sprechen, wenn Sie gestatten:



Sie haben viel über Sicherheitsgarantien gesprochen und jetzt erleben wir neue Vorschläge. Sie sagten auch, dass Sie nicht die Absicht haben, die Ukraine anzugreifen. Können Sie unmissverständlich garantieren, dass Sie nicht die Ukraine oder einen anderen souveränen Staat wirklich angreifen werden oder wird das vom Fortgang der Verhandlungen abhängen?

Und noch eine Frage. Was kann der Westen, nach Ihrer Meinung an Russland oder seinen Absichten nicht verstehen? Danke!

Wladimir Putin: In Bezug auf Garantien bzw. ob irgendetwas vom Fortgang der Verhandlungen abhängen wird: Unsere Handlungen werden nicht vom Verlauf der Verhandlungen abhängen, sondern von der bedingungslosen Gewährleistung der Sicherheit Russlands heute und in historischer Perspektive. In dieser Hinsicht haben wir klar und deutlich gemacht, dass die weitere Ausdehnung der NATO in Richtung Osten inakzeptabel ist. Was ist hier nicht klar? Stellen wir Raketen in der Nähe der Grenzen der Vereinigten Staaten auf? Nein!

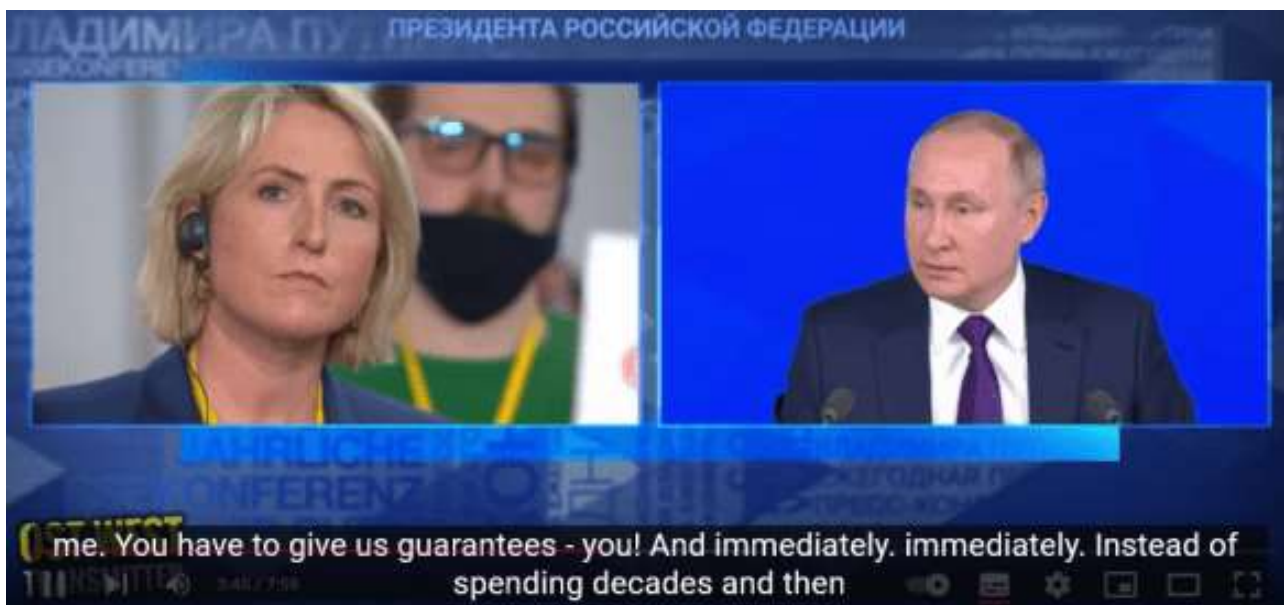


Andererseits sind es die USA, die mit ihren Raketen nahe unserer Heimat bzw. bereits auf der Türschwelle unseres Hauses stehen. Scheint es zu viel verlangt, auf eine Nicht-Verlegung von Angriffssystemen an unsere Landesgrenzen zu bestehen? Was ist hier ungewöhnlich? Wie würden die Amerikaner reagieren, wenn wir unsere Raketen an die US-Grenzen zu Kanada oder Mexiko gebracht und dort aufgestellt hätten?

Oder hatten Mexiko und die USA nie territoriale Probleme? Wem gehörte Kalifornien zuvor – wie steht es um Texas? Habt Ihr das vergessen? Okay, alles hat sich beruhigt, niemand will sich daran erinnern, wie man sich heute an die Krim erinnert? Wunderbar: Auch wir versuchen nicht zu erinnern, wie die Ukraine entstanden ist. Wer hat sie gegründet? Wladimir Iljitsch Lenin, als er die Sowjetunion gründete: Der Unionsvertrag von 1922 und 1924 mit der Verfassung. Zwar nach seinem Tod, aber nach seinen Grundsätzen wurde die Ukraine gegründet.

Das hier ist eine Frage der Sicherheit – lassen wir die Geschichte weg – es geht jetzt um die Gewährleistung der Sicherheit. Deshalb ist uns der Verhandlungsverlauf nicht wichtig, sondern das Ergebnis. Als ob wir das alles nicht wissen! Ich habe es schon oft gesagt, und Sie wissen es wahrscheinlich auch: Keinen Zentimeter nach Osten, hieß es in den 90er Jahren – und (was geschah)? (Wir wurden) betrogen! Sie haben uns einfach dreist belogen: Fünf Wellen an NATO-Erweiterungen – und jetzt? Jetzt sind es Rumänien und Polen, wo entsprechende Angriffssysteme aufgestellt werden.

Darum geht es – verstehen Sie es endlich? Nicht wir bedrohen jemanden. Sind wir etwa an die Grenzen der USA gekommen? Oder an die Grenzen von Großbritannien oder wo anders hin? Zu uns sind sie gekommen und jetzt sagen sie noch: Nein, jetzt wird die Ukraine auch in der NATO sein. Dann wird es auch dort die Systeme geben. Wenn nicht als NATO-Mitglied, dann gäbe es die Systeme auf bilateraler Basis. Davon reden wir hier!



Und Sie verlangen Garantien von mir. Sie müssen uns Garantien geben: Sie! Und zwar unverzüglich – sofort! Anstatt jahrzehntelang mit milden Worten über die Notwendigkeit von Sicherheitsversprechen zu reden, doch inzwischen das auszuführen, was sie vorhatten. Darum geht es. Bedrohen wir irgendjemanden?

Was war der zweite Teil (Ihrer Frage)? Wiederholen Sie das bitte.

Sky News: Was versteht der Westen, Ihrer Meinung nach, nicht an Russland?



Wladimir Putin: Wissen Sie, was wir verstehen, was Ihr versteht oder was Ihr nicht versteht: Manchmal kommt es mir vor, wie leben in verschiedenen Welten. Ich habe von offensichtlichen Dingen gesprochen – wie kann man das nicht verstehen? Ihr sagtet: „Wir werden nicht expandieren!“ Doch Ihr fährt fort, weiter zu expandieren. Ihr sagtet: „Es wird im Rahmen einer Reihe internationaler Abkommen gleiche Garantien für alle geben!“ Aber wir sehen, es gibt keine Gleichheit oder gleiche Sicherheitsgarantien.

Beachten Sie dies: Seinerzeit im Jahr 1918 sagte einer der Assistenten von Woodrow Wilson, dem Präsidenten der Vereinigten Staaten: *„Die ganze Welt wäre heute ruhiger und sicherer, wenn das riesige Russland durch einen Staat in Sibirien und vier weitere in seinem europäischen Teil ersetzt werden könnte.“*

Das wurde 1918 gesagt und 1991 haben wir uns selbst geteilt: In 12 Teile meine ich – richtig! Aber ich habe den Eindruck, dass es unseren Partnern nicht reicht und ihnen Russland heute immer noch zu groß scheint. Europäische Länder haben sogar eine Union gegründet, weil die europäischen Staaten selbst zu klein geworden sind – keine großen Imperien, sondern kleine Staaten, mit 60 bis 80 Millionen Einwohnern. Und nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, sind noch 146 Millionen geblieben. Doch selbst das scheint dem Westen zu viel. Ich glaube, dass dies die einzige Erklärung für diesen konstanten Druck gegen uns darstellt. Seinerzeit in den 1990er Jahren tat die Sowjetunion alles, um normale Beziehungen zum Westen und zu den Vereinigten Staaten herzustellen. Ich habe es schon zuvor gesagt, doch wiederhole es gerne für Ihre Zuseher und Zuhörer – ich erinnere mich nicht, von welchem Medium Sie kommen – aber es spielt keine Rolle:

In unseren Einrichtungen für Atomwaffen – sprich im Bereich des Militärischen Komplexes – gab es Vertreter der zuständigen amerikanischen Dienste. Sie gingen dorthin zur Arbeit – in die Einrichtungen des russischen Atomwaffenkomplexes und verbrachten dort ganze Tage. Zahlreiche Berater arbeiteten innerhalb der russischen Regierung, darunter Mitarbeiter der CIA. Was wollten sie noch mehr? Warum sahen sie die Notwendigkeit, Terroristen im Nordkaukasus einzusetzen und terroristische Organisationen zu unterstützen mit dem Versuch die Russische Föderation aufzubrechen? Das genau taten sie und ich als ehemaliger Direktor des FSB weiß es genau: Wir arbeiteten mit Doppelagenten und diese

berichteten uns, welche Aufgaben ihnen die westlichen Nachrichtendienste gestellt hatten. Aber warum mussten sie das tun? Man hätte anders handeln und Russland ggf. als möglichen Verbündeten ansehen und stärken können. Aber das Gegenteil fand statt mit dem Versuch Russland aufzuspalten: Man begann die NATO in Richtung Osten zu erweitern. Natürlich sagten wir: „Tut das nicht – Ihr habt uns doch versprochen, das bleiben zu lassen.“ Doch sie sagen zu uns: „Wo steht das geschrieben? Nirgends? Was wollt Ihr? Verschwindet – was scheren uns Eure Sorgen!“ So ging es weiter von Jahr zu Jahr. Jedes Mal, wenn wir dagegen sprachen oder versuchten Einspruch zu erheben, war die Antwort: „Nein – Ihr könnt Bedenken haben, wie immer Ihr wollt, wir werden tun, was zu tun ist...“ Eins, zwei, drei, vier, fünf – fünf Expansionswellen mussten wir erleben: Was können sie nicht verstehen? Was ist hier unklar? Ich denke, alles ist mehr als klar: **Wir möchten unsere Sicherheit gewährleisten!**

Erstellung des Transkripts: Unser Mitteleuropa

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

*Das Thema Corona-Pandemie wird von uns nicht mehr bearbeitet!
Siehe hierfür die Beiträge von „Unser Mitteleuropa“:*

<https://unser-mittleuropa.com/>

Spenden

Für jede Spende (PayPal, Kreditkarte oder Banküberweisung) ab € 10.- erhalten Sie als Dankeschön auf Wunsch ein Dutzend Aufkleber portofrei und gratis! In diesem Fall geben Sie uns bitte eine Lieferadresse bekannt, unter:

unser-mittleuropa@protonmail.com

10 Euro Spende	12 Aufkleber
20 Euro Spende	30 Aufkleber
40 Euro Spende	100 Aufkleber
100 Euro Spende	250 Aufkleber

Größere Mengen auf Anfrage

Möchten Sie uns via Banküberweisung unterstützen, finden Sie folgend unsere Kontodaten:

New Network Communications
IBAN: PL52 1020 2472 0000 6602 0609 1252
BIC: BPKOPLPW

Vielen Dank!



Für jede Spende (PayPal oder Banküberweisung) ab € 10.- erhalten Sie als Dankeschön auf Wunsch ein Dutzend Aufkleber portofrei und gratis! [Details hier.](#)

<https://unser-mittleuropa.com/spenden/>

Für Bestellungen unseres neuen Aufklebers „Impfzwang“ klicken [Sie hier.](#)

<https://unser-mittleuropa.com/sticker-aktion/>



Auf Anregung unserer impfskeptischen Leser:
SONDER-EDITION „IMPfZWANG“
runde Aufkleber
9,5 cm Durchmesser
30 Stk.  **€ 19,⁹⁰** inkl. Porto
Jetzt mit einem Klick bestellen ...
... und per PayPal, Kreditkarte oder Banküberweisung bezahlen.

Limitierte Auflage

01) Internes Papier: Sicherheitsbehörden warnen vor Faesers Migrations-Plan.
Von N. Harbusch und P. Tiede

Berlin – Als Olaf Scholz (63, SPD) sie am Nikolaustag 2021 als künftige Bundesinnenministerin vorstellte, kannte Nancy Faeser (51, SPD) nur ein Thema: „Kampf gegen rechts“. Mehr fiel ihr zur Sicherheitslage Deutschlands nicht ein.

Dafür sind jetzt die deutschen Sicherheitsbehörden alarmiert – und zwar wegen Faesers geplanter Migrationspolitik. Konkret geht es um die Ankündigung der Ministerin, sie wolle eine „Koalition der Willigen“ unter den EU-Staaten schmieden. Also eine Koalition, die mehr reguläre Migranten aufnehmen will.

Die Sicherheitsbehörden befürchten in einer internen Einschätzung für das Kanzleramt (liegt B.Z. vor): Das wird die Flüchtlingsströme spürbar beeinflussen. Demnach werde – neben Entwicklungen in der Türkei, Griechenland, Afghanistan und gezielten Aktionen anderer Staaten (zuletzt Belarus) – vor allem die deutsche Politik selbst entscheidend sein für den Druck auf die Schleuser- und Flüchtlingsrouten.

► Faesers „Koalition der aufnahmebereiten Mitgliedsstaaten“ würde das Ausmaß der illegalen Migration direkt beeinflussen, warnten die Experten unter Berufung auf das Gemeinsame Analyse- und Strategiezentrum illegale Migration“ in einer Runde mit Kanzleramtschef Wolfgang Schmidt (51, SPD) Anfang des Monats.

► Auch die Ankündigung, künftig Gruppen, die im Mittelmeer Flüchtlinge aufnehmen, zu unterstützen, würde zum Anstieg des Migrationsdrucks führen.

Am Wochenende hatte bereits ein früherer Artikel Faesers in der Zeitschrift „antifa“ des linksextremen VVN-BdA für heftigen Wirbel gesorgt (B.Z. berichtete). Nun die Warnung der Sicherheitsbehörden!

Der EU-Abgeordnete Markus Ferber (57, CDU) meint: „Die Bundesinnenministerin ist unserem Land und nicht der Antifa verpflichtet. **Ihre Refomversuche in der europäischen Flüchtlingspolitik werden für Deutschland zum Sicherheitsrisiko.**“

Innenministerin Nancy Faeser (51, SPD) soll sich auf Antrag der Union am 16. Februar vor dem Innenausschuss erklären.

Aus: B.Z. vom 08.02.2022, Seite 19.

02) EU-Länder sollen zur Migranten-Aufnahme per Strafzahlungen gezwungen werden

07. 02. 2022



Bild: shutterstock

LILLE – Länder der EU, die keine Migranten aufnehmen wollen, sollen künftig dafür zahlen müssen. „Wer keine Aufnahme von Flüchtlingen möchte, wird zu einem hohen finanziellen Beitrag verpflichtet“, sagte der französische Innenminister Gérald Darmanin nach einem informellen Treffen der EU-Innenminister am Donnerstag in Lille. Auf dieses Prinzip hätten sich die Teilnehmer einstimmig geeinigt, sagte er.

Allerdings müssten noch zahlreiche Details geklärt werden, insbesondere der Schlüssel der Verteilung und die Höhe der finanziellen Beteiligung. Er gehe davon aus, dass sich sehr viele Länder an der Aufnahme der Migranten beteiligen werde, sagte Darmanin.

Vorbild sei das Abkommen von Valletta, in dem sich 2019 erstmals mehrere Staaten auf eine geordnete Verteilung von Bootsflüchtlingen geeinigt hatten. Im Unterschied dazu solle die Aufnahme oder die finanzielle Beteiligung künftig aber verpflichtend sein.

Parallel dazu sollen Migranten nach ihrer Ankunft umfassender registriert und mit Blick auf ihre Asylaussichten gefiltert werden. „Wenn das an den EU-Außengrenzen so geschieht, wie wir uns das vorstellen, wird der Migrationsdruck abnehmen“, sagte Darmanin. Frankreich setzt sich unter anderem dafür ein, Migranten auch mit Fotos und biometrischen Daten zu erfassen und Datenbanken miteinander zu verknüpfen.

Auch da seien noch viele Details offen. „Bedeutet das, dass wir die Menschen an der Grenze festhalten? Wie lange? (...) Und unter welchen Bedingungen?“, sagte Darmanin. Diese Fragen sollten auf dem EU-Gipfel im März besprochen werden.

Dieser Beitrag erschien erstmalig auf [EPOCH TIMES](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Petition gegen Faesers Asylpolitik

02. 02. 2022



civil petition



KAMPAGNEN SPENDEN WIR



Petition gegen die unbegrenzte Zuwanderung und Faesers Migrationspläne (screenshot)

Vor dem Hintergrund der Asyl- und Migrationspolitik von Nancy Faeser (SPD), die zu einer neuen Migrationswelle wie im Herbst 2015 führen kann ruft der Verein Zivile Allianz e.V. von Sven von Storch dazu auf, eine [Petition](#) gegen die Pläne der Innenministerin zu unterzeichnen.

BUNDESKANZLER SCHOLZ, STOPPEN SIE FAESERS ASYLPOLITIK!

Lautet das Anliegen der Kampagne von [civil petition](#), mit dem Ziel, nicht nur die Politik Faesers, die mit den Prinzipien des Grundgesetzes (das feststellt, daß in Deutschland nur Asyl beantragen darf, wer nicht aus einem sicheren Drittstaat kommt) unvereinbar ist zu stoppen, sondern sie auch ihres Amtes zu entheben.

Einschränkung der Bürgerrechte aber offene Grenzen für Massenmigration ...

Wie geht das zusammen? Während Faeser einerseits die Bürgerrechte massiv beschneiden (die Bürger sollen „freiwillig“ auf ihre Grundrechte, wie das Recht sich zu versammeln, verzichten) und die Meinungsfreiheit einschränken will – wie z.B. indem sie die Plattform Telegram abzuschalten droht – öffnet Sie auf der anderen Seite einer neuen Invasionswelle in die Sozialsysteme Tür und Tor.

Faeser spaltet die Europäische Union

Nicht nur dass sie der polnischen Regierung, die die Außengrenze der EU schützt und illegale Migranten zurückgewiesen hat (siehe dazu [unsere Berichte](#)), in den Rücken gefallen ist. Auch ihr Vorstoß für eine „Koalition der Willigen“ ist in der EU bereits auf breiten Unwillen gestossen ([wir berichteten](#)). Nun hat sie entschieden, daß Deutschland mehr afghanische Migranten aufnehmen soll als alle anderen EU-Staaten zusammen. Jeder Migrant aus Afghanistan soll einen Integrationskurs erhalten, unabhängig davon ob er Anspruch auf Asyl hat oder nicht.

Faeser will Anreize für Millionen von Armutsmigranten schaffen.

Sie will dafür nicht nur den Familiennachzug ausweiten, sondern auch die Deutsche Staatsbürgerschaft inflationär vergeben, womit die Asylanten schon nach kurzer Zeit an alle Asylanten stimmberechtigt werden. Mit dieser Methode, sich das eigene Stimmvieh heranzuzüchten, spaltet sie erneut nicht nur die EU in der Migrationspolitik, sondern auch die Deutschen, die sich noch nicht einmal von Merkels Willkommenskultur erholen konnten.

Faeser will den Deutschen Steuerzahler ausbluten

Nun warten nicht nur mehr als 2,5 Millionen Afghanen als Flüchtlinge bereits außerhalb Afghanistans (vor allem in Pakistan und Iran) sowie der halbe Nahe Osten auf eine Einladung nach „Germoney“, auch auf dem Afrikanischen Kontinent stehen -zig Millionen Migrationswillige in den Startlöchern an die .

Gerade mitten in einer „Pandemie“ und der (nicht nur Corona-bedingten) Wirtschaftsflaute wären Faesers Pläne eine ungeheure zusätzliche Belastung für den Steuerzahler und den gesellschaftlichen Zusammenhalt, der bereits jetzt schwer unter den Belastungen durch die Asylanten und die Corona-Maßnahmen leidet – und letztlich ein weiter Schritt zur Zerstörung Deutschlands und Europas.

Es ist also im Interesse aller Europäer Faesers irrwitzigen Migrationsplan zu stoppen und solchen vermeintlichen Gutmenschen, die Europa mit Einwanderern aus anderen, vornehmlich muslimischen, Kulturkreisen überschwemmen wollen, ein für alle Mal das Handwerk zu legen. (*Transdanubier*)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

01) Dr. Norbert van Handel – Ist die Neutralität gestorben?

14. 02. 2022



Norbert Baron van Handel

In der EU gibt es außer Österreich drei weitere Staaten, Irland, Finnland und Schweden, die zumindest formal neutral sind. Formal deshalb, weil natürlich der Beitritt zur EU und die zahlreichen EU-Normen die Neutralität zunehmend verwässern. Dennoch wäre es sinnvoll gewesen, wenn die neutralen Staaten sich zu einer Verständigungsmission zwischen Moskau, Washington und Brüssel aufgeschwungen hätten.

Von Österreich wäre dies besonders zu erwarten gewesen, da die österreichische Neutralität zur Erlangung des Staatsvertrages politisch notwendig war. Jenes Staatsvertrages, der von den vier Signatarmächten, USA, Sowjetunion, England und Frankreich, mit Österreich 1955 geschlossen wurde, und damit seine volle staatliche Souveränität wiedererlangte. Die Neutralität sollte nach dem Muster der Schweiz gelebt werden.

Die österreichische Außenpolitik der letzten Jahre scheint das Neutralitätsgesetz nicht zu kennen. So ist noch erinnerlich, wie vor ein paar Monaten, in einem der zahlreichen israelisch-palästinensischen Konflikte, am Ballhausplatz zwei israelische Fahnen aufgehängt wurden. Was für eine unangenehme, Österreich schädigende, Dummheit. Was da dem Außenminister eingefallen ist, weiß man nicht.

Die Neutralität verpflichtet verfassungsrechtlich Österreich überdies, sich mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu verteidigen. Auch dies geschieht leider nicht, weil man schon Jahrzehnte lang die militärische Landesverteidigung schändlich ausgehungert hat. Das gilt nicht nur in der Infrastruktur, sondern vor allem auch in der Raum-und Luftverteidigung. Es

mutet seltsam an, wenn österreichische Truppen zwar in Mali französische Interessen verteidigen, im Inland aber nicht genug Geld für das absolute Mindestmaß einer effizienten Landesverteidigung vorhanden ist.

Vor allem im Ukraine Konflikt wäre es dem österreichischen Außenminister gut angestanden, eine Pendelpolitik zwischen Moskau, Brüssel und Washington ins Leben gerufen zu haben, allein oder mit anderen neutralen Staaten. Inhalt könnte etwa sein,

- dass eine Neutralität der Ukraine angedacht würde,
- dass die Nato ohne Konsultationen mit Russland nicht bereit ist die Ukraine aufzunehmen,
- dass Russland seine Truppen an der Grenze zurückzieht.

Mit einem Wort, ein Strauß von Ideen, der für beide Teile sinnvoll wäre. Stattdessen stellt man sich kompromisslos hinter die USA. Natürlich sind die Russen keine Heiligen, die Völkerrechtsverträge nach Punkt und Komma einhalten. Supermächte waren das nie, da sie eifersüchtig über ihre Einflusssphären wachen.

Die USA zeichnet sich da besonders aus:

Sie führten nach 1945 sage und schreibe 23 Kriege, wobei deren völkerrechtliche Legitimität meist zweifelhaft war. Nachzulesen im Buch „Imperium USA“ des Schweizer Historikers und Friedensforschers Dr. Daniele Ganser, Gründer und Leiter des „Swiss Institute for Peace and Energy Research“ in Basel.

Psychologisch fühlt sich Russland verständlicherweise vom Westen betrogen, da (leider nur mündlich aber durch zahlreiche Zeugnisse belegt) die Nato sich vereinbarungswidrig bis zu den russischen Grenzen vorschob und somit jede Pufferzone zwischen Russland und dem atlantischen Bündnis negierte. Insgesamt ist es mehr als seltsam, wenn Präsident Putin immer wieder feststellen lässt, dass die Russen keinen Krieg planen, umgekehrt aber der Westen und Präsident Biden immer behaupten, Russland wolle diesen schon.

Auch mit Provokationen kann man Kriege auslösen. Provokant mögen auch solche Gesten wirken, wenn einzelne Länder ihre Staatsbürger abziehen, während man in der Ukraine selbst wenig besorgt ist. Auch unser Schweizer Freund, Oberst im Generalstab Ralph Bosshard, einer der brilliantesten Militärfachleute, der langjährig militärischer Berater des Botschafters bei der ständigen Schweizer OSZE Vertretung in Wien war, glaubt in einem seiner letzten Beiträge über die militärische Situation an den Grenzen der Ukraine nicht an eine Vorbereitung einer Invasion Russlands.

Natürlich kann sich die Situation täglich ändern. Sanktionen funktionieren nicht.

In einem umfassenden Beitrag der seriösen „Wiener Zeitung“ weist Heinz Gärtner (Vorsitzender der Beiräte des International Institute for Peace (IIP) und der Wissenschaftskommission des österreichischen Bundesheers, sowie zahlreicher internationaler Funktionen an Universitäten in Deutschland, England und Amerika) wissenschaftlich nach, dass Wirtschaftssanktionen nicht funktionieren:

„Von Befürwortern von Sanktionen wird deren Wirksamkeit angeführt, wenn sie weh tun. Sanktionen haben tatsächlich vielfältige Auswirkungen auf den Zielstaat: Schwächung der Wirtschaft, Vergrößerung der Armut, Verschlechterung der medizinischen Versorgung, Stärkung autoritärer Tendenzen, Einschränkung der Menschenrechte – politische Erfolge sind damit aber nicht verbunden.“

Dies zeigt sich nicht nur in Kuba, dem Iran oder Venezuela, auch in Russland und China, die beide weder liberaler oder demokratischer geworden sind. Auch wenn, vor allem China,

aber teilweise auch Russland, nicht jene Systeme gesellschaftlichen Zusammenlebens haben, wie wir, -es geht uns nichts an. Wir haben zur Kenntnis zu nehmen, dass geopolitisch eben verschiedene Systeme existieren. Nicht-Einmischung ist leider kein Prinzip des Völkerrechts mehr. Sinnvoll wäre es eher, auch in jenen Staaten, mit denen man politisch nicht einer Meinung ist, die Wirtschaft zu fördern, denn gute Wirtschaftskontakte sind auch friedensbildend.

Ebenso, wie etwa der Sport. Es ist nichts dümmer, als Sport mit Politik zu verbinden. Gerade die Jugend der Völker sollte sich bei Ereignissen wie den Olympischen Spielen oder Weltmeisterschaften, kennenlernen, zusammenkommen und langfristige Bindungen miteinander eingehen. Dies wäre friedensbildend, nicht aber die ständige Intervention der USA, die ihr demokratisches Modell, dessen Zerfallserscheinungen täglich sichtbarer werden, der ganzen Welt aufoktroyieren wollen.

Dr. Norbert van Handel

14.02.2022, Steinerkirchen a.d. Traun

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde 11.02.2022

11. 02. 2022



Im Internetradio mitgehört und mitgeschrieben von Wilhelm Tell

Abfall – Coronabedingt 10'000e Tonnen zusätzlicher medizinischer Abfall weltweit. ORF.at

Argentinien – Rivalisierende Drogen-Clans. 20 Tote nach Konsum von gepanschem Kokain. SRF.ch

Äthiopien – UNO-Kreisen ist der Chef der Weltgesundheitsorganisation WHO einfach Doktor Tedros. Dabei ist er gar kein Arzt. Doch das Kürzel lässt sich leichter merken als der volle Name des 56-jährigen Äthiopiens: Tedros Adhanom Ghebreyesus. Zu Beginn der Corona-Pandemie war er eine umstrittene Figur. Eine Wiederwahl schien ungewiss. Seine Organisation erntete Kritik, zu spät und zu zögerlich gehandelt zu haben. Tedros Ghebreyesus widersprach: Die WHO habe früh und immer wieder gewarnt. Er wurde so erfolgreich, dass seine Wiederwahl für weitere fünf Jahre gesichert ist. Die Europäer, China und die USA sowie viele Drittweltländer stehen hinter ihm. Pikante Ausnahme: Seine Heimat Äthiopien. Dort sieht die Zentralregierung Ghebreyesus, der aus der aufständischen Provinz Tigré stammt, neuerdings als Feind. SRF.ch

Australien – Das Aussterben des Koalabärs droht, vorallem auch wegen einer Geschlechtskrankheit. ABC.au

Bahrain – Das Land schließt eine Sicherheitskooperation mit Israel.
●US Flotte auf Besuch. KR.il

Belarus – Radiokrieg. Wegen der Spannungen hat Radio 700 in Euskirchen (+49 (2251) 146085) die Übertragungen von Radio Belarus International auf Deutsch auf Kurzwelle und im Internet eingestellt. Shortwaveservice.com

Börsen – weltweit mit schwachen Ergebnissen im Januar und schwachem Jahresauftakt. SRF.ch

Bulgarien – Die Niederlande haben zugesagt, Bulgarien zwei Kampfflugzeuge zur Verteidigung gegen Russland zu liefern. NPO.nl

China – Zwei Schiffen der Marine der Volksbefreiungsarmee liefen am 31.1. von Guangzhou aus, um Chinas Katastrophenhilfe nach Tonga zu bringen. CRI.cn
●Überraschende Entdeckung. Die Omikron-Variante könnte von Mäusen auf den Menschen übergelassen sein. Ein Forschungsteam aus China legt Belege vor.
●Zwischen dem 4. und 20. 2. geht es für rund 1500 Athleten aus 92 Ländern um Gold, Silber und Bronze. Die Millionenmetropole setzte sich im Bewerbungsverfahren knapp vor Almaty (KZ) durch. Wie die Sommerspiele in Tokio im Jahr zuvor steht die zweiwöchige Veranstaltung ganz im Zeichen der Corona Pandemie. Dennoch hoffen die Veranstalter auf einen reibungslosen Ablauf. Insgesamt werden in 109 Wettbewerben 327 Medaillen vergeben. Die Eröffnungsfeier findet am 4. 2. um 13 Uhr MEZ statt. Putin trifft Xi.
●Korruption und Intrigen in Chinas Elite: Der Insider Desmond Shum (沈棟, 53) packt aus. Sein Buch gibt einen Einblick in den Luxus und die Intrigen der chinesischen Elite und die Willkür des Systems. Droemer HC, 2022, ISBN: 9783426278789, €22.; Red Roulette Jene, die sonst über China schrieben seien Experten, die China nur von außen betrachteten. SRF.ch

Dänemark – Pandemieende. Auch in Norwegen und Finnland Maßnahmen Ende. SRF.ch

Deutschland – Trotz Umsatzplus rechnet der Handelsverband mit 16'000 Ladenschließungen.

- Zwei Wilderer (~35) aus dem Saarland erschossen eine Politesse und einen Polizisten (~25) bei Kaiserslautern im Zuge einer Verkehrskontrolle. Nur einer soll geschossen haben. Da er Ausweis verlor, konnte man ihn aufspüren. Münchner Erzbischof Marx spricht sich für Priester-Heirat aus.SRF.ch
- Halbe Milliarde Steuergeld für den Milliardär René Benkő. ORF.at
- Die Münchner Rede Putins im Jahr 2007 mit Kritik an der Außenpolitik der USA und an ihrer Idee der einpoligen Weltordnung geübt hatte, ist in die Geschichte eingegangen. Der russische Präsident hatte sich damals gegen die Pläne zur Nato-Erweiterung und zur Stationierung der US-Raketenabwehr in Osteuropa ausgesprochen. Putin fehlt bei Sicherheitskonferenz in München, vom 18.–20. 2.

- Medienkrieg mit Russland. SNA.ru

- Das Wegener Institut schätzt, dass sich in den Meeren 100 Mio Tonnen Plastikmüll befindet, darunter hochgiftiges Mikroplastik.

- Einzelne Bundesländer lockern etwas, ein deutschlandweiter Lockerungsplan steht noch nicht fest. Außer der erhöhten Kapazitäten in Stadien, hat Deutschland noch keine Lockerungen vorgenommen.

- dm ist eine deutsche Drogeriemarktkette mit Sitz in Karlsruhe. Mit rund 3.850 Filialen und 66.000 Mitarbeitern ist dm im Jahr 2021 der größte Drogeriekonzern Deutschlands. Das erste Geschäft eröffnete der Unternehmensgründer Götz Werner 1973 in Karlsruhe. Er verstarb am 8.2. in Stuttgart kurz nach seinem 78. Geburtstag.

- Der deutsche Literaturwissenschaftler, Kulturtheoretiker und Schriftsteller Klaus Theweleit wurde am 7.2.1942 im ostpreußischen Ebenrode – heute Nesterow (RU) – geboren und wuchs nach der Flucht der Familie in Schleswig-Holstein auf. Er studierte Germanistik und Anglistik in Kiel und Freiburg. Mit seiner „summa cum laude“ bewerteten Dissertation Freikorpsliteratur: Vom deutschen Nachkrieg 1918–1923 wurde er 1976 zum Dr. phil. promoviert. Die Doktorarbeit war die Grundlage für das 1977/1978 erschienene zweibändige Werk Männerphantasien. Es war obszön, provozierend und machte Klaus Theweleit berühmt, berüchtigt und zum Pionier der Männer- und Gewaltforschung in Deutschland. Seine oft mehrteiligen Bücher passten buchstäblich in keine Schublade, bilanziert Theweleit: «Bis heute wissen Buchhändler nicht, wo sie die Männerphantasien hinstellen sollen. Zur Faschismus-Theorie, zur Genderforschung, zur Psychoanalyse oder sonstwo.» Körperwelten statt Faschismustheorie. Das Buch unternimmt den Versuch zu ergründen, warum Männer sich zusammenschließen, um barbarische Gewaltakte zu begehen. Auf nahezu 1300 Seiten untersucht Theweleit die Biografien von Freikorps-Männern, die in den Bürgerkriegswirren der frühen Weimarer Republik bestialische Massaker verübten. Er zeigt ihre pervertierte Sexualität, das Zerrissene ihrer fragmentierten Persönlichkeiten, die sich im Tötungsrausch eine «gereinigte» Welt konstruieren: Frei von jeder Weiblichkeit, die angeblich verweichlichen soll, blutend rot fließt und keinen Halt gibt. Buchhinweis: Klaus Theweleit: Männerphantasien. Matthes & Seitz Berlin 2020 ISBN: 9783957577597, €48.

- Berlinale 10.–16.2. SRF.ch

England – Vor den Pubs herrscht Gedränge, Masken sind nur selten zu sehen. Ende Januar sind in England die wenigen noch geltenden Maßnahmen ausgelaufen. Ob im Büro, im Stadion, im Fitnessstudio oder eben im Pub dürfen sich die Briten ohne Beschränkungen tummeln. SRF.ch

Frankreich – Die Massentötung von männlichen Küken soll verboten werden.
•Auch in Frankreich gibt es laufend weniger Beschränkungen.
•Emmanuel Macron war der erste französische Präsident, der ein Atomkraftwerk vom Netz nahm: Fessenheim im Sommer 2020, knapp 50 Kilometer von Basel entfernt. Das bedeutet allerdings nicht den Beginn des Ausstiegs aus der Atomenergie. Im Gegenteil: Am Donnerstag kündigte Präsident Macron massive Investitionen in die Atomenergie an. Sechs neue Atomkraftwerke sollten gebaut, sowie die Errichtung von acht weiteren Kraftwerken bis 2050 geprüft werden, sagte Macron in Belfort. «Das ist die Renaissance der französischen Atomkraft.» Zugleich werde die Laufzeit aller bestehenden Kraftwerke verlängert, wenn die Sicherheit es erlaube. Es solle kein Kraftwerk mehr vom Netz gehen, wenn es keine zwingenden Sicherheitsgründe dafür gebe. Der Stromkonzern EDF sei angewiesen worden zu prüfen, ob die Laufzeit der Atomkraftwerke über 50 Jahre hinaus verlängert werden kann. SRF.ch

EU – Die von der EU im vergangenen Monat angekündigte 340-Milliarden-Dollar Global Gateway Initiative soll mit der von China geförderten „Belt and Road“-Initiative konkurrieren. Doch das wird nicht einfach. Ein Unterschied von Global Gateway besteht darin, dass es EU-Werte wie Transparenz, Gesetze und menschenwürdige Arbeitsbedingungen betont. Auf chinesischer Seite stammen die Finanzierungsstrukturen hauptsächlich aus Darlehen, während das europäische Programm sowohl auf Investitionen des öffentlichen als auch des privaten Sektors angewiesen ist. In Bezug auf den Zeitplan kann gesagt werden, dass das Global Gateway-Projekt der EU eine späte Initiative ist. Seit 2013 hat BRI bereits mit 138 Ländern zusammengearbeitet. Bis 2021 erreichte der Wert von BRI-Projekten einschließlich Projekten mit chinesischer Beteiligung 4,3 Billionen US-Dollar. TRT.tr
•Irisch wird neue Amtssprache statt engl. ORF.at

Frankreich – will Massentötung von männlichen Küken verbieten.
•Auch in Frankreich gibt es laufend weniger Beschränkungen.
•Emmanuel Macron war der erste französische Präsident, der ein Atomkraftwerk vom Netz nahm: Fessenheim im Sommer 2020, knapp 50 Kilometer von Basel entfernt. Das bedeutet allerdings nicht den Beginn des Ausstiegs aus der Atomenergie. Im Gegenteil: Am Donnerstag kündigte Präsident Macron massive Investitionen in die Atomenergie an. Sechs neue Atomkraftwerke sollten gebaut, sowie die Errichtung von acht weiteren Kraftwerken bis 2050 geprüft werden, sagte Macron in Belfort. «Das ist die Renaissance der französischen Atomkraft.» Zugleich werde die Laufzeit aller bestehenden Kraftwerke verlängert, wenn die Sicherheit es erlaube. Es solle kein Kraftwerk mehr vom Netz gehen, wenn es keine zwingenden Sicherheitsgründe dafür gebe. Der Stromkonzern EDF sei angewiesen worden zu prüfen, ob die Laufzeit der Atomkraftwerke über 50 Jahre hinaus verlängert werden kann. SRF.ch

Grönland – Das Eisschild ist um Billionen Tonnen geschrumpft. Mit dem Schmelzwasser der letzten 20 Jahre könnten die USA einen halben Meter tief unter Wasser gesetzt werden. SRF.ch

Guam – Nordkoreas neue Raketen bedrohen den US Stützpunkt. UNO berät. KGUM.gu

Guinea-Bissau – Möglicherweise gab es einen Putsch. [Radiobantaba.com](https://www.radiobantaba.com)

Indien – Bei den Wahlen in Uttar Pradesh treten alle Parteien gegen Modi an. SRF.ch

Italien – Monica Vitti zählte zu den erfolgreichsten, italienischen Schauspielerinnen. Sie ist im Alter von 90 Jahren in Rom gestorben. SRF.ch

• Die Politiker erwägen ein Ende des Corona-Ausnahmestands. Die Maskenpflicht auch im Freien dürfte etwa Ende nächster Woche auslaufen. Alle Öffnungsschritte werden in Italien jedoch an die Impfungen gekoppelt. SRF.ch

Israel – Mit der Pegasus Software kann man über jedes Handy Menschen ausspionieren, indem alle Informationen weitergeleitet werden. Viele autokratische Länder bedienen sich der Software. Jetzt wurde sie auch in Israel lokalisiert, um den Sohn des ehemaligen Präsidenten Netanyahu auszuspionieren. NPO.nl Die israelische Polizei soll ohne gerichtliche Erlaubnis Menschen in Israel abgehört haben. Sie hat dafür das umstrittene Computerspionageprogramm סוספג Pegasus eingesetzt. Die Polizei hat sich damit ohne deren Wissen Zugriff auf Daten Dritter verschafft. Erste Vorwürfe zur Verwendung der Software der israelischen א.א.נ. NSO-Group auch innerhalb Israels waren bereits im Januar durch die Zeitung כלכליסט Calcalist bekannt geworden. Es handelt sich um Spyware, also Spionagesoftware, die ohne Wissen der Besitzer in Handys implantiert werden kann. Entweder durch Phishingmails oder andere Methoden.» Die Telefone seien gehackt und somit der Zugang zu den Daten verschafft worden. Auch die Kamera lasse sich aus der Distanz aktivieren. Wenn man der Polizei nicht mehr trauen kann, dann erschüttert das einige Grundfeste. SRF.ch

Italien – Die Politiker erwägen ein Ende des Corona-Ausnahmestands. Die Maskenpflicht auch im Freien dürfte etwa Ende nächster Woche auslaufen. Alle Öffnungsschritte werden in Italien jedoch an die Impfungen gekoppelt. SRF.ch

Katar – Das Scheichtum soll offiziell ein wichtiger Nicht-Nato-Verbündeter der USA werden. Das kündigte US-Präsident Joe Biden nach einem Treffen mit dem Emir von Katar im Weißen Haus an. Katar sei nicht nur bezüglich seiner Energiepolitik ein wichtiger Partner des Westens, beschreibt Tobias Borck vom Royal United Services Institute in London die außergewöhnliche, schon beinahe weltpolitische Rolle des Emirats am Golf. SRF.ch

• USA haben Katar aufgefordert Flüssiggas nach Europa zu liefern als Ersatz für das russische Erdgas. Katar winkt ab, es hätte nicht ausreichend Gas. ORF.at

• Qatar Airways hat mit Boeing einen Vertrag über den Kauf von bis zu 102 Maschinen unterzeichnet. Washingtons Handelsministerin Raimondo sprach von einem „Deal mit historischer Bedeutung“ und pries die Geschäftsbeziehungen zwischen Katar und den USA. TRT.tr

Kanada – Die Proteste von Lastwagenfahrern gegen die Regierung weiten sich aus. Sie schwappen von Ottawa auf andere kanadische Städte über. Die Nerven in Ottawa liegen blank. Kein Wunder, bei dieser Lärmkulisse: Seit mehr als 2 Wochen hupen die Trucker, mit laufenden Motoren blockieren sie mit ihren großen Lastwagen die Innenstadt – und sie protestieren auf dem Parliament Hill, dort wo Kanadas Parlamentsgebäude steht. Die Behörden scheinen, wenigstens zeitweise, die Kontrolle über Ottawa verloren zu haben. Die Hauptstadt Kanadas erlebe die gravierendste Notsituation ihrer Geschichte, erklärte Bürgermeister Jim Watson. Die Behörden müssten verstärkt und rascher handeln, um die Ordnung auf Ottawas Straßen wiederherzustellen, Trucker Proteste weiten sich auf ganz Kanada aus und blockieren Grenze zu USA, Autoindustrie stellt Produktion ein. SRF.ch

Kroatien – Die Behörden werden im Falle eines Konflikts zwischen Russland und der Ukraine alle Truppen der NATO-Streitkräfte in Osteuropa zurückrufen, sagte Präsident Zoran Milanović am 1.2. im Fernsehen.

Libanon – Am 31.1.2022 wurden bei der größten landesweiten Razzia 17 israelische Spionagenetzwerke gesprengt. Sie arbeiteten „lokal und regional“, wurde der Innenminister Bassam Mawlawi von Agentur NNA zitiert. Der Minister ging nicht ins Detail über die Operation oder die Zahl der Personen, die während der von den internen Sicherheitskräften durchgeführten Operation festgenommen wurden. RD.sy

Madagaskar – Tropischer Zyklon «Batsirai» fordert Tote. Tausende Häuser stehen unter Wasser oder wurden komplett zerstört. Mindestens 55'000 Menschen wurden vorübergehend obdachlos. SRF.ch

Mexiko – Andrés Manuel López Obrador will die Beziehungen mit Spanien pausieren. «Eine Pause würde den beiden Ländern gut tun», sagt er. Er fordert, Spanien solle sich endlich für die Gräueltaten der Kolonialzeit entschuldigen.

Mali – Der französischen Botschafter wurde wegen neokolonialen Verhaltens rausgeschmissen. Französ. Armee durch Gruppe Wagner ersetzt. Wohl auch bald die EU-Truppen. SRF.ch

Myanmar – Vor einem Jahr fand der Putsch statt: 1700 Tote, 8000 Inhaftierte. Am 1.2.2022 Tag des Stillen Protests in Yangoon mit leeren Straßen. Aung San Suu Kyi jetzt auch wegen Wahlbetrugs verurteilt. SRF.ch

Neuseeland – Die Insel öffnet Grenzen für Australier, für andere Länder aber frühestens im Oktober. SRF.ch

Niederlanden – Die Inflationsrate liegt bei 7,6%. In der Türkei 50%, in Venezuela 690%. NPO.nl

Nordirland – Nordirland will Warenkontrollen stoppen. Im Streit um Brexit-Sonderregeln für Nordirland gefährdet ein Alleingang eines Ministers die Verhandlungen mit der EU. SRF.ch

Norwegen – Der Massenmörder und Freimaurer Anders Behring Breivik kommt nicht wie von ihm beantragt auf freien Fuß. Das zuständige Bezirksgericht hat seinen Antrag auf Haftentlassung auf Bewährung einstimmig abgewiesen. Im Sommer 2012 wurde er zur damaligen Höchststrafe von 21 Jahren Verwahrung mit einer Mindestdauer von zehn Jahren verurteilt. SRF.ch

Österreich – Innenminister Karner hat sich mit Interpol-Generalsekretär Stock zu einem Gespräch getroffen. Großes Lob zollte er dabei dem Interpol-Projekt „Silk Road“, bei dem man mit der Türkei gegen Schlepper vorgehe.
● Nach der ÖVP steht auch der Juniorpartner am Pranger. Aus einem Geheimpapier wurde bekannt: Österreichs Grüne erhalten im Tausch gegen ein Kopftuchverbot für Lehrerinnen einen Sitz im Aufsichtsrat des ORF. TRT.tr

Panama – Der Panama-Kanal ist das berühmteste Bauwerk des Landes. Eine maritime Brücke zwischen Atlantik und Pazifik, nach dem Suezkanal die zweitwichtigste künstliche Wasserstraße der Welt. Einträglich für Panamas Staatskasse, einträglich auch für Panamas

Eliten. Doch der Kanal ist nicht der einzige Grund, weshalb der Begriff «Brücke» eine bedeutende Rolle im Selbstverständnis der Panamaer einnimmt. Das Land ist ein Schmelztiegel der Kulturen, ein Sammelbecken von Menschen aus aller Welt und dank seiner einzigartigen geographischen Lage auch ein Ort großer Artenvielfalt – aus Nord- und Südamerika. So sind zum Beispiel geschätzt rund 300'000 Insektenarten in Panama heimisch, genauso wie diverse Tierarten aus beiden Subkontinenten. Doch die fruchtbaren Regenwälder Panamas sind in Gefahr. Podcast „International“ SRF.ch

Paraguay – Das Land entwickelt sich zum Ziel tausender Corona Flüchtlingen aus Deutschland, aber auch aus der Schweiz und Österreich. Vor allem das deutschsprachige Hohenau zieht an. Es ist eine Stadt im Departamento Itapúa. Sie befindet sich 365 Kilometer von der Hauptstadt Asunción. Sie liegt am Río Paraná. Die Stadt wurde am 14. März 1900 von deutschen Kolonisten gegründet. 11'000 Einwohner. SRF.ch

Polen – Während die Tschechen den Langwellengrosssender 270 kHz in Uherske Hradište stilllegen, wird der polnische 1000kW LW Sender 225 kHz in Solec Kujawski ab sofort für Sendungen nach Belarus genutzt. RPI.pl

Russland – Als Reaktion auf die Schließung von Russia Today in Berlin sperrt Rußland am 3.2. die Büros der Deutschen Welle in Moskau DW.de

Schweiz – IKEA Schweiz in Spreitenbach verwendet im Hauptlager ein Heer von Robotern und Drohnen zum Ordnen und Zusammenräumen in der Nacht und am Sonntag.

- Die UBS hat dank des Börsenbooms 2021 das beste Ergebnis seit 15 Jahren eingefahren. Der Gewinn kletterte im abgelaufenen Jahr um 14 % auf 7.46 Milliarden Dollar, wie die grösste Schweizer Bank mitteilte. Für den Steuerstreit mit Frankreich hat die UBS eine Rückstellung von 740 Millionen Dollar vorgenommen.
- Ein Obwaldner trägt in Peking Ghanas Fahne. Skifahrer Carlos Mäder erfüllt sich mit 43 Jahren seinen Olympia-Traum. Der Weg nach Peking war aber kein leichter. Obwalden (Sursilvania) ist ein schweizer Urkanton von 1291.
- Nationalrat-Kommission lehnt Velohelmpflicht für Jugendliche ab.
- Hanftees, Schokolade oder Kaugummi mit CBD-Hanf oder auch Hanf-Öle. Viele dieser Produkte mit nicht berauschendem Cannabis sind nicht sicher. Zu diesem Schluss kommt der Verband der Kantonschemiker (VKCS). Er hat im vergangenen Jahr 100 CBD-haltige Lebensmittel untersucht, die in der Schweiz verkauft wurden. Von den untersuchten 100 Lebensmitteln wurden 85 beanstandet, wie der VKCS in einer Mitteilung schreibt. «Für 73 Produkte musste zum Schutze von Konsumenten ein Abgabeverbot ausgesprochen werden. Für diese Produkte kann eine Gesundheitsgefährdung nicht ausgeschlossen werden – sie sind lebensmittelrechtlich «nicht sicher».» 28 Produkte waren gesundheitsgefährdend, so dass Warenrückrufe angeordnet wurden. SRF.ch
- 24 Milliarden Dollar: Novartis verdreifacht den Gewinn.
- Kampfjet-Lärm. Lauter F-35: VBS publiziert genaue Angaben zur Lärmbelastung. Lauter beim Start, bei der Landung und beim Rollen. Der größere Lärm soll mit weniger Flügen kompensiert werden.SRF.ch
- Soll der Bund private Medien in der Schweiz zusätzlich fördern? In dieser Frage scheint sich die Schweizer Stimmbevölkerung nach wie vor noch nicht entschieden zu haben. Mit dem Maßnahmen Paket für die Medien, über das am 13.2. abgestimmt wird, will das Parlament die Medien über sieben Jahre mit zusätzlich 123 Mio. Franken direkt und indirekt fördern. Auch für private Radio- und Fernsehsender sollen jährlich 28 weitere Millionen bereitgestellt werden.
- Laut Blick und Tages-Anzeiger soll Gesundheitsminister Alain Berset den Kantonen heute zwei Ausstiegs-Varianten vorschlagen. Die eine Variante sieht eine schrittweise

Abschaffung der verbleibenden Maßnahmen vor. In der zweiten Variante würden alle Maßnahmen auf einmal aufgehoben. Am 16.2. will der Bundesrat dann definitiv entscheiden.

●Endo Anaconda wird am 6.9.1955 in Burgdorf als Andreas Flückiger geboren. Die Mama ist Österreicherin, der Papa ist Schweizer. Als dieser 1959 stirbt, zieht er mit seiner Mutter nach Kärnten. Mit 12 kommt er ins Internat nach Klagenfurt und entdeckt seine Liebe zur Musik. Der Berner Mundartkünstler Endo Anaconda ist tot. Er stirbt 66-jährig in der Nacht zum 2.2. SRF.ch

●Die Luzerner Fasnacht kommt bald. Am 24.2. ist Schmutziger Donnerstag und damit Start in die 5.Jahreszeit. Nach der Absage der Fasnacht im letzten Jahr, fiebert man in Luzern, der Fasnachtshochburg der Zentralschweiz, dem bunten Treiben entgegen.

●Bedenken: Schweizer Investoren werden kaum in Gas- oder Atomkraftwerke investieren.

●Die Mafia ist auch in der Schweiz aktiv. Erst letzten November verhaftete die Polizei in den Kantonen Graubünden, Zürich, St. Gallen und Tessin sechs Verdächtige. Bei den Ermittlungen zeigte sich, dass die Mafiosi die Schweiz als Rückzugsort nutzen, aber auch als logistische Basis für Drogen und Waffen.SRF.ch

●Die Menschheit steht „kurz vor dem Erwachsenwerden“. So sieht es der Autor des Buches „Wir sind die Evolution“. Darin blickt er auf die Pandemie-Krise. Einen hoffnungsvollen und zuversichtlichen Ausblick für die Zeit nach der Covid-19-Pandemie will Andreas Koch aus der Schweiz mit seinem Buch geben. Das zeigt bereits der Untertitel: „Neue Weltordnung? Ja – aber ganz anders“. Wir befinden uns als Menschheit im Moment in einer Evolution des kollektiven Bewusstseins. Eine „neue Weltordnung“ stehe vor der Tür, gestaltet von den Menschen. Sie soll nicht von Klaus Schwab vom Weltwirtschaftsforum Davos geprägt sein. im „Zeitgeist“-Verlag. ISBN: 9783943007350, €19.90. SNA.ru

Singapur – Ein weiterer US-Marinekommandeur hat sich im größten Bestechungsskandal in der US-Marine als schuldig bekannt. Laut Medienberichten gestand der Kommandeur Stephen Shedd, 250'000 Dollar und Prostitutionsdienstleistungen von dem Unternehmen Glenn Defense Marine Asia (GDMA) im Austausch gegen US-Staatsgeheimnisse erhalten zu haben. GDMA ist in Singapur ansässig. TRT.tr

Slowakei – 44 % der Bevölkerung unzufrieden mit dem „Waffengeklapper“. NATO und Amerikaner sind für die eskalierende Situation verantwortlich. Sie finden es unverantwortlich, dass diese jetzt mit militärischer Unterstützung aufwarten wollen. Das findet auch der kroatische Präsident. Er nannte die Ukraine „eines der korruptesten Länder der Welt, das nicht in die Nato gehört“. RSI.sk

Tonga – Wie befürchtet erste Coronafälle auf den Inseln. SRF.ch

Syrien – USA haben in der Provinz Idlib in Syrien den Anführer des Islamischen Staat (IS) Abu Ibrahim al-Haschimi al-Kuraschi (1976* أبو إبراهيم الهاشمي القرشي) getötet. Kritik zu viele tote Frauen und Kinder. SRF.ch

Tschechien schickt 115 Sportler nach Peking. RP.cz

Ukraine stockt die Armee auf. ORF.at
Staatsbesuch von Rutte (NL) und Johnson (UK) bei Zelensky in Kiew am 1.2. NPO.nl

●Ungarnminderheit (140'000) wird ignoriert. MR.hu

Ungarn – Ministerpräsident Orbán am 1.2. auf Freundschaftsbesuch in Moskau. Unter anderem geht es um einen Milliardenkredit für das AKW Paks, aber auch um die erste Pharmafabrik zur Herstellung des Sputnik-V Impfstoffes in der EU in Debrecen. Fast eine

Mio. Ungarn wurden mit Sputnik geimpft, und haben nur die besten Erfahrungen“. Ungarn bekommt Vorzugspreis – fünfmal billiger – für russisches Gas bis 2036. Budapest wird Sitz der Russischen Investmentbank. SRF.ch

- Ungarischer Astronaut soll für Russland zur Raumstation „ISS“. ORF.at
- Die Kraftstoffpreise in Ungarn gehören dank Orbán zu den niedrigsten in der EU, 480 Forint (1,30 EUR) pro Liter
- Verteidigungsminister General Tibor Benkő (*1955 in Birkenkirchen im Dreiländereck HU-SK-UA) hofft auf ein baldiges Ende des Säbelrasselns im Osten. Er steht im Ranking sehr hoch nach MP Orbán und Aussenminister Szijjártó. MR.hu

UNO – In der Sprache des Sports ausgedrückt, endete die Sitzung des UNO-Sicherheitsrats 1:1 zwischen Russland und den USA. Ein Unentschieden, garniert mit reichlich Gehässigkeiten. Zehn der fünfzehn Mitglieder des Sicherheitsrats unterstützten den Antrag der USA, die Krise rund um die Ukraine zu thematisieren – und zwar gegen den dezidierten Willen Moskaus. Russlands UNO-Botschafter Wassily Nebenizia tat die Debatte als nutzlose «Megafoon»-Diplomatie ab, konnte sie aber nicht verhindern. Doch das von Washington erhoffte Bild weltumspannender Einigkeit entstand trotzdem nicht. Zumal China sich voll hinter Russland stellte und damit unterstrich, wie eng die beiden großen Autokratien der Welt derzeit kooperieren. Kenia, Gabun und das gewichtige Indien enthielten sich der Stimme. Der russische Botschafter Nebenizia warf den Amerikanern «Hysterie» vor. SRF.ch

USA – Längster Blitz in der Geschichte mit 768km gemessen. Rekordverdächtig auch ein 17 Sekunden langer Blitz über Uruguay und Argentinien. NPO.nl

- Guillermo del Toro's «Nightmare Alley» läuft in den Kinos – in voller Farbe. Doch in den USA konnte der Kult-Regisseur mit seinem neuen Neo-noir-Film bisher nicht die Eintrittszahlen verbuchen, die sich Verleiher Disney erhofft hatte. Darum wird «Nightmare Alley» gleich noch einmal lanciert: in einer Schwarzweiss-Version. SRF.ch
- Radiokrieg: Wegen der Spannungen hat der Sender WCRW 1190 kHz bei Washington DC die Ausstrahlung von Radio China International eingestellt. Sendet jetzt religiöse Programme auf Englisch, Spanisch, Amharisch. Tel. 703-532-0400, WCRW1190.com
- „Reporter ohne Grenzen“ und andere bekannte NGOs setzen sich in einer breiten Allianz für den inhaftierten Wikileaks-Gründer Assange ein. Kanzler Scholz solle sich bei seinem USA-Besuch dafür einsetzen, dass dessen Anklage fallengelassen wird. ORF.at

VAE – Ursprünglich hätte der Wettbewerb im Dezember 2021 in Japan stattfinden sollen. Japan hatte allerdings im August wegen der Auswirkungen der Corona-Pandemie und der Risiken einer weiteren Virus-Ausbreitung die Rolle als Ausrichter zurückgegeben. Schon die Austragung zuvor war wegen Corona vom Dezember in den Februar verlegt worden. Am 4.2. beginnt mit den Olympischen Winterspielen in Peking ein großes Sport-Highlight des Jahres. Dass am Tag zuvor die Klub-WM im Fußball in Abu Dhabi startet, gerät dabei zur Randnotiz. Der Event, bei welchem sich die 6 Sieger der kontinentalen Champions League sowie der Meister des Gastgeberlandes um den Titel duellieren, stößt – zumindest aktuell – auf wenig Interesse. SRF.ch

Vietnam – Die weltweit kleinste Landschnecke «Angustopila psammion» ist kleiner als ein Sandkorn. SRF.ch

Wetter – Extremwetterereignisse wie Überschwemmungen und Stürme haben in Europa zwischen 1980 und 2020 wirtschaftliche Schäden von rund einer halben Billion Euro verursacht. SRF.ch

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde 02.02.2022

02. 02. 2022



Telldenkmal mit Bronzestatue von Richard Kissling und Hintergrundbild von Hans Sandreuter in Altdorf (Kanton Uri, Schweiz) · Foto: Хрюша / Wikimedia CC 3.0

Im Internetradio mitgehört und mitgeschrieben von Wilhelm Tell

Armenien – Die Niederlage Armeniens im jüngsten Krieg um Berg-Karabach ist noch nicht lange her. Im Herbst 2020 besiegten die Truppen des benachbarten Aserbaidschan innert weniger Wochen die armenischen Streitkräfte. Die militärische Hilfe der mit Aserbaidschan verbündeten Türkei machte das erst möglich. Dies bestärkte viele Armenier in ihrer Überzeugung, dass die Türkei eine Bedrohung ist. Umso erstaunlicher sind die freundlichen Töne, die aus Ankara und Eriwan ertönen. Mitte Januar trafen sich zum ersten Mal die Unterhändler der beiden Länder. Man wolle weiter verhandeln, hiess es danach, bis zur vollständigen Normalisierung der Beziehungen und der Öffnung der Grenzen. Am 2. Februar soll es erstmals wieder Direktflüge zwischen den Metropolen Istanbul und Eriwan geben. SRF.ch

Australien – Eine Milliarde australische Dollar will der Staat Australien zum Schutz des Great Barrier Reefs ausgeben. Verteilt auf neun Jahre soll ein Grossteil des Geldes dafür verwendet werden, die Verschmutzung des Riffs durch schädliche Abwässer aus der Landwirtschaft zu verhindern. Ein Viertel soll für die Bekämpfung des Dornenkronenseesterns eingesetzt werden. Dieser frisst die Korallen. SRF-Mitarbeiter Urs Wälterlin über die guten Absichten und die politischen Hintergedanken des australischen Premiers Scott Morrison. SRF.ch

- Australien hat angeboten, zusätzliches verflüssigtes Erdgas nach Europa zu liefern, falls Russland beschliesst, die Energieversorgung einzustellen. Auch Algerien und Katar bieten Gas und Flüssiggas an. [VOA.us](https://www.voa.us)

Burkina Faso – Die UNO fordert Ende der Militärdiktatur, doch das Volk steht hinter dem Militär. SRF.ch

China – Den Staatsmedien zufolge würden Athleten von den USA dafür bezahlt, bei den Olympischen Winterspielen für Unruhe zu sorgen. Die USA würden eine „weltumspannende Kampagne“ gegen China führen. Die US-Botschaft widersprach den Anschuldigungen. CRI.cn

- Vom 04. bis 20. Februar finden in Peking die Olympischen Winterspiele statt – unter strengen Bedingungen. Das Land verfolgt seit Ausbruch der Pandemie eine strikte Null-Covid-Strategie. Im Herbst hatte das Land Covid weitgehend unter Kontrolle. Anfang Dezember begannen aber die Fallzahlen wieder zu steigen. Mitte Januar, nur drei Wochen vor der Eröffnung der Olympischen Winterspiele, entdeckte China in Pekings Nachbarstadt Tianjin den ersten Omikron-Fall. Die chinesische Gesundheitsbehörde meldete per 30. Januar 1937 bestätigte Covid-Fälle. Wie viele davon Omikron sind, weist sie nicht aus. Die Organisatoren setzen auf eine geschlossene Olympia-Blase, dem sogenannten Closed Loop. Das ist ein in sich geschlossenes System. Ein Aufenthalt ausserhalb des Closed Loop ist nicht erlaubt. Das soll sicherstellen, dass die ausländischen Gäste zu keinem Zeitpunkt in Kontakt mit der chinesischen Bevölkerung kommen. Für die Einreise nach China gelten strenge Regeln. Die ausländischen Teilnehmer müssen entweder vollständig geimpft sein oder müssen 21 Tage in Quarantäne. Ab 14 Tage vor Abflug gilt es den Gesundheitszustand über eine App zu dokumentieren. Zusätzlich braucht es bei der Abreise zwei negative PCR-Tests. Ein weiterer Test erfolgt direkt nach der Landung in China. Innerhalb des Closed Loop gilt überall eine FFP2-Maskenpflicht. Die Maske darf nur zum Essen, Trinken und Schlafen abgenommen werden. Es werden täglich PCR-Tests durchgeführt und Teilnehmer müssen ihre Temperatur überwachen. Die einzelnen Wettkampfstätten sind unterschiedlich abgeriegelt. Während man sich in Peking bis auf Sichtweite dem olympischen Park nähern kann, ist in Yanqing in den Bergen, wo die Bob- und Skirennen stattfinden, das ganze Tal abgesperrt. Bei einem positiven Test kommen Personen ohne Symptome in ein Quarantäne-Hotel. Personen mit Corona-Symptomen in ein Krankenhaus. Wer zweimal innerhalb von 24 Stunden negative PCR-Tests vorweisen kann, wird aus der Isolation entlassen. Mittlerweile ist Omikron auch in Peking angekommen. Kurz nachdem der erste Fall publik wurde, stoppten die Organisatoren den offiziellen Ticketverkauf. Die Karten werden nun amtlich verteilt. SRF.ch

- In China beginnt am 1.2. das Jahr des Tigers (虎). CRI.cn

Deutschland – Die New European Pipeline AG besitzt die Pipeline Nord Stream 2 zum Transport von Erdgas von Russland durch die Ostsee nach Deutschland. Sie hat ihren Sitz in Zug (CH) und gehört zu 100 % dem Unternehmen Gazprom. Am 26. Januar 2022 wurde die Tochtergesellschaft Gas for Europe GmbH mit Sitz in Schwerin gegründet und soll im Sommer zertifiziert werden. Auf dieses Gastransportunternehmen wurde das Eigentum an dem 54 Kilometer langen deutschen Abschnitt der Pipeline sowie die Anlandestation in Lubmin übertragen. Dem Ende Dezember 2021 zum Aufsichtsratsvorsitzenden berufenen Ex-Diplomat Dieter W. Haller, wurde diese Tätigkeit bereits Ende Januar 2022 vom Auswärtigen Amt wieder untersagt. (www.nord-stream2.com). Gas for Europe soll sich mehrheitlich in russischem Besitz befinden. ORF.at

- Bei Kaiserslautern wurden 2 Polizisten bei Verkehrskontrollen erschossen. NPO.nl
- Die Uefa geht juristisch gegen eine Pizzeria in Giessen vor. Der europäische Dachverband hat eine Kanzlei eingeschaltet, weil «Pizza Wolke» eine Pizza unter dem Namen «Champignons League» anbietet. Dies gab die Pizzeria selbst auf Instagram bekannt und stellte das Schreiben der Kanzlei ins Netz. Die hessische Firma verstösst offensichtlich gegen das Lizenzrecht der Uefa, die sich den Begriff «Champions League» für die Königsklasse im europäischen Klub-Fussball hat schützen lassen. Die Uefa bestätigte auf Anfrage das Vorgehen der Rechtsabteilung. SRF.ch

Euroraum – Laut der Statistikbehörde Eurostat zeigten sich Portugal und Spanien besonders robust. Hier wuchs die Wirtschaft um 1.5 %, respektive um 2 %, im vierten Quartal. Auch Frankreich und Italien konnten weiterwachsen. Ganz anders Deutschland: Die grösste Volkswirtschaft der Eurozone schrumpfte im letzten Quartal um 0.7 %. Noch deutlicher fiel das Minus im benachbarten Österreich aus.

Frankreich – Präsidentschaftswahl 2022. Kaum Chancen aufs Elysée: Frankreichs Linke kannibalisiert sich. Mit einer Volksbefragung soll die ideale linke Präsidentschaftskandidatur bestimmt werden – doch linke Führungsfiguren ignorieren sie. SRF.ch

- Der weltweite Absatz von Champagne stieg 2021 auf 322 Millionen Flaschen. Das ist ein Wachstum von 32% gegenüber 2020. Der französische Markt wuchs um 25% auf knapp 142 Millionen Flaschen und erreichte damit wieder das Niveau von 2019. Der Export stieg weiter und erreichte einen neuen Rekord von 180 Millionen Flaschen. RFI.fr

Grossbritannien – Boris Johnsons Gegner Tom Tugendhat (48) bringt sich in Stellung. Im «Party Gate»-Skandal bringen sich nun öffentlich Kandidaten für die Nachfolge des Premierministers in Stellung. Er werde kandidieren, falls es zu einer Abstimmung komme, sagte der konservative Abgeordnete Tom Tugendhat dem Sender Times Radio. Der Chef des Auswärtigen Ausschusses im Parlament gilt als parteiinterner Kritiker Johnsons. SRF.ch

Guam – Am 25.01.1972 wurde ein kaiserlich-japanischer Soldat entdeckt, der nicht gemerkt hatte, dass der Krieg schon lang zu Ende war. Schneider Yokoi Shoichi war damals 57. Er starb 1997. KGUM.gu

Italien – Präsidentschaftswahl: Gewonnen hat Italien – verloren haben die Parteien. Der alte Staatspräsident Sergio Mattarella ist auch der neue. Er wurde mit einer klaren Mehrheit wiedergewählt. Premierminister Mario Draghi hat Mattarella am Samstag am Rande einer Veranstaltung persönlich getroffen und ihn offenbar überzeugen können, zum Wohle des Landes weiterzumachen. Es waren nicht die italienischen Parteien, es war Draghi. Das bedeutet: Mattarella hat seine Bereitschaft an das Weiterbestehen der Regierung Draghi geknüpft. Als Duo wollen Mattarella und Draghi Italien auf dem Reformkurs halten und dazu die 190 Milliarden Euro Coronahilfen aus Brüssel sinnvoll einsetzen. Gewonnen hat Italien. Auch die Menschen wollten eine zweite Amtszeit von Sergio Mattarella. Fast alle Parteien appellierten an Mattarella. Verloren haben die italienischen Parteien. Der übliche Politpoker interessierte die Italienerinnen und Italiener kaum. Im Gegenteil, er sorgte für Ärger. Und das Spiel ging nicht auf. Vor allem der Chef der Lega, Matteo Salvini, versagte. Als Chef der stärksten Partei, als Leader des Mitte-Rechts-Lagers, hätte er eine Kandidatur mit Zugkraft präsentieren müssen. Aber alle seine Vorschläge erwiesen sich als Platzpatronen. Zunächst sprach er sich gegen Mattarella aus, dann für eine Frau, und am Samstag musste er dann doch für den Amtsinhaber votieren. Verloren haben auch die populistischen Cinque Stelle:

Ihr Aussenminister Luigi di Maio hatte Mattarella 2018 mit einem Amtsenthebungsverfahren gedroht, das es so in Italien gar nicht gibt. Doch an diesem Samstag haben alle Parteien ausser der postfaschistischen Fratelli d'Italia Staatspräsident Sergio Mattarella gebeten, sich erneut zur Verfügung zu stellen. Und die Bilanz nach einer zermürenden Woche? Typisch Italien, könnte man sagen. Das stimmt, wenn man dieses politische Kopfweh-Prozedere Revue passieren lässt. Aber ehrlicherweise funktioniert Politik so nicht nur in Italien. Die anachronistischen Manöver und Politspiele im Kapitol in Washington sind noch verschlungener und trickreicher. Nur nennen wir es dort «schwierige politische Verhandlungen». SRF.ch

Kanada – Coronabedingter LKW Streik in der Hauptstadt Ottawa. SRF.ch

Namibia – Der Völkermord an den Herero und Nama geschah während und nach der Niederschlagung von Aufständen gegen die deutsche Kolonialmacht in Deutsch-Südwestafrika während der Jahre 1904 bis 1908. Deutschland wollte Wiedergutmachung leisten, doch verhandelten sie nicht mit den Betroffenen, sondern mit der Regierung, die es damals noch nicht gab. Herero lehnen ab, sie wollen mehr. SRF.ch

Nordeuropa – Unwetter-Warnung. Orkanböen und Sturmfluten erfassen Europa. Der Sturm «Malik» und das Sturmtief «Nadia» halten derzeit Nordeuropa in Atem. Feuerwehren waren im Dauereinsatz. SRF.ch

Nordirland – gedenkt der Opfer. 50 Jahre «Bloody Sunday» – Am 30. Januar 1972 hatten britische Soldaten in Londonderry 13 unbewaffnete katholische Demonstranten erschossen. SRF.ch

Nordkorea – Ein Geschosswurde Richtung Meer abgefeuert. Die selbst erklärte Atommacht hat ihren grössten Raketentest seit 2017 unternommen. Nordkorea hat am 30.01.2022 eine Mittelstreckenrakete abgefeuert, die etwa 800 km in Richtung offenes Meer geflogen sei, teilte der Generalstab der südkoreanischen Streitkräfte mit. Mit dem Test brach Nordkorea sein selbst gesetztes Moratorium für Tests von Mittel- und Langstreckenraketen. SRF.ch

Österreich – Bei den Gemeinderatswahlen in Waidhofen/Ybbs (NÖ) am 30.1. legt die impfkritische Partei MFG (Menschen, Freiheit, Grundrechte) einen Start mit 17% hin.

- 100'000 Impfzertifikate ab 1.2. ungültig. ORF.at

Portugal – Die vorgezogene Parlamentswahl findet am 30.1. statt. Knapp elf Millionen Wahlberechtigte sind trotz der derzeit auch in Portugal besonders hohen Zahl an Corona-Infektionen zur Abgabe ihrer Stimme aufgerufen. Menschen, die in häuslicher Quarantäne sind, dürfen ausnahmsweise das Haus verlassen. Costa schafft die Absolute mit 41,6%, die neue rechte Chega schafft 28%. SRF.ch

Schweiz – Der Tag mit den grossen Lockerungen der Corona-Massnahmen oder Tag der Freiheit kommt vielleicht schon bald. Gesundheitsminister Alain Berset hat das diese Woche angedeutet. Und das hören alle Bundesratsparteien gerne. Nur beim Tempo ist man nicht einer Meinung.

- Der Arzt und Genfer CVP-Politiker Bertrand Buchs hat einen Vorstoss lanciert, der zuckerhaltige Getränke im Kanton über eine Zuckersteuer teurer machen soll. «Wir sehen eine enorme Zunahme von chronischen Krankheiten wie Diabetes oder Fettleibigkeit, die

durch Zuckerkonsum ausgelöst werden», sagt er. Auch viele Jugendliche würden daran erkranken. «Darum müssen wir diese Krankheiten und ihre Ursachen bekämpfen.»

- Depressive Jugendliche kommen bei Bauernfamilien unter. Wegen der Pandemie sind die Jugendpsychiatrien überbelegt. Betreuungsplätze bei Gastfamilien sind gefragt denn je.
- Die Schweiz bekommt Rüge von der UNO wegen Rassismus gegenüber Afrikanern. Ausserdem müsse die Schweiz viel mehr Afrikaner aufnehmen.
- Waldbrand im trockenen Tessin.
- Schweiz exportiert eine Rekordmenge an Käse. Heimischer Käse ist im Ausland stark gefragt. Im letzten Jahr wurden fast 82'500t exportiert.
- Tausende Zertifikate laufen am 01.02.2022 ab. Die Lage auf den Intensivstationen stabilisiert sich. Wozu also noch die Zertifikatspflicht?
- Seit einem Jahr sind in 8 Bundesasylzentren muslimische Seelsorger unterwegs. Der Bund will das Projekt weiterführen. SRF.ch

Singapur – Der Smartphone-Hersteller Omix will in einer neuen Produktionsstätte eine Million Handys in der Türkei herstellen. Dafür hat das Unternehmen eine Investition von 100 Millionen US-Dollar eingeplant. TRT.tr

Spanien „Eine der grössten Heldentaten in der Geschichte des Sports“. Nach seinem 21. Grand-Slam-Sieg wird Rafael Nadal von der Presse überschwänglich gefeiert. In Rafael Nadals Heimat überbieten sich die Medien mit Superlativen zu seinem Sieg an den Australian Open. Neben dem Rekordsieg werden die Kämpferqualitäten des zuvor verletzten Mallorquiners gefeiert: Mit 35 führte er eine Aufholjagd gegen einen zehn Jahre jüngeren Spieler an, wie sie im goldenen Buch des Tennis und des Sports stehen bleiben wird. Vor vier Monaten ging er noch an Krücken und mit dem linken Bein in Gips, und an diesem Sonntag ist er bereits der Grösste aller Zeiten. SRF.ch

Syrien – Letzte Woche haben IS-Kämpfer im Nordosten Syriens ein Gefängnis überfallen. Bis am Mittwoch brauchten syrisch-kurdische Streitkräfte mit US-Unterstützung, um die Lage wieder einigermaßen unter Kontrolle zu bringen. Insgesamt kamen mehr als 160 Menschen ums Leben. Es war der grösste IS-Angriff seit 2017, und er weckte böse Erinnerungen: Mit Angriffen auf Gefängnisse wie in der Stadt Hasaka hatte der IS 2014 die Eroberung grosser Teile Syriens und des Irak begonnen. Der jüngste IS-Anschlag sei eine Warnung – auch an Europa, meint der Vizedirektor des Kurdischen Roten Halbmonds in Nordsyrien. Erste Hilfe für alle – auch Terroristen. Das Personal des Kurdischen Roten Halbmondes war in den letzten Tagen gefordert. Rund 100 IS-Kämpfer verschafften sich mit zwei Autobomben Zugang zu einem Gefängnis in der nordsyrischen Stadt Hasaka. Dort wollten sie inhaftierte Anhänger befreien, und in der Stadt Terror verbreiten. Der Kurdische Rote Halbmond sei mit 14 Ambulanzen aufgeboten worden, erzählt Sherwan Bery; er arbeitet seit acht Jahren für die Hilfsorganisation. Bevor er Vizedirektor wurde, war er Sanitäter. „Die Behörden sagten uns, im Gefängnis befänden sich 5000 inhaftierte IS-Mitglieder aus aller Welt mitsamt ihrer Kinder.“ Beim Sturm auf das Gefängnis seien IS-Mitglieder geflüchtet, andere hätten im Gefängnis Geiseln genommen. Es kam zu heftigen Kämpfen zwischen den IS-Kämpfern und dem Militärbündnis der Demokratischen Syrischen Kräfte, die viele Dutzende von Toten und Verletzten forderten. Menschen aus dem Quartier, in dem das Gefängnis steht, wurden evakuiert oder flüchteten vor der Gewalt. SRF.ch

Türkei – Ab Juni werden neun Synagogen in Izmir als Freilichtmuseen auf ihre Besucher warten. Es wird davon ausgegangen, dass zunächst etwa 300'000 Touristen die jüdischen Gotteshäuser besichtigen werden. TRT.tr

Ukraine – Laut Präsident Wladimir Zelensky hat sich der Kapitalabfluss aus der Ukraine aufgrund der Panik vor einer möglichen Invasion Russlands seit Ende Herbst bereits auf 12,5 Milliarden Dollar belaufen. „Unsere Nation kann solche Herausforderungen nicht alleine bewältigen. Wir stabilisieren unsere nationale Währung aus staatlichen Reserven, was die Ukraine viel kostet. Ich denke, dass wir über 4–5 Milliarden Dollar ausgeben werden, um unsere Wirtschaft zu stabilisieren“, sagte der ukrainische Staatschef. Er hoffe auf Finanzhilfen aus den USA und mehr Kredite vom IWF. 100€ (Griwnij) sind bereits auf drei Euro abgestürzt. Vesti.ru

Ungarn – Die NATO erwägt in Reaktion auf den Truppenaufmarsch nahe der Ukraine, Kampftruppen nicht nur in Rumänien und Bulgarien zu stationieren, sondern auch in der Slowakei und Ungarn. Erwogen werden jeweils Battlegroups mit bis zu je 1500 Soldaten. Die Antwort vom ungarischen Verteidigungsministerium: Ungarn ist ein loyales NATO-Mitglied, aber es liegt im ungarischen Interesse an einer friedlichen Verhandlungslösung der ukrainisch-russischen Konflikte. Es ist gut für Ungarn, wenn an der Ostgrenze Frieden herrscht und kein bewaffneter Konflikt. MR.hu

USA – Heftiger Schneesturm trifft die Ostküste. Die Behörden forderten in zahlreichen Bundesstaaten die Bevölkerung dazu auf, zu Hause zu bleiben.

- In Pittsburgh ist eine schneebedeckte Brücke mit einer wichtigen Verkehrsverbindung eingestürzt. Die Brücke ist knapp 20 Meter tief auf einen Fussgängerweg in einem Park gestürzt. Drei Personen wurden verletzt. Nach dem Einsturz einer Brücke im US-Bundesstaat Pennsylvania hat Präsident Joe Biden grössere Anstrengungen bei der Sanierung von bis zu 45'000 maroden Brücken im Land angemahnt.

- „Youtube betreibe lediglich eine willkürliche Löschpolitik“ werfen weltweit 80 Organisationen, die sich den medialen Faktenchecks widmen, Youtube in einem offenen Brief vor und man tue zuwenig gegen Falschinformationen. SRF.ch

VAE – Huthi Raketen aus dem Jemen beginnen die Emirate zu destabilisieren. Die Emirate sind hochgerüstet, aber können die Waffensysteme nicht bedienen. 1.Israelischer Staatsbesuch in den VAE.SRF.ch

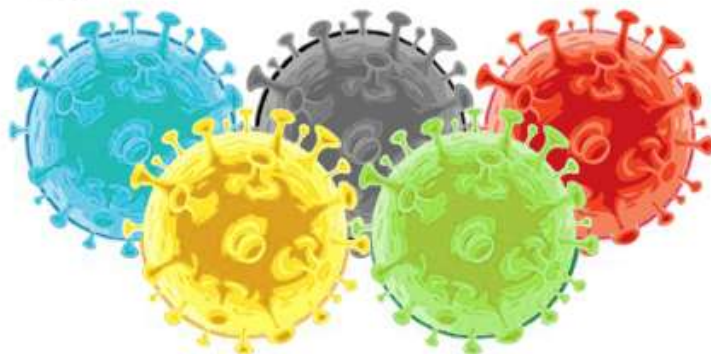
Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

*

04) „Last Man Standing“-Games: Winterolympiade auf chinesisch

04. 02. 2022

BEIJING 2022



Olympia 2022 - Last Man Standing in Peking - Winterspiele im Zeichen der Corona-Diktatur

Diese Olympiade wird als bizarrer „Last Man Standing-Bewerb“ in die Geschichte eingehen. Die Hälfte der Teilnehmer ist bereits vor dem Beginn der XXIV. Olympischen Winterspiele in Peking ausgeschieden. Der Rest wird isoliert und ausspioniert.

Nach den endlosen Tests wurden zahlreichen Sportler positive Corona-Ergebnisse attestiert. Darunter befinden sich viele der als Favoriten gehandelten Olympioniken. Schon vor deren Abreise mussten viele ihre Teilnahme in den Wind schreiben. 287 Teilnehmer fielen noch nach ihrer Ankunft im „Land des Lächelns“ ^{1.)} wegen Corona aus, wie der Stern unter dem Titel „Eine völlig unfaire Veranstaltung“ ^{2.)} berichtet.

Wer es trotzdem bis China, aus dem Flughafen und Quarantänehotel geschafft hat, um vom 4. bis zum 20. Februar 2022 an der Winterolympiade teilzunehmen, findet sich in einer „Olympia-Bubble“ wieder, die eher einem Hochsicherheitstrakt denn einem Olympiadorf gleicht. ^{3.)}

Die Sportler sind isoliert, können ihre Zellen oder „olympischen Blasen“ nur zum Hofgang auf der Sportstätte verlassen, werden täglich (oft mehrmals) auf Corona getestet und dürfen ihre Masken nur zum Essen und Schlafen abnehmen. Dagegen dürfte Alcatraz ein Freizeitpark gewesen sein. Das Essen wird wegen der Corona-Hysterie von Robotern ^{4.)} zubereitet und serviert, die Drinks von Robotern gemixt. Damit wird der Kontakt zur einheimischen Bevölkerung weitgehend unterbunden. Dass dies nur wegen der Fledermaus-Grippe passiert darf man bezweifeln. Das Regime möchte wohl lieber verhindern dass sich das Volk mit Freiheitsgedanken infiziert.

Olympiade der Diktaturen

Sportler, Funktionäre und Journalisten sind durch meterhohe Zäune und Sperrzonen von der Außenwelt getrennt und werden rund um die Uhr überwacht ^{5.)}. Ihre Handydaten werden ausgelesen, die Gespräche abgehört ^{6.)} und an jeder Ecke stehen chinesische Spione um die Ausländer zu überwachen. Es bietet sich ein mehr als bizarres Bild von der Machtdemonstration einer „kommunistischen“ totalitären Diktatur, die wohl den Olympischen Sommerspielen von 1936 in Nichts nachstehen, sondern sie wohl in vielerlei Hinsicht um ein Vielfaches übertreffen dürften.

Aus dem Deutschen Olympia-Team wurden kurz vor der Eröffnungsfeier nochmals sechs Teammitglieder positiv auf das Coronavirus getestet. Obwohl symptomfrei wurden sie nochmals weiter isoliert, wie die SZ berichtet ^{7.)}. Letztlich dünnt China die Athleten dermaßen aus, dass es verwundert, wenn überhaupt noch ein Land genug „Corona-freie“ Team-Teilnehmer hat um zu Mannschaftsbewerben antreten zu können.

Diese Olympiade ist ein Weg „durch die Hölle und zurück und dann zurück in die Hölle“, wie es die belgische Skeletonfahrerin Kim Meylemans nach ihrer Corona-Odyssee auf der Welt ^{8.)} beschreibt.

Wer da noch mitspielt muss schon einen gewaltigen Schaden haben.

Letztlich wird es nur noch darum gehen wer zuletzt noch die meisten Sportler ohne Corona in den Bewerben hat. Ich wette es wird China sein. (Transdanubier)

QUELLENANGABEN:

- 1.) Die Lehar-Operette „Land des Lächelns“ hieß in seiner ersten Fassung übrigens „Die gelbe Jacke“ – Heute sollte man es „Die gelbe Zwangsjacke“ nennen.
- 2.) Der Stern bezeichnet es als eine völlig [unfaire Veranstaltung](#)
- 3.) [Corona-Regeln](#) für die Olympia-Teilnehmer – Alcatraz ist dagegen fast schon ein Freizeitpark
- 4.) Roboter servieren das Essen im chinesischen Olympia Irrenhaus ([YT-Video](#))
- 5.) [Überwachungsstaat](#) China
- 6.) [Verpflichtende App](#) um die Gespräche abzuhören und zu zensieren
- 7.) [SZ](#) berichtet von der bizarren Olympiade
- 8.) *Durch die Hölle und zurück und dann zurück in die Hölle* ([Welt](#))

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Keine Berichte

01) Frauen, die sich als Frauen bezeichnen sind sexistisch!

12. 02. 2022



Adele als "Frau" bei den Brit-Awards im Shitstorm der queeren nichtbinären LGBTQIA2S+ Woke Community. (Bildmontage unser-mittleuropa)

Dass Männer, Männerähnliche, Diverse oder sonstige nicht-gebärende Personen, die menstruierende Personen als „Frauen“ bezeichnen (ein Wort das inzwischen ebenso abwertend ist wie „Mutter“ statt „Austragendes Elternteil“) verachtenswerte Sexisten sind, ist bekannt. Ebenso wie alle, die das böse N-Wort verwenden, Rassisten sind.

Nicht so bekannt dürfte es sein, daß auch menstruierende Personen, die sich selber in machomäßiger Art und Weise als „Frauen“ bezeichnen, Sexist*INN*en (oder heißt das jetzt Sexistende oder Sexismuspraktizierende?) sind.

Doch jetzt musste auch die Sängerin Adele diese Erfahrung machen und wegen ihrer von ihr offen ausgesprochenen Geschlechtlichkeit einen Shitstorm über sich ergehen lassen. Die britische Künstlerin hatte sich nämlich anlässlich der Preisverleihung beim Brit-Award ^{1.)} als „Frau“ bezeichnet. Noch dazu als eine bekennende Frau, die den als geschlechtsneutralen ausgeschrieben Preis zum „Artist of the Year“ mit den Worten „**Ich liebe es, eine Frau zu sein**“ kommentierte. Und sich damit vor allem für die Riege derer, die sich noch nicht für ein Geschlecht entschieden haben, klar sexistisch äußerte. Die 33-Jährige, die sich auch als Künstlerin (weiblich! sie hat es weiblich gesagt!) sieht, konnte die drei wichtigsten Preise abräumen: Nebst dem genderneutralen Preis zum nichtbinären „Artist of the Year“ wurde auch ihre Comeback-Single „Easy on Me“ als „Song of the Year“ und das zugehörige Album „30“ als „Album of the Year“ ausgezeichnet.

Nicht-/Binäre Personen: Gelächter statt Geschlechter

Auslöser des Kommentars, das die „Woke“-Community in derartige Aufregung versetzt, ist die Vergabe der Brit-Awards als geschlechtsneutralen Preis, nachdem sich ein geschlechtlich unentschlossener Künstler über die Kategorisierung in männliche und weibliche Preisträger der Awards aufgeregt hatte: 2021 fühlte sich der „nichtbinäre“ Musiker Sam Smith von den männlichen und weiblichen Kategorien ausgeschlossen. Der Veranstalter der Awards fühlte sich daraufhin bemüht die Kategorien abzuschaffen und nur noch einen gemeinsamen Preis für alle Geschlechter und geschlechterähnliche Personen (Kunstfiguren, oder was auch immer jemand sein will) auszuloben. Was wiederum bei den Künstlern, die sich bereits dafür entschieden haben Mann oder Frau (wie eben Adele) zu sein, nicht so gut ankommen dürfte, da damit auch die Preischancen zumindest halbiert wurden.

Anlässlich ihrer Dankesrede in der Londoner O2-Arena kommentierte Adele vor der jubelnden Menge die Namensänderung, die sie zwar verstehen könne, aber sexistisch „sie liebe es trotzdem, eine Frau und Künstlerin zu sein“. Damit wurde sie schlagartig zur „TERF“ (= trans-exclusionary radical feminist) trans-ausschließende radikale Feministin erklärt, wie die FAZ ^{2.)} berichtet.

Gendertraumatisierte Adele feierte tätige Reue

Als tätige Reue feierte Adele anschließend im Londoner Schwulen-Club „Heaven“ im Rahmen einer „G-A-Y Porn Idol“-Party wo sie beim Pole-Dance stippte ^{3.)}. Dass sie dabei trotzdem ihre nur knapp bedeckten sekundären Geschlechtsmerkmale zeigte ist offensichtlich ein Zeichen des schweren Traumas, das sie als binäre TART-Person bei der von der nichtbinären, queeren, LGBTQIA2S+ und BLM-Woken Community dominierten Preisverleihung erlitten hat.

Auch ein Bärzicklein ist keine „junge Dame“

Dass man „Frauen“ nicht so, also geschlechtsspezifisch – und schon gar nicht als „junge Dame“ – sondern genderneutral als „menstruierende Person“ zu bezeichnen hat, musste auch der Diplomatische Korrespondent der Chefredaktion vom Tagesspiegel, Christoph von Marschall, erfahren. Er hatte doch tatsächlich die deutsche außenministeriell tätige, menstruierende Person in einem Artikel als „junge Dame“ bezeichnet und handelte sich dafür den gottgerechten Shitstorm der woken Sexismus-Wächter ein. Aber das ist eine andere Geschichte (Fortsetzung folgt) – (*Transdanubier*)

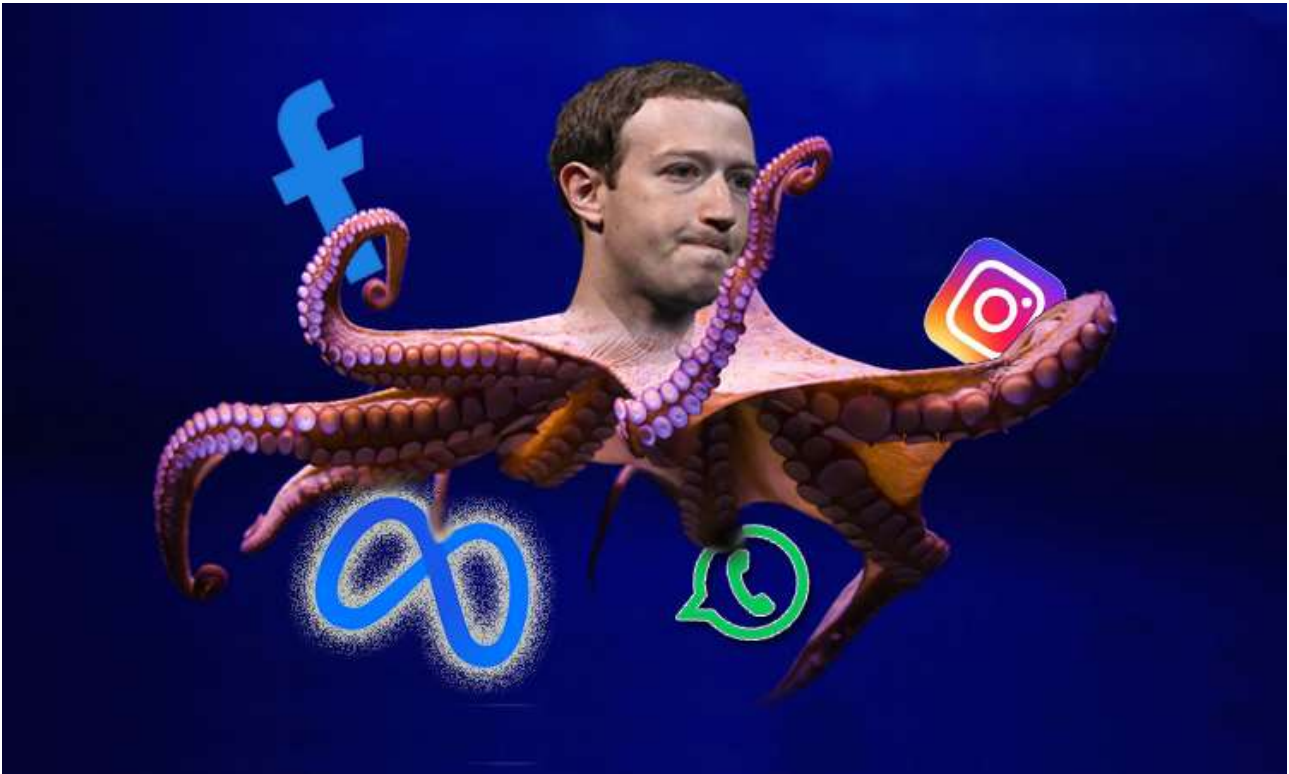
QUELLENANGABEN:

- 1.) Adele räumt drei genderneutrale Brit-Awards ab ([Stern](#))
- 2.) [FAZ Kommentar](#) zu Adeles „unwoken“ Dankesrede bei den Brit-Awards
- 3.) Adele stippt in Schwulen-Club ([Kurier](#))

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Winke, winke, Zuckerberg!

08. 02. 2022



Zuckerbergs Datenkrake Facebook, Instagram & Co wird von der EU in die Schranken verwiesen. (Bildmontage unser-mittleuropa)

Facebook droht sich aus Europa zurückzuziehen, wenn sie nicht weiterhin die Userdaten nach Amerika absaugen dürfen.

Nachdem Meta, wie sich Zuckerbergs Facebook-Konglomerat jetzt nennt, nicht nur herbe Kursverluste sondern auch mehrere Niederlagen vor europäischen Gerichten einstecken musste (wir haben darüber [bereits berichtet](#)) droht die Datenkrake der EU nun ihre Dienste in Europa komplett abzuschalten. Zuckerbergs „Drohung“ lautet einfach ausgedrückt: „Wenn wir Daten zwischen Europa und den Vereinigten Staaten nicht austauschen können, werden wir wahrscheinlich nicht in der Lage sein, Facebook und Instagram in Europa anzubieten.“

meldet der [Stern](#)
Doch dafür erntet Facebook nur ein müdes Lächeln und reichlich Spott und Hohn von den Usern, die mittlerweile ob der alltäglichen Zensur bereits hinreichend verärgert sind und haufenweise zu anderen Plattformen wie [Gettr](#), wo sie nicht ständig mundtot gemacht werden, abwandern.

Zuckerbergs Drohung ist nur noch lächerlich.

Die Europäer machen 15% der Nutzer aus und sorgen für gut 25% des Umsatzes, daher ist seine lächerliche Ankündigung wohl nicht ganz ernst zu nehmen. Würde Zuckerberg Europa dicht machen verlöre seine Datenkrake gleich einmal zwei seiner Tentakel. Die Drohung, die sich auf die Pläne der europäischen Regulierungsbehörden, neue Gesetze

auszuarbeiten, die vorschreiben, wie die Nutzerdaten der EU-Bürger über den Atlantik übertragen werden, bezieht, hat vorerst nur eine Auswirkung auf den Aktienkurs von Meta. Der fiel in den letzten 24 Stunden um weitere 15,- € auf inzwischen nicht einmal mehr 195,- € je Aktie.

Damit scheint Zuckerbergs Versuch seine Umsätze aus Metas Kerngeschäft, nämlich möglichst genaue Userdaten für Werbung zu handeln, zu retten mächtig in die Hose gehen. Tatsächlich ist Facebook Werbung sowieso deutlich überbewertet und der Kursverlust der Plattform nähert sich lediglich dem wahren Wert des Unternehmens, das nicht unbegrenzt weiter ins Meta-Universum wachsen kann. (*Transdanubier*)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) „Die Toleranz-Idologie des Westens ist ein neo-orwell'scher, multipluralistischer Toleranz-Totalitarismus“

06. 02. 2022



Elmar Forster - Plädoyer für eine verleumdete Nation und ihren Kampf um Wahrheit | *Sunday News*

Unser Auslandskorrespondent aus Ungarn, Elmar Forster...

... zur **Lügen-Kampagne westlicher Medien gegen das Orban-Ungarn** und eine Einschätzung des schwierigen **Verhältnisses** zwischen der **linksliberalen West-EU** und den **mitteleuropäischen Visegrad-4-Staaten**.

Hier ein kurzer Einblick in das Interview:

„Für die Menschen im Westen ist nicht Freiheit das oberste Gut, sondern Sicherheit und Wahlmöglichkeit... Allein aus diesem Grund werden Ungarn oder Polen viel resilienter aus dieser Krise herauskommen.“



„Die Verleumdungskampagne der West-Medien gegen Ungarn basiert auf einem ost-rassistischen Übermenschentum der linken West-Eliten.“

„Der Vorwurf an Ungarn, eine Diktatur zu sein, ist in Wirklichkeit eine Selbstprojektion westlicher Eliten ihrer eigenen politischen Unfreiheit.“

„Die West-Eliten hassen Polen oder Ungarn, weil diese Länder noch eine nationale Identität haben. Denn die Linke weiß genau: Man kann erst dann ein Volk manipulieren, wenn man ihm seine nationale Identität zerstört. Und dann mit dem ganzen Transgender-Wahnsinn nimmt man einem Menschen auch noch das letzte: die sexuelle Identität. (Elmar Forster)

Und hier das vollständige Interview:

<https://www.youtube.com/watch?v=HV95FvFAcYk&list=PLN12WO25FpZ038aXHIY8ZtqE9sHIPUU9j>



Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) „Die Größe ist wichtig“? Die demografische Krise in Osteuropa

Von David Engels

03. 02. 2022



Bicanski/pixnio, gemeinfrei

Vor einigen Tagen berichteten die Medien, dass die Bevölkerung Polens trotz erheblicher Investitionen seiner Regierung weiter schrumpft. Seit 2020 ist die Bevölkerung um 115.000 geschrumpft und die Geburtenrate ist so niedrig wie vor 17 Jahren. Während politische Gegner der polnischen konservativen Regierung diese Zahlen schnell benutzt haben, um ihre Pro-Geburtspolitik und den Kampf gegen Abtreibung zu kritisieren, fragen wir uns, was das alles eigentlich bedeutet.

Ursachen des Bevölkerungsrückgangs

Zunächst einmal ist Polen in dieser Hinsicht im Jahr 2020 nicht besser als andere Länder der Europäischen Union, wie Deutschland und Frankreich, die ebenfalls einen Rückgang der Geburtenraten verzeichneten. Die Erklärung für diesen Rückgang ist ganz einfach: Eine Pandemie in Verbindung mit einem Lockdown, überfüllte Krankenhäuser, Schulschließungen und die Angst vor katastrophalen Folgen eines Lockdowns für die Wirtschaft sind alles Gründe zu der Annahme, dass es nicht die beste Zeit ist, Kinder zu bekommen – sei es in Polen, Frankreich oder Deutschland. Das Problem hat aber auch tiefere Wurzeln, denn die gesamte westliche Welt leidet seit Jahrzehnten unter einem starken Bevölkerungsrückgang.

Für diesen Rückgang gibt es mehrere Gründe: sinkende Religiosität, hedonistische Einstellungen, radikales Bedürfnis nach persönlicher Entfaltung, Verharmlosung der

Abtreibung, extremer Feminismus, Folgen der ständigen Propaganda über den Klimawandel, Angriff auf die Männlichkeit, Verschwinden der Ehe als Institution, „Notwendigkeit“ für beide Partner zu arbeiten, den Kult der „ewigen Jugend“ etc. Aber all diese Gründe sind nur oberflächliche Symptome einer tiefer verwurzelten Realität: Alle Zivilisationen treten, sobald sie ihren Endpunkt erreicht haben, in eine Phase des fortschreitenden demografischen Niedergangs ein .

Wir können viele solcher Beispiele in der Vergangenheit sehen: Ägypten (Beginn der XIX. Dynastie bis zum 13. Jahrhundert v. Chr.), China (Ende der Ära der Streitenden Reiche bis zum 3. Jahrhundert v. Chr.), Das antike Rom (1. Jahrhundert v. Chr.), die Sassaniden Reiche (6. Jahrhundert) oder die islamische Welt (10. Jahrhundert). Wenn wir berücksichtigen, dass Zivilisationen analog lebende Wesen sind, dann werden sie alle früher oder später dem Untergang geweiht sein. Wenn die Vitalität der Zivilisation abnimmt, schwindet ihr Wille, die Traditionen der Vorfahren an ihre Kinder weiterzugeben. Warum sollte jemand, der seine eigene Vergangenheit ignoriert, ablehnt oder sogar hasst (und dank Schulen, Universitäten und politisch korrekten Medien immer mehr solcher Personen), seine kulturelle Tradition an seine Nachkommen weitergeben wollen? Oder überhaupt Kinder haben wollen?

Krise der Kultur

Während einer Konferenz vor ein paar Jahren sprach ich mit einer deutschen Frau, die es mir praktisch übel nahm, Vater zu sein. Da „Europäer“ in ihrer Vergangenheit solche Gräueltaten begangen haben, argumentierte sie, wäre es eine Form von Kolonialismus und Egoismus ihrerseits, sich fortpflanzen zu wollen, anstatt afrikanische oder asiatische Kinder zu adoptieren oder, noch besser, gar keine Kinder zu haben „Für Klimaneutralität gekämpft.“ Wenn die ganze Gesellschaft anfängt, in diese Richtung zu denken – und bedenken Sie, dass viele Menschen das tun, nicht nur in Deutschland –, beginnt die Zivilisation zu verfallen und eines Tages nicht mehr zu existieren.

Doch die Folge eines solchen Denkens ist nicht nur ein Mangel an Kindern, sondern auch ein Verlust der Liebe zur eigenen Geschichte und Tradition. Was bleibt, ist eine anonyme Masse von Menschen, die nur an ihren materiellen Gewinn denken und keine kulturellen Bindungen teilen.

Warum also sind Polen und andere osteuropäische Länder von diesem demografischen und kulturellen Niedergang besonders betroffen? Bedeutet das, dass Osteuropäer noch weniger überlebensfähig sind als Westeuropäer? Das zu sagen wäre falsch, denn einerseits ist zu bedenken, dass der Bevölkerungsrückgang Osteuropas nicht nur auf die Geburtenrate zurückzuführen ist, sondern auch darauf, dass viele Osteuropäer auf die andere Seite des Kontinents wechseln um hart und lange zu arbeiten, wenn sie überhaupt zurückkehren. Andererseits zeichnen sich die Länder Osteuropas durch eine große Homogenität der Bevölkerung aus, während die Länder Westeuropas zunehmend von Menschen aus Subsahara-Afrika und der islamischen Welt bewohnt werden.

Masseneinwanderung ist keine Lösung

Es ist bekannt, dass Neuankömmlinge viel mehr Kinder haben als die „einheimische“ Bevölkerung, und dies gilt nicht nur für die erste Generation, weil ihre Nachkommen diese höhere Geburtenrate beibehalten. Das ist der Hauptunterschied zwischen Ost- und Westeuropa: Je homogener und „europäischer“ die Bevölkerung ist, desto weniger Kinder

hat sie jetzt und desto „multikultureller“ wird das Land hervorbringen. Nicht umsonst haben Frankreich und England hohe Geburtenraten und die Länder im Osten und Südosten des Alten Kontinents leiden unter einer geringeren Bevölkerungszahl.

Nun stellt sich natürlich die Frage, welche Auswirkungen dieser fortschreitende Niedergang haben wird. Bedeutet dies automatisch, dass die schwächere Bevölkerung von der zahlenmäßig überlegenen regiert wird? Nicht unbedingt, oder zumindest nicht sofort, wie uns die Geschichte an den Beispielen der spanischen Eroberung Amerikas im 16. Jahrhundert zeigt, oder die britische und französische Kolonialisierung großer Teile Afrikas und Asiens im 19. Jahrhundert. In beiden Fällen waren die Europäer deutlich kleiner als die lokale Bevölkerung, hatten aber den großen Vorteil, dass Europa damals im Gegensatz zu heute einen enormen technischen Vorsprung hatte. Andere rückläufige Gesellschaften wie Japan haben einen ähnlichen Weg eingeschlagen und viel in Technologie investiert, um ihren Lebensstandard und ihren politischen Einfluss aufrechtzuerhalten, anstatt auf Masseneinwanderung zurückzugreifen. Aber wir müssen auch andere Gründe berücksichtigen.

Die Europäer waren zuvor von ihrem Daseinssinn in dieser Welt überzeugt und hatten daher starke und verbundene Gesellschaften, die Expansion und Entwicklung unterstützten. Heute hat ein großer Teil Europas, immer noch traumatisiert von den Schrecken des Zweiten Weltkriegs, nicht nur allen Formen von Expansionismus oder physischer Gewalt abgeschworen, sondern auch der Verteidigung des eigenen Überlebens abgeraten und kurzfristigen Frieden und Sicherheit mit Geld statt mit Respekt erkauft – und mit der Opferung zukünftiger Generationen.

Homogene Gesellschaften sind wichtiger als Bevölkerungswachstum

Natürlich ist der demografische Druck, unter dem Europa außerhalb und innerhalb seiner Grenzen steht, das Ergebnis einer jahrzehntelangen Politik der „Kultur der Gastgesellschaft“, die von der Regierung Angela Merkel drastisch verschärft wurde. Diese Politik hat zu einem dramatischen Rückgang der indigenen Bevölkerung Europas geführt, während die Zahl der Neuankömmlinge weiterhin so stark zugenommen hat, dass Einwanderer und ihre Nachkommen heute die Mehrheit der westeuropäischen Bevölkerung, insbesondere junge Menschen, ausmachen. Angesichts der offensichtlichen Unmöglichkeit ihrer kulturellen Assimilation in die westliche Kultur bedeutet dies, dass es auf Dauer immer schwieriger wird, Solidarität zwischen den Bewohnern des Alten Kontinents zu erwarten, da Solidarität im Allgemeinen auf einer Reihe gemeinsamer kultureller Elemente wie Geschichte, Sprache, Religion, Patriotismus, Folklore basiert, regionale und/oder nationale Besonderheiten oder eine ganz bestimmte Vorstellung davon, was eine Person oder Familie ausmacht.

Diese Formen gemeinsamer Identität sind heute mehr oder weniger verschwunden, und in mehreren Ländern wie Frankreich, Belgien, den Niederlanden und dem Vereinigten Königreich sind Stammesgesellschaften entstanden. Aber selbst die am stärksten fragmentierten Gesellschaften werden weiter überleben, solange die Wirtschaft stabil bleibt und der externe demografische Druck eingedämmt wird. Wenn jedoch aufgrund des schwindenden Wohlstands interne Konflikte ausbrechen und die Außengrenzen nicht mehr verteidigt werden, wird diese Gesellschaft unweigerlich in die Katastrophe schlittern. Und genau das passiert im Moment.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es für die Völker Europas möglicherweise besser wäre, eine schrumpfende, aber homogene und verbundene Bevölkerung zu haben, als eine wachsende multikulturelle und gesplante Bevölkerung.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [VOKATIV](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Europäische Union (EU) (Seiten A 48 bis A 50)

05) Macron und polnische Illusionen

Ein Leitartikel von Paweł Lisicki

02. 02. 2022



Die Rede des französischen Präsidenten vor dem Europäischen Parlament verheißt nichts Gutes.

Ein Leitartikel von Paweł Lisicki, Chefredakteur der einflussreichen konservativen polnischen Wochenzeitung [Do Rzeczy](#), veröffentlicht in der Ausgabe vom 24. Januar 2022 unter dem Titel „Wszystko to wróży jak najgorzej. Macron i polskie złudzenia“ („All das verheißt nichts Gutes“. Macron und die polnischen Illusionen“).

Wer die aktuelle Definition des Prädikats „europäisch“ verstehen wollte, musste sich nur die Rede von Präsident Emmanuel Macron vor dem Europäischen Parlament anlässlich des Beginns der französischen EU-Ratspräsidentschaft anhören. Neben den allgemeinen Banalitäten und der rhetorischen Watte, die so typisch für zeitgenössische Politiker sind, gab es dort auch etwas gehaltvollere Inhalte.

„Unser europäisches Aufbauwerk beruht auf drei großen Versprechungen. Ein Versprechen der Demokratie, die auf unserem Kontinent entstanden ist, die auf unserem Kontinent neu erfunden, neu begründet und in den letzten 70 Jahren neu belebt wurde. Ein Versprechen des Fortschritts, das von allen geteilt wird, und ein Versprechen des Friedens. Sie hat ihr Versprechen sieben Jahrzehnte lang gehalten“.

Demokratie, Fortschritt und Frieden: Kommt Ihnen diese Rede bekannt vor? Zweifellos, denn es ist der charakteristische Stil liberaler Progressiver. Und wie immer sind diese Slogans dazu da, die Heuchelei und Doppelzüngigkeit ihres Urhebers zu verschleiern. Dieser Mann, der von Demokratie spricht, hatte zunächst versprochen, dass es in Frankreich keine Impfpflicht geben würde, und verwandelte dann einige Monate später sein Land in eine geschlossene Krankenhausabteilung, die auf die Behandlung von Covid spezialisiert ist. Dieser Verteidiger der Demokratie verkündete, dass „nicht geimpfte Menschen keine Bürger sind“. Ich warte darauf, dass er ihnen das Wahlrecht entzieht. Im Namen der Demokratie, versteht sich!

Vorerst will sich dieser französische Verteidiger der Demokratie jedoch der Verteidigung der Rechtsstaatlichkeit widmen. Er sagte vor dem Europäischen Parlament:

„Im Grunde setzt sich die Idee fest, dass man, um effizienter zu sein, auf die Rechtsstaatlichkeit zurückkommen muss“, aber „das Ende der Rechtsstaatlichkeit ist ein Zeichen für die Rückkehr zu autoritären Regimen, zum Stottern unserer Geschichte“.

Es ist nicht zu übersehen, dass während dieser Rede zwar keine konkreten Ländernamen genannt wurden, die „Verteidigung der Rechtsstaatlichkeit“ aber zweifellos Polen und Ungarn betreffen wird. Das ist zum Totlachen. Macron, dieses reine Produkt einer autoritären Oligarchie, stellt sich als Verteidiger der Demokratie auf. Das ist eine wahre tragikomische Farce!



Visuell gestaltet von Renaissance, Delegation der französischen Abgeordneten von Renew Europe, anlässlich der französischen Ratspräsidentschaft der Europäischen Union. Auf dem Baum das Symbol der linksradikalen feministischen Organisation Strajk Kobiet.

Noch grotesker waren seine konkreten Vorschläge für Veränderungen, die Frankreich verfolgen will, um den Prozess der europäischen Integration zu vertiefen. So muss seiner Meinung nach die EU-Charta der Grundrechte „aktualisiert“ werden, „um expliziter auf den Umweltschutz oder die Anerkennung des Rechts auf Abtreibung einzugehen“.

Nützliche kleine Erinnerung: Die EU-Grundrechtecharta ist ein Dokument, das auf dem Gipfeltreffen in Nizza im Dezember 2000 angenommen und feierlich verkündet wurde, mit einer Liste der Grundrechte und Grundfreiheiten der EU-Bürger. Anstelle der Verteidigung der Menschenrechte von der Empfängnis bis zum Tod schlägt Macron das Recht zu töten vor, was seiner Meinung nach ... zu den Grundrechten gehören sollte. Statt gesundem Menschenverstand verkündet er die verrückt gemachte Ökologie, daher die Worte von der „Umweltsouveränität“, was auch immer das bedeuten mag.

Für diejenigen, die mit der französischen Politik vertraut sind, ist das keine Überraschung. Der Präsident der französischen Republik ist ein entschiedener Befürworter der Abtreibung und ein ebenso kompromissloser Anhänger der Klimareligion. Seine Regierung hat nicht nur das angebliche „Recht“, ungeborene Kinder zu töten, ausgeweitet, sondern verfolgt darüber hinaus auch noch Lebensschützer. Dabei ist er es doch, der gerne von der Rettung der Erde spricht, aber der einzige Weg, dies zu tun, wäre die Begrenzung der CO₂-Emissionen.

Natürlich ist seine Rede im Europäischen Parlament Teil des französischen Wahlkampfs, in dem Macron sich als entschiedenster Verfechter der links-humanitären Freimaurer-Ideologie präsentieren will. Aber aus polnischer Sicht ist seine Rede ein weiterer Beweis dafür, wie groß die Kluft zwischen den grundlegenden Sensibilitäten und Überzeugungen der polnischen Gesellschaft und dem Mainstream in der EU ist. Und ich denke hier nicht nur an Ideologie. In den Diskussionen über die Mitgliedschaft Polens in der EU wird die „Sicherheit“ gegenüber Russland beschworen, die uns durch diese Mitgliedschaft gewährleistet würde. Nach Ansicht des französischen Präsidenten sollte man sich Russland jedoch nicht mit der NATO entgegenstellen. Im Gegenteil, man müsse einen Dialog mit Russland führen und ständig nach Verständigung suchen. Neben den Franzosen sind es die Deutschen, die sich am besten für dieses Spiel eignen.

All dies zusammengenommen verheißt nichts Gutes. In seinem Bestreben, sich die Rolle eines aufgeklärten Führers zu geben und sich die Unterstützung des linksliberalen Establishments zu sichern, wird Präsident Macron seine Kritik an Polen radikalisieren. Direkt nach seiner Rede fügte er in seiner Diskussion mit Journalisten hinzu, dass Europa gegenüber Polen und Ungarn „zu langsam“ agiere. Deshalb werde es während seiner EU-Ratspräsidentschaft „im Februar Anhörungen für Polen und im März für Ungarn“ geben. Die Ironie ist, dass ich kürzlich gelesen hatte, dass es ausgerechnet Präsident Macron sei, der zu einer Einigung zwischen Warschau und Brüssel führen würde. Das ist ein riesiger Witz.

Nur seine Niederlage bei den Wahlen, die ich ihm aufrichtig wünsche, würde eine Chance auf Veränderung bringen, aber das scheint sich nicht am Horizont abzuzeichnen. Für mich besteht kein Zweifel daran, dass die Wahrung der polnischen Souveränität in einer Europäischen Union, die von Leuten vom Format des Präsidenten Macron dominiert wird, praktisch unmöglich ist. Es ist gut, dass er dies selbst so deutlich sagt. Aber werden die Polen in der Lage sein, ihre Illusionen aufzugeben?



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [VISEGRÁD POST](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Keine Beiträge

01) Gedanken zur Wahl von Frank-Walter Steinmeier zum Bundespräsidenten und was dieser nach seiner Wahl zu sagen hatte!



paperpress

seit 1976



Nr. 598-14

14. Februar 2022

47. Jahrgang

So wie es ist, ist es gut

Das Herumnörgeln an unserem Staatssystem, an den Institutionen und Personen, ist häufig nicht zum Aushalten. Dass 80 Millionen Deutsche besser als die Nationalmannschaft wissen, wie Fußball gespielt wird, ist bekannt. Auch verfügen wir über ein Potenzial von ebenso vielen Wissenschaftlern und Virologen. Jeder kennt den richtigen Weg, nur die Entscheidungsträger irren.

Das Wesen einer Demokratie, schlimm, dass das immer mal wieder gesagt werden muss, besteht darin, dass jeder seine Meinung vertreten kann, aber letztlich die Mehrheit entscheidet. Und wer meint, dass sich diese Mehrheit auf dem Holzweg befindet, kann gegen jegliches Regierungshandeln, von der untersten kommunalen Ebene über die Landtage und Landesregierungen bis hin zum Bundestag und der Bundesregierung vor einem ordentlichen Gericht klagen. Nicht selten haben Gerichte Gesetze korrigiert. Sollte also niemand sagen, er sei der Willkür der politischen Entscheidungsträger schutzlos ausgeliefert.

Deutschland verfügt über das gerechteste Wahlsystem weltweit. Wesentlich besser als das in den Ländern, die sich als Wiege der Demokratie bezeichnen, der Fall ist. Das US-amerikanische Wahlsystem ist schlecht, weil es die Möglichkeit bietet, dass jemand Präsident wird, der nicht die Mehrheit der Stimmen der Bevölkerung errungen hat. Das britische System ist ebenso schlecht, weil es die tatsächlichen politischen Verhältnisse nicht abbildet. Eine Partei, die beispielsweise landesweit zehn Prozent der Stimmen erlangte, aber kein einziges Direktmandat, kommt im Parlament nicht vor. Auch wenn man darüber reden muss, dass unser Parlament mit 736 Abgeordneten zu groß ist, so bildet diese Zahl, verteilt auf die jeweiligen Parteien, den Willen der Wähler deutlich ab als anderswo.

Irgendwie gelingt es uns Deutschen nicht, zufrieden sein zu können. Anstatt die Freiheiten, die unser Land im Überfluss bietet, zu genießen, werden Mehrheitsentscheidungen als Diktatur bezeichnet. Wer sich in einer Diktatur wähnt, weil die Mehrheit nicht seiner Meinung ist, sollte Bildungsurlaubsreisen in Länder unternehmen, wo überhaupt keine andere Meinung als die des Staatsführers zugelassen ist. Ersparen wir uns die Aufzählung dieser Länder.

Auch an der Institution des Bundespräsidenten wird ständig rumgeregelt. Jeder weiß natürlich, was der Präsident besser machen müsste. Und für einige ist das ganze Amt überflüssig und wird der Bundes-

präsident zum Grußonkel degradiert. Dass auch der Bundespräsident kritisiert werden darf, ist unbestritten. Die Betrachtung des Amtes und der Person von einigen Kabarettisten, ist jedoch alles andere als angemessen. Aber, Satire darf ja bekanntlich alles, auch schlecht sein.

Nicht jeder der zwölf Bundespräsidenten war ein Glücksgriff. Von **Theodor Heuss** über **Gustav Heinemann**, **Richard von Weizsäcker** und **Johannes Rau** bis zu **Frank-Walter Steinmeier** können wir uns jedoch nicht beklagen. Bundespräsidenten sind zwar eine machtlose Instanz über der Regierung und dem Parlament, aber eine wichtige Stimme, um Vorgänge des politischen Alltags sortieren und einordnen zu können. Bundespräsidenten können als aussichtslos erscheinende Konflikte beruhigen und zu Lösungen beitragen.

Wie hätte es denn ohne das Eingreifen von **Frank-Walter Steinmeier** nach der Wahl 2017 weitergehen sollen? Nachdem **Martin Schulz** völlig zurecht noch am Wahlabend das Ende der Großen Koalition und den Gang in die Opposition verkündet hatte, ließ die FDP die Koalitionsverhandlungen platzen. Hätte man deswegen Neuwahlen durchführen sollen? Man kann nicht so lange wählen, bis einem das Ergebnis gefällt. Der SPD die Ansage zu machen, mit der Union erneut eine Koalition bilden zu sollen, war der einzige Weg aus der Krise. Und das hat Steinmeier hinkommen, auch wenn dies das politische Ende von **Martin Schulz** bedeutete.

Kein Politiker ist frei von Fehlern. Dass ausgerechnet zur Wiederwahl von Steinmeier der Film über das Schicksal von **Murat Kurnaz**, der von Januar 2002 bis August 2006 ohne Anklage im Gefangenenlager der Guantanamo Bay Naval Base festgehalten wurde, auf der Berlinale gezeigt wurde, ist Zufall. Dass Steinmeier als damaliger Außenminister das Leid von Kurnaz offenbar viel früher hätte beenden können, ist ein Schatten auf seiner politischen Tätigkeit, zumal sich bis heute offenbar niemand bei Kurnaz entschuldigt hat. Dieses Thema scheint tabu zu sein, denn auch in den Interviews von ARD und ZDF nach der Wiederwahl wurde es nicht angesprochen. Wir haben wohl derzeit andere Probleme als Vergangenheitsbewältigung.

Unabhängig von diesem traurigen Fall, wäre es mir lieber, wenn Steinmeier derzeit unser Außenminister wäre, womit ich das durchaus bemerkenswerte Auftreten von **Annalena Baerbock** nicht schmälern will. **Frank-Walter Steinmeier** bleibt also für weitere fünf Jahre unser Bundespräsident. Und das ist



gut so. Wer jemals das Vergnügen hatte, ihm persönlich zu begegnen, trifft auf einen zugewandten empathischen Menschen. Er kann nicht nur gut zuhören, sondern auch Kluges sagen. Und, auch das ist wichtig in dieser trostlosen Zeit von Kriegsgefahr und Pandemie, er ist ein humorvoller Mensch, dem es gelingt, gute Stimmung und Zuversicht zu verbreiten. An **Johannes Rau** kommt aber auch Steinmeier nicht ran. Rau hatte viele hundert (anständige) Witze auf Lager, die er bei jeder Begegnung, wenn es passte, zum Besten gab.

Die demokratischen Strukturen Deutschlands, zu denen unabdingbar auch der Bundespräsident gehört, sind in jeder Hinsicht Diktaturen und Autokraten überlegen. Wir sollten uns das immer wieder bewusst machen, denn so wie es ist, ist es gut.

Ed Koch

Nachfolgend dokumentieren wir die Rede von Frank-Walter Steinmeier nach seiner Wiederwahl am 13. Februar 2022.



Foto: Bundespräsidialamt

Das Amt des Bundespräsidenten ist ein überparteiliches und so werde ich es weiterführen. Meine Verantwortung gilt allen Menschen, die in unserem Land leben. Überparteilich, ja – aber ich bin nicht neutral, wenn es um die Sache der Demokratie geht. Wer für die Demokratie streitet, hat mich an seiner Seite. Wer sie angreift, wird mich als Gegner haben!

Dass Sie mir dieses Amt für weitere fünf Jahre anvertrauen, bewegt mich sehr. Es ist mir eine Ehre und eine Freude. Meine Freude aber wäre größer, wenn die Bundesversammlung unter anderen Bedingungen stattfinden könnte, ohne die Beschränkungen der Pandemie. Und mehr noch: Meine Freude wäre größer, wenn unsere Versammlung nicht in eine Zeit der Sorge fiele, Sorge um den Frieden in Europa.

Die Abwesenheit von Krieg auf unserem Kontinent war uns zur Gewohnheit geworden – geschützt von Freunden, in Frieden mit den Nachbarn, seit über dreißig Jahren wiedervereint. Welch ein Glück für unser Land! Doch in diesen Tagen lernen wir neu, was wir hätten wissen können: Frieden ist nicht selbstverständlich. Er muss immer wieder erarbeitet werden, im Dialog, aber wo nötig, auch mit Klarheit, Absreckung und Entschlossenheit. All das braucht es jetzt.

Zur Klarheit gehört eines: Man mag viel diskutieren über die Gründe für wachsende Entfremdung zwischen Russland und dem Westen. Nicht diskutieren kann man dies: Wir sind inmitten der Gefahr eines militärischen Konflikts, eines Krieges in Osteuropa. Dafür trägt Russland die Verantwortung!

Russlands Truppenaufmarsch kann man nicht missverstehen. Das ist eine Bedrohung der Ukraine und soll es ja auch sein. Aber die Menschen dort haben ein Recht auf ein Leben ohne Angst und Bedrohung, auf Selbstbestimmung und Souveränität. Kein Land der Welt hat das Recht, das zu zerstören – und wer es versucht, dem werden wir entschlossen antworten!

Nicht nur in der Ukraine, in vielen Ländern Osteuropas wächst die Angst. Deshalb stehen wir an der Seite der Esten, der Letten und Litauer; wir stehen gemeinsam mit Polen, Slowaken und Rumänen und allen Bündnispartnern: Sie können sich auf uns verlassen. Deutschland ist Teil der NATO und der Europäischen Union. Ohne sie würden wir Deutsche heute nicht in Einheit und Freiheit leben. Das vergessen wir nicht. Ohne jede Zweideutigkeit bekennen wir uns zu unserer Bündnisverpflichtung.

Unsere Gemeinschaft ist die Gemeinschaft liberaler Demokratien, die die Stärke des Rechts über das Recht des Stärkeren stellt. Ich weiß wohl: In den Augen von autoritären Herrschern gelten demokratische Institutionen als schwach. Dort, wo alle Macht in einer Hand konzentriert ist, verachtet man eine Versammlung wie diese als belangloses Ritual. Dort gelten demokratische Entscheidungsprozesse als Schwäche, das Recht als Bremsklotz, das Bemühen um Freiheit und Glück der Bürgerinnen und Bürger als naiv. Aber ich kann Präsident Putin nur warnen: Unterschätzen Sie nicht die Stärke der Demokratie!

Unsere Demokratie ist stark, weil sie getragen wird von ihren Bürgerinnen und Bürgern. Weil sie ihre Kraft nicht mit Unterdrückung, nicht mit Drohungen nach außen und Angst im Inneren erkaufte. Weil sie den Menschen mehr zu bieten hat als Ideen von nationaler Größe und Herrschaft über andere.



Demokratien sind nicht alle gleich, aber sie sind einander im Inneren verwandt. Und auch dies verbindet uns: Wir suchen nicht die Konfrontation nach außen. Das ist die gleichlautende Botschaft aus Washington, Paris und Berlin: Wir wollen friedliche Nachbarschaft in gegenseitigem Respekt. Bald jährt sich zum 50. Mal die Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki: Möge dieser Jahrestag nicht der Anlass sein, an dem wir uns in Ost und West das Scheitern der Bemühungen um dauerhaften Frieden in Europa eingestehen müssen. Arbeiten wir im Gegenteil für die Erneuerung dieses Erbes. Ich appelliere an Präsident Putin: Lösen Sie die Schlinge um den Hals der Ukraine! Und suchen Sie mit uns einen Weg, der Frieden in Europa bewahrt!

Unsere Demokratie ist stark – und auch die heutige Versammlung ist ein selbstbewusster Ausdruck dieser Stärke. Schauen Sie sich um in dieser großen Runde: Dass Sie alle heute hier sind, aus allen Teilen unseres Landes, allen Widrigkeiten der Pandemie zum Trotz, das zeigt: Wir achten unsere demokratischen Institutionen. Wir wissen, dass diese Demokratie von der Vielfalt lebt, die Sie heute repräsentieren.

Und diese Versammlung zeigt noch etwas: Es gibt in unserem Land, jenseits der Logik von Regierung und Opposition, eine breite Mehrheit für die Stärkung unserer Demokratie. Das ist Ihr Auftrag. Dafür will ich mein Bestes geben!

Ich will an dieser Stelle meinen Respekt ausdrücken für meine Mitbewerberin und Mitbewerber in dieser Wahl. Gestatten Sie mir, sehr geehrter Professor Trabert, noch ein zusätzliches Wort. Sie haben mit Ihrer Kandidatur auf ein Thema aufmerksam gemacht, das mehr Aufmerksamkeit verdient: die Lage der Ärmsten und Verwundbarsten in unserem Land. Dafür gebührt Ihnen nicht nur Respekt, sondern ich hoffe, dass Ihr Impuls erhalten bleibt. Das Thema Obdachlosigkeit beschäftigt uns beide – Sie wissen es – seit langer Zeit. Warum schauen wir nicht, ob wir diesem drängenden Thema gemeinsam mehr Aufmerksamkeit verschaffen können? Ich würde mich freuen, wenn wir darüber ins Gespräch kommen.

Unterschätzen wir nicht die Stärke der Demokratie. Aber unterschätzen wir auch nicht die Herausforderungen, vor denen sie steht! Gegner der Demokratie, von außen und von innen, säen in der Pandemie Zweifel an unserer Handlungsfähigkeit und unseren Institutionen, an der freien Wissenschaft und den freien Medien.

Ja, es stimmt: Unser Weg heraus aus der Pandemie ist kein geradliniger. Es gab Fehler und Fehleinschätzungen, auch bei uns. Aber man zeige mir ein autoritäres System, das besser durch die Pandemie gekommen wäre! Oder haben sich die selbsternannten starken Männer in aller Welt nicht in Wahrheit selbst entzaubert in dieser Krise? Ständen die Kaiser mit ihren protzigen Kleidern, mit ihren Schuldzuweisungen und Verschwörungstheorien, nicht ziemlich nackt da? Der entscheidende Durchbruch im Kampf gegen die Pandemie, die Impfstoffentwicklung in Rekordzeit – der gelang hier, in der freien Wissenschaft, dank brillanter Forscherinnen und mutiger Unternehmer, hier in Mainz, in Deutschland, mit unseren Partnern in Europa und den USA. Wir sollten, bei aller Selbstkritik, unser Licht nicht unter den Scheffel stellen!

Wenn ich auf unser Land blicke, dann sehe ich Menschen, die sich Monat für Monat durch diese Pandemie kämpfen – und zwar nicht, weil sie mit eiserner Hand dazu gezwungen werden. Sondern weil sie immer wieder selbst darum ringen, das Richtige zu tun, durchzuhalten, anzupacken! Die übergroße Mehrheit in unserem Land handelt verantwortungsvoll und solidarisch – seit zwei langen Jahren, die sich für viele anfühlen wie eine Ewigkeit. Als Ihr alter und Ihr neuer Bundespräsident möchte ich Ihnen von Herzen danken für diesen großen, gemeinsamen Kraftakt!

Aber – wir spüren auch das andere. Wir spüren: Nach zwei Jahren Pandemie macht sich Frust breit, Enttäuschung, Gereiztheit. Wir haben uns aufgerieben im Streit um den richtigen Weg, im Streit weit über die Politik hinaus, in den Betrieben und an den Schulen, unter Freunden und Kollegen, bis hinein in jede Familie. Die Pandemie hat tiefe Wunden geschlagen in unserer Gesellschaft. Ich möchte dabei helfen, diese Wunden zu heilen.

Aber denen, die Wunden aufreißen, die in der Not der Pandemie Hass und Lügen verbreiten, die von „Corona-Diktatur“ fabulieren und sogar vor Bedrohung und Gewalt nicht zurückschrecken, gegen Polizistinnen, Pflegekräfte oder Bürgermeister – denen sage ich: Ich bin hier und ich bleibe! Ich werde als Bundespräsident keine Kontroverse scheuen, denn ohne Kontroverse keine Demokratie. Aber es gibt eine rote Linie und die verläuft bei Hass und Gewalt! Ich fürchte, die Gegner der Demokratie werden nach der Pandemie nicht leiser werden, sie werden sich neue Themen suchen und vor allem neue Ängste, von denen es reichlich gibt in dieser Zeit: Werden unsere Kinder noch denselben Lebensstandard haben wie wir heute? Kann ich Schritt halten mit dem



Lauf der digitalen Welt? Fällt unser Land hinten runter im globalen Wettbewerb? Solche Sorgen sind Nährboden für die, die mit der Angst ihr politisches Geschäft betreiben. Und ich fürchte, sie tun es auch mit dem großen Thema unserer Zeit: dem Kampf gegen den Klimawandel. Diese große Aufgabe, die Transformation hin zu einer nachhaltigen Lebensweise auf unserem Planeten, die sucht kein Land, keine Regierung sich einfach aus. Sie ist nicht weniger als die Überlebensfrage der Menschheit.

Und diese Aufgabe bringt uns in eine Epoche des Aufbruchs und des Umbruchs. Mehr Aufbruch, hoffen manche; mehr Umbruch, fürchten andere. Ich bin überzeugt: Wenn wir aus den großen Umbrüchen einen gemeinsamen Aufbruch machen wollen, dann geht das nicht durch staatliche Verordnung allein. Dann müssen wir Brücken bauen! Brücken zwischen den Generationen; zwischen den Alteingesessenen und denen, die neu hinzukommen; Brücken zwischen Start-Up und Hochofen; zwischen Großstadt und plattem Land; zwischen den Gesprächen in der Kneipe und denen in Brüssel und Berlin. Kurzum: Brücken in Richtung Zukunft, die breit und stark genug sind, dass wirklich alle darüber gehen können.

Dafür will ich arbeiten! Und ich will das Gespräch darüber mitnehmen ins ganze Land, in die Winkel unserer Gesellschaft, fernab vom Selbstgespräch der Hauptstadt, das doch viele gar nicht erreicht. Ich will Orte besuchen, an denen Menschen Verluste erleben – und, ja: Es gibt Verluste. Es gibt Orte, die sich neu erfinden müssen. Keiner dieser Orte liegt am Rand unserer Gesellschaft. Sie alle braucht es für die Zukunft. Sie alle braucht es für einen neuen Zusammenhalt. Transformation wird nur gelingen, wenn auch die Schwächeren etwas zu gewinnen haben. Jeder, den wir verlieren, fehlt der Demokratie!

Solche Gespräche brauchen vor allem eines: Zeit. Die müssen wir uns nehmen, wenn wir nicht dauerhaft aneinander vorbeireden, wenn wir uns nicht in falschen Konflikten verlieren wollen. Ich werde mir diese Zeit nehmen, und auf Zeit-Reise gehen durch unser Land.

Der Übergang meiner Amtszeit fällt auf den 18. März, den Tag der Märzrevolution und der ersten freien Wahlen in der DDR. An diesem stolzen Tag unserer Demokratiegeschichte beginne ich meine Reise, und verbringe – sehr bewusst – den ersten Tag der neuen Amtszeit in Ostdeutschland. Ich freue mich darauf.

Liebe Delegierte, liebe Landsleute, das Vertrauen, das Sie diesem Amt und das Sie mir entgegenbringen, ist ein kostbares Geschenk. Ich verspreche Ihnen: Ich werde behutsam und respektvoll damit

umgehen. Ein Bundespräsident kann alte Gewissheiten nicht zurückholen. Natürlich nicht. Aber er kann Zukunftsangst nehmen und Zuversicht geben. Er kann daran erinnern, wie viele Krisen wir in siebenzig Jahren überwunden haben, wie die Ostdeutschen eine Diktatur zu Fall brachten, wie wir an einem vereinten Europa mitgebaut haben. Er kann Menschen Mut machen, Verantwortung zu übernehmen, und ihnen den Rücken stärken, wo immer sie sich engagieren und Lösungen suchen für die Probleme unserer Zeit.

Vertrauen in Demokratie ist doch am Ende nichts anderes als Vertrauen in uns selbst. In unserem Grundgesetz steht schließlich nicht: „Alles Gute kommt von oben“, sondern da steht: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Das ist das Versprechen unserer Verfassung an uns Bürger. Aber darin liegt auch ein Versprechen zwischen den Bürgerinnen und Bürgern: „Zieh Dich nicht zurück, sondern übernimm Verantwortung“. Das ist die doppelte Natur der Demokratie: Sie ist Versprechen und Erwartung zugleich. Demokratie ist eine Zumutung.

Und Mut zu machen zu dieser Zumutung – das ist meine Aufgabe.

Es gibt manche, die sagen, die liberale Demokratie sei auf dem Abstieg. Dieses Jahrhundert werde das Zeitalter der Autoritären, der harten Hand. Sie merken es: Ich halte nichts von solchen Abgesängen. Nein, nur eines ist gewiss: Die Zukunft ist offen. Und auf diese Offenheit hat niemand, kein Autokrat und keine Ideologie, bessere Antworten als die Demokratie.

Also: Machen wir uns nicht selbst klein! Seien wir nicht ängstlich! Packen wir die Zukunft bei den Hörnern! Mögen die Autoritären doch ihre Elspaläste und Golfressorts bauen. Nichts davon ist stärker, nichts leuchtet heller als die Idee der Freiheit und Demokratie in den Köpfen und Herzen der Menschen!

Jede und jeder von Ihnen, hier im Saal und im ganzen Land, jeder, der sich um mehr kümmert als sich selbst – der gewinnt ein Stück Zukunft für uns alle. Jede und jeder, der sich engagiert – im Beruf oder im Ehrenamt, im Gemeinderat oder im Verein – der kämpft den Kampf um die Zukunft der Demokratie! Jede und jeder, der anpackt, im Großen und im Kleinen – der bringt die Kraft der Demokratie zum Leuchten!

Gehen wir's gemeinsam an. Ich freue mich auf das, was vor uns liegt!

Quelle: Bundespräsidentent

02) Die Zeit der ersten Lockerungen kommt jetzt“. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (51, SPD) über die größten Gefahren für die Sicherheit in Deutschland und die Corona-Maßnahmen. Aus: B.Z. v. 13.02.2022, S.6/7

Von ANGELIKA HELLEMANN und BURKHARD UHLENBROICH

Ihre 18 Vorgänger seit 1949 – alles Männer. Sie ist die erste Frau im Bundesinnenministerium: Nancy Faeser (51). Juristin, im Taunus geboren, Mutter eines Sohnes (1. Klasse), verheiratet. Bevor Kanzler Olaf Scholz (63, SPD) die Innenexpertin in sein Kabinett holte, war sie SPD-Fraktionschefin in Hessen. Jetzt kümmert sie sich um die innere Sicherheit in ganz Deutschland und wacht über die Wahrung unserer Grundrechte.

B.Z. AM SONNTAG: Frau Ministerin, was ist die größte Gefahr für die Sicherheit in Deutschland?

NANCY FAESER: Als Innenministerin bekämpfe ich jede Art von Extremismus – rechts, links, islamistisch. Im Moment ist der Rechtsextremismus die größte Gefahr für die Demokratie – mit seinen mörderischen Anschlägen in Halle und Hanau, auf Walter Lübcke, vom NSU. Zu viele haben diese Gefahr jahrelang verharmlost. Manche werden sich noch an eine Frau mit klarer Haltung an der Spitze des Innenministeriums gewöhnen müssen.

Sie haben einen Aktionsplan gegen rechts angekündigt. Was wollen Sie konkret tun?

Der Rechtsstaat muss sich wehrhaft zeigen. Wir setzen alles daran, den Nährboden für rechtsextreme Gewalt auszutrocknen, indem wir sehr entschieden gegen Hass und Hetze vorgehen. Wir werden die Finanzströme der Extremisten verfolgen und austrocknen. Und wir werden ihnen sehr konsequent die Waffen entziehen. Dazu gehört für mich auch eine weitere Verschärfung des Waffengesetzes.

Ihnen wird vorgeworfen, auf dem linken Auge blind zu sein. Sind Sie das?

Ich habe in meinem Leben hinreichend bewiesen, dass ich auch gegen Linksextremismus klare Kante zeige. Nur ein Beispiel: Als bei Protesten im Dannenröder Forst in Hessen Polizisten brutal angegriffen wurden, habe ich mich deutlich gegen die Linksextremen gewandt und die Beamten verteidigt.

Sie haben als hessische SPD-Fraktionschefin in dem Magazin „Antifa“ einen Beitrag geschrieben. Das Problem: Die Zeitschrift gehört der „Verenigung der Verfolgten des Naziregimes –

Bund der Antifaschisten“. Die wird vom Verfassungsschutz beobachtet und als „linksextremistisch beeinflusst“ eingestuft. Teilen Sie diese Einschätzung?

Den Beitrag habe ich geschrieben, nachdem ich selber zweimal Morddrohungen vom sogenannten „NSU 2.0“ bekommen habe. Und den Inhalt hat auch niemand kritisiert. Ich kann verstehen, wenn sich manche über den Ort der Veröffentlichung wundern.

Wussten Sie zum Zeitpunkt der Veröffentlichung von der Verfassungsschutz-Beobachtung?

Ich habe vor allem das Wirken von Holocaust-Überlebenden wie der über alle Parteigrenzen hinweg geschätzten Esther Bejarano für diese Vereinigung der NS-Verfolgten wahrgenommen. Die Geschichte des Verbands ist komplex, selbst Adenauer war anfangs Mitglied. Würden Sie heute noch einmal einen Beitrag für das Magazin „Antifa“ schreiben?

Ich habe das in Hessen als SPD-Fraktionsvorsitzende und Betroffene der „NSU 2.0“-Morddrohungen gemacht. Heute habe ich eine andere Rolle.

Die Antifa wendet oft selbst

Gewalt an. Wo ist für Sie die Grenze überschritten?

Nicht erst bei Gewalt, auch schon bei Hass, Hetze, Beleidigungen – das gilt völlig unabhängig davon, aus welcher Ecke das kommt. Wer andere Menschen, egal ob Polizisten, Politiker, Passanten, angreift, hat die Grenze des legalen und legitimen Protests überschritten. Da muss der Rechtsstaat eine Null-Toleranz-Strategie fahren.

Dürfen denn jugendliche Klimaaktivisten Autobahnen blockieren und sich auf dem Asphalt festkleben?

Nein. Wer Rettungswege blockiert, wie wir es jetzt gesehen haben, der setzt Menschenleben aufs Spiel. Jede Form von Gewalt, Einschüchterung, Nötigung lehne ich komplett ab. Das gilt für alle, auch für Klima-Proteste. Ich bin da sehr sortiert.

Können Sie verstehen, dass Menschen gegen die Corona-Maßnahmen auf die Straße gehen?

Die Versammlungsfreiheit ist ein Grundrecht. Wer demonstriert, sollte aber Regeln zum Schutz aller wie Maskentragen einhalten. Und jeder muss sich fragen, ob er an der Seite von Rechtsextremen herlaufen will.

Sie haben getwittert „Man

kann seine Meinung auch kundtun, ohne sich gleichzeitig an vielen Orten zu versammeln.“ Gilt das Demorecht für Corona-Gegner dann doch nicht?

Selbstverständlich gilt das Demonstrationsrecht für alle. Es ist völlig legitim, an fünf Orten Demos anzumelden. Aber wenn man das unangemeldet an ganz vielen verschiedenen Orten tut, dient das nur dazu, Regeln zu unterlaufen und der Polizei ihre Arbeit so schwer wie möglich zu machen. Die Frage ist doch, ob das wirklich nötig ist. Die Beamten halten für uns alle schließlich jeden Tag auf der Straße ihren Kopf hin.

Als Innenministerin sind Sie die Hüterin der Verfassung. Die Corona-Impfung schützt nicht vor Infektion. Ist die Impfpflicht dann überhaupt verfassungsgemäß?

Ohne Impfpflicht habe ich die große Sorge, was uns im nächsten Herbst blüht, falls es weitere Mutationen gibt. Die Impfung schützt sehr sicher vor schwerer Krankheit und Tod. Die Impfpflicht für alle Erwachsenen halte ich deshalb für verfassungskonform. Wir brauchen eine hohe Impfquote, damit wir alle wieder ohne Frei-

heitseinschränkungen leben können. Und uns nicht fragen müssen, ob der Herzinfarkt schnell genug behandelt wird, wenn zu viele ungeimpfte Corona-Patienten versorgt werden müssen. Das ist viel gravierender als die Pflicht, eine Impfung nachzuweisen.

Wie soll die Impfpflicht kontrolliert werden? Mit Polizei? Flächendeckend mit Stichproben?

Da will ich dem Parlament nicht vorgreifen. Klar ist: Es kann nur um stichprobenartige Kontrollen gehen. In unserem Rechtsstaat gehen wir richtigerweise davon aus, dass die Menschen die beschlossenen Gesetze auch einhalten.

Es gibt gerade ein Gegenbeispiel: Der bayerische Ministerpräsident Markus Söder will die Impfpflicht für Kliniken und Pflegeheime nicht umsetzen. Nehmen Sie das einfach so hin?

Da muss ich als Verfassungsministerin klar sagen: Das geht gar nicht! Das Grundgesetz gilt auch in Bayern. Auch der bayerische Ministerpräsident muss sich an Recht und Gesetz halten. Die Impfpflicht in Kliniken und Pflegeheimen ist eine bundesrechtliche Regelung, die Markus Söder selbst im Bun-

desrat mitbeschlossen hat. Ich erwarte von Herrn Söder, dass er die Impfpflicht umsetzt. Punkt.

Und wenn nicht?

Bundesrecht gilt. Das fordern wir ein. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Herr Söder Grundprinzipien unserer Verfassung infrage stellt.

Halten Sie die Freiheitseinschränkungen überhaupt noch für verhältnismäßig, obwohl die Kliniken nicht überlastet sind?

Im Moment ja, weil wir zu viele Ungeimpfte über 60 haben, die immer noch stark vom Virus bedroht sind, und wir diese so schützen.

Wann müssen die Bürger ihre Freiheiten spätestens zurückerhalten?

Wenn die Zahlen erkennbar zurückgehen und weniger Menschen wegen Corona ins Krankenhaus müssen. Die Zeit für erste Lockerungen kommt jetzt. Nächste Woche beraten wir darüber mit den Ländern.

Alle Corona-Maßnahmen laufen am 19. März aus. Sind Sie für eine Verlängerung oder ist das dann unser Freedom Day?

Das hängt vom weiteren Verlauf der Omikron-Welle ab. Ich bin optimistisch, dass sie bald abflacht und wir uns auf Ostern freuen können.

**03) Auf Druck von Faeser: Sperren von TELEGRAM-Kanälen angelaufen –
jetzt Apps-Stores im Visier**

13. 02. 2022



Dass auf das deutsche Grundgesetz („eine Zensur findet nicht statt“) und EU-Verordnungen (Schengen, Dublin) gepfiffen wird, ist im freiesten Deutschland, das es jemals gab, bereits gängige Praxis. Mittlerweile besteht sogar die Gefahr als „rechtsextrem“ eingestuft zu werden, wenn man öffentlich das Grundgesetz in gedruckter Form zur Schau stellt. Die Aussage Horst Seehofers „Wir haben im Moment keinen Zustand von Recht und Ordnung. Es ist eine Herrschaft des Unrechts“ erfährt immer öfter ihre Bestätigung.

Da nimmt es wenig Wunder, dass das Spektrum der freien Meinungsäußerung immer mehr eingeschränkt wird und es gilt, nicht nur die Meinungsäußernden mundtot zu machen, sondern auch Medien die solchen Leuten eine Plattform bieten unter Druck zu setzen. Der Vorteil dabei: Die grundgesetzwidrige Verhaltensweise wird outgesourced, man kann einem Pilatus gleich, seine Hände in Unschuld waschen. Bei Facebook sind es die dpa-Faktenchecker und das von Soros mit hunderttausenden Euro geförderte „correctiv.org“, die dort quasi Administrationsrechte haben und sich in der Rolle eines Art „Wahrheitsministeriums“ gefallen dürfen.

Nach Facebook ist jetzt Telegram im Visier der Zensoren

Nachdem man Facebook mittlerweile im Griff hat (über 2.000 Zensurfaschistinnen und -Faschisten sind dort bereits als Kontrollorgane am Werk), ist jetzt TELEGRAM dran. Und das, obwohl diese Medium gar nicht in Deutschland sitzt. So wurden mittlerweile die ersten 64 Telegram-Kanäle „auf Druck der Bundesregierung“ abgedreht, wie [zdf.de](https://www.zdf.de) berichtet:

„Bei Telegram haben sich auch Rechtsextreme und Querdenker vernetzt. Auf Druck der Bundesregierung hat der Messenger-Dienst nun erstmals solche Kanäle gesperrt“ heißt es dort.

Wer als „rechtsextrem“ einzustufen ist, entscheiden praktisch Linksextreme, wie etwa die neue Innenministerin Nancy Faeser, für die es kein Problem darstellte für das Magazin „antifa“ als Gastautorin in Erscheinung zu treten. Beruhigend für uns: „Sie habe als Innenministerin heute eine „andere Rolle“, argumentiert Nancy Faeser. Daher würde ein Gastbeitrag für das „antifa“-Magazin für sie nicht mehr in Frage kommen, erfährt man heute in der [FAZ](#).

Die „andere Rolle“ der Nancy Faeser

In ihrer neuen, „anderen Rolle“ als Innenministerin braucht sich die linke Frontfrau natürlich nicht mehr als Schreiberling in linksextremen Magazinen betätigen, jetzt hat sie alle Hebel in der Hand, auch aktiv durchzugreifen. Am liebsten würde sie auch „Apps wie zum Beispiel Telegram aus den Appstores entfernen“ lassen, wie [zdf.de](#) berichtet.

Das Problem dabei, warum die Welt noch nicht am deutschen Zensurwesen genesen kann:

„... warum die Forderung, Apps wie zum Beispiel Telegram aus den Appstores zu entfernen, noch nicht umgesetzt wurde:

*Es sei ‚sehr, sehr schwierig an Telegram ranzukommen, weil sie keine ladungsfähige Anschrift in Europa haben‘, sagte Faeser. ‚Deswegen sind wir jetzt ja hinterher, international zu sehen, dass das, was an Anzeigen vorliegt und was an Verfahren von meinem Kollegen, Justizminister Buschmann, eingeleitet wurde, auch tatsächlich durchgesetzt werden kann.‘“
so weiter auf [zdf.de](#) und Faeser weiter:*

„Da sollten wir auch nicht locker lassen. Wir müssen dort hart und konsequent durchgreifen.“

Mit Faeser ist Deutschland einen weiteren Schritt in Richtung DDR 2.0 näher gekommen.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Verlängerter Arm von Schwab (WEF) zu Bearbock ins Außenamt implantiert

11. 02. 2022



Ein gefährliches Explosivgemisch für freiheitsliebende Nationen: Klaus Schwab und Jennifer Morgan

Am 8. Februar 2022 wurde bekannt, dass Greenpeace-Chefin, die Amerikanerin Jennifer Morgan ins deutsche Auswärtige Amt berufen wird, zunächst ab 1. März 2022 als Sonderbeauftragte für internationale Klimapolitik, offensichtlich um der Installation der WWF-Marionette eine idealistischen Anstrich zu geben. Erst danach soll die US-Amerikanerin Staatssekretärin werden.

Schwab-Marionette direkt ins Außenamt implantiert

Nichts demonstriert den US-Protektorats- und Globalsiten-Vasallenstatus Deutschlands mehr, als die Implantierung, einer von Klaus Schwab und seinem Weltwirtschaftsforum (WEF) gebrieften Globalistin, direkte ins Deutsche Außenamt. Werden da deutsche Interessen vertreten? Wohl kaum. Hier soll die „Neue Weltordnung“ durchgezogen, der „Great Reset“ vorangetrieben werden.

Wo „grün“ draufsteht ist Schwab drin

Betrachten wir nun in wenigen Sätzen, wer Jennifer Morgan ist und was sie mit Annalena Baerbock verbindet. Das nötige Rüstzeug für eine Globalistin holte sie sich beim WWF, genauso wie Baerbock, die sogar die „Young Global Leaders“-Kaderschmiede des Weltwirtschaftsforums durchlief. Danach wurde die Amerikanerin auf Deutschland angesetzt:

Morgan war ...

- während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007 im Beratergremium der Bundesregierung unter der Leitung des Klimaforschers Hans Joachim Schellnhuber und
- unterstützt seit 2008 die Initiative *Breaking the Climate Deadlock* des früheren britischen Premierministers Tony Blair.
- Darüber hinaus wirkte sie als Begutachtungseditorin (Review Editor) an einem Kapitel des Fünften Sachstandsberichts des IPCC mit und
- war von Juli 2013 bis Oktober 2016 Mitglied im Rat für Nachhaltige Entwicklung der deutschen Bundesregierung.
- Von 2010 bis 2017 war sie Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung.
- Sie ist Ehrenmitglied bei *Germanwatch*.

Es erhebt sich die Frage, was so eine augerechnet im Äußenamt zu suchen hat, es sei denn, die Dame gibt als verlängerter Arm von Schwab dort die Richtung vor.

Verquickung von „Pandemie“ und „Klima-Notfall“

Als „Agenda Contributor“ des WEF entwickelte Morgan für die Schwab-Stiftung eine Reihe von Strategievorschlägen. Bereits im April 2020 befasste sie sich in einem Artikel mit Corona. In der damals noch „jungen“ Infektionswelle erblickte sie wörtlich **„eine nicht verpassende Chance“**. Sie schrieb:

“So wie unsere Antwort auf Covid-19 global, wissenschafts-basiert, kollaborativ und gesamtheitlich sein muss, so müssen wir auch eine Welt erschaffen, die effizient und effektiv die nächste Pandemie und andere globale Krisen wie den Klimanotfall adressiert.”

Womit klar ist, dass wir es auch künftig mit „Pandemien“ und den einhergehenden „Schutzimpfungen“ zu tun haben werden – am besten im 3-Monate-Takt. Auch ein „Klima-Lockdown“ mit Stromabschaltungen und Verkehrsbeschränkungen würde durchaus in das Konzept dieser eine Neue-Welt-Erschaffer passen.

Man kann deshalb darauf wetten, dass nach dem vorübergehenden Abflauen der „Pandemie“, bald die Klima-Hysterie, vor der wir jetzt zwei Jahre verschont wurden, wieder voll hochgefahren wird.

Hier die ausführliche Stellungnahme des außenpolitischen Sprechers der AfD-Bundestagsfraktion:

Die politische Linke macht sich den Staat zur Beute

Ein Gastbeitrag von Petr Bystron

Die Berufung der Amerikanerin ins deutsche Außenministerium ist ein Tabubruch und zugleich ein Markenzeichen des politischen Handelns der politischen Linken. Eine Klimalobbyistin, dazu eine Amerikanerin, soll im Außenministerium deutsche Interessen vertreten?

Der Vorgang ist hoch umstritten und wirft gleich mehrere Fragen auf. Die Kritiker werfen der Außenministerin vor, eine Lobbyistin ins Ministerium zu holen. Hinzu kommt, dass es sich hierbei um eine Ausländerin handelt, deren Einbürgerung nun beschleunigt ablaufen soll, damit sie den Posten antreten kann.

Grundsätzlich wäre es begrüßenswert, wenn die Bundesregierung stärker auf Fachleute als auf altgediente Politikader setzen würde. Eine Prise frischen Wind würden dem Politbetrieb sicher nicht schaden, ebenso wie Experten an der Seite von Ministern, deren akademische Laufbahn bedenkliche Lücken aufweist. Hierbei spräche auch nichts gegen den Einsatz von Ausländern, wenn diese in ihrem Fachbereich eine in Deutschland nicht verfügbare Expertise mitbringen würden. So könnten zum Beispiel im Verkehrs- oder Landwirtschaftsministerium Experten aus anderen Ländern für einen Wissenstransfer sorgen, aus Projekten, die in deren Ländern bereits erfolgreich durchgeführt wurden und nun in Deutschland implementiert werden sollen, und hierzulande hierfür komplett die Fachexpertise fehlt.

Für solche Fälle sollte man allerdings eher den gesetzlichen Rahmen dafür schaffen, dass auch Ausländer für die Bundesregierung arbeiten dürfen, als dass man diese ad hoc einbürgert. Die beschleunigten Einbürgerungsverfahren sind zwar gesetzlich geregelt, hinterlassen jedoch stets einen faden Beigeschmack. Sie sind sogar bei Spitzensportlern in der Bevölkerung zu Recht umstritten, denn sie senden ein falsches Signal von Ungleichbehandlung und unfairer Bevorzugung aus. Die Aussage von Annalena Baerbock, die beschleunigte Einbürgerung von Jennifer Morgan hätte nichts mit dem neuen Posten zu tun, kann in diesem Kontext nur als Hohn empfunden werden.

Doch offensichtlich ist Jennifer Morgan keine solche ausländische „Fachkraft“, die über eine Expertise verfügen würde, wie sie niemand sonst in der gesamten Bundesrepublik bieten könnte. Wenn unser Land an einem Überfluss leidet, dann ist es der, an selbsternannten Klimarettern und Umweltaktivisten.

Auch ist ausgerechnet das Außenministerium am wenigsten dafür geeignet, Ausländer für führende Posten einzusetzen. Denn dessen Aufgabe ist gerade die Durchsetzung deutscher Interessen im Ausland, oft in Konkurrenz zu den Interessen anderer Länder. Hier sind die Interessenskonflikte vorprogrammiert und auch unvermeidbar. Auch aus diesem Grund sind die Auslandsaufenthalte deutscher Diplomaten zeitlich begrenzt – die Entfremdung von Deutschland soll verhindert und die Wahrung deutscher Interessen gewährleistet bleiben.

Doch neben diesen konkreten Verstößen gegen bisherige Usancen des Amtes ist der Vorgang geradezu exemplarisch für ein grundsätzliches Problem auf der politischen Meta-

Ebene. Hier manifestiert sich der rücksichtslose Missbrauch staatlicher Institutionen durch die deutsche Linke (in diesem Fall die Grünen) bei der Durchsetzung deren ideologischen Agenda. Der Sündenfall erfolgte bereits bei dem Ressortzuschnitt: Der Bereich Klimaschutz hat im Außenministerium nichts zu suchen. Die Besetzung von Klimalobbyisten in die Positionen von Staatssekretären ist natürlich ein totales no-go, jedoch eine logische Folge dieses Strukturfehlers.

Doch es ist symptomatisch für die Handlungsweise der politischen Linken: sie forciert die Verlagerung der Entscheidungskompetenzen von demokratisch legitimierten Institutionen wie Ministerien und Parlamenten zu durch niemanden gewählten NGOs hin. Sie erhebt diese NGOs langfristig in Rollen, die eigentlich nur staatlich legitimierten Institutionen zustehen dürften. Dieser Prozess dauert schleichend bereits seit Jahrzehnten an und hat zur Folge, dass sich die Öffentlichkeit auf diese Rolle der NGOs gewöhnt, und diese sogar aus der Gewöhnung heraus akzeptiert, anstatt sie kritisch zu hinterfragen. Die mit unverfrorenen Selbstverständlichkeit durchgeführte Besetzung eines führenden Postens im Staatsapparat durch eine solche Lobbyistin ist der krönende Abschluss dieses Prozesses.

Der Trend ist im höchsten Maße beunruhigend, denn so wird der Mehrheitswille der Bevölkerung umgangen. Langfristig werden demokratische Prozesse ausgehöhlt. Die NGOs sind nämlich nur ihren Geldgebern verpflichtet und setzen dementsprechend deren Partikularinteressen durch – oft sogar gegen den bis dahin herrschenden gesellschaftlichen Konsens.

Besonders bedenklich wird dieser Trend, wenn er durch die öffentlich-rechtlichen Anstalten bestärkt wird. Das unrühmlichste Beispiel hierfür stellt die unverblühte Manipulation der öffentlichen Meinung nach der Beschädigung des Atomkraftwerks in Fukushima dar. Obwohl der Reaktor durch eine Tsunami-Welle beschädigt wurde und niemand an den Folgen von erhöhter Radioaktivität gestorben war, sendeten die Öffentlich-Rechtlichen Sender mehrere Wochen lang reine Horror-Meldungen, die mit Archiv-Material über die Katastrophe von Tschernobyl vermischt wurden und über die ganze Zeit von „Experten“ kommentiert wurden, die wie das Magazin Focus später herausfand, allesamt von NGOs gestellt wurden, die der Atomkraft kritisch gegenüberstehen. Qualifizierte Ingenieure oder gar ein Vertreter der Atombehörde kamen nicht zu Wort. Das Ergebnis war eine gegen die Atomkraft gekippte Stimmung in der deutschen Öffentlichkeit und der definitive Ausstieg aus einer Technologie, die von vielen Ländern zu den erneuerbaren Energien gezählt wird und die soeben von der EU als solche eingestuft wurde.

Doch genau diese Rücksichtslosigkeit, mit der sie ihre ideologischen Ziele durchsetzen, ist das Markenzeichen der linken politischen Bewegungen. Neben der Verlagerung von Kompetenzen von demokratisch legitimierten Institutionen auf zwielichtige NGOs gehört hierzu auch der Missbrauch von staatlichen Institutionen, sobald sie von Repräsentanten der politischen Linken beherrscht werden. Ein unrühmliches Beispiel hierfür ist der SPD-Politiker Frank-Walter Steinmeier, der als amtierender Präsident der Bundesrepublik Deutschland aktiv Wahlkampf für die Präsidentschaftskandidatin der US-Demokraten Hillary Clinton betrieben hatte, und der nach ihrer Niederlage dem Wahlsieger Donald Trump nicht zu seiner Inauguration zum US Präsidenten gratuliert hatte.

Aus den geschilderten Gründen ist die Berufung der Greenpeace-Chefin Jennifer Morgan auf einen Topposition im Auswärtigen Amt mehr als nur eine Laune einer überambitionierten Außenministerin, die den Anspruch hat, das Weltklima zu retten. Die Berufung der Klimalobbyistin ist ein Tabubruch.

Daß die Greenpeace-Chefin mit der Annahme ihrer Berufen gegen die Statuten ihres bisherigen Arbeitgebers verstößt, ist dabei nur eine weitere böse Pointe. Dort heißt es: „Greenpeace ist überparteilich und völlig unabhängig von Politik, Parteien und Industrie. Deshalb müssen Greenpeacer*innen jeden potenziellen, tatsächlichen oder den Anschein eines Interessenkonflikts vermeiden“.



Petr Bystron ist Politikwissenschaftlers (Ludwig-Maximilian-Universität München) und Außenpolitischen Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion. Sein neuestes Buch „MEGA – Make Europe Great Again“ aus dem Manuscriptum Verlag können Sie [hier bestellen](https://www.europa-shop.net/index.php?route=product/product&path=33_60&product_id=56).

https://www.europa-shop.net/index.php?route=product/product&path=33_60&product_id=56

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Scholz – als Kanzler völlig talentfrei, international einfach nur peinlich

11. 02. 2022



Bild: Die Zeit Ampel-Koalition im absoluten Umfragetief

Nach knapp 2 Monaten im Amt hat die Ampel-Regierung mit „üblen“ Umfragewerten zu kämpfen. Die Bevölkerung stellt dem ROT-GRÜN-GELBEN Bündnis in einer Forsa-Umfrage kein gutes Zeugnis aus.

Im „Trendbarometer“ von RTL und NTV zeigten sich nur 30 Prozent der Befragten mit der bisherigen Arbeit der „bunten“ Koalition zufrieden. Allerdings waren 64 Prozenten weniger oder gar nicht zufrieden.

SPD und GRÜNE Wähler mit Arbeit zufrieden

Die Regierung die noch nicht einmal 100 Tage im Amt befindlich ist, torkelt von einem Fettnapf in den Nächsten. Die Werte der Umfragen sind durchaus als katastrophal zu bezeichnen.

Polit-Analyst Tilman Mayer hat gegenüber dem *Focus* erklärt, „Kanzler Scholz müsse nun unbedingt in die Offensive gehen“.

Mit der fragwürdigen Arbeit der Ampel einverstanden zeigen sich wenig erstaunlich die Wähler von SPD und Grünen, zu 74 bzw. 76 Prozent. Bei den FDP Wählern sind allerdings nur zu 31 Prozent mit der Regierungsarbeit zufrieden.

In der öffentlichen Wahrnehmung, sprich medialen Präsenz und da wird offenbar von der Bevölkerung nicht nach Inhalten oder qualitativen „Merkmalen“ unterschieden, ist das Ranking wie folgt:

Annalena Baerbock (GRÜNE) 50 %

Olaf Scholz (SPD) 45%

Robert Habeck (GRÜNE) 35%

Christian Lindner (FDP) 32%

Karl Lauterbach (SPD) 29%

Von der Wählerschaft wird offenbar auch der Umgang der Regierung mit der Ukraine-Krise recht kritisch beäugt. Immerhin sind dabei 67 Prozent unzufrieden, nur SPD Anhänger erklären sich wenig erstaunlich mit 52 Prozent zufrieden.

Vom anfänglich „frischen politischen Wind“ ist wenig geblieben

Von der mancher Orts vorhandenen „Euphorie“ angesichts des vielbeachteten Instagram-Selfies von Baerbock, Lindner, Wissing und Habeck Ende September, zwei Tage nach der Wahl, blieb nun nicht viel übrig.

Es hatte damals mit dem Hintergrund des Machtwechsels, der „Post-Merkel“- Ära, Aufbruch, frischen Wind und neuen Stil, signalisiert. Zumindest war eine gewisse Neugierde und auch teilweise Euphorie in der Bevölkerung erkennbar gewesen.

Nach nur 2 Monaten folgt Ernüchterung

Während die Minister des Kabinetts Scholz sich von einer „Peinlichkeit“ in die nächste stürzen, Lauterbach ist hierfür eine „Bank“, verstrickt man sich auch gerne immer wieder in Widersprüche vor allem zum alles beherrschenden Thema Pandemie und tapst von einem „Fettnapf“ in den Nächsten.

Der Kanzler selbst, wenn er sich nicht gerade beim Treffen mit USA Präsident Biden blamabel und wenig souverän zeigt, ist ansonsten auf „Tauchstation“.

Das Resultat ernüchternd, Scholz, einer aktuellen Civey-Umfrage im Auftrag des *Focus* zufolge, wird von 71 Prozent der Befragten mangelnde Führungsstärke attestiert. Weitere 77 Prozent bewerten die Kommunikation der Ampel als negativ.

Bei rund 60 Prozent herrscht der Eindruck vor, es gäbe gravierende Mängel sowohl in der Innen-, Außen-, Wirtschafts- und Corona-Politik der Regierung.

Selbst die Energiepolitik der „linken Welt-Rettungsmannschaft“ bewerten mehr als zwei Drittel der Befragten als unzureichend.

Dazu erklärt auch Tilman Mayer gegenüber dem *Focus*, „wenn man einmal derart abgesunken ist, ist es schwer, eine gegenteilige Stimmung aus dem Hut zu zaubern.“

Viele Worte – wenig bis keine Taten

Dazu erklärt Mayer folgerichtig, „bisher hat man sich um Überschriften gekümmert, Koalitionsvertragstexte sozusagen, jetzt geht es um die Mühen der Ebene.“ Die Ampel

müsse nun all ihre geplanten Projekte und den dazu notwendigen Politikprozess anstoßen und umsetzen, so Mayer.

Es läge angeblich am „ideologischen Ballast“ aus der Merkel-Ära, mit dessen Beseitigung man sich schwer tue. Man müsse die Mitarbeiter motivieren, damit der „Input von der obersten Eben (Ministern und Staatssekretären) nicht verwässert wird.

Hierbei wäre allerdings an zu merken, dass die Sache mit dem „ultimativen“ Linksruck offenbar doch nicht so zackig um zu setzen ist wie man das gerne hätte.

Klarer Fall von „unterschätzt“, Oppositionsgeplänkel und die damit untrennbar verbundene „Kritik-Endlosschleifenpolitik“ haben wenig mit dem zu tun, was man an der Spitze an Umsicht und Vorausschau an den Tag zu legen hat.

Dort „oben“ weht ein rauer Wind, da braucht es eine verlässliche Mannschaft an Bord, die mit der momentanen Truppe klar nicht gegeben ist. „Möchte gern“ heißt lange nicht ich mach es gut, der Linken bläst somit die steife Brise schon binnen kürzester Zeit brutal ins Angesicht.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) FDP-Abgeordnete feiern geplante Werbefreigabe für Abtreibungen in peinlicher Party-Laune (Video)

09. 02. 2022



Peinlicher geht es wohl kaum: FDP-Abgeordnete feiern mit Maske und Kopfab-Gesten die geplante Werbefreigabe für Abtreibungen

Von DAVID BERGER | Bei der Neugestaltung des § 219 a handelt es sich um einen der sensibelsten Bereiche unserer Rechtsgebung überhaupt, denn es geht um den Schutz des Lebens. Dass FDP-Abgeordnete die von ihnen geplante Änderung nun mit einem Party-Video und Kopfab-Gesten feiern, zeigt die moralische Verwahrlosung dieser Politiker und eines gewichtigen Teils ihrer Partei.

Werbung für eine Straftat bislang untersagt

„Wer öffentlich, in einer Versammlung oder durch Verbreiten eines Inhalts (§ 11 Absatz 3) seines Vermögensvorteils wegen oder in grob anstößiger Weise

- 1. eigene oder fremde Dienste zur Vornahme oder Förderung eines Schwangerschaftsabbruchs oder*
- 2. Mittel, Gegenstände oder Verfahren, die zum Abbruch der Schwangerschaft geeignet sind, unter Hinweis auf diese Eignung*

anbietet, ankündigt, anpreist oder Erklärungen solchen Inhalts bekanntgibt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.“

... so der § 219 a, der zum Gesamtkomplex der „Straftaten gegen das Leben“ gehört. Damit wird die Werbung für die nach wie vor als Straftat geltende Abtreibung untersagt. Die neue Regierung, die im Zusammenhang ihrer Corona-Politik immer wieder vorgibt, Leben schützen zu wollen, will diesen Paragraphen nun ändern. Und stößt damit in ein hochsensibles Gebiet vor...

Federführend bei der sinisteren Sache wiederum ein FDP-Mann. Die Tagesschau berichtete schon vor zwei Wochen:

„Der Strafrechtsparagraf zum Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche soll aufgehoben werden. Dafür legte Bundesjustizminister Marco Buschmann nun einen Entwurf für die Aufhebung des Paragraphen 219a vor, der die „Werbung für den Abbruch der Schwangerschaft“ verbietet.“

Die schwerwiegende Sache, um die es hier geht, scheint einigen FDP-Abgeordneten, die mit über die Streichung dieses Paragraphen abstimmen werden, überhaupt nicht bewusst zu sein. Sonst wäre folgendes Party-Video mit der Kopfab-Geste gar nicht erst entstanden, geschweige denn stolz verbreitet worden:

Würdelos, pietätlos und menschenverachtend

„Wie man auch immer zu der Debatte zu 219a stehen mag: Dieses Party-Video inkl. Kopfab-Geste von mehreren FDP-Abgeordneten ist würdelos, pietätlos und menschenverachtend. Wer so etwas publiziert, dem fehlt die ethische und moralische Reife für ein Mandat im Deutschen Bundestag“ – so Felix Leidecker (CDU).

twitter.com/i/status/1490838584181415940



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [PHILOSOPHIA PERENNIS](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) US-Präsident Biden droht Deutschland indirekt: Kein Gas aus Russland!

08. 02. 2022



Sleepy Joe Biden zu Olaf Scholz: "Entweder Deutschland zieht bei den Russland-Sanktionen mit oder Eure Heizung bleibt kalt!" (Screenshots Tagesschau & Bildmontage unser-mittleuropa)

Wer es immer noch nicht begriffen hat: Deutschland ist eine Kolonie der USA. Jetzt droht der senile Herrscher der Kolonialmacht seinem Protektorat Deutschland ganz offen:

„Wenn Russland in der Ukraine einmarschiert wird es keine Nord Stream 2 mehr geben“

Das erklärte US-Präsident Joe Biden dem deutschen Kanzler Olaf Scholz bei seinem Besuch in Washington. Ganz unverhohlen drohte „Sleepy Joe“ damit, Nord Stream 2 „ein Ende zu setzen“, falls Russland die Grenze zur Ukraine überschreiten sollte, wie die [Medien berichten](#).

Wie die USA das Pipeline-Projekt zu verhindern gedenken ließ er offen.

Darunter kann man sich so manches vorstellen:

Sowohl dass US-Truppen oder eine von den USA bezahlte Söldnertruppe in einer geheimen Kommandoaktion die Pipeline sprengen oder sonst wie unbrauchbar machen, z.B. indem sie sie durch Cyberattacken lahmlegen.

Oder indem die USA Deutschland so unter Druck setzen, dass sie das Projekt von sich aus einstellen (müssen), da die USA sonst auch Deutschland sanktioniert.

Jedenfalls droht die USA auf diese Art eher Deutschland als Russland. Deutschland muss sich also noch stärker gegen Russland stellen, wenn es nicht Gefahr laufen will, dass die deutschen Heizungen künftig kalt bleiben und die Deutschen noch stärker von den USA und deren Flüssiggas-Lieferungen abhängig werden wollen.

Die Intention der USA ist klar:

Sie wollen einerseits ihre Macht bis knapp vor Moskau ausdehnen und mit ihren Nato-Partnern direkt an die Russische Grenze heranrücken. Ein Vorgehen, das 1962 unter umgekehrten Vorzeichen schon einmal beinahe zu einem neuerlichen Weltkrieg geführt hätte, als die UdSSR Raketen auf Kuba stationieren wollten. Damals blockierte die USA den Seeweg für russische Schiffe bereits 900 km vor Kuba (das ist größer als die Entfernung Kiew-Moskau).

Sie wollen vor allem die Lieferung von russischem Gas nach Europa verhindern sondern lieber ihr eigenes Flüssiggas nach Europa verkaufen und die Europäer davon abhalten sich mit russischen Rohstoffen zu versorgen.

Der deutsche Kanzler musste sich bei seinem Antrittsbesuch von den USA klipp und klar zeigen lassen wer in Berlin immer noch das Sagen hat. Die Ampel-Koalition ist es jedenfalls nicht, wie man an Scholz erkennen konnte, der selbst vor dem greisen Biden wie ein hilfloser, kleiner Schulbub vor dem Direktor wirkte.

Scholz vermied es zwar das Thema Russland Sanktionen mittels Gaspipeline-Boycott anzusprechen, wohl im Wissen darum, dass man sich in Deutschland damit selber ins Knie schießen würde. Dennoch blieb Scholz nichts anderes übrig als mit Biden mitzuziehen und Einigkeit mit den USA zu zeigen und „gemeinsam das Gleiche zu sagen, gemeinsam zu handeln“.

Dabei wäre es höchste Zeit dass sich Deutschland endlich – mittlerweile 77 Jahren nach dem Kriegsende – auch aus dem Würgegriff der transatlantischen Besatzungsmacht befreit und wieder selbständig und souverän entscheidet – auch darüber, woher es seine Energie bezieht. (*Transdanubier*)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Nie wieder Krieg, ohne uns – meint Ed Koch



paperpress

seit 1976

Nr. 598-10

7. Februar 2022

47. Jahrgang



Nie wieder Krieg, ohne uns!



Grafik: Greenpeace

Der Kabarettist **Wolfgang Neuss** (1923-1989) brachte es schon vor vielen Jahren auf den Punkt. Nach dem Krieg hieß es „Nie wieder Krieg“, als 1955 die Bundeswehr gegründet wurde, sagten viele zur Wiederbewaffnung Deutschlands, „Nie wieder!“ Und wenig später: „Nie wieder Krieg, ohne uns!“ Die Waffenschmieden in Deutschland schmissen ihre Produktionen an und liefern seitdem in alle Welt. Die Grafik von Greenpeace aus dem Jahre 2017 hat sich bis heute wenig verändert.

„2020 wurden Exportgenehmigungen für Rüstungsgüter im Wert von 5,8 Milliarden Euro erteilt. Der Anteil von EU-Ländern lag bei 32,7 Prozent, der von NATO- und NATO-gleichgestellten Ländern bei 17,2 Prozent und der von Drittländern bei 50,1 Prozent. Laut SIPRI-Daten war Deutschland 2019 mit einem Weltmarktanteil von 4,4 Prozent hinter den Vereinigten Staaten (39,5%), Russland (17,3%), Frankreich (12,4%) und China (5,2%) der fünftgrößte Waffenexporteur.“ Quelle: Wikipedia

Ausführliche Informationen unter:

https://de.wikipedia.org/wiki/Deutscher_R%C3%BCstungsexport

https://www.greenpeace.de/ueber-uns/leitbild/geschaeft-tod?Banner-ID=0818012015001047&glid=LA1a1QobCHM16ML-w-j9QIV-mOf3Ch31bwqdEAAYASAAEgJhAvD_BwE

Gegenwärtig gerät die Diskussion, ob Deutschland Waffen an die Ukraine liefern sollte, etwas aus dem Ruder. Man kann sich über 500 Helme lustig machen, soweit ich weiß, hat die Ukraine aber genau darum gebeten. Ja, auch um richtige Waffen. Es entsteht der Eindruck, dass ohne deutsche Waffenlieferungen an die Ukraine diese im Falle eines Angriffs durch Russland wehrlos wäre. Sollte Russland die Ukraine tatsächlich angreifen, würden auch deutsche Waffen wenig helfen. Es wäre für Russland ein Leichtes, das Land unter Kontrolle zu bringen, wobei man eigene Verluste in Kauf nähme. Es kann doch nicht darum gehen, die Ukraine aufzurüsten. Das Land hat keine Chance gegen Russland. Es kann nur darum gehen, Russland klarzumachen, dass die Konsequenzen für die russische Wirtschaft und demzufolge auch für die Menschen verheerend wären.

Die Frage ist nicht, was alles auf dem berühmten Sanktionstisch liegt, sondern ob die Sachen auch eingesetzt werden. Die Krim war ein Test, der im Sinne Russlands verlaufen ist. Die Sanktionen sind im Schwarzen Meer versunken.

Olaf Scholz ist in dieser Krise m.E. nicht der richtige Mann. Wir brauchen keine wandelnde Schlaftablette, sondern jemand, der nicht nur etwas auf den Tisch legt, sondern auch draufhaut, dass es kracht. Scholz strahlt einfach nicht die notwendige Entschlossenheit aus. Einerseits. Andererseits, was soll er anderes tun als drohen? Das hätte auch der Basta-Kanzler **Gerhard Schröder** gemacht, bloß eben mit mehr Schmackes.

Leider hat sich Schröder in den falschen Mann verliebt. Dass sich Ex-Politiker lukrative Jobs in der Wirtschaft suchen, weil sie kurz vor dem Hungertod stehen, ist nichts Neues. Ein ehemaliger Bundeskanzler kann doch aber nicht Spitzenmanager in einem Staatskonzern eines anderen Landes werden. Wenn Schröder wirklich so ein guter Freund von Putin ist, wie er behauptet, hätte er längst einmal mit ihm Tacheles reden müssen. Freundschaften zeichnen sich durch Ehrlichkeit und nicht Unterwürfigkeit aus.

Auch wenn Deutschland dem Prinzip, nicht in Krisenregionen Waffen zu liefern, nicht immer treu geblieben ist, im Falle Ukraine sollte darauf verzichtet werden. Irgendwer sagte einmal, wenn Waffen nicht in Krisengebiete geliefert werden sollen, wohin denn sonst? Am besten wäre es aber, wenn Deutschland gar keine Waffen exportieren würde. Um Arbeitsplätze zu sichern, wird sich darauf niemand einlassen. Beteiligen wir uns also weiter an allen Kriegen dieser Welt und fordern mit betroffener Miene Frieden auf Erden.

Ed Koch

09) „Grünen“-Chef fordert im Bundestag: „Teile der Scharia sollen angewendet werden“

07. 02. 2022



Der Chef der Grünen Omid Nouripour | Foto: *wikimedia commons*

Die Regierungsbeteiligung der Grünen verleiht nicht nur der Migration, sondern auch der damit einhergehenden Islamisierung einen weiteren Turboschub. Der neue „Grünen“-Chef Omid Nouripour glaubt, oder glaubt zu glauben, sich jetzt kein Blatt mehr vor den Mund nehmen zu müssen und posaunt im Bundestag das hinaus, was ohnehin ein Herzensanliegen jedes Grünen ist. Nämlich Deutschland weiter zu islamisieren. Der gottesfürchtige Paragrüne wörtlich:

„Unser Job ist es dafür zu sorgen, dass die Teile der Scharia, die mit dem Grundgesetz vereinbar sind, auch angewendet werden können!“

Sehen Sie hier im Video, wie Personen, die die Islamisten-Szene einst gut kannten, wie Irfan Peci, das Vorbreschen Nouripours beurteilen und hervorragend analysieren:

<https://www.youtube.com/watch?v=D-MaZ7kT1TM>



Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

10) Berlin – Was macht eigentlich der neue Senat?, fragt Ed Koch uns gibt zugleich die Antwort!



paperpress

seit 1976

Nr. 598-09

6. Februar 2022

47. Jahrgang



Was macht eigentlich der neue Senat?



Franziska Giffey
Regierende
Bürgermeisterin
von Berlin



Bettina Jarasch
Bürgermeisterin (Umwelt,
Mobilität, Verbraucher
und Klimaschutz)



Klaus Lederer
Bürgermeister (Kultur und Europa)



Iris Spranger
Herren, Digitalisierung
und Sport



Daniel Wesener
Feuerwehr



Karja Kipping
Integration, Arbeit
und Soziales



Andreas Geisel
Stadtentwicklung, Bauen
und Wohnen



Ulrike Gole
Wissenschaft, Gesundheit,
Pflege und Gleichstellung



Lena Kreck
Justiz, Verkehr
und Lebensversicherung



Stephan Schwarz
Wirtschaft, Energie
und Schulen



Astrid-Sabine Basse
Bildung, Jugend
und Familie

Abbildung: Senatskanzlei Berlin

Der neue Senat ist erst 47 Tage im Amt, bis zur 100-Tage-Bilanz am 31. März ist noch etwas Zeit. Bis dahin haben wir vielleicht die Namen der Neuen gelernt und sind ihnen in den Medien begegnet. Der Landespolitikreporter der *rbb-Abendschau*, **Boris Hermel**, bejubelte den „neuen Stil“, der ins Rote Rathaus eingezogen sei. Indiz für Hermel war die Erwähnung aller Senatoren in der ersten Regierungserklärung von **Franziska Giffey**.

Giffey erwähnt gern ihre Senatsmitglieder, um deutlich zu machen, wer Köchin und wer die Kellner sind. So verbreitete sie zu Beginn der Winterferien über Facebook die Mitteilung: „Post ist abgearbeitet und ich melde mich für 4 Tage vom Dienst ab. Danke an meine beiden stellvertretenden Bürgermeister **Bettina Jarasch** und **Klaus Lederer** fürs Stellung halten.“ Sehen wir einmal davon ab, dass die Post im Büro der Regierenden Bürgermeisterin nie abgearbeitet sein kann, weil jeden Tag reichlich hinkommt, offenbart Giffey's Post einiges über ihren Führungsstil. Der neue Stil im Roten Rathaus, wie es Herr Hermel auszudrücken pflegt.

Hätte **Michael Müller** so eine Mitteilung verbreitet, wäre er tagelang in *Maroldts Tagesspiegel-Newsletter* hoch und runter verarscht worden. Was Giffey vielleicht nett meinen mag, wenn sie von „ihren stell-

vertretenden Bürgermeistern“ spricht, sehen die Betroffenen nicht ganz so entspannt, weil die gewünschte Augenhöhe nicht erkennbar wird.

Klaus Lederer als „alter Hase“ mit Senatserfahrung mag das noch locker sehen, **Bettina Jarasch** wohl weniger. So lesen wir im *Tagesspiegel*, dass Frau Jarasch ihren Ärger über Giffey Luft machte. „Ständig neue Botschaften: Berlins Verkehrs-senatorin Jarasch kritisiert das Auftreten der Senatschefin. Sie und andere Grüne fremdeln mit Giffey's Regierungsstil.“

Das Problem, das hier zu Tage tritt, beruht vornehmlich darauf, dass Giffey selbst kein Ressort im Senat übernommen hat, mit dem sie sich profilieren kann. Ihre Vorgänger **Klaus Wowereit** und **Michael Müller** kümmerten sich recht erfolgreich um Kultur, Wissenschaft und Forschung.

Giffey will sich den Rücken freihalten und erklärt ihre wichtigen Fragen immer mal wieder zur „Cheffinnensache“. Auch wenn die Regierende Bürgermeisterin formal die Richtlinienkompetenz hat, ist sie in einer Koalition, dazu noch in einer, die aus drei Partnern besteht, eher Gleiche unter Gleichen (*pares inter pares*) als Erste unter Gleichen (*primus inter pares*).

Die SPD ist die einzige Partei, die eine zwei vor dem Wahlergebnis zu stehen hat, also zweifelsohne die „führende Kraft“, wie es Multifunktionsgenosse **Raed Saleh** immer so schön formuliert. Das nützt aber nichts, denn nur im Einklang kann der Senat etwas bewegen. Sozialarbeiter sprechen gern davon, dass alle mitgenommen werden müssen. Politik ist eben auch Psychologie.



paperpress

seit 1976



Nr. 598-09

6. Februar 2022

47. Jahrgang

Giffey mischt sich gern in andere Ressorts ein und nimmt ebenso gern an Pressekonferenzen teil, bei denen die Anwesenheit des Fachsenators ausreichen würde. Wie lange das gut geht, werden wir sehen.

Was auf der ersten Klausurtagung des Senats offenbar nicht besprochen wurde, ist die Präsentation der Ergebnisse aus den Sitzungen des Senats in der anschließenden Pressekonferenz. So verbreitete Wirtschaftssenator **Stephan Schwarz**, dem man zugehört haben muss, kein Politiker zu sein, eine Pressemitteilung zur Infektionsschutzverordnung, bevor diese offiziell in der Senatspressekonferenz vorgestellt werden konnte. Schwarz hat seine Lektion gelernt und wird sich vermutlich demnächst zurückhalten. Dieser Vorgang ist aber immer noch unproblematischer als der frühere Zustand, als Senatsmitglieder aus der laufenden Sitzung heraus die Medien informierten und diese schon wussten, worum es gehen wird, bevor die Pressekonferenz begann.

Da es natürlich wichtig ist zu wissen, wer diese Stadt regiert, wollen wir Ihnen die Senatsmitglieder im Einzelnen vorstellen, wozu wir uns des offiziellen Textes des Senats bedienen, also ohne Gewähr auf Richtigkeit und Vollständigkeit. Mit Lebensläufen hat man ja gewisse Erfahrungen sammeln können. *„Der Senatskanzlei sind Transparenz und Datenschutz wichtig. Um sowohl dem Informationsinteresse der Öffentlichkeit als auch dem Personalaktenschutz Rechnung zu tragen, handelt es sich bei den wiedergegebenen Lebensläufen nicht um wörtliche Wiedergaben aus den amtlichen Personalakten der Senatskanzlei, sondern um freiwillige Angaben der dargestellten Personen selbst.“*

Die Regierende Bürgermeisterin von Berlin - Senatskanzlei Franziska Giffey (SPD)

Franziska Giffey (geb. Sülke) wurde 1978 in Frankfurt/Oder geboren. Ihr Abitur legte sie im Jahr 1997 am „Werner-Seelenbinder-Gymnasium“ in Fürstenwalde/Spree ab. Nach dem Abitur nahm sie ein Lehramtsstudium mit den Fächern Englisch und Französisch an der Humboldt-Universität Berlin auf. Von 1998 bis 2001 absolvierte sie ein Studium zur Diplom-Verwaltungswirtin an der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege Berlin (FHVR). Während des Studiums war sie im Jahr 2000 mehrere Monate als Mitarbeiterin im Büro des Bezirksbürgermeisters von Lewisham (Dave Sullivan, Labour Party) in London tätig. Nach Beendigung ihres Studiums zur Diplom-Verwaltungswirtin arbeitete Franziska Giffey von 2001 bis 2002 im Büro des Bezirksbürgermeisters von Treptow-Köpenick (Klaus Ul-

bricht, SPD) in Berlin. Darauf folgend war sie von 2002 bis 2010 Europabeauftragte des Berliner Bezirks Neukölln. Neben ihrer Tätigkeit als Europabeauftragte absolvierte Franziska Giffey von 2003 bis 2005 ein Studium zum Master of Arts (M.A.) für Europäisches Verwaltungsmanagement an der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege Berlin (FHVR). 2003 war sie darüber hinaus Mitarbeiterin bei der Vertretung des Landes Berlin bei der Europäischen Union in Brüssel und im Jahr 2005 Mitarbeiterin bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in Straßburg. Zwischen 2004 und 2009 war sie außerdem als Dozentin für EU-Fundraising, EU-Befähigung, EU-Förderprogramme und Europäisches Projektmanagement an der Verwaltungsakademie Berlin, an der Akademie für öffentliche Verwaltung des Freistaates Sachsen, beim Studieninstitut des Landes Niedersachsen, beim Zentralen Fortbildungsinstitut des Hessischen Ministeriums des Innern, beim Kommunalen Studieninstitut Mecklenburg-Vorpommern, an der European School of Governance Berlin und an der Akademie des Deutschen Beamtenbundes (dbb Akademie) tätig.

Vom 1. September 2010 bis zum 15. April 2015 war Franziska Giffey Bezirksstadträtin für Bildung, Schule, Kultur und Sport des Bezirks Neukölln von Berlin. Am 15. April 2015 wurde sie von der Bezirksverordnetenversammlung Neukölln zur Bürgermeisterin des Bezirkes Berlin-Neukölln gewählt. Als Bezirksbürgermeisterin war sie zugleich Leiterin der Abteilung Finanzen und Wirtschaft.

Franziska Giffey trat 2007 der SPD bei und war von 2014 bis 2018 Kreisvorsitzende der SPD-Neukölln. Von Dezember 2019 bis Dezember 2021 war sie auf Bundesebene Mitglied im SPD-Parteivorstand. Seit dem 27. November 2020 ist Franziska Giffey gemeinsam mit Raed Saleh Landesvorsitzende der SPD Berlin. Am 14. März 2018 wurde Franziska Giffey als Bundesfamilienministerin ernannt und vereidigt, am 19. Mai 2021 ist sie als Bundesministerin zurückgetreten. Franziska Giffey wurde in ihrem Rudower Wahlkreis in Neukölln direkt zum Mitglied des Abgeordnetenhauses gewählt.

Seit dem 21. Dezember 2021 ist Franziska Giffey die Regierende Bürgermeisterin von Berlin.

Senatorin für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz Bettina Jarasch (Grüne)

1968 geboren in Augsburg, verheiratet, zwei Kinder. 2000- 2009 Referentin, Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen. 2009-2011 Mitglied im Berliner Landesvorstand von Bündnis 90/Die Grünen. 2011-

1



paperpress

seit 1976



Nr. 598-09

6. Februar 2022

47. Jahrgang

2016 Landesvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen Berlin. 2013–2018 Mitglied des Bundesvorstands Bündnis 90/Die Grünen. Seit 2016 Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin. 2016–2021 Sprecherin für Religionspolitik sowie für Integration und Flucht. 2020–2021 Spitzenkandidatin Bündnis 90/Die Grünen für die Abgeordnetenhauswahlen 2021. Seit 21.12.2021 Bürgermeisterin und Senatorin für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz in Berlin. Mitglied Bündnis 90/Die Grünen. Mitglied des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZDK). Mitglied des Pfarreirats der Pfarrei Bernhard Lichtenberg, Mitte.

Senator für Kultur und Europa Dr. Klaus Lederer (Linke)

Geboren am 21.03.1974 in Schwerin. 1980–1988 Polytechnische Oberschule. 1988–1992 Spezialschule math.-naturwiss.-techn. Richtung, Abitur. 1992–1993 Angestellter mit dem Tätigkeitsfeld eines Jugendsozialarbeiters. 1993–1998 Studium der Rechtswissenschaften und 1. Juristische Staatsprüfung. 1999 Zivildienst. 2000–2004 Promotion zum Dr. jur. an der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin. 2004–2006 Referendariat im Bezirk des Kammergerichts Berlin. 2. Juristische Staatsprüfung. Seit 2006 Rechtsanwalt, seit Amtsantritt Berufsausübungsverbot gem. § 47 Abs. 2 BRAO.

1995 Bezirksverordneter und stellvertretender Fraktionsvorsitzender der PDS im Bezirk Prenzlauer Berg. 2003–2017 sowie seit 2021 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, zuletzt als rechtspolitischer Sprecher seiner Fraktion. 1992 Eintritt in die PDS. 2000 Stellvertretender Bezirksvorsitzender der PDS in Pankow. 2003 Stellvertretender Landesvorsitzender der PDS Berlin. 2005 Landesvorsitzender der Linkspartei.PDS in Berlin. 2007–2016 Landesvorsitzender der Partei DIE LINKE. Berlin. 2012–2018 Mitglied im Parteivorstand der Partei DIE LINKE. Mitgliedschaften: Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein e. V. (RAV), ver.di, Mehr Demokratie e.V., Volkssolidarität Berlin, VVN-BdA Pankow, Queer Nations Berlin, Helle Panke Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin e.V., Rosa-Luxemburg-Stiftung, SchwuZ e.V., CSD Berlin e.V., KVOST – Kunstverein Ost e.V.

Senatorin für Bildung, Jugend und Familie Astrid Busse (SPD)

Geboren am 23. Oktober 1957 in Berlin. 1992–2021 Schulleiterin an der Grundschule in der Kölnischen Heide, 1986–1992 Lehrerin an der Hans-Fallada-

Schule (Förderschule). 1985 Lehrerin an der Peter-Petersen-Schule. 1984 Lehrerin an der Hans-Fallada-Schule (Förderschule). Studium und Ausbildung 1976–1980 Studium der Geografie auf Lehramt an der Pädagogischen Hochschule Berlin. 1982–1984 Referendariat an der Steinwald-Schule in Marienfelde (Grundschule). 1976 Abitur an der Luise-Henriette-Schule (Gymnasium) Berlin. Mitgliedschaften SPD (seit 2021), Langjährige Vorsitzende des IBS Interessenverbands Berliner Schulleitungen, Mitglied der Qualitätskommission zur Schulqualität in Berlin, Mitglied der Facharbeitsgruppe Schulraumqualität, Langjähriges Mitglied im Migrationsbeirat Neukölln.

Senator für Finanzen Daniel Wesener (Grüne)

Geboren am 5. Dezember 1975 in Hamburg. Seit 2019. Sprecher für Finanzen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen seit 2016 Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin, Parlamentarischer Geschäftsführer, Sprecher für Haushalt und Kultur der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. 2011–2016 Landesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen Berlin. 2006–2011 Mitglied der Bezirksverordnetenversammlung Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin, zuletzt als Fraktionssprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. 2003–2011 Mitarbeiter des Deutschen Bundestages bei Hans-Christian Ströbele (MdB). 1996–2006 Studium der Neueren und Neuesten Geschichte, Mittelalterlichen Geschichte und Kunstgeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin sowie am College of William & Mary, Williamsburg/Virginia, USA. 1995–1996 Zivildienst am Hospital zum Heiligen Geist, Hamburg. 1995 Abitur am Albert-Schweitzer-Gymnasium, Hamburg. Mitgliedschaften Bündnis 90/Die Grünen.

Senatorin für Inneres, Digitalisierung und Sport Iris Spranger (SPD)

Geboren am 19.09.1961 in Halle/Saale. 2006–2011 Staatssekretärin in der Senatsverwaltung für Finanzen. Seit 2011 Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin – Bauen-, Mieten- und wohnungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion. Wahlfrau der Bundesversammlungen 2012 und 2017. 1999–2006 Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin – stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Mitglied in Hauptausschuss und Ältestenrat, haushaltspolitische Sprecherin. 1994–2006 Freie Dozentin für Steuerrecht und kaufmännische Software an der Handwerkskammer Potsdam. 1994 Gründung eines eigenen Unternehmens im Bereich Finanzbuchhaltung. 1993 Bilanzbuchhalterin. Studium und Ausbildung: 1986–1991 Studium der Rechtswissenschaften an der Humboldt-



Universität Berlin. Mitgliedschaften und Funktionen: seit 1994 Mitglied der SPD, SPD Berlin – stellvertretende Landesvorsitzende, SPD-Marzahn-Hellersdorf – Kreisvorsitzende, Victor-Klemperer-Kolleg – 1. Vorsitzende, und in weiteren Vereinen.

Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales Katja Kipping (Linke)

Geboren am 18.01.1978 in Dresden. 2005–2021 Mitglied des Bundestages, Sozialpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, im Bundestag. 2012–Februar 2021 Co-Vorsitzende der Partei DIE LINKE. 2010–2012 Vorsitzende des Bundestagsausschusses Arbeit und Soziales. 2003–2012 Stellvertretende Parteivorsitzende. 1999–2003 Stadträtin in Dresden. 1997–2003 Studium in Slawistik / Amerikanistik / Rechtswissenschaft an der TU Dresden mit dem Abschluss Magister. 1996–1997 Freiwilliges Soziales Jahr in Gatschina, Russland mit dem Freiwilligendienst Initiative Christen für Europa, ICE e. V. 1984–1996 Schulzeit, Abschluss mit Abitur am Annengymnasium in Dresden.

Senatorin für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung – Prof. Dr. Lena Kreck (Linke)

Geboren 1981. 2007 Studium der Rechtswissenschaften an der Humboldt Universität zu Berlin (erstes juristisches Staatsexamen). 2008 Masterstudengang Medizin-Ethik-Recht an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. 2009–2015 Promotion am Zentrum für Europäische Rechtspolitik der Universität Bremen mit der Arbeit „Exklusionen/Inklusionen von Umweltflüchtlingen“. 2015–2017 Rechtsreferendariat beim Kammergericht Berlin und zweites juristisches Staatsexamen in Berlin, u.a. mit Station bei der Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung. 2018–2019 Vertretungsprofessorin im Fach Recht der Sozialen Arbeit an der Hochschule Koblenz. 2019–2021 Professorin für Soziale Arbeit mit dem Schwerpunkt Recht und Gesellschaft an der Evangelischen Hochschule Berlin

Senator für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen – Andreas Geisel (SPD)

Geboren 1966 in Berlin, verheiratet und Vater von zwei Töchtern. 2016–2021 Senator für Inneres und Sport von Berlin. 2014–2016 Senator für Stadtentwicklung und Umwelt von Berlin. 2011–2014 Bezirksbürgermeister von Berlin-Lichtenberg und Leiter der Abteilung Wirtschaft, Personal und Finanzen. 2006–2011 Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung, Bauen, Umwelt und Verkehr; Stellvertretender Bezirksbürgermeister von Berlin-Lichtenberg. 1995–

2006 Bezirksstadtrat für Bau- und Wohnungswesen, Bezirksstadtrat für Bauen, Immobilien und Umwelt, Bezirksstadtrat für Umwelt und Gesundheit. 1994–1995 Consultant in der Unternehmensberatung und Wirtschaftsprüfungsgesellschaft „Price Waterhouse“, Bereich Public Services, Berlin. 1990–1992 Deutsche Bundespost Telekom, Oberpostdirektion Berlin, Immobilienabteilung.

Studium und Ausbildung: 1992–1995 Humboldt-Universität zu Berlin, Volks- und Betriebswirtschaftslehre. 1986–1990 Hochschule für Verkehrswesen „Friedrich List“ in Dresden, Ökonomie des Nachrichtenwesens. 1982–1985 Berufsausbildung mit Abitur zum Facharbeiter für Nachrichtentechnik in Neubrandenburg. 1972–1982 Polytechnische Oberschule in Berlin

Arbeit in der SPD: 1990 Eintritt in die SPD. 1996–2012 Mitglied des Landesvorstands der SPD Berlin. 1996–2012 Kreisvorsitzender der SPD Lichtenberg seit 2016 Stellv. Landesvorsitzender der SPD Berlin. Weitere Gremien: Aufsichtsratsvorsitzender der Berliner Bäderbetriebe (BBB), Aufsichtsratsvorsitzender der Olympiastadion Berlin GmbH, Aufsichtsratsvorsitzender der BBB Infrastruktur GmbH & Co. KG.

Sonstige Tätigkeiten und Vereinsmitgliedschaften: Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik in Berlin e.V., Arbeiterwohlfahrt und Volkssolidarität, Freundeskreis des Theaters an der Parkaue, Förderverein von Tierpark und Zoo Berlin, Bürgerverein Karlshorst, Förderverein des Mies-van-der-Rohe-Hauses Berlin, Stiftungsrat der Stiftung Hilfe für Opfer der NS Willkürherrschaft in Berlin und Brandenburg, Kiezspinne FAS Nachbarschaftlicher Interessenverbund e.V., Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V.

Senator für Wirtschaft, Energie und Betriebe Stephan Schwarz (für SPD)

Geboren am 15.05.1965 in Berlin. Ausbildung: Ernst-Moritz-Arndt Gymnasium, Berlin (1983), Studium Geschichtswissenschaften, Philosophie, Freie Universität Berlin (1984–1986), Studium Geschichtswissenschaften – Université de Paris IV (Sorbonne) (1987–1989), Abschluss maîtrise (Magister) (1989).

Beruflicher Werdegang: seit 1990 nach ersten Berufserfahrungen im Paris Verlag L'Arche éditeurs im Familienunternehmen GRG tätig. 1996–2021 Geschäftsführender Gesellschafter der GRG. Ehrenamtliche Tätigkeiten und Mandate: Mitglied des Vorstands im Bundesinnungsverband des Gebäudereiniger-Handwerks (am 20.12.2021 niedergelegt),



paperpress

seit 1976



Nr. 598-09

6. Februar 2022

47. Jahrgang

Aufsichtsratsvorsitzender der Berliner Volksbank eG (am 20.12.2021 niedergelegt), Vorstandsvorsitzender der ESCP Europe Wirtschaftshochschule Berlin e.V. (am 18.01.2022 niedergelegt), Stellvertreter der Aufsichtsratsvorsitzender der Signal Iduna Allgemeine Versicherung AG (am 20.12.2021 niedergelegt), Mitglied des Aufsichtsrates der Signal Iduna Holding AG (am 20.12.2021 niedergelegt), Vorsitzender des Fördervereins Jugendkunst und Kulturzentrum Schlesische 27, Vorsitzender des Vorstandes der Julius-Lessing-Gesellschaft e.V., Mitglied des Vorstandes des Förderkreises der Deutschen Oper Berlin, Vorsitzender des Aufsichtsrates der MKH Michels Kliniken Holding SE (am 20.12.2021 niedergelegt), Ehrenpräsident der Handwerkskammer Berlin Mitglied im Rat der Arbeitswelt (am 20.12.2021 niedergelegt).

Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung - Ulrike Gote (Grüne)

Geboren am 26.10.1965 in Trier. 1985 Abitur am Angela-Merici-Gymnasium in Trier. 1994–1998 Promotionsstudium auf dem Gebiet Hydrologie/Umweltökonomie an der Universität Bayreuth (ohne Abschluss). 1989–1990 Studium Environmental Sciences an der University of East Anglia Norwich, GB. 1986–1994 Studium der Geoökologie an der Universität Bayreuth (Abschluss mit Diplom). 1985–1986 Studium der Humanmedizin an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg.

Beruflicher Werdegang: 2019–2021 Dezernentin für Jugend, Gesundheit, Bildung und Chancengleichheit in Kassel (u.a. zuständig für das Gesundheitsamt Region Kassel). 2013–2018 Vizepräsidentin des Bayerischen Landtags. 2008–2013 Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Bayerischen Landtag. 2003–2018 Mitglied des Fraktionsvorstands der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Bayerischen Landtag. 2002–2009 Stadträtin in Bayreuth (Schwerpunkte: Universität, Umwelt, Jugend, Schulen, Finanzen und Haushalt, Leben in der Innenstadt, Queer). 1998–2018 Mitglied des Bayerischen Landtags (2001–2013: hochschulpolitische Sprecherin)

Mitgliedschaften/Ehrenamt: 2017–2019 Stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende von CARITAS Bayreuth e.V. Seit 2014 Courage-Patin des Markgräfin-Wilhelmine-Gymnasiums Bayreuth und Gymnasium mit Schülerheim Pegnitz (www.schule-ohne-rassismus.org). 2013–2017 Vorstandsmitglied von CARITAS Bayreuth e.V. 2008–2018 Mitglied des Medien-

rats bei der Bayerischen Landeszentrale für Neue Medien. 2008–2018 Mitglied im Kuratorium der Europäischen Akademie Bayern e.V. 2007–2015 Mitglied im Fachbeirat des Studienwerks der Heinrich-Böll-Stiftung. 2003–2008 Mitglied des Rundfunkrats des Bayerischen Rundfunks. 1998–2021 Vorstandsmitglied von AVALON Fachberatungsstelle gegen sexualisierte Gewalt, Beratung und Prävention e.V., Bayreuth. Seit 1996 Mitglied bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN.

Anmerkungen:

Die Chronologie der Angaben geht manchmal von unten nach oben. Wir haben die Reihenfolge nicht verändert.

Sieben Senatsmitglieder sind Frauen, vier Männer. Das Durchschnittsalter beträgt 52 Jahre, jüngstes Mitglied im Senat ist Lena Kreck mit 41 Jahren, ältestes Astrid Busse mit 64 Jahren.

Drei Senatsmitglieder sind in Berlin geboren, Andreas Geisel, Astrid Busse und Stephan Schwarz, die anderen kamen in Frankfurt/Oder, Augsburg, Schwerin, Hamburg, Dresden, Trier und Halle/Saale zur Welt. Bei Lena Kreck fehlt die Angabe des Geburtsortes.

Wollen wir hoffen, dass sich zum Wohle der Stadt die Senatsmitglieder zurechtrucken. Dazu wird kein neuer Stil gebraucht, sondern überhaupt ein Stil, der bislang noch nicht erkennbar ist. Lächeln allein und alles toll finden, reicht nicht aus.

Ed Koch

11) Dank grüner Energiewende: Erste deutsche Stadt bereitet Bürger via Brief bereits auf „Blackout“ vor

06. 02. 2022



Den Grünen sei dank: Mit der Abschaltung von Kernkraftwerken, dem Dämonisieren „fossiler Energieträger“ und dem energietechnisch völlig irrationalen Ausbau von Wind,- und Solarenergie, unter dem Deckmantel der „grünen Energiewende“, explodieren nicht nur die Energiekosten, auch die Gefahr eine „Blackouts“ wird immer greifbarer. Nun müssen offenbar auch schon erste Städte ihre Bürger proaktiv darauf vorbereiten, dass für mehrere Tage kein Strom mehr vorhanden sein wird. Mit ungeahnten Folgen.

Stadt Hornbach warnt Bürger in Schreiben

In einem offiziellen Schreiben der deutschen Kleinstadt Hornbach, gezeichnet vom Bürgermeister, wurden alle Bewohner im Januar über die Gefahren und das möglicherweise bald eintretende Szenario eines „Blackouts“ aufgeklärt. Aufgrund der Stromversorgungsprobleme, die bereits jetzt herrschen, könnte bei einem größeren Kälteeinbruch ein „Blackout“ eintreten. Und das für bis zu 14 Tage, so der Hinweis in dem Schreiben.



In einer beiliegenden Broschüre informiert man die Bürger zudem über die notwendigsten Güter, die man im Falle von „Liefer-, und Versorgungsproblemen“ zuhause haben sollte.

Schreiben wird angezweifelt



Im Netz entbrannte daraufhin eine rege Diskussion zu dem Schreiben und seiner Echtheit. So wird darauf hingewiesen, dass der Bürgermeister der Stadt Hornbach Reinhold Hohn und nicht Reiner Hohn heißt. Doch findet man ebenso den Namen Reiner Hohn in Bezug auf das Bürgermeisteramt der Stadt. Bewohner meldeten sich schließlich zu Wort und gaben an, dass er beide Namen verwende und auch sie das Schreiben erhalten haben.

[Wie nachzulesen ist.](#) beschäftigt sich die Stadt zudem intensiv mit Katastrophenschutz aller Art.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

12) Fall Faeser und Skandale bei den Linken: Niemals entschuldigen, niemals Reue zeigen, niemals nachgeben

06. 02. 2022



Es ist eines von vielen Dingen, die die politische Linke den Rechts-Konservativen um Lichtjahre voraus hat: Man hält nach Außen hin zusammen und lässt nicht von seinen Prinzipien ab, so verwerflich sie auch sind und so tief die ideologischen Gräben innerhalb der Linken auch sein mögen. Der aktuelle Skandal rund um die deutsche SPD-Innenministerin Nancy Faeser ist das jüngste Beispiel dieser nach Außen gezeigten Mauer der „Solidarität“ und Beharrlichkeit.

Linke werden sich nie für ihre Ansichten entschuldigen

Über Faeser wurde nun der breiteren Öffentlichkeit bekannt, dass sie als bekennende „Antifaschistin“ natürlich auch Agitation in diesem Bereich betreiben hat. [Die Junge Freiheit berichtete als erste](#) über einen Beitrag der SPD-Politikerin in ihrer damaligen Funktion als Parteichefin in Hessen in einer verfassungsfeindlichen, linksextremistischen Zeitschrift namens „antifa der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA)“. Laut Einschätzung diverser deutscher Verfassungsdienste kooperiere die Vereinigung jedoch offen mit Linksextremisten. Zudem vertrete die „VVN-BdA einen Antifaschismus, der letztlich sogar die parlamentarische Demokratie als faschistisch betrachte und deshalb bekämpfe“. Sogar ein Unvereinbarkeitsbeschluss der SPD besteht seit 60 Jahren in Zusammenhang mit der Vereinigung, die immer wieder betont, aus „demokratischen Nazi-Regime-Überlebenden“ zu bestehen.

Ein solcher Skandal hätte im rechten/konservativen Lager in der Position Faesers mit Sichehrheit zu einem Rücktritt geführt, alleine schon weil es mittlerweile unter rechts-konservativen politischen Kräften in Europa Usus ist, dem medialen und zivilgesellschaftlich von der linken politischen Seite angestachtelten Lynchmob bei jeder Kleinigkeit nachzugeben. Das Wegducken, reuig Entschuldigen, Verleugnen und Distanzieren ist fast schon ein DNA-Merkmal rechter Politik geworden. Natürlich hat man eine breite Medienfront

gegen sich, jedoch ist diese nur so stark, wie man sie stark werden lässt. Dabei wäre es so einfach, wie die Linke immer wieder zeigt. Entweder man sitzt den Skandal einfach aus, oder man geht in die Gegenoffensive, wie nun SPD-Innenministerin Faeser zeigt.

Statt Entschuldigung wird der Skandal umgedeutet

Statt sich zu entschuldigen, macht Innenministerin Faeser aus der breiten und durchaus lauten Kritik an ihrer Verbrüderung mit Linksextremisten nämlich gleich wieder eine angebliche konservative Verschwörung. Es seien die „üblichen Kräfte“, die ihre gutgemeintes und moralisch fehlerfreies Verhalten in ein schlechtes Licht rücken wollen. So schrieb Faeser auf Twitter unverblümt:

„Die von der „Jungen Freiheit“, der AfD und anschließend der BILD-Zeitung und CDU-Abgeordneten erhobenen Vorwürfe sind durchschaubar. Ich habe immer klare Kante gegen Rechtsextremismus und alle Feinde der offenen Gesellschaft gezeigt – und werde das auch weiterhin tun.“

Und das von einer Bundesinnenministerin, die noch vor einem halben Jahr einen Gastbeitrag für ein Linksextremisten-Blatt geschrieben hat und als eine ihrer ersten Ankündigungen als Innenministerin drohte, alle „Verfassungsfeinde“ aus öffentlichen Ämtern zu säubern. Das kann sich sehen lassen.



Doch Faeser weiß, dass sie gar nicht von ihrer Position abrücken oder gar den kleinsten Anflug von Reue zeigen muss. Denn das linke Establishment, über alle politischen Grenzen hinweg und bis hinunter zur Zivilgesellschaft, steht seinen Genossen stramm zur Seite, erneut anders als im Falle des rechten Lagers, wo der Konkurrenzgedanke sowie die Abgrenzungs,- und Relativierungshysterie untereinander oftmals jegliche erfolgreiche Kooperation im Keim erstickt.

Da gibt es solidarische Parteieintritte von Linken in die SPD, da werden Linksextremismus und die VVN-BdA reflexartig verteidigt und in den Himmel gelobt, da wird kritisiert, dass man

eine Vereinigung von „Holocaust-Überlebenden“ überhaupt kritisch betrachtet und da werden sofort Relativierungen und Gegenbeispiele von „rechtem Terror“ hinzugezogen, um auch nur den kleinsten Anflug eines Skandal-Sturms zu erstickten. Dass es zudem Fotomaterial von Faeser mit Linksextremisten der Antifa gibt, wo diese sich mit ihr „Verschwestern“, ist dabei fast schon ein unwichtiges Detail am Rande, da es für linke Politiker mittlerweile zum guten Ton gehört.



Antifaschistische Bildungsinitiative e.V. Main-Taunus
Besuch von Nancy Faeser (MdL und Generalsekretärin
der Hessischen SPD)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

13) „Energiewende“: Zerstörung eines der wertvollsten Waldgebiete Deutschlands für Windräder hat begonnen

05. 02. 2022



Die Zerstörung des Naturparadieses hat begonnen | Foto: Pro Märchenland e. V.

Das Fällen der über 100-jährigen Buchen im Reinhardswald mit dem berühmten „Dornröschenschloss“ Sababurg in Nordhessen hat begonnen. Die Waldarbeiter standen offenbar mit ihren Sägen schon bereit, als am Mittwoch das Regierungspräsidium Kassel grünes Licht gab für die ersten 18 Windkraftwerke auf einem exponierten Höhenzug hinter der berühmten Sababurg, dem Tierpark Sababurg und dem Sagen umwobenen „Urwald“, berichtet tichyseinblick.de.

Vogel-Schredder statt Brutkolonie

Stundenlang konnte man in beinahe beängstigender Stille durch das endlos erscheinende Meer von Bäumen wandern, ohne auf eine größere Siedlung zu treffen oder eine Straße überqueren zu müssen. Das Gebiet ist so einsam und unzerschnitten, dass jüngst sogar eine Brutkolonie des Kranichs dort entdeckt wurde, eine ornithologische Sensation, so das genannte online-Magazin weiter.

Ausgerechnet dort eine Wind-Industriepark hinzuklotzen, im Wissen, dass Windräder für den Tod unzähliger Vögel verantwortlich sind, kann wirklich nur grünen Hirnen entspringen, die glauben mit Windrädern in Deutschland jetzt die ganze Welt vor dem Untergang zu retten.

Grüne wollen mehr als 100 Windradgiganten im Naturparadies sehen

Die 18 jetzt genehmigten Windräder mit einem Rotordurchmesser von 150 Metern und einer Nabenhöhe von 244 Metern sollen erst der Beginn des Zerstörungswerks sein, zu dem die hessische „Umwelt“-ministerin Priska Hinz (Grüne) keine Alternative sieht. Im gesamten Gebiet des erst 2017 ausgewiesenen Naturparks Reinhardswald wäre Platz für mehr als 100 der Energiegiganten einschließlich großzügiger Zuwegungen. Eine solche Dichte an Windkraftwerken gäbe es wohl erstmals in einem der naturnahen Erholung gewidmeten Schutzgebiet.

Kann „Grimms Märchenwald“ noch gerettet werden?

Zur Rettung des Reinhardswaldes, der auch als „Schatzhaus der europäischen Wälder“ oder „Grimms Märchenwald“ bekannt ist, setzt sich die Initiative Pro Märchenland e. V. ein. Auf der [Webseite des Aktionsbündnis](#) finden sich ausführliche Informationen incl. Bildmaterial, sowie Hinweise zur Unterstützung der Naturschützer.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

14) Selbsthass ist eine tickende Zeitbombe!

04. 02. 2022



Trauerndes Mädchen am Tränenmeer - Dresden. Linker Vandalenakt zerstört Denkmal für die Bombenopfer von 1945

Selbsthass ist eine tickende Zeitbombe!

**Wer sich heute dermaßen hassen und ablehnen kann, wird morgen
Andere und die ganze Welt hassen und ablehnen!**

(Imad Karim zur Schändung des Dresdner Denkmals)

Alljährlich erschüttern die Verhöhnungen der Opfer des Dresdner Feuersturms und die Denkmalschändungen durch Linksradike die Öffentlichkeit.

Auch heuer wurde wieder ein Denkmal, das den hunderten tausenden unschuldigen Opfern des [Bombenangriffs auf Dresden](#) in den letzten Kriegstagen des Jahres 1945 gedenken sollte, von Linken Vandalen zerstört, wie die „[Bild](#)“ – als eines der wenigen Medien – berichtet.

Von der Politik weitgehend totgeschwiegen wurde am letzten Wochenende die Skulptur „Trauerndes Mädchen am Tränenmeer“ der polnisch-deutschen Bildhauerin [Małgorzata Chodakowska](#) von Linksextremen vom Sockel gerissen. Auf dem linksradikalen Szene-Portal Indymedia wurde der Vandalenakt gefeiert, da es sich bei dem Kunstwerk nach deren Ideologie um ein „geschichtsrevisionistisches Denkmal“ handle, das man „fachgerecht entfernt“ habe. Die Toten wären keine Opfer, sondern Täterinnen und Täter und der Dresdens Bombentote im kollektiven Gedenken zu betrauern, sei falsch, so die Argumentation der verwirrten Linken

Es sind übrigens dieselben Antifa-Leute, die „[Bomber Harris, do it again](#)“ fordern.

Nicht nur die Medien schweigen über diese sinnlose Tat, auch die Politik hüllt sich dazu in Schweigen. Selbst von Bundespräsident Steinmeier kam kein Wort dazu und zeugt damit von einem unfassbaren Selbsthass des Deutschen Volks

Dieser Selbsthass verstört auch den TV-Journalisten Imad Karim, der anlässlich dieser neuerlichen Zerstörung eines neutralen Denkmals, das zum Nachdenken anregen sollte in einem Facebook-[Posting](#) seine Gedanken dazu ausdrückte.

Seinen Text wollen wir gerne als Gastbeitrag zur Gänze hier wiedergeben



„Selbsthass ist eine tickende Zeitbombe“ – Imad Karim zur Zerstörung des Dresdner Denkmals ‚Trauerndes Mädchen am Tränenmeer‘ durch Linksradike

GASTKOMMENTAR von IMAD KARIM (Facebook-Posting)

Was hat dieses Bild bzw. die dazugehörige Meldung ^[8] mit der Bundespräsidentschaftskandidatur Ottes, der Distanzierungserklärung Maaßens, dem AfD-Austritt Meuthen, dem AfD-Beitritt Steinbach und der gesamten Debatte innerhalb der echten und selbsternannten konservativen Kräfte, wie gute rechtskonservative von böser nationalkonservativer Gesinnung zu unterscheiden ist, zu tun?

Ich weiß nicht, wie viele Menschen diesen Artikel und somit meine Intention richtig verstehen und deuten werden. Es geht vor allem darum, dass es in meinen Augen nichts Schlimmeres gibt als nachzutreten, wenn ein Zeitabschnitt zu Ende ist. Zur Vereinfachung: Wenn ich mit einer Frau verheiratet war und feststelle, sie hat mich betrogen und/oder verraten, würde ich mich von ihr trennen, aber niemals, sie in der Öffentlichkeit schlecht reden, denn alles Negative, was ich über sie berichten würde, käme auf mich zurück. Ich würde aus Respekt vor den gemeinsamen Jahren, schweigen und im stillen Kammerlein trauern und vielleicht erzähle ich einem guten Freund, intern und vertraulich, wie sehr ich von dieser Institution Ehe, die ich mit ihr aufbaute, enttäuscht bin. Aus diesem Grund verstehe ich nicht, dass einst Spitzenpolitiker der AfD, immer wieder nachtreten, wenn sie die Partei verlassen. Ich kenne Meuthen, den ich 2016 interviewte ^[1], persönlich und schätze ihn als Mensch sehr. Jörg Meuthen hat mit Rassismus, Fremdenfeindlichkeit oder Rechtsextremismus nichts aber gar nichts gemeinsam. Er hatte vor Jahrzehnten, längst, bevor er sich der AfD anschloss, die Patenschaft für Kinder aus Afrika übernommen und er unterstützt sie bis heute. Ich habe dennoch nicht verstanden, warum er bei seiner Entscheidung, die AfD zu verlassen, nicht geschwiegen hat.

Max Otte kenne ich ebenfalls persönlich sehr gut. Dieser erfolgreiche und finanziell autarke Mensch hat vielen Menschen still und diskret geholfen und niemals eine Gegenleistung erwartet. Er hatte mich bei der Realisierung von meinem Film über Maaßen ^[2], finanziell, und zwar mit einem Geldbetrag, dessen Höhe ich nicht erwähnen möchte, weil ich nicht weiß, ob es Max Otte recht wäre, unterstützt und darüber hinaus viel Werbung für meinen Film, den alle Sender ablehnten, gemacht. Max Otte, von dem sich Hans-Georg Maaßen, den ich ebenfalls sehr schätze, wegen der Kandidatur Ottes ^[3], distanziert, wollte vor allem alles mögliche unternehmen, damit die vernünftige Stimme H.G Maaßens gehört wird. Ja, ich schätze H.G Maaßen sehr, aber ich gebe zu, ich verstehe die Distanzierung Maaßens nicht, vielleicht bin ich politisch zu naiv. Frau Erika Steinbach kenne ich ebenfalls gut und ich hatte die Gelegenheit, mit ihr längst, bevor ich mit der von ihr geleiteten Desiderius-Erasmus-Stiftung, in deren Kuratorium ich saß, sehr gute Gespräche zu führen. In einer dieser Begegnungen durfte ich die beeindruckende und leidensvolle Fluchtgeschichte ihrer Familie mit ihr als kleines Kind, von ihr direkt und persönlich, erzählt zu bekommen. Frau Steinbach hat ebenfalls, wie Otte, Meuthen, Maaßen, Alice Weidel, Chrupalla und vielen anderen Menschen aus dem konservativen Lager, denen ich persönlich des Öfteren begegnet bin, (ich bin bisher Björn Höcke nicht begegnet, deshalb und nur deshalb habe ich ihn nicht erwähnt) mit Rassismus, Fremdenfeindlichkeit oder Geschichtsrevanchismus nichts

Gemeinsames.

Für mich als „fremder“ Zeitzeuge und Beobachter der politischen Entwicklung in Deutschland, kann ich die innere Zerrissenheit der Konservativen nicht nachvollziehen und vor allem, diese hässliche Eigenschaft, sich gegenseitig zu zerfleischen und sich dabei, dieselben diffamierenden Argumente ihrer Gegner, gegen sie jahrelang zur Wehr setzten, zu bedienen. Auch diejenigen, die die AfD verlassen haben, sei es Petry oder Meuthen und viele andere, waren niemals sogenannte „V-Leute“, solche Unterstellungen sind ebenso schäbig, wie die Übernahme diffamierender Argumente der Zurückgetretenen.

Alle, oder sagen wir mal, fast alle Konservativen, haben nicht begriffen, dass jeden, in den Augen der z. Zt. sehr mächtigen linken Eliten, der nicht globalistisch-links denkt und handelt, als RECHTSRADIKAL, abzustempeln und aktiv zu bekämpfen gilt.

Wir leben längst in einer linken Republik, in der islamistisch motivierte ausländische Täter [4], als psychisch Kranke und deutsche psychisch kranke Täter als politisch motiviert [5], deklariert werden.

Viele setzen auf den neuen CDU-Chef Friedrich Merz, dessen Arroganz (für mich) nahezu unerträglich ist [6] als „Erlöser“. Merz und das ist meine persönliche Einschätzung, wird – wenn er 2025 die Bundesregierung führen sollte, was ich nicht glaube, denn er wird vorher politisch abgesägt, würde die Ära Merkel, als eine 16 Jahre andauernde harmlose Gute-Nacht-Geschichte, erscheinen lassen. Merz, der globale Player wird die bisher „primitiv und stumpf“ aufgebauten globalen und deutschlandfeindlichen multikulturalistischen Infrastrukturen Merkels perfektionieren.

Das Perfide ist, dass dieses Deutschland jeden Tag ein Stück mehr verschwindet, während sich seine echten oder vermeintlichen Konservativen die Köpfe einschlagen. Deutschland wächst jedes Jahr um eine afghanische-arabische mittelgroße Stadt, ohne dass es jemand merkt oder merken will, ein Land, in dem die Turboeinbürgerung zu den primären Aufgaben des Staates zählt, ein Land, in dem seine finanziell schlecht gestellten alteingesessenen Bürger ums tägliche Überleben kämpfen [7].

Ich wundere mich, dass jetzt viele Menschen wegen dem C-Virus auf die Straße gehen, aber zuhause bleiben, als Abermillionen (sagen wir, um nicht gesperrt zu werden, „Nichtberechtigte“) in ihr Land kamen und alle hart ersparten Reserven des Sozialstaates in Anspruch nahmen. Grundrechte? Welches Grundrecht ist wichtiger, als das Recht, zu entscheiden, wen man bei sich aufnehmen will und wen nicht?

Heute sitzen die Linken überall, in Politik, Medien, Kirche, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und sonstigen Institutionen und Einrichtungen der Gesellschaft und setzen ihre Ideologie ohne Rücksicht auf Verluste durch. Ob Otte zu 70, 80 oder 90% gegen Steinmeier verliert, spielt keine wesentliche Rolle, denn es ist ein Zeichen und auf das Zeichen kommt es an.

Oh ja, jetzt fragen Sie, was das ganze mit der Schändung des Dresdner Denkmals [8] zu tun hat! Ich sage Ihnen, ein Bundespräsident, der zu dieser Schandtat schweigt, ist nicht mein Bundespräsident. Ich lehne ihn FRIEDLICH ab und würde mich freuen, wenn Max Otte an seiner Stelle kommen würde, denn Selbstachtung ist die Voraussetzung, von den anderen geachtet zu werden. Vielleicht wird die AfD durch das, was sich noch „Verfassungsschutz“ nennt, komplett zerschlagen, vielleicht aber nicht. Jedenfalls werden die echten Konservativen bald merken, sie sind den anderen so lange in den Allerwertesten gekrochen und nehmen den Gestank erst zu spät wahr.

Schade!
Imad Karim
www.imad-karim.de

[1] Imad Karim im Gespräch mit Jörg Meuthen (AfD) – Das etwas andere [Interview](#)

[2] Hans-Georg Maaßen im [Portrait](#), „wer Moral übers Recht stellt, verliert Beides“. Regie: Imad Karim

[3] Der Chef der Werteunion Max Otte ist von der AfD als Bundespräsidentenkandidat nominiert ([Deutschlandfunk](#))

[4] Gutachter halten Messerstecher für schuldunfähig ([Spiegel](#))

[5] Anschlag in Hanau ([op-online](#))

[6] Die AfD ist für Merz doch kein „Gesindel“ ([FAZ](#))

[7] [FB-Posting](#) von Frank Helbig

[8] Dresden: Linksextremisten schänden Mahnmal für Bombentote ([Junge Freiheit](#))

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

15) Abgrenzungsprobleme: Innenministerin Faeser schrieb für verfassungsfeindliches Blatt. Von N. Harbusch

POLITIK & WIRTSCHAFT **23**

ABGRENZUNGPROBLEME

Innenministerin Faeser schrieb für verfassungsfeindliches Blatt

Von N. HARBUSCH

Berlin - Bundesinnenministerin Nancy Faeser (51, SPD) in Erklärungsnöten!

Jetzt kommt heraus: Sie schrieb im vergangenen Juli (damals noch als hessische SPD-Chefin) einen Gastbeitrag für eine Publikation der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA)“.

Laut bayerischem Verfassungsschutzbericht ist das „die größte linksextremistisch beeinflusste Organisation im Bereich des Antifaschismus“.

Die VVN bekämpft alle nicht marxistischen Systeme, also auch die parlamentarische Demokratie, weil diese als „potenziell faschistisch“ gelte.

CDU-Innenexperte Christoph de Vries (47) sieht einen „hochbrisanten Vorgang“: „Wie sollen sich die Mitarbeiter der Verfassungsschutzämter fühlen, deren Auftrag die Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung ist, wenn ihre oberste Dienstherrin mit Verfassungsfeinden auf Tuchfühlung geht?“ De Vries: „Die SPD ist auf dem

linken Auge weitgehend blind.“

Unionsfraktionsvize Andrea Lindholz (51): „Sie sollte keinen Zweifel daran aufkommen lassen, dass ihr der Kampf gegen jeglichen politischen Extremismus – welcher Richtung auch immer – ein wichtiges Anliegen ist.“

Der frühere Innen-

staatssekretär Stephan Mayer (47, CSU): „Faesers Gastbeitrag war ein großer Fehler. Ich erwarte eine rasche Entschuldigung sowie

die Rücknahme des Beitrages.“

Eine Anfrage ließ das Bundesinnenministerium gestern unbeantwortet.

antifa MAGAZIN DER VVN-BdA

NEU 2.0 ausgetüftelt?

Antifaschismus ist eine Bewegung, die sich gegen alle Formen von Faschismus und Nationalsozialismus richtet. Sie ist eine Bewegung, die sich für die Rechte aller Menschen einsetzt, die von Faschismus und Nationalsozialismus bedroht sind. Sie ist eine Bewegung, die sich für die Rechte aller Menschen einsetzt, die von Faschismus und Nationalsozialismus bedroht sind.



Schulterschluss mit Linksextremisten: Innenministerin Nancy Faeser (51, SPD)

Foto: INA FASSBENDER/ATP. Quelle: ANTIFA VVN-BdA e.V.

16) Anbiederung an Mainstream erfolglos: RT DE durch Medienaufsicht eingestellt

02. 02. 2022



creative commons Attribution 4.0 International (CC BY 4.0)

Wie bereits zu Beginn des Jahres zu beobachten war, hatte Russia Today Deutschland (RT DE) seine Kommentarfunktion, zum Unmut vieler treuer Leser, abgeschaltet. Schon davor wurde in Kreisen alternativer Medien bekannt, man strebe von Seiten RT DE an, eine „seriösere“ Schiene fahren zu wollen, um breitenwirksamer in Europa zu werden. Man wolle „raus aus der Schmutzdecke“.

Nun ist diese „Anbiederung“ an den Mainstream allerdings gründlich in die Hose gegangen.

RT DE von deutscher Medien-Aufsicht „abgedreht“

Die Verbreitung des russischen Senders RT DE wurde nun von der deutschen Medien-Aufsicht vollständig untersagt, [wie auch Epoch Times zu berichten weiß](#). Per heutiger Mitteilung der Kommission für Zulassung und Aufsicht (ZAK) der Medienanstalten, „fehle bei RT DE die erforderliche medienrechtliche Zulassung für Ausstrahlungen per live-stream für Internet und Apps“. „Dies sähe man seitens der ZAK als Begründung an, Veranstaltung sowie Verbreitung des Programmes umgehend ein zu stellen“.

Nebenschauplatz der „Russland-Krise“

Am 16.12.2021 wurde RT DE als Fernsehformat gestartet, die Medienanstalt Berlin-Brandenburg hatte dann bereits am folgenden Tag ein Prüfungsverfahren auf medienrechtlicher Basis gegen RT DE Productions GmbH (Sitz Berlin) eingeleitet.

Der europäische Satelliten-Betreiber Eutelsat stellte daraufhin unmittelbar die Verbreitung des Programms ein. Die endgültige Entscheidung über die Abschaltung lag, aufgrund der bundesweiten Verbreitung, bei der ZAK Kommission.

Die Kommission betrachtete das Programm als „zulassungspflichtiges Rundfunkprogramm“, für das jedoch bei den deutschen Behörden keine Zulassung beantragt worden war. Es gelte auch in diesem Falle keine andere europarechtlich legitimierte Erlaubnis, heißt es von Seiten der ZAK. Über Internet war RT DE jedoch weiterhin empfangbar.

Unter Umständen könnte es sich bei dieser Vorgehensweise auch um ein „Politikum“ im Zuge der höchst angespannten Beziehungen in der momentanen „Russland-Krise“ handeln.

Dies könnte jedoch die im Augenblick ohnedies angespannte Situation im „Diskurs“ mit Vladimir Putin verschärfen. Von Seiten des russischen Präsidenten war bereits im Dezember letzten Jahres von Diskriminierung gegenüber Russia Today zu hören.

Der russische Außenminister Sergej Lawrow hatte im Zuge der Einstellung der Satelliten-Ausstrahlung des Programms mit „Vergeltungsmaßnahmen“ gedroht.

Böse Zungen mögen nun behaupten, dass die Strategie sich durch Zensur und letztliche Abschaltung der Kommentarfunktion sowie angeblich seriöserer Berichterstattung die Reißleine zu ziehen und sich dadurch dem Mainstream anzubiedern, in die sprichwörtliche Hose gegangen ist.

Wir bedanken uns hiermit herzlich, mit dem Versprechen, für den Gedanken-Austausch unserer Leserschaft weiterhin zur Verfügung zu stehen. In diesem Sinne viel Spaß beim Schmökern in unseren Beiträgen und vielen Dank für die interessanten Kommentare.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Österreich (Seiten A 94 – A 102)

17) Österreich: Hoffnung auf Unabhängigkeit der Verfassungsrichter schwindet – politische Färbung aufgedeckt

09. 02. 2022



Bild: Der Österreichische Verfassungsgerichtshof *Press Photos Die Riege der "unabhängigen österreichischen Verfassungsrichter"*

Die große Hoffnung im österreichischen „Widerstand“ könnte eine herbe Enttäuschung erleben. Wer bis dato gehofft hatte, der Verfassungsgerichtshof (VfGH) würde im Sinne von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie entscheiden, wird hoffentlich nicht enttäuscht werden.

Die „Durchleuchtung“ einer Handvoll Verfassungsrichter lässt nichts Gutes erwarten. Der Fragenkatalog an die Regierung, insbesondere an Gesundheitsminister Wolfgang Mückstein (Grüne) und sein Gesundheitsresort könnte sich als taktisches Manöver entpuppen. Es wird „gemunkelt“ sein Resort wäre keinesfalls im Stand die vom VfGH geforderten aufgeschlüsselten Zahlen zu liefern.

Um von Seiten des großen Koalitionspartners ÖVP den unliebsamen und ins Kreuzfeuer geratenen Grünen-Minister loszuwerden, käme dies gerade zum „rechten“ Zeitpunkt. Zumindest mehren sich die Gerüchte in diese Richtung.

Verfassungsrichter eindeutig „gefärbt“ – Unabhängigkeit sieht anders aus

Verfassungsrichter werden in Österreich seit jeher politisch besetzt, auch wenn sie danach der Unabhängigkeit verpflichtet sind.

Beginnen wir ganz „zeitgeistig“ mit der Dame in der Runde der „unter die Lupe genommenen“ Verfassungsrichter.

Im April 2020 trat **Verena Madner** ihr Amt als Vizepräsidentin des Verfassungsgerichtshofes an. Die 1965 geborene Linzerin wurde dem Vorschlagsrecht folgend von den **Grünen**, kurz nach Bildung der Koalition mit der ÖVP, in ihr Amt „gehievt“.

Das Thema ihrer Dissertation 1994 behandelte Genehmigungen von Abfallbehandlungsanlagen, sie widmete ihre juristische Laufbahn in weiterer Folge dem Umweltrecht. 2008 wurde sie zur Vorsitzenden des unabhängigen Umweltsenats berufen. An der WU-Wien leitet sie das Institut für Recht und Governance.

Bis 2018 war sie noch Mitglied im Beirat der grünen Bildungswerkstatt. Jemand der auch noch dazu seit 2019 Mitglied des Klimarates der Stadt Wien ist, kann wohl kaum als „unbefangen“ zum Thema Grüner Gesundheitspolitik gelten.

Als nächster in der illustren Runde der Verfassungsrichter ist **Markus Achatz**, geboren 1960 in Graz, zu nennen. Er ist österreichischer Verwaltungs- und Finanzwissenschaftler und Professor an der Universität Linz.

Von 2000 bis 2009 war er Vorstand des Instituts für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre der Universität Linz, von 2009 bis 2011 Dekan der dortigen Rechtswissenschaftlichen Fakultät. Ab 2004 leitet er zudem als Vorstand das Forschungsinstitut für Steuerrecht und Steuermanagement, seit 2009 ist er Vorstand des Instituts für Finanzrecht, Steuerrecht und Steuerpolitik der Universität Linz.

2013 wurde er vom Nationalrat auf Vorschlag der **ÖVP** mit 138 von 152 gültigen Stimmen zum Mitglied des österreichischen Verfassungsgerichtshofes ernannt.

Erneut ein klarer Fall von „Unabhängigkeit“ gegenüber dem „großen“ Regierungspartner ÖVP.

Und weiter geht es in der Runde der „unabhängigen Verfassungsrichter“ Österreichs mit dem Linzer **Michael Mayrhofer**.

Der 1975 geborene Linzer ist Rechtswissenschaftler und Professor für öffentliches Recht an der Linzer Kepler Universität. Im Jahr 2015 wurde Michael Mayrhofer zunächst zum assoziierten Universitätsprofessor, ein Jahr später schließlich auf einen Lehrstuhl als Universitätsprofessor für öffentliches Recht an der Universität Linz berufen.

Inneruniversitär war Michael Mayrhofer von 2016 bis 2019 Vorsitzender des Senats der Johannes Kepler Universität Linz. 2019 übernahm er die Leitung des Instituts für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre.

Seit 2019 ist er auch Dekan der Rechtswissenschaftlichen Fakultät.

Im September 2021 wurde Mayrhofer auf Vorschlag der **ÖVP-Grünen** Koalitionsregierung als Nachfolger des aufgrund der Türkisen „Chat-Affäre“ zurückgetretenen Wolfgang Brandstetter von der Bundesregierung als Mitglied des Verfassungsgerichtshofs bestellt.

Somit ein weiteres Beispiel der „Unabhängigkeit“ gegenüber der ÖVP-Grünen Riege.

Nachdem es in dieser Tonart munter weiter geht, befassen wir uns auch gleich mit dem nächsten Kandidaten „zur Wahl des Unabhängigsten unter den Unabhängigen“.

Johannes Schnizer, ein 1959 in Graz geborener österreichischer Jurist. Als bekennender „Linker“ mag es ein wenig verwundern, dass er aus einer „erkatholischen“ Familie stammt. Sein Vater war Universitätsprofessor für Kirchenrecht.

Er ist geschieden und kinderlos, seine ehemalige Lebensgefährtin ist die SPÖ Nationalratsabgeordnete Andrea Kuntzl. 1981 promovierte er an der Universität Salzburg zum Dr.jur.

In der Folge war Johannes Schnizer von 1982 bis 1992 als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Verfassungsgerichtshof tätig, ehe er 1992 als wissenschaftlicher Mitarbeiter der SPÖ-Parlamentsfraktion im österreichischen Nationalrat beschäftigt wurde.

Im Jahr 2007 wechselte Schnizer vom Nationalrat ins Kabinett von SPÖ-Kanzler Alfred Gusenbauer, wo er dessen Kabinettschef wurde.

Schnizer ist seit 2010 auf Vorschlag der **SPÖ** von der Bundesregierung zum Richter am Verfassungsgerichtshof ernannt worden. Zudem ist er aktuell Mitglied des Universitätsrats der Universität Wien.

Einiges Aufsehen erregte im September 2016 ein Interview mit der ultralinken Zeitschrift *Falter*, in dem er das Vorgehen des Verfassungsgerichtshofes im Fall der Aufhebung zur Stichwahl zum Bundespräsidenten verteidigte.

Dabei ließ er jedoch durchblicken, dass seiner Meinung nach die Mängel den Wahlbeisitzern des Kandidaten Norbert Hofer schon nach dem ersten Wahlgang bekannt gewesen seien, sie auf die Wahlbehörde aber nicht entsprechend eingewirkt hätten.

Daraufhin hatte die FPÖ Schnizer wegen dieser Äußerung zivilrechtlich geklagt. Man einigte sie sich im November 2017 in einem Vergleich. Schnitzer musste Teile seiner Aussagen gegenüber dem *Falter* widerrufen.

Ein ganz besonders leuchtendes Beispiel an Unabhängigkeit, das sich gegenüber dem *Falter* zu politischen Äußerungen hinreißen lässt.

Um die Linkslastigkeit noch zu krönen, hegt Schnizer große Sympathien für die **Grünen**, hatte er doch seinerzeit aktiv an der Besetzung der Hainburger Au 1984 teilgenommen, die als „Geburtsstunde“ der österreichischen Grünen gilt.

Wer noch nicht genug der „Unbefangenheit“ gelesen hat, es geht noch weiter.

Helmut Hörtenhuber, 1959 in Linz geboren, schloss 1982 das Studium der Rechtswissenschaften an der Kepler Universität Linz ab.

In den Jahren 1986 und 1987 arbeitete Helmut Hörtenhuber als wissenschaftlicher Mitarbeiter erstmals am Verfassungsgerichtshof in Wien.

Ab Oktober 1987 war Hörtenhuber im Verfassungsdienst des Amtes der Oberösterreichischen Landesregierung tätig und ab 1989 auch in

der Landtagsdirektion des Oberösterreichischen Landtags. Von 1990 bis 1993 war er in der Folge als stellvertretender Landtagsdirektor und stellvertretender Leiter des Verfassungsdiensts beschäftigt.

1993 gelang Helmut Hörtenhuber schließlich ein weiterer Karriereschritt mit dem Aufstieg zum Leiter des Verfassungsdiensts im Amt der Landesregierung und dem Posten des Landtagsdirektors.

Im Jahr 2008 wurde Helmut Hörtenhuber auf Vorschlag der **ÖVP** durch die Bundesregierung als neuer Verfassungsrichter nominiert.

Wie man auch hier unschwer erkennen kann, ein weiterer „Unbefangener“, der einer Regierungspartei noch „etwas schuldig ist“.

Michael Holoubek, wurde 1962 in Wien geboren, ist österreichischer Jurist und Universitätsprofessor. Er absolvierte von 1982 bis 1986 das Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Wien.

Er studierte daneben auch Germanistik sowie Publizistik- und Kommunikationswissenschaften. 1989 promovierte Michael Holoubek zum Dr. iur.

Holoubek ist aktuell Professor für Öffentliches Recht am Institut für Österreichisches und Europäisches Öffentliches Recht der Wirtschaftsuniversität Wien. Der Nationalrat nominierte ihn schließlich 2010 auf Vorschlag von **ÖVP** und **SPÖ** als Richter am Verfassungsgerichtshof.

Mit seiner Nominierung wurde man offenbar nicht nur dem „vielstrapazierten“ Proporz-System von Rot-Schwarz gerecht, sondern hat auch gleich den linkslastigen Flügel der ÖVP damit zufriedengestellt.

Abschließend sollte noch angemerkt werden, dass all diese „honorigen Herrschaften“ durch gewaltige Schubkraft ihrer Parteien, die wiederum alle klar pro Impfpflicht sind, in ihre Positionen gelangt sind. Diese Tatsache wiederum legt nahe, dass man sich für diesen enormen „Gefallen“ dann das eine oder andere Mal zu besonderem „Dank“ verpflichtet fühlen könnte.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

18) Österreich: Regierung mit Rücken an der Wand – Keine Antworten bei PK

06. 02. 2022



Bild: Heute.at "Die Drei" - Meister der peinlichen Selbstdarstellung

An Peinlichkeit kaum mehr zu übertreffen, die österreichische Regierungsmannschaft und ihre Entgleisungen in Interviews und Pressekonferenzen.

Sowohl aus der Grünen wie aus der Schwarzen „Diktatoren-Riegen“ kann man die „Ausrutscher und Gesichtsverluste kaum noch im Überblick behalten.

Von „Versprechern“ bis zur Sprachlosigkeit – das Spektrum ist groß

Mittlerweile ist es kaum noch zu überblicken, beinahe täglich „glänzen“ die totalitären Regenten Österreichs mit politisch höchst fragwürdigen Auftritten in diversen Medien.

Von Europa-und Verfassungsministerin Karoline Edstadler (ÖVP) mit ihren mangelhaften „Geografie-Kenntnissen“ (wir hatten berichtet), über ihre „freudschen Versprecher“ betreffend der Beendigung der Demokratie ([auch darüber wurde von uns berichtet](#)) bis hin zu Kanzler Nehammer und „Buhmann“ und Erfüllungsgehilfe Gesundheitsminister Mückstein, reicht die Palette der Peinlichkeiten.

Edstadler versucht ihre „Unzulänglichkeit“ durch Kälte, Unnahbarkeit und „Hardliner-Gehabe“ zu übertünchen.

Kanzler Karl Nehammer, der den Spagat zwischen militantem Auftreten und gekünstelter Menschlichkeit nicht zu schaffen scheint, beruft sich wenn es „eng“ wird immer auf „Expertinnen und Experten“, wie im beigefügten Video in beinahe erheiternder Weise nach zu hören ist.

Dem steht Gesundheitsminister, Arzt und „Hobby-Politiker“ Wolfgang Mückstein, in Nichts nach. Medial, im Gegensatz zu Nehammer, der klar nach dem antrainierten Schema bei medialen Auftritten agiert, fühlt Mückstein sich als Quereinsteiger im Rampenlicht, sichtlich unwohl.

Antworten werden „gleichgeschaltet“ und im Schema abgespult, egal ob dies zur Frage passt oder nicht. Unangenehme Fragen werden entweder gar nicht oder mit einem eingelernten, vorbereiteten Text, der mehr oder weniger zum Thema passt, beantwortet.

In der „neu eingeschworenen“ Riege der schwarzen Landesfürsten droht nun neues Ungemach und damit enormer Druck auf deren „Marionetten-Kanzler“ Nehammer.

Letzten Umfragen zufolge stürzt die mächtigste ÖVP Landesorganisation Niederösterreich mit ihrer medial völlig talentfreien „Landesfürstin“ Mikl-Leitner von bisher 51 auf magere 39 Prozent ab. Österreichweit erhält die Regierung Nehammer überhaupt nur noch 13 Prozent Zustimmung laut einer Umfrage von ICI (Initiative für evidenzbasierte Corona Informationen.)

Die Luft wird immer dünner in der Regierungsebene und weitere „Entgleisungen“ sind da wohl kaum als Vertrauensbildend ein zu stufen.

Real-Satire-Video zeigt Inkompetenz auf erschreckende Weise

Das von uns beigefügte Video regt also einerseits zum Schmunzeln an, zeigt jedoch auf erschreckende Weise von welchen „Dilettanten“ dieses Land in noch nie dagewesenen autoritären Stil gegängelt wird.

Man ist eigentlich versucht in „Fremdschämen“ zu versinken, beim Gedanken wie viele Landsleute dieser Riege mit ihrem Kreuz in der Wahlzelle, zum Aufstieg verholfen haben.

Die vorläufige Krönung der Peinlichkeiten vor versammelter, auch internationaler Presse, liefert zweifelsfrei einmal mehr Gesundheitsminister Mückstein.

Nachdem er zum x-ten Male versucht hatte, sich beinahe täglich über den „Haufen“ geworfene Maßnahmen, Erlässe und Vorschriften seitens seines Ministeriums, durch Empfehlungen beratender „Expertinnen und Experten“ (man ist mittlerweile der Bezeichnungen überdrüssig Anm.d.Red.) zu argumentieren, folgte der Fauxpas „auf dem Fuße“.

Eine Journalistin, dem Akzent nach zu schließen, eines Ausländischen Mediums wollte vom Minister die Nennung der Namen dieser „angeblichen“ Experten erfragen.

Darauf folgt von Seiten des Ministers 10-sekündiges Schweigen bevor er stotternd und ausweichend antwortet, „er sei in der glücklichen Lage von diesen Experten beraten zu werden, diese würden quasi rund um die Uhr und UNENTGELTLICH arbeiten“.

Glaubwürdigkeit sieht anders aus, die armen Experten würden wohl im nunmehr dritten Jahr der Pandemie am „Hungertuch nagen“ und längst obdachlos sein, würden sie tatsächlich „rund um die Uhr unentgeltlich“ arbeiten.

Hier das Video zur „Expertinnen- und Experten“-Lachnummer:

https://www.youtube.com/watch?v=imaYfUm_2Ns

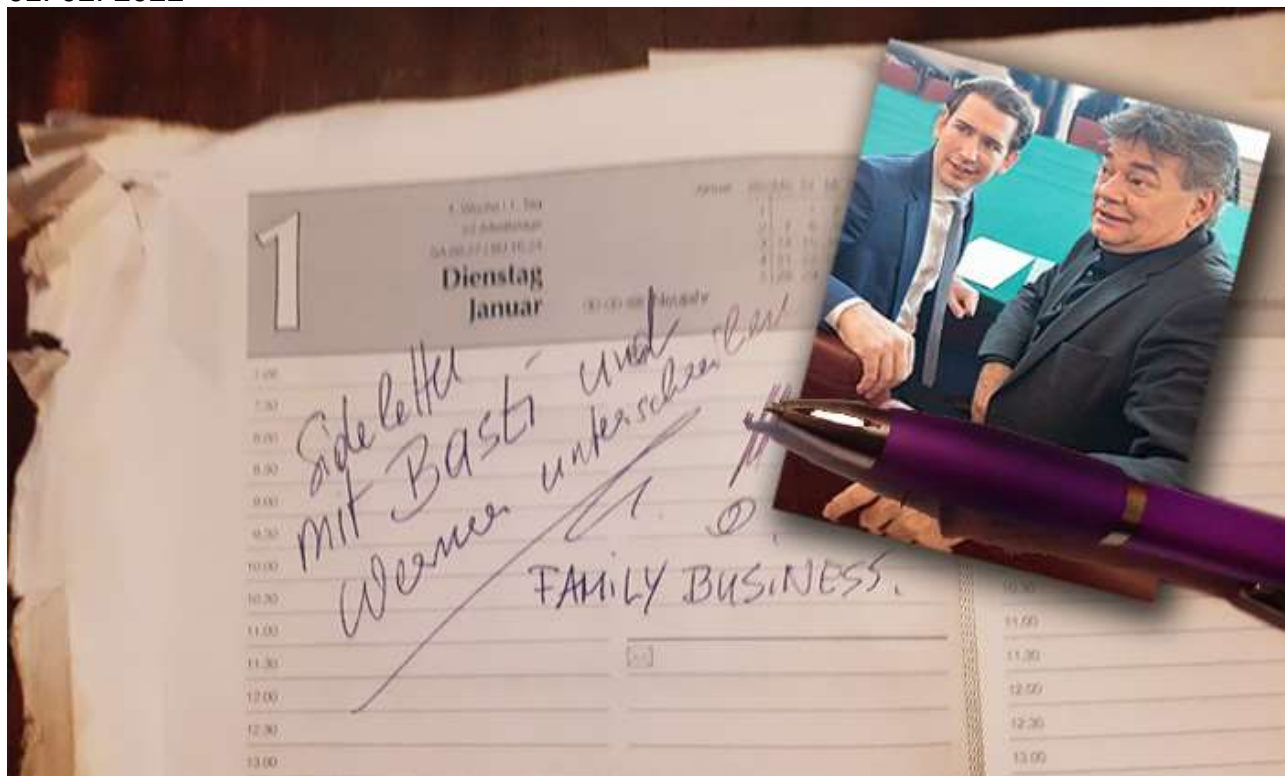


Einfach keine Antworten zu geben ist offenbar zur Rückzugsstrategie der österreichischen Machthaber geworden, die Verzweiflung ob des „totalitären Scheiterns“ wird sichtbar, das Ende wird absehbar.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

19) Sideletter vom 1.1.2019 als Beweis für ein Türkis-Grünes Intrigantenstadl?

01. 02. 2022



Sideletter zwischen ÖVP & Grünen schon am 1.1.2019 unterschrieben. Hellseher Kurz & Kogler (*Bildmontage unser-mitteuropa*)

Die geheimen Nebenabsprachen zwischen der türkisen ÖVP und den Grünen bieten Raum für allerlei Spekulationen. Besonders das Datum an dem das Geheimpapier zwischen Ex-Kanzler Kurz und Noch-Vizekanzler Kogler unterzeichnet wurde ist auffällig. Als der Sideletter zu Postenschacher und Kopftuchverbot aufgesetzt wurde war von einer grünen Regierungsbeteiligung nämlich noch lange keine Rede. Zumindest nicht in der Öffentlichkeit.

Es ist weniger der Inhalt des Sideletters ¹⁾, wie z.B. das Ja zum Kopftuchverbot, das Kogler der grünen Basis verheimlichte sondern dass dieses Papier bereits viereinhalb Monate vor Bekanntwerden des kompromittierenden Ibiza-Videos, das zum Platzen der türkis-blauen Koalition führte, unterzeichnet wurde. Diese Tatsache machte auch H.C. Strache stutzig, wie er in einem Anruf bei exxpress ²⁾ betonte.

Strache: „Kapier ich da was nicht?“

“Die türkis-grüne Geheimvereinbarung wurde also bereits am 1. Jänner 2019 unterfertigt. Kapier’ ich da jetzt was nicht? Ich bin nämlich erst am 18. Mai 2019 als Vizekanzler zurückgetreten. Haben die schon in prophetischer Weise im Voraus gehandelt, bevor die Teile des Ibiza-Videos am 17. Mai 2019 veröffentlicht worden sind?”, wundert sich der Ex-FPÖ-Chef über das Datum der Vereinbarung.

Aber rückblickend verwundert ihn das Intrigien-Dokuement nicht sonderlich, da es bereits früher Hinweise auf die geplante Palastrevolution gab, wie sich Strache jetzt erinnert: *“Mir fällt da wieder der Eintrag im Kalender des Bundespräsidenten für den Tag der Ibiza-Video-*

Veröffentlichung, den Freitag, ein: ‚Bombe platzt‘, also in der Gegenwart. Und nicht als Erinnerung für den 17. Mai 2019. Hat Van der Bellen schon vorab von der Sprengung der türkis-blauen Koalition gewusst?“ und er ergänzt „Bis Dezember 2018 war die Stimmung in der Koalition mit der ÖVP sehr gut – und plötzlich ging nichts mehr.“ Kurz war seinerzeit „extrem sauer“, nachdem die FPÖ den umstrittenen UN-Migrationspakt verhindert hat. „Und die ÖVP-Seite wusste, dass im 2019er-Jahr alle Sideletter-Vereinbarungen, die wir als FPÖ wollten, zu erfüllen gewesen wären. Darunter war auch die komplette Entpolitisierung des ORF, eine Neubesetzung aller ORF-Chefposten über eine neutrale und professionelle Personalauswahl sowie die Abschaffung der unbeliebten GIS-Gebühr“, so Strache.

Für ihn spricht noch ein Punkt gegen den von der ÖVP jetzt vorgeschobenen „Tippfehler“ und dafür, dass Türkis und Grün schon fünf Monate vor dem „Platzen der Ibiza-Bombe“ für diesen Fall der Fälle bereits eine detaillierte Koalitions-Zusammenarbeit ausgearbeitet und schriftlich festgehalten haben könnten.

Geldsegen für Ibiza-Filmer

So schrieb der Haupttatverdächtige im Ibiza-Krimi, Julian Hessenthaler, seinem privaten Kreditgeber bereits vor Jänner 2019 ein SMS in dem er ankündigte, dass *„Mitte Jänner 2019 das Geld von X (Anm.: einem bekannten Medienhaus) ausgezahlt“* werden sollte. Der derzeit wegen Drogendelikten angeklagte Video-Mitproduzent konnte also Mitte Jänner 2019 plötzlich 70.000,- € zurückzahlen. Wenn schon im Jänner das Geld für die Lieferung des Ibiza-Videos ausgezahlt wurde, wäre es damals bereits im Umlauf und wäre Anfang 2019 schon vielen maßgeblichen Playern aus Politik und Medien bekannt. Die Lunte an der Bombe für die Sprengung der türkis-blauen Koalition brannte also bereits seit Jänner 2019 und türkis und grün hatte im Geheimen bereits alles für den „Tag X“ vorbereitet – so jedenfalls vermutet es Strache.

Präventiver Postenschacher

In dem vertraulichen Dokument wurden unter anderem zukünftige Postenvergaben zwischen ÖVP und Grünen vereinbart, die bisher weitgehend nach Plan umgesetzt wurden, wie der Standard ^{3.)} berichtet.

Anders als in dem vorigen Abkommen zwischen ÖVP und FPÖ (das erst nach der Wahl ausgehandelt wurde) sind im türkis-grünen Geheimvertrag keine Namen für die einzelnen zu besetzenden Posten genannt – vielleicht weil man am 1. Jänner 2019 noch nicht so genau wußte wer nach dem Umsturz im Mai und der darauf nötig gewordenen Neuwahl bei den Grünen und Türkisen noch / oder schon wieder / in Amt und Würden sein würde? Jedenfalls bietet das Dokument viel Platz für interessante Gedankenspiele rund um das Kurz'sche Ränkespiel im türkisen Intrigantenstadl. (*Transdanubier*)

QUELLENANGABEN:

- 1.) [Sideletter](#) zwischen Grün / Türkis
- 2.) HC Strache im Telefonat mit [exxpress](#)
- 3.) Zeitplan für den Postenschacher im [Standard](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

01) Ex-Soros-Direktor enthüllt: Medienberichte gegen Ungarn und Polen sind bewusst manipuliert

Von unserem Ungarnkorrespondenten Elmar Forster

03. 02. 2022



Andrei Nosko (Foto: Facebook.com/Andrej Nosko)

Von einer unbekannten E-Mail-Adresse gelangte ein ungewöhnlich großer Satz von Dokumenten mit seriösem Nachrichtenwert in die Redaktion von Magyar Nemzet. Dazu gehören unter anderem mehrere Stunden Skype-Interviews mit Andrei Nosko, dem Ex-Direktor der von George Soros finanzierten Open Society Foundation. In diesem Gespräch hat Nosko praktisch zugegeben, dass Ungarn und Polen einer unwahren, voreingenommenen Kampagne ausgesetzt sind.

Andrei Nosko: Ex-Direktor der Soros NGO „Open-Society“

Am interessantesten ist ein Interview in englischer Sprache, aufgenommen von einer unserer Zeitung unbekannten Person mit Andrei Nosko. Nosko promovierte bis 2018 an der Soros-CEU-Universität, dann war er Direktor der Soros NGO „Open Society Foundations (OSF)“ und anschließend Hauptabteilungsleiter in Politikwissenschaft. Dabei war er für die Verteilung eines Drittels der Stipendien an Think Tanks in der europäischen Sektion der OSF verantwortlich. Dabei ging es um ein Budget von 10 Millionen Dollar pro Jahr. Nosko ist derzeit [PILnets Europadirektor](#) in Budapest

Entlarvendes Interview mit Nosko: Medienberichte über Ungarn und Polen sind bewusst verzerrt

Der Gesprächspartner von Andrei Nosko wollte wissen, warum mehrere mittel- und osteuropäische Staaten, darunter Ungarn und Polen, in den Mittelpunkt des internationalen Medieninteresses gerückt sind. Dazu sagte der ehemalige Direktor der OSF, finanziert von George Soros: „Berichte über diese Länder sind verzerrt. Ich denke, dass die Verbindung von Ungarn und Polen an sich nicht sehr ehrlich ist. Die beiden Länder haben, wie die anderen Länder in der Region, ihre eigenen Probleme, aber sie sind alle unterschiedlich. Wenn wir zum Beispiel Polen und Ungarn nehmen, können wir einen völlig anderen Führungsstil, eine Wirtschaftsstruktur und ein anderes Verhältnis der Regierung zur Zivilgesellschaft sehen“, sagte er.

Miserable journalistische Qualität

Dass diese Staaten in einen Topf geworfen werden und den Berichten darüber besondere Bedeutung beigemessen wird, hängt laut Andrej Nosko damit zusammen, dass das Niveau der europäischen Medien in jüngster Zeit gesunken ist. Das Problem lässt sich daran verdeutlichen, dass es viel weniger Auslandskorrespondenten der hauptverantwortlichen Medien gibt, die auch über die Angelegenheiten mehrerer Länder informieren. Dies wiederum führt zu intellektueller Faulheit in den Mainstream-Medien, die auch eine zentrale Rolle bei der Entwicklung des oben skizzierten Phänomens spielte. So werden aber Polen und Ungarn sehr leicht an den Pranger gestellt, ohne wirkliche Argumente vorzubringen, sagte Nosko. Mit anderen Worten, fügte er hinzu, diese Berichte sind voreingenommen.

Voreingenommene Auswahl von Quellen und Journalisten

Er erinnerte sich dann daran: Als er für die Stiftung arbeitete und ausländische Korrespondenten in der Regel in der Organisation nachfragten, ob sie jemanden empfehlen könnten, mit dem sie sprechen könnten, die unterschiedlich voreingenommenen Kontakte normalerweise ihre eigenen Kollegen empfahlen; Menschen, deren Überzeugungen ihren ähnlich waren. Bei mehreren Gelegenheiten habe ich einen Journalisten engagiert, um die Materialien der Stipendien-Think-Tanks zu bewerben. Das Spiel war also nicht sehr ausgeglichen, erklärte Andrei Nosko, der glaubt, dass es aufgrund der Sprache relativ leicht ist, das, was in Ungarn passiert, falsch zu interpretieren.

Keine ungarische Sprachkenntnisse

„Wissen Sie, nicht viele ausländische Journalisten sprechen Ungarisch. Somit können sie auch zum Beispiel nicht mit gewöhnlichen Menschen sprechen, aber sie können auch nicht die Lokalnachrichten lesen. Ich sage das aus eigener Erfahrung, da ich mehrere ehemalige Korrespondenten kannte, die weder Ungarisch sprechen noch lesen konnten. Daher können sich die meisten von ihnen nur auf Sekundärquellen verlassen. Aber diese Sekundärquellen seien auch stark verzerrt, auch in Bezug auf die Legitimität der ungarischen Regierung“ – sagte Nosko. So werde laut ihm beispielsweise nicht erwähnt, dass das ungarische Kabinett bei einem bedeutenden Teil der Gesellschaft sehr beliebt ist. „Stattdessen heißt es zum Beispiel, dass die Regierung ihre Macht aufrechterhält, indem sie die Freiheit einschränkt.“ – so Nosko.

Bewusste Fehlinformation

In dem fraglichen Interview gab Nosko praktisch zu: Dass ausländische Korrespondenten ein völlig verzerrtes, unwahres Bild von Ungarn und Polen zeichnen. Die uns vorliegenden Dokumente beweisen, dass die spanische Presse kürzlich auch über koordinierte Angriffe von Liberalen auf die beiden Länder berichtete. Der Artikel bezog sich auf die privaten

Gespräche der ehemaligen spanischen Europaabgeordneten Carolina Punset. Sie diente zuvor in der liberalen ALDE-Parteifamilie als Mitglied der bürgerlich-liberalen „Ciudadanos“-Parteifamilie. Diese politische Formation erhielt nach dem Auftritt von Emmanuel Macron den Namen „Renew Europe“, und auch die ungarische Oppositionspartei „Momentum“ ist Mitglied davon.

Feinde der Meinungsfreiheit: Nicht Polen und Ungarn – sondern Brüsseler Politische Korrektheit

Laut Punset sind die wahren Feinde der Meinungsfreiheit nicht Ungarn und Polen, sondern Brüsseler Verfechter der politischen Korrektheit. In einer Reihe von privaten Gesprächen enthüllte die ehemalige Europaabgeordnete, dass Ungarn und Polen in Brüssel zwar ständig verurteilt werden, die wichtigsten Bedrohungen der Meinungsfreiheit in Europa jedoch ignoriert werden. Punset sagte, wenn die Abgeordneten eine prinzipielle Haltung zur Meinungsfreiheit einnehmen sollten, sollten sie gegen gewalttätige Angriffe auf Journalisten und Professoren vorgehen. Stattdessen konzentrieren liberale Europaabgeordnete ihre Angriffe auf Orte wie Ungarn und Polen, wo die Meinungsfreiheit vor den Fesseln der politischen Korrektheit geschützt ist.

Nosko enthüllt

- **Polen und Ungarn** werden von den **Mainstream-Medien gemobbt**, ohne wirkliche Argumente vorzubringen.
- Die Gründe für die **Popularität der ungarischen Regierung** werden nicht klar gesehen.
- Einer der Gründe für **das verzerrte Bild**, das von Ungarn gezeichnet wird, ist: Dass die **Qualität der europäischen Medien** in letzter Zeit **gesunken** ist, mit weit weniger Auslandskorrespondenten als zuvor.
- Es ist ein großes Problem, dass **ausländische Korrespondenten** die **wirkliche Situation in Ungarn nicht kennen**, weil sie **kein Ungarisch sprechen** können, und sie erhalten auch Informationen aus voreingenommenen Quellen, die von anderen ausgewählt wurden.

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [Magyar Nemzet](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION unter [gondola.hu](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

P o l e n (Seiten A 106 – A 110)

02) Die USA und das außenpolitische Dilemma Polens

Von DAVID ENGELS

11. 02. 2022



Polen/USA – Immer wieder stellt man mit Erstaunen fest, dass die Ansichten polnischer Konservativer über die USA völlig anders sind als die von Franzosen oder Deutschen, auch und gerade vor dem Hintergrund der aktuellen russisch-ukrainischen Krise. Dies mag eine Binsenweisheit sein, doch sollte man sie gerade in diesen für Polen und die Trimariumsregion außenpolitisch immer schwieriger werdenden Zeiten nicht vergessen, sondern sich aktiv damit auseinandersetzen.

Die geopolitische Ausgangslage ist allgemein bekannt: Da Polen zwischen Deutschland und Russland eingeklemmt ist, bestand seine Strategie stets darin, sich an periphere Verbündete zu wenden, die eine politische Überlebensgarantie gegen diese beiden übermächtigen Nachbarn bieten konnten, ohne selbst territoriale Interessen zu haben. In der praktischen Einkleidung dieser Doktrin zeigt sich jedoch, dass diese externen Mächte aufgrund der historischen Entwicklung in der Regel solche waren, die zwar ein pragmatisches Interesse am Überleben Polens zeigten, deren Ideologie den polnischen Konservatismus aber de facto eher behinderte als förderte.

Ein erstes Beispiel ist zweifellos das bis heute geschätzte Bündnis mit Napoleon, der zwar große Dienste leistete, indem er Polen wieder als Vasallenstaat Frankreichs etablierte und die „Teilungen“ teilweise rückgängig machte, dessen tatsächliche Politik jedoch genau auf

jenen „revolutionären Werten“ beruhte, die langfristig die grundlegenden geistigen Werte nicht nur der polnischen, sondern auch jeder anderen europäischen Gesellschaft untergraben sollten.

Ein weiteres Beispiel ist die Ausrichtung des neu gegründeten polnischen Nationalstaats nach dem Ende des Ersten Weltkriegs an den westlichen Entente-Mächten, die ebenfalls eine dezidiert antichristliche, internationalistische und plutokratische Ideologie verfolgten – eine Ausrichtung, die auch im Zweiten Weltkrieg versucht wurde, aber letztlich in territorialer Verstümmelung und zwei Generationen sowjetischer Herrschaft endete.

Auch das derzeitige Bündnis mit den USA steht in dieser Kontinuität, und es ist zu befürchten, dass sich die negativen Folgen erst zeigen werden, wenn es zu spät ist.

Zugegeben, das idealisierte Bild, das viele Polen von den USA haben, scheint von solchen Befürchtungen meilenweit entfernt zu sein, zumal es durch die Präsidentschaft von Donald Trump und seine kurzen Flitterwochen mit der aktuellen polnischen Regierung offenbar bestätigt wurde. Aus polnischer Sicht gelten die USA als ultimatives Modell einer freiheitsorientierten republikanischen Ordnung, die tief im christlichen Glauben verwurzelt ist und von einem starken Willen zur individuellen Freiheit geprägt ist; zwei Faktoren, die auf das Schönste mit den (katholischen) religiösen Überzeugungen Polens und der polnischen Tradition des „liberum veto“ zu harmonieren scheinen. Es ist auch verständlich, dass die USA in der Zeit der kommunistischen Diktatur zu einem Idealbild von Wohlstand, Demokratie und Freiheit wurden und aus polnischer Sicht aufgrund des praktischen Vergleichs mit den katastrophalen Zuständen des real existierenden Sozialismus ein sehr beneidenswertes Erfolgsmodell darzustellen scheinen.

Die Realitäten des 21. Jahrhunderts haben jedoch nicht mehr viel mit einer solchen, um Generationen überholten Idealvorstellung zu tun, wie sie bereits im 20. Jahrhundert von vielen westlichen Intellektuellen kritisiert wurde, die die USA nicht im Kontrast zum real existierenden Kommunismus, sondern vielmehr durch die kritische Prüfung der tatsächlichen Folgen der Amerikanisierung kennenlernten (und damit eigentlich nur Tocquevilles luzide Befürchtungen aus dem 19. Jahrhundert bestätigten ...). Schon damals war selbst für Frankreich klar, dass die Anglisierung der Sprache zu einem Rückgang der Muttersprache führen würde, dass der ultraliberale Kapitalismus der USA zu einer Diktatur einiger weniger großer Oligopole führen würde, dass die Amerikanisierung der Kultur (und insbesondere der Gastronomie) zu einem besorgniserregenden Rückgang eigener kultureller Entwicklungen führen würde, und dass die naive und oftmals ignorante und egozentrische Übertragung der eigenen demokratischen Maßstäbe auf nicht-westliche Staaten zu einer ununterbrochenen Reihe außenpolitischer Katastrophen führen würde, deren Folgen darin bestehen, dass nicht nur die USA, sondern auch viele europäische Staaten heute überall auf der Welt in einem äußerst ungünstigen Licht gesehen werden.

Inzwischen ist diese Entwicklung um weitere besorgniserregende Phänomene bereichert worden. Ein unvoreingenommener Blick auf die Lebenswirklichkeit in den USA zeigt, wie sehr die USA unter den Einfluss jener selbstzerstörerischen Ideologie geraten sind, die oft als „politische Korrektheit“ oder „Wokismus“ bezeichnet wird und die unter der Präsidentschaft von Joe Biden einen beispiellosen Höhepunkt erreicht hat.

Heute stehen die USA nicht mehr für individuelle Freiheit, Demokratie und Lebensfreude, sondern für die rücksichtslose Durchsetzung von Multikulturalismus, LGBTQ-Ideologie, die Umwandlung demokratischer Strukturen in oligarchische Strukturen, Masseneinwanderung,

Entchristlichung, Kasinokapitalismus, die Verurteilung der eigenen historischen Vergangenheit, die Verfolgung angeblich toxischer Männlichkeit und vieles mehr.

Man sollte sich also keinen Illusionen hingeben: Zumindest unter den gegenwärtigen politischen Umständen wird ein Bündnis mit den USA für die konservative polnische Regierung zunehmend unnatürlich, und die Garantie des politischen Überlebens des polnischen Staates müsste mit einem hohen Preis bezahlt werden, nämlich mit der Aufgabe der inneren kulturellen Autonomie, was kaum weniger schlimm ist. Diese Bemerkungen sollten jedoch keinesfalls als Aufruf gelesen werden, sich von der langjährigen Partnerschaft mit den USA zu lösen oder sich gar einem der beiden unmittelbaren Nachbarn zu unterwerfen, denn einerseits unterscheidet sich die derzeit in Deutschland (und der EU) vorherrschende Ideologie kaum von der in den USA, während andererseits der angebliche russische Konservatismus kaum mehr als ein Deckmantel für eine fragile Oligarchie ist, deren angebliche „Liebe“ zur christlich-abendländischen Kultur sich erst vor wenigen Wochen zeigte, als sie Zehntausende muslimische Migranten in die weißrussischen Wälder einfliegen ließ, um sie gegen die polnische Grenze zu schicken.

Vielmehr sollen diese Zeilen dem Leser vor Augen führen, wie allein Polen mit Ausnahme seiner derzeitigen mitteleuropäischen Verbündeten, allen voran Ungarn, in der Weltpolitik tatsächlich ist und dass selbst traditionelle Partner wie die USA bestenfalls einen hohen Preis für ihre Unterstützung verlangen werden, wenn sie diese im schlimmsten Fall nicht schlichtweg verweigern – was ebenfalls eine schmerzhaft Erfahrung der polnischen Politik im 18., 19. und 20. Jahrhundert ist. Es scheint daher wesentlich, einen pragmatischen und bewusst pessimistischen Blick auf die Realität zu werfen, um jenseits naiver Hoffnungen und Idealisierungen kühl kalkulieren zu können, welche positiven und negativen Folgen die verschiedenen Bündniskonstellationen tatsächlich bieten können, welchen Preis sie dafür verlangen würden und welche tatsächliche Stabilität sie langfristig entwickeln können. Die Tatsache, dass alle potenziellen Partner daher nur mit großer Skepsis betrachtet werden können, lässt nur eine Schlussfolgerung zu:

Polen muss seine einseitige Ausrichtung auf die USA insofern ändern, als es dringend nach anderen Partnern suchen muss, die zwar von geringerer praktischer militärischer Bedeutung sind, aber ein außenpolitisches Klima schaffen können, in dem Polen auch abseits der ausgetretenen Pfade des Ost-West-Kontextes mit Sympathie und Respekt begegnet wird, denn Soft Power wird auch im 21. Jahrhundert noch von großer Bedeutung sein.

Daher sollte man zunächst einmal daran denken, die Beziehungen zu den modernen „Mittelmächten“ zu intensivieren, die bisher in der polnischen Außenpolitik kaum Beachtung gefunden haben, wie Japan, Südkorea, Indien, Brasilien, Mexiko und viele andere. Ein weiterer wesentlicher Punkt ist die dringende Weiterentwicklung des Visegrád-Bündnissystems und der Trimarium-Idee, die beide seit nunmehr einer Generation immer wieder als das ultimative Ziel der polnischen Europapolitik hervorgehoben werden, in Wirklichkeit aber nur wenig Erfolge vorweisen können und deren Kern durch die jüngsten Wahlen in der Tschechischen Republik gefährdet zu sein scheint. Es ist daher dringender denn je, dieses Bündnis mit festen inhaltlichen und institutionellen Strukturen auszustatten, um die Verfolgung gemeinsamer Ziele auch außerhalb innenpolitischer Situationen gewährleisten zu können, und endlich jene wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit der Trimarium-Staaten zu etablieren, die angesichts der aktuellen Bedrohung nicht nur aus dem Osten, sondern auch aus dem Westen dringend einer Intensivierung durch Zusammenhalt bedarf.

Das Zeitfenster für eine solche eigenständige Außenpolitik Polens wird mit der Verschärfung des Konflikts mit der Europäischen Union und der Bundesrepublik Deutschland immer kleiner – zumal die bevorstehende „Konferenz über die Zukunft Europas“ zu Entwicklungen führen könnte, die die derzeitige Position Polens in Europa noch weiter marginalisieren könnten. Es bleibt zu hoffen, dass die polnische Regierung, die derzeit stark von den Meinungsverschiedenheiten über die Covid-Politik erschüttert wird, noch über die nötige Energie und Weitsicht verfügt, um das letzte Jahr ihrer Regierungsmehrheit, das vor uns liegt, zu ihrem Vorteil zu nutzen...

Zum Autor:



David Engels ist ein belgischer Historiker, der derzeit in Poznan, Polen, am Zachodni Institut arbeitet. Als Spezialist für antike, insbesondere römische und seleukidische Geschichte ist er auch ein Vordenker des europäischen Konservatismus, der sich seit über einem Jahrzehnt in der frankophonen und insbesondere in der deutschsprachigen Presse mit Fragen der Identität auseinandersetzt. 2013 veröffentlichte er *Le Déclin*, in dem er methodisch die heutige Europäische Union mit der untergehenden römischen Republik vergleicht. 2019 veröffentlichte er *Renovatio Europae*, gefolgt von *Que faire?*, zwei Bücher, die auf die Zukunft Europas ausgerichtet sind; das erste betrifft die Reform seiner Institutionen, das zweite richtet sich an den Einzelnen.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [VISEGRÁD POST](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

- 03) EU-Kommission zieht erstmals Millionenstrafe von Polen ein. Warschau protestiert gegen Verrechnung mit Haushaltsmitteln. 160 Millionen Euro säumig

EU-Kommission zieht erstmals Millionenstrafe von Polen ein

Warschau protestiert gegen Verrechnung mit Haushaltsmitteln / 169 Millionen Euro säumig

T.G. BRÜSSEL. Die EU-Kommission hat Polen darüber informiert, dass sie ein Zwangsgeld in Höhe von 15 Millionen Euro von einer dem Land zustehenden Zahlung aus dem EU-Haushalt abziehen wird. Es handelt sich um die erste Tranche einer Strafzahlung, die der Europäische Gerichtshof im September vorigen Jahres angeordnet hatte. Warschau muss seither für jeden Tag, an dem es in Turow weiter Braunkohle abbaut, 500 000 Euro entrichten. Da die Regierung sich weigerte, das Geld selbst zu überweisen, zieht die Kommission es nun von sich aus ein. Sie erfülle damit ihre „rechtliche Verpflichtung“, teilte ein Sprecher mit, „von dem Gericht verhängte Strafzahlungen einzutreiben“. Dies werde mit Ablauf einer Frist von zehn Werktagen geschehen.

Die Kommission wendet damit erstmals ein Verfahren zum Einzug von Strafzahlungen an, das sie 2018 festgelegt hatte. Bisher ist das noch nie notwendig gewesen, weil alle anderen Staaten Strafzahlungen selbst geleistet haben. Die Regierung in Warschau kündigte umgehend an, dass sie die Entscheidung juristisch anfechten wolle. Man werde „alle rechtlichen Mittel“ nutzen, sagte Regierungssprecher Piotr

Muller. Er verwies darauf, dass Polen und die Tschechische Republik ihren Rechtsstreit um den Tagebau Ende voriger Woche außergerichtlich beigelegt hätten. Demnach zahlt Warschau an Prag eine Kompensation von 45 Millionen Euro. Die tschechische Regierung kündigte an, sie werde ihre Klage zurückziehen, sobald die Summe eingetroffen sei.

Das ist bisher nicht geschehen. Die Einigung entbindet Polen auch nicht von den bis dahin angefallenen Strafzahlungen. Sie beliefen sich bis einschließlich Dienstag auf 71 Millionen Euro. In einem weiteren Verfahren muss Polen für jeden Tag eine Million Euro entrichten, an dem die Disziplinarkammer am Obersten Gerichtshof fortbesteht. Hier hat zwar der polnische Präsident Andrzej Duda eine Gesetzesänderung vorgeschlagen, doch fehlt der Regierung einstweilen eine eigene Mehrheit, um sie zu beschließen. In diesem Fall beläuft sich das Zwangsgeld inzwischen auf 98 Millionen Euro. Die EU-Kommission hat Warschau Anfang Januar den ersten Zahlungsbescheid zugestellt und angekündigt, dass sie das Geld notfalls nach demselben Verfahren eintreiben werde wie im Fall Turow.

Ungarn (Seiten A 111 – A 138)

04) Wie die ungarische Block-Opposition mit Alinsky-Methoden eine Verschwörung inszenierte

14. 02. 2022



dav

Von unserem Ungarn-Korrespondenten Elmar Forster

Saul Alinsky: Der amerikanische Goebbels – Urvater der Antifa



dav

Gleich vorweg: Hinter allen linken Antifa-Polit-Attacken steckt Saul Alinsky's Anarcho-Theorie: „[Regeln für realistische Radikale](#)“.

Hier Regel Nr. 9: „Die Bedrohung ist normalerweise furchterregender als die Sache selbst.“ – Ein besonders alter Hut ist immer noch die Beschwörung von der Wiederkehr eines historischen Untoten: „Lasst [Nazis nicht](#) regieren!“ ([Demoslogan](#) 2018 gegen die österreichische türkis-blaue Regierung)

Doch scheint Alinskys Theorie des „Community-Organizings“ (1971) nun genauso in die Absterbens-Jahre gekommen zu sein wie die Alt-68er selbst. In ihm sahen böse Nicht-Gutmenschen einen „Diener des Teufels“, ja mehr noch: einen „[amerikanischen Goebbels](#)“. Selbst US-Polit-Hysterikerin, Hillary Clinton, widmete ihm eine ganze Diplomarbeit: „'There is only the fight' – An Analysis of the Alinsky-Modell“ (1969).

Denn „Aktionen wie #seebruecke, #MeToo oder #wirsindmehr... beachten meist“ ([epochtimes](#)) Alinskys Strategien, um Ziele sog. „benachteiligter Gruppen“ („no-haves“ – „Habenichtse“) öffentlichkeitswirksam-überzogen durchzusetzen. Auch Ex-US-Präsident Obama war Schüler von Alinsky-Soziologen (etwa M. Kruglik: „[Building one america...](#)“). Als erster schwarzer US-Präsident versprach er mit dem Schlachtruf „Yes, we can!“ letztlich nichts anderes, als Jesus Christus' 2000-jährige Wirkungsgeschichte in säkularisierte Erfüllung zu überführen: „So mögt ihr sagen zu diesem Berge: Hebe dich von hinnen dorthin! So wird er sich heben; und euch wird nichts unmöglich sein.“ (Matthäus-Evangelium)

Dezember 2018: Die linke ungarische Block-Opposition als Monty-Python-Radik-Alynskies

Während einer vorweihnachtlichen Blockade des ungarischen Fernsehens stilisierten gleichgeschaltete linke Fake-News-Medien jämmerliche linke Soros-Polit-Coach-Potatoe-Revoluzzer zu „Opfer-Märtyrer-Helden“ hoch: „13 Parlamentsabgeordnete der Opposition übernachteten im Staats-TV“ (ORF) – Wohww! – in geheizten Räumen mit sanitären Anlagen und Fast-Food-Automaten: „Ein Teil der Demonstranten zog unter lautstarken Rufen zum Sitz des staatlichen Fernsehens MTV. Die Polizei setzte Tränengas ein. ... Zwei der Abgeordneten warf der Sicherheitsdienst gewaltsam aus dem Gebäude.“ ([ORF](#))

<https://www.youtube.com/watch?v=7cSzvvNpM9U>



Vergebens elaborierte der [Fake-News-Äther](#) an vermeintlichen Gräuel-Bildern herum! Wurden doch diese von hysterisch-schreienden Amazonen-Links-Politikerinnen umgehend konterkarikiert: „Oppositionsabgeordnete verschansen (!) sich im Fernsehgebäude. Protestierende feiern sie wie Helden.“([Die Welt](#))

Heulsus_innen

Im altherwürdig-neogotischen Budapester Parlament begann eine grotesk-hysterische Opfer-[Heulsus-innen](#)-Revolutions-Soap-Opera mieser Schauspieler als Reality-Satire: Eine gewisse Agnes Vadai legte ihr bisher geheiligtes Image als starke Agit-Prop-Frau ab, und heulte auf Facebook los, was das Zeugs nur so9 her gab. – Doch wusste schon Oscar Wilde: Aktivistinnen-„Frauen sind da, um geliebt, nicht um verstanden zu werden.“

[Facebook](#)

Der so (von Überwachungskameras aufgezeichnete) Fake-News-Propaganda-Dreh bescherte den Ungarn eine unerwartete vorweihnachtliche Faschingseinlage...

Trillerpfeifchen und Megaphon im Parlament



dav

Adrett bekleidet streckte Szel Bernadett (übersetzt: B. „Wind“ drohend ein [Megaphon](#) in die Parlaments-Abgeordneten hinein. Dem (von einer linken Lederjacken-[Femo-Demonstrantin arg genötigten](#)) ungarischen Staatspräsidenten Janos Ader blieb wohl nur mehr Albert Einstein über: „Manche Männer bemühen sich lebenslang, das Wesen der“ Polit-Aktivisten-„Frau zu verstehen. Andere befassen sich mit weniger schwierigen Dingen z. B. der Relativitätstheorie.“ Und auch der (durch [Szabo Timea](#) mit dauer-gewelltem Sex-Appeal) [ausgetrillerte](#) ungarische Ministerpräsident Orban konnte sich nur mehr mit Humphrey Bogart in Langmut üben: „Ein kluger Mann widerspricht nie einer (Radikalinsky)-Frau. Er wartet, bis sie es selbst tut.“

Linke Maria Magdalene vor Polizeikordon

Auch aus dem Neuen Testament wurden einige Szenen kopiert: Das Bild einer (vor einem [Polizeikordon knieenden](#)) säkularisierten [Maria-Magdalena](#)-Demonstrantin wurde medial auf Reisen geschickt. – „Es ist doch immer dasselbe: Zuerst hat man eine Frau im Herzen, dann auf den Knien, dann im Arm und dann am Hals.“ (Mario Adorf)

In Ungarn kursiert ein böser Witz: „Warum hat das ungarische Parlament eine riesige Kuppel?“ – „Weil es ein Zirkuszelt ist!“ – Hier eine durchgeknallte ungarische Polit-Feministinnen-Truppe (inklusive Mitläufer) in [amazonenhafter Silvester-Laune](#) mit Trillerpfeifchen, in Anwesenheit des (bisher als Diktator arg gefürchteten ungarischen Ministerpräsidenten) „Vik-tat-or“ Orban. – Ohhoo!!!

Die Femo-Polit-Störenfried-Schönheits-König-innen persiflierten sich selbst und die ewige „No-Pasaran“-Revolutions-Romantik nachhaltig mit ihren eigenen Waffen: „Das Lächerlich-Machen ist die stärkste Waffe des Menschen.“ (Alinsky). – Selbst Sigmund Freud war ratlos: „Die große Frage, worauf ich noch keine Antwort gefunden habe, trotz dreißig Jahren Erforschung der weiblichen Seele, ist: 'Was will die(linke Agito-Prop-) Frau?'" Und lieferte eine Erklärung gleich mit: „Das Leiden des Hysterischen kommt hauptsächlich von ihren Erinnerungen.“ Mittlerweile freilich an den 70er-Jahre-Alinsky.

Fake-Inszenierungen sollenaus Ungarn eine Militärdiktatur machen





dav

Zu diesem Zwecke legten sich einige Besetzerinnen zu [Joga-Übungen](#) auf den Boden, um [Fake-Bilder](#) zu produzieren, die an die [chilenische Militärdiktatur](#) (ab Mitte der 70er-Jahre) erinnern sollten. Die studierte Kindergarten-Tante und Sozi-Abgeordnete Ildiko Bangone sinnierte in lauwarmer Revolutions-Atmosphäre in macho-sexistischer Sprache vor sich hin: „Das wird ein [huren\(!\)-gutes\(ungarisch: „curva-jo“\)](#) Bild ergeben, wenn wir uns auf den Boden legen und die Hände hinter den Kopf geben. Ich bin fix und fertig, wenn meine Kinder dieses Bild gleich sehen werden.“

<https://www.youtube.com/watch?v=nXpBSzoHg>



Zierliche Sozi-Aktivistin rennt sich an verschlossener Tür den Kopf an

Die schwarzhaar-gefärbte Polit-Schönheits-Königin (mit [Bikini-Figur](#)), Sozi-Kunhalmi Agnes (auch schon mit einem rechts-[radikalen Jobbik-Fan](#) gesichtet), verband sich eigenhändig,

mit einer Art Taschentuch, die Jeans-Hose, um so eine Knieverletzung vorzutäuschen. Allerdings fehlte die wichtigste Zutat, nämlich: „Blut ist ein ganz besonderer Saft.“ (Goethe:

„Faust“ – Gab's kein Ketchup aus der Kantine...?

Sie hatte die elementare physiologische Regel vergessen: Dass man nicht mit dem Kopf durch die Wand rennen kann...

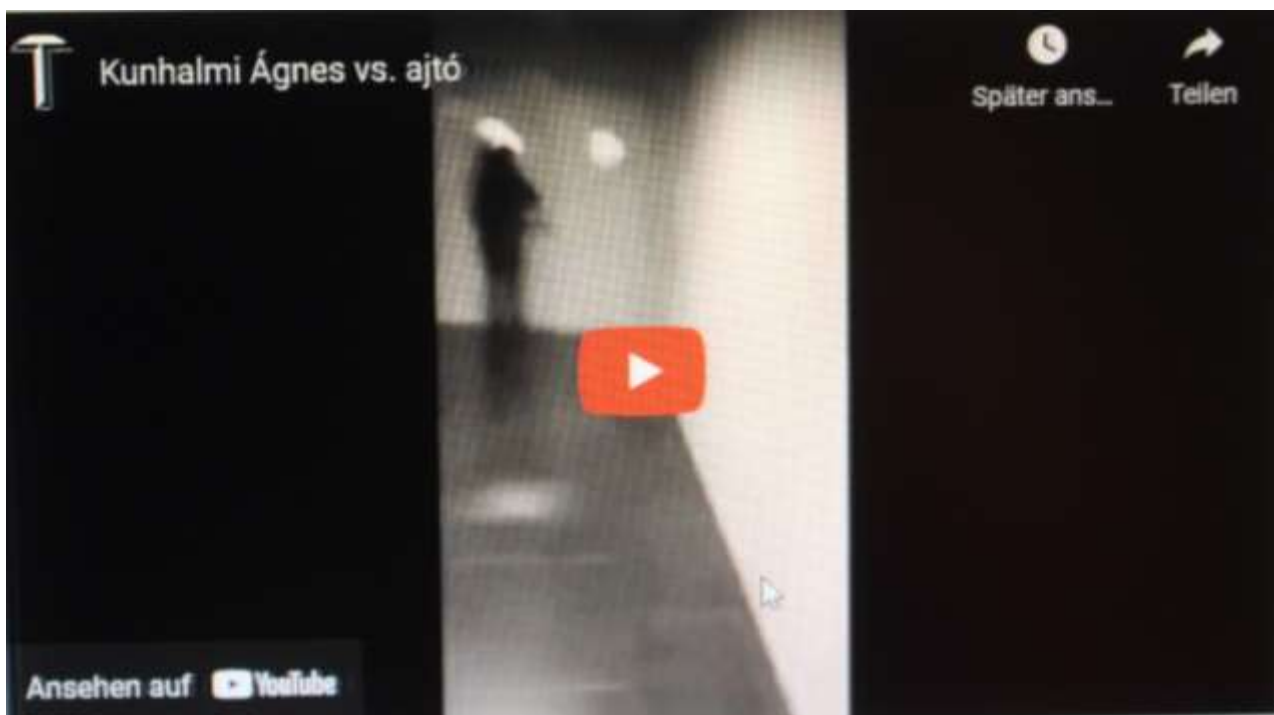
Szel Bernadette: „Mein Gott (!) Agi!!! Könnte ich dir helfen? Was ist passiert?“

Kunhalmi: „So wie es aussieht, hatte ich kein Glück!“

Bernadette: „Magst du in die Kamera sprechen oder nicht?“

Kunhalmi.: „Was soll ich sagen. Ich habe versucht die Tür einzurennen.“

<https://www.youtube.com/watch?v=RwsrmE0ziaE>



Steckte der englische Satiriker Monthy-Python dahinter ?

Hier zur Abwechslung jetzt aber „Der Revolutionär Bryan erhält Latein-Unterricht“:

<https://www.youtube.com/watch?v=DZ47gksnesc>



„Bitte schlagen Sie mich vor der Kamera !“

Eine volle Stunde lang bemühte sich der linke Aktivist [Hadhazy Akos](#) (mit Mobil-Kamera in der Hand auf dem Boden liegend) flehentlich darum, endlich von den Sicherheitskräften geschlagen (!) zu werden. Vergebens! Jenen hielten sich phantasielos-höflich-stur eisern an ihre rigide Dienstvorschrift: „Ich bitte Sie! Stehen Sie vom Boden auf!“ Kurzerhand ließ der linke Lurch-Akrobat sich darauf hin mit seiner Nachrichtenagentur verbinden: „Hallo Joschi-lein! Lieg hier gerade am Boden! Sie schlagen ein bisschen(!), sie treten ein bisschen! Sechs von ihnen sind über mir!“

<https://www.youtube.com/watch?v=7cSzvvNpM9U>



Selbst Alynski-Regel Nr.7 („Man muss öfter mal was Neues machen.“) löst mittlerweile nur mehr Gähn-Effekte aus: Wen interessieren noch die von Kunhalmi-Schwarzkäppchen organisierten Alinsky-Joga-Übungen (hinter ihr Sicherheitskräfte als Muskel-Verstärker), um eine brutale Verhaftung vorzutäuschen. Dabei kann sie sich selbst das Lachen nicht verkneifen.

Beim Entfernen eines Linksaktivisten (wegen Hausfriedensbruchs) pocht dieser auf sein angestammtes Bleiberecht in innerer Kontemplation: „Lassen Sie mich in Ruhe!“ – Einen letzten ähnlichen Auftritt lieferte in der Antike – Richtig! – Diogenes vor seinem Weinfass, als ihn Alexander der Große beim Sonnenbaden störte: „*Geh mir aus der Sonne!*“ Und das war – Ich muss nachrechnen – vor knapp 2500 Jahren...

[Felkészül: Magyarország \(bitchute.com\)](https://bitchute.com/Felkészül:Magyarország)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Streit um Rechtsstaatlichkeit Orban deutet erstmals Ungarns EU-Austritt an

12.02.2022, 20:27 Uhr



Macht Druck auf die EU: Viktor Orban. (Foto: dpa)

Sollte der Europäische Gerichtshof den neuen Rechtsstaatsmechanismus der EU durchwinken, könnte das für Ungarn heftige finanzielle Einbußen bedeuten. Ministerpräsident Orban zweifelt daher erstmals ernsthaft an einem Verbleib seines Landes in der EU.

Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban hat erstmals die Möglichkeit eines EU-Austritts seines Landes angedeutet. Die Europäische Union führe unter dem Schlagwort

des Rechtsstaats "einen Heiligen Krieg, einen Dschihad", sagte der rechtsnationale Politiker in einer Rede vor Anhängern in Budapest. Zugleich forderte er von der EU "Toleranz" gegenüber Ungarn. Ansonsten werde es nicht möglich sein, weiterhin einen gemeinsamen Weg zu gehen.

Orban sprach wenige Tage, bevor der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg über den neuen Rechtsstaatsmechanismus der EU befinden soll. Die Regelung sieht vor, dass Ländern, die gegen Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit verstoßen, Mittel aus dem gemeinsamen EU-Haushalt gekürzt werden können. Ungarn und Polen hatten gegen den im Dezember 2020 beschlossenen Mechanismus geklagt. Der EuGH soll am kommenden Mittwoch (16. Februar) sein Urteil verkünden.

EU-Gremien und Menschenrechtsorganisationen werfen Orban, der seit 2010 in Ungarn regiert, den Abbau von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit vor. Orban trat dieser Einschätzung an diesem Samstag entgegen. "Für sie ist der Rechtsstaat ein Mittel, mit dessen Hilfe sie uns zu etwas kneten wollen, was ihnen ähnelt", sagte er. Ungarn würde aber nicht so werden wollen wie Westeuropa, so wie es umgekehrt vom Westen nicht erwarte, dass dieser die ungarische Asyl- oder Familienpolitik übernehme. Ungarn wolle "trotz wachsender kultureller Entfremdung" die EU zusammenhalten. Deshalb habe Budapest sowohl Brüssel als auch Berlin schon mehrfach "Toleranzangebote" unterbreitet. "Es gibt keine andere Lösung, nur die Toleranz. Nur so können wir einen gemeinsamen Weg finden", führte Orban weiter aus.

Die EU-Mitgliedschaft wird in Ungarn von fast 80 Prozent der Menschen begrüßt. Orban hatte in der Vergangenheit immer wieder scharfe Attacken gegen die "Bürokraten in Brüssel" geritten, sich aber mit Austrittsdrohungen zurückgehalten. Seine jährliche "Rede zur Lage der Nation" fiel mit dem Wahlkampfauftritt zusammen. Am 3. April wählen die Ungarn ein neues Parlament. Orban sieht sich erstmals einer geschlossen antretenden Opposition gegenüber, deren Bündnis von links bis rechts reicht. Meinungsumfragen sagen ein Kopf-an-Kopf-Rennen voraus.

Quelle: ntv.de, mba/dpa

06) Ungarische Links-rechts-Opposition plant den Verfassungs-Umsturz

Ein Gastkommentar von Krisztina Koenen

12. 02. 2022



Während sich die ungarische Politik schon seit Monaten im Wahlkampfmodus befindet, ist vor wenigen Tagen endlich das lange ausstehende Programm der vereinigten Opposition für die Parlamentswahlen am 3. April erschienen. Es kündigt die Beseitigung der jetzigen Verfassung und der bestehenden parlamentarischen Regeln als Ziel an.

Links-rechte Block-Opposition

Die vereinigte ungarische Opposition ist ein Wahlzusammenschluss von sechs Parteien, und wenn man sie genauer betrachtet, versteht man gleich, warum sie so lange für ein Programm gebraucht haben. Bei den vorigen Wahlen 2018 war die stärkste unter ihnen die nationalkonservative, manche würden sagen nationalsozialistische Jobbik (Die Rechten) mit 19,6 Prozent, danach kam ein Zusammenschluss zwischen den postkommunistischen Sozialdemokraten und einer grünen Partei, Párbeszéd (Dialog), mit 11,9 Prozent, gefolgt von der LMP, einer noch grüneren Partei mit 7 Prozent, Schlusslicht war die Demokratische Koalition (DK) des ehemaligen sozialistischen Ministerpräsidenten Ferenc Gyurcsány mit 5,3 Prozent. Der sechste Teilnehmer, die schwer definierbare aktionistische Partei Momentum, schaffte es mit drei Prozent nicht ins Parlament. Die konservative Fidesz-Partei des amtierenden Ministerpräsidenten Viktor Orbán gewann damals zusammen mit ihrem designierten Koalitionspartner, der Christlich-demokratischen Volkspartei KNDP, mit 49,2 Prozent der Stimmen die Wahl.

Die Zahlen zeigen schon, warum es im vorigen Jahr zu einem mühsam ausgehandelten Bündnis der Sechs kam: Nur gemeinsam, mit gemeinsamen Kandidaten können sie sich Chancen ausrechnen, gegen die Koalition von Fidesz und KNDP gewinnen zu können. Dabei handelt es sich um einen geradezu unwahrscheinlichen Zusammenschluss. Jobbik, die inzwischen ein Schatten ihrer selbst ist, definiert sich als nationalkonservative Partei mit

starken sozialistischen Anleihen, die sich inzwischen zwar moderat gibt, in deren Dunstkreis sich jedoch immer noch sehr unappetitliche Antisemiten und Zigeuner hassende Rassisten befinden. Alle anderen, die Sozialdemokraten, Grünen, die DK, Momentum und Párbeszéd sind einheitlich links und grün, ihr Führungspersonal besteht je nach Ausrichtung aus Exkommunisten oder EU-verehrende, internationalistische Klima-, Gender- und Fortschrittsaktivisten. Die einzelnen Parteien mögen zwar verschiedene Schwerpunkte setzen, sie bewegen sich jedoch alle innerhalb dieses Spektrums. Deshalb müsste man eigentlich annehmen, dass sie eine Partei wie Jobbik noch mehr verabscheuen würden als Orbán und Fidesz. Aber Not macht erfinderisch, und so stellten die Vereinigungswilligen alsbald fest, dass es auch zu Leuten etwas Verbindendes besteht, die man sonst als Nationalsozialisten bezeichnen würde, nämlich der Sozialismus.

Parteiprogramm eines Allmacht-Staates

Das Programm ist in neun Kapiteln gegliedert, die Titel haben wie „Freies Ungarn“, „Gesundes Ungarn“, „Kluges Ungarn“, „Einheitliches Ungarn“ und natürlich „Grünes Ungarn“. Wenn man sich in die Kapitel vertieft, bekommt man genau das, was zu erwarten war: Allgemeinplätze, Bekenntnisse, vermischt mit ins Detail gehende Einzelregelungen (wie z.B. die Besitzverhältnisse der Tabak-Geschäfte zu regeln seien). Dem Text ist anzumerken, dass die Autoren bemüht waren, alle Differenzen zwischen den Parteien zu umschiffen, und deshalb überwiegen wolkige, nebulöse Formulierungen. Worauf sich allerdings alle einigen konnten ist die Vergötterung des Staates. Der soll – endlich in den richtigen Händen – alles und jedes regeln, verwalten, nehmen und geben, die Guten belohnen und die Bösen bestrafen. Man sollte sich jedoch nicht von der Monotonie einschläfern lassen. Denn zwischen den Bekenntnissen zum Guten in dieser Welt schlummern die harten Zielsetzungen, die man möglichst verbergen wollte: Anschluss an den Euro, Forderung des europäischen Mindestlohns und der EU-Staatsanwaltschaft, höhere Besteuerung von Großunternehmen.

Noch kennzeichnender ist was im Programm fehlt. Über die Familie lesen wir nur, was ihnen der gütige Staat alles zukommen lassen wird, das Thema LGBT, der woke Angriff auf die Familie erscheint überhaupt nicht, obwohl bis auf Jobbik alle anderen dessen brennende Unterstützer sind. Die Migration bekam ein winziges Unterkapitelchen mit allgemeinen Floskeln über die Menschlichkeit und der Ablehnung der „illegalen“ Migration, aber kein Wort über den Zaun oder den Grenzschutz. Insgesamt scheint Jobbik den Kürzeren gezogen zu haben, denn nichts in diesem Programm hat mit Konservatismus und nationalen Interessen zu tun. Ebenso fehlt die Forderung nach der Gründung der Vereinigten Staaten von Europa, die Lieblingsidee der Spitzenkandidatin der Demokratischen Koalition und Ehefrau von Ferenc Gyurcsány, Klára Dobrev. Vermutlich hielt man das Ansinnen für nicht vermittelbar und blieb bei Unterwerfungsgesten an die Adresse der EU.

Verfassungs-Umsturz geplant durch Volksplebiszite

Man könnte sagen, alles wie erwartet, doch es gibt ein Kapitel, das tatsächlich mit voller Offenheit die wahren Ziele dieser Opposition enthält, und das ist das Kapitel „Verfassung“. Was hier in aller Ausführlichkeit beschrieben wird ist der Plan eines Umsturzes, der nichts mit den demokratischen Gepflogenheiten parlamentarischer Machtwechsel zu tun hat. Es ist das Programm eines Putsches, mit dem die bisherige Verfasstheit des ungarischen Staates zertrümmert und ein vollkommen neues, der Ideologie der Wahlsieger entsprechendes neues „europäisches“ System errichtet werden soll.

Die Begründung dafür ist die Fiktion, in Ungarn herrsche in eine totalitäre Diktatur, in der es weder Rechtsstaatlichkeit, noch Gewaltenteilung, noch bürgerliche Freiheiten gebe, der einen anderen Weg offen ließe. Wie die freien Wahlen, in denen die Opposition zu gewinnen gedenkt, dazu passen, wird nicht erörtert. Die in Ungarn vorherrschende totalitäre Diktatur soll den Umsturz, die angekündigte Missachtung der bestehenden Verfassung sowie der gesetzlich festgelegten verfassungsgebenden Prozedur legitimieren.

Da selbst die kühnsten Träumer in der Oppositionskoalition sich nicht vorstellen können, die bisher für die Verfassungsänderung notwendige Zweidrittelmehrheit im Parlament zu erringen, soll die Verfassung nicht vom Parlament, sondern von einer Volksabstimmung verabschiedet werden. Die dem Volkswillen folgende Verfassung soll nicht wie bisher die Grundlagen der ungarischen Staatlichkeit enthalten, sondern Ungarn in die „europäische und internationale Gemeinschaft eingliedern“, in ihrem Geist soll sie den „Werten der europäischen Kultur und der universellen Menschenrechte“ folgen. Sie ist eine Kapitulations- und Unterwerfungserklärung vor der universalistischen Ideologie und ihren Vertretern in der EU und der westlichen Welt. Zugleich sollen alle Bestimmungen aus der Verfassung gelöscht werden, die das „gegenwärtige Regime ideologisch und strukturell untermauern“.

Unterwerfung unter Supranationalismen: EU – NATO – NGO's

Auch wenn die Vereinigten Staaten von Europa keinen Eingang ins Programm gefunden hat, soll in der neuen Verfassung die „Verpflichtung Ungarns“ festgeschrieben werden, „das immer engere Zusammenwachsen der Völker Europas anzustreben, sowie die gemeinsamen Werte der EU zu verwirklichen. Diese Werte sind der Pluralismus, das Diskriminierungsverbot, die Toleranz, die Gerechtigkeit, die Solidarität, sowie eine Gesellschaft, in der die Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern herrscht.“ Dann folgen in alle Einzelheiten gehend die staatlichen und gesellschaftlichen Bereiche, deren gesetzliche Grundlagen neu gestaltet werden sollen. Die Verpflichtungen aus der Mitgliedschaft in der EU und in der NATO sollen ebenfalls Teil der Verfassung werden, ganz wie einst die ewige Treue zur Sowjetunion. Nicht fehlen dürfen dabei die neuen Verfassungsgarantien für das menschliche Glück, genannt auch Sozialismus: das Recht auf Arbeit, Recht auf soziale Versorgung und soziale Sicherheit, Recht auf Familienunterstützung, Recht auf Wohnmöglichkeit, Recht auf eine gesunde Umwelt, auf Gesundheitsversorgung und sonst noch einiges.

Verschwörungsimperativ „Wahlbetrug“

Um das Vorhandensein einer aktuellen Notlage zu untermauern, haben vor wenigen Tagen zwanzig NGO, ausnahmslos vom amerikanischen Milliardär George Soros und der EU finanzierte Organisationen, die OSZE aufgefordert, die ungarischen Wahlen nach strengsten Regeln (wie sie etwa für die Ukraine oder Weißrussland gelten) zu beobachten, da Fidesz den Wahlbetrug vorbereite. Sie wüssten, dass Orbán selbst dann die Macht nicht abgeben werde, wenn er verlieren sollte, er würde sich durch Wahlbetrug weiter an der Macht halten. Beweise für ihre Behauptungen legten sie nicht vor.

Wahlbeeinflussung durch CIA, Brüssel, FBI ?

Wer hier Wahlen fälschen oder beeinflussen will, dazu hat sich Gábor Bruck, langjähriger Berater der Opposition (unter anderem beriet er den designierten Fraktionsführer, den ehemaligen sozialistischen Ministerpräsidenten Ferenc Gyurcsány) unlängst in einem Interview im linksradikalen Sender Klub Rádió verplappert. Er sagte, es gebe durchaus eine

Wahrscheinlichkeit, dass die Opposition die Wahlen gewinnen werde, da die Orbán-Regierung „unter schwerem Beschuss aus Brüssel“ stehe, und es sei durchaus möglich, dass das FBI oder der CIA gegen die Regierung in die Wahlen eingreifen werde. Das sei schließlich nicht mehr Trumps Amerika, fuhr er fort. „In Nachbarländern haben sie das ordentlich gemacht. Meiner Meinung nach – genau weiß ich es nicht – schauen sie jetzt zu, und wenn die Opposition stark genug sein sollte, werden sie einschreiten. Sie werden Informationen veröffentlichen, die die Macht unglücklich machen werden.“

Wahlumfragen zeigt Fidesz-Vorsprung

Zunächst sieht es – wenn es mit rechten Dingen zugeht – noch nicht nach einem Sieg der Opposition aus, die Umfragen sehen Orbán mit einem noch bequemen Vorsprung vorne. Der ideologischen Klarheit von Fidesz steht der reine Destruktionswille von überwiegend zweifelhaften Persönlichkeiten gegenüber. Anführer der Oppositionsgruppe ist formal der designierte Ministerpräsident Péter Márki-Zay, der parteilose Bürgermeister der südostungarischen Stadt Hódmezővásárhely (50.000 Einwohner), der noch am ehesten Jobbik nahe steht. Der Mann wurde bei einer Urwahl von Mitgliedern der Oppositionsparteien im Oktober für die Aufgabe ausgewählt. Mit seinem milde gesagt unsteten Lebenslauf ist er das, was die Angelsachsen einen loose cannon nennen. Mal erklärt er, dass er wüsste, wie viele Juden und Schwule es in Fidesz gibt, mal kündigt er an, dass die Mitglieder der jetzigen Regierung nach seiner Machtübernahme verhaftet werden würden, und so könne man doch die für die Verfassungsgebung notwendige Zweidrittelmehrheit im Parlament erreichen.

Der bindingslose Amateurpolitiker ist die Marionette Ferenc Gyurcsánys von der selbstgegründeten Partei DK, einer Abspaltung der postkommunistischen Sozialdemokraten. Gyurcsány selbst kann wegen seiner Vergangenheit nicht direkt nach der Macht greifen. Nach seinem Wahlsieg mit den Sozialisten 2006 hat er in einer Parteikonferenz offen zugegeben, dass die Sozialisten in ihrem Wahlkampf morgens, abends und nachts gelogen hatten. In den darauf folgenden Straßenunruhen ging die Polizei mit äußerster Gewalt gegen Demonstranten los. So verlor er die Wahl 2010 an Orbáns Fidesz, und versucht seitdem ein Comeback. Nebenbei ist er ein vermögender Geschäftsmann, der sein Vermögen der Privatisierung unter der Regierung Horn zu verdanken hat.

Orban punktet mit Familien- und Migrationspolitik – schwächelt mit Oligarchen-Image

Orbán kann durchaus zum vierten Mal die Wahlen gewinnen, wenn er jetzt keine großen Fehler mehr macht. Sein nationalkonservatives Programm ist immer noch mehrheitsfähig, seine Familien- und Migrationspolitik sind populär. Der anhaltende wirtschaftliche Erfolg des Landes und auch der meisten Bürger spricht für ihn. Aber sein Beitrag zum ungarischen crony capitalism, die Tatsache, dass er die maßlose Bereicherung seiner Parteifreunde und Unterstützer nicht nur duldet, sondern auch fördert, erbost viele Ungarn. Gerade auf diese baut die Opposition, indem sie bewusst den Neid schürt. Dass Orbán jetzt Wahlgeschenke an Rentner, Familien, Junge und Alte verteilen lässt und die dadurch selbst verstärkte Inflation durch Preiskontrollen aufzuhalten versucht, wird ihm, sollte er die Wahl gewinnen,

selbst noch große Probleme bereiten. Und auch psychologisch ist das Geldverteilen kontraproduktiv: Den Bürgern ist durchaus bewusst, dass sie gekauft werden sollen, und der Eindruck wird erweckt, dass Fidesz und Orbán verwundbar seien, und nicht selbstbewusst in die Wahl gehen würden.

Der Artikel ist ursprünglich erschienen bei [Tichys Einblick](#)

Aus: *UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

07) Ungarischer Außenminister zur Ukraine-Krise: Keine NATO-Truppen auf unserem Territorium (UPDATE)

Von unserem Ungarn-Korrespondenten Elmar Forster

10. 02. 2022



Bild: IMAGO / Ukrinform

UPDATE

Auch die **britische Armee** hat die ersten von 350 geplanten **Soldaten nach Polen** verlegt. Sie sind heute in Warschau gelandet. Die **US-Armee** überführt gerade in einem **Konvoi gepanzerte Militärfahrzeuge** von Arad (nahe der ungarischen Grenze) auf den **rumänischen** Armeestützpunkt in **Constanta am Schwarzen Meer**. Zusätzlich sollen die derzeit 900 **US-Soldaten** in Rumänien um **weitere 1000** aufgestockt werden. ([msn](#))

Auf die Frage nach der Stationierung von NATO-Truppen in Ungarn stellte der ungarische Außenminister Peter Szijjártó unmissverständlich fest: „Nein, damit waren wir nicht einverstanden, und es wird auch nicht anders sein. Schließlich gibt es bereits NATO-Truppen auf dem Territorium des Landes.“ ([msn](#)) Dies ist ein mutiges Zeichen zur Deeskalation des Ukraine Konflikts und gegen eine fatale

Aufrüstungsspirale, die von der US-Regierung mit anderen EU-Staaten (u.a. Polen, Slowakei, Rumänien, Bulgarien) realisiert werden soll: Der NATO-Oberbefehlshaber für Europa, Todd Wolters, möchte nämlich sog. Battlegroups mit bis zu 1500 Soldaten jeweils in diesen Ländern stationieren. ([faz](#))

Unmissverständliche Botschaft an die NATO

Auf die Frage, ob Ungarn seinen eigenen Verbündeten näher stehe als Russland, gab Szijjártó eine diplomatische aber eindeutige Antwort: „Kommen Sie ! Natürlich, ja ! Wir sind Mitglieder der NATO und der EU. Aber unser Militär ist in guter Verfassung, um die Sicherheit unseres Landes zu gewährleisten.“

Politische Spannungen in der Slowakei

Nicht nur wurde die slowakische Präsidentin Zuzana Čaputová von Oppositionspolitikern als „amerikanische Agentin“ bezeichnet, die gegen die Interessen ihres Volkes Krieg mit Russland wolle. Am Dienstag, 9.2.2022, demonstrierten vor dem Parlament in Bratislava mehr als 3000 Menschen mit „Stop [USA](#) Army“-Transparenten. Und zwar gegen die US-Übernahme von zwei Militärflughäfen im Land. Gleichzeitig wurden US-Truppen in die Ost-Slowakei verlegt.

Orban klar für friedliche Lösung

Somit ist die Strategie des ungarischen Ministerpräsidenten Orban – als diplomatisches Bindeglied zwischen Ost und West unverzichtbar: „Was die Frage betrifft, ob Russland einen Krieg in der Ukraine beginnen möchte, sind wir zuversichtlich, dass die Antwort noch lange ‚Nein‘ lauten wird.“ (Szijjártó, in [msn](#)) Gleichzeitig betonte der ungarische Außenminister, dass Orban während seines kürzlich erfolgten Moskaubesuches diesbezügliche Zusicherungen durch den russischen Präsidenten Putin erhalten habe. ([index](#))

Für Osteuropa überlebenswichtige Position

Szijjártó gemahnte außerdem daran: Dass „es in Ländern, die Tausende von Kilometern von der Ukraine entfernt sind, leicht ist, über das Worst-Case-Szenario zu sprechen.“ (msn) Szijjártó: „Aber in unserer Region geht es um unser Leben. Daher muss mehr in die Diplomatie investiert werden. Für uns kleinere mitteleuropäische Länder wäre es sehr gefährlich, wenn es zu gewalttätigen Ereignissen käme.“ (msn)

Fake-News: US-Nachrichtenagentur Bloomberg berichtete bereits von russischer Invasion

Auf diesen Bloomberg-Livebericht wies der ungarische dezidiert hin... ([index](#)) – Die Reaktion von Bloomberg auf die dann erfolgte Löschung des TV-Beitrags: Dieser wäre im Voraus für den Fall vorbereitet worden, dass Russland in die Ukraine einmarschierte.“ ([index](#)) – Liegen also Pläne zur Provokation Russlands in Hinblick auf eine Invasion längst druckfrisch in den Mainstream Medien vor ?

Gegen erneute antirussische Sanktionen

Szijjártó erwähnte überdies die Unwirksamkeit solcher Sanktionen anhand der Tatsache: Dass etwa das deutsch-russische und französisch-russische Handelsvolumen

seit der Ersteinführung der Sanktionen zugenommen habe. Er forderte deshalb auch eine Überprüfung der Sanktionen aufgrund der Ukraine-krise.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Verleumdungs-Kampagnen westlicher Medien gegen Orban – Gibt es eine Verschwörung gegen Ungarn?

10. 02. 2022



dav

Seit mehr als zehn Jahren laufen teils hasserfüllte Medienkampagnen.
Wer sind die Akteure? Mit welchen Methoden arbeiten sie?

Eine Analyse von unserem Ungarn-Korrespondenten Elmar Forster

Casus belli: Orban gewinnt die Wahl 2010

Nur vier Monate nach Regierungsantritt von Ministerpräsident Orban (am 29.5.2010) spielte der österreichisch-ungarische Standard-Journalist Paul Lendvai mit einem zweideutigen Artikel („[Orbán über alles](#)“, 8.10.2010) auf den nationalsozialistischen Missbrauch des „Deutschlandliedes (1841) an.

Lendvai sprach von Ungarns „*unaufhaltsamen Gang in Richtung einer autoritären Ordnung, die die 1989–1990 eingebauten und verfassungsmäßigen Grenzen der Macht aus dem Weg räumt.*“ Dieselbe Zeitung hatte bereits unter „[Guter Grieche, böser Ungar](#)“ (24.7.2010) der Wirtschaftspolitik Orbans einen Misserfolg prophezeit – Und sollte schließlich damit voll daneben liegen.

Das österreichische „Weekend“-Magazin titelte 2016 (anlässlich eines Fußballspieles) sogar eine Art Endzeitkampf herbei: „[Gut gegen Böse](#)“. Dabei waren die Köpfe des österreichischen Bundeskanzlers Kern und des ungarischen Premiers Orbán montiert. Während der Flüchtlingskrise 2015 wurden gezielt [fake-news](#) verbreitet: Etwa das [Lügenbild von Bicske](#). (Der US-Sender fox-news hat dieses [decouvriert](#)).

<https://www.youtube.com/watch?v=vWiolHd0VCA&t=6s>





Die Methode: International orchestrierte Dämonisierung

Die Desinformation zum Corona-Notstandsgesetz (2020) wurde durch die ungarische Opposition angestoßen mit einem Putin-Vergleich: „Dies nennt man eine Diktatur.“ (Tímea Szabó, „Dialog“) Dann flankierte die ungarische EU-Abgeordnete Cseh Katalin:

„Die Unbegrenztheit des Ermächtigungsgesetzes (!) ist antidemokratisch.“ – Dann folgten die West-Medien: „Das Corona-Notstandspaket räumt die letzten Hindernisse zu absoluter Macht aus dem Weg.“ ([ARD](#))

Zuletzt legten internationale NGOs nach: „Unter dem Deckmantel des Coronavirus übernahm Orbán die absolute Macht.“ (K. Roth, Direktor von [Human-Rights-Watch](#)) (alle Zitate in [Magyar nemzet](#))

Faktum ist: HRW wird [von Soros unterstützt](#).

Die ganze Inszenierung war letztlich zwar ein Rohrkrepierer, weil „man Orbán damit (nur) einen Gefallen getan“ hatte (Ivo Mijnsen, NZZ – [Europastudio](#)) Denn am gemeinsam ausgerufenen „Hassobjekt Orbán“ manifestierte sich nichts anderes als „der gescheiterte Versuch, eine Diktatur zu erfinden.“ ([Philosophia perennis](#)) (Die österreichisch-ungarische Rechtsanwältin Dr. Eva-Maria Barki hat die unhaltbaren Anschuldigungen [widerlegt](#).)

Die Diskreditierungskampagnen wiederholen sich beliebig...: Wieder ist der [Standard](#) involviert: „**Studentenproteste in Budapest gegen ‚Kulturrevolution von rechts‘**“.(3.9.2020) – Oder: „Österreichische Autoren-Kollektive verleumdten Ungarn: Der ‚Goldmensch-Skandal‘“ (siehe meine Analyse auf [AUT](#))

US-Regime-Change in Ungarn ?

Die vorgeschobenen Vorwürfe reduzieren sich auf ein Orwell'sches Framing: Abbau von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. – Sind diese aber nur Teil einer „[Mega-Manipulation](#)“

im Rahmen sogenannter „Regime-Changes“, in Form einer asymmetrischen Kriegsführung gegen unbotmäßige, weil souveräne Nationalstaaten?

Auf das Jahr 1993 datiert eine US-Kampfschrift zum zivilen Widerstand („[From dictatorship to democracy](#)“, verfasst durch den Gründer der »*Albert Einstein Institution*«, A. Sharp, 1928 – 2018). Bereits im Februar 2000 wurden in Budapest serbische Oppositionelle (im Rahmen der 'Otpor'-Widerstand-Bewegung) zum Sturz des Autokraten Milosevic (am 5. Oktober 2003) ausgebildet.

Finanziert wurde alles durch die US-NGO ‚[Freedom House](#)‘(FH). Diese publiziert eine jährliche Demokratie-Watchlist, die v.a. die unbotmäßigen Nationalstaaten Ungarn und Polen diskreditiert: „*FH-Studie: Ungarn und Polen verlassen die Gruppe der Demokratien*“. ([Kurier](#))

Faktum ist: FH wird u.a. finanziert durch die Soros-Stiftung [Open Society](#) ([weitere](#) von Google, Facebook und dem Rüstungskonzern BAE).

Österreichischer „Der Standard“ betreibt ostrassistische Dämonisierung

Die zuletzt vom Standard-Journalisten Gregor Mayer (Wohnsitz Budapest) lancierte Anti-Ungarn-Kampagne bedient sich genau dieser üblichen Feindbilder.

„*Dutzende Student_innen der angesehenen (!) Budapester Theater-Universität haben sich im Gebäude verbarrikadiert (!)... Sie fordern die Wiederherstellung der Autonomie, die ihr die Regierung des Rechts(!)populisten (!)Orbán weggenommen (!) hat.*“ ([DerStandard](#))

Der Text ist voller ost-rassistischer Vorurteile und stilistischer Ressentiments über politische Rückständigkeit, sowie orientalisches Potentatentum:

„*Treibender Motor ist der Kuratoriumspräsident Vidnyánszky. Er häuft einflussreiche Ämter ... an. Er ist Orbáns oberster Theaterkommissar (!), entstammt der ungarischen Minderheit (!) in der Karpaten-Ukraine (!). Seinen autokratischen (!) Habitus prägte sein Studium im damals sowjetischen (!) Kiew... Sein Hass (!) richtete sich gegen die etablierte Szene.*“ (ebda)

Verschwiegen wird dabei immer eines: Dass natürlich auch westliche Kulturinstitutionen durch die Politik besetzt werden. So hatte die österreichische Kulturministerin Edtstadler (ÖVP) kurz vor Amtsübergabe an die (Grüne) Lunacek noch schnell drei Kuratoriumsvorsitzende neu besetzt. Dafür hätte es (laut Opposition) aber „*keine inhaltliche Begründung*“ gegeben. ([DiePresse](#)) – Ein offenes, wenn auch tabuisiertes Geheimnis ist in Österreich das föderalistische Parteibuch-Schul-System: Denn hier „*entscheidet das parteipolitische Kollegium des Landesschulrats über (die) einzelnen (Direktoren)Bewerber.*“ ([Profil](#))

Im Standard-Bericht wird das Mittel der Dämonisierung angewandt: Vidnyánszky wird ein „*mystisch(!)-nationalistisches (!) Weltbild*“ angehängt. Er soll von einer „*Obsession*“ (! eine psychopathologische Zwangsvorstellung !) getrieben sein, weil seiner Meinung nach, „*das ungarische Theater von einer links-linken Geistigkeit ‚verseucht‘ sei* (! Die Herkunft des Zitats wird nicht belegt !).

Das Mittel der Verunglimpfung verdeutlicht sich in einer Art Piraten- und Putsch-Jargon: Von der „*Kaperung (!) der Theater-Uni*“ ist da die Rede, oder

anderen „autokratischen (!) Maßnahmen, die auf die Eliminierung (!) kritischer Kultur abzielen.“ (ebda) Gebetsmühlenartig wiederholt werden unhaltbare Vorwürfe: Etwa dass „die Medien weitgehend zentralisiert und homogenisiert“ wären.

In Wirklichkeit sind solche Vorwürfe freilich Projektion der Verhältnisse im westlichen Mediensektor: „So investiert die (sozialistische) Gemeinde Wien Gelder zu Bestechung der Medien.“ ([Andreas Unterberger](#), Ex-Chefredakteur DiePresse und WienerZeitung) – Mittlerweile halten 45% der Befragten den Begriff „Lügenpresse“ für berechtigt. ([Profil](#)) Für Deutschland liegt eine Studie zur Willkommenskultur-Presse vor: „Die Medien machten sich zum Sprachrohr der politischen Elite und ignorierten die Sorgen der Bevölkerung.“ ([Cicero](#))

Es werden nationalistische Ressentiments bedient: „Viele der besten (!) Lehrkräfte kündigten, unter ihnen ... Viktor Bodó, der regelmäßig in Österreich (!) inszeniert.“ – Implementiert wird aber auch, dass die besten Kulturschaffenden immer nur links-liberal sein können.

Soros' österreichischer Flüchtlings-Lobbyist steigt in den Ring

Die **zweite Kampagne** bedient sich einer perfiden Meta-[\[1\]](#)ebene: Indem sie selbst eine ungarische Medien-Kampagne gegen einen „Soros-Lobbyisten“ unterstellt; wieder mittels patriotischer Stimmungsmache: „[Ungarns Kampagne gegen Österreicher](#)“ (ORF, 11.9.2020)

Die Methode: Jeder Kritik an der Migrationsagenda wird Regierungsnähe und Einschränkung der Meinungsfreiheit vorgeworfen

„Die regierungsnah ungarische Zeitung [Magyar Nemzet](#) begann den international renommierten (!) Experten und Leiter der Europäischen Stabilitätsinitiative (ESI) als ‚Lobbyisten‘ des ungarischstämmigen US-Milliardärs George Soros (zu) ‚enttarnen‘“.

Faktum ist: Die ESI wird [finanziert](#) durch die [Open-Society-Foundations](#) (OSF) von Soros. Diese betreibt [Lobbying gegen Ungarn](#) und [für](#) die [Flüchtlingsagenda](#).

Obwohl Knaus aber gerade diese ungarische „Medienkampagne als ‚sehr einschüchternd‘“ (ORF) bezeichnet, lebt der profilierteste Orban-kritiker (der Profil-, Standard- und dpa-Journalist), G. Mayer, immer noch in seiner [Wahlheimat Budapest](#). – Hier hatte sich etwa der linksliberale Schriftsteller György Konrád (im Januar 2018) zu einer Art Morddrohung hinreißen lassen – gegen einen demokratisch gewählten Ministerpräsidenten: „Orban sollte freiwillig irgendwohin verschwinden, möchte er nicht enden wie Ceausescu.“ ([hvg](#))

Der gegen Orban erhobene Vorwurf der Undankbarkeit („Soros und seine OSF – von der Orban einst als junger Oppositionspolitiker selbst Geld erhielt.“ – ORF) mahnt subtil eine Art Paten-Schweigegelübde ein.

Faktum ist: Soros' OSF [unterstützt](#) das „Netzwerk investigativer Journalisten“. Jegliche nicht-linke Soros-skeptische Recherche wird aber immer als Hetze denunziert: Dass etwa „Knaus und sein Thinktank ESI ... eine neue Kommunikationsoffensive gegen Ungarn“ planen. – Dabei war es aber gerade Knaus selbst, der (in einem Twitter-Gespräch mit dem [umstrittenen ORF-Journalisten Wolf](#)) selbstgenüßlich diese

Kampagne [ankündigte](#) (mit drohendem Verweis auf sein neues Flüchtlings-Agenda-Buch („Welche Grenzen brauchen wir?“): *“Some in Hungary are unhappy about our work? Why? Hm...”*

Auch der Futterneid-Reflex wird aktiviert:

„Dem von der Pandemie relativ wenig betroffenen Ungarn wurde 5,6 Mrd. Euro zugesprochen. ... Italien erhielt nur 2,3 Mrd.“ (ORF) – „Es war aber jedenfalls ein perfekter Deal für Orban.“ (ESI in ORF)

US-Doktrin „Operations other than war“

Faktum ist die Existenz einer US-Doktrin („*Training and Doctrine Command-Pamphlet 525–5*“ – 1994). Die Methode: Gezielte Destabilisierung von Staaten, zum Zwecke US-affiner „*Regime Changes*“. Das Instrument: „*Operations other than War*“, u.a. durch sog. „*Demokratie-Förderung*“ („*National Endowment for Democracy*“). Daraus entstand das Drehbuch für alle „*Farbenrevolutionen*“, für den „*Arabischen Frühling*“. – Am Beispiel des ukrainischen [Euro-Maidan](#) (November 2013 – Februar 2014) werden die beschriebene Eskalationsstufen deutlich: Aufruhr (Maidan), Krise (Slawjansk) und Konflikt (Krim). (Mega-Manipulation, s.o.)

All diese Begriffsbezeichnungen wären somit eine Orwell'sche Um-konditionierung von Sprache und Wirklichkeit ins Gegenteil: *„Krieg ist Frieden. Freiheit ist Sklaverei. Unwissenheit ist Stärke.“* Hier: Krieg ist Demokratie.

US-Sonderbeauftragter Goodfriend von Syrien nach Budapest

Die außenpolitische Karriere des US-Gesandten A. Goodfriend wirkt frappierend. Der studierte Kommunikationsspezialist (u.a. für sog. „[Konfliktverhütungsstrategien](#)“) war während des „Arabischen Frühlings“ (ab Dezember 2010) Generalkonsul an der US-Botschaft in Syrien, [Damaskus](#) (von August 2009 bis Februar 2012) – 2011 sprang die „Arabellion“ auf Syrien über...

Danach war er Gesandter an der ungarischen US-Botschaft in Budapest (August 2013 – Februar 2015). Im Sommer 2013 [beendete](#) Ungarn die Beziehungen zum Internationalen Währungsfonds (IWF). Im Oktober 2014 verhängte die Obama-Regierung (Proklamation 7750) ein Einreiseverbot [gegen ungarische Regierungsbeamte](#). Gründe dafür wurden nicht genannt. Die Informationen sollen über „eine Nachrichtenagentur und ungarische Presseinformationen“ [geleakt](#) worden sein. Im Fadenkreuz des Komplotts: Die Präsidentin der [ungarischen Steuer- und Zollbehörde](#), [Ildikó Vida](#). Dann beschuldigte der deutschsprachige [PesterLloyd](#) (ohne konkrete Beweise) mehrere regierungsnahen Personen (u.a. den Fidesz-Abgeordneten [J. Lázár](#), Orbans damaliger Kabinettsleiter). Die US-Botschaft erhob in einem Facebook-[Video](#) schwerste Vorwürfe gegen „*autoritäre (!) Führer, die aus den Taschen des Staates stehlen (!) ... Dies alles sind Beispiele für ... das organisierte Verbrechen.*“ (12.12.2014) – Im Februar 2015 wurde Goodfriend aus „*familiären Gründen*“ in die USA [abgezogen](#).

Ein böser Verdacht machte die Runde: Untersuchungen der ungarischen Steuerbehörde gegenüber US-Unternehmen sollten vereitelt werden.

Tschechische Nečas-Regierung wird zu Fall gebracht – Balkanstaaten im Fadenkreuz

Mit ähnlichen [Korruptionsvorwürfen](#) wurde auch die **tschechische Nečas-Regierung** (13. Juli 2010 – 17. Juni 2013) gestürzt. Auch gegen den ehemaligen tschechischen **Ministerpräsidenten Babis** mobilisierten Massendemonstrationen „Es handelt sich um die *größte Demonstration seit der ‚Samtenen Revolution‘ von 1989.*“ ([Prager Zeitung](#)) – Bei den Wahlen 2021 unterlag Babis gegen eine Blockopposition knapp. Eine ähnliche links-rechtsradikale ungarische Blockopposition möchte die Orbanregierung am 3.4. 2022 aus dem Amt putschen. (hier ein [Bericht](#) dazu)

Dasselbe Szenario spielte sich im August 2020 gegen die **bulgarische Regierung** ab, welche „*die Demonstranten als „mafios-oligarchischen Ring sehen.*“ ([DW](#)) Ebenso im Juli 2020 gegen die **serbische Regierung**: „*Kritiker sehen darin den Beginn eines Aufstands gegen die Herrschaft von Präsident Vučić.*“ ([DW](#))

Wird damit die Doktrin des englischen Geostrategen Mackinder (1904) weitergeführt? Nämlich die „*Beherrschung der Weltinsel Eurasien*“ durch eine angelsächsische Macht. (siehe auch: Mega-Manipulation). Die Neuordnung des Balkans ist noch längst nicht fixiert

Korrumpierte sozialistische Regierungen mit Wohlwollen goutiert

Was auffallend ist: Zivile Proteste werden von westlichen Medien nur dann wohlwollend kommentiert, wenn sie sich gegen [konservativ-nationale](#) Regierungen richten: Während Massenproteste gegen die „*korrumpierte*“ rumänische Sozialisten-Regierung (Sommer 2019) vermied der [ORF](#)-Osteuropa-Korrespondent E. Gelegs tagelang die Nennung des Begriffs „sozialistische Regierung“.

Als es 2006 im Anschluss an die [Lügen- und Vulgärrede](#) des damaligen sozialistischen Ministerpräsidenten Gyurcsany („*Wir haben morgens und abends gelogen... Und in der Zwischenzeit haben wir vier Jahre lang sowieso nichts gemacht. Nichts.*“) zu den gewalttätigsten [Ausschreitungen der Polizei](#) gegen friedliche Demonstranten seit 1956 kam, schwieg die westliche Presse mundtot...

„*Die Wahrheit ist in dieser Zeit so verdunkelt, und die Lüge so allgemein, dass man die Wahrheit nicht erkennen kann, wenn man sie nicht liebt.*“ (Pascal)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

09) Ungarischer Außenminister: Linke West-Eliten hassen uns, wegen erfolgreicher konservativer, nationaler, christlicher Politik

Von unserem Ungarn-Korrespondenten Elmar Forster

07. 02. 2022



dav

Auf die Frage des US-amerikanischen Journalisten Tucker Carlson, warum die westlich-liberale Welt vor einem kleinen Land wie Ungarn, mit seinen 10 Millionen Einwohnern, aber einer strikten Flüchtlings-Abschottungspolitik mehr Angst als vor China hat, antworte der ungarische Außenminister Szijjártó Péter: „Weil wir eine christliche, patriotische Politik betreiben. Unser Ziel ist es, das nationale Interesse zu erfüllen. Wir sind konservativ. Und wir sind erfolgreich. Unsere Existenz ist also eine Gefahr für sie.“ (Hier link des [Interviews mit deutscher Übersetzung](#))

„Eine Lüge so lange wiederholen, bis die Menschen diese glauben.“ (Goebbels)

Dabei schrecken die linken Westeliten und Mainstreammedien auch nicht vor offener geobbel'scher Diffamierung zurück... Abschreckendstes Beispiel dafür war das sogenannte Lügenbild von Bicske: Ein – wenn nicht von den Westmedien sogar bewusst inszeniertes – so doch ins absolute Gegenteil verkehrte Lügenbild einer Flüchtlingsfamilie am Bahnhof der westungarischen Stadt Bicske...

Dabei war es doch der arabische Flüchtlingsvater selbst gewesen, der seine Ehefrau mit ihrem Baby mutwillig auf die Gleise stieß. Die zwei anwesenden ungarischen Polizisten versuchten dann den, auf die beiden Einschlagenden von den beiden zu trennen... Und zwar, um diese vor ihm zu schützen... – In diesem Augenblick schoss die westlichen Medienmeute das Lügenbild, das suggerierte...: Dass die beiden Polizisten Mutter und Kind von ihrem Vater getrennt hätten...

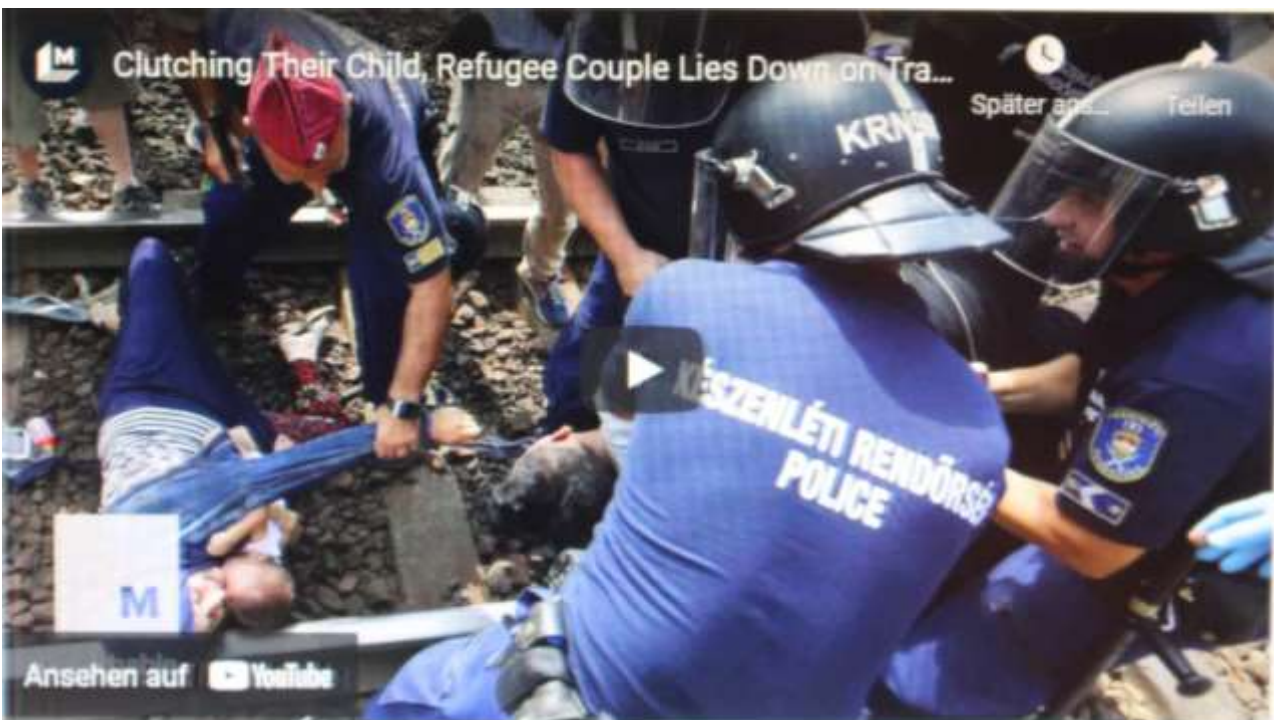
Und die politische Linke, allen voran die österreichische EX-Grünen-Vorsitzende Glawischnig, hat diese Lügen schamlos weiter verbreitet.

<https://www.youtube.com/watch?v=vWiolHd0VCA>



Hier das gesamte Video:

<https://www.youtube.com/watch?v=5zahZNDdpZ4>



Hier eine ausführliche Analyse von mir: [„Fake-News und Flüchtlings-Krise – Wie die Lügenpresse gegen Ungarn mobil machte – und scheiterte.“](#)

Anti-Soros-Politik

Doch hat der Hass gegen Ungarn und Polen auch noch tiefere Wurzeln: Beide Länder widersetzen sich dem sog. [Soros-Flüchtlingsplan](#), der vorsah, jährlich bis zu 1,5 Mio Flüchtlinge in der EU anzusiedeln. Kritiker werfen Soros dabei vor, die europäischen Nationalstaaten zerstören zu wollen, um so eine One-World zu errichten.

Gegen neo-orwell'schen „Toleranz“-Totalitarismus

Insofern aber haben die Brüsseler Links-Eliten den mittel(ost)europäischen Ländern eine Art postmodernen kalten Ideologiekrieg erklärt... Denn sie wissen: Orbán muss als wichtigster Dominostein fallen... Dann würden auch die anderen Visegrad-4-Staaten ins liberal-nihilistische politische Nichts wegbrechen... Somit aber gilt es zu vertuschen:

Orbán hat recht behalten

Der psychologische Grund dahinter: Die Hass-Fake-News-Prediger haben erkannt, dass Viktor Orbán recht behalten hat: „Wir wissen von de Gaulle, dass die Hoffnungslosigkeit Hass gebiert. Jedem der Sätze der oppositionellen Parteien entströmt Hass. Es wird keinen Mangel an Niederträchtigkeit, persönlichen Angriffen und an Heuchelei geben.“ (Orbán: [„Rede zur Lage der ungarischen Nation“](#), 18.2.2018)

1.) In der Flüchtlings-Krise

„Der Westen fällt, während Europa nicht einmal bemerkt, dass es besetzt wird.. Anscheinend haben sich die Entwicklungsrichtungen (von) West- und Mitteleuropa getrennt... In Westeuropa sind die alten, großen europäischen Nationen zu Einwanderungsländern geworden.“ (Orbán: „Rede zur Lage der Nation“, s.o., 18.2.2018)

2.) Im Beharren auf den Nationalstaat

„Wir wollen starke Nationalstaaten, und wir wollen starke Führer an der Spitze Europas sehen. Wir haben die Migranteninvasion an den Südgrenzen Ungarns aufgehalten... Und wir werden den Niedergang Europas aufhalten.“ (Orbán: „Rede zum Nationalfeiertag“, 15.3.2019 – [„Die Welt“](#))

3.) In der Kritik am internationalen Finanzsystem, am Globalismus

„Der IWF ist eine Krähe, die keiner anderen ein Auge aushackt.“ ([Orbán](#))
„Wenn in Ungarn etwas geschieht, das die Interessen der Großmächte, der großen Firmen oder großer Menschen verletzt, dann springt das Europäische Parlament als erster und greift Ungarn an.“ ([Orbán](#), 7.12.2017)

„Die Herren der globalistischen Politik verkündeten: Wenn in irgendeinem Land nicht die Liberalen die Wahlen gewinnen, dann gibt es dort keine Demokratie mehr. Sie verkünden, dass das Volk eine Gefahr für die Demokratie darstellt.“ (Orbán: „Rede zur Lage der Nation“, ebda)

4.) In der Kritik am undemokratischen, nihilistischen Zustand der West-EU-Eliten

„Die Nihilisten (Juncker, Verhofstadt, Schulz) sind in der Gesellschaft in der Minderheit, aber die europäische Elite haben sie schon lange okkupiert.“ (Orbán, „[Orban bezeichnet Juncker und Schulz als «Nihilisten» | NZZ](#)“ 2016) –

„Aus Brüssel wurden nur Kolonien verwaltet, aber wir waren weder Kolonie noch waren wir Kolonisatoren. Wir haben niemandem die Heimat weggenommen, aber wir werden unsere auch nicht verschenken.“ (Orbán-Rede, 23.10.2018)

„Diejenigen beschuldigen Ungarn, die die westliche Demokratie geerbt haben, die keine persönlichen Opfer eingehen mussten für die Freiheit. Und jetzt wollen Sie die antikommunistischen Freiheitskämpfer des demokratischen Widerstandes verurteilen.“ (Orbán)

5.) In der Ablehnung des Multikulturalismus und in Bezug auf das christliche Europa:

„Ich stelle nicht das Recht der anderen in Frage, sich ihres Multikulturalismus zu erfreuen. Aber Ungarn folgt ihnen (Westeuropa) da nicht. Unsere Verfassung beschreibt das Christentum als eine Kraft, die die Nation stärkt.“ (Orbán, Interview „[Süddeutsche](#)“, 2019)

6.) In der Ablehnung der Political-Correctness, jener Orwellschen Meinungsdictatur im Westen

„Wer das Denksystem der politischen Korrektheit in Frage stellt, kann ihnen zufolge kein Demokrat sein. Aber so wird die Gedanken- und Meinungsfreiheit verletzt. Ich dagegen, als Illiberaler, verteidige die Freiheit des Wortes. Ich weiß, dass das in den westlichen Hauptstädten merkwürdig klingt. Aber hier im Herzen Mitteleuropas denken alle so.“ (Orbán-Interview, s.o.)

7.) Mit seinem wertkonservativen Weltbild

„Ich glaube an die einfachen Dinge. An die Arbeit, an die Familie und an die Heimat. Ich glaube daran, dass wir Ungarn dann eine Zukunft besitzen, wenn wir Ungarn bleiben. Wir pflegen unsere Sprache, verteidigen unsere ungarische und christliche Kultur, bewahren die Unabhängigkeit und die Freiheit Ungarns.“ (Orbán: „[Rede zur Lage der ungarischen Nation](#)“, 10.2.2017)

„Niemand will ‚Genderologen‘ anstellen, infolgedessen braucht man auch keine auszubilden.“ (stellvertretender ungarischer Ministerpräsident Zsolt Semyen im [ORF](#))
Am Ende wird sich zeigen: „Vor 27 Jahren glaubten wir, dass Europa unsere Zukunft ist. Im Augenblick sind wir es, die Europas Zukunft sind.“ (Orbán)

„Freiheit , Liebe“

Der größte ungarische Nationaldichter, Sandor Petöfi, fasste zwei antagonistische Wesensmerkmale der ungarischen Mentalität in knappe Worte: „Freiheit, Liebe! Beide brauche ich. Für meine Liebe opfere ich mein Leben, für die Freiheit opfere ich meine Liebe.“ – Doch verbirgt sich dahinter noch etwas Größeres: „Herr, segne den Ungarn... Beschütze ihn mit deiner Hand, wenn er gegen seinen Feind kämpft. Jene, die das Schicksal nicht verschont: Schenke ihnen eine bessere Zeit. Denn dies Volk hat schon genug gebüßt für Vergangenes und Kommendes.“ (ungarischer Nationalhymnus)

<https://www.youtube.com/watch?v=1de8yb2cgkk>



„Das Geheimnis des Glücks ist die Freiheit, und das Geheimnis der Freiheit ist der Mut.“(Perikles)

Diese ungarische Schicksalsergebenheit in Gottvertrauen erinnert an eine Aussage des antiken Perikles (500–429 v. Chr.) – nicht umsonst sind beide Mentalitäten miteinander verwandt: Ungarn wie Griechenland waren immer ein christlicher Vorposten Europas – und gerade deshalb immer in ihrer Eigenstaatlichkeit bedroht.

„Unsere Vorfahren haben sehr richtig gesagt: ‚Ein feiges Volk besitzt keine Heimat‘... Doch am Ende haben immer wir gesiegt. Wir haben den Sultan mit seinen Janitscharen nach Hause geschickt, den habsburgischen Kaiser mit seinen Soldaten, die Sowjets mit ihren Genossen, und jetzt schicken wir auch Onkel Gyuri (Soros) zusammen mit seinem Netzwerk nach Hause.“ (Orbán: „Rede zur Lage der Nation“)

Wohlstand ist nicht Freiheit

Ein anderer Grund für den Hass gegen Länder wie Ungarn oder Polen ist eine tiefgreifende Ideologie-Diskrepanz: Denn für die wohlstandverwöhnten Westler ist nicht Freiheit das oberste Gut – sondern materielle Ab-Gesichertheit und unendliche Wahlmöglichkeit innerhalb des Unglücks eines Nanny-Vollversorgungsstaates...

„Das Leben ist der höchsten Güter nicht.“ (Schiller)

Aus der tiefen Unterbewusstheit einer moralischen Unterlegenheit der feigen West-Eliten entsteht so...: Hass. Hass gegen Nationen, die sich das höchste Gut erhalten haben: Freiheit.

„Was würdet ihr tun ohne Freiheit?“

„Ich sehe hier eine ganze Armee von Landsleuten vor mir, die sich der feigen Tyrannei widersetzt. Ihr kommt um als freie Männer zu kämpfen. Und freie Männer seid ihr alle. Was würdet ihr tun ohne Freiheit?... Kämpft, und ihr sterbt vielleicht. Flieht, und ihr lebt. Wenigstens eine Weile. Und wenn ihr dann in vielen Jahren sterbend in euren Betten liegt, wär't ihr dann nicht bereit, jede Stunde, einzutauschen von heute bis auf jenen Tag... Um einmal nur hier stehen zu dürfen und unseren Feinden zurufe: „Ja! Sie mögen uns unser Leben nehmen. Aber niemals nehmen sie uns unsere Freiheit.“ (William Wallace im Film „Braveheart“)

[Braveheart – Rede – YouTube](#)

<https://www.youtube.com/watch?v=nfoW244cFZM>



Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

S l o w e n i e n (Seiten A 139 bis A 141)

10) Auch in Slowenien mischt das Verfassungsgericht auf Seiten der Linken mit

12. 02. 2022



SLOWENIEN| Das Verfassungsgericht unter dem Vorsitz des Präsidenten des Verfassungsgerichts, Matteo Accetto, beschloss, dem Antrag der Gewerkschaften stattzugeben und die Erhöhung der Gehälter der Ärzte auszusetzen, bis das Verfassungsgericht die Vereinbarkeit von Artikel 48 des KKP10 mit der Verfassung der Republik Slowenien abschließend geprüft hat. Neben Marko Šorli stimmte auch Klemen Jaklič gegen die Aussetzung und gab eine abweichende Stellungnahme ab, in der er seine ablehnende Haltung begründete. Seiner Ansicht nach sollte das Verfassungsgericht nicht in den Bereich der Bewertung unterschiedlicher politischer Visionen einbezogen werden, und die Entscheidung verstoße gegen die Grundsätze eines demokratischen Staates. Premierminister Janez Janša reagierte ebenfalls auf die Entscheidung und schrieb, das Verfassungsgericht habe verhindert, dass junge Ärzte befördert und besser bezahlt werden.

Nachdem die Vorsitzenden von fünf Gewerkschaftsdachverbänden (Lidija Jerkič, Branimir Štrukelj, Jakob Počivavšek, Evelin Vesenjāk und Peter Majcen) beim Verfassungsgericht einen Antrag auf Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit eines Artikels des Interventionsgesetzes gestellt hatten, mit dem die maximale Gehaltsstufe, die Ärzte und Zahnärzte im Gehaltssystem des öffentlichen Sektors erreichen können, erhöht wird. Offenbar ist man der Ansicht, dass die Aussetzung einer vorübergehenden Gehaltserhöhung für Ärzte weniger schadet als eine qualitativ bessere Versorgung der Bevölkerung durch bessere Ärzte.

Das Verfassungsgericht wird zum Richter über politische Visionen

Neben Richter Marko Šorli stimmte auch Richter Klemen Jaklič gegen die Entscheidung, die einjährige Erhöhung der Ärztegehälter vorübergehend auszusetzen, da er die Einmischung der Justiz in die Sozial- und Gesundheitspolitik für unvereinbar mit der demokratischen Verfassungsordnung hält und es empörend findet, dass Richter mit ihren eigenen Vorstellungen von Sozial- und Gesundheitspolitik auf Kosten der Gewährleistung des Rechts der Menschen auf Schutz ihres Lebens und ihrer Gesundheit in die politische Arena treten. „Solange die Mindestschwelle der sozialen und gesundheitlichen Rechte nicht überschritten wird, darf die Verfassungsgerichtsbarkeit nicht in das Feld der Beurteilung unterschiedlicher politischer Visionen eintreten.“ Jaklič erläuterte in seiner abweichenden Meinung, dass genau dies heute geschehen sei, als die Mehrheit des Verfassungsgerichts beschlossen habe, die Entscheidung der Regierung und des Gesetzgebers, die Gehälter der Ärzte zu erhöhen, auszusetzen.

Die Folgen des Verlusts von Menschenleben sind zweifelsohne schlimmer als alle anderen

Jaklič ist der Ansicht, dass es keinen vernünftigen Zusammenhang zwischen der Anhebung der Gehälter von Ärzten (die auch die bestmöglichen Mitarbeiter für den öffentlichen Gesundheitssektor gewinnen und deren Abwanderung in den gut bezahlten Privatsektor verhindern soll) und der Erhöhung des Niveaus der Gesundheit und der sozialen Sicherheit gibt. Er fügt hinzu: „Wo immer ich in der entwickelten Welt gewesen bin, habe ich immer genau diese Erklärung für die deutlich höheren Gehälter von Ärzten dort (im slowenischen Kontext) im Vergleich zu vielen anderen Berufen gehört.“ Jaklič ist außerdem der Ansicht, dass es in dieser Zeit der Gesundheitskrise und der Unterversorgung des Gesundheitssystems am wichtigsten ist, die besten Fachkräfte und damit die höchste Qualität der Versorgung zu gewährleisten, und dass die Vorenthaltung der befristeten Erhöhung der Ärztegehälter indirekt eine schwerwiegendere irreversible Folge bedeutet, als es die anderen angeblich schädlichen Folgen, die für den Fall der Nichtvorenthaltung der Verordnung angeführt werden, gewesen wären, wenn sie nicht vorenthalten worden wäre.

Das Verfassungsgericht politisiert erneut

Premierminister Janez Janša reagierte ebenfalls auf die Entscheidung des Verfassungsgerichts und schrieb in den sozialen Medien: „Das #PKP10 hat es zumindest vorübergehend ermöglicht, die fähigsten Fachärzte über die 57. Dadurch können auch die ebenfalls unterbezahlten @YoungDoctors aufsteigen. Aber @ConstitutionalSodisce politisiert schon wieder.“

Das Verfassungsgericht greift außerhalb der Grenzen der demokratischen Prinzipien ein

In seiner abweichenden Meinung argumentiert Klemen Jaklič auch, dass er davon überzeugt ist, dass der Verlust von Leben und Gesundheit (eine nachteilige Folge im Falle der Verweigerung einer Verordnung, die sich später als verfassungsgemäß erweist) nicht mit den angeblichen nachteiligen vermögensrechtlichen Folgen verglichen werden kann, wenn sich die Verordnung als verfassungswidrig erweist. Außerdem würde das Volk im Falle eines Nichtverbleibs in einem Referendum darüber entscheiden, was seiner Meinung nach verfassungswidrig ist und in dieser Situation nicht notwendig sein sollte. Angesichts der Begründungen des Verfassungsgerichts, bei denen es sich größtenteils um hypothetische

Szenarien handelt, die keine potenziellen Schäden für Gesundheit und Leben vorsehen, und angesichts der Tatsache, dass die Mehrheit, die für die Aussetzung gestimmt hat, ihre Entscheidung nicht begründet, ist Jaklič der Ansicht, dass es sich hierbei um eine Einmischung des Verfassungsgerichts in die politische Arena der Sozial- und Gesundheitspolitik handelt, die darauf hindeutet, dass unterschiedliche politische Visionen beurteilt werden, und somit um einen Verstoß gegen den Grundsatz eines demokratischen Staates.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [DEMOKRACIJA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

01) Feindbild Deutschland. Historiker deuten den Geschichtsstrategen Putin.
Von Joseph Crottoru. FAZ Nr. 33 vom 11.02.2022, Seite N 3

Feindbild Deutschland

Historiker deuten den Geschichtsstrategen Putin

Die heutige Ukraine sei „ganz und gar und durch und durch ein Geschöpf der Sowjetära“, ist in dem Aufsatz „Über die historische Einheit der Russen und der Ukrainer“ zu lesen, der im vergangenen Juni auf der Website des russischen Präsidenten Wladimir Putin in russischer und ukrainischer Sprache veröffentlicht wurde (FAZ, vom 14. Juli 2021). Putin als vermeintlicher Autor beschuldigt die Bolschewiki, durch ihre „üppigen territorialen Geschenke“ sei Russland „faktisch ausgeraubt“ worden. Der damit in den Raum gestellten Frage, wie man sich eine Wiederherstellung der angeblichen historischen Einheit vorstellen könnte, haben die jüngsten Truppenaufmärsche an den Grenzen zur Ukraine beunruhigende Brisanz verliehen. Den putinschen Traktat haben die Herausgeber der Zeitschrift „Osteuropa“ (Heft 7/2021, Berliner Wissenschafts-Verlag) mittlerweile nicht nur vollständig ins Deutsche übersetzt, sondern auch von den Russland- und Ukraine-Experten Andreas Kappeler und Jan C. Behrends kommentieren lassen.

In den Kommentaren der beiden Historiker aus Wien und Potsdam geht ein wenig unter, wie sehr das Pamphlet, das sich offensichtlich vor allem an die Ukrainer richtet, diese umgarnt. „Wir wissen“, heißt es etwa darin, „wie fleißig und talentiert das Volk der Ukraine ist. Es vermag beharrlich und ausdauernd Erfolge und hervorragende Ergebnisse zu erzielen. Diese Eigenschaften, gepaart mit Offenheit, natürlichem Optimismus und Gastfreundschaft sind nicht verschwunden.“ Dieses Wohlwollen scheint allerdings eher denjenigen zu gelten, die „zu Russland nicht nur ein gutes Verhältnis haben, sondern ihm mit großer Liebe begegnen“. In populistischer Manier wird im selben Atemzug das am insinuierten wirtschaftlichen Untergang der Ukraine nach 1991 unschuldige Volk als Opfer einer korrupten Elite gezeichnet, die Putin bezichtigt, die Ukrainer – sozusagen in zeitversetzter Kollaboration mit den Bolschewiki – dem „großen russischen, dem dreieinigen Volk der Großrussen, Kleinsrussen und Belorussen“ entreißen zu wollen.

Die Behauptung von der angeblich zersprengten Dreieinigkeit ist für Kappeler eine „Halbwahrheit“. Tatsächlich habe die Sowjetregierung im Gegensatz zu den Zaren die Existenz einer ukrainischen Nation nicht nur anerkannt und ihr eine eigene Sowjetrepublik zugeordnet. Sie habe in den Zwanzigerjahren auch die ukrainische Sprache und Kultur gefördert. Putins Geschichtsklitterung

setzt Kappeler zufolge noch früher ein. Er unterschlägt, dass die „ukrainische Nationsbildung schon in der Frühen Neuzeit ihren Anfang nahm, in der Nationalbewegung fortgesetzt wurde und sich in den Revolutionen zu Beginn des 20. Jahrhunderts intensivierte, was in der Ausrufung der unabhängigen Ukrainischen Volksrepublik Ende 1917 und der Westukrainischen Volksrepublik ein Jahr später gipfelte“.

Die turbulenten Ereignisse am Ende des Ersten Weltkriegs und unmittelbar danach übergeht Putin jedoch keineswegs. Im Gegenteil, er beschreibt, wie der ukrainische Nationalrat mit den Mittelmächten ein separates Abkommen schloss und daraufhin den Schutz deutscher Truppen genoss. Doch er tut dies nur, um daran zu erinnern, dass die Deutschen den Nationalrat im April 1918 zugunsten einer eigenen Marionettenregierung absetzten – was für den Kreml-Chef eine Lehre abwirft: „Jenen, die heute die Ukraine vollständig externer Verwaltung überlassen haben, stünde es gut zu Gesicht, sich daran zu erinnern, dass eine ähnliche Entscheidung damals, im Jahr 1918, dem herrschenden Regime in Kiev zum Verhängnis wurde.“

Dass aus Putins Sicht, der an dieser Stelle unverblümt das alte Feindbild Deutschland beschwört, schon länger eine „externe“ Übernahme der Ukraine droht, steht im Einklang mit seiner neo-sowjetischen und imperialistischen Auffassung vom Nachbarland als einem vom Westen gelenkten „Anti-Russland“. Hier sieht Kappeler ein „bipolares Weltbild eines sowjetisch sozialisierten Geheimdienstlers“ am Werk, in das die Vorstellung nicht passe, dass es die demokratisch gewählte ukrainische Führung sei, die eine Annäherung an die EU und die Nato anstrebe – und diese Initiative gerade nicht von den Westmächten ausgehe. Kappeler befürchtet, dass Russland die von Putin an die Wand gemalte „Verfolgung und Diskriminierung der ethnischen Russen und Russischsprachigen in der Ukraine zum Vorwand für indirekte oder gar direkte Interventionen nehmen könnte“.

Noch deutlicher als Kappeler hebt Behrends hervor, dass die kulturellen Eigenheiten, die Putin der Ukraine zugesteht, sich nach Auffassung des russischen Präsidenten nur in einer Symbiose mit Russland produktiv entfalten könnten. Beide Wissenschaftler zitieren die Stelle, an der Putin nicht nur vor der „Schaffung eines ethnisch sauberen ukrainischen Staates“ warnt, sondern deren Folgen mit dem „Einsatz von Massenvernichtungswaffen gegen uns“ vergleicht. Dem Rat der beiden Historiker, Putins Text ernst zu nehmen, sollte man folgen.

JOSEPH CROTTORU

Ukraine (Seiten A 143 – A 149)

02) Ukrainekrise – was wirklich dahintersteckt

Von REDAKTION

12. 02. 2022



Bild: Shutterstock

Ukrainekrise – eine westliche Chimäre

Die Mainstream-Medien bringen seit Monaten wieder einmal regelmäßige Berichte über einen tatsächlichen oder vermeintlichen Truppenaufmarsch Russlands an der russisch-ukrainischen Grenze. Ja, die Ukraine sei bereits von russischen Truppen eingekreist und eine Invasion stünde unmittelbar bevor. Tatsächlich gibt es solche Berichte [bereits seit 2014](#), also seit dem Maidan-Putsch.

Russland hätte an der Grenze 100.000 Soldaten mobilisiert, was bedrohlich erscheinen soll. Man muss an dieser Stelle einen Blick auf die Landkarte werfen: die Fläche der Ukraine beträgt über 600.000 km². Die Ukraine ist also fast doppelt so groß wie Deutschland und hat zu Russland eine 2.295 km lange Landgrenze. Insgesamt wohnen in der Ukraine 44 Millionen Menschen.

Was will Putin nun mit 100.000 Soldaten gegen die Ukraine ausrichten? Diese 100.000 Soldaten waren eigentlich schon immer in der Nähe der ukrainischen Grenze stationiert, wobei „Nähe“ in diesem Fall oft 100 Kilometer und mehr bedeutet. Ein Truppenaufmarsch für einen geplanten Angriff sieht anders aus.

Ein Angriff Russlands auf die Ukraine würde jeden Sinn entbehren:

1. Mit 100.000 Soldaten kann man die Ukraine nicht erobern. Schon gar nicht in Hinblick auf den Russenhass der Ukrainer (siehe weiter unten). Zu gewinnen gäbe es nur ein wirtschaftlich völlig ruiniertes Land!
2. Ein lokal begrenzter Grenzkrieg wäre nur teuer und vollkommen sinnlos. Schon aus diesen einfachen Tatsachen wird klar, dass es sich bei diesen Berichten wieder einmal nur um Propaganda handelt.

NATO Osterweiterung und Nordstream 2

Der Dauerkonflikt um die Ukraine hat eine einfache Ursache: Das Bestreben der NATO sich nach Osten auszuweiten. Entsprechend ist das Bestreben Russlands und Putins die Ukraine als eine Art Pufferstaat zu erhalten. Allerdings dürfte es bei der derzeitigen Polemik gegen Russland um etwas ganz Anderes gehen:

Wenn man wieder einmal Putin „Aggression“ gegen die Ukraine unterstellt, so geht es diesmal darum, das Nordstream 2 Projekt zu torpedieren! Dieses Projekt ist den kalten Kriegern vor allem in den USA seit Langem ein Dorn im Auge. Die Gasleitung durch die Ukraine würde durch die Nordstream 2 Leitung weitgehend obsolet und die Ukraine könnte diese Leitung nicht weiter als politischen Hebel benutzen. Auch würden die Transitzkosten für das Gas, das Russland nach Europa liefert, entfallen. Die Ukraine bezieht bisher etwa 35% des von ihr benötigten Gases aus Russland und besteht immer wieder auf nicht marktkonformen Sonderkonditionen. Durch die Nordstream 2 Leitung wird die Ukraine gezwungen Marktpreise für das benötigte Gas zu bezahlen, was die ukrainische Regierung innenpolitisch unter Druck bringen könnte, insbesondere in Hinblick auf die zu erwartenden Gaspreissteigerungen. Andererseits wären moderatere Gaspreise für die Ukraine ein

Anreiz für politisches Wohlergehen gegenüber Russland, was die USA unter allen Umständen vermeiden will. Obendrein möchte die USA Deutschland und Europa ihr teures Fracking-Gas vor allem in Anbetracht der verrückten Energiewende in Deutschland, die den Gasverbrauch in Zukunft explodieren lassen wird, andienern.

Versuche des Westens Rußland zu destabilisieren

Ein weitergehendes Ziel der USA ist natürlich auch ein Regierungswechsel in Russland selbst. Man will wieder irgend einen Idioten wie seinerzeit Jelzin im Kreml sitzen haben.

Es ist durchaus denkbar, dass die verrückte Energiewende und insbesondere die Elektromobilität darauf abzielt, den öl- und gasproduzierenden Ländern das Wasser abzugraben und so die entsprechenden Regierungen zu destabilisieren. Mit diesem Trick wurde schon seinerzeit die Sowjetunion zu Fall gebracht. Die USA vereinbarten damals mit Saudi Arabien, dass dieses Land den Ölmarkt überschwemmte, was den Preis des Erdöl nach unten drückte und so die Sowjetunion in den Bankrott trieb.

Aus diesem Grund hat sich jetzt der Chinesische Staatschef Xi Jinping hinter Putin gestellt und ein Ende der NATO-Osterweiterung gefordert. Offensichtlich ist ihm klar, dass sich anderenfalls die NATO irgendwann bis an die chinesische Grenze ausdehnen würde.

Wichtige historische Ereignisse in der Ukraine:

Der Maidan-Putsch – 2013 fand der von der Obama-Administration unter tätiger Mitwirkung von Victoria Nuland (Mrs. Fuck the EU) orchestrierte Sturz des gewählten Präsidenten Viktor Janukowitsch statt. Nuland gab zu, dass Amerika den Regime-Change in der Ukraine mit 5 Milliarden Dollar subventioniert hatte.

Auslöser für den Putsch war, dass der damalige ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch die geplante Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der Europäischen Union aus Sorge, dass dieses Abkommen die Beziehungen zum größten Handelspartner der Ukraine, nämlich Russland, beeinträchtigen könnte, aufschieben wollte. Aus Protest gegen diese Entscheidung strömten viele Demonstranten auf den größten Platz der Hauptstadt Kiew, den Maidan, weil sie auf ein besseres

Leben wie in Westeuropa gehofft hatten (eine Hoffnung, die sich bis heute nicht erfüllt hatte), nachdem ihr Lebensstandard durch die Politik der Liberalisierung und Privatisierung der Wirtschaft seit der Unabhängigkeit des Landes 1991 dramatisch abgestürzt war. Diese Proteste entwickelten sich schnell zu gewalttätigen Zusammenstößen und führten schließlich zum Sturz von Präsident Janukowitsch am 22. Februar 2014.

Die Demonstranten wurden, wie sich im Nachhinein herausstellte, von Scharfschützen beschossen, die von den Aufständischen selbst angeheuert wurden. Es gab mindestens 70 Tote. Unter dem Druck der Ereignisse trat Janukowitsch zurück.

Holodomor / Genozid an der ukrainischen Bevölkerung – Zusätzlich ist das Verhältnis zwischen Russen und Ukrainern seit der Stalin-Ära schwer belastet: Stalin betrieb Anfang der dreißiger Jahre gegenüber der Ukraine eine Vernichtungspolitik: Laut Historikern war die ukrainische Bauernschaft am Anfang der 1930er Jahre das Hauptzentrum des Widerstands gegen die bolschewistische Politik von Zwangskollektivierung und forcierter Industrialisierung. In der Ukraine fanden über viertausend Massenproteste mit ca. 1,2 Millionen Beteiligten statt. Aus den Kolchozen waren 41.200 Bauernhöfe ausgetreten. Ungefähr 500 Dorfräte weigerten sich, unrealistische Pläne für Getreideerfassung zu akzeptieren.

Stalin hatte Angst, die Ukraine als eine Ressource zu verlieren, ohne die der Aufbau eines mächtigen industriellen Imperiums, das die Welt zu erobern vermöchte, nur ein Traum geblieben wäre. Um die Ukraine nicht zu verlieren, erarbeitete das sowjetische Regime einen Plan für Vernichtung eines Teils der Ukrainischen Nation, der unter dem Plan für Getreideabgabe an den Staat verhüllt war. Es ging um eine gänzliche Einziehung aller Getreidevorräte, dann um eine Beschlagnahme von anderen Lebensmitteln und Vermögen als Strafe für die Nichterfüllung des Abgabepplans. Das requirierte Getreide wurde am Weltmarkt verschleudert, um Rüstungsimporte zu finanzieren (vor allem aus der USA).

Insgesamt kamen bei diesem Völkermord bis zu 7 Millionen Ukrainer ums Leben. Als Folge davon betrachteten die Ukrainer 1941 die einrückende Wehrmacht als Befreier und Hunderttausende Ukrainer schlossen sich der deutschen Wehrmacht an. Unter den ukrainischen Nationalisten gibt es noch heute viele Verehrer des Faschisten Stepan Bandera. Soweit der historische Hintergrund der gegenwärtigen Situation.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Ukrainekrise: Britische Außenministerin denkt, Baltikum läge am Schwarzen Meer

08. 02. 2022



UK Government/flickr

Nach ihrem geografischen Fauxpas wurde Liz Truss verständlicherweise von Russland verspottet. Immerhin verschätzte sie sich um 1.000 km.

Truss sagte in einem BBC-Interview wörtlich, dass London „seine baltischen Verbündeten auf der anderen Seite des Schwarzen Meeres versorgt und ihnen zusätzliche Unterstützung anbietet“. Dabei liegen Estland, Lettland und Litauen gar nicht in der Nähe des südosteuropäischen Gewässers.

Prompt daraufhin folgte die Watsche seitens der Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa: „Frau Truss, Ihre Geschichtskenntnisse sind nichts im Vergleich zu Ihren geografischen Kenntnissen“.

Um das Baltikum zu verteidigen, gehe man nicht durch das Schwarze Meer, sondern durch die Ostsee. Die baltischen Staaten heißen so, weil sie an den Ufern dieses Meeres liegen – und nicht am Schwarzen Meer, belehrte sie die britische Außenministerin.

Sacharowa geht noch einen Schritt weiter und begründet Truss' Mangel an geographischen Kenntnissen als Beweis dafür, dass die Welt vor der „Dummheit und Ungebildetheit

angelsächsischer Politiker“ gerettet werden muss. Denn immerhin sei es eine Mindestanforderung zu wissen, wo die europäischen Länder liegen – vor allem für die Chefin des Außenministeriums.

Dass Tuss britische Außenministerin in einer entwickelten monarchischen Demokratie wurde und nicht einmal über simple Geographie Bescheid weiß, ist in Anbetracht, dass England einmal eine große Seemacht war – und immer noch ist -, äußerst erschreckend. Welche Kriterien sind denn von Nöten um Außenminister in so einem Land zu werden?

„Ich denke, die britische Diplomatie hat in den letzten Jahren gezeigt, dass sie absolut wertlos ist“, sagte Dmitri Polyansky, der stellvertretende russische Botschafter bei den Vereinten Nationen, Poljanski, die britische Regierung sei nicht vertrauenswürdig.

„Ich möchte wirklich niemanden beleidigen, insbesondere nicht meine guten Freunde, die britischen Diplomaten, aber die Ergebnisse sind wirklich nichts, womit man sich rühmen könnte“, fügte er hinzu.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [ZUR ZEIT](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Sarah Wagenknecht zum Rußland-Ukraine-Konflikt: „Der Profiteur ist Washington“

05. 02. 2022



Sarah Wagenknecht | Bild: Screenshot ZDF

Die Politikerin der Linken, Sarah Wagenknecht, in einem Video:

“Scheinheiligkeit der USA, die Dummheit der Europäer und das mangelnde Rückgrat der deutschen Regierung in der Russland-Politik”.

In der Wochenschau-Sendung: “Will Putin Krieg? – Die Hintergründe des Ukraine-Konflikts” erinnerte die Politikerin an eine auf Deutsch gehaltene Rede des russischen Präsidenten Wladimir Putin im Bundestag aus dem Jahr 2001. Damals war die Stimmung zwischen Russland und Deutschland aber deutlich besser. Beide Länder blickten positiv in die Zukunft. Putin machte damals deutlich, dass der Kalte Krieg vorbei sei und die Zeit für Diplomatie, wirtschaftlichem und kulturellen Austausch und Abrüstung gekommen ist.

Nun 20 Jahre später befinden wir uns allerdings auf dem gegenteiligen Weg, der laut Wagengenecht „brandgefährlichen“ sei:

“Die Eskalation des Ukraine-Konflikts ist brandgefährlich. Die Folgen eines Krieges mitten in Europa, an dem die Atommacht Russland direkt und die NATO mindestens indirekt beteiligt wären, kann man sich kaum ausmalen. Sie betreffen und bedrohen uns alle.”

Schuld an der aktuellen Situation seien u.a. die Medien

Wagenknecht hält der Presse vor, bewusst ein

“Bild eines unzurechnungsfähigen, größenwahnsinnigen, russischen Präsidenten, der aus purem Irrsinn jetzt tausende Soldaten an der ukrainischen Grenze zusammengezogen hat und sich möglicherweise, wenn man ihm nicht Grenzen setzt, größere Teile des ukrainischen Territoriums, oder vielleicht sogar das ganze Land militärisch einverleibt,” zu malen.

Rhetorisch fragt Wagenknecht, wer für die Lage nun eigentlich verantwortlich ist:

“Der russische Präsident, der angeblich skrupellos auf Krieg setzt? Oder nicht doch die Vereinigten Staaten und die NATO, die russische Sicherheitsinteressen seit Jahren konsequent ignorieren und auf Ausdehnung der eigenen Einflusssphäre, Konfrontation und Aufrüstung setzen? Und wer ist eigentlich der lachende Dritte, wenn die EU weitere Sanktionen gegen Russland beschließt und die Gaspipeline Nord Stream 2 beerdigt wird?”

Der Recherche unseres Partners in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION ZurZeit bei hochrangigen österreichischen Militärs zufolge, ist aufgrund der bekannten Aufstellung der russischen Soldaten im ukrainischen Grenzgebiet, ein Angriff Putins völlig auszuschließen.

„Europäer bescheuert“

Keinesfalls dürfe man sich für eine Aufrüstung der Ukraine und weitere Sanktionen gegen Russland aussprechen. Das wäre nichts anderes, als würde man noch mehr Benzin ins Feuer gießen. Wagenknecht geht sogar soweit zu sagen, die Europäer wären “bescheuert, dass sie sich immer wieder mit Sanktionen ins eigene Knie schießen”

Denn die USA interveniere wieder einmal nur aufgrund geopolitischer Interessen und droht Unternehmen mit Handelsverboten. Damit scheine Washington auch dieses Mal Erfolg zu haben:

„Denn plötzlich ist der Grünen-Chef Robert Habeck für den Ausbau des Flüssiggas-Terminals, damit die USA ihr teures und umweltschädliches Flüssiggas an uns verkaufen können, wenn der Gashahn von Nord Stream 2 endgültig abgedreht wird“, erklärt Wagenknecht abschließend.

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [ZUR ZEIT](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Keine Berichte

Italien (Seiten A 151 bis A 155)

01) Turin: Senegalesische Drogenhändler übernehmen ganzen Stadtteil

08. 02. 2022



Drogen, Gewalt und fehlende Rechtsstaatlichkeit machen sich im Turiner Stadtteil Barriera Milano seit Monaten breit. Eine besondere Machtdemonstration lieferten nun afrikanische Migranten ab.

In der Nacht vom 6. Februar haben senegalesische Drogenhändler der Polizei im besetzten Viertel Barriera Milano, aus dem viele der Silvestervergewaltiger stammen, den Krieg erklärt:

<https://www.youtube.com/watch?v=P4dvOc9hD0c>



Innerhalb weniger Stunden wurden sechs Personen wegen Drogenhandels im Viertel Barriera Milano in Turin im Bereich des Corso Vercelli und des Corso Palermo festgenommen.

Fünf Drogenhändler, vier senegalesischer und ein gabunischer Staatsangehöriger, wurden nach sorgfältiger Beobachtung in unmittelbarer Nähe ihrer Wohnungen kontrolliert. Letztere führten nicht nur mehrere Dosen Crack mit sich, die bereits in Ovalen verpackt und verkaufsfertig waren, sondern hatten in einigen Fällen auch große Mengen an Drogen in ihren Wohnungen.

Die Polizeibeamten beschlagnahmten mehr als 1 kg Kokain, das ein 38-jähriger vorbestrafter Senegalese zu Hause versteckt hatte, sowie 30.000 Euro, bei denen es sich wahrscheinlich um den Erlös aus Straftaten handelt, da der Mann nicht arbeitet. Bei den verschiedenen Einsätzen schluckte ein 21-jähriger Senegalese, um sich der Kontrolle und Verhaftung durch die Beamten zu entziehen, zunächst einige Dosen Kokain und verletzte dann in einem heftigen Versuch, sich zu wehren, zwei Polizisten.

Afrika-Cup als Auslöser für Krawalle

Am Sonntagabend umzingelten wiederum Dutzende von senegalesischen Drogenhändlern im Stadtteil Barriera di Milano während der Feierlichkeiten zum Sieg des Senegals beim Afrikanischen Nationen-Cup ein Polizeiauto. Das Auto wurde getreten, und die Beamten wurden gezwungen zu fliehen. Die Szene wurde mit einem Mobiltelefon gefilmt und ins Internet gestellt.

„Stundenlang war die Nachbarschaft der afrikanischen Wut ausgeliefert. Es ist Krieg.“, so ein Anrainer.

Quelle: [VoxNews](https://www.voxnews.it)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Zum politischen (Mitte-Rechts-)Katzenjammer der Präsidentschaftswahlen in Italien

Von Salvatore Dell'Olio

05. 02. 2022



Nach einer tragikomischen Woche voller Wendungen und Fehltritte wurde Sergio Mattarella von den Abgeordneten und Senatoren in einer gemeinsamen Sitzung wieder zum Präsidenten der Republik gewählt. Es war die achte Abstimmung ohne Leidenschaft, die die politische Niederlage einer (nunmehr) hypothetischen Mitte-Rechts-Koalition einläutete.

„Nichts ändert sich, damit sich alles ändert“ – der unglaubliche Ausgang der italienischen Präsidentschaftswahlen hat es geschafft, das berühmte Sprichwort, das Tomasi di Lampedusa seinen Geparden aussprechen lässt, ins Gegenteil zu verkehren.

Der alte demo-christliche Apparatschik mit Linksdrall Mattarella akzeptiert ohne mit der Wimper zu zucken eine zweite Amtszeit, obwohl er seinen Abschied vom Quirinalspalast mit gebuchten Umzugswagen und einem unterschriebenen Kaufvertrag für ein neues, gemütliches Haus für einen ruhigen Ruhestand inszeniert hatte. Ohne mit der Wimper zu zucken, aber mit einer klaren Bedingung: keine Amtszeit auf Zeit, wie es bei seinem Vorgänger Giorgio Napolitano der Fall war, der im zweiten Jahr seiner zweiten Amtszeit zurücktrat – gerade genug Zeit, um der Regierung einen natürlichen Tod und einen sanften Übergang zu neuen Parlamentswahlen zu garantieren; Mattarella will seine erneuerte Siebenjahresperiode vollständig absichern: Die Linke jubelt, die Rechte trocknet ihre Tränen – die keine Freudentränen sind. Mario Draghi bleibt Premierminister einer unnatürlichen Regierung, die von einer Parlamentsmehrheit, die nie eine Wahl gewonnen hat, am Tropf gehalten wird.

Dabei hätte die Geschichte auch anders verlaufen können: Die Koalition der Rechten (Forza Italia, Lega, Fratelli d'Italia) hatte die nötige Stimmenzahl, um einen Namen durchzusetzen. Ja, aber welchen? Und wer hätte die Verantwortung dafür übernommen, das prekäre

Gleichgewicht einer Regierung zu zerstören, in der Berlusconi und Salvini neben den Linksliberalen und einer Fünf-Sterne-Bewegung ohne Projekt und Zukunft die Statisten spielen?

Von Anfang an waren die Verhandlungen zwischen den politischen Parteien ins Stocken geraten: während die Demokratische Partei (links) auf eine Kandidatur von Mario Draghi drängte (was das Ende der Regierung und die Wahrscheinlichkeit von Neuwahlen bedeutet hätte) und die M5S bereit war, sich hinter Pier Ferdinando Casini (ein alter zentristischer Wolf, der im Laufe seiner langen Karriere beiläufig von der Rechten zur Linken gewechselt ist) zu stellen, Die Rechte spielte die Commedia dell'arte mit Berlusconis komischer Selbstkandidatur, Anweisungen zur Stimmenthaltung, den wenig beruhigenden Namen Frattini und Elisabetta Belloni (Chefin des Geheimdienstes), immer ohne Einigkeit im eigenen Lager zu erzielen. Inmitten des Getümmels: Matteo Renzi mit seiner Kleinstpartei Italia Viva, um die Rolle des „Königsmachers“ und Vermittlers zu übernehmen. Hic sunt „peones“ (Die Kinder)

Um die unmögliche Gleichung dieser Präsidentschaftswahl zu verstehen, ist es notwendig, die Zusammensetzung des aus den Wahlen von 2018 hervorgegangenen Parlaments zu analysieren: zur allgemeinen Überraschung hatte das M5S haushoch gewonnen, verfügte aber nicht über genügend Abgeordnete, um allein zu regieren, weshalb das erste Experiment einer 100 % populistischen Querschnittsregierung mit Salvinis Lega unternommen wurde; das Mikado endet, als sich die PD einmischt, und es kommt zu einer neuen Mehrheit mit der Linken, die die Regeln diktiert, und schließlich zur Ankunft des von der heiligen Finanzwelt gesandten Wundermanns Mario Draghi, der eine heterogene und bunte Mehrheit aus MS5, PD, Lega und Forza Italia anführen soll.

Tatsächlich bleibt Fratelli d'Italia die einzige rechte Partei, die in der Opposition bleibt, und auch die einzige, die ihre Umfragewerte verdreifacht (was sie praktisch zum nächsten großen Gewinner der für 2023 geplanten Wahlen macht), während die Lega abstürzt und M5S einfach verschwinden könnte, aufgelöst in der Säure des Kompromisses und des Dilettantismus. Zweifellos werden das Parlament und der Senat, die 2023 aus den Urnen hervorgehen, radikal anders aussehen und einige hundert Abgeordnete (hauptsächlich aus dem M5S, aber auch aus der Lega und der FI) werden nie wieder einen Fuß in die Paläste der Macht setzen. Aber Gesetz ist Gesetz und Geld ist König: Diese Abgeordneten und Senatoren können nur dann eine lebenslange Rente beziehen, wenn sie mindestens eine ganze Legislaturperiode im Amt sind; ein Präsident, der vorgezogene Wahlen ausruft, würde das Ende des schönen Lebens für die gesamte kritische Masse der großen Wähler bedeuten, die von der italienischen Presse treffend als „Peones“ bezeichnet wurden. Sie sind die einzigen wirklichen Gewinner einer Wiederwahl Mattarellas.

Wie gesagt, die Rechten hätten den Verlauf dieser Wahl ändern können. Giorgia Meloni an der Spitze von Fratelli d'Italia hatte eine Kraftprobe versucht, damit die Rechte sich selbst zählen konnte, indem sie ihren Bannerträger Guido Crosetto in die dritte Abstimmung schickte, aber ohne die Hilfe von Salvini und Berlusconi war das ein hoffnungsloses Unterfangen. Die Feigheit und Unvorbereitetheit der letzteren zwingt die patriotische Wählerschaft dazu, eine x-te Natter zu schlucken, vielleicht eine zu viel.

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [EUROLIBERTÉS](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Frankreich (Seiten A 156 bis A 185)

03) Bernard Lugan: „Es sind im Wesentlichen unsere ehemaligen kolonialen ‚Untertanen‘, das Frankreich, ihr ehemaliges Mutterland, überschwemmen“
[Interview]

14. 02. 2022



Bernard Lugan ist eine wichtige Persönlichkeit, insbesondere um das Afrika von gestern und heute zu verstehen, aber nicht nur. Seine Tonfreiheit, seine Frechheit, seine Weigerung, sich der politischen Korrektheit und der Entdiabolisierung zu unterwerfen, machen ihn zu einem echten Dissidenten.

Dieser Dissident hat gerade das Buch „Comment la France est devenue la colonie de ses colonies“ (Wie Frankreich zur Kolonie seiner Kolonien wurde) geschrieben, dessen Inhalt Benjamin Stora, Macrons Lieblingshistoriker, zu einem Schlaganfall veranlassen könnte.

Um über dieses Werk zu sprechen, hat er sich für die Zeitschrift l’Afrique réelle einem unverzichtbaren Interview unterzogen, das Sie unten finden.

L'Afrique Réelle: Sie veröffentlichen ein Buch, in dem Sie erklären, dass die Folge der Kolonisierung von gestern die rückwärtsgewandte Kolonisierung ist, die Frankreich heute erfährt und die, wie Sie sagen, dazu führt, dass es zur „Kolonie seiner Kolonien“ wird. Ist die derzeitige „große Ersetzung“ also eine Folge der Kolonialisierung?

Bernard Lugan: Eindeutig ja, und zwar aus zwei Gründen:

1) Die erste ist, dass es im Wesentlichen unsere ehemaligen kolonialen „Untertanen“ sind, die nach Frankreich, ihrem ehemaligen Mutterland, strömen. Die Zahlen sprechen für sich. So gab es maximal 1,5 Millionen Franzosen, die im gesamten Kolonialreich angesiedelt waren, davon mehr als zwei Drittel allein in Algerien. Heute leben in Frankreich mehr als zehn Millionen Menschen aus dem ehemaligen Kaiserreich, einschließlich der eingebürgerten Personen, also zehnmal so viele wie es im gesamten französischen Kaiserreich „Kolonisten“ gab. Was die Algerier betrifft, die seit dem „Abkommen von Evian“ in den Genuss von Einreiseerleichterungen nach Frankreich kommen, so haben 80% von ihnen Verwandte in Europa, vor allem in Frankreich, wo es eine Familienzusammenführung gibt. Die rückwärtsgewandte Kolonialisierung wird also nicht aufhören, und das umso mehr, als viele dieser Neokolonialisten ihre Lebensweise auf immer größeren Teilen des französischen Staatsgebiets etablieren. Kann man also von etwas anderem sprechen als von einer rückwärtsgewandten Kolonisierung und von Frankreich, das zur Kolonie seiner ehemaligen Kolonien geworden ist?

2) Der zweite Grund, und hier liegt der Kern des Problems, ist, dass die herrschende Ideologie diese heutige Kolonisierung mit der angeblichen „kolonialen Plünderung“ rechtfertigt, die wir gestern in Afrika betrieben hätten. Im Namen dieses Schuldpostulats wird uns der derzeitige Wechsel des Volkes aufgezwungen, um für imaginäre koloniale „Verbrechen“ zu büßen.

Aus diesem Grund war es dringend notwendig, die Geschichte der Kolonisierung richtig zu stellen, denn neben dem Sklavenhandel ist die Kolonisierung der zweite große Pfeiler der Anklage gegen den weißen Mann. Eine Anklageschrift, die es den Gedanken-Terroristen ermöglicht, zu versuchen, uns in einen Zustand der Unterwerfung zu versetzen. Mein Buch ist daher ein Kampfinstrument, das Widerstandskämpfern die Argumente liefern soll, mit denen sie die kolossale und tödliche historische Dekonstruktion, der wir heute ausgesetzt sind, widerlegen können.

L'Afrique Réelle: Ihr Buch ist in zwei großen Punkten verankert. Im ersten Teil zeigen Sie anhand detaillierter Zahlen, dass Frankreich in Afrika nicht reicher geworden ist, sondern sich ganz im Gegenteil ruiniert hat. Im zweiten Teil erläutern Sie das ideologische Substrat, das von den „Prinzipien von 1789“ geerbt wurde, in deren Namen die republikanische Linke Frankreich in die Sackgasse der Kolonialisierung geführt hat. Beginnen wir mit der Doxa, die behauptet, dass die französische Kolonialisierung ein gutes Geschäft für Frankreich war und dass sie durch überschüssiges Kapital verursacht wurde, für das man Absatzmärkte finden musste.

Bernard Lugan: Das ist eine große Lüge, denn Frankreich hat sein überschüssiges Kapital nicht in seinen Kolonien investiert. Vor 1914 waren die französischen Kolonien in ihrer Gesamtheit, einschließlich Indochina, Algerien und der Antillen, für das französische Privatkapital nicht attraktiv, da die privaten Investitionen dort in etwa dem Volumen der im Osmanischen Reich allein getätigten Investitionen entsprachen. Allgemeiner gesagt waren

es – im Gegensatz zu dem, was die „Dekolonialisten“ glauben machen wollen, und auch im Gegensatz zu dem, was Jules Ferry postulierte – keine wirtschaftlichen Gründe, die Frankreich dazu veranlassten, ein unbekanntes Afrika zu erobern, von dem per definitionem alle nicht wussten, ob es Reichtümer enthielt. Es waren auch keine Absatzmärkte für seine Industrie, die es nicht gab... Es waren politische oder strategische, aber auch ideologische Gründe.



L'Afrique Réelle: Bleiben wir bei dem Postulat, dass Frankreich durch die Kolonialisierung reich geworden ist.

Bernard Lugan: Sie haben Recht, wenn Sie von diesem Postulat sprechen, das impliziert, dass die Industrialisierung und der Reichtum Frankreichs auf der Ausbeutung und Plünderung Afrikas beruhen würden. Ein wenig Logik ist angebracht, denn wenn Reichtum nach dem Maßstab der imperialen Besitzungen gemessen würde, hätte Portugal eine industrielle Weltmacht sein müssen. Ebenso hätte die industrielle Revolution in Frankreich in den Regionen der großen Kolonialhäfen stattfinden müssen, d. h. in Nantes, Bordeaux oder La Rochelle, und nicht in Lothringen. Außerdem waren in den 1960er Jahren die reichsten und am weitesten entwickelten Länder diejenigen, die nie Kolonien besessen hatten, wie die Vereinigten Staaten von Amerika, Schweden und die Schweiz, oder die, die sie verloren hatten, wie Holland oder Deutschland. Großbritannien und Frankreich hingegen, die zusammen mit Portugal die wichtigsten Kolonialmächte waren, hinkten hinterher, da das in Übersee ausgegebene Kapital nicht die

Modernisierung und den Wandel der Industrien im Mutterland ermöglicht hatte. Das Wunder ist, dass es Frankreich trotz seines imperialen wirtschaftlichen Klotzes dennoch gelang, sein Wohlstandsniveau zu erreichen...

Ich stelle eine weitere Frage des gesunden Menschenverstandes: Da die Doxa behauptet, dass Frankreich seinen Wohlstand aus seinem afrikanischen Reich bezog, warum ist seine Wirtschaft dann nicht mit der Entkolonialisierung zusammengebrochen? Und warum profitierte es ganz im Gegenteil von diesem Zusammenbruch? In den zehn Jahren nach der Unabhängigkeit wuchs der französische Kapitalismus so stark wie nie zuvor, der Strukturwandel vollzog sich so schnell und die Entwicklung der französischen Infrastruktur war so beeindruckend. Nachdem Frankreich von der wirtschaftlichen und finanziellen Last der Kolonialzeit befreit war, konnte es endlich in die Infrastruktur investieren, die in den „glorreichen“ Jahrzehnten der 1960er bis 1990er Jahre entstanden war.

L’Afrique Réelle: Sie zeigen anhand von Zahlen, dass Frankreich Afrika nicht ausgeplündert, sondern ganz im Gegenteil sich selbst ruiniert hat. Um Ihre Beweisführung zu verdeutlichen, haben Sie die kolossalen Summen, die Frankreich in seinen Kolonien versenkt hat, in Euro umgerechnet, wodurch der Aderlass, den Frankreich erlitten hat, sofort ersichtlich wird und das Postulat der „kolonialen Ausplünderung“ ad absurdum geführt wird.

Bernard Lugan: Für die Zahlenlisten, und die sind in der Tat aussagekräftig, verweise ich lieber auf mein Buch. Dennoch einige Beispiele. Nach 1945 und während die Entkolonialisierung im Gange war, startete Frankreich, das aus dem Konflikt ruiniert hervorgegangen war und seine gesamte Infrastruktur wieder aufbauen musste, insbesondere 7000 von 9000 Brücken, 150 Hauptbahnhöfe, 80% seines Flussschiffahrtsnetzes, sein Eisenbahnnetz, seine Fabriken, 50% seines Automobilparks usw., in seinem Kaiserreich und somit mit für es verlorenen Mitteln eine fantastische altruistische Entwicklungs- und Erschließungspolitik. Diese gigantischen Bauprogramme, die auf Kosten des Mutterlandes durchgeführt wurden, ermöglichten es, in Afrika 220 Krankenhäuser zu bauen, in denen Pflege und Medikamente kostenlos waren, 50.000 Kilometer asphaltierte Straßen, 18.000 Kilometer Eisenbahnlinien, 63 Häfen, 196 Flugplätze, Hunderte von Staudämmen, Brücken, Kraftwerken, Tausende von Schulen, Krankenstationen, Entbindungsstationen, Wasserleitungen, Modellfarmen, verschiedene Gebäude usw. Die meisten dieser Projekte wurden von der französischen Regierung finanziert, und die meisten wurden von der französischen Regierung finanziert. Das kostete Frankreich 22% aller Ausgaben aus öffentlichen Mitteln und wurde mit den Steuern und Ersparnissen der Franzosen bezahlt. Und man wagt es, uns von „kolonialer Plünderung“ zu erzählen!!!

Zwei weitere Beispiele: 1952, also mitten in der Vorbereitungsphase der Entkolonialisierung, machten die Gesamtausgaben Frankreichs für seine Überseegebiete ein Fünftel des französischen Haushalts aus – ein kolossaler Prozentsatz, der für eine Wirtschaft, die sich damals im Wiederaufbau befand, selbstmörderisch war. Allein in den Jahren 1946–1956 investierte der französische Staat 120,42 Milliarden Euro in seine Kolonien, um Infrastrukturen zu schaffen, und allein im Jahr 1958, knapp zwei Jahre vor der Unabhängigkeit, beliefen sich die Gesamtausgaben für die Überseegebiete auf 323 Milliarden Euro.

L'Afrique Réelle: Sie schreiben, und das scheint auf den ersten Blick paradox, dass die Kolonien, die Frankreich ruinierten, nur wenig wirtschaftliches Interesse für Frankreich hatten, und im Gegensatz zur Doxa, die postuliert, dass Frankreich sich dort mit strategischen Materialien versorgte, zeigen Sie, dass dies nicht der Fall war.

Bernard Lugan: Strategisch der Reis, der Zucker, das Olivenöl, die Erdnüsse, die Baumwolle und die Bananen, die fast 70% der französischen imperialen Importe ausmachten? Strategisch der algerische Wein, der 25% aller seiner imperialen Importe ausmachte? Ganz im Gegenteil: Die imperialen mineralischen Rohstoffe, einschließlich der marokkanischen Phosphate, machten 1910 nur 5,6% und 1958 nur 4,8% der französischen Kolonialimporte aus.

L'Afrique Réelle: Sie zeigen ein weiteres Paradoxon auf: Die Kolonien verkauften Frankreich imperiale Produkte, die in keiner Weise strategisch waren und die Frankreich auf dem internationalen Markt hätte kaufen können, ohne die Last der Erschließung seines Reiches tragen zu müssen, zu einem höheren Preis als auf dem internationalen Markt. Ein Unding!

Bernard Lugan: In meinem Buch zerstöre ich tatsächlich die Vorstellung, dass das afrikanische Reich für Frankreich ein billiger Lieferant war. Als „gute Tochter“ kaufte Frankreich seine Produkte immer etwa 25% über den Weltmarktpreisen. Und da es diese Produktionen im Vorfeld auch noch subventioniert hatte, war der Verlust für Frankreich doppelt so hoch, wie Jacques Marseille und Daniel Lefeuvre deutlich gemacht haben. Einige Beispiele: Für einen Liter algerischen Wein wurden 35 Francs bezahlt, während griechischer, spanischer oder portugiesischer Wein bei gleicher Qualität 19 Francs wert war. Für Kakao von der Elfenbeinküste wurden 220 Francs pro 100 Kilo gezahlt, als der Weltmarktpreis bei 180 Francs lag. Für Erdnüsse aus dem Senegal, Zitrusfrüchte und Bananen im Allgemeinen lag der französische Kolonialpreis 15 bis 20 Prozent über den Weltmarktpreisen. 1930 lag der Preis für einen Doppelzentner Weizen im Mutterland bei 93 Francs, während der von Algerien angebotene Preis zwischen 120 und 140 Francs schwankte, also 30 bis 50 Prozent höher lag.

All dies führte zu Mehrkosten für den französischen Haushalt. Allein in den Jahren 1954 bis 1956 beliefen sich diese Mehrkosten auf über 50 Milliarden FF, was 81 Milliarden Euro entspricht. Zu dieser exorbitanten Summe kommt noch die Kursstützung für koloniale Produktionen hinzu, die Frankreich allein in den Jahren 1956 bis 1960 jährlich 60 Milliarden kostete, also 97 Milliarden Euro pro Jahr, was dem Betrag der Einkommenssteuer für französische Privatpersonen im Jahr 2021 entspricht!!!

Selbst Industriearbeitskräfte waren im Kaiserreich teurer als im Mutterland. So waren in Algerien laut einem Bericht von Saint-Gobain aus dem Jahr 1949 im Vergleich zu einer Fabrik im Mutterland in der Provinz die Gesamtausgaben, Löhne und Nebenkosten in Algerien um 37% höher.

Lohnte es sich unter diesen Umständen wirtschaftlich gesehen überhaupt, ein Imperium zu erhalten, das seinem Mutterland nicht seltene Produkte zu einem höheren Preis verkaufte, als es auf dem internationalen Markt hätte kaufen können? Wir sind immer noch sehr weit von der angeblichen „kolonialen Plünderung“ entfernt...

L'Afrique Réelle: Noch gravierender ist, dass das Empire Ihrer Meinung nach das Überleben von dem Untergang geweihten Wirtschaftssektoren künstlich verlängert und so die notwendige Modernisierung ganzer Bereiche seiner Wirtschaft gebremst hat.

Bernard Lugan: In den 1980er Jahren hat Jacques Marseille brillant nachgewiesen, dass der koloniale Absatzmarkt für das Überleben von Industrien, die dem Untergang geweiht waren, von entscheidender Bedeutung war. So wickelten die französischen Kerzen- und Strohhutfabriken von 1900 bis 1958 mehr als 80 % ihrer Exporte in das Kaiserreich ab. In diesem Fall, ja, war das Kaiserreich für einige Privatleute rentabel, die reich wurden, während Frankreich ruiniert wurde...

Für die „treibenden“ Industrien wie die Metallindustrie, die Chemie- und Elektroindustrie usw. spielte der koloniale Markt hingegen höchstens und selbst dann nur eine ergänzende Rolle. Für sie waren es die Märkte der Industrieländer, die ihnen ihre Absatzmärkte boten. Außerdem benachteiligten die Kolonien die französischen Spitzenindustrien, die bei der Ausfuhr von Ländern, die auf den französischen imperialen Protektionismus stießen, benachteiligt wurden. Das Kaiserreich ermöglichte also die „Rettung der lahmen Enten“, der dem Untergang geweihten Sektoren der wirtschaftlichen Entwicklung, bestrafte aber die zukunftssträchtigen Sektoren. Weit davon entfernt, sie auszuplündern, war Frankreich also in seinen Kolonien gefangen.

L'Afrique Réelle: Was ist die Antwort auf das ständige Gejammere der Algerier, die Frankreich beschuldigen, das Land ausgeplündert zu haben?

Bernard Lugan: Diese algerischen Klagen sind eine Provokation, denn „Chère Algérie“ war ein wahres „Fass der Danaïdes“, eine unerträgliche Last für das Mutterland, wie der verstorbene Daniel Lefevre so brillant aufgezeigt hat. Alles, was in Algerien zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit existierte, war von Frankreich aus dem Nichts aufgebaut worden. Nämlich Hunderte von Kunstwerken, Eisenbahnlinien, Staudämme, Fabriken, Straßen, Häfen, Flughäfen, Schulen, Krankenhäuser, verschiedene Gebäude. Die Liste ist immens und ich verweise auf das Kapitel X mit dem Titel „Hat Frankreich Algerien geplündert?“ in meinem Buch „Algerien die Geschichte rückwärts“.

Auch hier werde ich nur einige Beispiele anführen. 1959 verschlang Algerien, alle Ausgaben zusammengekommen, allein 20 % des französischen Staatshaushalts, das heißt mehr als die Haushalte für Bildung, öffentliche Arbeiten, Verkehr, Wiederaufbau und Wohnungsbau, Industrie und Handel zusammengekommen!

Ein ständiger Aderlass, der zu schmerzhaften Haushaltsentscheidungen zwang, denn um Algerien noch mehr zu helfen, mussten die Corrèze und das Cantal vertröstet werden. Die Franzosen in Frankreich mussten damals ein doppeltes Opfer bringen, denn ihre Steuern wurden erhöht, während die Verpflichtungen des Staates in den Bereichen Straßen, Krankenhäuser, Energieversorgung usw. gekürzt oder verzögert wurden. In den ersten neun Monaten des Jahres 1959 erreichten die Investitionskredite in Algerien 103,7 Milliarden FF, d. h. 166 Milliarden Euro, die wiederum aus der französischen Staatskasse finanziert wurden. Am unverständlichsten ist, dass die französische Führung es zulässt, dass unser Land von den Geschäftemachern, die sich Algerien unter den Nagel gerissen haben, beleidigt und verleumdet wird, obwohl es genügen würde, die Höhe der kolossalen Summen, die dort bis 1962 versenkt wurden, sowie die Liste all dessen, was französische Architekten und Ingenieure dort gebaut haben, zu veröffentlichen, um die Kläffer zum Schweigen zu bringen...

L’Afrique Réelle: Letztendlich hat sich Jules Ferry also geirrt?

Bernard Lugan: Ja, und darüber hinaus hat er Frankreich und die Franzosen betrogen, denn schon vor 1914 war klar geworden, dass das koloniale Unternehmen nicht wie versprochen Gewinne abwerfen würde. Außer in einigen marginalen Sektoren, wie ich anhand von Kerzen und Strohüten gezeigt habe. Da die Privatkapitalisten das afrikanische Reich als eine wirtschaftliche Angelegenheit ohne wirkliches Interesse betrachteten und sich nicht dafür interessierten, weigerten sie sich, dort zu investieren. Über die Steuern der Franzosen war der Staat gezwungen, für sie einzuspringen. Frankreich hatte eine schwere Rechnung zu begleichen, denn nach den Vorstellungen von Jules Ferry hätte die Erschließung und Schaffung der notwendigen Infrastruktur dem Kapitalismus überlassen werden müssen, also dem Privatsektor.

Da diese Investitionen nicht getätigt wurden und die Gebiete nicht über ausreichende eigene Ressourcen verfügten, mussten ihre Haushalte ständig durch Anleihen aus dem Mutterland aufgestockt werden, damit in Afrika die schweren Infrastrukturarbeiten wie Häfen, Brücken, Straßen, Krankenhäuser usw. durchgeführt werden konnten. Die Erschließung des afrikanischen Reiches wurde also vollständig von den Ersparnissen der Franzosen getragen und die beträchtlichen Summen, die dort investiert wurden, wurden dem verfügbaren Kapital des Mutterlandes entzogen, um in Übersee die Infrastruktur zu finanzieren, die in Frankreich jedoch notwendig war. Wieder einmal sind wir weit von der angeblichen „kolonialen Plünderung“ entfernt...

L’Afrique Réelle: Bei Jules Ferry, und Sie gehen auf diesen wesentlichen Punkt ein, gab es auch eine ideologische Haltung.

Bernard Lugan: Ja, denn der Imperialismus von Jules Ferry stand auf zwei Beinen, der Wirtschaft und der Philosophie, wie er am 28. Juli 1885 vor den Abgeordneten sehr deutlich machte, als er seine Kolonialdoktrin definierte. Für ihn sollte das Kaiserreich Frankreich zwar einen wirtschaftlichen und kommerziellen Absatzmarkt bieten, aber, und vielleicht noch mehr, sollte Frankreich, das „Vaterland der Aufklärung“, den Völkern, die es noch nicht kannten, die universalistische und emanzipatorische Botschaft, deren Träger es war, näher bringen. In seiner berühmten Rede vom 28. Juli 1885 scheute sich Jules Ferry nicht zu erklären:

„Man muss offen sagen, dass die höheren Rassen in der Tat ein Recht gegenüber den niederen Rassen haben; aber weil es auch eine Pflicht gibt. Sie haben die Pflicht, die niederen Rassen zu zivilisieren“.

Mit Ausnahme von Clemenceau und seinen Freunden teilte die französische Linke die gleiche Idee. So erklärte Albert Bayet, Präsident der Menschenrechtsliga und Würdenträger der Freimaurer, 1931 auf dem Kongress der Bewegung in Vichy, dass die französische Kolonisierung legitim sei, da sie die Botschaft der „großen Vorfahren von 1789“ trage. Unter diesen Bedingungen, so seine Meinung:

„Die Völker mit den Menschenrechten vertraut zu machen, ist keine Aufgabe des Imperialismus, sondern eine Aufgabe der Brüderlichkeit“.

Kolonisieren war also eine revolutionäre Pflicht, und Albert Bayet fügte hinzu:

„Das moderne Frankreich, Tochter der Renaissance, Erbe des 18. Jahrhunderts und der Revolution, vertritt in der Welt ein Ideal, das seinen eigenen Wert hat und das es im

Universum verbreiten kann und muss (...) Das Land, das die Menschenrechte verkündet hat, hat aufgrund seiner Vergangenheit die Aufgabe, die Ideen, die seine eigene Größe ausgemacht haben, zu verbreiten, wo es kann.“

L’Afrique Réelle: Das Paradox, das Sie hervorheben, ist, dass die katholische und monarchistische Rechte sich diesem revolutionären und freimaurerischen Ideal angeschlossen hat, das sie doch seit 1789 bekämpft hat...

Bernard Lugan: Die nationalistische und katholische Rechte, die philosophisch völlig lobotomisiert war und ihre doktrinären Bezugspunkte verloren hatte, schloss sich aus falsch verstandenem Patriotismus und im Namen der Evangelisierung der Heiden wie ein einziger Mann der universalistischen und revolutionären Kolonialdoktrin an, die von Jules Ferry definiert wurde, also tatsächlich den Prinzipien, die sie seit 1789 bekämpft hatte. Verantwortlich für diese intellektuelle Kapitulation war Kardinal Lavigerie, der den „Anti-Sklaverei-Kreuzzug“ initiierte und 1890 mit dem „Toast von Algier“ die Katholiken aufforderte, sich der Republik anzuschließen. Ich erkläre dies ausführlich in meinem Buch.

L’Afrique Réelle: Es gab dennoch einige Ausnahmen auf der Rechten.

Bernard Lugan: Ja, aber hauptsächlich innerhalb der legitimistischen Rechten. Später war Charles Maurras der erste, der erkannte, dass die Kolonisierung aufgrund ihrer universalistischen, assimilationistischen oder integrationistischen Prinzipien, die auf die Ideen von 1789 zurückgehen, einen demografischen Gegenschock auslösen könnte. Diese Befürchtung brachte er in einem intellektuell hochstehenden Artikel mit dem Titel „Qui colonise qui?“ zum Ausdruck, der am 13. Juli 1926 in der Action française im Zusammenhang mit der Einweihung der Moschee in Paris veröffentlicht wurde.

L’Afrique Réelle: Als Ergebnis der Kolonialisierung ist Frankreich also zur „Kolonie seiner Kolonien“ geworden. Wie konnte es dazu kommen?

Bernard Lugan: Es gibt mehrere Gründe für diese kataklysmische Katastrophe, die in der Geschichte der Menschheit einzigartig ist und unsere europäischen Gesellschaften in ernste existenzielle Gefahr bringt. Zunächst, im Vorfeld, das Versagen der entkolonialisierten Länder, dann die Gier einiger Industrieller, die billige Arbeitskräfte importierten. Dann die kriminelle Entscheidung von Giscard-Chirac, die Familienzusammenführung zuzulassen, wodurch aus einer vorübergehenden Arbeitsmigration eine Siedlungsmigration wurde. Und schließlich der „antirassistische“ Terrorismus, der die Einwanderung förderte, während es den Franzosen rechtlich untersagt war, sich ihr zu widersetzen, da die Linke glaubte, in den Migranten eine Ersatzwählerschaft zu finden.....

L’Afrique Réelle: Sehen Sie eine Lösung für diesen Schiffbruch?

Bernard Lugan: Abgesehen von der freiwilligen oder erzwungenen Remigration gibt es keine, denn alles andere ist nur Pose oder Illusion. Diejenigen, die seit Jahrzehnten an der Macht sind, sowie die „patriotischen“ Strömungen schlagen in der Tat zur Lösung des unlösbaren Problems der „großen Ersetzung“ dieselben Assimilations- und Integrationsrezepte vor, die im Kaiserreich nicht anwendbar waren, sowie dieselben nutzlosen wirtschaftlichen Imperative des immer höheren Subventionsniveaus. Der Demograf Jacques Dupâquier räumte mit dieser Utopie auf, als er 2006 schrieb – und seitdem hat sich das Phänomen noch beschleunigt -, dass „man sich nicht vorstellen darf, dass die Integration ganz von selbst, schön brav, vonstattengehen wird“.

Doch was gestern in Afrika gescheitert ist, wird morgen in den Vorstädten und in allen Gebieten des Mutterlandes scheitern, in denen eine Kolonisierung der Bevölkerung stattfindet. Hinzu kommt ein großer Unterschied: Um das Problem zu lösen, wird es nicht möglich sein, wie General de Gaulle es getan hatte, durch territoriale Amputation vorzugehen. Die Zukunft wird also stürmisch werden, und künftige europäische Generationen werden zwischen drei Optionen wählen müssen: schrittweise Unterwerfung, territoriale Teilung und damit inneres Exil sowie Rückeroberung. Doch nichts kann ohne die Beseitigung der schuldbeladenen Ideologie unternommen werden, die auf dem entmündigenden Mythos der „kolonialen Plünderung“ beruht. Möge dieses Buch zu dieser rettenden Säuberung beitragen.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [BREIZH-INFO](https://www.breizh-info.eu), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Jean-Marie Le Pen: „Die große Umvolkung findet vor unseren Augen statt, auch wenn diese Vorstellung bei vielen den Eindruck von Extremismus erweckt

12. 02. 2022



Ende 2021 interviewte die konservative ungarische Wochenzeitung Demokrata den Gründer des Front National, Jean-Marie Le Pen. Das Interview wurde Ende Januar 2022 in ungarischer Sprache veröffentlicht.

Ein halbes Jahrhundert lang war er die dominierende Figur des französischen nationalen Lagers, doch sein politischer Einfluss reichte weit über die Grenzen seines Landes hinaus. Bereits vor vierzig Jahren prangerte er die Gefahren an, die von der Masseneinwanderung ausgehen – auch wenn es stimmt, dass ihm damals noch kaum jemand zuhörte. Wie sieht er das heutige Europa? Was denkt er über Ungarn? Glaubt er, dass Nationen eine Überlebenschance haben? Demokrata besuchte den 93-jährigen Gründer des Front National, Jean-Marie Le Pen, in seiner Pariser Wohnung.

Demokrata: Es gibt eine Gemeinsamkeit zwischen Ihnen und den Ungarn: Für Ihre Karriere wie auch für ihr nationales Schicksal war 1956 das Jahr einer entscheidenden Wende.

Jean-Marie Le Pen: Das ist richtig. Gerade im Jahr des ungarischen Aufstands wurde ich zum ersten Mal in die Versammlung gewählt. Ich erinnere mich noch sehr gut an die Niederschlagung des Aufstands und die Nachrichten, die uns über den kommunistischen Terror erreichten, die nicht nur mich in meinen antisowjetischen Überzeugungen bestätigten, sondern auch dem gesamten Westen ein wenig die Augen öffneten.

Demokrata: Wie sahen Sie während der Jahre des Kalten Krieges die Beziehungen zwischen Frankreich und dem Ostblock?

Jean-Marie Le Pen: Da ich keine Machtpositionen innehatte, verfolgte ich die Ereignisse nicht als Protagonist, sondern eher als Beobachter. Damals betrachteten wir die Möglichkeit, dass die Rote Armee Westeuropa überschwemmen würde, als reale Gefahr. Dies war auch der Grund für die Legitimität des Militärbündnisses mit den Amerikanern. Daher achteten wir besonders auf alle Anzeichen, die auf die Gewaltbereitschaft der sowjetischen Diktatur hindeuteten. Aber heute scheint das alles schon so weit weg zu sein...

Demokrata: Es stimmt, dass seither viel Wasser unter den Brücken geflossen ist. Vor allem seit dem Zusammenbruch der UdSSR ...

Jean-Marie Le Pen: Für uns war der Zusammenbruch der Sowjetunion wie der Einsturz eines Gebäudes. Man kann sich ungefähr vorstellen, wie ein Holzhaus zusammenbricht oder abbrennt, aber sich vorzustellen, wie ein Betonkoloss von selbst ins Nichts zurückkehrt, ist schon schwieriger. Was wir unter Gorbatschow erlebt haben, war ein echter historischer Selbstmord. Damals war man erleichtert, weil die Bedrohung durch die Besatzung endlich verschwunden war. Heute hingegen erleben wir selbst die Implosion, die sowohl politisch als auch moralisch und religiös ist. Der Zusammenbruch des Gerüsts unserer Zivilisation ist nun unvermeidlich, da es schwieriger ist, gegen einen inneren Verfall zu kämpfen als gegen den Angriff eines äußeren Feindes. Damals steigerte die Angst vor der Sowjetunion unsere Wachsamkeit; seit ihrem Verschwinden hingegen ruhen wir uns auf unseren Lorbeeren aus, versinken in Bequemlichkeit, und der Niedergang hat begonnen.

Demokrata: Was ist die Ursache für diese Implosion?

Jean-Marie Le Pen: Ich glaube, dass die Wurzeln des Problems in der Aushöhlung des religiösen Gefühls liegen. Früher war es die Religion, die die moralischen Werte und die Lebensregeln diktierte, selbst für diejenigen, die nicht praktizierten oder persönlich nicht einmal gläubig waren. So kam es, dass die Schwächung der Religion zum Niedergang von allem anderen führte, von allem, was geistig, psychologisch oder mental von ihr abhängig war. Es ist wie ein Leuchtturm, der mitten in der Nacht ausfällt.

Demokrata: Besteht Ihrer Meinung nach Hoffnung, dass sich dieser Trend umkehrt?

Jean-Marie Le Pen: Hoffnung ist eine Kardinaltugend. Die Hoffnung blinkt am Ende des Tunnels, selbst für diejenigen, denen es an Glauben mangelt oder die überhaupt keinen Glauben haben. Wir alle leben in der Hoffnung auf die Ankunft einer Art Erlösung, sei sie irdischer oder himmlischer Natur. Doch die Zeit läuft unwiderruflich ab. Ich glaube, dass die öffentliche Meinung immer noch nicht bereit ist, bestimmte Tatsachen und die unvermeidlichen Konsequenzen daraus zu sehen. Zum Beispiel die Tatsache, dass die Erdbevölkerung innerhalb von fünfzig Jahren von zwei Milliarden auf fast acht Milliarden angestiegen ist – im Zuge eines Wachstums, das immer noch anhält. Dies wird dramatische Folgen haben, die bis zur Explosion unserer Welt reichen können. Die Mittel zur Bevölkerungsregulierung, die die Natur bereitstellte – wie die großen Krankheiten, die Pest oder die Cholera sind dank der Impfstoffe nun verschwunden, aber die Bevölkerungsexplosion wird nicht von einer vergleichbaren Ausweitung der verfügbaren Ressourcen begleitet. Der sich vergrößernde Abgrund zwischen den Bedürfnissen und den verfügbaren Ressourcen führt zu Konflikten und globalen Migrationsphänomenen. Ich begrüße die Klarheit von Ländern wie Ungarn und Polen, die diese Prozesse verstanden haben und sich darauf vorbereiten, sich zu verteidigen. Wenn Westeuropa ihrem Beispiel folgen würde, hätte es vielleicht eine Chance, dem heranziehenden Sturm zu entkommen. Da dies jedoch nicht der Fall ist, wird er uns mit sich reißen.

Demokrata: Sie gehörten zu den ersten, die auf die Gefahren der Einwanderung aufmerksam machten, die Westeuropa traf. Ihre Vorhersage von vor 40 Jahren scheint sich heute zu bewahrheiten...

Jean-Marie Le Pen: Seitdem muss ich mir oft vorwerfen lassen, dass ich dieses Problem immer wieder auf den Tisch bringe, egal worüber wir diskutieren. Ähnliche Vorwürfe werden heute Éric Zemmour gemacht, der sich um die Präsidentschaftskandidatur bemüht: Auch ihm wird nachgesagt, dass er von der Einwanderungsfrage besessen sei. Aber was kann ich dagegen tun, solange dieses Phänomen tatsächlich einen zentralen Platz einnimmt? Die Folgen des Wachstums der Weltbevölkerung lassen sich leicht berechnen. Wenn die Größe des Kuchens unverändert bleibt, während die Zahl der Gäste von 12 auf 48 und schließlich auf 96 steigt, wird der Kuchen letztendlich nicht mehr für alle reichen, nicht nur um satt zu werden, sondern sogar um zu überleben. In dem Raum, der sich von Wladiwostok bis Gibraltar erstreckt und den ich als „borealen Kontinent“ bezeichnet habe, ist das Bevölkerungswachstum mehr oder weniger normal. Es besteht also kein Zweifel daran, dass dieses Gebiet für einen Teil der Menschen, die in den unter Überbevölkerung leidenden Regionen leben, das Ziel ihrer Wahl sein wird. Was uns betrifft, so haben wir nicht nur das Recht, sondern geradezu die Pflicht, uns dagegen zu wehren, selbst wenn dies den christlichen Grundsätzen der Offenheit und Brüderlichkeit widerspricht. Europa wird auf eine harte Probe gestellt werden. Ein Freund von mir ist Schuldirektor in der Provence. In seiner Stadt gibt es insgesamt sechs Schulen, und der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund liegt bereits bei 90 %. Ich habe den Eindruck, dass die Grand Remplacement vor unseren Augen stattfindet, auch wenn diese Vorstellung bei vielen den Eindruck von Extremismus erweckt. Sie werden uns durch die Macht der Zahl unterwerfen.

Demokrata: Sie haben den Namen Éric Zemmour erwähnt. Was halten Sie von diesem Mann, der bislang als Publizist bekannt war und vor kurzem als Radikaler in die Politik gegangen ist? Unterstützen Sie ihn?

Jean-Marie Le Pen: Zemmour ist einer der Kandidaten des nationalen Lagers. Im Laufe des Wahlkampfs stellen sich die Kandidaten vor und treten dann im ersten Wahlgang gegeneinander an, damit schließlich nach dem zweiten Wahlgang nur noch einer von ihnen

im Rennen bleibt. Was mich betrifft, beschränke ich mich darauf zu sagen, dass ich im zweiten Wahlgang, egal was passiert, für den Kandidaten des nationalen Lagers stimmen werde. Wenn das Eric Zemmour sein sollte, werde ich für ihn stimmen; wenn es Marine Le Pen ist, werde ich natürlich für sie stimmen – ungeachtet der Art unserer bisherigen Beziehungen.

Demokrata: Aber für den ersten Wahlgang planen Sie nicht, dazu aufzurufen, für einen der beiden Kandidaten zu stimmen?

Jean-Marie Le Pen: Nein, ich möchte nicht wählen müssen [Ende Januar 2022 sprach sich Jean-Marie Le Pen schließlich für Marine Le Pen aus, Anm. d. Ü.]. Hinter Marine steht die Partei, die ich gegründet habe und aus der ich ausgeschlossen wurde. Ich sehe Zemmour – mit all seinen Schwächen – als die einzige authentische Persönlichkeit im Wettbewerb. Was auch immer geschieht, Zemmour wird unsere Anerkennung verdient haben, weil er mit der Faust auf den Tisch geschlagen und es gewagt hat, einige Wahrheiten auszusprechen, die man selbst in den sogenannten nationalen Kreisen aufgrund von Diskretion, Angst und Bequemlichkeit kaum mehr als geflüstert hört. Andererseits ist es sehr wichtig, auch die Programme der Kandidaten zur Kenntnis zu nehmen. Zemmour verspricht einige Dinge, die im Widerspruch zu allem stehen, was der Status eines Präsidenten mit sich bringt. Aber letztlich ist es ein Kampf, den das Aufeinandertreffen der beiden Massen von Anhängern zu gegebener Zeit entscheiden wird.

Demokrata: Im Gegensatz zu Zemmour hat Marine Le Pen eine alte Partei hinter sich, die auf jahrzehntelange Erfahrung zurückblicken kann, aber noch nie an der Macht war.

Jean-Marie Le Pen: Der Front National – oder, wie sie ihn heute nennen: der Rassemblement National – ist heute geschwächt. Wie im Fall der anderen alten Parteien und alten, zerfallenden Strukturen in Europa ist die Ursache auch hier im Verlust der geistigen Werte zu suchen. Doch so geschwächt die Partei auch ist, bietet sie Marine dennoch eine gewisse Unterstützung, da sie nicht so gut wie ihre Mainstream-Rivalen in den Medien und ähnlichen Strukturen verankert ist.

Demokrata: Éric Zemmour hingegen spielt den Alleingang.

Jean-Marie Le Pen: Ja, er ist allein ins Rennen gegangen, mit allen Nachteilen und Schwierigkeiten, die das mit sich bringt. Denn eine Partei, selbst wenn sie schwach ist, sichert ihrem Kandidaten eine beträchtliche Unterstützung und ein wertvolles Hinterland. Zemmour hingegen ist den Schwankungen der Umfragen und den Meinungsänderungen der Wähler ausgeliefert. Seine Chancen hängen von der Presse, den Kommentatoren und von Erklärungen ab, die mal loyal, mal verräterisch sind.

Demokrata: Wenn einer der Kandidaten aus dem nationalen Lager die Wahlen gewinnen sollte, welche Chancen hätte er, effektiv regieren zu können?

Jean-Marie Le Pen: Es würde mich wundern, wenn uns in der Politik die Opportunisten ausgehen würden: Um den Sieger herum werden die spontanen Hilfsangebote ihre Ellenbogen ausfahren. Eine echte Herausforderung für einen möglichen Präsidenten aus dem nationalen Lager wäre es jedoch, seine Autorität zu festigen, die derzeit geschwächten Regierungsstrukturen zu reformieren und Persönlichkeiten zu entlassen, die für ihre Aufgaben ungeeignet sind. Und all das würde nicht nur von uns abhängen.

Demokrata: Lassen Sie uns ein wenig über Ungarn sprechen, das Sie zuletzt vor etwa 20 Jahren auf Einladung von István Csurka besucht haben. Wie sehen Sie unser Land?

Jean-Marie Le Pen: Ich hatte gute Beziehungen zu István Csurka, wir respektierten uns gegenseitig als europäische Patrioten, auch wenn wir nicht in allem übereinstimmten. Ich bin ihm zu großem Dank verpflichtet, weil er es mir ermöglicht hat, die ungarische Realität persönlich zu erleben und das Land zu entdecken. Durch Bücher wäre mir das nicht gelungen. Seitdem hat sich viel verändert. Ich empfinde Sympathie und Mitgefühl für die ungarische Regierung aufgrund der ständigen Angriffe, denen sie ausgesetzt ist. Ich habe den Eindruck, dass Ungarn ein neues Modell geschaffen hat und zum Vorboten des Kampfes für die Verteidigung der westlichen Zivilisation geworden ist. In dieser Hinsicht unterstütze ich das Land von ganzem Herzen. Unter anderem hängt es von Ihrer Hartnäckigkeit ab, ob es Ihnen gelingt, die noch schlummernden Kräfte Westeuropas oder sogar Nordeuropas zu wecken. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass wir uns um eine Annäherung an die Russen bemühen müssen, die zwar historisch gesehen eine Bedrohung darstellten, deren Teilnahme am gemeinsamen Kampf aber trotz ihrer Schwächen heute unverzichtbar geworden ist. Russland ist nach wie vor das größte Land der Welt, während seine Bevölkerung insgesamt nur 140 Millionen beträgt und jedes Jahr eine Million Menschen verliert. Sind sie weiterhin in der Lage, ihr Territorium zu verteidigen? Es könnte sein, dass der Westen und Russland im selben Boot sitzen. Es steht außer Frage, dass sie aus militärischer Sicht mit ihrem Arsenal weiterhin in der Lage wären, sich zu verteidigen. Uns hingegen fehlen die geistigen Fähigkeiten, die notwendig sind, um gegen unbewaffnete Massen von Frauen, Kindern und Männern zu bestehen. Und genau das ist es, was unseren Untergang in unserer DNA verankert. Heute verwandelt unser gemeinsamer Feind die europäischen Völker in Freunde. Wie die Kinder einer anderen europäischen Nation sagen: Gott mit uns.

Demokrata: Als Sie 2003 Budapest besuchten, warnten Sie die Ungarn vor der Europäischen Union. Sie sagten ihnen, sie sollten sich nicht zu viele Illusionen machen und sich vor einer Struktur hüten, die mit großer Wahrscheinlichkeit in die Fußstapfen der Sowjetunion treten würde, da sie außerordentlich bürokratisch sei und versuche, die Nationen ihrer Souveränität zu berauben. Was denken Sie heute, zwanzig Jahre später, über all das?

Jean-Marie Le Pen: Ich habe den Eindruck, dass meine Vorhersagen leider Realität geworden sind – zumindest zum Teil. Aber man sollte die Hoffnung nicht aufgeben: Schließlich beginnt das Leben immer morgen.

Demokrata: Was halten Sie von der Bildung einer neuen Fraktion der Nationalen im Europäischen Parlament, die die ungarische Fidesz, die polnische PiS und die französische Rassemblement National vereinen würde?

Jean-Marie Le Pen: Die Idee ist gut; auch ich hatte seinerzeit versucht, etwas Ähnliches zu gründen. Leider scheiterte mein Versuch an der innenpolitischen Situation einiger der Parteien und an nationalen Ressentiments und Streitigkeiten, die sie seit Ewigkeiten mit sich herumschleppten. Ich glaube, dass wir immer in der Lage bleiben sollten, die größte Gefahr zu erkennen und weise zu entscheiden, gegen wen wir kämpfen sollten. Ich befürchte jedoch sehr, dass sich die menschliche Natur kaum ändern wird, sodass wir uns nur auf Gott verlassen können.

Demokrata: Sind Sie insgesamt optimistisch, was die Zukunft Frankreichs und der Europäischen Union angeht?

Jean-Marie Le Pen: Wenn wir nicht sofort alle Lecks stopfen – d.h. das Asylrecht, die Familienzusammenführung, das Bodenrecht und die doppelte Staatsbürgerschaft abschaffen; mit anderen Worten: wenn wir nicht zu Formen des nationalen Schutzes zurückkehren – werden wir untergehen. Das ist alles. Der Kampf findet in den Köpfen statt, und ich befürchte, dass wir bereits besiegt sind.

Demokrata: Viele haben gehofft, dass Ihre Enkelin Marion Maréchal dem französischen nationalen Lager neues Leben einhauchen könnte. Welche politische Zukunft sehen Sie für sie?

Jean-Marie Le Pen: Wenn die Politik weiterhin in den bisher bekannten Formen gespielt würde, wäre Marion für mich ein solides Versprechen für die Zukunft. Ich sage das nicht, weil sie meine Enkelin ist, sondern weil sie klare Vorstellungen hat, über die Erfahrung eines Abgeordnetenmandats verfügt und die ihr übertragenen Aufgaben stets hervorragend erfüllt hat. Das Problem ist nur: Bis sie an der Reihe ist, könnte die Masse der Menschen, die zu verhungern drohen, mit der Welt, wie wir sie kennen, reinen Tisch gemacht haben.

Demokrata: Sie sind nicht sehr optimistisch.

Jean-Marie Le Pen: Glauben Sie, dass es gut ist, einen Krebskranken über den Stand seiner Krankheit zu informieren?

Demokrata: Ich denke, ja.

Jean-Marie Le Pen: Und wenn man ihm das sagt, riskiert man nicht, ihn zu schwächen? Ich für meinen Teil bin dafür, in jedem Fall die Wahrheit zu sagen: Ich sage, was ich sehe. Das ist die Rolle, die mir in der französischen Politik zugefallen ist: die des Wächters, der vom Mast aus Ausschau hält, von wo aus er weiter sehen kann als seine Kameraden, die auf der Brücke geblieben sind, oder sogar weiter als der Kapitän. Die Pflicht des Wächters ist es, zu sagen, was er sieht, und nicht, was er gerne sehen würde. Gute und verantwortungsvolle Politik ist es, mit dem Schlimmsten zu rechnen und sich darauf vorzubereiten.

Demokrata: Es ist wie im Mythos: Die Rolle der Cassandra ist ziemlich undankbar...

Jean-Marie Le Pen: Es ist in der Tat eine undankbare Rolle, manchmal sogar eine schmerzhaft. Aber ich, ich habe die moralische Pflicht, das zu tun, was ich tun kann: zu sagen, was ich sehe oder was ich voraussehe. Natürlich kann ich mich irren – ich hoffe sogar, dass ich mich irren werde. Aber die Wahrheit muss gesagt werden, auch wenn sie die Gefühle anderer verletzt. Vor fünf Jahren brannte es in meinem Haus. Ich schrie sofort Feuer; als die Feuerwehr eintraf, befand ich mich im ersten Stock des Hauses und aus den Fenstern schlugen meterhohe Flammen. Die Feuerwehr griff das Feuer frontal an. Meine Kleidung, meine Anzüge verbrannten alle, aber wir konnten meine Fallschirmspringermütze und meine Orden retten. Das Feuer hatte alles weggefeht, aber in der Asche blieben Spuren zurück. Vielleicht war das ein Zeichen, um mir zu verdeutlichen, dass mein Leben nur ein mikroskopisch kleiner Punkt in der Geschichte der Menschheit war.

Demokrata: Und doch haben Sie Ihr ganzes Leben lang gekämpft.

Jean-Marie Le Pen: Ich habe immer Verteidigungs- und Rückzugskämpfe geführt: in Indochina, in Nordafrika und zu Hause. Ich habe mich oft zurückgezogen, aber ich habe nie

kapituliert und immer die Hoffnung bewahrt, verlorenes Terrain zurückzugewinnen. Ich habe meine Pflicht getan, denn es ist unsere Pflicht, die Unseren zu schützen. Liebe deinen Nächsten wie dich selbst: Das ist das wichtigste aller Gebote.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [BREIZH-INFO](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Exklusives Interview mit Marine Le Pen: „Offensichtlich wurde meine Äußerung nicht verstanden“

10. 02. 2022



Marine Le Pen, die Vorsitzende des Rassemblement National (RN) · Foto: Youtube Screenshot

Marine Le Pen kehrte aus Reims zurück und empfing Boulevard Voltaire in ihrem Wahlkampfhauptquartier. Bei dieser Gelegenheit sprach sie über ihre polemischen Äußerungen, die sie in Le Figaro und Causeur veröffentlicht hatte, und die Vorwürfe gegen das Umfeld von Éric Zemmour, die für viele Schlagzeilen gesorgt hatten. Bedauert Marine Le Pen ihren Satz? Sie bedauert, dass ihre Äußerung nicht verstanden wurde.

Guten Tag, Marine Le Pen, vielen Dank, dass Sie uns begrüßen. Das Interview, das Sie dem Figaro und Causeur gegeben haben, hat für viel Gesprächsstoff gesorgt. Sie haben darin den Kommunitarismus angesprochen, der in den Truppen von Eric Zemmour herrschen soll, insbesondere einen katholischen Kommunitarismus. Sie sprechen von schwefelhaltigen Kapellen und, ich zitiere, von „Katholiken, Heiden und einigen Nazis“. Ihnen wird vorgeworfen, die reductio ad Hitlerum verwendet zu haben, die jahrelang gegen Sie und gegen die Bewegung Ihres Vaters eingesetzt wurde und dazu beigetragen hat, Ihr Wort zu neutralisieren. Viele Katholiken haben sich sehr verletzt gefühlt, auch in Ihren eigenen Reihen. Bereuen Sie Ihre Äußerungen oder sind Sie der Meinung, dass Sie missverstanden wurden?

Was ich bedauere, ist, dass meine Äußerungen offensichtlich nicht verstanden wurden. Es handelt sich um einen Artikel, und in einem Artikel werden per definitionem Ideen aneinandergesetzt. Die Verbindung, die zwischen den beiden hergestellt wird, hat ein falsches Bild ergeben. Ich habe gesagt, dass ich glaube, dass die Vision von Éric Zemmour eine kommunitaristische Vision ist, d. h. dass man sich wieder auf uns konzentriert. Persönlich ist das nicht die Vision, die ich habe. Ich vergleiche Éric Zemmour nicht mit Islamisten, sondern sage, dass man, um auf einen verheerenden Kommunitarismus zu reagieren, sich nicht auf sich selbst zurückziehen und sagen darf, dass man eine Gemeinschaft verteidigt. Meiner Meinung nach ist die einzige Gemeinschaft, die es gibt, die nationale Gemeinschaft. Ich habe einen Unterschied in der Sichtweise zum Ausdruck gebracht. Dann, in einem anderen Satz, sehe ich in Wirklichkeit, dass Éric Zemmour nicht im Griff hat, was passiert. Es kommen Leute, die auf seine Linie Einfluss nehmen wollen. Im Übrigen widersprechen sich diese Kapellen untereinander. Das war der Sinn meiner Ausführungen, als ich von den traditionalistischen Katholiken und den Heiden sprach. Ich bin der Meinung, dass eine politische Bewegung konfessionslos sein muss. Der Rassemblement National ist es und alle haben übrigens für diese Satzung gestimmt. Ich denke, dass Religion eine persönliche Angelegenheit ist. Andererseits haben wir natürlich christliche Wurzeln. Das habe ich immer gesagt. Als es um eine europäische Verfassung ging, habe ich mich dafür eingesetzt, dass die christlichen Wurzeln Europas in die europäische Verfassung aufgenommen werden. Selbstverständlich bereitet mir dies keine Schwierigkeiten. Ich glaube, dass es nicht gesund ist, wenn es innerhalb politischer Bewegungen, im Grunde genommen, konstituierte Kapellen wie diese gibt. In der Form meiner Ausführungen sprechen wir über die schwefelhaltigen Elemente. Ich sage, dass es bei Éric Zemmour tatsächlich einige Nazis gibt. Das ist wahr, und ich finde es unverzeihlich. Ich habe mich sehr dafür eingesetzt, und das kann man mir durchaus zugestehen, dass ich Leute aus meiner politischen Bewegung ausschließe, die schwefelhaltig waren und Gedanken hatten, die mir zutiefst antinational erschienen. Sie waren Radikale, Extremisten und hatten eine ethnische, rassische Vision des politischen Kampfes. Ich habe sie noch einmal mit großer Energie und Entschlossenheit aussortiert, weil ich der Meinung bin, dass diese Leute aus dem politischen Leben verbannt werden sollten.

Nun stelle ich fest, dass sie, nachdem sie an den Rand gedrängt wurden, in der Bewegung von Eric Zemmour wieder ein politisches Schaufenster finden, der in Wirklichkeit nicht weiß,

wer in seiner Bewegung ist. Selbst wenn sich ihm eine Europaabgeordnete anschließt, kennt er nicht einmal ihren Namen und weiß nicht einmal, woher sie kommt. Er weiß also nicht, dass er ein wenig Opfer einer Form von opportunistischen und extrem widersprüchlichen Anschlüssen untereinander ist, darunter radikale Bewegungen wie die Parti de la France. Ich spreche nicht von Carl Lang, der nicht in dieser Geisteshaltung ist, aber Thomas Joly ist es und der Generalsekretär, der mit einer Flasche Zyklon B posiert, ist es. Solche Leute haben in der Politik nichts zu suchen.

Ich sage den Teams von Éric Zemmour, dass sie aufräumen sollen, weil sie nationale Ideen vertreten. Wenn sie nicht aufräumen, werden sie die nationalen Ideen insgesamt beschädigen und ein beklagenswertes Bild von ihnen abgeben. Ich habe zwanzig Jahre lang dafür gekämpft, eben diese nationalen Ideen zu verteidigen und zu verhindern, dass sie mit Radikalen und Extremisten gleichgesetzt werden. Es geht nicht an, dass diese nationalen Ideen unter dem Vorwand, dass sie von jemand anderem vertreten werden, wieder damit gleichgesetzt werden.

Ich bedauere, dass er nicht bereit ist, aufzuräumen. Ich habe Herrn Peltier sagen hören: „Wenn es welche gibt, werden wir sie feuern“. Ich höre diese Rede und ich mache Éric Zemmour noch einmal keinen Nazi-Prozess, ich sage nur: „Achtung, Sie sind dabei, Leute bei sich aufzunehmen, die nicht das geringste politische Schaufenster haben dürfen“.

Sie sagen, dass Éric Zemmour ein Opfer derer ist, die sich ihm angeschlossen haben.

Als man ihm diese Frage stellte, sagte er: „Nein, es gibt niemanden“. In diesem Fall war es nicht ich, der die Liste erstellt hat. Als die Journalisten mich fragten, wen ich meine, sagte ich ihnen, dass ich nicht die Vorsitzende von SOS Racisme oder der LICRA bin und auch nicht die Personalchefin bei Zemmour. Folglich ist es nicht meine Aufgabe, die Liste der Personen zu erstellen, die er ausschließen soll. In diesem Fall haben die LR diese Liste erstellt. Wenn man die Profile einiger Personen sieht, denke ich, dass es besser wäre, wenn er sagen würde, dass diese Leute ausgeschlossen werden müssen, wie ich es getan habe, als diese Leute meinten, sie könnten etwas sagen, was nicht zulässig ist.

Was antworten Sie, wenn Robert Ménard, der Ihnen doch nahe steht, die gleichen Anschuldigungen gegen Sie erhebt?

Robert Ménard kann nicht die gleichen Anschuldigungen erheben, da ich selbst heftig umstritten war und dies eines der Themen ist, bei denen ich mich in der Vergangenheit sehr mit meinem Vater gerieben habe. Jedes Mal, wenn jemand ein solches Verhalten an den Tag legte, wurde er sofort aus dem Rassemblement National geworfen, so dass man uns vorwarf, wir würden Säuberungen durchführen.

Wir haben tatsächlich die radikalen Elemente der Bewegung gesäubert, was ich natürlich nur begrüßen kann. Wenn ich nun sehe, dass sie durch ein Fenster zurückkehren, bedauere ich das, weil ich denke, dass alle nationalen Ideen darunter leiden werden, unabhängig davon, welcher Kandidat sie vertritt.

Kommen wir zurück zu den Katholiken. Ich habe verstanden, dass Sie sie nicht auf die gleiche Ebene gestellt haben und dass Sie sie als widersprüchliche Kapellen betrachtet haben. Einige bedauern, dass Sie Vorbehalte haben, den konservativen Korpus zu tragen und ihn zu übernehmen, wie es beispielsweise Ihr Freund Viktor Orbán tut, der bei gesellschaftlichen Themen, bei den LGBT-Lobbys und gegenüber dem progressiven

Kandidaten, wenn man so will, Emmanuel Macron, sehr weit vorne im Kampf ist. Ist es ein Widerspruch, sich über die Unterstützung von Viktor Orbán zu freuen und diesem Korpus gegenüber zurückhaltend zu sein?

Ich denke, dass diejenigen, die mir das vorwerfen, ihre religiösen Ideen vor den politischen Ideen verteidigen. In diesem Punkt bin ich mit ihnen nicht einverstanden. Menschen, die nicht in der Lage sind zu erkennen, dass es einen Unterschied zwischen Ungarn und Frankreich, Polen und Frankreich, Italien und Frankreich, den Vereinigten Staaten und Frankreich gibt, bedeutet, dass die nationale Idee für sie in Wirklichkeit hinten ansteht. Für mich steht die nationale Idee an erster Stelle. Frankreich ist ein säkulares Land. Dieses Thema war ein Diskussionspunkt innerhalb des Rassemblement National. Seit fast zwanzig Jahren trete ich für den Laizismus ein und sah mich mit Menschen konfrontiert, die gegen die Verteidigung des Laizismus waren, weil sie ihre religiösen Überzeugungen über die politischen stellten. Das ist eine Divergenz, die wir haben.

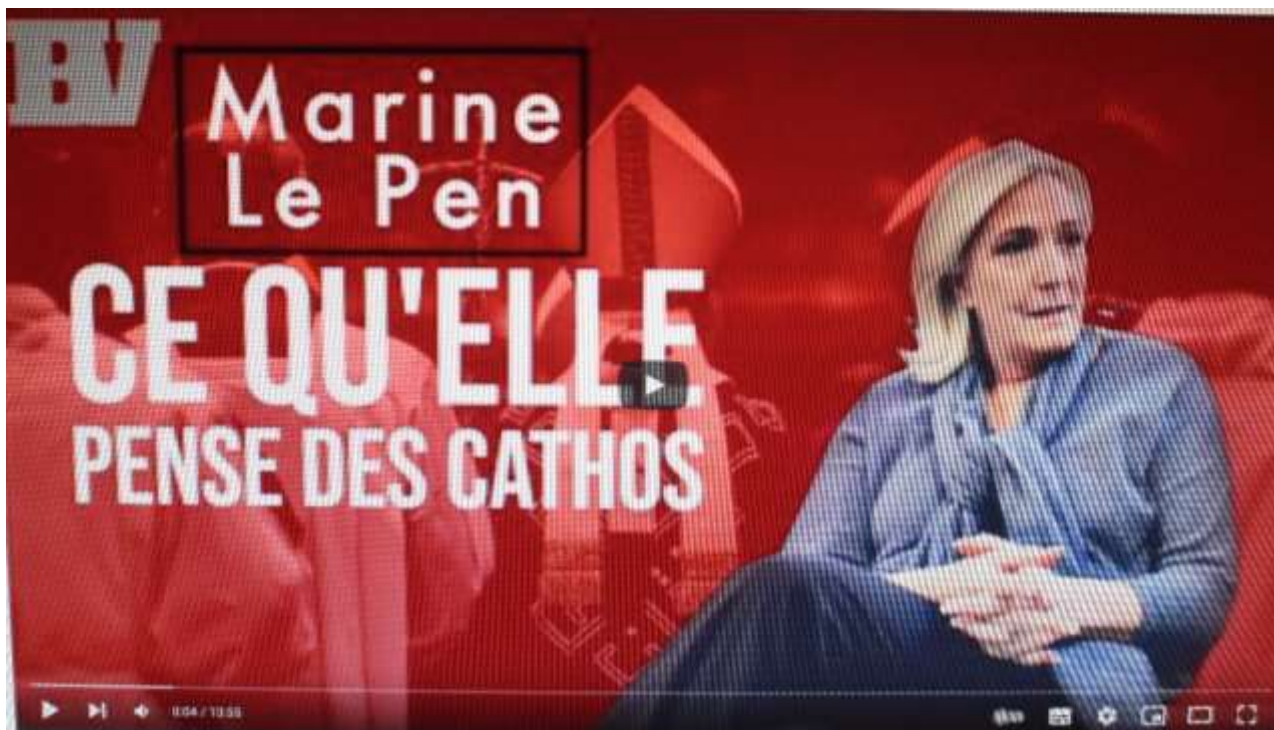
In der Rassemblement National gibt es viele Katholiken. Das habe ich zuerst gesagt und damit habe ich kein Problem. Es gibt sogar viele Katholiken aus Tradition. Ich selbst habe meine Kinder in Saint-Nicolas-du-Chardonnet taufen lassen und habe daher nichts gegen traditionalistische Katholiken, aber ich möchte nicht, dass sie in einer konstituierten Kapelle ihre religiösen Überzeugungen vor ihren politischen Überzeugungen verteidigen. Ich denke, dass dies nicht die Aufgabe einer politischen Bewegung ist. Es gibt die Religion auf der einen Seite und die politische Bewegung, die politische Ideen vertritt.

Dennoch gibt es in Frankreich – und es ist übrigens kein Zufall, dass Sie in Reims Ihre große Kundgebung abgehalten haben – eine Art Konsubstantialität zwischen dem Katholizismus und Frankreich. Éric Zemmour sagte heute Morgen: „Es gibt ein Erstgeburtsrecht des kulturellen Katholizismus in Frankreich, und wenn man dies bekräftigt, wird man auf diese Weise verhindern, dass sich Frankreich mit einem weißen Mantel aus Moscheen bedeckt.“ Teilen Sie diese Ansicht oder haben Sie eine andere Position zu diesem Thema?

Frankreich ist ein Land mit christlichen Wurzeln, das bestreitet kein vernünftiger Mensch. Unser ganzes Leben ist darauf aufgebaut. Es ist nicht nur unser Leben, es ist nicht nur der Name unserer Dörfer, es ist nicht nur unser Kalender, es sind nicht nur die Ferien unserer Kinder, es ist nicht nur unsere Landschaft mit ihren Kirchen und Kalvarienbergen, es ist nicht nur das, es ist die Vision, die wir vom Menschen haben, die von unseren christlichen Wurzeln bestimmt wird. Es ist die Vision der individuellen Freiheit, die durch diese christlichen Wurzeln formatiert wird. Wir sind unbestreitbar formatiert, unser Recht ist formatiert, unsere Weltanschauung ist formatiert. Wer das behauptet, rennt offene Türen ein. Gerade weil es unsere Wurzeln sind, gerade weil wir das so gut leben, sollten wir die Verteidigung dessen, was wir mit unseren christlichen Wurzeln und unserer Religion sind, nicht in eine Art religiösen Kampf gegen eine andere Religion verwandeln. Mein Ziel ist nicht der Kampf gegen eine andere Religion, sondern der Kampf gegen eine Ideologie. Es gibt eine islamistische Ideologie. Es ist diese totalitäre Ideologie, gegen die wir kämpfen müssen. Ich lehne es ab und bestreite in den Äußerungen von Éric Zemmour diese Absicht, sich unserer christlichen Wurzeln zu bedienen, um unter dem Deckmantel von Zivilisationskonflikten eine Form von Religionskrieg wiederzubeleben, bei dem man, wenn man ein wenig kratzt, deutlich sieht, dass seine Vision eine Vision von Religionskriegen ist. Ich will keinen Religionskrieg führen. Das wollen wir nicht, wir sind Franzosen und wissen, was ein Religionskrieg ist. Wir haben ihn erlebt! In unserem kollektiven Unterbewusstsein macht uns der Religionskrieg wahnsinnige Angst, und das ist normal. Unser Land ist unglaublich, weil wir es geschafft haben, aus diesen christlichen

Wurzeln heraus geboren zu werden und gleichzeitig den Laizismus geschaffen haben, der seinerseits seine Wurzeln in den Worten Christi hat. Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist. Das ist der Kern der Laizität. Lassen wir die absurden Kämpfe und seien wir uns bewusst, dass man, wenn man die politischen Ideen verteidigt, wie wir sie vertreten, d. h. die nationalen Ideen, natürlich auch verteidigt, was Frankreich ist, mit seinen christlichen Wurzeln und dieser christlichen Kultur, die unsere Vision und unser tägliches Leben prägt.

<https://www.youtube.com/watch?v=8ySkzEvzuus&t=4s>



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [BOULEVARD VOLTAIRE](https://www.boulevardvoltaire.com/), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Éric Zemmour: Frankreichs letzte Überlebenschance

08. 02. 2022



Paris, 18. Dezember 2021. Die algerische Fußballnationalmannschaft [gewinnt](#) den Arab Cup in Katar. Zehntausende algerische Anhänger, die algerische Fahnen schwenken, [stürmen auf](#) die Champs-Élysées in Paris. Schaufenster werden zertrümmert. Die Unruhen [dauern](#) bis zum Einbruch der Dunkelheit. Parolen werden [geschrien](#): „Lang lebe Algerien“, „Bei Allah, der Koran!“ – und auch „F*k France!“ und „F*k Zemmour!“ Die Polizei wird angewiesen, nicht einzugreifen. Sie wird trotzdem attackiert.

Am nächsten Tag stellt Jean Messiha, ein ehemaliges Mitglied der Partei Rassemblement National, im Fernsehen [fest](#): „Der große Austausch und der ethnische Hass, wir können sie sehen“.

Éric Zemmour, ein jüdischer Kandidat für die französische Präsidentschaft, äußert sich nicht. In einem Interview [stellt er schlicht fest](#): „traurigerweise sehr banale Szenen“.

Zehn Tage zuvor, am 8. Dezember, wurde in Nanterre, wenige Kilometer östlich von Paris, eine katholische Prozession, die zur Feier des Festes der Unbefleckten Empfängnis organisiert worden war, von jungen Muslimen [angegriffen](#), die Beleidigungen und Drohungen schrien. Die Katholiken wurden *kuffar* („Ungläubige“) genannt. „Wallah [ich schwöre] auf den Koran, wir werden Dir die Kehle durchschneiden“, [rief](#) ein junger Mann einem Priester zu und spuckte ihn dann an. „Dies ist das Land Allahs“, riefen andere; „Geh weg.“

Vorfälle wie diese sind in Frankreich üblich geworden. Noch gewalttätigere fanden in der jüngeren Vergangenheit statt. Frankreich ist das einzige Land in Europa, in dem ein Lehrer auf offener Straße mit einem Fleischermesser [enthauptet](#) wurde, weil ein Schüler ihn beschuldigte, den islamischen Propheten Mohammed nicht zu respektieren. Frankreich ist auch das einzige Land in Europa, in dem ein Priester in einer Kirche [ermordet](#) wurde,

während er eine Messe hielt. In der Nachkriegszeit ist Frankreich das einzige Land in Europa, in dem jüdische Kinder im Hof einer jüdischen Schule [ermordet](#) wurden. Frankreich hat auch die meisten „No-Go-Zonen“ ([mehr als 750](#)) in Europa.

Frankreich ist heute ein Land, in dem Christen und Juden so häufig beleidigt und angegriffen werden, dass die Zeitungen nur darüber berichten, wenn jemand getötet oder verwundet wird.

Frankreichs No-Go-Zonen sollten „Scharia-Zonen“ heißen. Sie werden von radikalen Imamen und muslimischen Banden [regiert](#), die von Diebstahl und Drogenhandel leben. Obwohl die meisten Einwohner französische Staatsbürger sind, [definieren](#) sich die meisten nicht als Franzosen, sondern als Bürger der Länder des Nahen Ostens, aus denen sie stammen. Sie akzeptieren keine jüdische oder christliche Präsenz, und die meisten Juden und Christen, die dort lebten, sind vor Jahren weggezogen, um woanders zu leben. Die Polizei [betritt diese Zonen nicht](#), und die Behörden halten es sogar für gefährlich, wenn Feuerwehr- und Krankenwagen einfahren.

Seit mindestens vier Jahrzehnten haben es die französischen Regierungen vermieden, über die Situation zu sprechen, oder sie haben gesagt, das Problem sei die [Armut](#), die durch Sozialhilfezahlungen oder die Entsendung von Psychologen und Soziologen gelöst werden könnte. Die Situation hat sich jedoch nur [verschlechtert](#). Die Verantwortlichen vermeiden es, über den Islam zu sprechen oder sie sagen, der Islam habe in Frankreich „[seinen Platz](#)“ und sei jetzt eine „[französische Religion](#)“.

Der französische Präsident Emmanuel Macron hat gesagt, er wolle mehr tun als seine Vorgänger und hat versprochen, den sogenannten „[islamischen Separatismus](#)“ zu bekämpfen. Er sagt, dass alle Probleme von einer [kleinen Handvoll Islamisten](#) ausgingen, die er als Anhänger „radikaler Bewegungen ohne Bezug zum Islam“ definierte und die von gefährlichen Unruhestiftern, die den muslimischen Glauben [verraten](#) würden, dazu angestiftet wurden, von anderen Franzosen getrennt zu leben. Macron weigert sich also weiterhin, sich irgendetwas „Unbequemem“ zu stellen.

Laut einer im September 2020 veröffentlichten [Umfrage](#) gaben 74 % der französischen Muslime unter 25 Jahren an, dass die Gesetze des Islam wichtiger seien als die Gesetze der Französischen Republik. Eine weitere zwei Monate später veröffentlichte Umfrage [ergab](#), dass 57 % der französischen Muslime unter 25 Jahren nach dem islamischen Recht der Scharia leben wollten.

Die Umfragen [zeigten](#) auch, dass muslimische Banden, die in den No-Go-Zonen leben und im Drogenhandel tätig sind, auch Diebstahl und Plünderungen gegen Unternehmen durchführen, die von Nicht-Muslimen in der Nähe dieser Zonen geführt werden. Die Gesetzlosigkeit spornt diese Nicht-Muslime an, ihre Geschäfte an Muslime zu verkaufen, die weder Plünderungen noch Drohungen riskieren. Die Bandenmitglieder [sagen](#), dass sie beim Stehlen und Plündern nur „die *Jizya*“ nehmen, eine islamische „Schutz“-Steuer, die von Nicht-Muslimen in Gebieten erhoben wird, die dem islamischen Recht unterliegen.

Jahrelang wurden diejenigen, die es wagten, die Situation explizit zu benennen, vor Gericht gestellt, von antirassistischen Organisationen des „islamophoben Rassismus“ [beschuldigt](#) und dann zu hohen Geldstrafen verurteilt. Vor zehn Jahren, im Jahr 2011, veröffentlichte der Autor Renaud Camus ein [Buch](#), *Le grand remplacement* („Der grosse Austausch“), in dem es hieß, dass die muslimische Zivilisation die französische Zivilisation ersetze und dass

diese Ersetzung für Nicht-Muslime von Gewalt und fehlender Sicherheit begleitet werde. Camus zahlte nicht nur Bußgelder. Er wurde nicht mehr in Radio oder Fernsehen eingeladen und alle französischen Verleger sagten, sie würden seine Bücher nicht mehr veröffentlichen. Er veröffentlicht jetzt im [Selbstverlag](#).

Ein anderer Autor und Journalist, Éric Zemmour, schrieb [das Gleiche](#) und wurde oft – ebenfalls wegen „islamophobem Rassismus“ – zu [hohen Geldstrafen](#) verurteilt. Seine Bücher waren jedoch [Bestseller](#) und die Talkshows, zu denen er eingeladen wurde, hatten enormen Erfolg – was ihn schützte. Radio- und Fernsehsender sowie die Zeitung, die seine Ansichten veröffentlichte, entließen ihn nicht.

Dies der Kontext, in dem Zemmours Entscheidung, für die französische Präsidentschaft zu kandidieren, verstanden werden muss.

Das im September 2021 erschienene Buch *La France n'a pas dit son dernier mot* („Frankreich hat sein letztes Wort nicht gesprochen“) [beschreibt](#) seine enttäuschenden Gespräche mit französischen Politikern. Niemand hat ein Wort bestritten, das er geschrieben hat. Er organisierte Treffen im ganzen Land, um zu erklären, was seiner Meinung nach getan werden müsste, und [erklärte](#) am 30. November seine Kandidatur, indem er ein [Video](#) auf YouTube veröffentlichte.

Was Zemmour [sagte](#), stand in scharfem Kontrast zu den Sätzen seiner Konkurrenten. Er versuchte nicht, zu gefallen oder Tatsachen zu verwässern. Er redete von der Zerstörung Frankreichs:

„Frankreich ist nicht mehr Frankreich, und jeder sieht es ... Die Dritt-Welt-isierung unseres Landes und unseres Volkes verarmt ebenso wie es zerfällt, ruiniert ebenso wie es quält.“

Er wies auf den fehlenden Mut französischer Politiker hin:

„Ich habe gesehen, dass kein Politiker den Mut hatte, unser Land vor dem tragischen Schicksal zu bewahren, das es erwartet. Ich habe gesehen, dass all diese vermeintlichen Profis vor allem anderen impotent waren.“

Zur [Begründung](#) seiner Entscheidung sagte er:

„Ich habe beschlossen, Sie um Ihre Stimme zu bitten, Ihr Präsident der Republik zu werden, damit unsere Kinder und Enkel die Barbarei nicht kennenlernen. Damit unsere Töchter nicht verschleiert werden und unsere Söhne nicht gezwungen werden, sich zu unterwerfen.“

Zemmour [gründete](#) eine politische Partei und nannte sie „Reconquête“ („Rückeroberung“), was von einigen als Anspielung auf die Reconquista angesehen wurde, die Rückeroberung Spaniens durch Christen nach Jahrhunderten der muslimischen Besetzung.

Für einige Wochen gelang es ihm, die Frage nach dem Überleben Frankreichs und seiner Zivilisation in den Mittelpunkt jeder Debatte zu [stellen](#). Jedes Mal, wenn die Medien ihn zu einer Rede einluden, wiederholte er unermüdlich, dass das [Überleben Frankreichs](#) auf dem Spiel stehe und dass die Wahlen von 2022 die letzte Chance sein könnten, das Land zu retten. Er [sprach](#) von der Gefahr eines Bürgerkriegs: „Ich möchte nicht, dass Frankreich ein Libanon im großen Maßstab wird“, sagte er.

Die anderen Präsidentschaftskandidaten waren dann gezwungen, dieselben Fragen zu stellen, die er stellte, aber sie beantworteten sie nicht. Marine Le Pen, Präsidentin der Partei Rassemblement National, [sagte](#), Zemmour sei zu pessimistisch und habe die Franzosen gespalten. Valerie Pécresse, die von der gemäßigten Rechtspartei Die Republikaner gewählte Kandidatin, [sagte](#) einfach, dass „Éric Zemmour ein Komplize der extremen Rechten ist. Ich gehöre zu einer Rechten, die einen Deich gegen die extreme Rechte gebaut hat.“ Die linken Kandidaten verweigerten eine Antwort ganz und [sagten](#), Zemmour sei „ein Faschist“.

Die französischen Mainstream-Medien, die Zemmour eingeladen hatten, mussten ebenfalls die Fragen stellen, die er stellte; Fast alle sagten, er sei exzessiv, [obsessiv](#) und Frankreich sei nicht in Gefahr.

Heute bezeichnen „antirassistische“ und französische muslimische Organisationen Zemmour weiterhin als [Rassisten](#). Francis Kalifat, Präsident des Repräsentativen Rates jüdischer Institutionen in Frankreich (CRIF), [sagte](#), dass kein Jude für Zemmour stimmen sollte, und Yonathan Arfi, Vizepräsident von CRIF, [schrieb](#): „Als Juden sind wir natürlich nicht verantwortlich für das, was Éric Zemmour sagt. Doch wir haben die Verantwortung, uns ihm in den Weg zu stellen.“ Haim Korsia, der Oberrabbiner von Frankreich, [erklärte](#) sogar, Zemmour, der sich selbst als „[Berberjude](#)“ bezeichnet, sei ein „Antisemit“.

Präsident Macron spricht nie von Zemmour, doch Regierungsmitglieder und Führer von „La République en Marche“, der 2017 von Macron gegründeten Partei, tun dies – und das mit starken Worten. Gesundheitsminister Olivier Veran [sagte](#), dass „Éric Zemmour Ablehnung, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit verkörpert“ und sich in einem „permanenten Zustand des Deliriums“ befinde. Der frühere Innenminister Christophe Castaner [sagte](#), Zemmour beleidige „jeden Tag das französische Volk“.

Die Präsidentschaftswahlen in Frankreich finden in zwei Runden statt. In der ersten Runde gibt es viele Kandidaten – offiziell [24 Kandidaten](#) für die Präsidentschaftswahlen 2022, von denen die meisten 1–2 % der Stimmen erhalten werden. In der zweiten Runde treten nur die beiden Spitzenkandidaten an.

Bis Zemmour seine Kandidatur erklärte, deuteten die Umfragen darauf hin, dass Präsident Macron in der zweiten Runde gegen Marine Le Pen [antreten](#) und mit Leichtigkeit gewinnen würde. Ihr Vater, Jean-Marie Le Pen, wurde mehrfach wegen [antisemitischer Äußerungen](#) verurteilt. Obwohl sie ihr Bestes getan hat, um zu zeigen, dass sie völlig anders als ihr Vater und keineswegs antisemitisch ist, trägt sie immer noch seinen Namen, was ein unüberwindbares Handicap zu sein scheint. Um ihr Image zu ändern, [verwässerte](#) sie sogar ihre Positionen, offensichtlich ohne Erfolg.

Von September bis Mitte Dezember 2021 [zeigten](#) Umfragen, dass Zemmour im zweiten Wahlgang durchaus Macrons Gegner sein könnte. Seit Mitte Dezember haben sich die Umfragen jedoch geändert, und Marine Le Pen, Valerie Pécresse und Éric Zemmour sind [gleichauf](#). Es ist daher möglich, dass Le Pen es in die zweite Runde schaffen könnte. Wenn das passiert, ist das Ergebnis dasselbe wie vor Zemmours Kandidatur – und Macron wird wiedergewählt. Wenn es Valerie Pécresse in die zweite Runde schafft, wird ebenfalls Macron wiedergewählt: Ihre Positionen liegen [nahe](#) bei denen von Macron, was bedeutet, dass die Wähler, die eine konservativere Politik wünschen, sie wahrscheinlich nicht wählen werden. „Valérie Pécresse hat die gleichen Ideen wie Emmanuel Macron und kann ihn nicht

besiegen“, [sagte](#) Guillaume Peltier, Vizepräsident der Republikanischen Partei am 10. Januar. „Nur Eric Zemmour hat eine Chance.“ Am Tag zuvor, am 9. Januar, verließ Peltier die Republikaner, um sich der Zemmour-Kampagne [anzuschließen](#).

Sollte Zemmour es in die zweite Runde schaffen, hat Macron immer noch gute Chancen auf eine Wiederwahl. Macron schürt die Angst vor Covid-19. Die Regeln, die der französischen Bevölkerung auferlegt werden, sind immer noch äußerst streng. Frankreich befindet sich in einem „gesundheitlichen Ausnahmezustand“, und die Polizei, die die Einhaltung durchsetzt, verfügt über umfassende Kontrollbefugnisse. Ein [Impfpass](#) wurde eingeführt; Nur vollständig geimpfte Personen können in Restaurants und Cafés oder ins Kino gehen oder den Zug nehmen. Die Polizei kann überall, außer in der eigenen Wohnung, Impfässe und Ausweisdokumente verlangen. Täglich widmen sich die Titelseiten der Zeitungen der Pandemie und den Fallzahlen. Menschen, die ins Krankenhaus eingeliefert wurden, und Todesfälle werden in Großschrift angezeigt. Auch die Fernsehnachrichten widmen sich weitgehend der Pandemie. Wenn Macron [redet](#), geht es fast nur um die Pandemie. Politische Analysten glauben offenbar, dass seine Wiederwahl sicher ist, wenn er es [schafft](#), alle anderen Themen zu vermeiden. Tut er das nicht, könnte alles anders kommen.

Eine kürzlich durchgeführte Umfrage zeigt, dass eine große Mehrheit der Franzosen – 60 % – die Verwendung des Impfpasses und die geltenden strengen Vorschriften [befürworten](#). Die Angst vor Krankheit und Tod bleibt groß.

Die Umfragen zeigen jedoch auch, dass die Ideen, die Zemmours Wahlkampf zugrunde liegen, von den Franzosen weitgehend geteilt werden. Ein Meinungsforschungsinstitut hat kürzlich eine Stichprobe von Franzosen gefragt:

„Manche Leute sprechen von dem großen Austausch, bei dem die europäische, weiße und christliche Bevölkerung im Gefolge der muslimischen Einwanderung aus dem Maghreb und Schwarzafrika vom Aussterben bedroht ist. Glauben Sie, dass ein solches Phänomen in Frankreich auftreten wird?“

[67 %](#) der Befragten antworteten: Ja. Die Umfrage fragte dann, ob sich die Befragten Sorgen über die Möglichkeit eines großen Austausches machen. [67 %](#) der Personen antworteten: Ja. 63 % [antworteten](#), dass sie der Meinung seien, der Islam sei eine Gefahr für Frankreich.

Journalisten, die die Umfrage kommentierten, [sagten](#): „Der große Austausch ist eine Fantasie“. Viele Franzosen sind eindeutig anderer Meinung.

Zemmour [sagte](#) kürzlich während einer Radiosendung: „Nein, der große Austausch ist keine Fantasie“. Er gab [Zahlen](#) an:

„Jedes Jahr kommen 400.000 muslimische Einwanderer nach Frankreich. In fünf Jahren macht das zwei Millionen Muslime mehr. Diese Muslime ziehen in die muslimischen Gebiete und integrieren sich nicht ... Was glauben Sie, was das bedeutet?“

Anstatt zu antworten, wechselten die Journalisten, die ihn interviewten, das Thema. Die von ihm angegebenen Zahlen stammen aus amtlichen Dokumenten; sie stimmen.

Er [redete](#) auch von seinen eigenen Erfahrungen. Am 25. Oktober 2021 lud ihn Fernsehmoderator Jean-Marc Morandini ein, die Einwohner von Drancy zu [treffen](#), einer kleinen Stadt in den östlichen Vororten von Paris, in der Zemmour seine Kindheit verbracht

hatte. In den 1960er Jahren, erinnerte sich Zemmour, lebten dort Menschen aus der französischen Mittelschicht und viele Juden, die Algerien 1962 am Ende des Französisch-Algerischen Krieges verlassen hatten. Damals sei das Leben in Drancy ruhig und friedlich gewesen. Jetzt, sagte Morandini, gebe es in Drancy keine einzige jüdische Familie mehr; Es ist heute eine überwiegend muslimische Stadt, wie viele Städte in der Umgebung, und dass es 2017 zu [Unruhen](#) gekommen war, die von Behauptungen von „Polizeibrutalität“ begleitet wurden. In Aulnay-sous-Bois, einer Nachbarstadt von Drancy, hatte ein junger Krimineller afrikanischer Abstammung, Theodore Luhaka, sich gewaltsam gegen die Polizeibeamten gewehrt, die ihn verhafteten, und sie des sexuellen Übergriffs [beschuldigt](#). Die gesamten östlichen Vororte von Paris standen eine Woche lang [in Flammen](#). Die Polizisten wurden entlassen, angeklagt und dann von der Justiz [freigesprochen](#). Dann [unterstützte](#) Präsident François Hollande Luhaka, nicht die Polizei.

Zemmour konnte sich nur im Schutz eines Dutzends bewaffneter Polizisten durch die Stadt bewegen. Er traf nur ein paar Leute, alle feindselig. Eine Menschenmenge, die „Zemmour, geh weg“ und „Allahu Akbar“ schrie, folgte ihm. Als er eine muslimische [Metzgerei](#) betrat und den Metzger fragte, ob es in der Stadt eine nicht-muslimische Metzgerei gebe, antwortete der Metzger: „Eine französische Metzgerei? Ich glaube, es gibt noch eine im französischen Viertel.“ „Gibt es noch ein französisches Viertel in Drancy?“ fragte Zemmour.

Am 26. November 2021 versuchte Zemmour, Marseille zu besuchen. Überall, wo er hinging, wurde er mit „Allahu Akbar“-Rufen [begrüßt](#). Junge Muslime bedrohten ihn verbal. Das Restaurant, in dem er zu Mittag essen sollte, wurde vollständig [durchwühlt](#). Die Polizei versuchte nicht, es zu schützen. Die [Bevölkerung](#) von Marseille besteht heute zu 40 % aus Muslimen. Analysten sagen voraus, dass Marseille – die zweitgrößte Stadt Frankreichs – in weniger als einem Jahrzehnt mehrheitlich muslimisch sein wird.

Die öffentliche Versammlung, die Zemmour zum Start seiner Kampagne am 5. Dezember 2021 organisierte, wurde von Hunderten von Polizisten [beschützt](#). Die Menschen, die kamen, wurden von Gruppen begrüßt, die „Allahu Akbar“ und „Zemmour der Faschist“ schrien. In der großen Halle, in der das Treffen stattfand, [attackierte](#) ein Mann Zemmour und versuchte, ihn zu erwürgen. Zemmours Leibwächter übergaben ihn der Polizei; ihm wurde vorsätzliche Körperverletzung vorgeworfen. Dreizehntausend Menschen waren anwesend. In seiner Rede [sagte](#) Zemmour zu ihnen: „Sie hassen mich, weil sie euch hassen“.

Der Journalist Ivan Rioufol [schrieb](#) in *Le Figaro*: „Was sagt der Kandidat, außer dass es dringend erforderlich ist, zu versuchen, das sterbende Frankreich zu retten, und sich die Sorgen des verachteten französischen Volkes anzuhören?“

„Wenn Macron wiedergewählt wird“, [sagte](#) Zemmour am 13. Januar im Fernsehen, „ist der Bürgerkrieg fast sicher. Viele Franzosen wissen es.“

Am 21. April 2021 [veröffentlichten](#) 1.200 Berufssoldaten, darunter 20 Generäle, einen offenen Brief in der Wochenzeitschrift *Valeurs Actuelles*, in dem sie dasselbe sagten. Macron reagierte nicht, aber Verteidigungsministerin Florence Parly verkündete, die Unterzeichner seien „unverantwortlich“ und würden schwer sanktioniert. Viele der noch Aktiven wurden von ihren Aufgaben entbunden. Einen Monat später, am 11. Mai, [veröffentlichte](#) *Valeurs Actuelles* einen weiteren offenen Brief, der dieses Mal von Tausenden von Berufssoldaten unterzeichnet wurde, die darum baten, ihre Namen nicht zu veröffentlichen. Der Text ist explizit:

„Wir sehen Gewalt in unseren Städten und Gemeinden. Wir sehen, wie sich der Kommunitarismus im öffentlichen Raum und in der öffentlichen Debatte durchsetzt. Wir sehen, wie der Hass auf Frankreich und seine Geschichte zur Norm wird ... Ihr überlasst, ohne zu reagieren, ganze Bezirke unseres Landes dem Gesetz des Stärkeren ... wenn ein Bürgerkrieg ausbricht, wird die Armee auf ihrem eigenen Boden die Ordnung aufrechterhalten müssen ... Niemand kann eine so schreckliche Situation wollen ... aber ja, wieder braut sich in Frankreich ein Bürgerkrieg zusammen und ihr wisst es ganz genau.“

Valeurs Actuelles hat aus dem offenen Brief eine [Petition](#) gemacht. Innerhalb weniger Stunden hatten Tausende von Franzosen sie [unterzeichnet](#). Auch hier reagierte Macron nicht. Bis heute hat er seine Position nicht geändert. Von der Krise in Frankreich spricht er nicht.

Journalisten der Mainstream-Medien und politische Feinde von Zemmour prüfen jedoch jedes Wort, um Ausreden zu finden, um ihn anzugreifen. Am 15. Januar [sagte](#) Zemmour während eines Treffens mit Lehrern und Eltern von Schülern, er denke, dass behinderte Kinder in speziellen Einrichtungen unterrichtet werden sollten, und fügte hinzu: „Diese Kinder sind völlig überfordert ... Also denke ich, dass wir spezialisierte Lehrer brauchen, die sich um sie kümmern.“ Anstatt über die tatsächlichen Schwierigkeiten nachzudenken, von denen er sprach, warf ihm die für Menschen mit Behinderungen zuständige Staatssekretärin Sophie Cluzel vor, „behinderte Kinder aus den Schulen der Republik [entfernen](#)“ zu wollen und „Unterschiede abzulehnen“. Marine Le Pen [beschuldigte](#) Zemmour, „durch eine Behinderung geschwächte Kinder angegriffen zu haben“. Valerie Pécresse [sagte](#): „Mein Projekt ist mehr Inklusion für behinderte Kinder“. Zemmour [antwortete](#) am 15. Januar, dass er die Unterstützung von Tausenden von Eltern behinderter Kinder erhalten habe, die sagten, sie hätten sich von der Regierung im Stich gelassen gefühlt. Er warf seinen Kritikern Heuchelei und Lügen vor und betonte, er wolle den Mangel an Schulen, die auf die Betreuung behinderter Kinder spezialisiert sind, beheben.

Andere Angriffe werden zweifellos seinen Äußerungen folgen, was auch immer er sagt. Am 17. Januar [verurteilte](#) ein Richter Eric Zemmour zu einer Geldstrafe (10.000 Euro) wegen „Aufstachelung zum Rassenhass“, weil er am 29. September 2020 in einer Fernsehtalkshow [gesagt](#) hatte, dass ausländische „unbegleitete Minderjährige“ in Frankreich weder isoliert noch Minderjährige seien und viele Verbrechen begehen würden. Polizeiberichte zeigen, dass dies korrekt ist. Zemmour hatte nicht über Rasse geredet. Das Urteil wird zweifellos in der Revision aufgehoben, aber einige Tage lang hatten die Mainstream-Medien in Frankreich Gelegenheit, zu [sagen](#), dass Zemmour erneut wegen „Rassismus“ verurteilt worden sei.

Als Zemmour Journalist war, wurde er von Befürwortern der politischen Korrektheit allgemein gehasst. Sie versuchten unermüdlich, ihn zu zerstören, ohne Erfolg. Jetzt, da er ein Präsidentschaftskandidat ist, scheinen diejenigen, die ihn gehasst haben, ihn noch mehr zu hassen und sind bereit, ihre Anstrengungen zu verdoppeln, um ihn zu zerstören. Wenn im Februar der französische Präsidentschaftswahlkampf ernsthaft beginnt, werden sich die Angriffe höchstwahrscheinlich verschärfen.

Trotzdem haben sich ihm andere ernsthafte Politiker angeschlossen. Guillaume Peltier war nur der Erste: Jérôme Riviére, Fraktionsvorsitzender der Fraktion des Rassemblement National im Europäischen Parlament, [kam am 19. Januar](#) an Bord, [ebenso wie](#) Gilbert Collard, einer der Führer des Rassemblement National, am 22. Januar. Vielleicht nimmt ein Trend Gestalt an?

Dr. Guy Millière, Professor an der Universität Paris, ist Autor von 27 Büchern über Frankreich und Europa.



GATESTONE INSTITUTE

INTERNATIONAL POLICY COUNCIL

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [GATESTONE INSTITUTE](https://www.gatestoneinstitute.org), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Bruno Gollnisch zur Wahl in Frankreich: „Es besteht die Gefahr einer Spaltung des patriotischen Lagers“

04. 02. 2022



Bruno Gollnisch legt hier ohne Zungenrede oder Vorspiegelung falscher Tatsachen seine Meinung als „Lepénologue“ dar. Die ehemalige Nummer zwei des FN und ehemaliger Konkurrent von Marine Le Pen um den Parteivorsitz im Jahr 2011 liefert seine Analyse der Kampagne von Marine Le Pen, aber auch der Kandidatur von Éric Zemmour und den Bestrebungen von Marion Maréchal. Die Conclusio: Durch das Antreten Zemmours und den verschiedenen Strategien im Lager von Le Pen sowie dem Wiedererstarken der Republikaner droht eine unüberwindbare Spaltung der Patrioten, die letztendlich nur dem Globalisten Macron in die Hände spielen wird. Alles hängt davon ab, ob sich das „rechte Lager“ auf eine gemeinsame Unterstützung im zweiten Wahlgang gegen Macron einigen kann.

<https://www.youtube.com/watch?v=PVDLnK5hd50>

Gollnisch : "Il y a un risque de fracture du camp patriote"

6.385 Aufrufe

02.02.2022

292

Mag ich nicht

Teilen

Speichern



[Boulevard Voltaire](#)

68.900 Abonnenten

L'ex numéro deux du FN et ancien concurrent à la présidence du parti livre son analyse sur la campagne de Marine Le Pen mais aussi de la candidature de Eric Zemmour et les velléités de Marion Maréchal. bvoltaire.fr



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [BOULEVARD VOLTAIRE](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Frankreich: Zemmour im Aufwind, Le Pen vor Péresse – Die Umfrage, die die Karten neu mischt

03. 02. 2022



FRANKREICH | Die jüngsten Umfragen lassen die Wahlabsichten zugunsten von Éric Zemmour wieder aufleben und sorgen dafür, dass die Spannung in einer Präsidentschaftswahl, die noch lange nicht entschieden ist, neu entfacht wird.

Am Dienstagabend, den 1. Februar, triumphierten die Anhänger von Éric Zemmour und brachten das Wort #DynamiqueZemmour an die Spitze der meist getwitterten Themen in Frankreich im sozialen Netzwerk. Der Grund für den Hype? Eine Umfrage von IFOP-Fiducial 2022 für Paris Match, LCI und Sud Radio brachte wieder einmal Ungewissheit. Die Wahl, die mit einem Sieg Emmanuel Macrons gegen Marine Le Pen als sicher galt, lässt immer mehr Szenarien zu. Wer könnte heute schon vorhersagen, wie sich die Franzosen in 67 Tagen entscheiden werden?

Die jüngste Umfrage mischt die Karten erneut neu. Das Zemmour-Lager triumphiert: Sein Champion legt zu (um 0,5 Punkte im Vergleich zur vorherigen Welle) und ist mit 14 % wieder im Rennen. Zemmour hat vielleicht noch nicht das letzte Wort gesprochen, um den Titel seines Buches zu paraphrasieren, zudem ist es recht selten, in diesem Stadium des Wahlkampfes noch einen Aufschwung zu beobachten. Er muss diesen Zuwachs jedoch in den nächsten Meinungsumfragen bestätigen, um die etablierte Ordnung zu bedrohen. In der Zwischenzeit finden seine Anhänger, die in den letzten Wochen Meister in der Kunst des Zweifels gegenüber den Umfragen waren, in den sozialen Netzwerken den Glauben der Bekehrten wieder.

Der Hauptschock dieses Thermometers, das von einem Institut mit dem Ruf der Seriosität (nicht alle sind seriös...) in die Meinungsforschung eingespeist wird, betrifft jedoch eher Marine Le Pen und Valérie Pécresse. Die beiden Politikerinnen liegen weiterhin eine gute

Länge vor Éric Zemmour. Vor allem aber dominiert Marine Le Pen die LR-Kandidatin zum ersten Mal seit der Vorwahl der Republikaner deutlich. Mit 17,5 % der Wahlabsichten zu ihren Gunsten (auf Wochenbasis) erobert Le Pen ein Ticket für die zweite Runde der Präsidentschaftswahlen zurück, vor Valérie Pécresse, die mit 16 % angegeben wird und damit um einen halben Punkt zurückgegangen ist. Dies könnte den Stab von Pécresse, die wieder Hoffnung schöpfte, beunruhigen... und die Truppen des Rassemblement National, die von der Abwanderung ihrer Kader zum Rivalen Zemmour betroffen sind, wieder aufstocken.

Aber die drei Champions der Rechten, Zemmour, Le Pen und Pécresse, wurden in der ersten Runde weiterhin deutlich von einem immer noch soliden Macron mit 24 % dominiert. Die Anzeichen einer Schwäche in dieser Wählerbasis spiegeln sich noch nicht in den Umfragen zur Wahlabsicht wider. Um die Linke zu schlagen, muss die Rechte daher jetzt ernsthaft über die Einheit in der zweiten Runde nachdenken. Zusammen kommen die drei Kandidaten auf 47,5 % der Stimmen. Am 24. April kann Frankreich kippen.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [BOULEVARD VOLTAIRE](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

S p a n i e n (Seiten A 186 bis A 187)

09) Spanien: Rechtspartei VOX als klarer Wahlsieger der Parlamentsneuwahl in der Region Kastilien und León

Von Eduardo García Serrano

14. 02. 2022



SPANIEN| Die regierende sozialistische Partei PSOE des spanischen Ministerpräsidenten Pedro Sánchez musste bei der Neuwahl des Parlaments in der Region Kastilien und León eine herbe Niederlage einstecken. Klarer Wahlsieger des Abends wurde die patriotische Rechtspartei VOX. Nach den vorläufigen amtlichen Ergebnissen verbesserte sich die Partei von 5,5 auf 17,6 Prozent und damit auf 13 Sitze der 81 Sitze des Parlaments – zuvor hatten sie nur einen einzigen. Die Sozialisten kamen nur auf gut 30 Prozent, erster wurde die konservative Volkspartei (PP) unter Regionalpräsident Alfonso Fernández Mañueco, die nun mit der VOX eine Koalition eingehen muss, will sie weiter an der Macht bleiben.

In Madrid war es Ayuso und in León und Kastilien war es VOX, das die Linke und ihre Hinterbänkler in die Knie gezwungen hat. Die PP hat die Wahlen in quantitativer Hinsicht gewonnen. Ein Sieg, der eines Pyrrhus von Epirus würdig ist, mit der kleinen Abwechslung von zwei weiteren Sitzen, nur zwei mehr, als die, die es bereits hatte. Ein Sieg ohne Flügel und Lorbeeren, der in seiner Fanfare nicht die Souveränität trägt, seine Gerichtsbarkeit zu etablieren, egal wie sehr das genuesische Orchester unter der Leitung von Casados Soplagaitas mit der Partitur von Teodoros Soplagüitos die Dudelsäcke des Wahlepos bläst.

Der Sieg von VOX ist nicht nur ein qualitativer, sondern auch ein quantitativer, denn er vervielfacht sein Heer in den Cortes von León und Kastilien um das Dreizehnfache. Ein noch nie dagewesener Wahlsieg, der zudem durch die Ungerechtigkeit gegenüber der VOX-Kampagne begünstigt wurde: ein unbekannter Kandidat, das Schweigen der Medien, das nur durchbrochen wurde, um das Vademecum der Beleidigungen und Beschimpfungen

gegenüber VOX zu eröffnen, und der Ausschluss der Kandidaten von den Fernsehdebatten. Das allmächtige System und sein totalitärer Apparat sind dagegen, und das Volk ist dafür. Das ist keine Metapher, das ist die spanische Realität, die die Linke, die Separatisten und die PP fürchten. Deshalb wollen sie ihn zerfleischen, weil sie ihn nicht besiegen können, mit ihren dummen antifaschistischen Alarmen und ihren lächerlichen Ekelschreien über die Ultrarechten.

Der arme Mañueco befindet sich an einem Scheideweg, für dessen Lösung nur zwei Zutaten nötig sind: persönlicher Mut und Loyalität gegenüber der soziologischen Rechten in León und Kastilien, die ihm das Logbuch hinterlassen hat, in dem steht, was er mit ihren Stimmen an der Wahlurne tun soll. Wenn er zurückkehrt und den Auftrag des Volkes von León und Kastilien nicht beachtet, indem er den sozialistischen Freischärlern der PP kleinlaut gehorcht, wird Vellido Dolfos an der nächsten Wahlurne auf ihn warten.

Da die PP weniger wert ist als das Wort eines Sarazenen und ihre Verpflichtung weniger Karat hat als die eines barbarischen Piraten, sollte Juan García Gallardo in Santa Gadea vor Mañueco knien, nachdem er mit ihm verhandelt hat, um den Pakt mit dem Kreuz, dem Schwert und dem Pflug zu unterzeichnen, durch den León Kastilien und Kastilien Spanien gemacht hat.

El Correo de España

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [EL CORREO DE ESPANA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Großbritannien (Seiten A 188 bis A 189)

01) Nächstes Desaster für UK-Außenministerin in Ukraine-Krise: Lavrov scherzte „als würde man mit einer Taubstummen debattieren“

11. 02. 2022



Die britische Außenministerin Liz Truss tritt von einem Fettnäpfchen ins nächste. Nachdem die offenbar völlig ahnungslose Politikerin im Zuge der aktuell anschwellenden Ukraine-Krise das Baltikum am Schwarzen Meer verortete – [wir berichteten](#) – geriet ihr Zusammentreffen mit dem abgeklärten und mit „allen Wassern gewaschenen“ russischen Außenminister Sergei Lavrov zum Desaster für Großbritannien. Nicht nur, dass die Britin russische Gebiete nicht kannte und in der Ukraine verortete, es soll auch sonst kaum möglich gewesen sein, mit ihr konstruktiv zu debattieren.

„Als würde man mit einer Tabstummen debattieren“

[Das ohnehin unterkühlte Zusammentreffen](#) der beiden Diplomaten verlief geradezu desaströs. Und das nicht nur aufgrund der innenpolitischen Turbulenzen in Großbritannien, von denen der angezählte Premier Boris Johnson mit seinem militärischen Säbelrasseln gen Russland im Zuge der Ukrainekrise ablenken möchte.

Der russische Außenminister bekundete nach dem Treffen mit seiner britischen Amtskollegin gestern öffentlich, dass diese mehr als „unvorbereitet“ gewesen sei. Er verglich ihr persönliches Treffen zur Ukraine-Krise mit einem Gespräch mit einer taubstummen Person.

Die britischen Forderungen gerieten ob der Ahnungslosigkeit von Truss dabei völlig ins Hintertreffen. Lavrov ärgerte sich auch, dass bei dem Treffen nichts Produktives zur

Sprache kam, sondern lediglich die via Medien ausgerichteten Floskeln in Richtung Russland vorgetragen wurden.

Britische Außenministerin „glänzt“ erneut mit Geografiekenntnissen

Den Höhepunkt der Peinlichkeit erklomm die britische Außenministerin erneut mit ihren unzureichenden Geografiekenntnissen. Wohl aus diplomatischer Kalkül, ließ Lavrov [laut Insidern der Gespräche](#) die Britin bei einer Frage vollends auflaufen:

Lawrow sagte: „Erkennen Sie Russlands Souveränität über die Oblaste Rostow (Rostow am Don) und Woronesch an?“ Truss erwiderte, Großbritannien würde dies „nie“ tun – bevor der Botschafter ihr sagen musste, dass sich beide Gebiete nicht in der Ukraine, sondern in Russland befinden.

Dass Lavrow Truss sogar erklären musste, wie das Dolmetischung funktioniert, und sie erst reden solle, wenn die Übersetzer fertig gesprochen haben, ist nur eine weitere Randnotiz des blamablen Auftritts der Briten in Moskau



Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

IMPRESSUM

Büro der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin:
Brandenburgische Straße 24 Steglitz,
12167 Berlin

Ruf: 030-257 97 533; Fax-Nr. auf Anfrage.

Öffnungszeit: Mo 10-12 Uhr und nach Vereinbarung.

[<agom.westpreussen.berlin@gmail.com>](mailto:agom.westpreussen.berlin@gmail.com)



Unsere Geschäftsstelle im Sockelgeschoss des Hauses Brandenburgische Straße 24 in Berlin-Steglitz. Kontakt zur Wohnbevölkerung und zu den Vorbeiwandernden ist selbstverständlich!





P. Jordan: „Großgliederung Europas nach kulturell-räumlichen Kriterien“, Europa Regional 13 (2005), Heft 4, Leibniz-Institut für Länderkunde, Leipzig. Karte Europa Grünes Band.png
https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Grossgliederung_Europas.png

Eine eindeutige Definition der geografischen Regionen West- und Ostmitteleuropa ist kaum sinnvoll, weil die historische Entwicklung und der Entwicklungsstand[1] der dort liegenden Staaten zu berücksichtigen wäre.

Im Sprachgebrauch West- und Mitteleuropas spiegelt sich annähernd folgende Zuordnung der Staaten wider:

- Westmitteleuropa: Deutschland, Österreich, die Schweiz und Liechtenstein
- Ostmitteleuropa: zumindest Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn. Manchmal werden auch Rumänien, Slowenien und Kroatien dazugezählt.

Landschaftlich gehört Ostösterreich zu Ostmitteleuropa, die Zuordnung Österreichs zu Westmitteleuropa wurzelt politisch-geographisch in der Zeit des mittleren zwanzigsten Jahrhunderts. Physisch ist hier die Grenze im Raum zwischen Alpen und Böhmischer Masse zu sehen. Diese Grenze entspricht etwa den klimatischen Grenzen des atlantischen Einflussbereichs zum Pannonischen Klima.

West- und Ostmitteleuropa in diesem weiteren Sinne zusammen entsprechen etwa auch dem Begriff Mitteleuropa oder Zentraleuropa, englisch Central Europe (CE). Abzugrenzen ist diese kulturgeographische Region vom wirtschaftspolitischen Begriff MOEL Mittel- und osteuropäische Länder / CEE Central and Eastern Europe, einem Konzept, das etwas umfassender dem hier erwähnten Ostmitteleuropa entspricht oder umfassend östlicher zu sehen ist.

Quelle: WIKIPEDIA „Ostmitteleuropa“, aufgerufen am 28.11.19, 12:50 Uhr:
<https://de.wikipedia.org/wiki/Ostmitteleuropa>

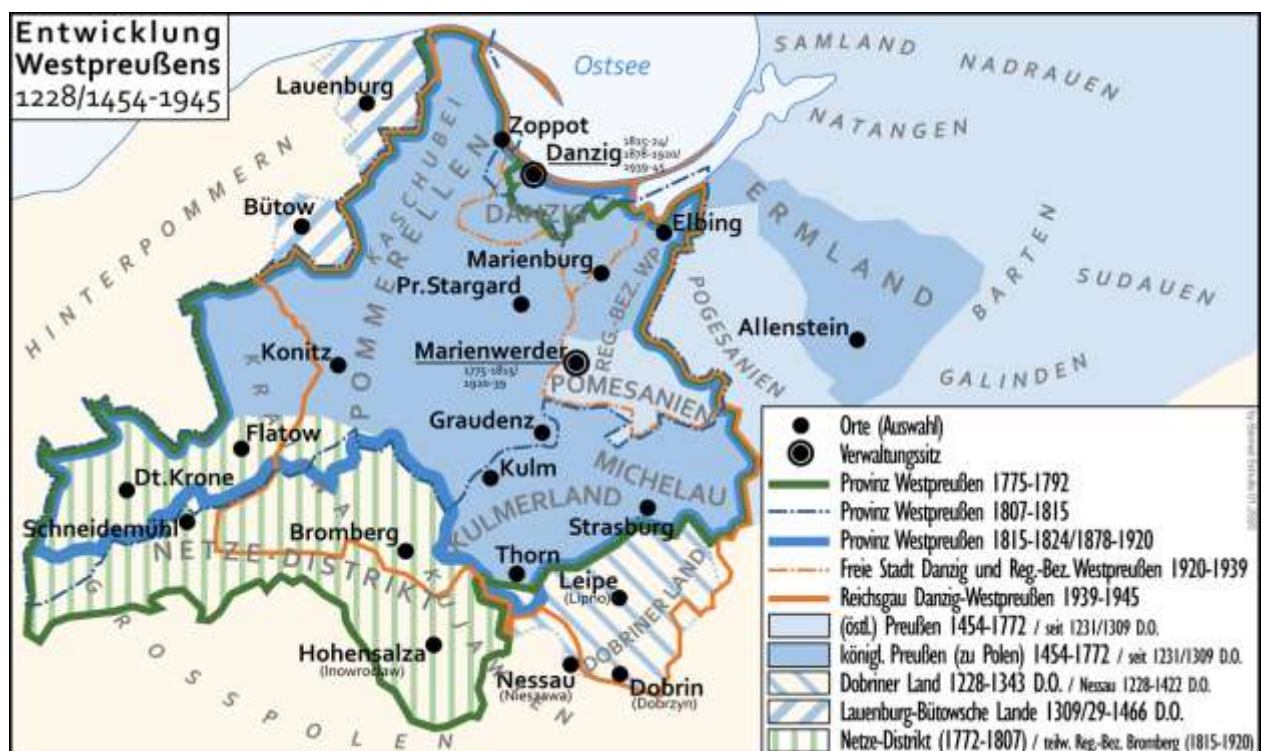
s.a. Carl-von-Ossietsky-Universität Oldenburg: Begr. „Ostmitteleuropa“ im Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa
<https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/ostmitteleuropa>



Hellgrau: Herzoglich Preußen. Farbig: Königlich Preußen mit seinen Woiwodschaften als Teil Polen-Litauens.

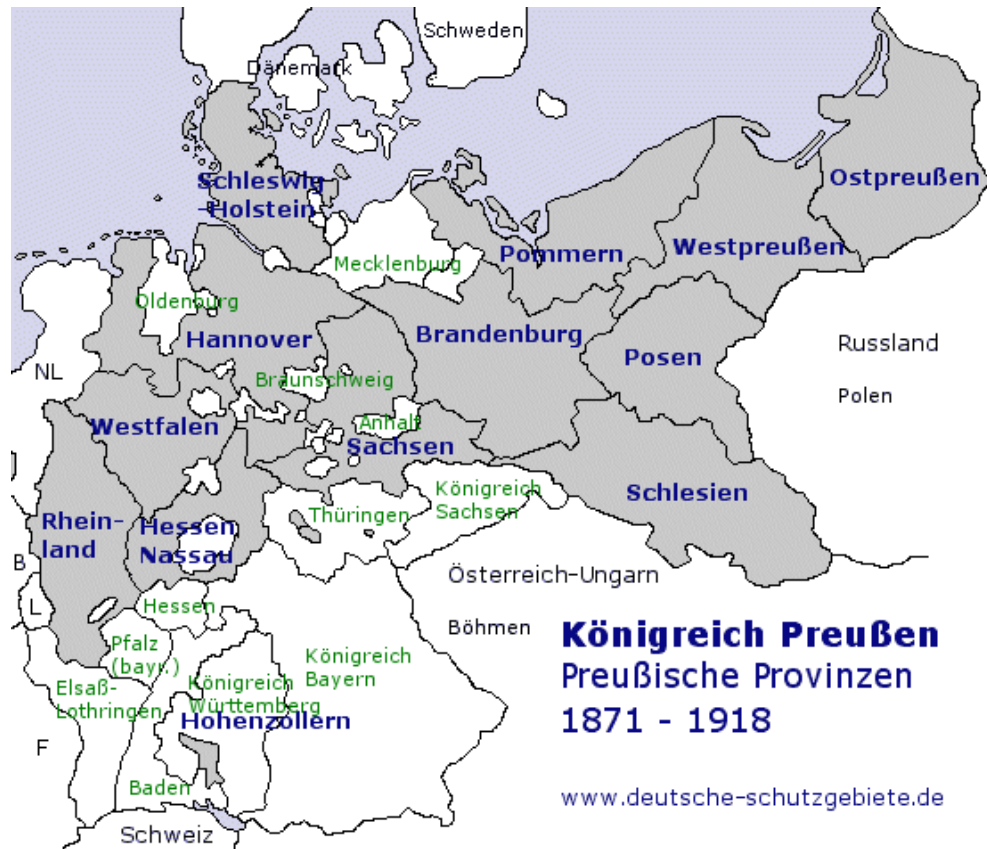
Beide Karten dieser Seite aus: WIKIPEDIA, aufgerufen am 04.03.2021, 09:50 Uhr:

<https://de.wikipedia.org/wiki/Westpreu%C3%9Fen#/media/Datei:Entwicklung%CC%A0Westpreussen.png>



Entwicklung Westpreußens 1228/1454–1945





Karte der Provinz Westpreußen von 1878 – 1920